

Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
University of Applied Sciences

HOCHSCHULE FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNG UND FINANZEN LUDWIGSBURG

**Der Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes
zur Neuregelung des SGB II
und die Umsetzung durch den Gesetzgeber**

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades „Bachelor of Arts (B.A.)“

vorgelegt von

Elena Schwarz

Studienjahr 2011

Erstgutachterin: Prof. Ute Vondung
Zweitgutachterin: Frau Kirsten Hollerbach

Inhaltsverzeichnis

1	Warum gerade dieses Thema?	1
2	Ein kurzer Rückblick	2
2.1	Das Urteil des BVerfG im Februar 2010	2
2.2	Reaktion der Bundesregierung	2
2.3	Zustimmung durch Bundesrat und Bundestag	4
3	Entwicklung der Sozialpolitik	5
3.1	Sozialpolitik im Wandel	5
3.2	Die Entwicklung des Hartz-Konzeptes	7
4	Grundsicherung für Arbeitssuchende	8
4.1	Sinn und Zweck	8
4.2	Leistungsberechtigte	9
4.3	Arbeitslosengeld II/ Sozialgeld	9
4.4	Ermittlung und Anpassung der Regelleistungshöhe	11
5	Das Sozialstaatsprinzip	12
6	Das Bundesverfassungsgericht	14
6.1	Aufgabe und Funktion des Bundesverfassungsgerichts	14
6.2	Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts	15
6.2.1	Urteilsspruch	15
6.2.2	Die Leitsätze des Bundesverfassungsgerichtes	15
6.2.3	Nicht zu beanstandende Vorgehensweisen	16
6.2.4	Fehler bei der Ermittlung der Regelsatzhöhe	16
6.2.5	Sicherstellung der Bedarfsdeckung in Ausnahmesituationen	18
6.2.6	Vorgaben durch das Bundesverfassungsgericht	19
6.2.7	Erste Schritte zur Umsetzung des Urteils	19
7	Wie werden Berechnungsmethoden transparent?	21
8	Neuberechnung der Regelsätze	22

8.1	Die Einkommens- und Verbraucherstichprobe	22
8.2	Neubemessung der Regelbedarfe	24
8.3	Neue Regelsatzberechnung: Einpersonenhaushalt.....	25
8.3.1	Abteilung 1: Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	26
8.3.2	Abteilung 2: alkoholische Getränke, Tabakwaren u.Ä.....	27
8.3.3	Abteilung 3: Bekleidung und Schuhe	28
8.3.4	Abteilung 4: Wohnen, Energie und Wohninstandhaltung	29
8.3.5	Abteilung 5: Innenausstattung, Haushaltsgegenstände	29
8.3.6	Abteilung 6: Gesundheitspflege	31
8.3.7	Abteilung 7: Verkehr	32
8.3.8	Abteilung 8: Nachrichtenübermittlung	32
8.3.9	Abteilung 9: Freizeit, Unterhaltung und Kultur.....	33
8.3.10	Abteilung 10: Bildung	34
8.3.11	Abteilung 11: Beherbergungs- und Gaststättendienstleistung	34
8.3.12	Abteilung 12: Andere Waren und Dienstleistungen	35
8.3.13	Berechnung und Fortschreibung des Regelsatzes	36
8.4	Neue Regelsatzberechnung: Haushalte mit Kindern	36
8.4.1	Einzelne Methoden zur Bedarfsermittlung von Kindern	38
9	Das Bildungspaket.....	40
9.1	Anstoß durch das Urteil.....	40
9.2	Die Leistungen des Bildungspaketes	41
10	Das Gesetz tritt in Kraft	43
11	Doch wurde dieser Auftrag wirklich erfüllt?	44
11.1	Ein Fazit.....	44
11.2	Ausblick	49

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
EVS	Einkommens- und Verbraucherstichprobe
GG	Grundgesetz
RBEG	Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz
SGB II	Zweites Buch Sozialgesetzbuch
SGB XII	Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch

Anlagenverzeichnis

- | | |
|----------|---|
| Anlage 1 | Ergebnis der EVS 2008 für Einpersonenhaushalte |
| Anlage 2 | Erläuterungen zu den Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes zur Neubemessung der Regelbedarfe |
| Anlage 3 | Schreiben des BMAS vom 03. August 2011 |

1 Warum gerade dieses Thema?

Durch einen Praxisabschnitt im Jobcenter Neckar-Odenwald wurde ein persönliches Interesse an diesem Thema geweckt, weshalb nichts näher lag, als daraus einen Titel für die anstehende Bachelorthesis zu machen. Diese Arbeit beschäftigt sich mit einer Frage, die während eigener Recherchen immer wieder aufkam und nun in diesem Rahmen diskutiert werden soll: Wurden mit der Neuberechnung des Regelsatzes und der Einführung des sogenannten „Bildungspaketes“ die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes hinsichtlich einer transparenten und nachvollziehbaren Berechnung sowie der besonderen Berücksichtigung kindlicher Bedürfnisse erfüllt oder nicht?



2 Ein kurzer Rückblick

2.1 Das Urteil des BVerfG im Februar 2010

Am 09. Februar 2010 stellte der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes in seinem Urteil fest, dass die Regelleistungen für Erwachsene und Kinder nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) nicht verfassungsgemäß sind. Insbesondere deshalb, weil diese nicht transparent und nachvollziehbar berechnet wurden und keinem System der ständigen Überprüfung und Anpassung unterliegen. Außerdem kritisierte das BVerfG, die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen seien nicht zufriedenstellend berücksichtigt. Das Urteil forderte auch, eine Regelung zu treffen, die eine Bedarfsdeckung in atypischen Lebenssituationen für die betroffenen Leistungsempfänger möglich macht.¹

2.2 Reaktion der Bundesregierung

Auf dieses Urteil reagierte das zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales, indem man sich schon in der darauffolgenden Woche mit der Bundesagentur für Arbeit darüber verständigte, wie man einen atypischen Bedarf, das heißt, einen besonderen, unabweisbaren, laufenden, nicht nur einmaligen Bedarf, definieren kann. So sollen beispielsweise nicht verschreibungspflichtige Medikamente oder Putzhilfen für Rollstuhlfahrer als besonderer Bedarf in Härtefällen gelten, wenn diese unbedingt benötigt werden. Auf diese Weise wurden erste Ansätze zur Umsetzung des bundesverfassungsgerichtlichen Urteils geschaffen.²

Auch die besonderen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen in den Bereichen Schule und Freizeit wollte der Gesetzgeber nicht außer Acht

¹http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Artikel/2011/03/2011-03-04-ankuendigung-magazin-sofa.html / Zugriff am 17.05.2011.

²<http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/haertefallregelung.html> / Zugriff am 17.05.2011.

lassen, weshalb in den Bundeshaushalt 2011 etwa eine halbe Milliarde Euro für das sogenannte „Bildungspaket“ eingestellt wurden. Nach etlichen Diskussionen werden dann auch Kinder für Leistungen aus dem Bildungspaket berücksichtigt, welche Kinderzuschlag erhalten. Das finanzielle Gesamtvolumen für die Leistungen des Bildungspakets soll sich zukünftig auf rund 700 Millionen Euro im Jahr 2011, etwa 30 Millionen mehr jeweils im Jahr 2012 und 2013, sowie Verwaltungskosten von über 100 Millionen Euro pro Jahr belaufen.¹

Im Herbst 2010 sprach man bereits von einer Neuberechnung des Regelsatzes, wodurch der Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes, so Frau von der Leyen, „*Buchstabe für Buchstabe*“ transparent und nachvollziehbar umgesetzt würde.² Der Gesetzgeber habe sachgerecht und schlüssig begründete Wertentscheidungen fällen müssen, aufgrund dessen Genussmittel wie Alkohol und Tabak oder Ausgaben für Glücksspiel und Flugreisen aus den existenzsichernden Bedarfspositionen ausgeschlossen wurden.

Am 17. Dezember 2010 findet das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen für „Hartz-IV“-Empfänger in der Plenarsitzung des Bundesrates keine Mehrheit. Zur weiteren Beratung und Kompromissfindung wird deshalb an den Vermittlungsausschuss verwiesen, der mit der Empfehlung, die Leistungen rückwirkend zum 01.01.2011 zu gewähren, die Änderungsvorschläge im Frühjahr 2011 zur Bestätigung an Bundesrat und Bundestag weiterleitet.³

¹http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?aktion=jour_pm&r=429148 / Zugriff am 18.08.2011.

²<http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/vdl-bildungsausgaben-fuer-kinder-hartz4.html> / Zugriff am 12.04.2011.

³http://www.bundesrat.de/cln_161/nn_1759312/DE/presse/pm/2010/207-2010.html?__nnn=true / Zugriff am 15.03.2011.

2.3 Zustimmung durch Bundesrat und Bundestag

Am 25. Februar 2011 stimmen Bundestag und kurz danach auch Bundesrat dem vorgelegten Gesetzestext zu.¹ Zitiert in der Pressemitteilung des BMAS vom 25. Februar 2011 formuliert Frau von der Leyen:

*„Alle Grundsicherungsempfänger bekommen das Existenzminimum: genau, fair und gerecht ausgerechnet; nicht willkürlich, nach Kassenlage oder nach Gutdünken. [...] Mit dem Bildungspaket schlagen wir ein neues Kapitel in der Sozialgeschichte auf.“*²

In den vielen Verhandlungen von Bundesrat, Bundestag und Vermittlungsausschuss wurde es oftmals schwer den Überblick zu behalten. Die genauen Berechnungsmethoden blieben für den Außenstehenden eher unzugänglich. Ob das Existenzminimum wirklich *„genau, fair und gerecht [...] nicht willkürlich, nach Kassenlage oder nach Gutdünken“*³ errechnet wurde, gilt es nun nachzuvollziehen.

Auf den folgenden Seiten dieser Thesis soll deshalb untersucht werden, ob der im Februar 2010 formulierte Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes an den Gesetzgeber durch die Neuregelung des SGB II erfüllt werden konnte. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Berechnung des Regelsatzes und das Bildungspaket gelegt.

¹http://www.bundesrat.de/cln_161/nn_2034972/DE/presse/pm/2011/027-2011.html?__nnn=true / Zugriff am 15.03.2011.

²<http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/einigung-hartz-iv-02-2011.html> / Zugriff am 03.03.2011.

³<http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/einigung-hartz-iv-02-2011.html> / Zugriff am 03.03.2011.

3 Entwicklung der Sozialpolitik

3.1 Sozialpolitik im Wandel

Schon im Mittelalter zeigten sich erste Ansätze einer Sozialhilfe durch die Armen- und Krankenfürsorge der Kirche. Doch schon bald reichte diese wohlthätige Armenfürsorge in Form von Almosen nicht mehr aus. Die industrielle Revolution trieb die Menschen auf der Suche nach Arbeit in die Städte, wo nach und nach Fabriken gebaut wurden und Arbeitsplätze entstanden. Dieses rasche Bevölkerungswachstum in den Ballungszentren verursachte eine unüberwindbar scheinende Massenarmut. Ein drohender Aufstand des Proletariats veranlasste die Regierung, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die die sozialen Missstände mildern sollten; nicht zuletzt aus politischen Gründen. Unter Reichskanzler Bismarck entstand auf diese Weise ein System der sozialen Sicherungen, das ursprünglich nur die Sozialdemokraten beruhigen sollte, da die gewährten Leistungen gerade zum Leben reichten. Später wurde dieses System jedoch weltweit als beispielhaft angesehen.¹

Das 1871 neu gegründete Deutsche Reich überließ die Aufgaben der sozialen Fürsorge den einzelnen Ländern. Eine reichsweite Regelung entstand erst zur Zeit der Weimarer Republik in Gestalt der Reichsfürsorgepflichtverordnung von 1924 und der „Reichsgrundsätze über die Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge“, ebenfalls von 1924. Einen einklagbaren Rechtsanspruch gegenüber dem Fürsorgeträger gaben diese Verordnungen dem Hilfebedürftigen jedoch nicht.² Das Bundesverwaltungsgericht entschied jedoch am 24. Juni 1954, dass sich aus den Grundrechten auf Schutz der Menschenwürde (Art. 1 Grundgesetz), der freien Entfaltung der Persönlichkeit und körperlichen Unversehrtheit (Art. 2 GG) sowie dem Sozialstaatsgebot nach Art. 20 GG,

¹ <http://www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/index.html> / Zugriff am 23.03.2011.

² Föcking, Friederike: Fürsorge im Wirtschaftsboom: Die Entstehung des Bundessozialhilfegesetzes von 1961, Seite 13 ff.

ein gerichtlich durchsetzbarer Rechtsanspruch des Bürgers auf soziale Fürsorge durch den Staat ergibt.¹

Mit dem Bundessozialhilfegesetz wurde im Jahr 1961 erstmals ein einheitliches Sozialhilferecht in der BRD geschaffen. Vereinheitlicht waren allerdings nur die allgemeinen Regeln, die Höhe der tatsächlich ausgezahlten Sozialhilfeleistung und viele Einzelheiten der Hilfgewährung wurden noch von den Bundesländern bestimmt.²

Zu Beginn der 80er Jahre verbreitete sich unter den Sozialwissenschaftlern die Ansicht, die deutsche Gesellschaft sei so individualisiert und zerklüftet, dass das bis dahin zu grob gestrickte soziale Netz nicht mehr in der Lage wäre, die einzelnen Lebenslagen und sozialen Risiken aller Bürgerinnen und Bürger Deutschlands zu fassen und somit immer mehr Menschen durch die Maschen des sozialen Auffangnetzes gleiten könnten. Diese Problematik drang auch zu den Politikern durch, woraufhin diese einen Umbau der Sozialpolitik anstrebten. Doch bis in die 90er Jahre hinein tat sich sozialpolitisch wenig. So wurde zwar die Rentenzeit auf die Zeit der Kindererziehung angerechnet und die Möglichkeit zur früheren Rente geschaffen, doch durch den längeren Rentenanspruch wurden die Sozialkassen noch stärker belastet. In dieser Phase blieb deshalb nur wenig finanzieller Spielraum für eine sozialpolitische Revolution.³

Nach dem Zusammenbruch der DDR wurde durch Helmut Kohl eine Außenpolitik betrieben, die unabsehbar hohe Beträge verschlang. Es folgten Jahre des Sparkurses; insbesondere in der Sozialpolitik. Ein Einsparvolumen von ca. 50 Milliarden DM verdeutlicht das Ausmaß der Leistungskürzung. Doch diese Politik der „sozialen Kälte“ brachte der

¹ BVerwGE 1, 159 vom 24.06.1954

² Föcking, Friederike: Fürsorge im Wirtschaftsboom: Die Entstehung des Bundessozialhilfegesetzes von 1961, Seite 161 ff.

³ Bernhard Frevel, Berthold Dietz: Sozialpolitik kompakt, Seite 37.

Regierung keine Wahlerfolge mehr.¹ Es folgte ein Regierungswechsel. Gerhard Schröder wurde zum neuen Bundeskanzler gewählt und musste in der deutschen Sozialpolitik einige Hürden nehmen.

3.2 Die Entwicklung des Hartz-Konzeptes

Über 4 Millionen Arbeitslose in Deutschland belasteten das deutsche Sozialversicherungssystem Mitte der 90er Jahre zunehmend. Finanziell erschwerend kam der demographische Wandel in der deutschen Gesellschaft hinzu. Die Menschen erreichen dank der hochwertigen medizinischen Versorgung ein immer höheres Alter, jedoch werden immer weniger Kinder geboren, die die Rente dieser älteren Generation finanzieren könnten. Mit der am 22.02.2002 von der Bundesregierung einberufenen „Kommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ sollte deshalb der Grundstein für eine zukünftige Reform des deutschen Arbeitsmarktes gelegt werden. Hauptziel dieser Kommission war es, ein Konzept zum Aufbau einer höheren Beschäftigungsrate mit gleichzeitigem Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland zu entwickeln. Vorsitzender der Kommission war das ehemalige VW-Vorstandsmitglied Peter Hartz, der der Kommission selbst, dem entwickelten Konzept und den daraus resultierenden Gesetzen seinen Namen gab. Aus dem im Herbst 2002 vorgestellten Konzept entwickelten sich vier „Gesetze für Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, welche in den darauffolgenden Jahren im Rahmen der „Agenda 2010“ nacheinander verabschiedet wurden.

Schon im Januar 2003 traten die ersten beiden „Hartz-Gesetze“ in Kraft. Durch Bildungsgutscheine sollte eine größere Eigeninitiative der Hilfebedürftigen erreicht werden, indem sie selbst entscheiden konnten, welche Weiterbildungsmaßnahmen sie wahrnehmen wollen. Auch wurde eine Meldepflicht eingeführt, nach der man sich sofort nach der Kündigung arbeitslos melden musste, da sonst das Arbeitslosengeld gekürzt wurde.

¹ Bernhard Frevel, Berthold Dietz: Sozialpolitik kompakt, Seite 38.

Diese Maßnahmen, zusammen mit einem schnellen Einschreiten der Arbeitsvermittler, sollten dazu dienen, die Zeit der Arbeitslosigkeit zu verkürzen. Eine reibungslose Vermittlung sollte auch durch die Zusammenführung von Arbeits- und Sozialämtern in Jobzentren erfolgen, welche durch das zweite „Hartz-Gesetz“ geregelt wurde.

Anfang des Jahres 2004 wurde durch das dritte „Hartz-Gesetz“ eine Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit zur Bundesagentur für Arbeit vorgenommen, durch welche das veraltete Behördenimage in das eines modernen Dienstleistungsunternehmens übergehen sollte.

Schon ein Jahr später, im Januar 2005, erfolgt die größte und damit auch teuerste Änderung, die durch das Konzept der Hartz-Kommission ins Rollen gebracht wurde.¹ Dieses vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt und die daraus resultierende Geldleistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige wird umgangssprachlich unter dem Begriff „Hartz IV“ zusammengefasst. Durch das Gesetz verschmolzen die ehemals eigenständige Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zur Grundsicherung für Arbeitssuchende.²

4 Grundsicherung für Arbeitssuchende

4.1 Sinn und Zweck

Die Grundsicherung für Arbeitssuchende soll dazu beitragen, die Eigenverantwortung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und der Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, zu stärken und zu fördern. Sie soll dem Hilfebedürftigen ermöglichen, solange durch staatliche Hilfeleistung die Kosten für den Lebensunterhalt der Bedarfsgemeinschaft zu bestreiten, bis dieser wieder aus eigener Kraft

¹Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V. in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Universum Kommunikation und Medien AG, Wiesbaden, Sozialgeschichte Band II, Stand Oktober 2010, Seite 27 f.

²Urteil BVerfG vom 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09: Gründe Abschnitt A Absatz I Nummer 2.

und mit den eigenen Mitteln bestritten werden kann. Die Leistungen der Grundsicherung sollen weiterhin bei der Beibehaltung oder der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit unterstützen.

Von den Hilfebedürftigen wird im Gegenzug erwartet, dass sie selbst Initiative ergreifen um ihre Abhängigkeit von den staatlichen Leistungen, welche aus Steuern finanziert werden und dadurch die Gemeinschaft finanziell belasten, zu beenden.¹

4.2 Leistungsberechtigte

Alle hilfebedürftigen erwerbsfähigen Personen zwischen 15 und 65 Jahren erhalten grundsätzlich Arbeitslosengeld II.² Hilfebedürftig ist, wer seinen eigenen Lebensunterhalt, den Lebensunterhalt der mit ihm in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Person sowie die eigene Wiedereingliederung in Arbeit nicht oder nicht ausreichend aus eigener Kraft sowie aus den zur Verfügung stehenden Mitteln sichern kann.³

Erwerbsfähig ist, wer in der Lage ist, mindestens drei Stunden täglich unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes zu arbeiten.⁴

4.3 Arbeitslosengeld II/ Sozialgeld

Dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und den mit ihm in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen wird in Form einer monatlichen Geldleistung (sog. „Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhaltes“) der Betrag zur Verfügung gestellt, der alle zum notwendigen Bedarf gehörenden Güter abdecken soll. Arbeitslosengeld II erhalten alle erwerbsfähigen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Alle nicht erwerbsfähigen Personen der

¹Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Referat Information, Publikation, Redaktion, 53107 Bonn, Stand 2010, „Soziale Sicherungen im Überblick 2010“ Seiten 41 f.

²§ 7 Zweites Buches Sozialgesetzbuch (SGB II).

³§ 9 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

⁴§ 8 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

Bedarfsgemeinschaft, insbesondere Kinder, erhalten Sozialgeld. Die Hilfeleistung umfasst den monatlich auszahlenden Regelbedarf, eventuelle Mehrbedarfe und Leistungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung.

Da es sich bei dieser Leistung um eine reine staatliche Fürsorge handelt, die aus Steuern finanziert wird, orientiert sich die Höhe des Regelbedarfes am sogenannten Existenzminimum. Das heißt, die Regelleistung soll dazu dienen, einen Mindestbedarf an Ernährung, Körperpflege, Hausrat, den Bedürfnissen des täglichen Lebens sowie Beziehungen zur Umwelt und die Teilnahme am kulturellen Leben zu decken. Ein Leben mit Luxusgütern oder ein höherer Lebensstandard als mit Arbeit erreicht werden kann, soll damit nicht ermöglicht werden.

Die Regelleistung wird monatlich im Voraus ausgezahlt und üblicherweise für einen Zeitraum von sechs Monaten bewilligt. Mit den ausgezahlten Beträgen muss der erwerbsfähige Hilfebedürftige in Eigenverantwortung wirtschaften.¹

1 Höhe der monatlichen Regelleistungen nach § 20 und § 28 SGB II alter Fassung

Alleinstehende	Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres	Kinder ab dem 7. Lebensjahr und bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres	Kinder ab Beginn des 15. Lebensjahres und bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres	Partner ab Beginn des 19. Lebensjahres
100 %	60 %	70 %	80 %	90 %
359 €	215 €	251 €	287 €	323 €

Neben der Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhaltes erhält der erwerbsfähige Hilfebedürftige Leistungen zur Deckung der angemessenen

¹Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Referat Information, Publikation, Redaktion 53107 Bonn, Soziale Sicherung im Überblick 2010, Stand Januar 2010, Seite 42 f.

Kosten für Unterkunft und Heizung.¹ In Ausnahmefällen können zudem Mehrleistungen erbracht werden, falls die Regelleistung nicht ausreicht.²

Nach Maßgabe § 24a SGB II (alter Fassung) bekommen Kinder zusätzlich Leistungen in Höhe von 100 Euro pro Schuljahr, um die Kosten für die Anschaffung von Schulmaterial bewältigen zu können. Des Weiteren werden die tatsächlichen angemessenen Kosten mehrtägiger Klassenfahrten in voller Höhe übernommen (§ 23 Abs. 3 Nr. 3 SGB II alte Fassung).

4.4 Ermittlung und Anpassung der Regelleistungshöhe

Grundlage der bisherigen Berechnung der Bedarfsregelleistungen war die im Jahr 2003 durchgeführte Einkommens- und Verbraucherstichprobe (EVS), welche aufgrund des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnung privater Haushalte im Abstand von 5 Jahren erhoben wird. Auf die Durchführung der EVS wird unter Punkt 8.1. vertieft eingegangen.

Die Regelleistung für Hilfebedürftige wurde außerdem an die Entwicklung des aktuellen Rentenwertes in der gesetzlichen Rentenversicherung angepasst. Verändert sich demnach durch bestimmte Multiplikatoren (z.B. Anpassung der Bruttolöhne) der bisherige Rentenwert, wird die Regelleistung an diesen Wert verhältnismäßig angepasst.³ Diese Vorgehensweise hielt das Bundesverfassungsgericht im Februar 2010 für unzulässig, da durch diese Methode Preissteigerungen nur unzureichend berücksichtigt werden könnten.⁴

¹ § 22 SGB II Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

² § 23 SGB II Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

³ Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummern 25 bis 27.

⁴ Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 116.

5 Das Sozialstaatsprinzip

Um die Frage beantworten zu können, warum für erwerbsfähige Hilfebedürftige und für Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, ein Anspruch auf genannte staatliche Geldleistungen in Form von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld besteht, ist ein kurzer Einblick in die Grundlagen des deutschen Sozialstaatsprinzips notwendig.

Dieses lässt sich aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland indirekt ableiten. Artikel 20 Absatz 1 lautet: *„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“* und auch Artikel 28 Absatz 1 Satz 1 GG spricht von einer *„verfassungsmäßigen Ordnung in den Ländern“*, die *„den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne [des] Grundgesetzes entsprechen“* muss. Somit ist das Prinzip des deutschen Sozialstaates quasi schon als Staatsziel im Grundgesetz verankert.

Abgesichert wird diese Festlegung der Grundstruktur der Bundesrepublik Deutschland als *„sozialer Bundesstaat“* durch Artikel 79 Absatz 3 GG, nachdem eine *„Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die [...] in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, [...] unzulässig“* ist.

Das Sozialstaatsprinzip ist ein unbestimmter Rechtsbegriff und deshalb auslegungsbedürftig. Es soll nach allgemeiner Auffassung die Schwachen schützen und steht für soziale Gerechtigkeit, notfalls durch staatlichen Eingriff. Das Grundgesetz versteht in dem Wort Sozialstaatsprinzip jedoch nicht vorrangig den Eingriff durch den Wohlfahrtsstaat, sondern vielmehr die Gewähr der freien Entfaltung der eigenen Persönlichkeit. Es besteht kein fürsorglicher Zwang, da eine Konkretisierung der Fürsorgepflicht in erster Linie dem Gesetzgeber obliegt, welcher im Rahmen des weiten Gestaltungsspielraumes, die Frage nach dem „ob“ und dem „wie“ näher bestimmt. Ob er das Existenzminimum durch Geld-, Sach- oder

Dienstleistungen sichert, bleibt demnach grundsätzlich ihm überlassen. Es bestehen für ihn keine konkreten Handlungspflichten und somit auch für den einzelnen Bürger in der Regel keine subjektiven Ansprüche.

Eine Ausnahme ist hier der subjektive Anspruch auf das sogenannte Existenzminimum. Doch auch dieser Begriff bedarf der Auslegung. Es gibt Meinungen, die schon in der grundlegenden Daseinsfürsorge, d.h. in der Bereitstellung einer angemessenen Infrastruktur oder der Schaffung öffentlicher Einrichtung durch den Staat, das Existenzminimum erfüllt sehen. Andere wiederum halten auch das aktuell sehr engmaschige soziale Netz, das selbst in der heute finanziell sehr schwierigen Lage fähig ist, so viele Menschen in Notlagen aufzufangen, für völlig unzureichend. Aus diesem Grund sind die Auslegung der Rechtsprechung und das Handeln im Sinne des Gesetzes im Rahmen des Ermessensspielraumes, auch Aufgaben der Verwaltung und der Gerichte.¹

In seinem Urteil vom 09. Februar 2010 hat das Bundesverfassungsgericht die Begriffe des Sozialstaatsprinzips und des Existenzminimums so ausgelegt, dass das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums (Art. 1 Abs. 1 GG) und das Sozialstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 1 GG) jedem Hilfebedürftigen die materiellen Voraussetzungen zusichern, die dieser für eine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unbedingt benötigt.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, hat das Recht auf Existenzminimum als Gewährleistungsrecht (Art. 1 Abs. 1 GG), neben dem absolut wirkenden Anspruch auf Achtung der Würde jedes Einzelnen, eigenständige Bedeutung. Es ist dem Grunde nach unverfügbar und muss deshalb eingelöst werden. Doch auch der Erste Senat des BVerfG betont die Notwendigkeit einer Konkretisierung und stetigen Aktualisierung durch

¹Skript aus der Vorlesung „Staatsrecht“ von Herrn Bader/ 1. Semester, Studiengang Innenverwaltung.

den Gesetzgeber im Rahmen seines zugestandenen Gestaltungsspielraumes. Die zu erbringenden Leistungen sind dabei an dem jeweiligen Entwicklungsstand des Gemeinwesens und den bestehenden Lebensbedingungen auszurichten.¹

6 Das Bundesverfassungsgericht

6.1 Aufgabe und Funktion des Bundesverfassungsgerichts

Das 1951 gegründete Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe trägt zur Durchsetzung der Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland bei. Dies geschieht durch ständige Überwachung der Verfassungsmäßigkeit der Gesetzgebung. Wird die Beachtung des Grundgesetzes in Frage gestellt, kann das Bundesverfassungsgericht angerufen werden. Dessen Entscheidung ist unanfechtbar; alle anderen staatlichen Organe sind daran gebunden.

In den Monaten vor dem Urteilsspruch wurde durch mehrere deutsche Gerichte die Verfassungsmäßigkeit des Regelsatzes mit dem Grundgesetz in Frage gestellt. Das Bundesverfassungsgericht musste deshalb über die Vereinbarkeit der Regelungen des SGB II mit dem Grundgesetz entscheiden und kam zu einem negativen Ergebnis. Diese Entscheidung hatte Auswirkungen auf die Politik. So war die Regierung der Bundesrepublik dazu verpflichtet worden, bis zum 01.01.2011 eine Neuregelung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) zu schaffen, welche die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes erfüllen.² Im Folgenden sollen diese Vorgaben näher erläutert werden.

¹Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 133.

²www.bundesverfassungsgericht.de/organisation/aufgaben.html/Zugriff am 31.01.11.

6.2 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts

6.2.1 Urteilsspruch

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 09. Februar 2010, dass die Regelleistungen nach dem SGB II für Erwachsene und Kinder nicht mit Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz (GG) in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 GG vereinbar sind. Demnach wird dem Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum nicht Rechnung getragen. Des Weiteren bemängelt der Erste Senat das Fehlen eines Anspruchs auf Leistungen zur Sicherstellung eines unabweisbaren, laufenden, nicht nur einmaligen, besonderen Bedarfes, welcher zur Deckung des menschenwürdigen Existenzminimums zusätzlich zu den errechneten Regelleistungen in die Neuregelung des SGB II aufgenommen werden muss.¹ Auch die besonderen Belange der Kinder und Jugendlichen, insbesondere in den Bereichen Bildung und Freizeit, sollen in der Neuregelung des Gesetzgebers hinreichende Berücksichtigung finden.²

6.2.2 Die Leitsätze des Bundesverfassungsgerichtes

Artikel 1 Absatz 1 GG in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 GG garantiert jedem hilfebedürftigen Menschen die materiellen Grundlagen, die für sein Überleben und ein Minimum an Teilhabe am Leben im Kreise der Gesellschaft für notwendig gehalten werden. Diesem Grundrecht kommt neben dem aus Artikel 1 Absatz 1 GG absolut wirkendem Anspruch auf Achtung der Würde jedes Menschen eine eigenständige Bedeutung zu und muss deshalb eingelöst werden. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers den theoretischen Anspruch in die Praxis umzusetzen und diesen an die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung anzupassen. Dabei darf er die stetig steigende Lebensqualität nicht außer Acht lassen.

Bei der Umsetzung steht dem Gesetzgeber ein gewisser Gestaltungsspielraum zu. So liegt es an ihm, die Notwendigkeit materieller

¹ Urteilsspruch durch das BVerfG vom 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09.

² Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 180f.

Güter für eine zeitgerechte physische Existenz in einem schlüssig berechneten und allgemein nachvollziehbaren Verfahren zu ermitteln. Als Grundlage für die Berechnungen sollen „verlässliche Zahlen“ herangezogen werden.¹

Im Rahmen seiner Entscheidungsfindung prüfte das Bundesverfassungsgericht, ob der Gesetzgeber seinen Gestaltungsspielraum zur Berechnung des Existenzminimums anhand eines brauchbaren Berechnungsverfahrens hinreichend ausgeübt und die dafür erforderlichen Daten gänzlich richtig ermittelt hat. Insbesondere die Transparenz und Nachvollziehbarkeit einzelner Berechnungsschritte wurden hierbei überprüft. Der Gesetzgeber bekam hierfür die Möglichkeit, seine Berechnungsschritte und angewandten Methoden offen zu legen.²

6.2.3 Nicht zu beanstandende Vorgehensweisen

Im Bereich der Regelsatzhöhe für Erwachsene und Kinder konnte der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes keine Unterschreitung des für die Existenzsicherung erforderlichen Regelsatzbetrages feststellen. Nach dessen Meinung sind die vom Gesetzgeber ermittelten Regelsätze in jedem Fall ausreichend, um das erforderliche Existenzminimum zu gewährleisten. Auch das Statistikmodell als Methode zur Ermittlung des Regelsatzes anhand der Einkommens- und Verbraucherstichprobe, welche statistisch das Verbraucherverhalten der Bevölkerung darstellen soll, wurden vom Ersten Senat verfassungsrechtlich nicht beanstandet.³

6.2.4 Fehler bei der Ermittlung der Regelsatzhöhe

Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes hat der Gesetzgeber jedoch Entscheidungen bezüglich der Kürzung von Ausgabepositionen, welche mittels der Einkommens- und Verbraucherstichprobe ermittelt wurden, anhand empirischer Untersuchungen zu rechtfertigen. Demnach

¹ Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Leitsätze.

² Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 143f.

³ Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 146.

dürfen Ausgaben nur dann nicht als regelsatzrelevant angesehen werden, wenn Sie durch andere Positionen im berechneten Regelsatz gedeckt werden können oder feststeht, dass auch nach deren Wegfall das Existenzminimum gewahrt bleibt. Anhand ermittelter empirischer Daten wäre zur Festlegung der Höhe der Kürzung sogar eine Schätzung keine verfassungsrechtlich zu beanstandende Vorgehensweise. Jedoch wurde in der Vergangenheit ohne diese Daten und deshalb nicht realitätsgerecht „ins Blaue hinein“ geschätzt.¹

So wurde die Regelleistung von 359 Euro für alleinstehende Erwachsene nicht verfassungsfest ermittelt, da bei den Ergebnissen der EVS 2003 prozentuale Abschläge für bestimmte Ausgabepositionen (z.B. Pelze) einberechnet wurden, obwohl nicht feststand, ob diese Ausgaben von den Referenzgruppen überhaupt getätigt wurden. Weiterhin wurde die Regelleistung um Beträge gekürzt, die zwar vertretbar, empirisch jedoch nicht belegbar waren. Andere Ausgabepositionen, die nachweislich von den Referenzhaushalten getätigt wurde, blieben grundlos außer Acht. Da die Höhe der Regelleistung für Alleinstehende die Grundlage für die Berechnung der Bedarfe für Kinder und Paare darstellt, sind auch diese nach einer Neuberechnung entsprechend anzupassen.

Außerdem bemängelt der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes die Ermittlung des Bedarfes für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres, da für diese ohne Heranziehung empirische Daten oder verfassungsfester Ermittlungsmethoden ein prozentualer Abschlag angenommen wurde.² Das mit § 74 SGB II eingeführte Sozialgeld für eine weitere Altersstufe von Kindern ab Beginn des 7. und bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres kommt der Bedarfsrealität zwar entgegen, wird

¹ Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 175.

² Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 191.

dieser dennoch nicht gerecht. Auch wurde der Betrag von 100 Euro für Schulbedarf nach Meinung des Gerichtes „freihändig geschätzt“.¹

Des Weiteren beanstandet das BVerfG die Anpassung der Regelsatzhöhe an die aktuelle Entwicklung des Rentenwertes, da dieser auf Faktoren abstellt, die keinen Bezug zum Existenzminimum aufweisen.²

6.2.5 Sicherstellung der Bedarfsdeckung in Ausnahmesituationen

Da die Einkommens- und Verbrauchsstatistik eine durchschnittliche Übersicht der Konsumgewohnheiten von 60.000 Referenzhaushalten widerspiegelt, ist diese nicht geeignet, Bedarfe in Ausnahmefällen mit einzuberechnen. So kommt es in der Realität häufig zu Situationen, in denen der errechnete Regelsatz nicht zur Deckung aller Bedarfe ausreicht. Der Gesetzgeber versuchte über eine Härtefallregelung auch diese Situationen abzudecken. Ein Härtefall besteht nach Ansicht des Gesetzgebers jedoch nur, wenn der Hilfebedürftige alle denkbaren Möglichkeiten zur anderweitigen Bedarfsdeckung ausgeschöpft hat und der übrig bleibende Betrag, der dem Hilfebedürftigen dann noch zur Verfügung steht, nicht mehr für die Deckung seines gesetzlich garantierten Existenzminimums ausreicht. Angesichts dieser Voraussetzungen kann in der Praxis nur selten zugunsten des Hilfeempfängers entschieden werden.³ Schon kurz nach dem Urteil vom Februar 2010 entwickelte der Gesetzgeber für die Zukunft eine Regelung, nach der im Einzelfall ein unabweisbarer, laufender, nicht nur einmaliger besonderer Bedarf besteht. Der Mehrbedarf ist unabweisbar, wenn er insbesondere nicht durch die Zuwendungen Dritter sowie unter Berücksichtigung von Einsparmöglichkeiten der Leistungsberechtigten gedeckt ist und seiner Höhe nach erheblich von einem durchschnittlichen Bedarf abweicht.⁴

¹ Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 203.

² Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 184.

³ Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 204ff.

⁴ § 21 SGB II Absatz 6.

6.2.6 Vorgaben durch das Bundesverfassungsgericht

Der Gesetzgeber wurde verpflichtet, die verfassungswidrigen Regelungen bis spätestens 31. Dezember 2010 neu und verfassungsfest zu gestalten. Aufgrund seines Gestaltungsspielraumes und der Tatsache, dass das Bundesverfassungsgericht die Regelsätze nicht als zu niedrig einstufte¹, gibt es keine Vorgaben zur Höhe des Regelsatzes ab 01.01.2011. Der Gesetzgeber ist demnach nicht verpflichtet, eine höhere Regelleistung zu bestimmen. Es ist vielmehr seine Aufgabe, die bisher festgesetzte Höhe der Regelsätze in einem transparenten und nachvollziehbaren Berechnungsverfahren darzulegen.² Sollten die bisherigen Berechnungsmethoden dazu nicht in der Lage sein, ist der Gesetzgeber verpflichtet die Regelsätze in der geforderten Weise neu zu berechnen³ und den gegebenenfalls höheren Regelsatz im Gesetz als Leistungsanspruch zu „verankern“⁴. Und auch die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sollen in die Neugestaltung des SGB II einen angemessenen Platz finden.⁵ Sollte der Gesetzgeber seiner Pflicht, bis zum 31. Dezember 2010 eine neue Regelung im Gesetz zu verankern, nicht nachkommen, ist eine rückwirkende Auszahlung der ggf. höheren Regelleistung bis zum 01.01.2011 möglich.⁶

So formulierte das Bundesverfassungsgericht im Februar 2010 seinen Auftrag an den Gesetzgeber, der nun angehalten war, eine praxistaugliche Lösung zu finden.

6.2.7 Erste Schritte zur Umsetzung des Urteils

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes stand der Gesetzgeber vor der Aufgabe, insbesondere die bisherige Berechnung der Regelsätze und die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen

¹ Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 211.

² Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 139.

³ Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 143.

⁴ Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 211.

⁵ Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 133.

⁶ Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 220.

aus einkommensschwachen Familien in eine verfassungskonforme Richtung zu lenken. Ziel der Neuregelung soll sein, einen grundlegenden Wandel für das zweite Buch Sozialgesetzbuch herbeizuführen, indem die Ausrichtung auf die Erwerbsfähigen im Haushalt durch eine stärkere Förderung der Kinder und Jugendlichen ergänzt wird. Der Gesetzentwurf soll außerdem die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungskonformen Ermittlung der Regelbedarfe nach dem SGB II und dem SGB XII umsetzen. Zudem soll der Gesetzentwurf die praktischen Erfahrungen seit Einführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch berücksichtigen.¹ Die Neuberechnung der Regelsätze startete schon Mitte 2010. Grundlage sollte die Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2008 (EVS) sein. Die EVS wird im Abstand von fünf Jahren vom Statistischen Bundesamt erhoben und liefert statistische Informationen über die Ausstattung mit Gebrauchsgütern, die Einkommens-, Vermögens- und Schuldensituation sowie die Konsumausgaben privater Haushalte in Deutschland.²

Neben der Neuberechnung der Regelsätze machte auch eine weitere Neuerung Ende 2010 Schlagzeilen. Das Wort „Bildungspaket“ war um den Jahreswechsel in aller Munde. Unter Federführung der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen, sollte ein Paket von Geldleistungen entstehen, das auch Kindern aus den unteren Einkommensschichten eine Teilnahme am Schulmittagessen, Musikunterricht oder die Betätigung im Sportverein ermöglichen sollte.

Die Berechnungsmethoden zur Neuberechnung der Regelsätze und die Leistungen durch das Bildungspaket werden folgend dargestellt.

¹Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch/ Drucksache 661/10, Seite 75.

²http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/Einkommens__Verbrauchsstichprobe,templateld=renderPrint.psml / Zugriff am 06.04.2011.

7 Wie werden Berechnungsmethoden transparent?

Durchscheinend oder durchsichtig, auch im übertragenen Sinne, so definiert das Duden-Lexikon das Adjektiv „transparent“. Das Bundesverfassungsgericht forderte ein „nachvollziehbares Zahlenwerk“¹, das in einem „transparenten und sachgerechten Verfahren“² zur Ermittlung eines Regelsatzes für Leistungsempfänger nach dem SGB II führt. Erst wenn man etwas nachvollziehen kann, hat man die Chance dieses auch zu durchschauen, den Sinn dahinter zu verstehen. Um eine Berechnung nachvollziehen zu können, benötigt man die verwendeten Daten, eventuell verwendete Berechnungsmethoden und notwendige Erläuterungen. Erst wenn diese zugänglich sind, kann die Berechnung überhaupt erst transparent werden.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat in seinem offiziellen Internetauftritt den Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelleistungen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch veröffentlicht. Neben dem später in Kraft getretenen Gesetzestext, ist auch eine umfassende Erklärung zur Berechnung des Regelsatzes und gefällten Wertentscheidungen, sowie einer tabellarischen Aufstellung aller in der EVS 2008 ermittelten Verbrauchsausgaben enthalten. Diese Daten wurden laut Gesetzgeber veröffentlicht, um eine möglichst große Transparenz zu gewährleisten.³

Sollte sich demnach aus den Erläuterungen zum Gesetzesentwurf bezüglich getroffener Wertentscheidung durch den Gesetzgeber und den Tabellen der EVS 2008 ein Regelsatz berechnen lassen, der dem bereits in Kraft getretenen entspricht, wird von einer Transparenz der Berechnung ausgegangen.

¹ Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 143.

² Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 139.

³ <http://www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsmarkt/statistiken-zum-download-sgb2.html> / Zugriff am 23.04.2011.

8 Neuberechnung der Regelsätze

8.1 Die Einkommens- und Verbraucherstichprobe

Um einen Eindruck darüber zu bekommen, in welchem Umfang die Daten der Einkommens- und Verbraucherstichprobe (EVS) zur Berechnung der Bedarfsregelleistung nach dem SGB II herangezogen werden kann, soll im Folgenden die Vorgehensweise der fünfjährigen Datenerhebung erläutert werden.

Die EVS wird alle fünf Jahre durchgeführt. Rund 60 000 private Haushalte in Deutschland werden im Rahmen der größten Erhebung dieser Art innerhalb der Europäischen Union befragt.

Die EVS ist eine Quotenstichprobe. Alle teilnehmenden Haushalte werden nach Quotenmerkmalen gruppiert und für jede Gruppe eine Zahl der zu befragenden Haushalte vorgegeben. Danach werden die einzelnen Haushalte auf die Bundesländer aufgeteilt und je Bundesland die Haushaltsgesamtheit nach den Merkmalen Haushaltstyp, soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers und Haushaltsnettoeinkommen gruppiert. Für jedes dieser Merkmale wird dann die zu befragende Zahl der Haushalte ermittelt.

Der Ablauf der EVS gliedert sich in vier Befragungsstufen. Zunächst werden allgemeine Fragen zur Soziodemographie (z.B. Alter, Geschlecht, Beruf etc.), zur Wohnsituation sowie zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern innerhalb der einzelnen Haushalte gestellt. In Stufe 2 werden im Fragebogen „Geld- und Sachvermögen“ Angaben zum Geld- und Immobilienvermögen sowie zu Konsumentenkredit- und Hypothekenschulden der Haushalte erfasst. Danach erfolgt eine dreimonatige Führung eines Haushaltsbuchs, in dem die teilnehmenden Haushalte alle Einnahmen und Ausgaben aufzeichnen. Dies erfolgt mit unterschiedlichen Haushalten insgesamt viermal im Jahr, sodass für ein Jahr repräsentative Daten zur Verfügung stehen.

Zuletzt erfolgt die Führung eines sog. „Feinaufzeichnungsheftes“ durch jeden fünften Haushalt, welcher an der EVS teilnimmt. In diesem werden einen Monat lang die detaillierten Ausgaben für Speisen und Getränke nach Mengen und Preisen aufgelistet.

Aufgrund der hohen Anzahl an teilnehmenden Haushalten aus den unterschiedlichsten Einkommensschichten in Deutschland kann davon ausgegangen werden, dass die Ergebnisse eine hohe Repräsentativität und Genauigkeit aufweisen.¹

Wie schon der Gesetzgeber selbst, anerkannte auch das Bundesverfassungsgericht die Einkommens- und Verbraucherstichprobe als geeignete Grundlage dafür, den Regelsatz im Rahmen des SGB II zu ermitteln.² Dem Gesetzgeber kam nun die Aufgabe zu, aus den ermittelten Daten im Jahr 2008 einen Betrag zu errechnen, der transparent und nachvollziehbar die Höhe der Geldleistung darstellt, die zur Sicherung des Existenzminimums erforderlich scheint.³

In den Ergebnissen der Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2008 werden 12 übergeordnete Abteilungen als „Gegenstand der Nachweisung“ aufgeführt, welche anhand mehrerer Unterpositionen die einzelnen Ausgabepositionen nachweisen. Diese 12 Abteilungen beinhalten die durchschnittlichen Ausgaben für:

1. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke
2. Alkoholische Getränke und Tabakwaren
3. Bekleidung und Schuhe
4. Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung
5. Innenausstattung, Haushaltsgeräte und Haushaltsgegenstände
6. Gesundheitspflege
7. Verkehr
8. Nachrichtenübermittlung

¹http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/Einkommens__Verbrauchsstichprobe,templateld=renderPrint.psml / Zugriff am 06.04.2011.

² Verordnung zur Durchführung des § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Regelsatzverordnung - RSV) vom 3. Juni 2004 (BGBl. I S. 1067).

³ § 1 des Gesetzes zur Ermittlung der Regelbedarfe nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch.

- 9. Freizeit, Unterhaltung und Kultur
- 10. Bildungswesen
- 11. Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen
- 12. Andere Waren und Dienstleistungen

8.2 Neubemessung der Regelbedarfe

Zur Ermittlung der Regelbedarfe aus den erhobenen Daten der EVS orientierte sich das BMAS an dem Verbraucherverhalten unterer Einkommensschichten (sog. Referenzgruppen), da die Leistungen nach dem SGB II und SGB XII nicht höher sein sollen, als das Einkommen, das Geringverdiener durch Arbeit verdienen. Auch wollte das BMAS Zirkelschlüsse vermeiden, indem vor der Berechnung Haushalte mit SGB II/XII-Leistungsbezug aus den statistischen Daten ausgeschlossen wurden. Auf diese Weise wird der Bedarf von Leistungsbeziehern nicht von ihrem eigenen Verbraucherverhalten abgeleitet.

Zur Bemessung der Regelbedarfe, die sich an den tatsächlichen Konsumausgaben der Bevölkerung orientieren sollen, wurden Referenzgruppen gebildet. Diese Referenzgruppen sind notwendig, da es keinen Haushalt gibt, der alle Menschen in Deutschland mit ihren unterschiedlichen Konsumgewohnheiten aussagekräftig repräsentieren kann und deshalb ein Durchschnittswert ermittelt werden muss, der den tatsächlichen Konsumausgaben am nächsten kommt.

Der Ermittlung der Regelbedarfsstufen liegen die Verbrauchsausgaben von Haushalten, in denen eine erwachsene Person alleine lebt und Haushalten, in denen ein Paar mit einem Kind lebt, zugrunde.

Für Einzelpersonenhaushalte wird das private Konsumverhalten anhand der Referenzgruppe mit einem Nettoeinkommen von höchstens 901 Euro im Monat ermittelt. Dies soll den unteren 15 % der nach dem Haushaltseinkommen geschichteten Haushalte ohne SGB II- und SGB XII-Leistungsempfänger entsprechen.

Für die Bedarfsermittlung von Ehepaarhaushalte mit jeweils einem Kind unter 6 Jahren, von 6-14 Jahren und von 14-18 Jahren sollen als

Referenzgruppe die untersten 20 % der nach dem Nettoeinkommen geschichteten Haushalte (ohne SGBII/XII-Leistungsempfänger) herangezogen werden. Hierbei steigt jedoch das angesetzte Netto-Grenzeinkommen mit dem Alter des Kindes von 2178,33 Euro erst auf 2476,33 Euro, dann auf 2544,00 Euro.

Die von den Referenzgruppen gemachten Angaben in der Einkommens- und Verbraucherstichprobe beziffern die durchschnittliche Ausgabehöhe für jede Position der 12 übergeordneten Abteilungen. Diese durchschnittlichen Ausgaben pro Haushalt sind Grundlage für die Ermittlung der Regelsätze im Rahmen der SGB II-Neuregelung.¹

8.3 Neue Regelsatzberechnung: Einpersonenhaushalt

Das Bundesverfassungsgericht kritisierte in seinem Urteil, dass der Regelsatz für Kinder bisher nur vom Regelsatz für Einpersonenhaushalte prozentual abgeleitet wurde und forderte deshalb, neben dem Regelsatz für Einpersonenhaushalte, auch den Bedarf für Kinder in einem gesonderten Verfahren zu berechnen. Aus diesem Grund wurden die Ergebnisse der EVS 2008 sowohl für Einpersonenhaushalte, als auch für Ehepaar-bzw. Partnerhaushalte mit einem Kind von 0 bis 6 Jahren, 6 bis 14 Jahren und 14 bis 18 Jahren herangezogen. Da eine detaillierte Betrachtung aller Ergebnisse der Einkommens- und Verbraucherstichprobe den Rahmen dieser Arbeit jedoch sprengen würde, beschäftigt sich der folgende Textabschnitt exemplarisch mit der Bedarfsberechnung von Einpersonenhaushalten. Auf die Methoden, mit welchen versucht wurde, das Verbrauchsverhalten von Kindern separat zu ermitteln, wird danach näher eingegangen.

Die Ergebnisse der EVS 2008 (Ausgaben des privaten Konsums für Einpersonenhaushalte) mitsamt der durch das Bundesministerium für

¹Erläuterungen zu den Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes zur Neubemessung der Regelbedarfe und den Anlagen zu Artikel 1 des Entwurfes eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und Änderung des Zweiten und Zwölften Gesetzbuches.

Arbeit und Soziales in Auftrag gegebenen Sonderauswertungen dienen als Grundlage für die weiteren Berechnungen des Regelsatzes für Einpersonenhaushalte.

Zusammen mit dem Entwurf für ein Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderungen des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, lieferte das BMAS bereits im Herbst 2010 eine detaillierte Begründung, in welcher einzelne Berechnungsschritte offengelegt und damit für alle nachvollziehbar werden sollten. Auch Einzelentscheidungen über Positionen in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 sollen dadurch nachvollziehbar sein. Die berücksichtigten Verbrauchsausgaben, die sich aus dieser Erläuterung entnehmen lassen, sollen den Regelbedarf nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch ergeben.¹

Im weiteren Verlauf dieser Thesis werden insbesondere die nicht berücksichtigten Ausgabepositionen der 12 Abteilungen, welche in der EVS untersucht wurden, anhand der Begründung der Bundesregierung im Gesetzentwurf einzeln abgehandelt. Es soll hierbei deutlich werden, wie im Gesetzesentwurf der Wegfall einer Bedarfsposition begründet wird. Eine bearbeitete Originaltabelle der EVS 2008 für Einpersonenhaushalte mit Kurzkomentaren sowie der dazugehöriger Lesehinweis finden sich aus Gründen der Übersichtlichkeit in der Anlage (Anlage 1 und 2) dieser Arbeit.

8.3.1 Abteilung 1: Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke

Da sowohl Nahrungsmittel als auch alkoholfreie Getränke, nach Auffassung der Bundesregierung, für die Gewährleistung des physischen Existenzminimums unverzichtbar sind, werden diese zu 100 Prozent als regelbedarfsrelevant berücksichtigt. Der voll regelsatzrelevante Betrag von 125,47 Euro ergibt sich aus den durchschnittlichen Ausgaben pro

¹ Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch/ Drucksache des Bundesrates 661/10, Seite 76 f.

Haushalt für Nahrungsmittel in Höhe von 112,12 Euro und für nicht alkoholische Getränke in Höhe von 13,35 Euro.¹

8.3.2 Abteilung 2: alkoholische Getränke, Tabakwaren u.Ä.

Laut der Begründung des Gesetzentwurfes gehören Alkohol und Tabakwaren zu den legalen Drogen und schädigen die Gesundheit. Sie werden deshalb, neben illegalen Drogen, nicht als existenzsichernd angesehen und deshalb nicht mehr in den Regelsatz einberechnet. Einen Ersatz für Tabak gibt es nach Auffassung der Bundesregierung nicht. Da jedoch auch durch alkoholische Getränke wie Bier, ein Flüssigkeitsbedarf gedeckt werden kann, wird diese Menge Flüssigkeit im neu zu berechnenden Regelsatz zumindest teilweise in nicht alkoholische Getränke umgerechnet. Spirituosen, die nicht allgemein zur Flüssigkeitsaufnahme dienen, gehen in die Berechnung nicht ein. Für alkoholische Getränke wurden durchschnittlich 8,11 Euro ausgegeben. Davon entfallen nach Auswertung des Bundesamtes für Statistik 7,19 Euro, die durch alkoholfreie Getränke zu ersetzen sind (Fachserie 17, Reihe 7 des Statistischen Bundesamtes).

In einer Plausibilitätsrechnung wurde ermittelt, dass etwa 12 Liter Bier für 7,19 Euro erhältlich sind. Diese 12 Liter Flüssigkeit sollten deshalb in gleicher Menge durch preiswerte nicht alkoholische Getränke ersetzt werden. Man stellte fest, dass 12 Liter Mineralwasser etwa 2,99 Euro kosten und bei entsprechend billigem Einkauf sogar hier noch Spielraum für Säfte oder andere alkoholische Getränke verfügbar ist. Diese 2,99 Euro wurden zu 100 % dem neu zu errechnenden Regelsatz hinzugefügt.² Somit fließen aus Abteilung 1 und 2 insgesamt 128,46 Euro in den zu berechnenden Regelsatz mit ein.

¹ Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch/ Drucksache des Bundesrates 661/10, Seite 91.

² Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch/ Drucksache des Bundesrates 661/10, Seite 92f.

8.3.3 Abteilung 3: Bekleidung und Schuhe

In dieser Abteilung werden alle Positionen, außer das chemische Reinigen, Waschen, Bügeln und Färben von Bekleidung, als existenzsichernde Verbrauchsausgaben angesehen. Das BMAS begründet den Wegfall dieser Verbrauchsposition damit, dass saubere Wäsche zwar zum Existenzminimum zählt, diese jedoch auch mit den haushaltsüblichen Mitteln, also Waschmaschine und eventuell einem Bügeleisen in ausreichender Weise gewährleistet wird. Kosten für die Anschaffung einer Waschmaschine und eines Bügeleisens sind in Abteilung 5 berücksichtigt. Hier ist anzumerken, dass bei Wegfall der gesamten Kosten der chemischen Reinigung mehr Wäsche zu Hause gewaschen werden müsste, was höhere Kosten für das private Waschen der Wäsche verursachen würde. Eine Berücksichtigung dieser Mehrkosten ist nicht zu erkennen. Die Kosten einer chemischen Reinigung von beruflich benötigter Kleidung, so die Begründung, können als Werbungskosten geltend gemacht werden und würde im Falle eines Bewerbungsgespräches vom Jobcenter entsprechend erstattet.

Zusätzlich fallen in Abteilung 3 alle Verbrauchsausgaben für Kleidung und Schuhe von Kindern bei der Bedarfsermittlung von Einzelpersonenhaushalten weg. Dies geschieht deshalb, da nach dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes zusätzlich eine gesonderte Auswertung der Bedarfe von Kindern getätigt wurde, wodurch es nicht mehr notwendig ist, die Kosten von Kleidung und Schuhen für Kinder als Ausgabeposition in einem Einpersonenhaushalt mit einzubeziehen. Diese Kosten wurden bei der Bedarfsermittlung für Kinder voll berücksichtigt.¹ Insgesamt entfällt auf Abteilung 3 ein regelsatzrelevanter Gesamtbetrag von 30,40 Euro.

¹ Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch/ Drucksache des Bundesrates 661/10, Seite 93f.

8.3.4 Abteilung 4: Wohnen, Energie und Wohninstandhaltung

Hier sind überwiegend Ausgaben für Mietzahlungen und Heizung aufgeführt, welche im Rahmen des § 22 SGB II gesondert erbracht werden und deshalb nicht in den auszahlenden Regelbedarf mit einberechnet werden. Lediglich Ausgaben für Strom und Wohnungsinstandhaltung können laut Begründung in Abteilung 4 Berücksichtigung finden. Bei den Stromausgaben wird, im Gegensatz zur Berechnung anhand der Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2003, kein Abschlag mehr für Heizungsstrom vorgenommen, da die Ausgaben für Haushaltsenergie in der EVS 2008 gesondert ausgewertet wurden. In dieser Sonderauswertung flossen Angaben von den Haushalten ein, die nicht mit Strom heizten. Anders als bisher werden in der EVS 2008 zusätzlich zu den Stromausgaben von Mieterhaushalten auch die vorher komplett herausgerechneten Stromausgaben von Eigentümerhaushalten berücksichtigt, indem die ermittelten Ausgaben der Mieterhaushalte auch als existenzsichernde Stromausgaben für alle Eigentümerhaushalte angesetzt wurde. Dasselbe Verfahren wurde auch bei den Ausgaben für Wohnungsinstandhaltung von Eigentümerhaushalten angewandt. Die Ausgaben für Instandhaltung von Mietwohnungen werden weiterhin voll berücksichtigt.

Aus der Abteilung 4 der EVS 2008 ergibt sich somit ein regelbedarfsrelevanter Gesamtbetrag von 30,24 Euro. Davon teilen sich 0,20 Euro auf die beiden Ausgabepositionen auf, die mit einem „/“ gekennzeichnet sind, da diese von weniger als 24 Teilnehmerhaushalten getätigt wurden. Diese und andere Informationen lassen sich in Form eines Lesehinweises in der Anlage 2 „Erläuterungen zu den Sonderauswertungen“ nachvollziehen.

8.3.5 Abteilung 5: Innenausstattung, Haushaltsgegenstände

In dieser Abteilung werden mehrere Ausgabepositionen nicht berücksichtigt. Der Gesetzgeber begründet den Wegfall der Position „Anfertigung sowie fremde Reparaturen von Heimtextilien“ damit, dass

Kosten für einen Neukauf von Heimtextilien mit 2,35 Euro zu 100 Prozent in den Regelsatz einfließen. Außerdem sei es für Leistungsempfänger nach dem SGB II möglich, bei Umzug oder nach Eintritt eines Schadens einen einmaligen Bedarf in Form von Erstausrüstung für die Wohnung anerkannt zu bekommen.

Die Ausgabebezeichnung „Fremde Reparaturen an Handwerkzeugen“ ordnet der Gesetzgeber der Kategorie Hobby und Freizeit zu, da er den Besitz und die Nutzung solcher Werkzeuge nur für den privaten Gebrauch unterstellt. Die Ausgaben in dieser Abteilung werden deshalb nicht in den Regelsatz mit einberechnet. Eine entsprechende Berücksichtigung in Abteilung 9 „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ lässt sich nicht klar erkennen.

Verbrauchsgüter im Bereich Gartenarbeit erachtet der Gesetzgeber durchweg als nicht existenzsichernd, weshalb er die Positionen „nicht motorbetriebene Gartengeräte“ komplett außerhalb der Rechnung belässt und die Ausgaben für „motorbetriebene Werkzeuge“ und „Ausrüstungsgegenstände für Haus und Garten“ um die Ausgaben für Gartenarbeit bereinigt. Dies geschieht nach einem Wägungsschema, nachdem der Gesetzgeber die für diese Position ermittelte Ausgabenhöhe von 0,36 Euro zu 62,18 Prozent den Ausgaben für Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände für das Haus zuspricht, was einen regelbedarfsrelevanten Betrag von 0,22 Euro ergibt. Anhand welcher Berechnungen diese prozentualen Abschläge ermittelt werden, ist nicht erläutert.

Die ermittelten Ausgaben für „Kinderbetreuung ohne Verpflegung durch Privatpersonen“ sind nach Auffassung des Gesetzgebers nicht regelsatzrelevant, da Einzelpersonenhaushalte keine Kinder haben und Familienhaushalte gesondert berechnet werden. Auch „Haushaltshilfen und anderen häusliche Dienstleistungen“ werden nicht als existenzsichernd berücksichtigt. In zwingend erforderlichen Einzelfällen (z.B. Krankheit), in denen eine Haushaltshilfe benötigt wird, könnten die

erforderlichen Leistungen durch vorgelagerte Sicherungssysteme erbracht werden.

Insgesamt ergibt sich in Abteilung 5 ein regelsatzrelevanter Betrag von 27,41 Euro. Von diesem Betrag entfallen 2,98 Euro auf alle Haushaltsausgaben, die mit einem „/“ gekennzeichnet sind, da diese von weniger als 24 Haushalten getätigt wurden und deshalb nicht veröffentlicht werden.¹

8.3.6 Abteilung 6: Gesundheitspflege

Die nicht berücksichtigten Ausgabepositionen in dieser Abteilung werden nach Begründung des Gesetzgebers vor allem über die Krankenversicherung und bei nicht krankenversicherten Leistungsberechtigten nach dem SGB XII über die Hilfen zur Gesundheit abgedeckt.

Die Positionen „Orthopädische Schuhe“, „Reparaturen von therapeutischen Geräten“ sowie „Miete von therapeutischen Geräten“ werden ebenfalls nicht mehr als regelbedarfsrelevant berücksichtigt, da, nach Aussage des Gesetzgebers, hierfür ein neuer einmaliger Bedarf im SGB II und im SGB XII eingeführt wird.

Die Ausgaben für Praxisgebühren wurden in der EVS 2008 zum ersten Mal erfasst und werden voll in den Regelsatz einberechnet. Neben dem Kauf pharmazeutischer und anderer medizinischer Erzeugnisse, mit und ohne Rezept, wird außerdem die Anschaffung therapeutischer und medizinischer Geräte voll berücksichtigt. In dieser Abteilung ergibt sich ein regelsatzrelevanter Gesamtbetrag von 15,55 Euro.²

¹ Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch/ Drucksache des Bundesrates 661/10, Seite 95ff.

² Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch/ Drucksache des Bundesrates 661/10, Seite 97f.

8.3.7 Abteilung 7: Verkehr

In dieser Abteilung wurde dem Statistischen Bundesamt eine Sonderauswertung in Auftrag gegeben. Hierbei sollen ausschließlich die Ausgaben von Haushalten ermittelt werden, die keine Ausgaben für Kraftstoff oder Schmiermittel aufgeführt haben. Daraus schließt der Gesetzgeber, dass diese Haushalte weder einen PKW noch ein Motorrad besitzen und folglich mit Bus, Bahn, zu Fuß oder mit dem Fahrrad mobil sind. Ausgaben für die PKW-Nutzung oder Urlaubsreiseverkehr werden hier nicht als existenzsichernd erachtet. In der Begründung zum Gesetzesentwurf verweist das BMAS darauf, dass SGB II-Leistungsberechtigten anteilige Kosten für die berufliche PKW-Nutzung als Werbungskosten vom anzurechnenden Einkommen abgezogen werden können. Aus dieser Abteilung errechnet sich ein regelbedarfsrelevanter Gesamtbetrag von 22,78 Euro, davon werden 0,84 Euro der Position „Kauf von Fahrrädern“ zugeordnet, da diese mit einem „/“ gekennzeichnet wurde.¹

8.3.8 Abteilung 8: Nachrichtenübermittlung

Die Möglichkeit zur Kommunikation mittels Telefon, Internet, Fax oder Mobiltelefon anerkennt das BMAS weiterhin als existenzsichernde Bedarfsposition. Dennoch, so heißt es in der Begründung des Gesetzentwurfes, gehen entweder die Kosten für die Festnetztelefonie oder das Telefonieren mittels Mobiltelefon, in den Regelsatz als existenzsichernde Ausgabeposition ein. Dies wird damit begründet, dass nicht nebeneinander zwei Arten des Telefonierens gefördert werden können. Laut Begründung zum Gesetzentwurf ist die Festnetztelefonie noch häufiger genutzt als das Telefonieren mit einem Mobiltelefon, weshalb auch nur die Kosten für die Festnetztelefonie in den neu zu bestimmenden Regelsatz mit eingehen. Da in einem deutschen

¹ Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch/ Drucksache des Bundesrates 661/10, Seite 98f.

Privathaushalt häufig neben dem Festnetztelefon auch ein Mobiltelefon genutzt wird, musste die Bundesregierung eine Sonderauswertung im Rahmen der EVS in Auftrag geben, welche die Verbrauchsausgaben für Festnetztelefonie bei Haushalten ermittelt, die nur ein Festnetztelefon nutzen. Es ergibt sich ein regelsatzrelevanter Gesamtbetrag von 31,96 Euro.¹

8.3.9 Abteilung 9: Freizeit, Unterhaltung und Kultur

In dieser Abteilung hält der Gesetzgeber die Ausgaben für Garten, Camping und Pauschalreisen, wie auch bei der Bedarfsermittlung zuvor, für nicht regelsatzrelevant. Jedoch kommen nun einige neue regelsatzrelevante Bedarfspositionen hinzu, wie beispielsweise Ausgaben für „Bild-, Daten- und Tonträger (einschließlich Downloads)“, da auch Abspielgeräte regelsatzrelevant sind und dafür der Kauf entsprechender Datenträger notwendig ist. Insbesondere ist zu erwähnen, dass, wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert, Ausgaben für „außerschulischen Unterricht und Hobbykurse“ als regelsatzrelevant anerkannt wurden. Die Positionen „Schnittblumen und Zimmerpflanzen“, „Haustiere“ sowie „Glücksspiel“ werden nicht zum erforderlichen Grundbedarf und damit nicht zu den regelbedarfsrelevanten Ausgaben gezählt. Ebenfalls nicht in den Regelsatz einberechnet werden Ausgaben für Rundfunk- und Fernsehgebühren, da Leistungsberechtigte nach dem SGB II von dieser Zahlung befreit sind.

Nicht erwähnt wird jedoch, warum die Ausgabeposition „Foto- und Filmausrüstung, optische Geräte“ (Code: 0912 000) in Höhe von 1,00 Euro nicht in den Regelsatz mit einfließt, obwohl die Reparatur für solche Geräte als regelsatzrelevant eingestuft wird (Code: 0915 000). Auch die Position „Ausleihgebühren – TV-Geräte, Videokameras u.Ä.“ wurde erstmals aus dem regelsatzrelevanten Grundbedarf ausgeschlossen, da,

¹ Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch/ Drucksache des Bundesrates 661/10, Seite 100.

so die Begründung, der Kauf von diesen Geräten zu 100 Prozent regelsatzrelevant ist und deshalb ein Ausleihen nicht notwendig sei. Hier ist allerdings zu bemerken, dass die Teilnehmer der EVS ihre Geräte sowohl durch Leihen als auch durch Kauf dieser finanziert haben. Durch den ersatzlosen Wegfall dieser eigentlich regelsatzrelevanten Leihgebühren aus dem Regelsatz, ohne eine Aufstockung für den Kauf, bleibt den Leistungsempfängern unterm Strich weniger für die Anschaffung o.g. Geräte. Es errechnet sich für diese Abteilung ein regelsatzrelevanter Gesamtbetrag von 39,96 Euro.¹

8.3.10 Abteilung 10: Bildung

Nur die Ausgaben für „Gebühren für Kurse u. ä.“ werden in der Abteilung 10 in den Regelsatz mit aufgenommen, da die Positionen „Kinderbetreuung“ und „Nachhilfeunterricht“ einen Einpersonenhaushalt ohne Kinder nicht betreffen oder anderweitig gedeckt werden können (§ 28 SGB II bzw. § 34 SGB XII). Für die ebenfalls nicht regelsatzrelevante Position „Studien- und Prüfungsgebühren an Schulen und Universitäten“ werden vorrangig Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erbracht. Hier fließt somit 1,39 Euro in den zu berechnenden Regelsatz mit ein.²

8.3.11 Abteilung 11: Beherbergungs- und Gaststättendienstleistung

Speisen in Restaurants, Cafés, Mensen etc. werden als nicht existenzsichernd angesehen und würden deshalb nicht in den Regelsatz mit einberechnet werden. Da diese Mahlzeiten jedoch eine selbst zubereitete Mahlzeit ersetzen, hat sich das BMAS entschlossen, diese Kosten zu einem Teil als regelbedarfsrelevant einzuberechnen. Bei der Ermittlung des anzuwendenden Prozentsatzes wurden statistische

¹ Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch/ Drucksache des Bundesrates 661/10, Seite 100 ff.

² Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch/ Drucksache des Bundesrates 661/10, Seite 102f.

Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes herangezogen. Demnach werden 28,5 Prozent der Kosten, die beispielsweise ein Restaurant für ein Essen verlangt, für die Beschaffung der Lebensmittel berechnet.¹ Deshalb sind nur diese 28,5 Prozent der Ausgaben für besagte Verpflegungsdienstleistungen regelsatzrelevant. Die Kosten für Übernachtungen zählen laut Begründung zur Kategorie „Urlaub“ und deshalb nicht als regelsatzrelevante Ausgabeposition. Somit werden 7,16 Euro aus der Abteilung 11 in den Regelsatz mit einberechnet.²

8.3.12 Abteilung 12: Andere Waren und Dienstleistungen

Die Positionen „Dienstleistungen für die Körperpflege“, „Friseurdienstleistungen“ sowie „Körperpflegeartikel und -geräte“ werden voll berücksichtigt, da diese laut Begründung zum Grundbedarf gehören.

Bei der Position „Schmuck und Uhren“ setzt das BMAS wieder ein Wägungsschema der allgemeinen Preisstatistik an, wonach 32,45 Prozent der Gesamtkosten von 1,81 Euro auf Uhren, inklusive Reparatur und Batteriewechsel, entfallen. Nur diese 32,45 Prozent werden berücksichtigt, wodurch sich ein regelsatzrelevanter Betrag von 0.59 Euro ergibt.

Dass Leistungsempfänger nach dem SGB II für den neuen Personalausweis selbst aufkommen müssen, wird in der Position „Sonstige Dienstleistung, a.n.g.“ (Code: 1270 900) entsprechend berücksichtigt, indem die Kosten von 28,80 Euro für einen Personalausweis auf 10 Jahre aufgeteilt werden. So errechnen sich für den Personalausweis monatliche Kosten von 0,25 Euro, die als regelsatzrelevant berücksichtigt werden.

Erstmals sind auch „Mitgliedsbeiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck“ in voller Höhe berücksichtigt, da das BMAS mit dem zur

² Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch/ Drucksache des Bundesrates 661/10, Seite 103f.

Umsetzung des Urteils eingeführten Bildungs- und Teilhabepaket auch ein monatliches Budget für Erwachsene zur Deckung der Kosten einer Vereinsmitgliedschaft als regelbedarfsrelevant anerkennt. Diese Ausgaben werden nach internationalem Standard nicht „konsumiert“ und deshalb nicht den Abteilungen 1 bis 12 zugeordnet, aber dennoch als zusätzliche regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgabe zur Abteilung 12 hinzuaddiert. Es ergibt sich ein regelsatzrelevanter Gesamtbetrag von 26,50 Euro.¹

8.3.13 Berechnung und Fortschreibung des Regelsatzes

Addiert man die gerade erläuterten Ergebnisse der Abteilungen 1 bis 12, ergibt sich ein Gesamtbetrag von 361,81 Euro. Nach § 7 Absatz 2 und 3 des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz (RBEG) errechnet sich der Regelsatz von 364 Euro anhand des Mischindex² von 0,55 Prozent aus den Jahren 2008 und 2009 ($361,81 \text{ €} \times 0,55\% = 363,79 \text{ Euro}$) sowie einer festgelegten Rundungsregelung.

Um für den errechneten Regelsatz einen zufriedenstellenden Fortschreibungsmechanismus zu erreichen, soll zukünftig die jährliche laufende Wirtschaftsrechnung (LWR) des Statistischen Bundesamtes herangezogen werden. Diese orientiert sich an den Parametern Verbrauch, Preis und Nettolohnentwicklung.³

8.4 Neue Regelsatzberechnung: Haushalte mit Kindern

In der Begründung zum Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch wird erläutert, dass aufgrund der für einen Haushalt

¹ Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch/ Drucksache des Bundesrates 661/10, Seite 104f.

² bundesdurchschnittliche Entwicklung der Preise sowie der Nettogehälter und –löhne pro Beschäftigtem im Vorjahr.

³ Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch/ Drucksache des Bundesrates 661/10, Seite 199.

insgesamt erfassten Verbrauchsausgaben, bei Mehrpersonenhaushalten wenige Ausgaben einer bestimmten Person zugeordnet werden können.¹

Eine separate Ermittlung der Verbrauchsausgaben für ein Kind in einer Familie, die an der EVS teilnimmt, hält das BMAS deshalb für nicht möglich, weil ein zu hoher Zeitaufwand notwendig wäre, der die befragten Haushalte überlasten könnte und so zukünftig die freiwillige Teilnahme in Gefahr brächte. Zudem wird in der Begründung zum Gesetzentwurf erläutert, dass die Angaben der Familienhaushalte subjektiv wären, da aufgrund fehlender Vorgaben durch das Statistische Bundesamt, die Aufteilung auf Erwachsene und Kinder nach individuellen Einschätzungen erfolgen und dadurch die Vergleichbarkeit untereinander in Frage stellen würde.

Nach Auffassung des BMAS kann eine Aufteilung der Verbrauchsausgaben auf Erwachsene und Kinder deshalb nur modellhaft, also anhand festgelegter Verteilungsschlüssel erfolgen. Diese Verteilungsschlüssel wurden innerhalb der Studie „Kosten eines Kindes“ entwickelt, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ermittelt wurden.² Dieses Schlüsselverfahren wurde für die Neuermittlung der Regelbedarfe für Kinder angewandt. An den Altersstufen Kinder unter 6 Jahren, Kinder von 6 bis 14 Jahre und Jugendliche von 14 bis 18 Jahren wurde im Rahmen der Bedarfsermittlung festgehalten, da keine Anhaltspunkte gegeben waren, die andere Altersstufen rechtfertigt hätten. Und auch Experten und Praktiker unterstützten die Beibehaltung der bisherigen Altersstufen.

¹ Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch/ Drucksache 661/10/ Nr. 4.2 Seite 105.

² Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch/ Drucksache 661/10/ Nr. 4.2 Seite 106.

8.4.1 Einzelne Methoden zur Bedarfsermittlung von Kindern

Die gesamten Verbrauchsausgaben für ein Kind werden anhand von vier Methoden errechnet: Basierend auf Gutachten, Verteilung nach Köpfen, nach OECD-Skala und Alleinverteilung auf Erwachsene oder Kinder.

Für die Berechnung der Kostenanteile für ein Kind in verschiedenen Bereichen wurden Kategorien entwickelt, die auf die einzelnen Verbrauchsausgaben angewandt wurden: Kategorie S1 (Ernährung, Getränke und Verpflegungsdienstleistungen), Kategorie S2 (Wohnungsinstandhaltung und Strom), Kategorie S3 (Verkehrsausgaben), Kategorie S4 (Bekleidung und Schuhe für Personen ab 14 Jahren), Kategorie p.K. (pro Kopf), Kategorie O (nach der neuen OECD-Skala) sowie Kategorie E (allein für Erwachsene) und Kategorie K (allein für das Kind).

Folgend sollen die Kategorien exemplarisch vorgestellt werden.

Die Kategorien S1 bis S3 basieren auf Ergebnissen wissenschaftlicher Studien. Während dieser Studien wurde das Konsumverhalten von Kindern in den Bereichen Ernährung, Wohnen und Energie sowie Verkehr untersucht und Prozentwerte für den Kindsanteil an Lebenshaltungskosten in diesen Bereichen errechnet.

Bei der Kategorie S1 wurde für die Berechnungen der Ausgaben für Nahrung und Getränke nach Geschlecht und Alter differenziert. Hier unterschied man zwischen Jungen und Mädchen im Alter bis 10 Jahre, von 11 bis 12 Jahren und von 13 bis 17 Jahren. Die Studienergebnisse stellen den prozentualen Anteil für einen Junge oder ein Mädchen in einem bestimmten Alter dar, der an den Ausgaben für Nahrung und Getränke im Familienhaushalt benötigt wird. Solche Ergebnisse wurden auch für die Kategorien S2 und S3 veröffentlicht, mit dem Unterschied, dass diese anhand anderer Altersgruppen ermittelt wurden.

Bei Ausgabepositionen wie zum Beispiel „Gesundheitspflege“ wandte das BMAS die Berechnungsmethode „Verteilung nach Köpfen“ an. Hier wird

dem Kind, das mit zwei Erwachsenen Personen in einem Haushalt zusammenlebt, jeweils ein Drittel der Gesamtkosten anteilig zugerechnet (Kategorie p.K.: Pro Kopf).

Die Anteilermittlung für ein Kind anhand der OECD-Skala (Kategorie O) wurde unter anderem bei Ausgaben für Kühlschränke, Waschmaschinen und anderen Haushaltsgeräte angewandt. Die Skala beschreibt einen Maßstab, der das Wohlstandsniveau von verschiedenen großen Haushalten vergleichbar machen soll. Laut der Skala wird der Bedarf eines alleinlebenden Erwachsenen mit dem Faktor 1 festgelegt. Der Bedarf einer weiteren erwachsenen Person ab 15 Jahren, die mit im Haushalt lebt, erhöht den Faktor um den Wert 0,5, da man davon ausgeht, dass durch die gemeinsame Nutzung der vorhandenen Haushaltsgüter zwei Erwachsene Personen mit dem Faktor 1,5 den gleichen Lebensstandard erreichen, wie eine Person mit dem Faktor 1. Aufgrund gleicher Überlegungen erhöht sich die OECD-Skala nochmals um den Faktor 0,3, wenn ein Kind unter 15 Jahren zu diesem Zweipersonenhaushalt hinzukommt. Addiert man die einzelnen Werte für den gesamten Haushalt, und setzt diesen Wert den Ausgaben gleich, ist es möglich, den Anteil des Kindes am Gesamthaushalt zu ermitteln. Für ein unter 15-jähriges Kind, das mit zwei Erwachsenen zusammen in einem Haushalt lebt, ergibt sich somit ein prozentualer Anteil an den Gesamtausgaben von 16,7 %, für ein Kind ab 15 Jahren ein Anteil von 25%.

Als weitere Methode zur Umverteilung einzelner Ausgabepositionen wurde die Verteilung allein auf Erwachsene und Kinder angewandt (Kategorie E und K), wo Verbrauchsausgaben wie „Spielwaren“ komplett dem Kind, Ausgaben für „Finanzdienstleistungen“ komplett den Erwachsenen zugeordnet wurden.

Diese Methoden wurden auf alle Ausgabepositionen von Familienhaushalte mit einem Kind, die in der EVS 2008 ermittelt wurden, angewandt. Auf Basis empirisch ermittelter Daten konnte so der Bedarfsanteil des Kindes an den Gesamtausgaben eines

Familienhaushalts mit einem Kind berechnet werden. Diese Vorgehensweise orientiert sich an den Forderungen des Bundesverfassungsgerichts, das in seinem Urteil die fehlende Verwendung dieser bereits vor Jahren vorhandenen Verteilungsschlüssel für Paarhaushalten mit einem Kind nicht nachvollziehen konnte.¹

9 Das Bildungspaket

9.1 Anstoß durch das Urteil

In seinem Urteil vom 09. Februar 2010 bemängelte der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes, dass die im Bildungswesen (Abteilung 10) in der EVS erfassten Ausgaben für die Berechnung des regelleistungsrelevanten Bedarfes vollständig unberücksichtigt blieben. Gleiches gilt für die Ausgabeposition „Außerschulischer Unterricht in Sport und musischen Fächern“ im Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur (Abteilung 9). In den Erläuterungen zur Berechnung habe das BMAS diese Entscheidungen damit begründet, dass diese Ausgaben nicht zur Sicherung des Existenzminimums erforderlich seien. Insbesondere für den Wegfall der Abteilung Bildung lieferte, nach Auffassung des Ersten Senates, der Gesetzgeber jedoch keine ausreichende Begründung, die eine solche Entscheidung rechtfertigen könnte. Eine nachträgliche Begründung, die Bedarfsdeckung im Bildungswesen obliege den Ländern, genügte dem Ersten Senat ebenfalls nicht.² Nach dessen Auffassung seien die *„Verfassungsverstöße in der Zwischenzeit [...]“* nicht *„beseitigt worden“*.³ Nach diesem Urteil war der Gesetzgeber dazu angehalten, die Missstände in den Bereichen Bildung sowie Freizeit, Unterhaltung und Kultur zu beseitigen. Mit dem Bildungspaket sollte *„zum ersten Mal in den*

¹ Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 197f.

² Urteil des Ersten Senates des Bundesverfassungsgerichtes vom 09.02.2010/ - 1 BvL 1/09 - 1 BvL 3/09 - 1 BvL 4/09 – Randnummer 180f.

³ Urteil des Ersten Senates des Bundesverfassungsgerichtes vom 09.02.2010/ - 1 BvL 1/09 - 1 BvL 3/09 - 1 BvL 4/09 – Randnummer 199.

Hartz-Gesetzen wirklich vom Kind her“ gedacht werden. Es sollte „etwas im Leben der Kinder ganz konkret [...] veränder(t)“ werden.¹

Als Lösung schien es, alle für die Kinder und Jugendlichen notwendigen Leistungen in ein Paket zu packen. Es entstand die Idee vom sog. Bildungspaket. In Presse und Politik heiß diskutiert, wurde dieses im § 28 SGB II neuer Fassung zusammen mit dem neu berechneten Regelleistungen verabschiedet.

9.2 Die Leistungen des Bildungspaketes

Das Bildungspaket beinhaltet zusätzlich zu den Regelbedarfen Leistungen, die Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben auch für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus ärmeren Gesellschaftsschichten möglich machen sollen. Auf diese Weise könnten auch diese Kinder an Aktivitäten teilnehmen, die ohne diese Sonderleistungen, also allein aus dem Regelsatz oder dem geringen Gehalt der Eltern, nur schwer bestreitbar wären. Dabei beschränkte sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales nicht nur auf schulische Aktivitäten, es sollte den Kindern auch möglich werden, beispielsweise im hiesigen Fußball- oder Musikverein mitzuwirken. Laut Frau von der Leyen bringt „das Bildungspaket [...] allen bedürftigen Kindern Teilhabe und vor allem endlich mehr Chancen, selbst aus dem Kreislauf vererbter Armut herauszukommen.“²

Diese Teilhabe soll durch Geldleistungen in den Bereichen Schulmittagessen, Schulbedarf, eintägige Schulausflüge, Schülerbeförderung, Lernförderung, Vereinsmitgliedschaft und Kultur gewährleistet werden.³

¹ <http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Reden/rede-von-der-leyen-bt-0511.html> / Zugriff am 28.03.2011.

² <http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/einigung-hartz-iv-02-2011.html> / Zugriff am 29.03.2011.

³ <http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/bildungspaket-startet.html> / 04.04.2011.

Die Bedarfe für Bildung und Teilhabe werden grundsätzlich für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen berücksichtigt, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen und keine Ausbildungsvergütung erhalten. Kinder in Kindertagesstätten, Kinderhorten oder in Schulen können mithilfe des Bildungspaketes am Mittagessen teilnehmen, sofern dieses in den genannten Einrichtungen angeboten wird. Bis auf einen Euro Selbstbeteiligung werden die Kosten für das warme Mittagessen übernommen (§ 28 Abs. 6 SGB II). Auch der Schulbedarf, der bisher nach § 24 a SGB II alter Fassung einmal jährlich in Höhe von 100 Euro pro Schulkind ausgezahlt wurde, wird nun in Höhe von 70 Euro zum Schuljahresbeginn und in Höhe von 30 Euro zum Anfang des zweiten Halbjahres an die ALG II- Empfänger ausgezahlt (§ 28 Abs. 3 SGB II). Mit Einführung des Bildungspaketes werden auch die tatsächlich anfallenden Kosten für eintägige Schul- oder Kindergartenausflüge in voller Höhe erstattet (§ 28 Abs. 2 SGB II). Des Weiteren werden die Kosten der Schülerbeförderung zur nächstgelegenen Schule in voller Höhe übernommen, sofern die Zug- oder Busfahrkarte nicht auch für andere Wegstrecken genutzt werden kann. In diesem Fall wird der Kauf einer solchen Fahrkarte in Höhe der für den täglichen Schulweg benötigten Fahrtkosten bezuschusst (§ 28 Abs. 4 SGB II). Um den hilfebedürftigen Kindern nicht einen der wichtigsten Wege zu verbauen, sich selbst aus dem Teufelskreis der Armut herauszuarbeiten, werden durch das Bildungspaket ebenfalls die Kosten der Lernförderung übernommen. Auf diese Weise sollen auch die Kinder, deren Eltern nicht bei den Hausaufgaben oder der Vorbereitung auf eine Klassenarbeit helfen können, die Förderung erhalten, die zum Erreichen des Klassenziels benötigt wird. Dazu genügt eine Bestätigung des Klassenlehrers, dass mithilfe einer entsprechenden Lernförderung für das Kind die Möglichkeit besteht, in die nächste Klasse versetzt zu werden (§ 28 Abs. 5 SGB II). Da auch die Freizeit der Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres in den gewährten Leistungen des Bildungspaketes Berücksichtigung findet,

werden für jedes Kind pro Jahr insgesamt 120 Euro ausgezahlt. Damit kann der Beitrag für die Vereinsmitgliedschaft oder die Gebühr für Musikunterrichts beglichen werden (§ 28 Abs. 7 SGB II).¹

Abgesehen von den Kosten für den Schulbedarf werden die gesamten Leistungen des Bildungspaketes auf Antrag gewährt und müssen, falls diese schon privat beglichen wurden, anhand einer Quittung nachgewiesen werden.

10 Das Gesetz tritt in Kraft

Einige Monate wurde an den Regelsätzen gerechnet, man einigte sich auf die Leistungen des Bildungspaketes, man feilte an Kleinigkeiten. Doch nun mussten diese neuen Regelungen und die neu berechneten Regelsätze im Rahmen des deutschen Gesetzgebungsverfahrens zunächst vor Bundestag und Bundesrat bestehen. Erst dann kann aus dem Entwurf eine allgemeingültige Gesetzgebung entstehen.

Erst am 25. Februar 2011, nach etlichen Diskussionen, geben Bundestag und Bundesrat Ihre Zustimmung zum vorgelegten Gesetzesentwurf bekannt. Nach Gegenzeichnung der Bundesregierung wurde das Gesetz durch den Bundespräsidenten ausgefertigt und am 29. März 2011 im Bundesgesetzblatt verkündet. An dem Tag der Verkündung trat das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch in Kraft.²

Aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wurde auf diesem langwierigen Wege eine Neuregelung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch geschaffen, die dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes gerecht werden sollte.

¹<http://www.bildungspaket.bmas.de/das-bildungspaket/fragen-und-antworten.html> / Zugriff am 06.04.2011.

² http://www.bundestag.de/service/glossar/G/gesgeb_verf.html / Zugriff am 24.03.2011.

11 Doch wurde dieser Auftrag wirklich erfüllt?

11.1 Ein Fazit

Der erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes wies in seinem Urteil darauf hin, dass durch Einbeziehung von Sozialhilfeempfängern und „verdeckt armer“ Menschen die Datenbasis verfälscht würde. Aus diesem Grund wurden Leistungsempfänger nach dem SGB II und dem SGB XII konsequent ausgeschlossen. Der Gesetzgeber wurde im Urteil dazu angehalten auch weiterhin Haushalte aus den Bedarfsberechnungen auszuschließen, die unter dem Einkommensniveau von SGB II bzw. SGB XII-Leistungsempfängern liegen¹. Doch was passierte beispielsweise mit BAföG-Leistungsempfängern, mit Rentnern, Wohngeldbeziehern und der sogenannten „Dunkelziffer“, also verdeckt armen Menschen. Auch deren Ausgabeverhalten ist in der Lage, die Verbrauchsausgaben zu drücken und damit wieder zu verfälschen. Es wäre deshalb durchaus eine Überlegung, auch benannte Gruppen komplett aus den Berechnungen herauszunehmen sowie nicht nur bis zu einem bestimmten Einkommen die teilnehmenden Referenzgruppen nach oben zu begrenzen, sondern vielmehr auch ab einem bestimmten Einkommen nach unten eine Grenze zu setzen. So könnte auch die „Dunkelziffer“ aus den Berechnungen bestmöglich ausgeschlossen werden. In einem Antwortschreiben des BMAS vom 3. August 2011 wurde dieser Sachverhalt so erläutert, dass ein pauschaler Ausschluss der sogenannten „Dunkelziffer“ durch Ziehung einer Untergrenze nicht möglich ist. Des Weiteren wurde auf die Gegenäußerung der Bundesregierung in der Bundestagsdrucksache 17/3982 (Seite 1 bis 3) verwiesen, in welcher die Bedingungen des Ausschlusses von Leistungsbeziehern nach dem Bundesausbildungsförderungs- und dem Asylbewerberleistungsgesetz näher erläutert werden. Allerdings kann man, wie in o.g.

¹ Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 114 und 169.

Bundestagsdrucksache erläutert, auch die nur teilweise Einbeziehung von genannten Leistungsempfängern kritisch sehen, da diese Personengruppe nicht in der Lage ist, ein realitätsnahes Konsumverhalten widerzuspiegeln.

Bei der Abgrenzung der Referenzgruppen ist ebenfalls fraglich, warum bei Einpersonenhaushalten die untersten 15 Prozent, bei Familienhaushalten die untersten 20 Prozent der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte für die Bedarfsberechnung herangezogen wurden. Anhand der Begründung zum Gesetzesentwurf lässt sich diese Vorgehensweise nicht erklären, was ein Mangel an der Transparenz der Berechnung zu sein scheint und zudem eine provozierte Niedrigrechnung der Bedarfsausgaben unterstellen lässt. Auch auf Nachfrage beim BMAS konnte keine Begründung¹ gegeben werden, die den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes entspräche, einzelne Methoden und Berechnungsschritte „nachvollziehbar offenzulegen“².

Ein Mangel an der Transparenz der Berechnung konnte während der Recherchen auch in den veröffentlichten Daten selbst festgestellt werden. So war oft nicht nachvollziehbar, was hinter den Ausgabepositionen steckte, die mit einem „/“ gekennzeichnet wurden. Laut Erläuterung zu den Sonderauswertungen taucht diese Markierung immer dann in den Datenblättern auf, wenn nicht mehr als 24 Haushalte Angaben zu den entsprechenden Ausgabepositionen machten. Diese Ausgaben gingen aber laut Erläuterung in die Bemessung der Regelbedarfe mit ein. Hier verwies das BMAS auf Nachfrage auf das Statistische Bundesamt, das bezogen auf „spezielle Fragestellungen kostenpflichtig gesonderte Auswertungen“ durchführt. Von einer allgemeinen Transparenz und Nachvollziehbarkeit kann hier nicht mehr gesprochen werden. Weitere Fragen wirft die Tatsache auf, dass das Verhältnis zwischen der Anzahl der nachrichtlich erfassten Haushalte und der hochgerechneten Haushalte

¹ Bundestagsdrucksache 17/3982 Seite 1-3.

² Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 146.

einzelner Ausgabepositionen in der EVS 2008 für Einpersonenhaushalte nicht immer dasselbe ist.

Die vom BVerfG geforderte separate Berechnung der Kinderregelsätze spiegelt in jedem Fall die Realität besser wider, als der prozentuale Abschlag, der vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vorgenommen wurde. Man machte sich bei bestimmten Positionen Gedanken, ob diese nur den Erwachsenen oder nur dem Kind im Haushalt zugeordnet werden können und sprach anhand wissenschaftlich ermittelter Daten dem Kind einen bestimmten Prozentsatz an einer Ausgabeposition zu. Dennoch bleibt die Berechnung des Kinderregelsatzes eine Schätzung anhand wissenschaftlich ermittelter Daten, die damit begründet wird, dass eine exakte Ermittlung der monatlichen Ausgaben eines Kindes für die an der EVS teilnehmenden Familienhaushalte zu aufwendig wäre und damit die zukünftige Teilnahme in Gefahr brächte. Insbesondere die ermittelten Ausgabepositionen, bei welchen jedem Familienmitglied im Haushalt pauschal ein Drittel zugesprochen wird, verstärken das Gefühl eines auf Schätzung beruhenden Regelbedarfes für Kinder. Es wird jedoch vermutet, dass der Aufwand einer genauen Erfassung aller Ausgaben eines Kindes in keinem Verhältnis zur Forderung nach einem auf den Cent genau ermittelten Regelsatz für Kinder steht. Deshalb können die aktuell verwendeten Ermittlungsmethoden als zufriedenstellend angesehen werden, insbesondere auch im Hinblick auf die zusätzlichen finanziellen Hilfen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes.

Jedoch können auch Kritikpunkte im Bereich der Leistungen durch das Bildungspaket angeführt werden. Es ist schon sehr verwunderlich, dass die vom Bundesverfassungsgericht als „freihändig geschätzt“¹ deklarierten und deshalb kritisierten Leistungen von 100 Euro für den Kauf von Schulmaterial in gleicher Höhe im Bildungspaket wieder auftauchen.

¹ Urteil BVerfG 09.02.2010 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 Randnummer 203.

Diesmal aufgeteilt in 70 Euro zum Schuljahresbeginn und 30 Euro zum Schulhalbjahr. Es wird deshalb vermutet, dass in diesem Fall keine erneute Bedarfsermittlung stattfand. Und selbst wenn diese Leistungen von 100 Euro empirisch ermittelt wären, sind die Statistiken nicht öffentlich zugänglich gemacht worden und damit nicht transparent. Weiterhin ist zu beanstanden, dass für die pauschalen Leistungen des Bildungspaketes kein geeigneter Fortschreibungsmechanismus nach der Preisentwicklung vorgesehen ist.

Verfassungsrechtlich wahrscheinlich nicht zu beanstanden, aber dennoch kritisch zu sehen, ist die Zuzahlung zur Mittagsverpflegung in Schulen oder Horteinrichtungen bis auf einen Euro Selbstbeteiligung. Auch wenn ein Ausbau der Ganztageseinrichtungen stattfinden soll, ist ein flächendeckendes Angebot an warmer Mittagsverpflegung in Schulen o.ä. für Kinder und Jugendliche in Deutschland nicht gegeben, weshalb nur wenige Familien diese Leistung überhaupt in Anspruch nehmen können. In diesen Fällen werden die Kinder zwar nicht beim gemeinsamen Mittagessen in der Schule ausgegrenzt, sondern beim gemeinsamen Ausflug in die Stadt mit den anderen Klassenkameraden. So ist die Zuzahlung zur Mittagsverpflegung zwar gut gemeint, aber oft nicht praxistauglich.

Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass bereits im Jahr 2008 ein Bericht des Bundesfinanzministeriums über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2010 existiert, wonach „ein Regelsatzniveau bei Alleinstehenden von 4.368 Euro (364 Euro/Monat) [...] in Ansatz gebracht“ wird.¹ Für diese Berechnung, so die Erläuterung des Bundesfinanzministeriums, lagen als Basis die in 2008 gültigen Eckregelsätze der Länder zugrunde. Ausgegangen wurde daher von einem durchschnittlichen von 349 Euro/Monat für Alleinstehende. Unter Berücksichtigung der

¹ Berichtsentwurf des Bundesfinanzministeriums über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2010 vom 27.10.2008/ Seite 3

Rentenerhöhung zum 1. Juli 2009 bzw. 1. Juli 2010, so die Erläuterung weiter, war nach vorläufiger Annahme des Schätzerkreises der Rentenversicherung eine Rentenerhöhung zu diesen Zeitpunkten von rund 2,75 Prozent bzw. 1,80 Prozent zu erwarten. Unter Zugrundelegung dieser Daten war von einer jahresdurchschnittlichen Regelsatzsteigerung in 2009 von 1,9 Prozent und in 2010 von 2,3 Prozent auszugehen. Errechnet man anhand dieser Begründung den Regelsatz für das Jahr 2010, kommt man auf einen Betrag von 363,8 Euro, welcher gerundet den genannten Betrag von 364 Euro für Einzelpersonenhaushalte ergibt. Auf diese Weise ergibt sich exakt der gleiche Regelbedarfswert anhand einer Schätzung aus dem Jahr 2008, der erst, angestoßen durch das Urteil Anfang des Jahres 2010, aufwendig errechnet werden musste. Dieser ergibt sich jedoch nun, ausgehend vom errechneten Regelsatz aus der EVS 2008, durch die Veränderung des Mischindex aus den Jahresdurchschnittswerten des Jahres 2009 gegenüber dem Jahr 2008, welche eine Veränderungsrate von 0,55 Prozent beträgt. Eine Aufrundung des errechneten Regelsatzes wird auch hier vorgenommen.¹ Auf Nachfrage bezeichnete das BMAS diese identischen Werte als „rein zufällig“.

Wie unter Punkt 8.3. erläutert, ist während der Recherche und dem Vergleich der Statistiken des Öfteren aufgefallen, dass Positionen ohne genaue Begründung nicht in den Regelsatz mit eingeflossen sind. Es handelte sich dabei zwar meist um Positionen, die bei logischer Betrachtung als nicht regelsatzrelevant gelten könnten, dennoch schadet dies der Transparenz der Berechnung. Es würde zudem positiv wahrgenommen werden, wenn bei nicht existenzsichernden Positionen eine tiefergehende Begründung veröffentlicht worden wäre oder dies, da unbestritten ein großer Zeitdruck bestand, zumindest nachgeholt würde.

¹ § 7 Absatz 2 und 3 der Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes (RBEG)

Das Bildungspaket kann insgesamt als reelle Chance angesehen werden, Kinder aus dem Armutskreislauf „Hartz IV“ herauszuholen und in die Gesellschaft mit einzubinden. Dennoch ist im Hinblick auf die bisher eher geringe Annahme der Leistungen durch das Bildungspaket eine gute Praxistauglichkeit in Frage zu stellen.

Bei der Neuberechnung der Regelleistung ist eine Bemühung des Gesetzgebers zur Transparenz und Nachvollziehbarkeit zweifellos zu erkennen. Insbesondere auch der Versuch, den Bedarf von Kindern so realitätsnah wie möglich zu berechnen, zeugt von einem Willen zur Umsetzung des Urteils. Und dennoch ist die fehlende Begründung zu den Referenzgruppen, das teilweise lückenhafte statistische Material, die oft nicht ausreichende Begründung im Gesetzesentwurf und andere Mängel, die im Verlauf dieser Arbeit vorgestellt wurden ein Grund, die Neuberechnung des Regelsatzes hinsichtlich der geforderten Transparenz und Nachvollziehbarkeit kritisch zu betrachten. Eine vollständige Beurteilung der vorgestellten Thematik obliegt letztendlich den Verantwortlichen des BVerfG.

11.2 Ausblick

In den vergangenen Wochen war zu erkennen, dass die Vorteile des Bildungspaketes erkannt und immer besser angenommen wurden als es noch Anfang des Jahres der Fall war. Den Kindern kommen diese Vorteile zukünftig direkt zugute, was auch im Urteil des Bundesverfassungsgerichts gefordert wurde. Da jedoch die Neuberechnung der Regelsätze hinsichtlich der geforderten Transparenz und Nachvollziehbarkeit noch genügend Luft für Verbesserungen lässt, wird diese in den kommenden Monaten noch viel Stoff für weitere Kritik liefern und vielleicht sogar noch einmal auf den Schreibtischen des Bundesverfassungsgerichts landen. Es wurden jedoch viele Schritte in die richtige Richtung getan.

Anlagen

Anlage zu Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Ausgaben des Privaten Konsums sowie Versicherungsbeiträge und sonstige Übertragungen (SEA-Einzel-Codes) von Einpersonenhaushalten

hier: unterste 15% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte ohne die vorab ausgeschlossenen SGBII/XII-Empfänger (8,6%) 1)
(Grenzwert: 901,00 €)

mit Veränderung übernehmen.	nicht übernehmen.
ohne Veränderung übernehmen.	

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnittliche Wertangabe	
			hochge- rechnet	nachrichtlich: erfasst	der jeweiligen Haushalte mit Angabe der Code-Nr.	je Haushalt
			in 1000	Anzahl	EUR / Monat	
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)		1678		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)		2126		
3	01-02	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	2125	1677	144,78	144,74
4	01	Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	2125	1677	125,5	125,47
5	0110 000	Nahrungsmittel	2121	1674	112,41	112,12
6	0120 000	Alkoholfreie Getränke	1974	1557	14,38	13,35
7	02	Alkoholische Getränke, Tabakwaren u.Ä.	1417	1129	28,92	19,27
8	0210 000	Alkoholische Getränke	1247	1004	13,83	8,11
9	0220 000	Tabakwaren	563	433	41,88	11,08
10	0230 000	Drogen	/	/	/	/
11	03	Bekleidung und Schuhe	1827	1447	36,79	31,62
12	0312 901	Bekleidung für Herren ab 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	452	372	20,79	4,42
13	0312 902	Bekleidung für Damen ab 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	1043	824	30,21	14,81
14	0312 903	Bekleidung für Kinder unter 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	130	106	7,62	0,46
15	0312 900	Herren-, Damen- und Kinderstrumpfwaren	731	581	3,72	1,28
16	0311, 0313	Sonstige Bekleidung und Zubehör	463	378	9,05	1,97
17	0311 000	Bekleidungsstoffe	(115)	(91)	(19,9)	(1,07)
18	0313 000	Bekleidungszubehör	374	310	5,1	0,9
19	0321	Schuhe und Zubehör	1056	842	14,43	7,17
20	0321 100	Schuhe für Herren ab 14 Jahre	269	226	14,25	1,81
21	0321 200	Schuhe für Damen ab 14 Jahre	718	564	15,18	5,12
22	0321 300	Schuhe für Kinder unter 14 Jahre	/	/	/	/
23	0321 900	Schuhzubehör	188	153	1,9	0,17
24	0314, 0322	Reparatur, Reinigung, Ausleihe	497	402	6,46	1,51
25	0314 100	Fremde Änderungen und Reparaturen an Bekleidung (einschl. Leihgebühren)	157	125	5,08	0,37
26	0314 200	Chemische Reinigung, Waschen, Bügeln und Färben von Bekleidung	255	210	5,72	0,69
27	0322 000	Fremde Änderungen und Reparaturen an Schuhen (einschl. Leihgebühren)	188	153	5,07	0,45
28	04	Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	2126	1678	370,25	370,25
29	041-042, 044	Wohnungsmieten u.Ä. (einschl. Betriebskosten)	2126	1678	300,08	300,08
30	041	Tatsächliche Mietzahlungen	2001	1569	288,06	271,15
31	0411 040	Dauermiete in Hotels, Gasthöfen, Pensionen	/	/	/	/
32	0411 050	Untermiete inkl. Betriebskosten und Benutzerentgelte für Haupt-, Zweit- und Freizeitwohnungen	(62)	(49)	(167,99)	(4,89)
33	0411 900	Miete für Hauptwohnung (brutto)	1942	1523	290,83	265,7
34	0412 900	Miete für Zweit-, Freizeitwohnungen (brutto)	/	/	/	/
35	042	Unterstellte Mietzahlungen	155	136	323,14	23,61
36	0421 031	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Haupt- wohnungen, Gebäude errichtet bis 1948 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	(44)	(39)	(287,16)	(5,96)
37	0421 032	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Haupt- wohnungen, Gebäude errichtet 1949 bis 1990 (ohne Betriebs- kosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	(44)	(40)	(432,57)	(8,98)
38	0421 033	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Haupt- wohnungen, Gebäude errichtet 1991 bis 2000 (ohne Betriebs- kosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/
39	0421 034	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Haupt- wohnungen, Gebäude errichtet nach 2000 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	--	--	--	--
40	0422 040	Unterstellte Mietzahlungen für kostenlos überlassene Wohnungen; Deputat, von Verwandtschaft u.Ä.	(48)	(42)	(263,55)	(5,89)
41	0422 050	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Zweit- und Freizeitwohnungen (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/
42	044	Laufende Kosten für selbstgenutztes Eigentum	(106)	(94)	(106,5)	(5,32)
43	0445 900	Nebenkosten für die Hauptwohnung	(97)	(87)	(110,29)	(5,04)
44	0445 901	Nebenkosten für Zweit- und Freizeitwohnung	/	/	/	/
45	045	Energie	2000	1570	71,78	67,54
46	0451 010	Strom (auch Solarenergie)	1980	1554	32,91	30,64
47		dar.: Mieterhaushalte	1864	1453	32,14	28,18
48		Eigentümerhaushalte	(90)	(81)	(49,12)	(2,07)
49	0452 000	Gas	717	577	43,58	14,7
50	0452 100	Gas (Stadt- und Erdgas)	701	563	44,05	14,53
51	0452 200	Propangas	/	/	/	/
52	0453 000	Öl	189	147	60,73	5,4
53	0453 010	Heizöl	(46)	(35)	(80,83)	(1,76)
54	0453 050	Umlagen für Ölheizung	137	107	52,65	3,39
55	0453 090	Sonstige Brennstoffe	/	/	/	/
56	0454 000	Kohle, Holz u.Ä.	/	/	/	/
57	0455 000	Fern-/Zentralheizung und Warmwasser	738	576	46,61	16,17
58	0455 010	Warmwasser	303	238	21,58	3,08
59	0455 020	Fernheizung	621	486	44,82	13,1
60	0456 000	Eis für Kühl- und Gefrierzwecke	/	/	/	/
61	043	Wohnungsinstandhaltung	162	134	34,49	2,63
62	0431	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Material	138	114	17,28	1,12
63	0431 000	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Eigenleistungen, Mieter/Untermieter	124	103	17,03	0,99
64	0431 910	Ausgaben für Schönheitsreparaturen der Eigentümer – Eigenleistungen (Material)	/	/	/	/
65	0432	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Dienstleistung	(48)	(42)	(67,49)	(1,51)
66	0432 900	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Fremdleistungen Mieter/Untermieter	(43)	(36)	(45,74)	(0,93)
67	0432 910	Ausgaben für Schönheitsreparaturen der Eigentümer – Fremdleistungen (Handwerker)	/	/	/	/
68	05	Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	1674	1334	37,28	29,36
69	0511 900	Möbel und Einrichtungsgegenstände	252	211	85,32	10,11
70	0511 090	Lieferung und Installation von Möbeln und elektrischen Leuchten	/	/	/	/

Durch 12 Liter
Mineralwasser
(2,99 Euro)
ersetzt.

siehe Sonder-
auswertung
Strom.

siehe
Erläuterung
Punkt 8.3.4

71 0512 900	Teppiche und sonstige Bodenbeläge	(95)	(74)	(26,71)	(1,2)
72 0512 090	Verlegen von Bodenbelägen	/	/	/	0
73 0531 100	Kühlschränke, Gefrierschränke und -truhen	/	/	/	0
0531 200, 0531 900,					
74 0531 901	Sonstige größere Haushaltsgeräte einschließlich Reparaturen	(97)	(74)	(58,58)	(2,66)
75 0531 200	Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspül- und Bügelmaschinen	/	/	/	0
76 0531 900	Fremde Installationen von Haushaltsgroßgeräten	/	/	/	0
77 0531 901	Sonstige größere Haushaltsgeräte	(57)	(41)	(54)	(1,44)
78 0532 000	Kleine elektrische Haushaltsgeräte	368	297	9,39	1,62
79 0520 9	Heimtextilien u.Ä.	535	437	9,96	2,51
80 0520 900	Heimtextilien	517	423	9,66	2,35
81 0520 901	Anfertigen sowie fremde Reparaturen von Heimtextilien	/	/	/	0
82 054-055	Sonstige Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	1137	927	9,25	4,95
83 0540 400	Reparaturen an Glaswaren, Geschirr und anderen Gebrauchs- gegenständen für die Haushaltsführung	/	/	/	0
84 0540 900	Glaswaren, Geschirr und andere Haushaltsgeräte	655	549	6,63	2,04
85 0551 000	Motorbetriebene Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände für Haus und Garten	(79)	(60)	(9,66)	(0,36)
86 0552 071	Fremde Reparaturen an Handwerkzeugen	/	/	/	0
87 0552 900	Andere Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	812	669	5,81	2,22
88 0552 901	Nicht motorbetriebene Gartengeräte	(62)	(43)	(6,94)	(0,2)
89 0561 000	Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	1133	921	6,07	3,23
Lfd. Nr. 229-232					
90 0513 000	Dienstleistungen für die Haushaltsführung	164	129	22,43	1,73
91 0513 000	Reparatur von Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Bodenbelägen	/	/	/	0
92 0533 900	Reparaturen an Haushaltsgeräten (einschl. Mieten)	/	/	/	0
93 0562 150	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) – durch Privatpersonen	--	--	--	--
94 0562 900	Haushaltshilfen und andere häusliche Dienstleistungen	(116)	(92)	(24,77)	(1,36)
95 06	Gesundheitspflege	1832	1439	30,49	26,27
96 0613	Gebrauchsgüter für die Gesundheitspflege	323	264	36,39	5,53
97 0613 050	Orthopädische Schuhe (einschl. Eigenanteile)	(35)	(29)	(24,1)	(0,4)
98 0613 072	Zahnersatz Materialkosten (einschl. Eigenanteile)	(63)	(47)	(91,12)	(2,7)
99 0613 090	Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen (einschl. Eigenanteile)	(34)	(25)	(10,21)	(0,16)
100 0613 900	Therapeutische Mittel und Geräte (einschl. Eigenanteile)	208	176	23,19	2,26
101 0611-0612	Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege	1564	1229	14,49	10,66
102 0611 010	Pharmazeutische Erzeugnisse – mit Rezept gekauft (nur Eigenanteil/Rezeptgebühren)	836	658	8,84	3,47
103 0611 900	Pharmazeutische Erzeugnisse – ohne Rezept gekauft	1048	830	10,28	5,07
104 0612 010	Andere medizinische Erzeugnisse – mit Rezept gekauft (nur Eigenanteil/Rezeptgebühren)	220	164	6,47	0,67
105 0612 900	Andere medizinische Erzeugnisse – ohne Rezept gekauft	464	367	6,62	1,44
106 0621-0630	Dienstleistungen für die Gesundheitspflege	1309	1024	16,38	10,08
107 0621 900	Praxisgebühren	1203	936	4,67	2,64
108 0621 901	Arztleistungen (einschl. Eigenanteile)	(120)	(98)	(23,75)	(1,35)
109 0622 000	Zahnarztleistungen (einschl. Eigenanteile)	154	120	56,89	4,13
110 0623 330	Miete von therapeutischen Geräten	/	/	/	0
111 0623 900	Sonstige medizinische Versorgung außerhalb von Krankenhäusern (einschl. Eigenanteile)	(106)	(86)	(19,58)	(0,98)
112 0630 000	Dienstleistungen der Krankenhäuser (einschl. Eigenanteile)	(39)	(33)	(53,1)	(0,97)
113 07	Verkehr	1703	1338	73,99	59,26
114 0711, 0714	Kraftfahrzeuge	/	/	/	/
115 0711 100	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	/	/	/	/
116 0711 200	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	/	/	/	/
117 0714 000	Kutschen u.Ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	/	/	/	/
118 0712-0713	Kraft- und Fahrräder	(42)	(31)	(47,41)	(0,93)
119 0712 000	Kauf von Kraftträdern	/	/	/	/
120 0713 000	Kauf von Fahrrädern	(40)	(30)	(38,07)	(0,71)
121 0721	Ersatzteile und Zubehör	427	338	16,2	3,25
122 0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	293	228	7,26	1
123 0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	156	128	30,62	2,25
124 0722 000	Kraftstoffe und Schmiermittel	728	583	55,33	18,95
125 0723 000	Wartungen und Reparaturen	325	261	28,99	4,43
126 0724 06	Garagen- und Stellplatzmieten	352	294	29,89	4,95
127 0724 060	Garagen- und Stellplatzmiete	215	175	24,33	2,47
128 0724 061	Mietwert der Eigentümergaragen	(64)	(56)	(40,16)	(1,21)
129 0724 062	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	(77)	(66)	(35,3)	(1,28)
130 0724 900	Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen	333	256	21,18	3,31
131 0730, 0733	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	1060	840	37,06	18,47
132 0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne Übernachtung)	1011	795	31,13	14,81
133 0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / mit Übernachtung)	(98)	(81)	(40,15)	(1,84)
134 0733 100	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (ohne Übernachtung)	(42)	(33)	(67,27)	(1,32)
135 0733 200	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit Übernachtung)	/	/	/	/
136 08	Nachrichtenübermittlung	2079	1647	39,74	38,87
137 0820 000	Kauf von Telefon-, Telefaxgeräten, Mobilfunktelefonen, Anruf- beantwortern	163	127	15,34	1,17
138 0810, 0830	Dienstleistungen für die Nachrichtenübermittlung	2078	1646	38,57	37,69
139 0810 000	Post- und Kurierdienstleistungen (außer Postbank), private Brief- und Paketzustelldienste, Versandkosten (auch bei Online-Bestellungen)	1221	992	6,02	3,46
140 0830 020	Kommunikationsdienstleistungen – Mobilfunk/CB-Funk (auch Flatrate)	923	749	21,43	9,3
141 0830 031	Kommunikationsdienstleistungen – Internet/Onlinedienste (auch Flatrate)	341	290	14,1	2,26
142 0830 900	Flatrate als Kombipaket	540	446	33,68	8,55
143 0830 901	Kommunikationsdienstleistungen – Telefon, Fax, Telegramme (auch Flatrate)	1211	955	24,79	14,12
144 09	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	2080	1649	77,08	75,42
145 0911 100	Rundfunkempfänger, Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräte	(83)	(66)	(21,84)	(0,85)
146 0911 200	Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	(78)	(63)	(61,23)	(2,24)
147 0912 000	Foto- und Filmausrüstungen, optische Geräte	(106)	(81)	(20,11)	(1)
148 0913 000	Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads)	194	171	37,68	3,44
149 0914 000	Bild-, Daten- und Tonträger (einschl. Downloads)	555	472	9,91	2,59
150 0921, 0932	Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping u.Ä.	211	179	14,44	1,43
151 0921 900	Langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping und Erholung	(29)	(27)	(12,78)	(0,18)
152 0932 010	Sportartikel	171	147	13,75	1,11

Um Ausgaben
für Garten-
geräte
bereinigt.

Leistungen werden
zum großen Teil von
Krankenversicherung,
Hilfe für Gesundheit
oder einmalige
Bedarfe gedeckt.

siehe
Sonderauswertung 2:
Verkehr

siehe
Sonderauswertung:
Kommunikations-
dienstleistung

153 0932 020	Campingartikel	/	/	/	/
154 0931 900	Spielwaren (einschl. Computerspiele) und Hobbys	313	270	8,19	1,21
155 0933	Blumen und Gärten	1173	935	8,58	4,73
156 0933 900	Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für die Gartenpflege	419	324	7,6	1,5
157 0934 901	Schnittblumen und Zimmerpflanzen	1039	838	6,62	3,24
158 0934 900	Haustiere einschl. Veterinär- u.a. Dienstleistungen	438	346	24,62	5,07
159 094	Freizeit- und Kulturdienstleistungen	1793	1436	29,97	25,27
160 0941 020	Außerschulische Unterrichte, Hobbykurse	169	139	20,19	1,61
161 0941 040	Ausleihegebühren - Sport und Campingartikel	(43)	(36)	(6,59)	(0,13)
162 0941 900	Besuch von Sport-, Freizeit- und Kulturveranstaltungen bzw. Einrichtungen - Sportveranstaltungen	427	360	15,71	3,16
163 0942 400	Sonstige Freizeit- und Kulturdienstleistungen	389	311	8,06	1,48
164 0942 900	Rundfunk- und Fernsehgebühren	1205	968	18,81	10,66
165 0942 901	Ausleihegebühren - TV-Geräte, Videokameras u.Ä.	(44)	(36)	(5,5)	(0,11)
166 0942 902	Besuch von Sport-, Freizeit- und Kulturveranstaltungen bzw. Einrichtungen - Kulturveranstaltungen	773	646	12,44	4,52
167 0943 000	Glücksspiele	527	427	14,52	3,6
168 0951 000	Bücher und Broschüren	897	749	12,18	5,14
169 0952, 0953	Zeitung, Zeitschriften u.Ä.	1571	1253	12,68	9,37
170 0952 090	Ausleihegebühren - Bücher, Zeitschriften	287	229	5,32	0,72
171 0952 900	Zeitung und Zeitschriften	1300	1040	10,68	6,53
172 0953 900	Sonstige Gebrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	572	477	7,86	2,11
173 0954 900	Sonstige Verbrauchsgüter (Schreibwaren, Zeichenmaterial u.Ä.)	1030	847	4,98	2,41
174 0915, 0923	Reparaturen für Freizeit, Unterhaltung und Kultur	(67)	(53)	(16,59)	(0,53)
175 0915 000	Reparaturen von Geräten für Empfang, Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild, von Foto- und Filmausrüstungen und von Geräten der Datenverarbeitung	(52)	(40)	(19,52)	(0,48)
176 0923 900	Reparaturen und Installationen von langlebigen Gebrauchsgütern und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping und Erholung	/	/	/	/
177 096	Pauschalreisen	145	111	149,14	10,14
178 0961 000	Pauschalreisen - Inland	(78)	(60)	(75,11)	(2,75)
179 0962 000	Pauschalreisen - Ausland	(75)	(56)	(208,89)	(7,39)
180 10	Bildungswesen	204	188	82,89	7,94
181 1050 010	Nachhilfeunterricht	/	/	/	/
182 1010, 1020,	Gebühren, Kinderbetreuung	199	185	83,66	7,84
183 1010 010	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Kindergärten	/	/	/	/
184 1010 020	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Vorschulklassen	--	--	--	--
185 1020 900	Studien- und Prüfungsgebühren an Schulen und Universitäten	134	134	102,52	6,44
186 1050 900	Gebühren für Kurse u.Ä.	(74)	(59)	(39,81)	(1,39)
187 11	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	1587	1278	37,64	28,11
188 111	Verpflegungsdienstleistungen	1585	1276	33,68	25,12
189 1111 000	Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés, an Imbissständen und vom Lieferservice	1520	1218	29,37	28
190 1112 000	Speisen und Getränke in Kantinen und Mensen	432	397	20,25	4,18
191 1120 000	Übernachtungen	134	118	47,49	2,99
192 12	Andere Waren und Dienstleistungen	2085	1650	32,07	31,45
193 1231 000	Schmuck und Uhren (einschl. Reparaturen)	420	329	9,13	1,8
194 1232 000	Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände	328	259	8,52	1,31
195 1211	Dienstleistungen für die Körperpflege	1380	1103	13,56	8,8
196 1211 010	Friseurdienstleistungen	1276	1020	11,34	6,81
197 1211 030	Andere Dienstleistungen für die Körperpflege	431	340	9,84	2
198 1212, 1213	Körperpflegeartikel und -geräte	1995	1581	14,43	13,54
199 1212 000	Elektrische Geräte für die Körperpflege (einschl. Reparaturen)	(90)	(77)	(8,83)	(0,37)
200 1213 900	Haarpflege-, Rasiermittel, Toilettenpapier u.Ä.	1841	1462	6,83	5,91
201 1213 901	Sonstige Verbrauchsgüter für die Körperpflege	1393	1111	7,23	4,73
202 1213 902	Andere Gebrauchsgüter für die Körperpflege	926	716	5,79	2,52
203 1270	Sonstige Dienstleistungen	795	647	16	5,98
204 1220 000	Dienstleistungen der Prostitution	--	--	--	--
205 1240 011	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Heime, Horte, Krippen, Spielgruppen	--	--	--	--
206 1240 012	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Kinderfreizeiten	/	/	/	/
207 1240 020	Dienstleistungen für die Betreuung von alten, behinderten oder pflegebedürftigen Personen - Alten und Pflegeheime	/	/	/	/
208 1240 030	Dienstleistungen für die Betreuung von alten, behinderten oder pflegebedürftigen Personen - häusliche Pflege	/	/	/	/
209 1250 900	Versicherungsdienstleistungen	/	/	/	/
210 1262 070	Leasing von Kraftfahrzeugen und Krafträdern	/	/	/	/
211 1262 900	Finanzdienstleistungen	573	449	7,36	1,98
212 1270 900	Sonstige Dienstleistungen, a.n.g.	358	304	14,5	2,44
213	Private Konsumausgaben	2126	1678	843,27	843,27
214 1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	1144	918	48,06	25,85
215 1531 000	Freiwillige Beiträge zu Pensions-, Alters- und Sterbekassen	/	/	/	/
216 1532 100	Beiträge zur privaten Krankenversicherung	(55)	(49)	(169,55)	(4,41)
217 1532 900	Zusätzliche private Kranken- und Pflegeversicherungen	260	219	23,51	2,88
218 1533 000	Kfz-Haftpflichtversicherungen, auch Kasko	330	253	44,28	6,86
219 1539 500	Private Unfallversicherungen	347	282	16,33	2,67
220 1539 901	Risikolebensversicherungen	(55)	(50)	(30,49)	(0,78)
221 1539 905	Hausrat-, Personenhaftpflichtversicherungen	649	520	19,97	6,1
222 1539 906	Sonstige Versicherungen	213	174	20,74	2,07
223 154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	382	304	17,75	3,19
224 1541 000	Mitgliedsbeiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck	196	164	14,49	1,34
225 1542 000	Geldspenden und sonstige unregelmäßige Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck	172	137	16,76	1,36
226 1545 000	Gerichtskosten, Geldstrafen, gebührenpflichtige Verwarnungen u.Ä.	/	/	/	/
227 1547 000	Spieleinsätze	/	/	/	/
228 1549 001	Sonstige geleistete Übertragungen z.B.: Lohn/Gehaltspfändungen (haushaltsbezogen)	/	/	/	/
229 1549 002	Sonstige Abzüge (einbehaltene Lohn/Gehaltspfändungen, Rückzahlung zu viel gezahlter Löhne/Gehälter u.Ä.)	/	/	/	/

1) OHNE Haushalte mit Beziehern von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.Ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Ausgabepositionen der Untergruppe 45 (Energie) von
Einpersone Haushalten (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
hier: unterste 15% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte
(Grenzwert: 901,00 €)
Haushalte, die nicht mit Strom heizen

Sonderauswertung

-Strom-

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnittliche Wertangabe	
			hochge- rechnet	nachrichtlich: erfasst	der jeweiligen Haushalte mit Angabe der Code-Nr.	je Haushalt
			in 1000	Anzahl	EUR / Monat	
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)		1531		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)		1942		
3	045	Energie	1829	1436	72,62	68,4
4	0451 010	Strom (auch Solarenergie)	1809	1420	31,22	29,08
5		dar.: Mieterhaushalte	1703	1326	30,56	26,8
6		Eigentümerhaushalte	(84)	(77)	(44,44)	(1,91)
7	0452 000	Gas	697	563	44,15	15,85
8	0452 100	Gas (Stadt- und Erdgas)	685	552	44,46	15,68
9	0452 200	Propangas	/	/	/	/
10	0453 000	Öl	187	144	60,87	5,85
11	0453 010	Heizöl	(46)	(35)	(80,83)	(1,93)
12	0453 050	Umlagen für Ölheizung	136	106	52,63	3,68
13	0453 090	Sonstige Brennstoffe	/	/	/	/
14	0454 000	Kohle, Holz u.Ä.	/	/	/	/
15	0455 000	Fern-/Zentralheizung und Warmwasser	700	545	47,09	16,97
16	0455 010	Warmwasser	277	217	21,05	3
17	0455 020	Fernheizung	602	471	45,02	13,96
18	0456 000	Bis für Kühl- und Gefrierzwecke	/	/	/	/
19		Private Konsumausgaben	1942	1531	842,42	842,42
20	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	1067	851	47,96	26,36
21	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	360	288	17,2	3,19

Anteil
Mieterhaushalte
für Eigentümer-
haushalte
berücksichtigt.

1) OHNE Haushalte mit Beziehern von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Ausgabepositionen der Hauptgruppe 7 (Verkehr) von
Einpersone Haushalten (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
hier: unterste 15% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte
(Grenzwert: 901,00 €)
Haushalte ohne Pkw (lt. Allgemeine Angaben)

Sonderauswertung 1

-Verkehr-

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnittliche Wertangabe	
			hochge- rechnet	nachrichtlich: erfasst	der jeweiligen Haushalte mit Angabe der Code-Nr.	je Haushalt
			in 1000	Anzahl	EUR / Monat	
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)		1000		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)		1285		
3	07	Verkehr	963	739	51,79	38,82
4	0711, 0714	Kraftfahrzeuge	/	/	/	/
5	0711 100	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	--	--	--	--
6	0711 200	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	/	/	/	/
7	0714 000	Kutschen u.ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	--	--	--	--
8	0712-0713	Kraft- und Fahrräder	/	/	/	/
9	0712 000	Kauf von Kraftträdern	--	--	--	--
10	0713 000	Kauf von Fahrrädern	/	/	/	/
11	0721	Ersatzteile und Zubehör	198	156	9,87	1,52
12	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	181	144	7,8	1,1
13	0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Kraftträder	/	/	/	/
14	0722 000	Kraftstoffe und Schmiermittel	161	121	29,84	3,75
15	0723 000	Wartungen und Reparaturen	(68)	(51)	(20,1)	(1,06)
16	0724 06	Garagen- und Stellplatzmieten	(69)	(54)	(27,31)	(1,47)
17	0724 060	Garagen- und Stellplatzmiete	(45)	(34)	(21,8)	(0,76)
18	0724 061	Mietwert der Eigentümergaragen	/	/	/	/
19	0724 062	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	/	/	/	/
20	0724 900	Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen	146	105	32,41	3,69
21	0730, 0733	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	771	599	39,21	23,51
22	0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne Übernachtung)	745	575	34,01	19,7
23	0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / mit Übernachtung)	(70)	(56)	(40,06)	(2,19)
24	0733 100	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (ohne Übernachtung)	/	/	/	/
25	0733 200	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit Übernachtung)	/	/	/	/
26		Private Konsumausgaben	1285	1000	809,74	809,74
27	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	620	489	33,89	16,35
28	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	228	181	18,59	3,3

1) OHNE Haushalte mit Beziehern von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Ausgabepositionen der Hauptgruppe 7 (Verkehr) von
 Einzelpersonen Haushalten (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
 hier: unterste 15% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte
 (Grenzwert: 901,00 €)
Haushalte ohne Ausgaben für Kraftstoffe und Schmiermittel (Code 0722000 - Haushaltsbuch)

Sonderauswertung 2

-Verkehr-

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnittliche Wertangabe	
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	der jeweiligen Haushalte mit Angabe der Code-Nr.	je Haushalt
			in 1000	Anzahl	EUR / Monat	
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)		1095		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)		1398		
3	07	Verkehr	975	755	42,56	29,67
4	0711, 0714	Kraftfahrzeuge	/	/	/	/
5	0711 100	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	--	--	--	--
6	0711 200	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	/	/	/	/
7	0714 000	Kutschen u.ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	/	/	/	/
8	0712-0713	Kraft- und Fahrräder	/	/	/	/
9	0712 000	Kauf von Kraftträdern	--	--	--	--
10	0713 000	Kauf von Fahrrädern	/	/	/	/
11	0721	Ersatzteile und Zubehör	188	151	7,46	1,01
12	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	184	147	7,33	0,96
13	0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	/	/	/	/
14	0722 000	Kraftstoffe und Schmiermittel	--	--	--	--
15	0723 000	Wartungen und Reparaturen	(58)	(43)	(13,68)	(0,57)
16	0724 06	Garagen- und Stellplatzmieten	(90)	(65)	(27,6)	(1,78)
17	0724 060	Garagen- und Stellplatzmiete	(48)	(35)	(21,06)	(0,73)
18	0724 061	Mietwert der Eigentümergaragen	/	/	/	/
19	0724 062	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	/	/	/	/
20	0724 900	Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen	(119)	(90)	(28,97)	(2,47)
21	0730, 0733	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	780	619	39,57	22,08
22	0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne Übernachtung)	748	590	34,4	18,41
23	0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / mit Übernachtung)	(69)	(57)	(40,34)	(2)
24	0733 100	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (ohne Übernachtung)	/	/	/	/
25	0733 200	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit Übernachtung)	/	/	/	/
26		Private Konsumausgaben	1398	1095	802,63	802,63
27	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	660	529	33,9	16
28	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	227	182	18,55	3,01

1) OHNE Haushalte mit Beziehen von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Haushalte mit Ausgaben für Kommunikationsdienstleistungen in den Bereichen
 Internet/Onlinedienste (Code-Nr. 0830031) oder
 Telefon, Fax, Telegramme (Code-Nr. 0830901)
 und gleichzeitig ohne Ausgaben für
 Mobilfunk/CB-Funk (Code-Nr. 0830020) und
 Flatrate als Kombipaket (Code-Nr. 0830900)
 in der Referenzgruppe der
 Einzelpersonen Haushalte (unterste 15 %)

Sonderauswertung

-Kommunikationsdienstleistungen-

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnittliche Wertangabe	
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	der jeweiligen Haushalte mit Angabe der Code-Nr.	je Haushalt
			in 1000	Anzahl	EUR / Monat	
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)		647		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)		851		
3	0830031	Internet/Onlinedienste (auch Flatrate)	133	109	14,56	2,28
4	0830901	Telefon, Fax, Telegramme (auch Flatrate)	832	632	25,62	25,05

Erläuterungen zu den Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes zur Neubemessung der Regelbedarfe

I. Warum Referenzgruppen?

Die Bemessung der Regelbedarfe beruht auf den tatsächlichen Konsumausgaben der Bevölkerung. Benötigt werden dabei differenzierte Daten zur Konsumstruktur. Da es angesichts der stark unterschiedlichen Konsumpräferenzen der Menschen keinen repräsentativen „Mustermann-Haushalt“ hierzu geben kann, müssen Höhe und Struktur des Konsums als Durchschnitt einer Gruppe von Haushalten ermittelt werden (Referenzgruppen). Dies geschieht auf Basis der alle fünf Jahre stattfindende Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

Da die Leistungen nach dem SGB II/XII nicht höher liegen sollen als die Einkommen von Haushalten, die solche Leistungen nicht erhalten, ist es angemessen, sich dabei an anderen Haushalten mit niedrigen Einkommen zu orientieren. Um dabei Zirkelschlüsse zu vermeiden (die Regelbedarfe würden sonst u.a. von den Einkommen der Bezieher von Regelbedarfen abgeleitet), wurden vor Berechnung der Referenzgruppe aus der Gesamtheit der Haushalte des jeweiligen Haushaltstyps Haushalte, mit SGB II/XII-Leistungsbezug ausgeschlossen, es sei den sie hatten zusätzliche Einkommen (insb. zusätzliches Erwerbseinkommen oder den aufstockenden Betrag beim Übergang vom Arbeitslosengeld I auf Arbeitslosengeld II).

Beispiel für Einpersonenhaushalte:

hochgerechnete Zahlen

- 15,537 Mio. Einpersonenhaushalte
- 1,337 Mio. herausgerechnet wegen SGB II/XII-Bezug
- 14.200 Mio. verbleiben

Diese 14,2 Mio. Haushalten bilden die Basis zur Berechnung der Referenzgruppen, indem jeweils der untersten Teil dieser - nach dem Nettoeinkommen geschichteten - verbleibenden Haushalte als Referenzgruppe abgegrenzt werden (Beispiel für 15 % Referenzgruppe: 14,2 Mio. $\times 0,15 = 2,13$ Mio. Haushalte mit den niedrigsten Nettoeinkommen).

Da das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe selber regulär als Fachreihe veröffentlicht, werden die vom BMAS in Auftrag gegebenen Auswertungen als Sonderauswertungen bezeichnet.

II. Warum so viele Sonderauswertungen?

Zur Bestimmung der Regelbedarfe wurden letztlich nur zwei Referenzgruppen benötigt. Um dem Statistischen Bundesamt aber Planungssicherheit zu geben und um die Entscheidung über die Abgrenzung der Altersstufen nicht etwa durch fehlendes Datenmaterial einzuengen, hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beim Statistischen Bundesamt vorsorglich zusätzliche Sonderauswertungen in Auftrag gegeben. Letztlich wurde entschieden, an den bestehenden Altersabgrenzungen der Kinder festzuhalten, da die Sonderauswertungen keine Hinweise ergaben, die eine abweichende Altersstufung gerechtfertigt hätten. Für die bestehenden Altersgruppen wurde der regelsatzrelevante Verbrauch auf Basis der Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes detailliert ausgewertet. Diese detaillierten Ergebnisse zu den im Gesetz stehenden Kinderaltersstufen finden sich im Gesetzentwurf. Die weiteren in Auftrag gegebenen Sonderauswertungen werden hier vom BMAS in der vom Statistischen Bundesamt gelieferten Form veröffentlicht.

Die Entscheidung, an den bestehenden Altersstufen festzuhalten, wurde auch durch die Ergebnisse von Gesprächen mit Experten und Praktikern gestützt. Daraus ergab sich, dass es in Wissenschaft und Praxis keinen allgemeinen bzw. fachübergreifenden Konsens über einheitliche und eindeutige Altersabgrenzungen gibt. Auf dieser Grundlage wurde konstatiert, dass die Vielgestaltigkeit der individuellen Bedarfe und unterschiedlichen Zeitspannen, in denen Kinder und Jugendliche Entwicklungsphasen durchlaufen, bei pauschalierten Leistungen eine entsprechend pauschalierte Berücksichtigung der relevanten Bedarfe und damit auch der zugrunde zu legenden Altersstufen rechtfertigen und auch erfordern. Vor diesem Hintergrund stellen das Kleinkindalter sowie die Einschulung und die Pubertät eindeutige Entwicklungsphasen dar, an denen in pauschalierender Betrachtung Altersgrenzen festgemacht werden können.

III. Wie lese ich die Tabellen?

Die folgenden beispielhaft aufgeführten Angaben beziehen sich alle auf die Referenzgruppe der untersten 15 % der Einpersonenhaushalte.

Tabellenüberschrift

Die Tabellenüberschrift bezeichnet die jeweilige Referenzgruppe. In der letzten Zeile der Referenzgruppe findet sich die Angabe des „Grenzeinkommens“ (901 €). Es gibt die Höhe des Nettoeinkommens an, das der Haushalt mit dem höchsten Einkommen der Referenzgruppe erzielt.

Dieses Grenzeinkommen ist aber für die Bemessung der Regelbedarfe irrelevant, da hierfür alleine der in jeder Tabelle dargestellte durchschnittliche Verbrauch der Referenzgruppe die

Basis bildet, welcher nicht nur vom Grenzeinkommen sondern von der gesamten Einkommensverteilung innerhalb der Referenzgruppe abhängig ist.

Beispiel

In zwei hypothetischen Referenzgruppen sind jeweils 1.000 Haushalte. Das obere Grenzeinkommen liegt in beiden Gruppen bei 1.000 €. Bei der ersten Gruppe hat der erste Haushalt ein Einkommen von einem Euro, das pro Haushalt um einen weiteren Euro steigt. Das durchschnittliche Einkommen liegt dann bei gerundet 500 €. In der zweiten Gruppe hat der erste Haushalt bereits ein Einkommen von 500 €, das alle zwei Haushalte um einen weiteren Euro steigt. Das Durchschnittseinkommen liegt dann bei identischem oberem Grenzeinkommen bei 750 €.

Codes

Das Statistische Bundesamt differenziert sämtliche Konsumausgaben nach einem internationalem Standard, der sämtlichen konsumierbaren Gütern und Diensten eine Codenummer zuordnet. Dabei werden diese Güter und Dienste in insgesamt 12 Abteilungen eingeteilt, wobei mit den wichtigsten Bedarfen begonnen wird (Abteilung 1: Nahrungsmittel).

Gegenstand des Nachweises

Es gibt Millionen von Gütern und Diensten, die sich aber natürlich weder alle einzeln erfragen noch in Tabellen erfassen lassen, daher werden die Güter und Dienste in Kategorien zusammengefasst.

Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe

a) hochgerechnet

In der EVS erfasst nur eine Stichprobe der Haushalte ihren Konsum. Um Ergebnisse für die Bevölkerung zu erhalten, müssen die Ergebnisse dieser Stichprobe daher auf alle Haushalte der Referenzgruppe hochgerechnet werden.

Die Zahl der hochgerechneten Haushalte der Referenzgruppe von 15 % der Einpersonenhaushalten beträgt exakt 2,126 Mio. (steht in jeder Tabelle in Zeile 2).

In dieser Spalte wird angegeben, wie viele der hochgerechneten Haushalte in der jeweiligen Zeile/Güterkategorie Ausgaben getätigt haben.

b) erfasst

Hier handelt es sich um die Zahl der Haushalte aus der Stichprobe, die in der jeweiligen Zeile/Güterkategorie (wenn von Gütern gesprochen wird, sind immer gleichzeitig auch Dienste gemeint) Ausgaben getätigt haben.

Die exakte Zahl der gesamten Haushalte in der Stichprobe findet sich jeweils in Zeile 1 (1.678 Haushalte bei 15 % der Einpersonenhaushalte).

Bei den Nahrungsmitteln (Zeile 4) haben z.B. 1.677 von 1.678 Haushalte der Stichprobe Ausgaben angegeben. Dies entspricht hochgerechnet 2,125 Mio. von 2,126 Mio. Haushalten.

Bei den Tabakwaren (Zeile 9) gaben dagegen in der Stichprobe lediglich 433 von den insgesamt 1.678 Ausgaben an, was hochgerechnet lediglich 563.000 von insgesamt 2,126 Mio. Haushalten entspricht.

Durchschnittliche Wertangaben (= Ausgaben)

a) der jeweiligen Haushalte mit Angabe der Code-Nr. (=Ausgaben für die Güterart)

Hier finden sich die durchschnittlichen rechnerischen Ausgaben pro Güterart von den Haushalten, die diese Güterart gekauft haben.

Hypothetisches Beispiel

Von den hochgerechnet 1 Mio. Haushalten einer Referenzgruppe haben 500.000 jeweils Ausgaben von 300 € und 100.000 Ausgaben von 100 €. 400.000 Haushalte haben diese Güterart nicht gekauft. Dann betragen die Durchschnittsausgaben der 600 Haushalte, die diese Güterart gekauft haben 267 € (160 Mio. € / 600.000).

b) je Haushalt

Diese Angabe bezieht sich auf alle Haushalte in der Referenzgruppe. Die Ausgaben im obigen Beispiel von 160 € Mio. müssen also durch eine Million Haushalte geteilt werden, was 160 € bezogen auf alle Haushalte der Referenzgruppe ergibt.

Dieser Wert der Ausgaben pro Haushalt ist allein maßgeblich für die Bemessung der Regelbedarfe.

Gesamte Private Konsumausgaben

Da die einzelnen Konsumpositionen nur schwer ein Überblick über das Konsumniveau der Haushalte ermöglicht, werden in Zeile 213 die gesamten Ausgaben für den privaten Konsum der Haushalte zusammengefasst (Für 15 % Einpersonenhaushalte: 843,27 €).

Nachrichtliche Positionen (Zeilen 214 bis 229)

Nachrichtlich finden sich dann auch noch Ausgaben für weitere Ausgabenpositionen, von denen die Position „Mitgliedsbeiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck“ (Zeile 224) bei den Erwachsene als regelsatzrelevant anerkannt wird. Diese nachrichtlichen Positionen

gehören nicht zum Konsum, weil den Ausgaben keine direkte zu konsumierende Leistung gegenübersteht.

Auswertungen für einzelne Güterkategorien

Für die Ausgaben für einzelne Güter und Dienste wurden gesonderte Auswertungen durchgeführt. Hier ist die Stichprobe kleiner als für die Haushaltsausgaben insgesamt, da z.B. nur Haushalte ohne Ausgaben für Benzin betrachtet werden, um die dann höheren Ausgaben für den ÖPNV ermitteln zu können.

Angaben zu den Zahlen

Die Angaben zu den Ausgaben entsprechen der bei Statistischen Bundesamt üblichen Veröffentlichungspraxis. Demnach werden Ausgabewerte, hinter denen nicht mehr als 24 Haushalte mit Ausgaben stehen, nicht veröffentlicht und durch „/“ gekennzeichnet. Diese Ausgaben gehen aber selbstverständlich in die Bemessung der Regelbedarfe mit ein. Bei Ausgaben hinter denen die Angaben von 25 bis 99 Haushalten stehen, wurden die Werte in „(...)“ gesetzt. Felder mit einem „--“ bedeuten, dass kein Haushalt der Referenzgruppe bei dieser Güterart Ausgaben eingetragen hat.



Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 53107 Bonn

Elena Schwarz
Ostpreußenstraße 2
74742 Adelsheim

REFERAT Ia6
BEARBEITET VON Madlen Harder
HAUSANSCHRIFT Rochusstraße 1, 53123 Bonn
POSTANSCHRIFT 53107 Bonn
TEL +49 228 99 527-1022
FAX +49 228 99 527-1097
E-MAIL madlen.harder@bmas.bund.de
INTERNET www.bmas.de

Bonn, 3. August 2011
AZ Ia6-96-Schwarz/11

Sehr geehrte Frau Schwarz,

Ihre E-Mails vom 22. und 27. Juli 2011 sind zuständigkeitshalber bei mir eingegangen. Ich werde Ihre Fragen mit Hinweis auf entsprechende Datenquellen beantworten.

Frage 1 und 3: Auswahl der Referenzgruppen

Ich verweise auf die Gegenäußerung der Bundesregierung in der Bundestagsdrucksache 17/3982 S. 1-3 und die Begründung des Gesetzesentwurfs in der Bundestagsdrucksache 17/3404 S. 87-90.

Frage 2: untere Grenze des Einkommensgrenzwerts

Ich verweise auf die Gegenäußerung der Bundesregierung in der Bundestagsdrucksache 17/3982 S. 3. In Bedeutung des Begriffs „Dunkelziffer“ ist ein Ausschluss durch Ziehen einer Untergrenze pauschal nicht möglich.

Frage 4: mit Sonderzeichen gekennzeichnete Verbrauchsausgaben

Ich verweise auf die Begründung des Gesetzesentwurfs in der Bundestagsdrucksache 17/3404 S. 52. Die Frage liegt im Zuständigkeitsbereich des Statistischen Bundesamtes. Ich bitte Sie, sich zur Beantwortung Ihrer Frage an das Statistische Bundesamt zu wenden.

Frage 5: Position 0912 000 Foto- und Filmausrüstung, optische Geräte

Bei der Position 0915 000 Reparaturen von Geräten für Empfang, Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild, von Foto- und Filmausrüstung und von Geräten der Datenverarbeitung handelt es sich um eine Sammelposition, die nicht in regelbedarfsrelevant und nicht regelbedarfsrelevant aufgeteilt werden kann. Ist eine empirisch oder sachlich nachvollziehbare Aufteilung nicht möglich, muss die ganze Position regelbedarfsrelevant sein. Ich verweise auf die Begründung des Gesetzesentwurfs in der Bundestagsdrucksache 17/3404 S. 43, 50 und 61-62.

Frage 6: detaillierte Begründung zu getroffenen Wertentscheidungen

Ich verweise auf die Begründung des Gesetzesentwurfs in der Bundestagsdrucksache 17/3404 S. 53-87.

Frage 7 und 8: Schulmaterial und Vereinsmitgliedschaft

Ich verweise auf die Gegenäußerung der Bundesregierung in der Bundestagsdrucksache 17/3982 S. 3-4. Entsprechend dieser Stellungnahme ist eine Fortschreibung der Werte nicht vorgesehen.

Frage 9 und 10: Neuberechnung des Regelbedarfs nach Bundesverfassungsgerichtsurteils

Bemessungsgrundlage zur Berechnung der Regelbedarfe ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Die EVS wird vom Statistischen Bundesamt alle fünf Jahre durchgeführt. Die letzte EVS erfolgte im Jahr 2003, die aktuelle im Jahr 2008. Nach Befragung der Haushalte werden die amtlich erhobenen Daten vom Statistischen Bundesamt auf Konsistenz, Plausibilität, Widerspruchs- und Fehlerfreiheit geprüft und danach aufbereitet. Wenn diese Schritte abgeschlossen sind, werden aus diesen Rohdaten Standardauswertungen gefertigt (d. h. Einzeldaten werden zu aggregierten Größen aufsummiert), die in den Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes angeboten werden (z. B. Fachserie, Statistisches Jahrbuch, Veröffentlichungen in der Hauszeitschrift Wirtschaft und Statistik). Für den Bereich der EVS veröffentlicht das Statistische Bundesamt standardmäßig nach einzelnen Haushaltstypen z. B. Ausgaben zum gesamten Privaten Verbrauch nach vorgegeben Einkommensklassen. Reichen diese Informationen für einen Interessenten nicht aus, kann dieser das Statistische Bundesamt bitten, bezogen auf seine speziellen Fragestellungen kostenpflichtig gesonderte Auswertungen durchzuführen. Kennzeichen von Sonderauswertungen sind also spezielle Vorgaben im Hinblick auf eine spezielle Fragestellung, die mit Standardauswertungen für Standardveröffentlichungen nicht beantwortet werden können. Standardmäßig vergehen von der Befragung der Haushalte bis zur Auswertung der Sonderauswertungen des

Bundesministerium für Arbeit und Soziales rund 2 Jahre. Durch die terminlichen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtsurteils haben das Statistische Bundesamt und die Bundesregierung alle Ihnen zur Verfügung stehenden Kräfte mobilisiert, um diese Zeitspanne zu verkürzen und bis zum 1. Januar 2011 einen neuen Regelbedarf zu berechnen.

Bei dem von Ihnen angesprochenen Berichtsentwurf handelt es sich um den vom Bundesministerium der Finanzen veröffentlichten Bericht zum steuerlich frei zu stellenden Existenzminimum. Dieser wird alle zwei Jahre erstellt. Eine Komponente des steuerlich freizustellenden Existenzminimums ist der zum Zeitpunkt der Berichtsvorlage gesetzlich geltende Regelsatz. Dieser wird im Bericht in die Zukunft fortgeschrieben. Die Höhe des Regelbedarfs im Existenzminimumbericht basiert somit auf Schätzwerten. Daher ist es reiner Zufall, dass der gleiche Wert berechnet wurde. Es hätte genauso gut auch sein können, dass die Schätzung damals zu hoch oder niedrig erfolgte.

Die Bundestagsdrucksachen können Sie auf der Internetseite des Deutschen Bundestages: www.bundestag.de abrufen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Madlen Harder

In den Emails gestellte Fragen:

- 1.) Wurden bei der Auswahl der Referenzgruppen auch BAföG- und Wohngeldleistungsempfänger sowie Rentner mit entsprechend niedrigem Einkommen aus der Bedarfsermittlung ausgeschlossen?
- 2.) Aus welchem Grund wurden für Einpersonenhaushalte die unteren 15 Prozent der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte, bei Familienhaushalten die unteren 20 Prozent berücksichtigt?
- 3.) Warum wird der Einkommensgrenzwert nach oben und nicht nach unten begrenzt, sodass die sog. "Dunkelziffer" besser ausgeschlossen werden kann?
- 4.) Warum war es nicht möglich, die Verbrauchsausgaben, welche weniger als 24 Haushalte tätigten und damit mit einem "/" gekennzeichnet wurden, zu veröffentlichen?
- 5.) Warum wurde beispielsweise die Position 0912 000 Foto- und Filmausrüstung, optische Geräte nicht im Regelsatz berücksichtigt, die Reparatur dieser jedoch schon?
- 6.) Gibt es eine noch detailliertere Begründung zu den getroffenen Wertentscheidungen bzgl. regelsatzrelevanter Verbrauchsausgaben?
- 7.) Beruht die Bedarfsermittlung für Schulmaterial von 100 Euro und die Kosten für eine Vereinsmitgliedschaft von 10 Euro/ Monat auf empirisch belegten Daten? Falls ja, sind diese öffentlich zugänglich?
- 8.) Ist ein Fortschreibungsmechanismus, wie für den Regelsatz selbst, auch für die Leistungen "Schulmaterial" und "Vereinsmitgliedschaft" geplant?
- 9.) Aus welchem Grund wartete man mit der Neuberechnung des Regelsatzes bis zu einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, obwohl im Jahr 2008 schon ein Berichtsentwurf des Bundesfinanzministeriums von einem Regelsatz in Höhe von 364 Euro für das Jahr 2010 sprach?
- 10.) Ist es Zufall, dass genau diese 364 Euro schon im Jahr 2008 im Gespräch waren?

Literaturverzeichnis

Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V. in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Universum Kommunikation und Medien AG: Sozialgeschichte Band II, Stand 2010, Seite 27 f.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Referat Information, Publikation, Redaktion: Soziale Sicherungen im Überblick 2010, Stand 2010, Seiten 41 ff.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Statistisches Material zu den Regelsätzen:

<http://www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsmarkt/statistiken-zum-download-sgb2.html> / Zugriff am 23.04.2011.

Bundesverfassungsgericht: Aufgaben:

www.bundesverfassungsgericht.de/organisation/aufgaben.html./Zugriff am 31.01.11

Bundesfinanzministerium: Berichtsentwurf des über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2010 vom 27.10.2008/Seite 3:

http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Buergerinnen__und__Buerger/Familie__und__Kinder/Familienleistungen/126__Existenzmini__anl,templ atelD=raw,property=publicationFile.pdf / Zugriff am 18.08.2011

BMAS Pressemitteilungen/ Reden:

http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?aktion=jour_pm&r=429148 / Zugriff am 18.08.2011.

<http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/vdl-bildungsausgaben-fuer-kinder-hartz4.html> / Zugriff am 12.04.2011.

<http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/einigung-hartz-iv-02-2011.html> / Zugriff am 03.03.2011.

<http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Reden/rede-von-der-leyen-bt-0511.html> / Zugriff am 28.03.2011.

<http://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/bildungspaket-startet.html> / 04.04.2011.

BMAS: Fragen und Antworten zum Bildungspaket:

<http://www.bildungspaket.bmas.de/das-bildungspaket/fragen-und-antworten.html> / Zugriff am 06.04.2011.

Bundesrat Pressemitteilungen:

http://www.bundesrat.de/cln_161/nn_1759312/DE/presse/pm/2010/207-2010.html?__nnn=true / Zugriff am 15.03.2011

http://www.bundesrat.de/cln_161/nn_2034972/DE/presse/pm/2011/027-2011.html?__nnn=true / Zugriff am 15.03.2011.

Bundesregierung: Magazin für Soziales und Familie:

http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Artikel/2011/03/2011-03-04-ankuendigung-magazin-sofa.html / Zugriff am 17.05.2011.

Bundestag:

Gesetzgebungsverfahren:

http://www.bundestag.de/service/glossar/G/gesgeb_verf.html / Zugriff am 24.03.2011.

Bundestagsdrucksache 17/3982 Seite 1-3:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/039/1703982.pdf> / Zugriff am 18.08.2011

Deutsches Historisches Museum: Das Kaiserreich:

<http://www.dhm.de/lemo/html/kaiserreich/index.html> / Zugriff am 23.03.2011

**Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur
Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch,**

Drucksache 661/10:

http://www.bundesrat.de/cln_152/nn_8336/SharedDocs/Drucksachen/2010/0601-700/661-10,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/661-10.pdf / Zugriff am 18.08.2011

**Erläuterungen zu den Sonderauswertungen des Statistischen
Bundesamtes zur Neubemessung der Regelbedarf und den Anlagen
zu Artikel 1 des Entwurfes eines Gesetzes zur Ermittlung von
Regelbedarfen und Änderung des Zweiten und Zwölften**

Gesetzbuches: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Regelbedarfe/evs-lesehinweis.pdf?__blob=publicationFile / Zugriff am 18.08.2011

**Föcking, Friederike: Fürsorge im Wirtschaftsboom: Die Entstehung
des Bundessozialhilfegesetzes von 1961, 9. Auflage, 2007**

Frevel, Bernhard und Dietz, Berthold: Sozialpolitik kompakt,
Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008

Statistisches Bundesamt Deutschland: Einkommens- und
Verbraucherstichprobe:

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/Einkommens__Verbrauchsstichprobe,templateId=renderPrint.psml / Zugriff am 06.04.2011

Danksagung

Ich möchte mich an dieser Stelle bei meinen Betreuerinnen Frau Prof. Ute Vondung und Frau Kirsten Hollerbach bedanken, die mich sowohl bei der Themenfindung als auch bei inhaltlichen Fragen zu meiner Thesis unterstützt haben.

Ein großes Dankeschön geht auch an meinen Freund Benjamin und meine Familie, die stets ein offenes Ohr für Probleme während der Bearbeitung meiner Arbeit hatten.

Vielen Dank.

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Bachelorthesis selbstständig verfasst habe. Es wurden keine anderen als die in der Arbeit angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt.

Adelsheim, den _____

Pressemitteilung vom 20.10.2010 | 12:13
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)



© Bundesagentur für Arbeit

"Gezielte Bildungsleistungen sind ein Riesenfortschritt für die Kinder"

Bundeskabinett beschließt Gesetzentwurf zur SGB II-Leistungsrechtsreform

Die Bundesregierung hat in der heutigen Kabinettsitzung den Gesetzentwurf zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuches beschlossen.

Er soll bereits in der kommenden Woche auch von den Fraktionen in den Bundestag eingebracht und am 29. Oktober beraten werden.

Die 2./3. Lesung ist für Anfang Dezember geplant, die Bundesratsbefassung für den 26. November und 17. Dezember.

Parallel zum Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens sollen Vertreter der Regierungs- und der Oppositionsfraktionen sowie der Länder eingeladen werden, um auf dem Weg zum Bundesratsbeschluss Gemeinsamkeiten und Lösungswege ausloten.

Ursula von der Leyen:

"Ich freue mich sehr, dass es trotz des enorm hohen Zeitdrucks nicht nur gelungen ist, die neu berechneten Regelsätze verfassungsfest zu errechnen. Nach einer vorgezogenen breiten Vorabstimmung mit Praktikern aus Ländern und Kommunen haben wir nun auch ein praxisnahes Konzept für das Bildungspaket, mit dem warmen Mittagessen, der Lernförderung, den Schulausflügen, dem Schulmaterial und dem Anspruch auf ein Sport-, Kultur- oder Musikangebot am Nachmittag. Dass wir nicht mehr länger nur Geld auszahlen, sondern uns kümmern, dass die Leistungen direkt zum Kind kommen, bedeutet einen Riesenfortschritt für die mittelfristigen Bildungs- und damit die Aufstiegschancen bedürftiger Kinder."

Der heute im Kabinett beschlossene Gesetzentwurf wurde im Rahmen der eigens zu diesem Zweck vorgezogenen Anhörungen an wichtigen Stellen von den Ländern und Kommunen mit gestaltet.

Wesentliche Punkte gegenüber der bereits am 20. September vorgestellten ersten Rohfassung sind:

Zum Bildungspaket:

- Von den Leistungen des Bildungspakets sollen künftig nicht nur die Kinder in der Grundsicherung profitieren, sondern auch die Kinder, die den Kinderzuschlag erhalten.
- Ursula von der Leyen: "Das ist eine kluge Lösung, die harte Abbruchkanten vermeidet, denn auch die Familien an der Grenze zu Hartz IV brauchen jede Unterstützung bei der Bildung ihrer Kinder."
- Anstelle der Jobcenter können sich auf entsprechenden Wunsch auch Kommunen mit der Umsetzung des Bildungspakets beauftragen lassen. Der Bund erstattet in diesem Fall der Kommune die Verwaltungskosten, die sonst den Job-Centern entstanden wären.
- Ursula von der Leyen: "Vor Ort sollen sich die kümmern, die die besten Angebote für die Kinder kennen und sich die Aufgabe auch zutrauen. Steht die Kommune in der Verantwortung, kommt als weiterer Vorteil hinzu, dass alle Kinder, ganz egal ob sie die Grundsicherung oder den Kinderzuschlag beziehen, die Leistungen aus einer Hand erhalten."
- Um den Kommunen bei der Ausgestaltung des Bildungspakets größtmögliche Gestaltungsfreiheit einzuräumen, wird neben der Abrechnung über Gutscheine die Direktüberweisung als gleichberechtigter Weg anerkannt.
- Ursula von der Leyen: "Damit haben wir einen weiteren unkomplizierten und stigmatisierungsfreien Weg, über den die Sach- oder Dienstleistung zum Kind kommt."
- "Schulnahe Lernförderung" soll nur dann erfolgen, wenn keine ausreichende reguläre schulische Lernförderung (für alle Kinder) angeboten wird. Die Lehrer stellen im Rahmen ihrer normalen laufenden Bewertungsverfahren den Förderbedarf für ein Kind fest.
- Ursula von der Leyen: "Niemand weiß besser, wo es hakt, als der eigene Lehrer oder die Lehrerin. Deswegen ist es gut, dass sie feststellen, ob Förderbedarf besteht oder nicht und dass die Lernförderung schulnah stattfindet."
- Das finanzielle Gesamtvolumen für die Leistungen des Bildungspakets beträgt rund 700 Millionen Euro in 2011 und 730 Millionen Euro in 2012 und 2013. Verwaltungskosten sind zusätzlich mit 135 Millionen Euro in 2011 und 110 Millionen Euro in 2012 und 2013 veranschlagt.
- Ursula von der Leyen: "700 Millionen Euro netto, die gezielt in Bildung und Teilhabe bedürftiger Kinder fließen, sind ein Wort!"

Sonstige Regelungen:

- Die so genannte "Satzungslösung" die es Kommunen ermöglicht, den Verwaltungsaufwand bei der Festsetzung der Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose wesentlich zu vereinfachen, soll künftig auch für Menschen im Rechtskreis des SGB XII zur Verfügung stehen.
- Ursula von der Leyen: "Etwa die Hälfte aller Klagen rund um Hartz IV betrifft die Unterkunftskosten. Mehr Klarheit an dieser Stelle wird auch helfen, unnötige Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden."
- Die neu bemessenen Regelbedarfe (alleinstehende Erwachsene: 364 Euro, Partner: 328, Kinder 0 bis unter 6 Jahre: 215 Euro, 6 bis unter 14 Jahre: 251 Euro, 14 bis unter 18 Jahre: 287 Euro) gelten gemäß den Vorgaben des

Bundesverfassungsgerichts ab dem 1. Januar 2011. Die gebotene jährliche zeitnahe Anpassung wird auf Basis der bis Mitte 2011 eintretenden Entwicklung der Preise und Nettolöhne (Verhältnis 70:30) erstmals zum 1. Januar 2012 erfolgen.

- Die Erwerbstätigenfreibeträge werden neu geregelt. Danach bleiben die ersten 100 Euro Hinzuverdienst für Transferempfänger als Freibetrag bestehen. Zwischen 100 und 1000 Euro Hinzuverdienst dürfen ALG II-Empfänger künftig 20 Prozent ihrer Einkünfte behalten. Darüber (bis zur Höhe von 1200 Euro, bzw. 1500 Euro für Haushalte mit Kindern) gilt weiterhin ein Selbstbehalt von 10 Prozent.
- Das bedeutet eine Besserstellung im Bereich zwischen 800 und 1000 Euro gegenüber der geltenden Regelung (ab 800 Euro nur noch 10 Prozent). Der maximale Selbstbehalt steigt damit jeweils um 20 Euro von 280 auf 300 Euro (für Singles), bzw. von 310 auf 330 Euro für Familien mit Kindern. Die Neuregelung soll zum 1. Juli 2011 in Kraft treten. Ein weiterer Ausbau ist denkbar und soll Mitte 2012 geprüft werden.
- Ursula von der Leyen: "Damit setzt die Koalition Anreize für Aufstocker, mehr Stunden und damit vollzeithäufiger zu arbeiten. Hartz IV darf kein Dauerzustand sein. Die Reform senkt weiter die Schwelle zur Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Arbeit."

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin
Telefon: 03018 527-0
Telefax: 03018 527-1830
E-Mail: info@bmas.bund.de

Berlin - Veröffentlicht von pressrelations

Link zur Pressemitteilung: <http://www.pressrelations.de/new/standard/dereferer.cfm?r=429148>



Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

[Startseite](#) [Service](#) [Presse](#) [Pressemitteilungen](#)

Bildungs- und Teilhabepaket startet

Anträge auf Leistungen können bei Jobcentern, Kommunen und Familienkassen gestellt werden - Frist für rückwirkende Beantragung läuft

Das Gesetz zum Bildungs- und Teilhabepaket ist am heutigen Dienstag, 29. März 2011, im Bundesgesetzblatt verkündet worden. Das ist der offizielle Startschuss für bessere Chancen von bedürftigen Kindern in Deutschland. Ab jetzt kann beispielsweise im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an Angeboten wie Nachhilfe, Musikschule, Sport, Mittagessen in Hort und Schule oder Klassenausflügen beantragt werden - **auch rückwirkend für die Zeit ab Januar 2011.**

Zuständig und Träger der Leistung im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende (also bei Beziehern von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) sind die Kreise und kreisfreien Städte, deren Aufgaben in der Regel im Jobcenter wahrgenommen werden.

Für den Antrag auf Leistungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende für die Zeit vom 1. Januar 2011 bis zum 31. März 2011 läuft ab heute eine wichtige Frist: All die, die Leistungen für Bildung und Teilhabe nachträglich rückwirkend beantragen möchten, haben dafür einen Monat (also bis zum 30. April 2011) Zeit.*

Für Familien, die Sozialhilfe, Wohngeld oder den Kinderzuschlag erhalten, sind die Jobcenter nicht zuständig. Die Kreise oder kreisfreien Städte (erreichbar zum Beispiel im Rathaus, im Bürgeramt oder in der Kreisverwaltung) nennen diesen Familien den richtigen Ansprechpartner und klären Einzelheiten.

Von Familien, die Wohngeld oder den Kinderzuschlag beziehen, nimmt die Familienkasse übergangsweise bis zum 31. Mai 2011 die Anträge entgegen.* Um Leistungen rückwirkend erstattet bekommen zu können, reicht es für diese Familien zunächst, einen Antrag zu stellen.

Kinder von Eltern, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, Sozialhilfe, den Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen, haben grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf folgende Leistungen:



©

1. Mehraufwendungen für Mittagessen in Kita, Schule und Hort: Einen Zuschuss für das gemeinsame Mittagessen gibt es dann, wenn Schule, Hort oder Kita ein entsprechendes Angebot bereithalten. Der verbleibende Eigenanteil der Eltern liegt bei einem Euro pro Tag.

2. Lernförderung: Bedürftige

Schülerinnen und Schüler können Lernförderung in Anspruch nehmen, wenn nur dadurch das Lernziel erreicht werden kann. Voraussetzung ist, dass die Schule den Bedarf bestätigt und keine vergleichbaren schulischen Angebote bestehen.

3. Kultur, Sport, Mitmachen: Bedürftige Kinder sollen in der Freizeit nicht ausgeschlossen sein, sondern bei Sport, Spiel und Kultur mitmachen. Deswegen wird zum Beispiel der Beitrag für den Sportverein oder für die Musikschule in Höhe von monatlich bis zu 10 Euro übernommen.

4. Schulbedarf und Ausflüge: Damit bedürftige Kinder mit den nötigen Lernmaterialien ausgestattet sind, wird den Familien zweimal im Schuljahr ein Zuschuss gezahlt: zu Beginn des Schuljahres 70 Euro und jeweils im Februar darauf 30 Euro – insgesamt 100 Euro. Zudem kommt jetzt auch die Kostenübernahme eintägiger Ausflüge in Schulen und Kitas in Betracht.

Mehrtägige Klassenfahrten werden wie bisher erstattet.

5. Schülerbeförderung: Insbesondere wer eine weiterführende Schule besucht, hat oft einen weiten Schulweg. Sind die Beförderungskosten erforderlich, können sie nicht aus dem eigenen Budget bestritten werden und werden sie nicht anderweitig abgedeckt, werden diese Ausgaben erstattet.

Das Abrechnungsverfahren soll so unkompliziert wie möglich gehalten werden. Die Kommune übernimmt die Kosten; sie kann z.B. einen Gutschein für die Leistungsberechtigten ausstellen oder das Geld, z.B. den Mitgliedsbeitrag für den Verein, an die Anbieter (Partner) überweisen. Die konkrete Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets kann im Detail von Kommune zu Kommune unterschiedlich sein.

Zwar liegt die Trägerschaft und Umsetzung des Bildungspakets in der Verantwortung der Kreise und kreisfreien Städte. Aber der Bund unterstützt sie und auch die Länder bei Bedarf. Kinder dürfen beim Mitmachen und Dabeisein nicht länger außen vor bleiben, nur weil die Eltern Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende oder andere Sozialleistungen erhalten.

Alle Informationen auch unter www.bildungspaket.bmas.de.

* Geplant ist, dass die Frist für die nachträgliche Beantragung für Leistungen aus dem Teilhabe- und Bildungspaket verlängert wird, siehe [aktuelle Pressemitteilung vom 21. April 2011](#).

Stand: 29.03.2011



Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

[Startseite](#) [Service](#) [Presse](#) [Pressemitteilungen](#)

Kompromiss bei Hartz IV

Statement der Ministerin am 21.02.2011 im BMAS in Berlin

Union und FDP in Bund und Ländern haben sich mit der SPD in Bund und Ländern am frühen Montagmorgen, 21.02.2011, auf einen Kompromiss beim Gesetz über die Neugestaltung von Leistungen für Langzeitarbeitslose und deren Kinder geeinigt. Über das Ergebnis werden - nach Beschluss durch den Vermittlungsausschuss am Dienstag, 22. Februar 2011 - nun der Bundestag und dann voraussichtlich am Freitag, 25. Februar 2011, in einer Sondersitzung der Bundesrat abstimmen.



"Das Ergebnis ist sehr gut, anders als der lange Verhandlungsweg dorthin. Ich freue mich, dass unter dem Strich die Kinder und die Kommunen die Hauptgewinner sind.

Das Bildungspaket bringt allen bedürftigen Kindern Teilhabe und vor allem endlich mehr Chancen, selbst aus dem Kreislauf vererbter Armut herauszukommen.

Alle Grundsicherungsempfänger bekommen das Existenzminimum: genau, fair und gerecht ausgerechnet; nicht willkürlich, nach Kassenlage oder nach Gutdünken.

Der Grundgedanke: Wir wollen die Betroffenen aus Hartz IV herausholen und sie nicht mit Geld dauerhaft alimentieren.

Das Ringen war eindeutig zu zäh, aber es hat sich im Ergebnis gelohnt.

Mit dem Bildungspaket schlagen wir ein neues Kapitel in der Sozialgeschichte auf."

Die wichtigsten Bestandteile der Einigung auf einen Blick:

Bildungspaket:

wird auch für Kinder von Familien, die Wohngeld beziehen (zusätzlich 160.000 Kinder), gewährt.

Die Trägerschaft geht komplett auf die Kommunen über.

Der Bund stellt auf dem Weg der Beteiligung an den Kosten der Unterkunft den Kommunen 2011, 2012 und 2013 jeweils 400 Millionen Euro für das Mittagessen von Kindern in Hortbetreuung und für Schulsozialarbeit zur Verfügung.

Das Gesamtvolumen von 1,6 Mrd. Euro (ab 2014: 1,2, Mrd. Euro) pro Jahr (inklusive Verwaltungskosten und Übernahme der Kosten für die Warmwasseraufbereitung) wird über die Beteiligungsquote des Bundes an den "Kosten der Unterkunft" (KdU) im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende den Kommunen erstattet. Die Erstattung der Leistungsausgaben für das Bildungspaket wird auf Basis der Ist-Kosten jährlich fortlaufend angepasst.

In einem Drei-Stufen-Modell werden die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auf Dauer durch den Bund übernommen. Das entspricht allein 2012 bis 2015 einer Nettoentlastung der Kommunen von 12,24 Mrd. Euro.

Regelsätze:

Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit und Übungsleiter werden auf den Regelsatz in Höhe einer Obergrenze von 175 Euro monatlich nicht angerechnet.

Kosten für die Warmwasseraufbereitung werden im Rahmen der Kosten der Unterkunft oder als Mehrbedarf neben dem Regelsatz durch den Bund übernommen.

Der Regelsatz steigt rückwirkend zum 1. Januar 2011 um fünf Euro und am 1. Januar 2012 als einmaliger Inflationsausgleich vor dem Hintergrund der

Veränderung der Anpassungszeiträume (1. Januar statt bisher 1. Juli) um drei Euro. Unabhängig davon erfolgt zum selben Zeitpunkt die im Gesetz geplante Regelsatzanpassung zum 1. Januar 2012 aufgrund der Lohn- und Preisentwicklung von Juli 2010 bis Juni 2011 im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Der Regelsatz für die Regelbedarfsstufe 3 wird dahingehend überprüft, ob Menschen mit Behinderung ab dem 25. Lebensjahr abweichend von der bisherigen Systematik den vollen Regelsatz erhalten können.

Mindestlohnregelungen:

Einführen einer absoluten Lohnuntergrenze für die Zeitarbeit im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz für Entleihzeiten und verleihfreie Zeiten.

Der Grundsatz des "Equal Pay" gilt schon heute in der Zeitarbeitsbranche. Die Tarifvertragsparteien entscheiden einvernehmlich und frei darüber, ob sie davon abweichen wollen.

Einführen einer Günstigkeitsklausel: Liegt in einem Entleihbetrieb die Equal-Pay-Marke unter der festzulegenden Lohnuntergrenze in der Leih- und Zeitarbeit, so ist für die Entlohnung des Leiharbeitnehmers der Mindestlohn in der Leiharbeit maßgebend.

Ermöglichen eines branchenspezifischen Mindestlohns im Wach- und Sicherheitsgewerbe (einschließlich Geld- und Werttransporte), sowie der Aus- und Weiterbildung nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz.

Stand: 21.02.2011



Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

[Startseite](#) [Service](#) [Presse](#) [Pressemitteilungen](#)

Von der Leyen: "Halbe Milliarde Euro ist ein Vertrauensvorschuss"

Bundesarbeitsministerin zum Haushaltsansatz für zusätzliche
Bildungsausgaben für Kinder in Hartz IV



Bundesministerin Ursula von der
Leyen:

"Die Arbeitslosenzahlen sinken,
und das Konzept für die
Neuordnung der Hartz
IV-Regelsätze kann im Detail erst
im Herbst vorliegen. Da ist es ein
großer Vertrauensvorschuss, dass
die Regierung im Sommer über
die 20,9 Milliarden Euro für die
Hartz IV-Sätze hinaus bereits eine

halbe Milliarde Euro als Vorsorge für zusätzliche Investitionen in die
Bildung bedürftiger Kinder in den Haushalt für 2011 eingeplant hat. Das
kann heute nur ein grober Schätzwert sein.

Die zusätzlichen Bildungsmittel sind Teil des im Haushalt veranschlagten
zusätzlichen 6 Milliarden Euro-Programms für Bildung. Wir werden den
Auftrag des Bundesverfassungsgerichts, das menschenwürdige
Existenzminimum inklusive besserer Bildungs- und Teilhabechancen für
bedürftige Kinder sicherzustellen, Buchstabe für Buchstabe transparent
und nachvollziehbar umsetzen. Die zusätzlichen Bildungsleistungen für
Kinder stehen nicht im Ermessen des Staates, sie sind eine Verpflichtung,
die wir sehr ernst nehmen."

Das Bundesverfassungsgericht hatte der Bundesregierung im Februar
aufgegeben, die Hartz IV-Regelleistungen bis zum 1. Januar 2011 neu zu
berechnen und künftig auch den Bildungs- und Teilhabebedarf von Kindern mit
zu berücksichtigen. Die neuen Regelsätze (Geldleistung) können erst berechnet
werden, wenn im Herbst die Daten der neuen Einkommens- und
Verbraucherstichprobe durch das Statistische Bundesamt ausgewertet sind. Die
zusätzlichen Leistungen für Bildung und Teilhabe von Kindern in der
Grundsicherung, die bisher nicht in den Regelsätzen eingerechnet waren, sollen
künftig als Sach- oder Dienstleistung zum Kind kommen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erarbeitet zurzeit mithilfe von
Experten, Wissenschaftlern und Praktikern ein Konzept, das im Oktober ins
Parlament eingebracht und im Dezember von Bundestag und Bundesrat
beschlossen werden soll. Vor Abschluss der regierungsinternen Beratungen und
nach in diesem Monat stattfindenden Erörterungen auf Fachebene sollen (Ende
August) die Bundesländer, die kommunalen Spitzenverbände, die großen
Sozialverbände sowie die Parteien auch auf Spitzenebene einbezogen werden.

Stand: 05.07.2010



Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

[Startseite](#) [Service](#) [Presse](#) [Reden](#)

Etwas richtig Gutes

Rede von Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, während der Bundestags-Debatte am 25.2.2011 in Berlin

Anfang: **25.02.2011 10:22 Uhr**

Ort **Berlin**

Redner/in: **Dr. Ursula von der Leyen**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in den letzten Wochen immer viel Kraft aus einem Zitat geschöpft, das vom guten alten Goethe stammt: "Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, kann man Schönes bauen." Ich finde: Jetzt ist die Einigung da. Wir haben viele Steine im Weg gehabt. Jeder Stein ist jetzt an seinem Platz. Ich bin der festen Überzeugung: Wir haben mit dem Bildungspaket etwas richtig Gutes gebaut.

Die Hauptgewinner dieser Reform sind die Kinder, und es sind die Kommunen. Wenn ich mich daran zurückerinnere, wie groß die Zahl der Kritiker des Bildungspaketes noch im letzten Jahr war, dass ich Sätze gehört habe wie "Wo kommen wir denn da hin? Das haben wir noch nie gehabt. Wie soll das denn enden?", und wenn ich heute sehe, wie groß die Zahl der Befürworter ist, dann kann ich nur sagen: Schön, dass das Bildungspaket jetzt so viele Väter und Mütter hat! Das ist der sicherste Beweis dafür, dass der Grundgedanke richtig ist und dass er überzeugend ist.

Mit dem Bildungspaket denken wir zum ersten Mal in den Hartz-Gesetzen wirklich vom Kind her. Es ist der richtige Ansatz, nicht mehr Geld mit der Gießkanne auszuschütten, sondern etwas im Leben der Kinder ganz konkret zu verändern. Es macht eben einen Unterschied, ob Kinder beim Schulmittagessen danebensitzen und nicht mitessen können oder ob sie daran teilnehmen können. Es macht einen Unterschied, ob sie beim Schulausflug dabei sind. Es macht einen Unterschied, ob ein 16-Jähriger den Schulabschluss durch Lernförderung noch schafft oder ob er die Schule schmeißt. Es macht einen Unterschied für die Kinder - und zwar ein Leben lang -, ob sie ihr Leben selbstständig in die Hand nehmen können oder nicht.

Ich weiß, dass es im Verlauf der Verhandlungen viele Kritiker gegeben hat, die vor allem das Trennende aufgezählt haben, das, wo wir nicht einer Meinung waren. Aber ich glaube im Rückblick: Das Bildungspaket ist im Verlauf des Vermittlungsverfahrens so gut geworden, weil es unser gemeinsames Bildungspaket geworden ist. Es gibt einen guten Grund, warum wir uns bei großen sozialpolitischen Reformen bemühen, einen breiten Konsens nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch zwischen den verschiedenen politischen Parteien herzustellen. Keiner hat mehr versucht, das Bildungspaket aufzuschnüren. Ich freue mich, dass es auf die Kinder von Geringverdienern ausgeweitet worden ist. Man hat wirklich gemerkt, dass dieser Gedanke uns gemeinsam am Herzen lag. Die Einigung hat sicherlich nicht so lange gedauert, weil wir so weit auseinander waren, sondern eher, weil wir viel näher am Ziel und beieinander waren und es nicht wirklich wahrhaben wollten und deshalb um jedes Detail so erbittert gerungen haben.

Der Riss ging quer durch beim Thema Regelsatz. Mir ist völlig klar, dass Teile der Opposition sehr damit hadern, dass sie die Gesetze mit dem Namen Hartz auf den Weg gebracht haben. Sie haben mir immer wieder gesagt, dass sie nicht noch einmal wegen der Höhe der Regelsätze in Karlsruhe landen möchten. Aber, meine Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht hat nicht die Höhe der Regelsätze angeprangert. Es hat die Intransparenz, die Abschlüsse und die Schätzung ins Blaue angeprangert. Das haben wir korrigiert. Dazu können wir jetzt stehen.

Völlig intransparent ist für mich allerdings das Verhalten der Grünen. Sie haben noch im Sommer letzten Jahres auf einen neuen Regelsatz von 420 Euro spekuliert. Am Ende der Verhandlungen sind Sie bei 6 Euro angestiegen. Wo ist da noch die Nachvollziehbarkeit? Da ging es nicht mehr um konkrete Gründe. Da ging es einfach nur darum, die Flucht nach vorne aus der Verantwortung anzutreten. Damit haben Sie Ihrem Ruf als Dagegen-Partei wahrlich wieder Ehre gemacht.

Es gibt bei dieser Reform neben den Kindern einen weiteren großen Gewinner:

Das sind die Kommunen. Sie erhalten durch das Bildungspaket eine schöne Aufgabe, eine nachhaltige Aufgabe. Sie werden durch die Übernahme der Grundsicherung für Ältere und Erwerbsgeminderte dauerhaft entlastet. Das sind alleine bis zum Jahr 2020 52 Milliarden Euro. Damit haben wir den Kommunen gegenüber Wort gehalten. Die Kommunen erhalten vor Ort Spielraum für alle Familien und alle Kinder. Der Bund hat sich sehr weit bewegt, damit dieser Anfang auch ein neuer Anfang für die Kommunen sein kann. Darauf sind wir stolz.

Es sind harte Verhandlungen gewesen. Bei diesem großen und wichtigen Thema ist das auch nachvollziehbar und verständlich. Am Ende stand die Allianz der Vernünftigen, der Konsensorientierten, der Lösungsorientierten. Das gilt auch für die Lohnuntergrenze in der Zeitarbeit, die zum 1. Mai kommen wird. Das gilt für die Mindestlöhne im Wach- und Sicherheitsgewerbe und in der Weiterbildungsbranche. Ich danke allen Beteiligten, die die Kraft aufgebracht haben, diese große Reform auf den Weg zu bringen: auf der Seite der Koalition, auf der Seite der SPD, im Bund, aber auch in den Ländern. Es ist wahrlich eine gute Tradition, solche großen Themen, die mit vielen Auseinandersetzungen und Konflikten, aber auch mit den richtigen Schwerpunkten verhandelt werden, gemeinsam zu bewältigen.

Der Weg dahin war mühsam. Ich finde, Politik muss am Ende nicht einen Schönheitspreis gewinnen, sondern sie muss gut sein. Das heißt, sie muss nachhaltig etwas für die Menschen bewegen. Genau das lösen wir mit diesem Gesetz ein.

Vielen Dank.



Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

[Startseite](#) [Themen](#) [Arbeitsmarkt](#)

Regelbedarfe: Statistisches Material

Im Sinne größtmöglicher Transparenz und Nachvollziehbarkeit legt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales an dieser Stelle alle statistischen Berechnungen offen, die bei der Neuberechnung der Regelbedarfe verwendet wurden. Quelle der Statistiken ist das Statistische Bundesamt.

Stand: 01.10.2010

Erläuterungen zu einzelnen Sachfragen

Erläuterungen zu den Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes zur Neubemessung der Regelbedarfe [\[PDF, 66KB\]](#)

I. Sonderauswertungen, die die Grundlage der neuen Regelbedarfe bilden

Einzelpersonenhaushalt - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 51KB\]](#)

Paarhaushalte mit 1 Kind unter 6 Jahren - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 50KB\]](#)

Paarhaushalte mit 1 Kind von 6 bis unter 14 Jahren - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 50KB\]](#)

Paarhaushalte mit 1 Kind von 14 bis unter 18 Jahren - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 49KB\]](#)

II. Sonderauswertungen für alternative Altersgruppen der Kinder Familien mit Kind im Alter von unter 7 Jahren

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind unter 7 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 10%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind unter 7 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 15%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 104KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind unter 7 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 20%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 104KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind unter 7 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unter 60% des Medians) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 104KB\]](#)

Familien mit Kind im Alter von 0 bis unter 3 Jahren

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 0 bis unter 3 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 10%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 102KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 0 bis unter 3 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 15%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 0 bis unter 3 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 20%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 0 bis unter 3 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unter 60% des Medians) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Familien mit Kind im Alter von 3 bis unter 6 Jahren

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 3 bis unter 6 Jahren (unterste 10%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 102KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 3 bis unter 6 Jahren (unterste 15%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 102KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 3 bis unter 6 Jahren (unterste 20%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 102KB\]](#)

Familien mit Kind im Alter von 6 bis unter 12 Jahren

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 6 bis unter 12 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 10%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 102KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 6 bis unter 12 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 15%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 6 bis unter 12 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 20%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 6 bis unter 12 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unter 60% des Medians) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Familien mit Kind im Alter von 6 bis unter 13 Jahren

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 6 bis unter 13 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 10%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 102KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 6 bis unter 13 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 15%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 6 bis unter 13 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 20%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 104KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 6 bis unter 13 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unter 60% des Medians) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Familien mit Kind im Alter von 6 bis unter 15 Jahren

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 6 bis unter 15 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 10%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 6 bis unter 15 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 15%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 6 bis unter 15 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 20%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 104KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 6 bis unter 15 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unter 60% des Medians) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Familien mit Kind im Alter von 7 bis unter 12 Jahren

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 7 bis unter 12 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 10%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 102KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 7 bis unter 12 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 15%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 7 bis unter 12 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 20%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Familien mit Kind im Alter von 7 bis unter 14 Jahren

Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind von 7 bis unter 14 Jahren
(ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 10%) - Ergebnis der
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 102KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind von 7 bis unter 14 Jahren
(ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 15%) - Ergebnis der
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind von 7 bis unter 14 Jahren
(ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 20%) - Ergebnis der
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 104KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind von 7 bis unter 14 Jahren
(ohne SGBII/XII-Empfänger, unter 60% des Medians) -
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008
[\[PDF, 103KB\]](#)

Familien mit Kind im Alter von 7 bis unter 15 Jahren

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 7 bis unter 15 Jahren
(ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 10%) - Ergebnis der
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 102KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 7 bis unter 15 Jahren
(ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 15%) - Ergebnis der
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 7 bis unter 15 Jahren
(ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 20%) - Ergebnis der
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 104KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 7 bis unter 15 Jahren
(ohne SGBII/XII-Empfänger, unter 60% des Medians) -
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008
[\[PDF, 103KB\]](#)

Familien mit Kind im Alter von 12 bis unter 18 Jahren

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 12 bis unter 18 Jahren
(ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 10%) - Ergebnis der
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 102KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 12 bis unter 18 Jahren
(ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 15%) - Ergebnis der
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 12 bis unter 18 Jahren
(ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 20%) - Ergebnis der
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 12 bis unter 18 Jahren
(ohne SGBII/XII-Empfänger, unter 60% des Medians) -
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008
[\[PDF, 102KB\]](#)

Familien mit Kind im Alter von 13 bis unter 18 Jahren

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 13 bis unter 18 Jahren
(ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 10%) - Ergebnis der
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 102KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 13 bis unter 18 Jahren
(ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 15%) - Ergebnis der
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 13 bis unter 18 Jahren
(ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 20%) - Ergebnis der
Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

III. Sonderauswertungen zu den im Gesetz verwendeten Altersgruppen mit alternativer Referenzgruppenabgrenzung - Einpersonenhaushalte

Einpersonenhaushalte (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 10%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 104KB\]](#)

Einpersonenhaushalte (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 20%)- Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 105KB\]](#)

Einpersonenhaushalte (ohne SGBII/XII-Empfänger, unter 60% des Medians) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 105KB\]](#)

Familien mit Kind 0 bis unter 6 Jahre

Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind unter 6 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 10%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind unter 6 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 15%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind unter 6 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unter 60% des Medians) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 104KB\]](#)

Familien mit Kind 6 bis unter 14 Jahre

Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind von 6 bis unter 14 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 10%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 102KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind von 6 bis unter 14 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 15%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind von 6 bis unter 14 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unter 60% des Medians) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 103KB\]](#)

Familien mit Kind 14 bis unter 18 Jahre

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 14 bis 18 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 10%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 102KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 14 bis 18 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unterste 15%) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 102KB\]](#)

Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 14 bis 18 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger, unter 60% des Medians) - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 [\[PDF, 102KB\]](#)

Einkommens und Verbrauchsstichprobe

Vergleich regelsatzrelevante Verbrauchspositionen EVS 2003 - EVS 2008 [\[PDF, 19KB\]](#)

Infos zum Artikel

Grafiken zur Neuregelung des SGB II

Erläuterungen zu den Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes zur Neubemessung der Regelbedarfe

I. Warum Referenzgruppen?

Die Bemessung der Regelbedarfe beruht auf den tatsächlichen Konsumausgaben der Bevölkerung. Benötigt werden dabei differenzierte Daten zur Konsumstruktur. Da es angesichts der stark unterschiedlichen Konsumpräferenzen der Menschen keinen repräsentativen „Mustermann-Haushalt“ hierzu geben kann, müssen Höhe und Struktur des Konsums als Durchschnitt einer Gruppe von Haushalten ermittelt werden (Referenzgruppen). Dies geschieht auf Basis der alle fünf Jahre stattfindende Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

Da die Leistungen nach dem SGB II/XII nicht höher liegen sollen als die Einkommen von Haushalten, die solche Leistungen nicht erhalten, ist es angemessen, sich dabei an anderen Haushalten mit niedrigen Einkommen zu orientieren. Um dabei Zirkelschlüsse zu vermeiden (die Regelbedarfe würden sonst u.a. von den Einkommen der Bezieher von Regelbedarfen abgeleitet), wurden vor Berechnung der Referenzgruppe aus der Gesamtheit der Haushalte des jeweiligen Haushaltstyps Haushalte, mit SGB II/XII-Leistungsbezug ausgeschlossen, es sei den sie hatten zusätzliche Einkommen (insb. zusätzliches Erwerbseinkommen oder den aufstockenden Betrag beim Übergang vom Arbeitslosengeld I auf Arbeitslosengeld II).

Beispiel für Einpersonenhaushalte:

hochgerechnete Zahlen

- 15,537 Mio. Einpersonenhaushalte
- 1,337 Mio. herausgerechnet wegen SGB II/XII-Bezug
- 14.200 Mio. verbleiben

Diese 14,2 Mio. Haushalten bilden die Basis zur Berechnung der Referenzgruppen, indem jeweils der untersten Teil dieser - nach dem Nettoeinkommen geschichteten - verbleibenden Haushalte als Referenzgruppe abgegrenzt werden (Beispiel für 15 % Referenzgruppe: 14,2 Mio. \times 0,15 = 2,13 Mio. Haushalte mit den niedrigsten Nettoeinkommen).

Da das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe selber regulär als Fachreihe veröffentlicht, werden die vom BMAS in Auftrag gegebenen Auswertungen als Sonderauswertungen bezeichnet.

II. Warum so viele Sonderauswertungen?

Zur Bestimmung der Regelbedarfe wurden letztlich nur zwei Referenzgruppen benötigt. Um dem Statistischen Bundesamt aber Planungssicherheit zu geben und um die Entscheidung über die Abgrenzung der Altersstufen nicht etwa durch fehlendes Datenmaterial einzuengen, hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beim Statistischen Bundesamt vorsorglich zusätzliche Sonderauswertungen in Auftrag gegeben. Letztlich wurde entschieden, an den bestehenden Altersabgrenzungen der Kinder festzuhalten, da die Sonderauswertungen keine Hinweise ergaben, die eine abweichende Altersstufung gerechtfertigt hätten. Für die bestehenden Altersgruppen wurde der regelsatzrelevante Verbrauch auf Basis der Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes detailliert ausgewertet. Diese detaillierten Ergebnisse zu den im Gesetz stehenden Kinderaltersstufen finden sich im Gesetzentwurf. Die weiteren in Auftrag gegebenen Sonderauswertungen werden hier vom BMAS in der vom Statistischen Bundesamt gelieferten Form veröffentlicht.

Die Entscheidung, an den bestehenden Altersstufen festzuhalten, wurde auch durch die Ergebnisse von Gesprächen mit Experten und Praktikern gestützt. Daraus ergab sich, dass es in Wissenschaft und Praxis keinen allgemeinen bzw. fachübergreifenden Konsens über einheitliche und eindeutige Altersabgrenzungen gibt. Auf dieser Grundlage wurde konstatiert, dass die Vielgestaltigkeit der individuellen Bedarfe und unterschiedlichen Zeitspannen, in denen Kinder und Jugendliche Entwicklungsphasen durchlaufen, bei pauschalierten Leistungen eine entsprechend pauschalierte Berücksichtigung der relevanten Bedarfe und damit auch der zugrunde zu legenden Altersstufen rechtfertigen und auch erfordern. Vor diesem Hintergrund stellen das Kleinkindalter sowie die Einschulung und die Pubertät eindeutige Entwicklungsphasen dar, an denen in pauschalierender Betrachtung Altersgrenzen festgemacht werden können.

III. Wie lese ich die Tabellen?

Die folgenden beispielhaft aufgeführten Angaben beziehen sich alle auf die Referenzgruppe der untersten 15 % der Einpersonenhaushalte.

Tabellenüberschrift

Die Tabellenüberschrift bezeichnet die jeweilige Referenzgruppe. In der letzten Zeile der Referenzgruppe findet sich die Angabe des „Grenzeinkommens“ (901 €). Es gibt die Höhe des Nettoeinkommens an, das der Haushalt mit dem höchsten Einkommen der Referenzgruppe erzielt.

Dieses Grenzeinkommen ist aber für die Bemessung der Regelbedarfe irrelevant, da hierfür alleine der in jeder Tabelle dargestellte durchschnittliche Verbrauch der Referenzgruppe die

Basis bildet, welcher nicht nur vom Grenzeinkommen sondern von der gesamten Einkommensverteilung innerhalb der Referenzgruppe abhängig ist.

Beispiel

In zwei hypothetischen Referenzgruppen sind jeweils 1.000 Haushalte. Das obere Grenzeinkommen liegt in beiden Gruppen bei 1.000 €. Bei der ersten Gruppe hat der erste Haushalt ein Einkommen von einem Euro, das pro Haushalt um einen weiteren Euro steigt. Das durchschnittliche Einkommen liegt dann bei gerundet 500 €. In der zweiten Gruppe hat der erste Haushalt bereits ein Einkommen von 500 €, das alle zwei Haushalte um einen weiteren Euro steigt. Das Durchschnittseinkommen liegt dann bei identischem oberem Grenzeinkommen bei 750 €.

Codes

Das Statistische Bundesamt differenziert sämtliche Konsumausgaben nach einem internationalem Standard, der sämtlichen konsumierbaren Gütern und Diensten eine Codenummer zuordnet. Dabei werden diese Güter und Dienste in insgesamt 12 Abteilungen eingeteilt, wobei mit den wichtigsten Bedarfen begonnen wird (Abteilung 1: Nahrungsmittel).

Gegenstand des Nachweises

Es gibt Millionen von Gütern und Diensten, die sich aber natürlich weder alle einzeln erfragen noch in Tabellen erfassen lassen, daher werden die Güter und Dienste in Kategorien zusammengefasst.

Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe

a) hochgerechnet

In der EVS erfasst nur eine Stichprobe der Haushalte ihren Konsum. Um Ergebnisse für die Bevölkerung zu erhalten, müssen die Ergebnisse dieser Stichprobe daher auf alle Haushalte der Referenzgruppe hochgerechnet werden.

Die Zahl der hochgerechneten Haushalte der Referenzgruppe von 15 % der Einpersonenhaushalten beträgt exakt 2,126 Mio. (steht in jeder Tabelle in Zeile 2).

In dieser Spalte wird angegeben, wie viele der hochgerechneten Haushalte in der jeweiligen Zeile/Güterkategorie Ausgaben getätigt haben.

b) erfasst

Hier handelt es sich um die Zahl der Haushalte aus der Stichprobe, die in der jeweiligen Zeile/Güterkategorie (wenn von Gütern gesprochen wird, sind immer gleichzeitig auch Dienste gemeint) Ausgaben getätigt haben.

Die exakte Zahl der gesamten Haushalte in der Stichprobe findet sich jeweils in Zeile 1 (1.678 Haushalte bei 15 % der Einpersonenhaushalte).

Bei den Nahrungsmitteln (Zeile 4) haben z.B. 1.677 von 1.678 Haushalte der Stichprobe Ausgaben angegeben. Dies entspricht hochgerechnet 2,125 Mio. von 2,126 Mio. Haushalten.

Bei den Tabakwaren (Zeile 9) gaben dagegen in der Stichprobe lediglich 433 von den insgesamt 1.678 Ausgaben an, was hochgerechnet lediglich 563.000 von insgesamt 2,126 Mio. Haushalten entspricht.

Durchschnittliche Wertangaben (= Ausgaben)

a) der jeweiligen Haushalte mit Angabe der Code-Nr. (=Ausgaben für die Güterart)

Hier finden sich die durchschnittlichen rechnerischen Ausgaben pro Güterart von den Haushalten, die diese Güterart gekauft haben.

Hypothetisches Beispiel

Von den hochgerechnet 1 Mio. Haushalten einer Referenzgruppe haben 500.000 jeweils Ausgaben von 300 € und 100.000 Ausgaben von 100 €. 400.000 Haushalte haben diese Güterart nicht gekauft. Dann betragen die Durchschnittsausgaben der 600 Haushalte, die diese Güterart gekauft haben 267 € (160 Mio. € / 600.000).

b) je Haushalt

Diese Angabe bezieht sich auf alle Haushalte in der Referenzgruppe. Die Ausgaben im obigen Beispiel von 160 € Mio. müssen also durch eine Million Haushalte geteilt werden, was 160 € bezogen auf alle Haushalte der Referenzgruppe ergibt.

Dieser Wert der Ausgaben pro Haushalt ist allein maßgeblich für die Bemessung der Regelbedarfe.

Gesamte Private Konsumausgaben

Da die einzelnen Konsumpositionen nur schwer ein Überblick über das Konsumniveau der Haushalte ermöglicht, werden in Zeile 213 die gesamten Ausgaben für den privaten Konsum der Haushalte zusammengefasst (Für 15 % Einpersonenhaushalte: 843,27 €).

Nachrichtliche Positionen (Zeilen 214 bis 229)

Nachrichtlich finden sich dann auch noch Ausgaben für weitere Ausgabenpositionen, von denen die Position „Mitgliedsbeiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck“ (Zeile 224) bei den Erwachsene als regelsatzrelevant anerkannt wird. Diese nachrichtlichen Positionen

gehören nicht zum Konsum, weil den Ausgaben keine direkte zu konsumierende Leistung gegenübersteht.

Auswertungen für einzelne Güterkategorien

Für die Ausgaben für einzelne Güter und Dienste wurden gesonderte Auswertungen durchgeführt. Hier ist die Stichprobe kleiner als für die Haushaltsausgaben insgesamt, da z.B. nur Haushalte ohne Ausgaben für Benzin betrachtet werden, um die dann höheren Ausgaben für den ÖPNV ermitteln zu können.

Angaben zu den Zahlen

Die Angaben zu den Ausgaben entsprechen der bei Statistischen Bundesamt üblichen Veröffentlichungspraxis. Demnach werden Ausgabewerte, hinter denen nicht mehr als 24 Haushalte mit Ausgaben stehen, nicht veröffentlicht und durch „/“ gekennzeichnet. Diese Ausgaben gehen aber selbstverständlich in die Bemessung der Regelbedarfe mit ein. Bei Ausgaben hinter denen die Angaben von 25 bis 99 Haushalten stehen, wurden die Werte in „(...)“ gesetzt. Felder mit einem „--“ bedeuten, dass kein Haushalt der Referenzgruppe bei dieser Güterart Ausgaben eingetragen hat.

Suche*



Zehn Fragen und Antworten zum Bildungspaket

1. Worum geht es beim Bildungspaket?

Das Bildungspaket fördert und unterstützt Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen. Oftmals lässt es die finanzielle Situation von Familien nicht zu, dass die Kinder einen Sportverein besuchen, bei anderen Aktivitäten mitmachen, am gemeinsamen Mittagessen in Schule, Kita oder Hort teilnehmen oder bei Schulausflügen dabei sind. Mit dem Bildungspaket ändert sich das. Es ermöglicht den Kindern, mitzumachen, gemeinsam mit Gleichaltrigen nach der Schule Fußball zu spielen, zu musizieren, in der Schulkantine mit zu essen und ganz gezielt Unterstützung durch Lernförderung zu bekommen, wenn die Versetzung gefährdet ist.

2. Wer kann Leistungen aus dem Bildungspaket bekommen? Wie viele Kinder profitieren vom Bildungspaket?

Berechtigt sind Kinder und Jugendliche aus Familien, die Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Leistungen nach § 2 AsylbLG, Sozialhilfe, Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen. In Deutschland sind dies derzeit rund 2,5 Millionen Mädchen und Jungen.

Das Bildungspaket gilt für Kinder und Jugendliche bis 25 Jahre. Ausnahme sind die Leistungen zum Mitmachen in Kultur, Sport und Freizeit – hier liegt die Altersobergrenze bei 18 Jahren.

Auch Leistungsberechtigte nach § 3 AsylbLG können nach § 6 AsylbLG Leistungen aus dem Bildungspaket erhalten

3. Welche Bildungs- und Teilhabeleistungen sind im Bildungspaket enthalten?

Zum Bildungspaket gehören:

- Mittagessen für Kinder, die Kitas, Schulen oder Horte besuchen, an denen regelmäßig warme Mahlzeiten angeboten werden
- Lernförderung für Schülerinnen und Schüler, die das Lernziel nicht erreichen oder deren Versetzung gefährdet ist. Die Lehrerin oder der Lehrer muss den Bedarf bestätigen.
- Mitmachen in Kultur, Sport und Freizeit für alle Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre, das heißt zum Beispiel Mitgliedsbeiträge für den Fußballverein oder Teilnahmegebühren für die Flötengruppe.
- Teilnahme an Tagesausflügen, die von den Schulen oder Kitas organisiert werden. Die Kosten für mehrtägige Ausflüge werden wie bisher erstattet.
- Schulbedarf wie Stifte, Hefte, Wasserfarben oder der Schulranzen
- Schülerbeförderung für Schüler, die die nächstgelegene Schule ihres gewählten Bildungsgangs (in der Regel ab Sekundarstufe II) besuchen. Voraussetzung ist, dass die Kosten tatsächlich erforderlich sind und nicht bereits von anderer Seite übernommen werden.

4. Welchen Umfang hat das Bildungspaket für das einzelne Kind und insgesamt?

Das Bildungspaket enthält für jedes Kind folgende Beträge:

- 100 Euro jährlich für Schulbedarf, davon 70 Euro im ersten, 30 Euro im zweiten Schulhalbjahr
- 10 Euro monatlich fürs Mitmachen in Sport, Kultur und Freizeit
- einen Zuschuss für jede warme Mahlzeit in der Schulkantine, im Hort oder in der Kindertageseinrichtung. Der Eigenanteil der Familien liegt bei einem Euro täglich.
- Tatsächlich anfallende Kosten für Tagesausflüge in Schule und Kita.
- Lernförderung bekommen Schülerinnen und Schüler, die das Lernziel nicht erreichen oder deren Versetzung gefährdet ist. Übernommen werden Kosten, die sich an den ortsüblichen Preisen für Lernförderung orientieren.
- Die Kosten für die Schülerbeförderung zur nächstgelegenen Schule werden entweder insgesamt übernommen oder es gibt, wenn die Karte auch für andere Fahrten genutzt werden kann, einen Zuschuss. Voraussetzung ist, dass die Beförderung zur nächsten Schule notwendig ist und die Kosten nicht von anderer Seite übernommen werden.

5. Wie wird das Bildungspaket vor Ort umgesetzt? Wer ist Ansprechpartner für die Familien?

Wer Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld bekommt, wendet sich für Leistungen aus dem Bildungspaket in der Regel an das Jobcenter. In diesen Fällen erhalten Familien alle Leistungen des Bildungspakets aus einer Hand. Für Familien, die Sozialhilfe, Leistungen nach dem AsylbLG, Wohngeld oder den Kinderzuschlag erhalten, sind die Jobcenter nicht zuständig.

Die Kreise oder kreisfreien Städte (erreichbar zum Beispiel im Rathaus, im Bürgeramt oder in der Kreisverwaltung) nennen diesen Familien den zuständigen Ansprechpartner für das Bildungspaket. Die Leistungen des Bildungspakets werden überwiegend als Sach- bzw. Dienstleistungen gewährt. So kommen sie direkt und zielgenau den Kindern zugute. Mit der Bezahlung haben die Familien in der Regel nichts zu tun.

6. Ab wann können die Leistungen beantragt werden?

Das Bildungspaket wurde am 25. Februar 2011 verabschiedet und gilt – nach Verkündung – rückwirkend zum 1. Januar 2011. Entsprechend können die Familien die Leistungen beantragen.

7. Worauf müssen die Familien achten?

Wer Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld bekommt, wendet sich für Leistungen aus dem Bildungspaket in der Regel an das Jobcenter. Dort wird es von den Kreisen und kreisfreien Städten umgesetzt. Auch bei Fragen der Regelleistung (Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld) bleibt das Jobcenter Ihr Ansprechpartner. Dort stellen Sie Ihren Antrag (Infos und Anlaufstellen) und von dort wird Ihnen monatlich das Geld überwiesen.

Für Familien, die Sozialhilfe, Leistungen nach dem AsylbLG, Wohngeld oder den Kinderzuschlag erhalten, sind die Jobcenter nicht zuständig. Die Kreise oder kreisfreien Städte (erreichbar zum Beispiel im Rathaus, im Bürgeramt oder in der Kreisverwaltung) nennen diesen Familien den richtigen Ansprechpartner. Von Familien, die Wohngeld oder den Kinderzuschlag beziehen, nahm die Familienkasse übergangsweise bis zum 31. Mai 2011 die Anträge entgegen. Um Leistungen rückwirkend erstattet bekommen zu können, reicht es für diese Familien zunächst, einen Antrag zu stellen.

8. Wie funktioniert die Abrechnung der Leistungen bzw. Kostenerstattung?

Für die Leistungsabrechnung und Kostenerstattung gibt es unterschiedliche Varianten. Die Kreise und kreisfreien Städte bestimmen vor Ort das Verfahren und informieren Bürgerinnen und Bürger sowie Anbieter über das Prozedere.

9. Was müssen Vereine, Verbände, Initiativen oder Gruppen tun, wenn sie sich an der Umsetzung beteiligen möchten?

Ob Vereine, Jugendgruppen oder Nachhilfelehrer: Wer beim Bildungspaket mitmachen und bedürftigen Kindern und deren Familien helfen möchte, sollte sich zuerst an die Kreise oder kreisfreien Städte (erreichbar zum Beispiel im Rathaus, im Bürgeramt oder in der Kreisverwaltung) wenden. Dort erhalten Sie die erforderlichen Informationen.

10. Wie können sich Kitas und Schulen beteiligen?

Auch Schulen und Kitas sollten sich mit den Kreisen oder den kreisfreien Städten (erreichbar zum Beispiel im Rathaus, im Bürgeramt oder in der Kreisverwaltung) in Verbindung setzen, wenn sie beim Bildungspaket mitmachen wollen.

Lehrer und Erzieher spielen beim Bildungspaket eine wichtige Rolle: Sie kennen die Stärken und Schwächen der Kinder besonders gut und können den Eltern Tipps geben, welche Angebote aus dem Bildungspaket für das einzelne Kind sinnvoll sind.

Insbesondere bei der Nachhilfe sind die Schulen gefragt: Erst wenn sie bestätigen, dass ein Kind das Lernziel nicht erreicht oder die Versetzung gefährdet ist, können Eltern Nachhilfe aus dem Bildungspaket beantragen.

© Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Bericht über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2010 (Siebenter Existenzminimumbericht)

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Anlass des Berichtes	1
2 Rechtliche Ausgangslage	1
3 Ermittlung des Sozialhilfebedarfs	3
4 Umfang und Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen	3
5 Umfang und Höhe des Existenzminimums von Kindern	5
6 Zusammenfassung der für das Jahr 2010 steuerfrei zu stellenden Existenzminima	7

maßgebenden Beträge¹⁾ für die Bemessung der steuerfrei zu stellenden Existenzminima.

Übersicht 1:

Bisherige Existenzminimumberichte

Datum	Berichts-jahr	Bundestags-drucksache
2. Februar 1995	1996	13/381
17. Dezember 1997	1999	13/9561
4. Januar 2000	2001	14/1926, 14/2770
4. Dezember 2001	2003	14/7765 (neu)
5. Februar 2004	2005	15/2462
2. November 2006	2008	16/3265

1 Anlass des Berichtes

Nach dem Beschluss des Deutschen Bundestags vom 2. Juni 1995 hat die Bundesregierung alle zwei Jahre einen Bericht über die Höhe des von der Einkommensteuer freizustellenden Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern vorzulegen (vgl. Bundestagsdrucksache 13/1558 vom 31. Mai 1995 und Plenarprotokoll 13/42 vom 2. Juni 1995). Dem vorausgegangen war der Beschluss des Deutschen Bundestags vom 20. Januar 1994, wonach die Bundesregierung erstmalig über die entsprechenden Existenzminima zu berichten hatte (vgl. Bundestagsdrucksache 12/6329 vom 2. Dezember 1993 und Plenarprotokoll 12/205 vom 20. Januar 1994). Der Existenzminimumbericht ist prognostisch angelegt (Ex-ante-Berechnung). Gegenstand des Siebenten Existenzminimumberichts ist – wie bei den bisherigen Berichterstattungen (vgl. Übersicht 1) – die Darstellung der

2 Rechtliche Ausgangslage

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vgl. BVerfGE 87, 153 [169]) muss dem Steuerpflichtigen nach Erfüllung seiner Einkommensteuerschuld von seinem Erworbenen zumindest soviel verbleiben, wie er zur Bestreitung seines notwendigen Lebensunterhalts und – unter Berücksichtigung von Artikel 6 Abs. 1 Grundgesetz (GG) – desjenigen seiner Familie bedarf (Existenzminimum).

Die Höhe des steuerlich zu verschonenden Existenzminimums hängt von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen und dem in der Rechtsgemeinschaft anerkannten Mindestbedarf ab; diesen einzuschätzen ist Aufgabe des Gesetzgebers. Soweit der Gesetzgeber jedoch im Sozialhilferecht den Mindestbedarf bestimmt hat, den der Staat bei einem mittellosen Bürger im Rahmen sozialstaatlicher Fürsorge durch Staatsleistungen zu decken hat, darf das von der Einkommensteuer

¹⁾ Bei den Berechnungen wird, soweit gesetzlich nicht anders geregelt, von aufgerundeten monatlichen Euro-Beträgen ausgegangen.

zu verschonende Existenzminimum diesen Betrag jedenfalls nicht unterschreiten.

Demnach ist der im Sozialhilferecht anerkannte Mindestbedarf die Maßgröße für das einkommensteuerliche Existenzminimum (vgl. BVerfGE 87, 153 [169 bis 171]). Hierzu gehört nach der neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts neben dem sozialhilferechtlichen Sachbedarf auch der Versorgungsbedarf für den Krankheits- und Pflegefall (vgl. BVerfG - 2 BvL 1/06 - vom 13. Februar 2008, NJW 2008, 1868 [1872]).

Diese Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gelten sinngemäß auch für die Ermittlung des sächlichen Existenzminimums (Sachbedarf) eines Kindes und die Berücksichtigung kindbezogener Vorsorgeaufwendungen zu einer Kranken- und Pflegeversicherung (vgl. BVerfGE 82, 60 [93, 94] und BVerfG - 2 BvL 1/06 - vom 13. Februar 2008, NJW 2008, 1868 [1873]). Die steuerliche Leistungsfähigkeit von Eltern wird, über den existenziellen Sachbedarf und Versorgungsbedarf für den Krankheits- und Pflegefall sowie den erwerbsbedingten Betreuungsbedarf hinaus, generell durch den Betreuungs- und Erziehungsbedarf eines Kindes gemindert. Daher ist dieser Bedarf im Steuerrecht zusätzlich als Bestandteil des Kinderexistenzminimums von der Einkommensteuer zu verschonen (vgl. BVerfGE 99, 216 [233 f., 240 ff.]).

Die Sozialhilfe bildet mit ihren Leistungen das unterste soziale Netz. Die im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII – Sozialhilfe) geregelte Hilfe zum Lebensunterhalt fungiert auch als Referenzsystem für Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Rahmen des SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende. Die Leistungen im Sozialhilferecht richten sich nach den Besonderheiten des Einzelfalls, insbesondere nach der Art des Bedarfes, den örtlichen Verhältnissen, den eigenen Kräften und Mitteln der Person oder des Haushalts bei der Hilfe zum Lebensunterhalt (vgl. § 9 Abs. 1 SGB XII).

Hilfe zum Lebensunterhalt wird vor allem durch die Regelsätze bestimmt. Seit 2007 basiert die Regelsatzbemessung in der Regelsatzverordnung (RSV – Verordnung zur Durchführung des § 28 SGB XII) auf einer gesamtdeutschen Verbrauchsstruktur anhand der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

(EVS) 2003 (vgl. Bundesratsdrucksachen 617/06, S. 9 und 635/06, S. 3 ff.). Damit ist für den Bereich des SGB XII grundsätzlich ein bundesweit einheitliches Leistungsniveau geregelt. Die Länder können aber weiterhin davon abweichende Regelsätze festsetzen, beispielsweise aufgrund der Berücksichtigung regionaler Unterschiede. Im Zusammenhang mit der Neubemessung des Regelsatzes wurde als Datenbasis für die Berechnungsmethode des steuerfrei zu stellenden sächlichen Existenzminimums nicht mehr das frühere Bundesgebiet sondern Gesamtdeutschland zugrunde gelegt, ohne dass im Ergebnis eine Verringerung der steuerfrei zu stellenden Existenzminima erfolgte (vgl. Sechster Existenzminimumbericht, Bundestagsdrucksache 16/3265, S. 2).

Hilfe zum Lebensunterhalt umfasst auch – unter dem Vorbehalt der Angemessenheit – die jeweiligen tatsächlichen Wohnkosten (Kosten für Unterkunft und Heizung). Darüber hinaus können zusätzliche Leistungen zur Deckung eines einmaligen oder individuellen sozialhilferechtlich anerkannten Sonderbedarfs erbracht werden: Hierzu zählen insbesondere Leistungen für Erstausstattung der Wohnung, Erstausstattung mit Bekleidung, Erstausstattung bei Schwangerschaft und Geburt, mehrtägige Klassenfahrten sowie Mehrbedarfszuschläge für bestimmte Gruppen von Hilfesuchenden.

Im Einkommensteuerrecht wird hingegen der existenzsichernde – anders als der erwerbssichernde – sächliche Aufwand in typisierender Form berücksichtigt. Daher können die zuvor genannten einzelfall- bzw. gruppenbezogenen Sonderbedarfe auch nicht mitberücksichtigt werden. Die wegen der Abwicklung im Massenverfahren notwendige Generalisierung ist von Verfassungs wegen nicht zu beanstanden. Im Rahmen einer solchen Typisierung sind die zu berücksichtigenden Komponenten aber so zu bemessen, dass die steuerlichen Regelungen in möglichst allen Fällen den existenznotwendigen Bedarf abdecken, kein Steuerpflichtiger also infolge der Besteuerung seines Einkommens darauf verwiesen wird, seinen existenznotwendigen Bedarf durch Inanspruchnahme von Staatsleistungen zu sichern (vgl. BVerfG - 2 BvL 1/06 - vom 13. Februar 2008, NJW 2008, 1868 [1871, 1872] und BVerfGE 99, 246 [261]).

Auf dem Wohnungsmarkt besteht ein beachtliches Preisgefälle für existenznotwendige Aufwendungen. Es ist dem Gesetzgeber nach der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung in diesem Sonderfall nicht verwehrt, sich bei der Bemessung des steuerfrei zu stellenden Betrages hinsichtlich der Wohnkosten an einem unteren Wert zu orientieren, wenn er zugleich zur ergänzenden Deckung des Bedarfes nach dem Einzelfall bemessene Sozialleistungen, wie etwa Wohngeld, zur Verfügung stellt (vgl. BVerfGE 87, 153 [172]).

3 Ermittlung des Sozialhilfebedarfs

Eine Grundlage der Bemessung des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums ist nach den oben genannten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts der sozialhilferechtliche Mindestbedarf.

Der notwendige Lebensunterhalt im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII setzt sich (ohne Sonderbedarfe und Zusatzleistungen) aus den folgenden Komponenten zusammen:

- Regelsätze, die insbesondere Leistungen für Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie ohne die auf die Heizung entfallenden Anteile sowie für persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens umfassen,
- Kosten der Unterkunft (Bruttokaltmiete und vergleichbare Aufwendungen für Haus- oder Wohnungseigentum) sowie
- Heizkosten (ohne die im Regelsatz enthaltenen Kosten für Warmwasserbereitung).

Neben diesen Komponenten ist der im Sozialhilferecht gewährte Versicherungsschutz hinsichtlich der existenziellen Risiken Krankheit und Pflege eine weitere Komponente des sozialhilferechtlichen Mindestbedarfs.

4 Umfang und Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen

4.1 Die seit der ersten Berichterstattung angewandte Berechnungsmethode zur Ermittlung des steuerfrei zu

stellenden sächlichen Existenzminimums wird auch für die Zwecke dieses Berichtes fortgeschrieben.

4.1.1 Die sozialhilferechtlichen Regelsätze, und damit auch der Eckregelsatz für den Haushaltsvorstand bzw. den Alleinstehenden, werden von den Landesregierungen oder von den hierfür zuständigen Landesministerien festgesetzt. Ausgehend vom Eckregelsatz werden, unter Anwendung der in § 3 Abs. 2 und 3 RSV festgelegten prozentualen Relationen, die Regelsätze für sonstige Haushaltsangehörige abgeleitet. Bei Paaren beispielsweise erhält jeder Partner 90 Prozent des Eckregelsatzes.

Den nachfolgenden Berechnungen liegt das für 2010 geschätzte arithmetische Mittel auf der Basis der in 2008 gültigen Eckregelsätze der Länder zugrunde. Ausgegangen wurde daher von einem durchschnittlichen Regelsatz für 2008 von 349 Euro/Monat für Alleinstehende und von 628 Euro/Monat für Ehepaare.

Sofern keine neue EVS ausgewertet vorliegt, erhöhen sich jeweils zum 1. Juli eines Jahres die Regelsätze um den Vorhundertersatz, um den sich der aktuelle Rentenwert in der Rentenversicherung verändert (vgl. § 4 RSV). Die Rentenerhöhung zum 1. Juli 2009 bzw. 1. Juli 2010 hängt wesentlich von der Entwicklung der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter ab. Nach vorläufigen Annahmen des Schätzerkreises der Rentenversicherung ist eine Rentenerhöhung zu diesen Zeitpunkten von rund 2,75 Prozent bzw. 1,80 Prozent zu erwarten. Unter Zugrundelegung dieser Daten ist von einer jahresdurchschnittlichen Regelsatzsteigerung in 2009 von 1,9 Prozent und in 2010 von 2,3 Prozent auszugehen.

Daher wird für 2010 ein Regelsatzniveau bei Alleinstehenden von 4.368 Euro (364 Euro/Monat) und bei Ehepaaren von 7.860 Euro (655 Euro/Monat) in Ansatz gebracht.

4.1.2 Die Maßstäbe für die berücksichtigungsfähigen Kosten der Unterkunft sind entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Existenzminimum vom Gesetzgeber zu bestimmen. Dies ist im Sozialhilferecht geschehen: Nach § 29 Abs. 1 SGB XII werden Leistungen für die Unterkunft in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht. Soweit die

Aufwendungen für die Unterkunft den der Besonderheit des Einzelfalls angemessenen Umfang übersteigen, sind sie als Bedarf solange anzuerkennen, als es nicht möglich oder nicht zuzumuten ist, durch einen Wohnungswechsel, durch Vermieten oder auf andere Weise die Aufwendungen zu senken, in der Regel jedoch längstens für sechs Monate. Das Sozialhilferecht reagiert insofern auf vorübergehende Sondersituationen, die kein Maßstab für die steuerliche Berücksichtigung angemessener Wohnkosten bei der Bemessung des Existenzminimums sein können. Die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft beurteilt sich einerseits nach den individuellen Verhältnissen des Einzelfalls, insbesondere nach der Anzahl der Familienangehörigen, ihrem Alter, Geschlecht und Gesundheitszustand, sowie andererseits nach der Zahl der vorhandenen Räume, dem örtlichen Mietenniveau und den Möglichkeiten auf dem örtlichen Wohnungsmarkt.

Auf dieser Grundlage wird für die steuerliche Bemessung des Existenzminimums – unter Berücksichtigung der im Steuerrecht notwendigen Typisierung – für Alleinstehende eine Wohnung mit einer Wohnfläche von 30 m² und für Ehepaare ohne Kinder eine Wohnung mit einer Wohnfläche von 60 m² als angemessen angesehen. Neben dem gesamtdeutschen Mietenniveau wird der sich über alle Ausstattungen für die Mietenstufen I bis IV ergebende gewichtete Durchschnittswert zugrunde gelegt.

Die hierfür maßgeblichen Quadratmetermieten – Mietzuschuss an Hauptmieter – werden aus der Wohngeldstatistik 2007 abgeleitet.²⁾ Danach betrug die durchschnittliche monatliche Bruttokaltmiete pro Quadratmeter Wohnfläche für Wohnungen bis 40 m² 6,70 Euro und für Wohnungen von 60 m² bis 80 m² 5,53 Euro. Diese Quadratmetermieten werden mit einer jährlichen Mietsteigerung von 1,4 Prozent für 2008 und 2010 sowie von 1,6 Prozent für 2009 fortgeschrieben. Die Quadratmetermieten betragen somit in 2010 monatlich 7,00 Euro bzw. 5,78 Euro.

Für 2010 ergeben sich folglich Bruttokaltmieten von 2.520 Euro (210 Euro/Monat) für Alleinstehende und von 4.164 Euro (347 Euro/Monat) für Ehepaare.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass Bezieher niedriger Erwerbseinkommen zur Verringerung ihrer Wohnkosten nach Maßgabe des Wohngeldgesetzes (WoGG) Anspruch auf Wohngeld haben, soweit sie nicht Anspruch auf ergänzende Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII haben. Wohnkosten, die die im steuerlichen Existenzminimum berücksichtigten Beträge übersteigen, werden durch Wohngeld abgedeckt, soweit Höchstbeträge, die in Abhängigkeit von Haushaltsgröße und Mietenstufe festgelegt sind, nicht überschritten werden (vgl. § 12 WoGG n. F.).

4.1.3 Die Heizkosten berechnen sich auf der Basis der in der EVS 2003 ausgewiesenen Aufwendungen für Heizung und Warmwasser im gesamten Bundesgebiet. Danach betrugen die monatlichen durchschnittlichen Ausgaben für Heizung und Warmwasser von Alleinstehenden 49 Euro und von kinderlosen Paaren 61 Euro. Da aber die Kosten für die Warmwasserbereitung schon in den Leistungen enthalten sind, die mit den Regelsätzen abgegolten werden, wird eine Pauschale von 25 Prozent in Abzug gebracht. Somit verbleiben monatliche Beträge von 37 Euro für Alleinstehende und 46 Euro für Ehepaare.

Diese Werte werden für den Zeitraum von 2004 bis 2010 mit einer jahresdurchschnittlichen Erhöhung von rund 8,2 Prozent fortgeschrieben. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass mit der am 1. Januar 2009 in Kraft tretenden Wohngeldnovelle die bei der Berechnung des Wohngeldanspruchs zu berücksichtigende Miete zukünftig auch Heizkosten einschließt. Zudem hat die Bundesregierung aufgrund der weiter gestiegenen Heizenergiepreise beschlossen, diese insgesamt höheren Wohngeldleistungen den Anspruchsberechtigten bereits mit Wirkung vom 1. Oktober 2008 durch eine pauschalierte Einmalzahlung zu Gute kommen zu lassen. Dadurch werden die Leistungsverbesserungen für die gesamte Heizperiode 2008/2009 wirksam (vgl. Bundesratsdrucksache 754/08, Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Wohngeldgesetzes und Gesetz zur Neuregelung des Wohngeldrechts und zur Änderung des Sozialgesetzbuches vom 24. September 2008, BGBl. I 2008 S. 1856).

²⁾ Sozialleistungen, Fachserie 13, Reihe 4, Wohngeld 2007, Hrsg. Statistisches Bundesamt (noch nicht veröffentlicht)

Demzufolge ergeben sich für 2010 Heizkosten von 768 Euro (64 Euro/Monat) für Alleinstehende und von 972 Euro (81 Euro/Monat) für Ehepaare.

4.2 Die bestehenden Regelungen des Sonderausgabenabzugs im § 10 Einkommensteuergesetz (EStG) sind unvereinbar mit den verfassungsrechtlichen Anforderungen, wonach im Rahmen des steuerlichen Existenzminimums auch Vorsorgeaufwendungen des Steuerpflichtigen für sich und seine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen zu einer dem sozialhilfrechtlichen Versorgungsniveau entsprechenden Kranken- und Pflegeversicherung zu berücksichtigen sind (vgl. BVerfG - 2 BvL 1/06 - vom 13. Februar 2008, NJW 2008, 1868 [1871 - 1875]). Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sind die genannten Vorsorgeaufwendungen spätestens ab dem Veranlagungszeitraum 2010 in ausreichendem Maße steuerlich zu verschonen. Hierbei ist auf die tatsächlichen Aufwendungen - sowohl von gesetzlich als auch privat Versicherten - zur Gewährleistung eines sozialhilfegleichen Versorgungsniveaus abzustellen. Daher scheidet eine Übertragung der zur Ermittlung des Mindestsachbedarfs angewandten Methodik eines bundeseinheitlichen Betrages für alle Steuerpflichtigen hinsichtlich der Berücksichtigung von Kranken- und Pflegeversorgung aus.

Zur Umsetzung des Verfassungsauftrags wird die Bundesregierung rechtzeitig gesetzgeberisch aktiv werden. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber eine Frist bis spätestens zum 1. Januar 2010 eingeräumt.

5 Umfang und Höhe des Existenzminimums von Kindern

5.1 Dem sächlichen Existenzminimum von Kindern liegen die gleichen Komponenten zugrunde wie dem von Erwachsenen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts muss dem Gesetzgeber zugestanden werden, die steuerliche Entlastung für einen Einkommensbetrag in Höhe des sächlichen Existenzminimums der Kinder für alle Altersstufen und im ganzen Bundesgebiet einheitlich festzulegen (vgl. BVerfGE 91,

93 [111 f.]). Für jedes Kind einer Familie wird daher das Existenzminimum gleich hoch angesetzt.

5.1.1 Der sozialhilfrechtliche Regelsatz für Kinder ist altersabhängig und kann regional verschieden sein. Daher werden die altersabhängigen Unterschiede für die Ermittlung des steuerfrei zu stellenden Betrages durch die Berechnung eines gewichteten durchschnittlichen Regelsatzes berücksichtigt. Den möglichen regionalen Unterschieden wird durch die Ableitung von dem für Alleinstehende angesetzten Betrag Rechnung getragen (vgl. Punkt 4.1.1).

Entsprechend der nachfolgenden Übersicht 2 wird der durchschnittliche Regelsatz für ein Kind mit 64,44 Prozent des Eckregelsatzes eines Haushaltsvorstands ermittelt. Dieser Anteil wurde als gewichteter Durchschnitt der in § 3 Abs. 2 RSV nach Alter gestaffelten Regelsätze für Kinder errechnet, d. h. es wurde ein Durchschnittswert von 18 Kindern gebildet, die je einem Jahrgang von unter 1 Jahr bis unter 18 Jahren angehören.

Übersicht 2:

Berechnung des gewichteten durchschnittlichen Regelsatzes eines Kindes

14 Kinder	bis unter 14 Jahren	x 60 %	= 840 %
4 Kinder	von 14 bis unter 18 Jahren	x 80 %	= 320 %
18 Kinder zusammen			= 1.160 %
Durchschnittssatz je Kind			= 64,44 %

Der so gebildete Durchschnittswert für Kinder entspricht trotz einer geringeren Zahl von Altersstufen methodisch auch der Berechnung der Bund-/Länder-Kommission, die das Bundesverfassungsgericht im Beschluss vom 29. Mai 1990 (vgl. BVerfGE 82, 60 [94 ff.]) herangezogen hat. Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geht ebenfalls von dieser Rechenmethode aus (vgl. Schriftenreihe Bd. 15, 1992, S. 10, Rz. 4.).

Dieser Ansatz geht im Übrigen auch mit § 32 EStG konform – wonach im Regelfall lediglich Kinder bis unter 18 Jahren berücksichtigt werden – und gewährleistet dadurch eine typisierende Betrachtung.

Folglich wird für 2010 bei Kindern ein durchschnittlicher Regelsatz von 2.820 Euro (235 Euro/Monat) in Ansatz gebracht.

5.1.2 Bei der Berechnung der Kosten der Unterkunft wird für ein Kind im Rahmen der steuerrechtlichen Typisierung eine Wohnfläche von 12 m² als angemessen angesehen. Der statistisch ermittelte individuelle Wohnflächenbedarf von Kindern in Wohnungen von allen Familienhaushalten (Mietern und Eigentümern) beträgt nach einer Sondererhebung des Statistischen Bundesamts aus dem Jahr 1988 pro Kind bei einer 1-Kind-Familie 15 m² sowie bei einer 2- und 3-Kind-Familie jeweils 11 m². Auch die Untersuchungsergebnisse einer Studie der Universität Kiel vom Juni 2001 zur Erarbeitung von Aufteilungsschlüsseln der Wohnungsmiete auf Kinder bestätigen die Angemessenheit des gewählten Ansatzes.

Die bei kinderlosen Ehepaaren berücksichtigte monatliche Bruttokaltmiete von 5,78 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche wird auch für Kinder zugrunde gelegt (vgl. Punkt 4.1.2). Auf diese Weise wird sichergestellt, dass Alleinerziehende mit einem Kind nicht schlechter gestellt werden als 2-Personen-Haushalte.

Dadurch ergibt sich für 2010 bei Kindern ein Betrag für die Bruttokaltmiete von 840 Euro (70 Euro/Monat).

5.1.3 Die Heizkosten für Kinder werden als Relation zu deren Bruttokaltmiete entsprechend dem Verhältnis der Heizkosten eines kinderlosen Ehepaars zu dessen Bruttokaltmiete in Ansatz gebracht, da in der EVS die Heizkosten nicht kindbezogen erfasst sind (vgl. Punkte 4.1.2 und 4.1.3).

Hieraus ergeben sich für 2010 bei Kindern zu berücksichtigende Heizkosten von 204 Euro (17 Euro/Monat).

5.2 Bezug nehmend auf die Ausführungen im Punkt 4.2 sind auch kindbezogene Vorsorgeaufwendungen zu einer Kranken- und Pflegeversicherung steuerlich zu berücksichtigen, insofern sie zur Absicherung eines sozialhilfegleichen Versorgungsniveaus erforderlich sind (vgl. BVerfG - 2 BvL 1/06 - vom 13. Februar 2008, NJW 2008, 1868 [1871 - 1873]).

5.3 Im Rahmen des Kinderexistenzminimums ist zusätzlich zum Sachbedarf auch der Betreuungs- und Erziehungsbedarf zu berücksichtigen. Dies gilt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vgl. BVerfGE 99, 216 [233 f., 240 ff.]) unabhängig von der Art der Betreuung und von konkreten Aufwendungen bzw. vom Familienstand. Beim Erziehungsbedarf sind die allgemeinen Kosten zu berücksichtigen, die Eltern aufzubringen haben, um ihrem Kind eine Entwicklung zu ermöglichen, die es zu einem verantwortlichen Leben in dieser Gesellschaft befähigt. Der Gesetzgeber orientierte sich dabei an Beträgen, die im Steuerrecht verankert waren (vgl. Bundestagsdrucksachen 14/1513, S. 14 und 14/6160, S. 13).

Entsprechend der zeitlichen Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts hat der Gesetzgeber zum 1. Januar 2000 im Rahmen der ersten Stufe der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs die steuerliche Berücksichtigung des Kinderbetreuungsbedarfs geändert. Dabei wurde ein Betreuungsfreibetrag von jährlich 1.546 Euro für jedes Kind bis zur Vollendung des 16. Lebensjahrs eingeführt (vgl. Gesetz zur Familienförderung vom 22. Dezember 1999, BGBl. I S. 2552).

Zum 1. Januar 2002 erfolgte dann die fristgerechte Umsetzung der verfassungsgerichtlichen Entscheidung zur Berücksichtigung des Erziehungsbedarfs eines Kindes. Hierbei wurde der bisherige Betreuungsfreibetrag um eine Erziehungskomponente erweitert. An die Stelle des Betreuungs- und Erziehungsbedarfs tritt bei volljährigen Kindern der Ausbildungsbedarf, so dass dieser Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf von jährlich 2.160 Euro sowohl für minderjährige als auch für volljährige Kinder in Anspruch genommen werden kann (vgl. Zweites Gesetz zur Familienförderung vom 16. August 2001, BGBl. I S. 2074).

Darüber hinaus können (außerhalb des Existenzminimums; vgl. BVerfGE 112, 268 [282]) seit 2002 erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten steuerlich geltend gemacht werden. Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2006 wurde diese Abziehbarkeit neu geregelt. Erwerbstätige mit Kindern unter 14 Jahren oder behinderten Kindern können zwei Drittel der nachgewiesenen Betreuungskosten von höchstens 6.000 Euro (maximal also 4.000

Euro) wie Betriebsausgaben oder Werbungskosten steuerlich geltend machen. Damit wird der geminderten steuerlichen Leistungsfähigkeit von erwerbstätigen Eltern noch stärker als bisher Rechnung getragen. Für nicht erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten kann ein Sonderausgabenabzug in Betracht kommen (vgl. Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung vom 26. April 2006, BGBl. I S. 1091).

Zur Abgeltung des Sonderbedarfs volljähriger Kinder, die sich in Berufsausbildung befinden und auswärtig untergebracht sind, kann außerhalb des Familienleistungsausgleichs ein Freibetrag von jährlich 924 Euro abgezogen werden; dieser Freibetrag vermindert sich jedoch um die eigenen Einkünfte und Bezüge des Kindes, soweit diese 1.848 Euro übersteigen, sowie um die von dem Kind als Ausbildungshilfe aus öffentlichen Mitteln oder Förderungseinrichtungen, die hierfür öffentliche Mittel erhalten, bezogenen Zuschüsse (vgl. Zweites Gesetz zur Familienförderung vom 16. August 2001, BGBl. I S. 2074).

6 Zusammenfassung der für das Jahr 2010 steuerfrei zu stellenden Existenzminima

6.1 Die in diesem Bericht für den Veranlagungszeitraum 2010 errechneten Beträge für das sächliche Existenzminimum von Alleinstehenden, Ehepaaren und Kindern werden in der nachfolgenden Übersicht 3 zusammengefasst dargestellt. Gleichzeitig erfolgt eine Gegenüberstellung mit den im Einkommensteuerrecht geltenden Freibeträgen.

Übersicht 3:

Darstellung der in 2010 steuerfrei zu stellenden sächlichen Existenzminima und der entsprechenden einkommensteuerlichen Freibeträge (in Euro)

	Alleinstehende	Ehepaare	Kinder
Regelsatz	4.368	7.860	2.820
Kosten der Unterkunft	2.520	4.164	840
Heizkosten	768	972	204

sächliches Existenzminimum	7.656	12.996	3.864
steuerlicher Freibetrag	7.664 ³⁾	15.329	3.648 ³⁾

Die vorgenannten Existenzminima stellen statistisch belegte Mindestbeträge dar. Höhere steuerliche Freibeträge sind im Wege politischer Entscheidungen möglich. Für zusammen veranlagte Ehepaare ergibt sich die Freibetragshöhe aus § 32a Abs. 5 EStG.

Im Entwurf eines Familienleistungsgesetzes hat die Bundesregierung die Erhöhung des Freibetrags für das sächliche Existenzminimum eines Kindes (Kinderfreibetrag) ab dem Veranlagungszeitraum 2009 von 3.648 Euro um 192 Euro auf 3.840 Euro vorgeschlagen (vgl. Bundesratsdrucksache 753/08). Im weiteren Gesetzgebungsverfahren ist in Kenntnis dieses Berichtes eine Anpassung des Erhöhungsbetrags möglich.

6.2 Im Rahmen der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern ist entsprechend den verfassungsrechtlichen Vorgaben der Versorgungsbedarf für den Krankheits- und Pflegefall als weitere Komponente des sozialhilferechtlichen Mindestbedarfs in ausreichendem Maße steuerlich zu berücksichtigen (vgl. BVerfG - 2 BvL 1/06 - vom 13. Februar 2008, NJW 2008, 1868 [1871 ff.]). Zur Umsetzung des Verfassungsauftrags wird die Bundesregierung rechtzeitig gesetzgeberisch aktiv werden. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber eine Frist bis spätestens zum 1. Januar 2010 eingeräumt.

6.3 Die steuerliche Freistellung eines Einkommensbetrags in Höhe des sächlichen Existenzminimums zusätzlich des Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarfs eines Kindes wird im Rahmen des geltenden Familienleistungsausgleichs entweder durch die Freibeträge nach § 32 Abs. 6 EStG oder durch das als Steuervergütung monatlich vorab gezahlte Kindergeld bewirkt (vgl. § 31 EStG). Die Summe der steuerlichen Freibeträge beträgt derzeit für jedes Kind jährlich 5.808 Euro (vgl. Übersicht 4).

³⁾ Grundfreibetrag für Alleinstehende: vgl. Haushaltsbegleitgesetz 2004 vom 29. Dezember 2003, BGBl. I S. 3076; Freibetrag für das sächliche Existenzmi-

Übersicht 4:

**Freibeträge für das sächliche Existenzminimum
sowie den Betreuungs- und Erziehungs- oder Aus-
bildungsbedarf eines Kindes (in Euro)**

Freibetrag für das sächliche Existenzminimum	3.648
Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf	2.160
Summe der steuerlichen Freibeträge	5.808

6.4 Abschließend kann festgestellt werden, dass mit den geltenden steuerlichen Freibeträgen und den noch vorgesehenen Gesetzesänderungen auch im Jahr 2010 den verfassungsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der steuerfrei zu stellenden Existenzminima von Erwachsenen und Kindern entsprochen wird.

Bundesrat stimmt Hartz IV-Reform zu

Nur wenige Stunden, nachdem der Deutsche Bundestag den Einigungsvorschlag des Vermittlungsausschusses vom vergangenen Mittwoch bestätigt hat, stimmten heute auch die Länder der geänderten Hartz IV-Reform zu. Damit hat der Bundesrat den Weg frei gemacht für die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Neuberechnung der Regelsätze.

Rückwirkend zum Jahresbeginn steigt der Bedarfssatz um fünf Euro, zum 1. Januar 2012 um weitere drei Euro - unabhängig von den notwendigen Anpassungen aufgrund der Preis- und Lohnentwicklung. Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten als Übungsleiter werden zukünftig nicht mehr auf den Regelsatz angerechnet. Außerdem stellt das geänderte Gesetz klar, dass die Kosten für dezentrale Warmwasserbereitung nicht zum Hartz IV-Regelsatz gehören und vom Bund übernommen werden.

Auch das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder wurde in den beiden Vermittlungsverfahren mehrmals erweitert. So erhalten zukünftig auch Kinder von Wohngeldempfängern Leistungen aus dem Paket. Bis 2013 stellt der Bund jährlich 400 Millionen Euro für kostenlose Mittagessen in Horten und für Schulsozialarbeit zur Verfügung.

Zuständig für das Bildungs- und Teilhabepaket sind allein die Kommunen. Sie erhalten die Kosten erstattet. In diesem Zusammenhang legt das geänderte Gesetz auch die Bundesbeteiligung an den Wohnkosten für Langzeitarbeitslose für die nächsten Jahre fest. Die Höhe der Beteiligungsquote hatte in der Vergangenheit immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern geführt.

Hintergrund für die Zustimmung zu der erweiterten Hartz IV-Reform sind auch einige Erklärungen zu Protokoll des Vermittlungsausschusses, in denen die Bundesregierung den Ländern unter anderem zugesichert hatte, die Kosten für die Grundsicherung im Alter schrittweise und ab 2014 vollständig zu übernehmen. Weitere Protokollerklärungen befassen sich mit Mindestlöhnen im Wach- und Sicherheitsgewerbe, in der Weiterbildungsbranche und bei der Zeitarbeit sowie Verabredungen für die Gemeindefinanzreform. Sie sind formal nicht Gegenstand des heute verabschiedeten Gesetzestextes, gelten jedoch als politische Geschäftsgrundlage der Abstimmung. In der heutigen Bundesratssitzung wurden sie nochmals vorgetragen.

Das Gesetz wird nun dem Bundespräsidenten zur Unterzeichnung zugeleitet. Ein konsolidierter Text mit allen eingearbeiteten Änderungen aus den beiden Vermittlungsverfahren ist erst mit Verkündung im Gesetzblatt erhältlich.

[Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch](#)

Drucksache 109/11 (Beschluss)

2628 Zeichen

Dieser Inhalt ist Teil des Internet-Angebotes des Bundesrates.

© Bundesrat 2011

Hartz IV-Reform findet im Bundesrat keine Mehrheit

Die Länder haben in ihrer heutigen Plenarsitzung dem Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen für Hartz-IV-Empfänger nicht zugestimmt. Es kann damit vorerst nicht in Kraft treten.

Auf Wunsch der Bundesregierung wird sich nun der Vermittlungsausschuss mit dem Gesetz befassen. Dieser hat direkt im Anschluss an die Bundesratssitzung kurzfristig eine Arbeitsgruppe beauftragt, erste Kompromissmöglichkeiten zu sondieren.

Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Drucksache 789/10 (Beschluss)

605 Zeichen

Dieser Inhalt ist Teil des Internet-Angebotes des Bundesrates.

© Bundesrat 2011



[English](#)

[Français](#)

[Kontakt](#)

[Impressum](#)

[Übersicht](#)



Energiekonzept
Europa und der Euro

Bundesregierung
Nachrichten
Mediathek
Grundgesetz / Gesetze
Magazine

Sie sind hier: **Startseite**

Magazin für Soziales und Familie

Fr, 04.03.2011

Die Bildung der Kinder darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb hat die Bundesregierung ein Bildungspaket auf den Weg gebracht für Kinder von Eltern, die Arbeitslosengeld II beziehen. Bildung wird jedoch auch auf dem weiteren Lebensweg gefördert.


[Seite empfehlen](#)[Druckansicht](#)


DOSSIERS


[Tag der offenen Tür](#)[50 Jahre Mauerbau](#)[Infotour](#)[G8 / G20](#)[Fakten zur Integration](#)[Bildungsrepublik
Deutschland](#)[Jahresbericht
2009/2010](#)[Afghanistan](#)[Nachhaltigkeitsstrategie](#)[Bürokratieabbau](#)[Wissen schafft
Wohlstand](#)


STICHWORTE A-Z


DIREKT ZU

Bundesministerien 

Bundeskanzlerin 

Kanzleramtschef 

Kulturstaatsminister 

Integrationsbeauftragte 

SERVICE

RSS-Newsfeed 

Abos 

Broschüren 

Benutzerhinweise /
Barrierefreiheit 

Kontakt 

Archiv 2005 - 2009 

Archiv 2000 - 2005 

[Bildungspaket für Kinder](#)
[Auftrag vom Bundesverfassungsgericht](#)
[Regelsätze werden erhöht](#)
[Bildungspaket bringt neue Chancen für Kinder](#)
[Was ist drin im Bildungspaket?](#)
[Wer ist Ansprechpartner für die Familien?](#)
[1,6 Milliarden für Bildung und soziale Teilhabe der Kinder](#)

Bildungspaket für Kinder

Geschafft: Bund und Länder haben sich über die Neugestaltung von Leistungen für Langzeitarbeitslose und deren Kinder geeinigt: Die Regelsätze für den Lebensunterhalt sind neu berechnet. Für Kinder und Jugendliche gibt es zusätzlich das Bildungspaket. Am 25. Februar haben der Bundestag und der Bundesrat das neue Gesetz beschlossen.

Bundessozialministerin Ursula von der Leyen freut sich über das gute Ergebnis: "Unterm Strich sind die Kinder und die Kommunen Hauptgewinner. Das Bildungspaket bringt allen bedürftigen Kindern Teilhabe und vor allem endlich mehr Chancen, selbst aus dem Kreislauf vererbter Armut herauszukommen."

[Zum Seitenanfang](#) 

Auftrag vom Bundesverfassungsgericht

Das Bundesverfassungsgericht hatte am 9. Februar 2010 über die Gesetze zu Sozialhilfe (Sozialgesetzbuch XII) und Grundsicherung für Arbeitsuchende (Sozialgesetzbuch II) zu entscheiden. Das Urteil forderte, die Regelsätze für leistungsberechtigte Erwachsene und Kinder nachvollziehbar zu berechnen. Dabei sollten die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt werden. Außerdem muss die Höhe der Regelsätze regelmäßig vom Gesetzgeber überprüft und ein nachvollziehbarer Mechanismus für die Anpassung gefunden werden.

Nach langen Verhandlungen haben Bundestag und Bundesrat das Gesetz am 25. Februar 2011 beschlossen.

[Zum Seitenanfang](#) 

Regelsätze werden erhöht

Ab 1. Januar 2011 steigen die Regelsätze der Grundsicherung für rund 4,7 Millionen Leistungsempfänger in zwei Stufen: Rückwirkend zum 1.1.2011 wird der Regelsatz um fünf Euro auf 364 Euro monatlich erhöht. Ab 1. Januar 2012 kommen weitere drei Euro monatlich hinzu.

Zusätzlich steht zum 1. Januar 2012 die reguläre jährliche Anpassung an. Diese orientiert sich an der Lohn- und Preisentwicklung von Juli 2010 bis Juni 2011 im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Für die Neuberechnung des Regelsatzes hat die Bundesregierung die Daten des Statistischen Bundesamtes zugrundegelegt. Ab dem 1.Januar 2011 gelten

- 364 Euro für alleinstehende oder alleinerziehende Leistungsberechtigte
- 328 Euro für Ehegatten und Lebenspartner sowie andere erwachsene Leistungsberechtigte, die in einem gemeinsamen Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften, und
- 291 Euro für erwachsene Leistungsberechtigte, die keinen eigenen Haushalt führen, weil sie im Haushalt anderer Personen leben.

Kinder und Jugendliche erhalten ein eigenständig berechnetes Sozialgeld:

- 287 Euro für Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahren
- 251 Euro für Kinder von 6 bis unter 14 Jahren und
- 215 Euro für Kinder unter 6 Jahren.

Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit und Übungsleiter bis 175 Euro monatlich werden auf den Regelsatz nicht angerechnet. Die neuen Regelsätze werden ab 1. April 2011 zusammen mit der Nachzahlung seit 1. Januar 2011 von der Bundesagentur für Arbeit ausgezahlt.

[Zum Seitenanfang](#) 

Bildungspaket bringt neue Chancen für Kinder

Das Bildungspaket richtet sich an die Kinder von Grundsicherungsempfängern, von Geringverdienern ("Aufstockern") und an Familien, die Wohngeld beziehen.

Rund 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche können von den Leistungen des Bildungspakets profitieren

Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wacht über die Einhaltung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Seit seiner Gründung im Jahr 1951 hat das Gericht dazu beigetragen, der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Ansehen und Wirkung zu verschaffen. Das gilt vor allem für die Durchsetzung der Grundrechte.

Zur Beachtung des Grundgesetzes sind alle staatlichen Stellen verpflichtet. Kommt es dabei zum Streit, kann das Bundesverfassungsgericht angerufen werden. Seine Entscheidung ist unanfechtbar. An seine Rechtsprechung sind alle übrigen Staatsorgane gebunden.

Die Arbeit des Bundesverfassungsgerichts hat auch politische Wirkung. Das wird besonders deutlich, wenn das Gericht ein Gesetz für verfassungswidrig erklärt. Das Gericht ist aber kein politisches Organ. Sein Maßstab ist allein das Grundgesetz. Fragen der politischen Zweckmäßigkeit dürfen für das Gericht keine Rolle spielen. Es bestimmt nur den verfassungsrechtlichen Rahmen des politischen Entscheidungsspielraums. Die Begrenzung staatlicher Macht ist ein Kennzeichen des Rechtsstaats.

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch – Drucksache 17/3958 –

Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Vorbemerkung

Die Bundesregierung äußert sich zu der Stellungnahme des Bundesrates zum Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung der Regelbedarfe und weiterer Änderungen im Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch einleitend wie folgt:

Der Gesetzentwurf setzt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 (1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09) um. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, die Regelbedarfe nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) und nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) verfassungskonform neu zu bemessen und dabei auch die Regelbedarfe für Kinder und Jugendliche unmittelbar und nach Altersabschnitten zu ermitteln.

Die verfassungskonforme Ermittlung der Regelbedarfe erfüllt die aus dem Sozialstaatsgebot herrührende Verpflichtung, die soziale Wirklichkeit zeit- und realitätsgerecht im Hinblick auf die Gewährleistung des menschenwürdigen Existenzminimums zu erfassen. Die hierbei getroffenen erforderlichen Wertungen kommen dem parlamentarischen Gesetzgeber zu, wie das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich hervorgehoben hat. Dem Gesetzgeber obliegt es, den Leistungsanspruch in Tatbestand und Rechtsfolge zu konkretisieren. Ob er das Existenzminimum durch Geld-, Sach- oder Dienstleistungen sichert, bleibt grundsätzlich ihm überlassen.

Bei der Bestimmung des Umfangs der Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums hat der Gesetzgeber einen normativen Gestaltungsspielraum. Dieser umfasst nicht nur die wertende Einschätzung des notwendigen Bedarfs, sondern auch die Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse (BVerfG, Urteil vom 9. Februar 2010 – 1 BvL 1/09 u. a. – Rn. 138). Er ist enger, soweit das zur Sicherung der physischen Existenz eines Menschen Notwendige konkretisiert wird, und weiter, wo es um Art und Umfang der Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben geht.

Anteil Referenzgruppe Einpersonenhaushalt

Die Ermittlung von Regelbedarfen dient der Bestimmung der Leistungshöhe für die Gewährleistung des menschenwürdigen Existenzminimums. Dazu wird eine geeignete Datenbasis benötigt, die die Bedarfsermittlung mit diesem Anspruch möglichst treffsicher zulässt. Der Gesetzgeber hat sich dabei für die in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erhobenen privaten Verbrauchsausgaben von Haushalten mit niedrigem Einkommen entschieden. Das Bundesverfassungsgericht hat die Verwendung dieser Statistik und damit auch die Anwendung des sogenannten Statistikmodells seinem Urteil vom 9. Februar 2010 (vgl. BVerfG, 1 BvL 1/09, Rn. 167) als „geeignete“ und „realitätsnahe Ermittlungsgrundlage“ bezeichnet.

Entscheidend ist dabei, dass es keinen dauerhaft nach objektiven Kriterien festlegbaren und damit auch keinen allgemeingültigen Maßstab für die Wahl der Referenzgruppe als Datenbasis für die Regelbedarfsermittlung gibt.

Der Gesetzgeber hat auch an dieser Stelle einen Gestaltungsspielraum; dies hat auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 betont (vgl. BVerfG, Urteil vom 9. Februar 2010 – 1 BvL 1/09 u. a. – Rn. 168). Er muss diesen Gestaltungsspielraum auch nutzen, um zu einer für die Ermittlung des Existenzminimums aus statistischer Sicht validen Datenbasis zu gelangen und eine geeignete, das heißt den Anforderungen entsprechende Abgrenzung der Referenzgruppe zu finden. Dieser Anforderung trägt der Gesetzentwurf Rechnung.

Für die im Gesetzentwurf zu treffende Entscheidung über die Referenzgruppenabgrenzung für den Einpersonenhaushalt gibt es nur zwei objektive Kriterien. Das erste Kriterium erfordert, dass die Stichprobe eine für die statistische Auswertung ausreichende Zahl an Haushalten umfasst. Dieses Kriterium ist mit 1 678 Haushalten bei der zu Grunde gelegten Referenzgruppe erfüllt.

Das zweite objektive Kriterium für die Abgrenzung ist die Berücksichtigung der im Jahr der Erhebung geltenden Rechtslage. Ebenso wie bei der Sonderauswertung 2003 die seinerzeitige Rechtslage zugrunde zu legen war – im Wesentlichen das Bundessozialhilfegesetz – so ist es bei der Sonderauswertung 2008 im Wesentlichen das Zweite und Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB II und SGB XII). Da die Sonderauswertung die Grundlage für die Leistungshöhe der Leistungsberechtigten nach dem SGB II und dem SGB XII bildet, können Bezieher von Leistungen zur Bestreitung des Lebensunterhalts nach beiden Gesetzen nicht als Referenzhaushalt berücksichtigt werden. Ansonsten kommt es zu Zirkelschlüssen. Hinzu kommt, dass wegen der Veränderungen auch im Sozialhilferecht in der Sonderauswertung 2008 nicht mehr nur auf Personen abzustellen ist, die „überwiegend“ von Sozialhilfeleistungen leben, wie dies in der Sonderauswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 der Fall war. Damals waren auch Personen in die Referenzgruppe enthalten, die kurzzeitig, z. B. zur Überbrückung einer kurzfristigen Notlage, Sozialhilfe bezogen oder nur ergänzende einmalige Leistungen erhalten hatten. Aufgrund der mit der Einführung von SGB II und SGB XII sich ergebenden rechtlichen Änderungen waren alle Bezieher von Leistungen nach dem SGB II und SGB XII aus der Referenzgruppe herauszunehmen, soweit sie keine zusätzlichen ihnen verbleibende Einkünfte beziehen. In der Referenzgruppe verblieben sind somit nur Leistungsbezieher, die zusätzliche und nicht oder nur teilweise anrechenbare Einkünfte hatten und damit über mehr Einkommen verfügten, als Bezieher ohne diese Einkünfte. Wegen dieser Unterschiede bei der Abgrenzung der Referenzgruppe in der Sonderauswertung 2008 gegenüber der Sonderauswertung 2003 stieg der Anteil der herauszurechnenden Haushalte bei den Einpersonenhaushalten von 0,5 Prozent auf 8,6 Prozent.

Vergleicht man die Anteile, die sich aus den addierten Anteilen der herausgerechneten Haushalte und der Referenzgruppe ergeben, dann wurden für die Sonderauswertung 2003 nur 20,4 Prozent der Haushalte betrachtet, bei der Sonderauswertung 2008 aber 22,3 Prozent (8,7 Prozent herausgerechnete Haushalte zuzüglich 13,7 Prozent Referenzgruppe; dieser Prozentanteil ergibt sich, wenn die 15 Prozent der unmittelbaren Referenz auf alle hochgerechneten Haushalte – also einschließlich der herausgerechneten Haushalte – umgerechnet werden).

Dieser Vergleich zeigt, dass die Festlegung einer Referenzgruppe nicht abstrakt und unabhängig von den jeweiligen Verhältnissen vorgenommen werden kann. Wenn einerseits die Veränderung der rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse zu berücksichtigen ist, dann muss sich dies andererseits auch auf den Anteil der Referenzgruppe auswirken. Unterbleibt diese Anpassung, dann verschiebt sich die Lage der Referenzhaushalte innerhalb der nach dem Einkommen geschichteten Haushalte nach oben und überspringt die Grenze der in der Referenz heranzuziehenden untersten Einkommensgruppen. Die Ursache hierfür liegt darin, dass die Verbrauchsausgaben einer Gruppe von Haushalten um so höher liegt, je mehr Haushalte mit relativ niedrigen Ausgaben vorab aus dieser Gruppe herausgerechnet werden. Folglich steigt das Durchschnittseinkommen und der Durchschnittsverbrauch der verbleibenden Haushalte. Mit steigenden Verbrauchsausgaben erhöhen sich die Regelbe-

darfe. Je höher die Regelbedarfe, desto höher die sich daraus ergebenden Leistungsansprüche. In der Folge werden mehr Personen hilfebedürftig, weil ihr Einkommen hinter den steigenden SGB-II- und SGB-XII-Leistungen zurückbleibt. Damit steigt die Zahl der Leistungsbezieher, die bei der nächsten Sonderauswertung herauszurechnen sind. Und der Kreislauf beginnt von Neuem.

Dies zeigt, dass es bei der Bestimmung des sachgerechten Umfangs der Referenzgruppen nicht allein auf deren relativen Umfang ankommt. Ein starrer Anteil der Referenzgruppe führt – bei einer Zunahme der vorab herauszurechnenden Haushalte – zu einer Verschiebung der Referenzgruppe bis in mittlere Einkommensbereiche. Dies wäre jedoch mit der auch vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich bestätigten Entscheidung, für die Ermittlung des Existenzminimums den Niedrigeinkommensbereich heranzuziehen, nicht vereinbar.

Vermeidung von Zirkelschlüssen

Bei der Auswahl der Referenzgruppe vermeidet der Gesetzgeber Zirkelschlüsse. Dies geschieht durch die Herausrechnung aller Haushalte aus den Referenzgruppen Einpersonenhaushalt und Familienhaushalt, die ihren Lebensunterhalt ausschließlich aus Leistungen nach dem SGB II oder dem SGB XII bestreiten (siehe oben: Anteil Referenzgruppe Einpersonenhaushalt). Weitere Gruppen von Haushalten sind nicht vorab herauszurechnen.

Dies gilt auch für Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Personen, die BAföG-Leistungen beziehen, nehmen an einer Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nur teil, wenn sie einen eigenen Haushalt haben. Ferner lässt der Bezug dieser Leistungen keine Rückschlüsse auf die Einkommenshöhe zu, da sie ausbildungsspezifische Bedarfe abdecken und auf die besondere Situation während einer Ausbildung, insbesondere eines Studiums, zugeschnitten sind. Bestehen nicht ausbildungsbedingte Bedarfe, die nicht aus eigenen Mitteln gedeckt werden können, besteht ein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II oder dem SGB XII. In diesem Fall werden die betreffenden Haushalte aus den Referenzhaushalten ausgeschlossen.

Auch Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind nicht aus der Referenzgruppe auszuschließen, weil auch sie mangels eigenen Haushalts in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nicht befragt werden. Asylbewerber, die in einem Haushalt leben, werden nur befragt, wenn sie über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen. Zudem enthalten die Fragebögen keine entsprechende Rubrik für die soziale Stellung eines Asylbewerbers und keine eigene Rubrik unter der Einkommensart der öffentlichen Zahlungen für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Es gibt keine Hinweise auf eine nennenswerte Größenordnung von Empfängern von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die einen eigenen Hausstand haben, über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen und nach dem Eingangsgespräch als haushaltsbuchführende Haushalte an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe teilnehmen. Von einem messbaren Einfluss auf die statistische Durchschnittsbildung von Haushalten, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

beziehen und an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe teilnehmen, ist deshalb nicht auszugehen.

Der Gesetzentwurf verzichtet auf eine weitergehende Korrektur der Referenzgruppe um Personen bzw. Haushalte, die trotz Bedürftigkeit keine Leistungen beantragt haben. Denn es gibt keine empirischen Hinweise darauf, dass es in nennenswertem Umfang Personen gibt, die einen Anspruch auf Leistungen nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch nicht geltend machen. Die Verfassungsmäßigkeit der Ermittlung der Regelbedarfe im Ganzen wird dadurch nicht berührt. Auch das Bundesverfassungsgericht hat noch im Februar 2010 keine valide Grundlage für die Ermittlung sogenannter „verdeckter Armut“ gesehen (vgl. BVerfG, Urteil vom 9. Februar 2010 – 1 BvL 1/09 u. a. – Rn. 169). Neue Erkenntnisse liegen seitdem nicht vor. Vor diesem Hintergrund ist es in Übereinstimmung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vertretbar, dass der Gesetzgeber darauf verzichtet, den Anteil versteckter armer Haushalte auf empirisch unsicherer Grundlage zu schätzen. Der Verpflichtung, bei der Auswertung künftiger Einkommens- und Verbrauchsstichproben darauf zu achten, dass Haushalte, deren Nettoeinkommen unter dem Niveau der Leistungen nach dem SGB II und SGB XII liegt, aus der Referenzgruppe ausgeschieden werden, ist der Gesetzgeber in seinem Gesetzentwurf nachgekommen.

Ermittlung von Regelbedarfen

Zur Ermittlung des Anspruchsumfangs wurden alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht sowie nachvollziehbar auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren bemessen. Dabei wurde sichergestellt, dass die bei der Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zugrunde gelegten Referenzhaushalte statistisch zuverlässig über der Sozialhilfeschwelle liegen, indem bei der Auswertung Haushalte, denen ausschließlich Regelleistungen nach dem SGB II und SGB XII zur Verfügung standen, aus der Referenzgruppe ausgenommen wurden. Das geltende Statistikmodell stützt sich auf geeignete empirische Daten. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe liefert eine realitätsnahe Ermittlungsgrundlage. Die freiwilligen Eintragungen in den Haushaltsbüchern der befragten Haushalte, welche die Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bilden, werden durch zahlreiche Kontrollfragen verifiziert. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bildet deshalb in statistisch zuverlässiger Weise das Verbrauchsverhalten der Bevölkerung ab (vgl. BVerfG, Urteil vom 9. Februar 2010 – 1 BvL 1/09 u. a. – Rn. 167). Neben der Bedarfsermittlung über die vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sind Anhörungen von Wissenschaftlern und Praktikern aus unterschiedlichen Bereichen erfolgt. Deren Bewertungen sind in die Ausgestaltung der Leistungen eingeflossen. Der Gesetzentwurf legt die Grundlagen, Berechnungsschritte und Ergebnisse der Ermittlung des Regelbedarfs zur Sicherung des Existenzminimums offen und stellt sicher, dass ein ausreichendes Begründungsniveau vorliegt, welches die Ermittlung der Regelbedarfe transparent macht. Dies beinhaltet auch den Entscheidungsspielraum des Gesetzgebers über die Positionen in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zu entscheiden, die als existenzsichernd anzusehen sind. Das physische Existenz-

minimum wird ebenso gesichert wie das soziokulturelle Existenzminimum. Zusammen ergeben sie den Regelbedarf nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch. Der gesetzliche Leistungsanspruch ist so ausgestaltet, dass er stets den gesamten existenznotwendigen Bedarf jedes individuellen Grundrechtsträgers deckt. Es wird an dem bewährten System der typisierenden Betrachtung des Regelbedarfs festgehalten. Er deckt typisierend zusammen mit den Mehrbedarfen, den einmaligen Bedarfen, den Leistungen für Bildung und Teilhabe und den an den Besonderheiten des Einzelfalles orientierten Leistungen für Unterkunft und Heizung das menschenwürdige Existenzminimum ab.

Insbesondere wird durch dieses folgerichtige Verfahren sichergestellt, dass weiterhin ein interner Ausgleich möglich bleibt. Der Gesetzgeber stuft Verbrauchsausgaben lediglich dort als für den Regelbedarf nicht relevant ein, wo feststeht, dass diese Bedarfe anderweitig gedeckt oder zur Sicherung des Existenzminimums, insbesondere des notwendigen physischen Existenzminimums, wie Ernährung, Kleidung, Körperhygiene und Wohnen, nicht notwendig sind. Der Gesamtbetrag des ermittelten Regelbedarfs ermöglicht es, einen überdurchschnittlichen Bedarf in einer Position durch einen unterdurchschnittlichen Bedarf in einer anderen auszugleichen.

Die konsequente Ermittlung der Regelbedarfe aufgrund von Sonderauswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für Einpersonenhaushalte und Familienhaushalte sowie zusätzlich für beide Haushaltstypen für die Verbrauchsausgaben in den Bereichen Verkehr und Strom sowie in dem Bereich Kommunikationsdienstleistungen gewährleistet für alle erforderlichen Bedarfe eine zuverlässige und valide statistische Grundlage, die ein realitätsgerechtes Abbild der Verbrauchsausgaben der Referenzgruppe liefert. Dies gilt auch für die Bedarfsermittlung von dritten Personen im Haushalt, die nicht in gleichmäßigem Umfang an den generellen Haushaltskosten beteiligt werden und in der Regelbedarfsstufe 3 nach der Anlage zu § 28 SGB XII erfasst sind. Dem liegen auch vom Bundesverfassungsgericht im Urteil vom 9. Februar 2010 – Rn. 189 – bestätigte Einspareffekte zugrunde, die in Mehrpersonenhaushalten entstehen, da sie bei haushaltsbezogenen Ausgaben nicht in gleicher Weise Ausgaben wie eine entsprechende Summe von Einpersonenhaushalten haben. Maßgeblich für die Bedarfsermittlung ist deshalb, ob ein eigener, ein gemeinsamer oder gar kein Haushalt geführt wird.

Leistungen für Bildung und Teilhabe

Durch Einführung gesonderter Leistungen für Bildungs- und Teilhabebedarfe in § 28 SGB II und § 34 SGB XII des Gesetzentwurfs wird zudem garantiert, dass zusätzliche Bedarfe bei schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen und die notwendigen Aufwendungen zur Erfüllung schulischer Pflichten als Teil des existentiellen Bedarfs berücksichtigt und abgedeckt sind. Dadurch wird gewährleistet, dass hilfebedürftige Kinder erfolgreich die Schule besuchen können und die gleichen Lebenschancen erhalten wie nicht hilfebedürftige Kinder. Eine gesonderte Leistung, die über den statistisch bestimmten Regelbedarf hinausgeht, stellt die Geldleistung von 100 Euro pro Jahr für Schulbedarfe nach § 28 Absatz 3 SGB II und § 34 Absatz 3 SGB XII des Gesetzentwurfs dar. Dem stehen für den Regelbedarf nicht be-

rücksichtigte Verbrauchsausgaben für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf, die in der Position „Sonstige Verbrauchsgüter (Schreibwaren, Zeichenmaterial)“ enthalten ist, je nach Alter des Kindes von lediglich 1,91 Euro bis 2,86 Euro im Monat, also zwischen 22,92 Euro und 34,32 Euro im Jahr gegenüber. Anders als die bisherige zusätzliche Leistung für die Schule (§ 24a) ist die neue Leistung selbst bedarfs erhöhend ausgestaltet. Zusammen mit den auch weiterhin teilweise vom Regelbedarf erfassten Verbrauchsausgaben für die persönliche Schulausstattung wird der Schulbedarf damit vollständig gedeckt. Vergleichbares gilt für das Teilhabebudget von 10 Euro pro Monat nach § 28 Absatz 6 SGB II und § 34 Absatz 6 SGB XII des Gesetzesentwurfs aufgrund der ermittelten und aus dem Regelbedarf ausgegliederten Verbrauchspositionen „Außerschulischer Unterricht, Hobbykurse“ und „Mitgliedsbeiträge“.

Der Gesetzgeber hat im Rahmen der Sonderauswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe den auch notwendigen Schulbedarf eines Kindes empirisch ermittelt; ihm steht es im Rahmen seines Gestaltungsspielraumes aber frei, eine über das Existenzminimum hinausgehende Leistung zu erbringen. Einer empirischen Grundlage bedarf es für die Begründung einer über den Regelbedarf hinausgehenden Leistung, und somit für die genaue Herleitung des Betrages von 100 Euro pro Schuljahr, deshalb nicht. Diese über den Regelbedarf hinausgehende zusätzliche Leistung für Kinder und Jugendliche im Bereich der Bildung und Teilhabe hat nicht etwa den Zweck einer Korrektur des Regelbedarfs. Anders als noch im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 (vgl. BVerfG, Urteil vom 9. Februar 2010 – 1 BvL 1/09 u. a. – Rn. 199, 203) sind derartige Erwägungen vor dem Hintergrund der bereits in einem sachgerechten Verfahren realitätsgerecht sowie nachvollziehbar auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren ermittelten Regelbedarfs nicht mehr notwendig. Damit ist auch eine regelmäßige Fortschreibung der Leistungen im Bereich der Bildung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche entsprechend der Regelbedarfe weder erforderlich noch systemgerecht, solange der zukünftige Gesetzgeber den in der Zusatzleistung enthaltenen Anteil des Regelbedarfs wie vorgesehen beobachtet.

Zu Nummer 1

Zur Ermittlung des Regelbedarfs im Bereich Gesundheitspflege (§§ 20, 23 – neu – SGB II, §§ 27a, 28 – neu – SGB XII)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die Einschätzung des Bundesrates, dass hilfebedürftige Frauen die Kosten für Verhütungsmittel aufgrund des im Regelbedarf als regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben berücksichtigten Betrages für Gesundheitspflege (Abteilung 6 der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) in Höhe von 15,55 Euro nicht tragen könnten und aus diesem Grund dem Risiko ungewollter Schwangerschaft ausgesetzt seien, wird von der Bundesregierung nicht geteilt. Dies gilt auch für die Einschätzung, dass die finanzielle Situation zu einer Zunahme von Schwangerschaftsabbrüchen bei hilfebedürftigen Frauen führen würde.

Ebenso lehnt die Bundesregierung eine entsprechende Regelung im SGB II und SGB XII ab, da diese zur Folge hätte,

dass die Kosten für ärztlich verordnete empfängnisverhütende Mittel übernommen werden würden, wodurch hilfebedürftige Frauen weiterreichende Gesundheitsleistungen erhalten würden als die Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung.

Grundlage des vorliegenden Gesetzesentwurfes ist für die Bundesregierung das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010. Darin wird die Höhe der Regelleistungen für Erwachsene nicht in Frage gestellt und auch nicht als offenkundig unzureichend beurteilt. Vor dem Hintergrund, dass bei der Ermittlung der Regelbedarfe die durchschnittlichen Aufwendungen für Gesundheitspflege einschließlich der durchschnittlichen Ausgaben für Verhütungsmittel ungekürzt erfasst worden sind, muss es für die betroffenen Frauen und auch Männer auf den Einsatz der hierdurch bereitgestellten Mittel verbleiben. Dabei kann auch nicht unerwähnt bleiben, dass der im Regelbedarf enthaltene Betrag von 15,55 Euro für jede erwachsene Leistungsberechtigte und jeden erwachsenen Leistungsberechtigten berücksichtigt wird, sich für Paare also verdoppelt.

Da der Regelbedarf auch weiterhin als pauschaler Gesamtbetrag gewährt wird, hat das Bundesverfassungsgericht es auch als zumutbar bewertet, einen höheren Bedarf in einem Lebensbereich durch geringere Ausgaben in einem anderen auszugleichen.

Darüber hinaus sehen SGB II und SGB XII besondere Regelungen vor, wenn ein individueller Bedarf erheblich von durchschnittlichen Bedarfen abweicht. Das kann bei Verhütungsmitteln beispielsweise der Fall sein, wenn die Verordnungsung eines teuren alternativen Verhütungsmittels wegen Pillenunverträglichkeit oder die Finanzierung einer Spirale erforderlich ist. Im SGB XII erfolgt dies durch eine abweichende Regelsatzfestsetzung (im Gesetzesentwurf: § 27a Absatz 3 Satz 1 SGB XII, im geltenden Recht: § 28 Absatz 1 Satz 2 SGB XII). Im SGB II ist in seltenen, besonderen Härtefällen, wenn ein laufender atypischer Bedarf geltend gemacht wird, die sogenannte Härtefallklausel anwendbar (§ 21 Absatz 6 SGB II). Das Vorliegen eines solchen Umstandes ist sowohl im SGB XII als auch im SGB II im konkreten Einzelfall zu prüfen.

Darüber hinaus sind nach SGB II und SGB XII auch individuelle Darlehensregelungen möglich.

Zu Nummer 2

Zur Änderung des Verwaltungsbudgets (§ 46 Absatz 3 SGB II)

Der Bundesrat fordert eine Anpassung der Verwaltungskostenanteile sowie eine Erhöhung des Verwaltungsbudgets des Bundes, da die Einführung der Bildungs- und Teilhabeleistungen zu einer Verschiebung der tatsächlichen Aufgabenanteile von Bund und Kommunen führe.

Die Bundesregierung teilt die Einschätzung des Bundesrates nicht. Eine Änderung des Finanzierungsanteils nach § 46 Absatz 3 SGB II ist nicht erforderlich.

Eine Anpassung des gesetzlich festgelegten Finanzierungsanteils an den Gesamtverwaltungskosten nach § 46 Absatz 3 SGB II (in der ab dem 1. Januar 2011 geltenden Fassung) ist nicht erforderlich, da dieser durch die Einführung der Leistungen für Bildung und Teilhabe nicht berührt wird.

Der auf die Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe entfallende Anteil der Verwaltungsmittel in Höhe von 136 Mio. Euro in 2011 soll nach der Eingliederungsmittelverordnung 2011 gesondert verteilt und nachfolgend gesondert abgerechnet werden. Eine Änderung des gesetzlichen Finanzierungsanteils ist somit nicht erforderlich, da der Bund die Verwaltungskosten für die Erbringung der Bildungs- und Teilhabeleistungen vollständig trägt.

Zu Nummer 3

Zur Belastung der Kommunen (§ 46 Absatz 5 SGB II)

Der Bundesrat fordert eine Sonderanpassung der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 46 Absatz 5 SGB II um einen noch zu bestimmenden Prozentsatz. Er ist der Auffassung, dass der von der Bundesregierung beschlossene Gesetzentwurf keine ausreichenden Ausgleichsmechanismen für die mit den Neuregelungen der Regelleistungen, der Erwerbstätigenfreibeträge und dem Wegfall des sogenannten Kinderwohngeldes verbundenen Mehrkosten der Kommunen enthält. Insbesondere ist er der Auffassung, dass die Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung die Kostensteigerungen für Bestandsfälle, die in Einzelfällen höhere Kosten für Unterkunft und Heizung erhalten können, nicht abdecken kann. Damit ist aus Sicht des Bundesrates die nach § 46 Absatz 5 SGB II zugesagte Entlastung der Kommunen nicht mehr sichergestellt.

Die Bundesregierung kann sich den Ausführungen des Bundesrates nicht anschließen. Sie lehnt dessen Vorschlag ab.

Die Auswirkungen auf die Ausgaben für Kosten der Unterkunft und Heizung aufgrund der Anpassungen der Regelbedarfe und Freibetragsregelungen betreffen nur einen geringen Teil der derzeitigen Bestandsfälle. Dies sind Fälle, in denen die Bedarfsgemeinschaft bereits unter Berücksichtigung von anrechenbarem Einkommen geminderte Kosten der Unterkunft erhält.

Die Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung wird jährlich anhand der gesetzlichen Anpassungsformel nach § 46 Absatz 7 SGB II angepasst. Bei einer Veränderung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften um 1 Prozent wird der Beteiligungssatz des Bundes um 0,7 Prozentpunkte angepasst. Diese Anpassung ist aus Sicht der Bundesregierung auch hinsichtlich der mit dem Gesetzentwurf verbundenen Mehrkosten angemessen. Sofern sich aufgrund der Ermittlung der Regelbedarfe und der Veränderungen bei den Erwerbstätigenfreibeträgen die Zahl der Bedarfsgemeinschaften erhöht, wird auch der prozentuale Beteiligungssatz angehoben. In der Folge beteiligt sich der Bund stärker an den Kosten für Unterkunft und Heizung aller Bedarfsgemeinschaften – sowohl von Bestandsfällen ohne höhere Kosten als auch von Neu- und Bestandsfällen mit erhöhten Kosten für Unterkunft und Heizung. Da Letztere nur einen geringen Anteil aller Bedarfsgemeinschaften stellen, kann eine anhand der derzeitigen Anpassungsformel veränderte Bundesbeteiligung auch den Teil der Mehrkosten abdecken, die bei bereits bestehenden Bedarfsgemeinschaften entstehen.

Darüber hinaus verfolgt die Veränderung der Erwerbstätigenfreibeträge das Ziel, voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen für bereits hilfebedürftige Personen attraktiver zu machen. Eine verstärkte Aufnahme beziehungsweise Ausweitung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen wird auch dazu führen, dass die erzielten Einkommen in stärkerem Maße auf die Kosten der Unterkunft und Heizung anzurechnen sind.

Zu Nummer 4

Zur Bildungsteilhabe von Kindern

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, den Ländern finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese die Bildungsinfrastruktur ausbauen, insbesondere ihr Angebot bei der Schulsozialarbeit und Mittagessen an Kindertagesstätten und Ganztagschulen ausweiten können.

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab. Für den Bereich der Bildungsinfrastruktur liegt die Regelungs- und Finanzverantwortung bei den Ländern und Kommunen.

Zu Nummer 5

Zu Artikel 1 (§ 9 RBEG – neu)

In seiner Stellungnahme schlägt der Bundesrat durch Neufassung eine Erweiterung des Inhalts von § 9 des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes (RBEG) vor. In der Fassung des Regierungsentwurfs beinhaltet § 9 RBEG, dass Schülerinnen und Schüler, die an der gemeinsamen Mittagsverpflegung an ihrer Schule teilnehmen, nach § 34 Absatz 5 SGB XII (§ 28 Absatz 5 SGB II) pro Schultag einen Euro als Eigenanteil aufzuwenden haben.

Durch die Neufassung soll generell ein Euro als Eigenanteil pro Tag für das Mittagessen unabhängig von der Form der Mittagsverpflegung vorgesehen werden (in der Fassung der Stellungnahme des Bundesrates als § 9 Absatz 1 RBEG).

Die Bundesregierung lehnt diesen Vorschlag ab. Die Erweiterung zielt nach der Begründung auf das Mittagessen in Werkstätten für behinderte Menschen und „Essen auf Rädern“ ab. Eine dem § 34 Absatz 5 SGB XII (§ 28 Absatz 5 SGB II) vergleichbare Rechtsgrundlage für die Übernahme der Kosten für ein Mittagessen, die die konkreten Anspruchsvoraussetzungen und den konkreten Leistungsumfang enthält, fehlt für die vom Bundesrat angeführten Fallkonstellationen. Deshalb sollte das Anliegen des Bundesrates nach Auffassung der Bundesregierung im Rahmen der anstehenden Reform der Eingliederungshilfe aufgegriffen werden.

Das Anliegen des Bundesrates, in einem Absatz 2 eine Verordnungsermächtigung zur Festsetzung weiterer Beträge für Eigenanteile zu verankern, wird von der Bundesregierung geprüft. Auch aus Sicht der Bundesregierung kann es in der Praxis zu Problemen führen, wenn Teilbeträge zu ermitteln sind, die in der Regelbedarfsermittlung nicht einzeln ausgewiesen werden. Dies gilt insbesondere für die Kosten der Warmwasserbereitung. Allerdings bestehen aus Sicht der Bundesregierung Bedenken gegen eine darüber hinausgehende Ausweitung der Ermittlung solcher Beträge oder Teilbeträge, da hierdurch in der Konsequenz der Pauschalierungsgrundsatz der Regelbedarfe in Frage gestellt würde.

Zu Nummer 6**Zu Artikel 2 Nummer 6 Buchstabe a – neu –**
(§ 5 Absatz 2 Satz 1 SGB II)

Der Bundesrat schlägt eine Ergänzung der Regelung des § 5 Absatz 2 SGB II vor, um zukünftig einen Rückgriff auf die Sozialhilfe zu vermeiden und den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts Rechnung zu tragen.

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 (1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09) setzt sich mit der Frage auseinander, „ob und inwieweit als Ersatz für eine dem § 28 Absatz 1 Satz 2 2. Alt. SGB XII entsprechende Öffnungsklausel im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch auf § 73 SGB XII zurückgegriffen werden kann“. Es folgt dem Bundessozialgericht insoweit, als „§ 73 SGB XII nicht in eine allgemeine Auffangregelung für Leistungsempfänger nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch umgedeutet werden“ dürfe. Das Bundesverfassungsgericht stellt aber nicht generell die Anwendbarkeit des § 73 SGB XII in Frage (Rn. 207), sondern verweist darauf, dass in Fällen, in denen die Vorschrift nicht einschlägig ist, dass SGB II unzureichend ist. Insofern bedarf es – unabhängig von der Geltung des § 73 SGB XII in Ausnahmefällen – eines „zusätzlichen Anspruchs auf Leistungen bei unabweisbarem, laufendem, nicht nur einmaligem und besonderem Bedarf“ (Rn. 208). Dieser Anspruch ist nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in § 21 Absatz 6 SGB II ausdrücklich normiert worden. Damit ist das SGB II insoweit nun abschließend ausgestaltet.

Zu Nummer 7**Zu Artikel 2 Nummer 13 (§ 9 SGB II),**
Nummer 57 (§ 77 Absatz 1a – neu – SGB II)

Der Bundesrat schlägt eine Anrechnung von Einkommen und Vermögen zunächst bei dem Bezieher von Einkommen oder dem Vermögensinhaber (sogenannte vertikale Einkommens- und Vermögensanrechnung) und von seinen Bedarf übersteigendem Einkommen und Vermögen bei den übrigen Mitgliedern der Bedarfsgemeinschaft im Verhältnis ihres jeweils ungedeckten Bedarfs zum ungedeckten Gesamtbedarf vor.

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Mit dem Vorschlag wird die Bedarfsanteilmethode durch eine zweigestufte, zunächst vertikale, dann bedarfsanteilige Einkommensanrechnung ersetzt. Der Vorschlag übersieht die Folgewirkungen der vertikalen Einkommensanrechnung: In einigen Fällen wird der Einkommensbezieher (bislang als erwerbsfähiger Hilfebedürftiger ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft), der seinen Familienangehörigen bislang den Zugang zu Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende vermittelte, zum Nichtleistungsbezieher. Die Folge der Regelung würde sein, dass die nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch in Anspruch nehmen müssen. Der Zugang zu Eingliederungsleistungen wird Einkommensbeziehern, die ihren Bedarf decken, aber nicht den ihrer Angehörigen, ebenfalls verwehrt bleiben.

Dementsprechend ist es widersprüchlich, wenn einerseits in § 9 Absatz 1 SGB II weiterhin die Hilfebedürftigkeit in Ab-

hängigkeit der Einkommens- und Vermögenssituation auch der anderen Angehörigen der Haushaltsgemeinschaft geregelt werden soll, andererseits bei dem nach Absatz 1 hilfebedürftigen Einkommensbezieher das eigene Einkommen mit dem Ergebnis berücksichtigt wird, dass er in der Folge nicht mehr hilfebedürftig ist.

Soweit zur Begründung der Änderung das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 (1 BvL 1/09 u. a.) zitiert wird, sei darauf hingewiesen, dass das Zitat keinerlei Bezug zur Frage der wechselseitigen Einkommensanrechnung aufweist. Die Bedarfsanteilmethode setzt eine Bedarfsgemeinschaft und damit eine gemeinschaftliche Verwendung des Haushaltseinkommens voraus und knüpft an diese Lebenswirklichkeit Rechtsfolgen. Verwenden Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft Einkommen in dieser Weise, fehlt nicht nur dem Einkommensbezieher, sondern allen vom Haushaltseinkommen profitierenden Personen das zur vollständigen Unterhaltsdeckung erforderliche Einkommen.

Zu Nummer 8**Zu Artikel 2 Nummer 15 (§ 11a Absatz 1 Nummer 4**
– neu – SGB II)

Der Bundesrat schlägt vor, dass Bildungs- und Teilhabeleistungen der Länder und Kommunen bei der Einkommensanrechnung unberücksichtigt bleiben, soweit sie nicht zu einer erheblichen Besserstellung des Betroffenen führen.

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Leistungen, die aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften erbracht werden und ausdrücklich einem anderen Zweck als die Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch dienen, sind nach den neuen Vorschriften der Einkommensberücksichtigung anrechnungsfrei. Unzutreffend ist, dass die Bildungs- und Teilhabeleistungen in jedem Fall zusätzlich zu kostenfreien Angeboten der Länder und Kommunen gewährt werden. Je nach ihrer Ausgestaltung sind einzelne Bedarfe für Bildung und Teilhabe nachrangig. Dies ist zum Beispiel bei der Lernförderung der Fall, die voraussetzt, dass schulische Angebote nicht vorhanden oder nicht ausreichend sind. Andere Bildungs- und Teilhabeleistungen sind abhängig von eigenen finanziellen Aufwendungen: So sieht der Zuschuss zum Schulmittagessen einen Eigenanteil in Höhe von 1 Euro vor.

Zu Nummer 9**Zu Artikel 2 Nummer 15 (§ 11b Absatz 1a – neu – SGB II)**

Der Bundesrat schlägt vor, steuerfreie Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten zwar als Einkommen zu berücksichtigen, hiervon aber die Freibeträge für Erwerbstätige abzusetzen.

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab, weil er dem geltenden Recht entspricht.

Die Vorschrift des § 3 Nummer 26, 26a des Einkommensteuergesetzes („Einnahmen aus nebenberuflichen Tätigkeiten“) regelt die steuerliche Privilegierung von Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Dass auf Einkommen aus Erwerbstätigkeit die Erwerbstätigenfreibeträge gewährt werden, ergibt sich aus § 11b SGB II in der Fassung des Gesetzesentwurfs. Dafür bedarf es keiner ausdrücklichen Regelung.

Zu Nummer 10**Zu Artikel 2 Nummer 18 Buchstabe a und b** (§ 13 Absatz 1 SGB II)

Der Bundesrat schlägt vor, für die Ermächtigung zum Erlass der Verordnung zur Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen ein Zustimmungserfordernis des Bundesrates zu normieren. Im Zuge des Vermittlungsverfahrens zum kommunalen Optionsgesetz sei seitens der Länder auf entsprechende Zusage des seinerseits zuständigen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit erklärt worden, weitere Korrekturen zu einem späteren Zeitpunkt nachzuholen.

Die Bundesregierung sieht keinen Anpassungsbedarf.

Eine Zusage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit im Vermittlungsverfahren zum kommunalen Optionsgesetz ist nicht bekannt. Im Vermittlungsausschuss einigen sich Vertreter des Bundesrates und des Bundestages, nicht aber Vertreter der Bundesregierung. Der Begründung zum Kommunalen Optionsgesetz ist eine Zusage der Bundesregierung, einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem künftig die Verordnung zur näheren Regelung der Einkommens- und Vermögensberücksichtigung nur mit Zustimmung des Bundesrates ergehen dürfe, nicht zu entnehmen.

Ein besonderes Regelungsbedürfnis ist auch deshalb nicht erkennbar, weil das Bundesministerium für Arbeit und Soziales von der Verordnungsermächtigung bereits Gebrauch gemacht hat, ohne dass die Länder in der Vergangenheit Änderungen oder Ergänzungen der Arbeitslosengeld-II-/Sozialgeldverordnung verlangt hätten. Zudem sind mit dem Gesetzentwurf weitere Elemente aus der Verordnung nunmehr im Gesetz selbst geregelt.

Zu Nummer 11**Zu Artikel 2 Nummer 31** (§ 19 Absatz 3 Satz 2 und 2a – neu – SGB II)

Der Bundesrat schlägt vor, nach dem SGB II anzurechnendes Einkommen künftig zu gleichen Teilen zur Deckung der Leistungen der Bundesagentur für Arbeit und der kommunalen Träger heranzuziehen.

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die vorgeschlagene hälftige Aufteilung von Einkommen und Vermögen auf die Leistungen des Bundes und der Kommunen führt zu einem zusätzlichen bürokratischen Aufwand. Jede Einkommensänderung würde dazu führen, dass sich die Leistungsbestandteile des Bundes und der kommunalen Träger am Arbeitslosengeld II ändern. Regelungen wie Direktzahlungen an Vermieter oder der Zuschuss zu den ungedeckten Kosten für Unterkunft und Heizung liefen ins Leere und wären nur noch mit erheblichen Verwaltungsaufwand administrierbar. Aufgrund der regional sehr unterschiedlichen Verteilung von Bedarfsgemeinschaften mit Einkommen würden die kommunalen Träger sehr unterschiedlich von der Einkommensberücksichtigung profitieren. Für eine gleichmäßige Entlastung der kommunalen Träger ist die Regelung ungeeignet.

Zu Nummer 12**Zu Artikel 2 Nummer 31 und 57** (§ 22 Absatz 1 f. – neu –, § 77 SGB II)

und

Artikel 3 Nummer 13 und 40a (§§ 35, 134a – neu – SGB XII)

Zu Buchstabe a

Zu §§ 22, 77 SGB II

Zu Doppelbuchstabe aa

Zu Dreifachbuchstabe aaa

Der Bundesrat schlägt vor, die Angemessenheit der Bedarfe für die Unterkunft durch eine Bezugnahme auf § 12 Absatz 1 des Wohngeldgesetzes zu konkretisieren.

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die monatlichen Höchstbeträge nach § 12 Absatz 1 des Wohngeldgesetzes (WoGG) sind nicht zur Bestimmung des angemessenen Bedarfs für die Unterkunft nach dem SGB II konzipiert. Sie beruhen auf den Mieten der Wohngeldempfänger, die nicht notwendigerweise den einfachen Standard im unteren Marktsegment widerspiegeln, der nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts aber als Referenz für den Wohnbedarf nach dem SGB II dienen soll. Es ist auch keine Vergleichbarkeit gegeben: Wohngeldempfänger verfügen in der Regel über höhere Einkommen als Empfänger von Leistungen nach dem SGB II. Zudem macht das Wohngeldrecht keine Vorgaben zur Angemessenheit der Wohnungen. Außerdem werden die Höchstbeträge nach § 12 Absatz 1 WoGG in der Regel nur alle fünf bis zehn Jahre angepasst und können daher die für das SGB II nötige Dynamik am Wohnungsmarkt nicht abbilden. In Kommunen, in denen das örtliche Mietenniveau für Wohnungen des einfachen Standards im unteren Marktsegment unterhalb der Höchstbeträge nach § 12 Absatz 1 WoGG liegt, würde die vorgeschlagene Änderung des Bundesrates zu erheblichen Mehrausgaben der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende – insbesondere der Kommunen – führen. In den übrigen Kommunen könnte es zu ungerechtfertigten Leistungskürzungen kommen. Nach den durch die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (Urteil vom 17. Dezember 2009 – B 4 AS 50/09 R = SozR 4-4200 § 22 Nummer 29) aufgestellten Maßstäben sind für die Angemessenheit des Unterkunftsbedarfs Wohnungen einfachen Standards im unteren Marktsegment maßgeblich und ist der Angemessenheitswert anhand eines schlüssigen Konzeptes zu ermitteln. Die Werte des § 12 Absatz 1 WoGG können nur hilfsweise herangezogen werden.

Zu Dreifachbuchstabe bbb

Der Bundesrat schlägt abweichend von der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts vor, Tilgungsleistungen für ein Eigenheim zukünftig nicht mehr als Unterkunftsbedarf anzuerkennen. Im Übrigen soll die Gewährung eines Darlehens für mit einem Eigenheim in Zusammenhang stehende Aufwendungen von einer dinglichen Sicherheit abhängig gemacht werden dürfen.

Die Bundesregierung unterstützt den Vorschlag soweit die dingliche Sicherung des gewährten Darlehens vorgeschlagen wird. Im Übrigen lehnt sie den Vorschlag ab.

Der Ausschluss von Tilgungsleistungen für ein Eigenheim vom Bedarf für die Unterkunft lässt abweichend von der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts keinen Raum für die Gewährung eines Zuschusses in Härtefällen. Bei bereits bestehenden Schulden birgt die Gewährung eines Darlehens die Gefahr einer Verschuldensspirale. Soweit die Gewährung eines Darlehens für mit der Wohnung in Zusammenhang stehende Aufwendungen von einer dinglichen Sicherung abhängig gemacht werden dürfen soll, kann einer Änderung zugestimmt werden. Die dingliche Sicherheit (z. B. Bestellung einer Hypothek) sollte dann aber im Regelfall gefordert werden.

Zu Doppelbuchstabe bb

Der Bundesrat schlägt eine Übergangsregelung vor, wonach die alte Regelung des § 22 SGB II bis Ende 2011 gelten soll.

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Einer Übergangsregelung bedarf es nicht. Durch die Festsetzung konkreter Angemessenheitswerte bzw. Pauschalen in Form der Satzung soll der Verwaltungsaufwand reduziert werden und werden transparente Regelungen geschaffen. Eine Umsetzung sollte so bald wie möglich erfolgen.

Zu Buchstabe b

Zu den §§ 35, 134a SGB XII

Zu Doppelbuchstabe aa

Nach dem Vorschlag des Bundesrates soll in § 35 SGB XII durch Ergänzung um einen zusätzlichen Satz 1 in Absatz 1 die Höhe einer Miete dann als angemessen anzusehen sein, wenn sie die monatlichen Höchstbeträge des Wohngeldgesetzes nicht überschreitet. Durch Einfügung eines Absatz 2a schlägt der Bundesrat eine Regelung zur Bestimmung der zu übernehmenden Unterkunftskosten bei Leistungsberechtigten vor, die im selbstgenutzten Hausgrundstück oder einer Eigentumswohnung leben.

Der Vorschlag zur Ergänzung von Absatz 1 wird von der Bundesregierung abgelehnt. Die Angemessenheit einer Miete kann nicht nach einem einzigen Bewertungsmaßstab beurteilt werden, sondern ist stets Ergebnis einer Gesamtbetrachtung. So waren und sind im Bereich der Sozialhilfe die Mietobergrenzen ein Bewertungsmaßstab unter mehreren. Zur Bezugnahme auf die Höchstbeträge nach § 12 Absatz 1 WoGG siehe die Ausführungen unter Buchstabe a Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstabe aaa. Eine gesetzliche Festlegung auf Mietobergrenzen, die sich im Wohngeldgesetz aus pauschalierten Durchschnittswerten ergeben, würde folglich die Gefahr in sich bergen, dass einerseits je nach Wohnort überhöhte Werte herangezogen werden und andererseits die Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalles nicht mehr in ausreichendem Umfang möglich ist.

Der Vorschlag einer Regelung zur Bestimmung von Unterkunftskosten bei selbstgenutzter Wohnimmobilie wird auch für das SGB XII nur teilweise befürwortet. Siehe dazu die Ausführungen unter Buchstabe a Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstabe bbb.

Zu Doppelbuchstabe bb

Einer Übergangsregelung in 134a SGB XII, nach der die Änderungen bei den Unterkunftskosten nach § 35 SGB XII erst ab 1. Januar 2012 anzuwenden sind, bedarf es aus den unter Buchstabe a Doppelbuchstabe bb genannten Gründen nicht.

Zu Nummer 13

Zu Artikel 2 Nummer 31 (§ 22 Absatz 7 Satz 3 Nummer 1 SGB II)

und

Artikel 3 Nummer 13 (§ 35 Absatz 1 Satz 4 Nummer 1 SGB XII)

Zu Buchstabe a

Zu § 22 Absatz 7 Satz 3 Nummer 1 SGB II

Der Bundesrat schlägt vor, Leistungen für die Wohnbedarfe bereits bei Verzug mit der Zahlung mindestens einer vollen Monatsmiete seit mindestens drei Wochen direkt an Vermieter und andere Empfangsberechtigte zu überweisen.

Mit der Neuregelung des § 22 Absatz 7 SGB II werden die Vorgaben des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und FDP umgesetzt, wonach Transferleistungen zu den Wohnkosten tatsächlich den Vermieter erreichen sollen. Die Bundesregierung wird den Vorschlag des Bundesrates unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Vorgaben prüfen.

Zu Buchstabe b

Zu § 35 Absatz 1 Satz 4 Nummer 1 SGB XII

Nach dem Vorschlag des Bundesrates soll durch eine Änderung in § 35 Absatz 1 Satz 4 Nummer 1 SGB XII eine Direktzahlung bereits dann möglich sein, wenn Leistungsberechtigte bei Mietzahlung für eine Monatsmiete mindestens drei Wochen im Verzug sind.

Der Vorschlag wird von der Bundesregierung geprüft. Siehe dazu die Ausführungen unter Buchstabe a.

Zu Nummer 14

Zu Artikel 2 Nummer 31 (§ 22a Absatz 3 Satz 2 – neu – SGB II)

Der Bundesrat regt an, im Rahmen der Regelungen zur Satzungslösung die Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen besonders zu berücksichtigen.

Die Bundesregierung unterstützt den Vorschlag des Bundesrates.

Die Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen ist auch ein Anliegen der Bundesregierung, das im Rahmen der geplanten systematischen Erfassung, Auswertung und Beobachtung (Monitoring) des örtlichen Wohnungsmarktes berücksichtigt werden sollte. Der Bildung sozialer Brennpunkte soll im Übrigen auch dadurch entgegengewirkt werden, dass den Kreisen und kreisfreien Städten die Möglichkeit eröffnet wird, ihr Gebiet in mehrere Vergleichsräume zu unterteilen, für die jeweils eigene Angemessenheitswerte bestimmt werden (vgl. § 22b Absatz 1 Satz 4 – neu – SGB II).

Zu Nummer 15

Zu Artikel 2 Nummer 31 (§ 24 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 SGB II)

und

Artikel 3 Nummer 11

Buchstabe a (§ 31 Absatz 1 Nummer 3 SGB XII)

Nach dem Vorschlag des Bundesrates soll der in § 24 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 SGB II und § 31 Absatz 1 Nummer 3 SGB XII neu einzuführende einmalige Bedarf nur gewährt werden, wenn nicht vorrangige Leistungsträger hierzu verpflichtet sind.

Aus Sicht der Bundesregierung ergibt sich die durch den Vorschlag des Bundesrates beabsichtigte Klarstellung bereits aus den allgemeinen Grundsätzen des SGB II und SGB XII. Sowohl bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende als auch der Sozialhilfe handelt es sich um nachrangige Sozialleistungssysteme. Leistungsberechtigte sind deshalb stets auf Leistungsansprüche gegen vorrangige Leistungsträger zu verweisen. Eine entsprechende Ergänzung ist an dieser Stelle nicht erforderlich. Der Vorschlag des Bundesrates wird deshalb abgelehnt.

Zu Nummer 16

Zu Artikel 2 Nummer 31 (§ 27 Absatz 3 Satz 1 SGB II)

Der Bundesrat lehnt die im Gesetzentwurf vorgesehene Ergänzung des berechtigten Personenkreises um Auszubildende, die Ausbildungsförderung nur wegen der Vorschriften zur Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen nach den Vorschriften der Ausbildungsförderung nicht erhalten, ab und begründet dies insbesondere mit der grundsätzlichen Forderung nach einer bedarfsgerechten Ausgestaltung der Ausbildungsförderung selbst.

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die Bundesregierung hält an der vorgesehenen Ausweitung fest, da der Zuschuss den nach den Maßstäben des SGB II hilfebedürftigen Auszubildenden geleistet werden soll. Dies trifft auch auf den hier in Rede stehenden Personenkreis zu.

Auszubildende, die wegen Einkommensanrechnung und entsprechender Unterstützung durch die Eltern keine Ausbildungsförderung erhalten, und deren Eltern ihnen exakt den in der Ausbildungsförderung festgelegten Bedarf leisten, haben die gleichen finanziellen Mittel zur Verfügung wie Auszubildende mit nicht leistungsfähigen Eltern. Nach dem bisherigen Wortlaut des § 22 Absatz 7 SGB II haben aber nur letztere einen Zuschussanspruch. Mit der vorgesehenen Ergänzung beabsichtigt die Bundesregierung, diese in einigen wenigen Fällen auftretende Ungleichbehandlung zu beseitigen.

Der Bundesrat begründet die Ablehnung auch damit, dass „nach den Ausbildungsförderungsgesetzen davon auszugehen ist, dass den Eltern die Unterstützung der Kinder während ihrer Ausbildung zugemutet werden kann“. Dies aber ist gerade die Ausgangsprämisse, auf der die im Gesetzentwurf vorgesehene Ergänzung beruht. Die Bundesregierung geht bei ihrem Vorschlag ebenfalls davon aus, dass die Eltern den ihnen nach den Vorschriften der Ausbildungsförderung

als eigene Unterhaltsleistung zugemuteten Betrag auch tatsächlich an ihre Kinder leisten. Ein Zuschuss nach § 27 Absatz 3 SGB II kommt demnach nur in denjenigen Fallkonstellationen in Betracht, in denen die nach den Ausbildungsförderungsbestimmungen zur Bedarfsdeckung vorgesehenen Beträge nicht ausreichen – seien es die den Eltern als zumutbare Unterhaltsleistungen angerechneten Beträge oder bei Auszubildenden, die mangels ausreichender Elterneinkommen volle Ausbildungsförderung erhalten –, die Ausbildungsförderungsleistung selbst. Wenn aber die Eltern ihren Kindern tatsächlich geringere Beträge zukommen lassen, als ihnen nach dem Ausbildungsförderungsrecht zugemutet wird, ist diesen die Möglichkeit eröffnet, Vorausleistung der Ausbildungsförderung nach § 36 BAföG bzw. § 72 SGB III zu beantragen. Diese vom Bundesrat zur Begründung seiner Ablehnung der vorgesehenen Regelung angeführte Fallkonstellation löst also gerade nicht den Zuschuss nach § 27 Absatz 3 SGB II aus.

Insoweit geht die Bundesregierung davon aus, dass die vorgesehene Regelung nur einige wenige Einzelfälle betreffen wird.

Zu Nummer 17

Zu Artikel 2 Nummer 31 (§ 27 Absatz 3a – neu – SGB II)

Der Bundesrat schlägt vor, auch zu Gunsten von Auszubildenden zukünftig weiterhin Schulden zu übernehmen, um deren Unterkunft zu sichern.

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates zu.

Zu Nummer 18

Zu Artikel 2 Nummer 31 (§ 28 Absatz 4 SGB II)

und

Artikel 3 Nummer 12 (§ 34 Absatz 4 SGB XII)

Der Vorschlag des Bundesrates sieht vor, in § 28 Absatz 4 SGB II und § 34 Absatz 4 SGB XII klarstellend zu regeln, dass die Lernförderung grundsätzlich in vorhandenen schulnahen Strukturen zu erfolgen hat.

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Das Bestreben, die Lernförderung möglichst schulnah durchzuführen und dabei auf vorhandene Strukturen zurückzugreifen, also keine privatgewerblichen Strukturen zu befördern, geht bereits aus der Begründung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung deutlich hervor. Damit ist die gewünschte Präferenz gewährleistet. Unabhängig davon ist mit der Gewährung der Leistungen für Lernförderung aber der verfassungsrechtliche Anspruch auf Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums (Artikel 1 Absatz 1 GG i. V. m. Artikel 20 Absatz 1 GG) zu erfüllen. Dies gilt auch in den Fällen, in denen es keine schulnahen Strukturen gibt, in denen geeignete und erforderliche Lernförderung erbracht werden kann. Hinsichtlich der Leistungserbringer sieht im Übrigen § 29 Absatz 3 Satz 2 SGB II in der Fassung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung bereits den Vorrang freigemeinnütziger und öffentlicher vor gewerblichen Anbietern vor.

Zu Nummer 19**Zu Artikel 2 Nummer 31** (§ 28 Absatz 5 Satz 1 SGB II)
und
Artikel 3 Nummer 12 (§ 34 Absatz 5 Satz 1 SGB XII)

Die Empfehlung des Bundesrates sieht vor, die Aufwendungen für das Schulmittagessen in den Fällen zu übernehmen, in denen das Essen „in schulischem Zusammenhang“ und nicht nur „in schulischer Verantwortung“ ausgegeben wird. Dadurch sollen auch Fälle einbezogen werden, in denen z. B. Elterninitiativen für die Durchführung des Mittagessens sorgen.

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Der Begriff der schulischen Verantwortung ist nicht eng zu verstehen. Er soll aber deutlich machen, dass lediglich die Mehraufwendungen für ein gemeinschaftliches Mittagessen übernommen werden sollen, das von der Schule zumindest befürwortet wird und auf das sich die Schule deshalb auch organisatorisch einrichtet. Die vom Bundesrat benannten Fallbeispiele sind deshalb bereits von der jetzigen Regelung abgedeckt. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Formulierung würde dagegen einen bloß kausalen Zusammenhang ausreichen lassen. Dies entspricht nicht dem bisherigen Konzept des Gesetzentwurfs.

Zu Nummer 20**Zu Artikel 2 Nummer 31** (§ 28 Absatz 5a – neu –,
§ 29 Absatz 2 Satz 2, Absatz 4
Satz 2a – neu – SGB II)
und
Artikel 3 Nummer 12 (§ 34 Absatz 5a – neu –
SGB XII)

Der Vorschlag wird dem Grunde nach befürwortet.

Nach der derzeitigen Rechtslage ist streitig, ob hilfebedürftige Schüler, deren Schülerbeförderungskosten die durchschnittlich auf die jeweilige Altersgruppe entfallenden Beförderungskosten übersteigen, im Einzelfall einen Anspruch auf ergänzende Leistungen nach dem SGB II haben.

Daher ist eine eindeutige gesetzliche Grundlage, die die Voraussetzungen eines entsprechenden Anspruchs, die Subsidiarität zu vorrangigen Leistungsansprüchen sowie den Umfang der Leistung regelt, zu begrüßen. Eine Aufnahme in die Leistungskomponenten des Bildungspaketes sollte vorgesehen werden. Allerdings ist zu prüfen, ob die konkreten formellen und materiell-rechtlichen Voraussetzungen des Anspruchs (z. B. Erfordernis eines vorherigen Antrags) ausreichen und welche Folgeänderungen sie in den §§ 29 bis 30a SGB II sowie für den Kinderzuschlag nach § 6a BKGG erfordern.

Zu Nummer 21**Zu Artikel 2 Nummer 32** (§ 38a – neu – SGB II)

Der Bundesrat schlägt vor, minderjährige Kinder einer Bedarfsgemeinschaft bei der Rückforderung von gewährten Leistungen nicht zu berücksichtigen.

Die Bundesregierung lehnt die vorgeschlagene Änderung ab.

Ansprüche nach dem SGB II und die ihre Kehrseite bildende Rückforderungsansprüche von Mitgliedern einer Be-

darfsgemeinschaft nach dem SGB II sind Individualansprüche. Die Rückabwicklung erfolgt daher im konkret betroffenen Sozialleistungsverhältnis nach Maßgabe des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch und ergänzend ab 1. Januar 2011 durch § 34a SGB II. Kinder werden durch Ihre Eltern vertreten, sind aber trotzdem Gläubiger ihrer Leistungsansprüche und sind im Falle einer Rückabwicklung Schuldner von Rückzahlungsansprüchen. Um Minderjährige vor einer Überschuldung zu schützen und ihnen einen unbelasteten Eintritt in ihr Berufsleben zu ermöglichen, reicht die Regelung des § 1629a Absatz 1 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs aus, welche über § 40 Absatz 1 Satz 1 SGB II in Verbindung mit § 61 Satz 2 SGB X, auch im SGB II entsprechende Anwendung findet. Hiernach wird die Haftung eines Minderjährigen durch Handlung der Vertretungsberechtigten auf das beim Eintritt in die Volljährigkeit vorhandene Vermögen begrenzt. Um einem Missbrauch der Vertretungsbefugnis durch Eltern zu begegnen, existieren zudem andere Mechanismen, wie z. B. der neue Ersatzanspruch nach § 34a Absatz 1 SGB II oder eine Ahndung des Verhaltens der Eltern nach dem Strafgesetzbuch.

Die Forderung geht fehl, da sie die Ausweitung der Erstattungsansprüche auf andere Personen der Bedarfsgemeinschaft vorsieht. Hiervon wären sachwidrigerweise auch volljährige Geschwister betroffen. Im Übrigen ist weder der Verteilungsmaßstab der Erstattungsansprüche auf andere Personen der Bedarfsgemeinschaft dargelegt, noch die Frage berücksichtigt, ob ein Verschulden den Verteilungsmaßstab beeinflusst. Schließlich ist die vorgeschlagene Änderung auch deshalb nicht sachgerecht, weil sie selbst dann eine Umwälzung des Erstattungsanspruchs gegen einen Minderjährigen vorsieht, wenn dieser die rechtswidrige Leistungsgewährung verursacht hat. Es wird hier verkannt, dass eine Rückforderung von Leistungen des SGB II auch durch Minderjährige selber verursacht werden kann.

Zu Nummer 22**Zu Artikel 2 Nummer 32** (§ 42a Absatz 2 Satz 1 SGB II)

Der Bundesrat schlägt vor, die Tilgungsrate bei Darlehen flexibel auszugestalten, so dass eine Tilgung in Höhe von bis zu 10 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs möglich ist.

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die Festlegung eines starren Tilgungsbetrages vermeidet die sehr fehleranfällige und streitbehaftete Ausübung von Ermessen. Um dem Betroffenen ausreichend Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhaltes zu belassen, ist die Tilgung für mehrere Darlehen insgesamt auf 10 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs begrenzt.

Zu Nummer 23**Zu Artikel 2 Nummer 32** (§ 42a Absatz 2 Satz 2 SGB II)

Der Bundesrat schlägt vor, auch im Rahmen der Darlehensregelung zu normieren, dass eine Aufrechnung nur durch schriftlichen Verwaltungsakt gegenüber dem Darlehensnehmer erklärt werden kann.

Die Bundesregierung hält den Vorschlag des Bundesrates für sinnvoll und unterstützt diesen.

Eine entsprechende Regelung ist zwar bereits in § 43 Absatz 4 Satz 1 SGB II bei der Regelung zur Aufrechnung normiert. Um klarzustellen, dass die Aufrechnung auch gegenüber dem Darlehensnehmer schriftlich durch Verwaltungsakt zu erklären ist, kann dies nochmals in § 42a Absatz 2 Satz 2 SGB II des Gesetzentwurfs festgeschrieben werden.

Zu Nummer 24

Zu Artikel 2 Nummer 42a – neu – (§ 48 Absatz 3 SGB II)

Der Bundesrat schlägt vor, für vom Bund zu erlassende allgemeine Verwaltungsvorschriften mit Wirkung für die Gemeinden und Gemeindeverbände nach § 48 Absatz 3 SGB II ein Zustimmungserfordernis des Bundesrates vorzusehen.

Gegen den Vorschlag bestehen keine Einwände der Bundesregierung. Die Abrechnungsvorschriften betreffend die zugelassenen kommunalen Träger werden in Kooperation zwischen Bund und Ländern entwickelt. Die Zustimmung des Bundesrates ist daher sinnvoll.

Zu Nummer 25

Zu Artikel 2 Nummer 57 (§ 77 Absatz 3 SGB II)

Der Bundesrat legt eine Übergangsregelung vor, die eine einheitliche Anwendung der Regelung des § 30 SGB II in ihrer bisherigen Fassung bis zum 30. Juni 2011 vorsieht.

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die Anwendung der vom Bundesrat vorgeschlagenen Regelung würde den Trägern nicht ausreichend Zeit für die Umstellung der maschinellen Berechnung der Erwerbstätigenfreibeträge lassen. Infolge der vorgeschlagenen Regelung wäre für die ab Februar 2011 beginnenden, in der Regel 6 Monate dauernden Bewilligungszeiträume bereits die Neuregelung des § 11b Absatz 3 SGB II anzuwenden, da die Bewilligung bereits dann über den 30. Juni 2011 hinausgeht. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Übergangsregelung vermeidet diese Problematik, in dem sie auf den Beginn des jeweiligen Bewilligungszeitraumes abstellt. Sie gewährt den Trägern dadurch einen längeren Zeitraum für die technische Umstellung.

Zu Nummer 26

Zu Artikel 3 Nummer 8 (§ 27a Absatz 1 Satz 1a – neu – SGB XII)

Der Bundesrat schlägt in seiner Stellungnahme eine Ergänzung in § 27a Absatz 1 SGB XII vor. Dazu soll ein zusätzlicher Satz in die Fassung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung eingefügt werden, der aus § 27 Absatz 2 SGB XII in der geltenden Fassung übernommen werden soll. Dieser Satz enthält die Vorgabe, dass der notwendige Lebensunterhalt bei Kindern und Jugendlichen insbesondere den durch ihre Entwicklung und ihr Heranwachsen bedingten Bedarf zu umfassen hat. Als Begründung wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 (1 BvL 1/09 u. a.) angeführt.

Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Bundesrates nicht, dass diese inhaltliche Ergänzung von § 27a Absatz 1 SGB XII erforderlich ist. Die noch geltenden Regelsätze für Kinder und Jugendliche im geltenden Recht – ausgenommen der Regelsätze für 6- bis 13-Jährige – sind aus dem

Eckregelsatz abgeleitet. Es liegt ihnen bislang also keine empirische Ermittlung zugrunde. Vor diesem Hintergrund war der ausdrückliche Hinweis erforderlich, dass die Regelsätze die besonderen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen zu umfassen haben, also zu deren Deckung ausreichen müssen. Deshalb hatte das Bundesverfassungsgericht die geltenden Regelsätze für Kinder und Jugendliche als mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärt und eine statistisch unterlegte Ermittlung gefordert. Diesem Auftrag kommt die Bundesregierung mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nach. Durch die Ermittlung von Regelbedarfen für Kinder und Jugendliche aus den statistisch ermittelten tatsächlichen Verbrauchsausgaben von Familienhaushalten (Paarhaushalte mit einem Kind) wird deren besonderen Bedarfen Rechnung getragen.

Vor diesem Hintergrund würde es sich bei der vom Bundesrat vorgeschlagenen Übernahme des Satzes im Unterschied zum geltenden Recht um einen reinen Programmsatz handeln. Dieser ist aus Sicht der Bundesregierung verzichtbar.

Zu Nummer 27

Zu Artikel 3 Nummer 13 (§ 35 Absatz 1, 2, 2a – neu – bis 2c – neu –, 4 SGB XII)

Der Bundesrat schlägt in seiner Stellungnahme weitgehende Änderungen in § 35 SGB XII mit der Begründung vor, um dadurch eine Angleichung an die Parallelvorschrift im SGB II (Artikel 2 Nummer 31 zu § 22 SGB II) herbeizuführen. Die Mehrzahl der vorgeschlagenen Änderungen führt zu einer Neustrukturierung der Vorschrift.

Der für die Änderungen angeführten Begründung kann sich die Bundesregierung nicht anschließen, da beide Vorschriften bereits durch den Gesetzentwurf inhaltlich aneinander angeglichen werden. Unterschiede ergeben sich nur in der Strukturierung beider Vorschriften. Die Struktur des § 35 SGB XII baut auf der Struktur des geltenden § 29 SGB XII auf. Ein Erfordernis, stattdessen die Struktur des § 22 SGB II zu übernehmen, wird nicht gesehen. Ferner ergeben sich nach den Vorschlägen des Bundesrates Überschneidungen zu den bereits unter Nummer 15 Buchstabe b vorgeschlagenen Änderungen von § 35 SGB XII. Im Einzelnen:

Zu Buchstabe a

(§ 35 Absatz 1 SGB XII)

Für die vorgeschlagenen Änderungen besteht aus Sicht der Bundesregierung kein Erfordernis.

Zu Buchstabe b

(§ 35 Absatz 2 SGB XII)

Die vorgeschlagenen Änderungen führen zu einer Neustrukturierung des Inhalts von § 35 SGB XII durch Verlagerung von Regelungsinhalten in die neu einzufügenden Absätze 2a und 2c, auch hierfür besteht aus Sicht der Bundesregierung kein Erfordernis.

Zu Buchstabe c

(§ 35 Absätze 2a bis 2c SGB XII)

Mit der vorgeschlagenen Einfügung der Absätze 2a bis 2c wird der Inhalt von § 35 SGB XII neu strukturiert. Für die Einfügung der Absätze 2a und 2c sieht die Bundesregierung – siehe Anmerkung zu Buchstabe b – kein Erfordernis. Mit Absatz 2b wird eine Regelung für die Übernahme von Kosten für Instandhaltung und Reparatur bei selbstgenutztem

Wohneigentum vorgeschlagen. Sie ist im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen Änderung des § 35 SGB XII durch Nummer 12 Buchstabe b zu sehen. Durch diese weitere Änderung wird eine Regelung zur Bestimmung von Unterkunftskosten bei selbst genutzter Wohnimmobilie vorgeschlagen. Beide Änderungen werden von der Bundesregierung gemeinsam geprüft.

Zu Buchstabe d

(§ 35 Absatz 4 SGB XII)

Mit der Änderung von Absatz 4 wird vorgeschlagen, die Möglichkeit für die Träger der Sozialhilfe, Heizkosten zu pauschalisieren, von keinen weiteren Bedingungen abhängig zu machen.

Dies wird von der Bundesregierung abgelehnt. Sowohl im geltenden Recht (§ 29 Absatz 3 Satz 3 SGB XII) als nach dem vorliegenden Gesetzentwurf (§ 35 Absatz 4 Satz 2 SGB XII) sind bei der Pauschalierung die tatsächlichen und individuellen Verhältnisse zu berücksichtigen. Dies ist aus Sicht der Bundesregierung unverzichtbar, der Vorschlag wird deshalb abgelehnt.

Zu Nummer 28

Zu Artikel 3 Nummer 25 (§ 44 Absatz 1 Satz 3 SGB XII)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

§ 44 Absatz 1 Satz 2 und 3 SGB XII regelt den Fall, in dem durch die Änderung der Leistung eine neue Entscheidung des Trägers der Sozialhilfe notwendig ist. Bei einer Änderung zu Gunsten des Berechtigten beginnt mit dem Ersten des Monats, in dem die Veränderung eingetreten ist, ein neuer Bewilligungszeitraum. Bei einer Änderung zu Ungunsten des Berechtigten, wozu auch die Erhöhung des anrechenbaren Einkommens durch eine Einmalzahlung gehört, beginnt der Bewilligungszeitraum mit dem Ersten des Folgemonats nach Eintritt der Veränderung. Der Gesetzgeber hat mit der letzteren Regelung die Möglichkeit eröffnet, dass der zuständige Träger der Sozialhilfe – trotz Änderung der Verhältnisse – keine rückwirkende Aufhebung seines Leistungsbescheides nach den verwaltungsvollständigen Vorschriften des allgemeinen Verwaltungsverfahrenrechts vornehmen muss. Es reicht aus, wenn er im Folgemonat der Änderung der Verhältnisse eine Neubescheidung vornimmt. Der Gesetzgeber hatte ausweislich der Gesetzesbegründung zum Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersversorgungsvermögens (Altersvermögensgesetz – AVmG, Bundestagsdrucksache 14/4594) die Annahme zugrunde gelegt, dass bei den genannten Personengruppen in der Regel keine bedeutenden Änderungen der Einkommens- und Vermögensverhältnisse zu erwarten sind.

Die grundsätzliche in § 48 SGB X geregelte Frage der Voraussetzungen, nach denen ein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung auch mit Wirkung für die Vergangenheit aufgehoben werden kann, wird durch die Regelung in § 44 SGB XII nicht tangiert. Dies ergibt sich neben dem Vorstehenden auch daraus, dass § 48 SGB X eine wesentliche Änderung der Einkommenssituation voraussetzt, während § 44 SGB XII jede Änderung der Einkommensverhältnisse im Blick hat und damit vor allem auf kleinere aber regelmäßig stattfindende Änderungen der Höhe der Altersrente abstellt. Die Rücknahmemöglichkeit nach § 48 SGB X gilt für alle

zu Unrecht gezahlten Sozialhilfeleistungen gleichermaßen. Hieran hat auch die Entscheidung des Bundessozialgerichts (Urteil vom 19. Mai 2009 – Az.: B 8 SO 35/07 R) nichts geändert. Nach Kenntnis des Bundes werden die Leistungsberechtigten deshalb auch in der Sozialhilfepraxis im Bewilligungsbescheid regelmäßig auf ihre Mitwirkungspflichten nach § 60 ff. SGB I hingewiesen.

Damit haben die Träger der Sozialhilfe hinreichend die rechtliche Möglichkeit, Einmalzahlungen anzurechnen.

Zu Nummer 29

Zu Artikel 3 Nummer 29 Buchstabe a

(§ 82 Absatz 1 Satz 1b – neu – SGB XII)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Nach § 83 Absatz 1 SGB XII sind die von den Ländern bereits heute zu einem ausdrücklich genannten Zweck erbrachten Leistungen als zweckbestimmte Leistungen von einer Einkommensanrechnung durch den Sozialhilfeträger freigestellt. Damit ist bereits nach geltendem Recht sichergestellt, dass die künftigen „ergänzenden“ Bildungs- und Teilhabeleistungen des Landes nicht angerechnet werden. Nur in den Fällen, in denen die Sozialhilfe im Einzelfall demselben Zweck dient, bei Gewährung also eine Doppelbegünstigung eintreten würde, müssten Leistungen des Landes als Einkommen angerechnet werden. Dies ist dem Nachranggrundsatz des Sozialhilferechts (§ 2 SGB XII) geschuldet.

Der Bundesgesetzgeber hat im Übrigen auf der Bedarfsseite mit der Regelung des § 22 SGB XII klargestellt, dass die Sozialhilfe keine versteckte Ausbildungsförderung neben dem BAföG und dem SGB III sein soll. Etwaige im Zusammenhang mit der Ausbildung auftretende Härten, sind daher auch regelmäßig in den Leistungsgesetzen der Ausbildungsförderung selbst aufzufangen. Die Sozialhilfe kann nur da ergänzend eintreten, wo es um nicht ausbildungsbedingte Bedarfe geht oder im Einzelfall derart besondere Umstände gegeben sind, dass eine Versagung der Hilfe auch mit Rücksicht auf den Gesetzeszweck, die Sozialhilfe von den finanziellen Lasten der Ausbildungsförderung freizuhalten, übermäßig hart, das heißt unzumutbar und in hohem Maße unbillig wäre. Dieser Grundgedanke darf durch die vorgeschlagene Erweiterung des Einkommensbegriffs nicht unterlaufen werden.

Zu Nummer 30

Zu Artikel 3 Nummer 29 Buchstabe a

(§ 82 Absatz 1 Satz 1b – neu – und 1d – neu – SGB XII)

Gegen den Änderungsvorschlag bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Allerdings wäre bei Übernahme aus gesetzessystematischen Gründen ein Standort in der Verordnung zu § 82 SGB XII zu wählen.

In der Sache geht es um die Einkommensanrechnung von einmaligen Einnahmen und die Problematik, wie rechtlich damit umgegangen werden kann, wenn der Träger der Sozialhilfe bereits die monatliche Leistung erbracht hat, bevor im selben Monat der einmalige Einkommenszufluss stattfindet. Relevant wird die Fallgestaltung vor allem bei Leistungsfällen nach dem Vierten Kapitel des SGB XII. Nach der bestehenden Rechtslage ist der Dauerverwaltungsakt über § 48 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 SGB X aufzuheben.

Die Anrechnung erfolgt dann unter Berücksichtigung von § 50 SGB X.

Gegen eine Änderung der derzeitigen Rechtslage spricht, dass es in den vergangenen Jahren in der Sozialhilfepraxis offensichtlich keine Probleme mit dieser Fallgestaltung gegeben hat. Die gleichen Probleme müsste es im Übrigen auch geben, wenn regelmäßiges Einkommen, wie Rente oder Erwerbseinkommen jeweils am Ende eines Monats zufließen. Das von den Ländern zitierte Urteil des Bundessozialgerichts vom 19. Mai 2009 (Az.: B 8 SO 35/07 R) hat in diesem Zusammenhang auch zu keiner neuen Rechtslage geführt. Die Aufhebung des Dauerverwaltungsaktes war auch vor diesem Zeitpunkt erforderlich, damit eine Einkommensanrechnung stattfinden konnte.

Andererseits ist es richtig, dass die im Änderungsvorschlag enthaltene Regelung zu einem geringeren Verwaltungsaufwand führt, da damit eine Aufhebung des bestehenden Dauerverwaltungsaktes entbehrlich würde.

Zu beachten ist allerdings, dass der vorgeschlagene Standort für diese Regelung in § 82 SGB XII nicht in Betracht kommt. Der Grund hierfür ist die Verordnung zur Durchführung des § 82 SGB XII, die in mehreren Paragraphen Regelungen zu Anrechnungszeiträumen trifft. Ein denkbarer Standort für die von den Ländern vorgeschlagene Regelung wäre aus diesem Grund § 3 Absatz 3 Satz 2 und 3 der Verordnung zur Durchführung des § 82 SGB XII. Die bestehenden Sätze zwei und drei würden entfallen.

Zu Nummer 31

Zu Artikel 3 Nummer 29a – neu – (§ 83 Absatz 1 SGB XII)

Der Änderungsvorschlag, eine Gesetzesänderung im SGB XII vorzunehmen, damit die an ehrenamtlich Tätige gewährten steuerfreien Aufwandsentschädigungen (derzeit bis zu 2 100 Euro jährlich) generell nicht mehr als Einkommen der Leistungsberechtigten angerechnet werden, wird abgelehnt.

Im geltenden Sozialhilferecht stellt die einem Leistungsberechtigten zufließende Aufwandsentschädigung regelmäßig ein den Zahlungsbetrag in der Sozialhilfe verringerndes Einkommen dar. Grundlage hierfür ist der Nachranggrundsatz in § 2 Absatz 1 SGB XII.

Der weitere das Sozialhilferecht prägende Grundsatz der Individualität verlangt allerdings auch, dass der Bezug von Aufwandsentschädigungen einzelfallbezogen geprüft wird um den Entgeltanteil und den Aufwandsanteil konkret bestimmen zu können. Nach § 82 Absatz 2 Nummer 4 SGB XII ist der Teil der Aufwandsentschädigung vollständig frei zu lassen, der die pauschale Abgeltung der mit der Tätigkeit verbundenen Aufwendungen beinhaltet. Nach § 82 Absatz 3 SGB XII ist von dem restlichen Teilbetrag ein festzulegender Prozentsatz frei zu lassen. Dieser Prozentsatz kann nach Satz 3 der Vorschrift vom zuständigen Träger der Sozialhilfe frei gewählt werden.

Das Sozialamt kann deshalb im Rahmen seines Ermessens vom Ergebnis her schon jetzt im Einzelfall eine vollständige Freilassung vornehmen.

Dabei hat das Sozialamt allerdings auch sicherzustellen, dass die älteren und behinderten Menschen innerhalb des SGB XII nicht unterschiedlich behandelt werden. Es wäre nicht zu vermitteln, wenn Leistungsberechtigte, die Einnahmen in Form einer steuerfreien Aufwandsentschädigung erhalten, durch generelle völlige Freilassung großzügiger behandelt würden, als Leistungsberechtigte, die ebenfalls durch Alter und Behinderung eingeschränkt sind, aber trotzdem durch andere Tätigkeiten, wie z. B. als Zeitungszusteller, zu ihrem Lebensunterhalt beitragen möchten.

Im Übrigen muss der Hinweis erlaubt sein, dass allgemein das Engagement für die Wahrnehmung einer ehrenamtlichen Tätigkeit nicht ausschließlich mit finanziellen Überlegungen einhergeht, sondern z. B. auch dem damit verbundenen Zeitaufwand geschuldet ist. So kann nicht ignoriert werden, dass die zeitliche Inanspruchnahme von Leistungsberechtigten nach dem SGB XII für die Wahrnehmung einer ehrenamtlichen Tätigkeit eher möglich ist, als z. B. von Arbeitnehmern.

Zu Nummer 32

Zu Artikel 3 Nummer 32a – neu – (§ 96 Absatz 1 Satz 2 – neu – SGB XII)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Nach der vom Bundesverfassungsgericht entwickelten „Wesentlichkeitstheorie“ sollte im Sozialhilferecht die wesentliche Entscheidung, ob und wenn ja, welche Einnahmen vom Sozialhilfeträger freizulassen sind, wie bisher beim Gesetzgeber verbleiben und nicht auf die Verwaltung delegiert werden. Der Bundesgesetzgeber hat bisher die wenigen Ausnahmen von der ansonsten regelmäßigen Heranziehung von Einkommen des Leistungsberechtigten nur im SGB XII (§§ 82, 83, 84) selbst und in besonders gelagerten Spezialgesetzen zugelassen. Die im Vorschlag erwähnte wünschenswerte Gleichstellung mit dem SGB II muss bereits daran scheitern, dass gerade im Einkommens- und Vermögensbereich Leistungsberechtigte nach dem SGB II, die zudem nur mit den Hilfeempfängern des Dritten und Vierten Kapitels SGB XII vergleichbar sind, wegen der unterschiedlichen Zielsetzung beider Gesetze großzügiger gestellt werden, als Sozialhilfeberechtigte. Zudem ist im Gegensatz zur „Massenverwaltung“ des SGB II eine schnellere rechtliche Zementierung freizulassender Einnahmearten durch Rechtsverordnung anstatt durch Gesetz im Sozialhilferecht nicht zwingend geboten.

Zu Nummer 33

Zu Artikel 11a – neu – (§ 12 Absatz 1c Satz 6 VAG)

Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Bundesrates, dass die Beitragslücke in der privaten Krankenversicherung für Hilfebedürftige nach dem SGB II und SGB XII dringend geschlossen werden muss. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Lösung ist eine der denkbaren Varianten. Die Bundesregierung prüft derzeit, welche Lösungsmöglichkeit die Interessen aller Beteiligten am besten berücksichtigt. Die hierzu erforderlichen Abstimmungen sind noch nicht abgeschlossen.



Deutscher Bundestag

Gesetzgebungsverfahren

Ein Gesetzgebungsverfahren regelt den Weg von der Gesetzesinitiative bis zur Verkündung des Gesetzes. Am Anfang eines Bundesgesetzes steht der Gesetzentwurf, der von Bundesregierung, Bundesrat und aus den Reihen des Bundestages eingebracht werden kann. Der Bundestag berät das Vorhaben in drei Lesungen und stimmt schließlich darüber ab. Dann leitet er das Gesetz dem Bundesrat zu.

Er kann gegen ein beschlossenes Gesetz Einspruch einlegen, der aber mit einem Mehrheitsbeschluss des Bundestages zurückgewiesen werden kann. Bei einem so genannten zustimmungspflichtigen Gesetz wird in diesem Fall der Vermittlungsausschuss einberufen.

Haben Bundestag und Bundesrat einem Gesetz zugestimmt, fertigt der Bundespräsident nach Gegenzeichnung durch die Regierung das Gesetz aus. Danach wird es im Bundesgesetzblatt verkündet.

Weitere Informationen

Ausdruck aus dem Internet-Angebot des Deutschen Bundestages
www.bundestag.de/service/glossar/G/gesgeb_verf.html
Stand: 13.10.2008

Das Kaiserreich



1871
1872
1873
1874
1875
1876
1877
1878
1879
1880
1881
1882
1883
1884
1885
1886
1887
1888
1889
1890
1891
1892
1893
1894
1895
1896
1897
1898
1899
1900
1901
1902
1903
1904
1905
1906
1907
1908
1909
1910
1911
1912
1913
1914

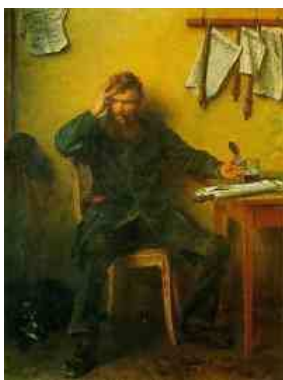
- [Das Reich](#)
- [Innenpolitik](#)
- [Außenpolitik](#)
- [Industrie & Wirtschaft](#)
- [Wissenschaft & Forschung](#)
- [Kunst & Kultur](#)
- [Alltagsleben](#)
- [Antisemitismus](#)

Der deutsche Nationalstaat wurde noch während des dritten "[Reichseinigungskriegs](#)" am 18. Januar 1871 auf französischem Boden im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles gegründet. Als Datum wurde der Jahrestag der Erhebung Preußens zum Königtum gewählt. Der Nationalfeiertag des Deutschen Reiches (2. September) erinnerte als "Sedanstag" Jahr für Jahr an den militärischen Sieg über Frankreich. Die [Reichsgründung](#) von 1871 war nicht die 1848/49 "von unten" angestrebte Reichseinigung, sondern ein Bündnis der 22 deutschen Monarchen und der drei Freien Städte. Stets in Sorge um die äußere Sicherheit des Reichs, knüpfte Reichskanzler [Otto von Bismarck](#) sein außenpolitisches Vertragssystem. Nicht weniger besorgt um die innere Einheit des Reichs, suchte er den Einfluß des politischen Katholizismus wie den der aufstrebenden Sozialdemokratie zurückzudrängen. Nach der Entlassung Bismarcks strebte das Kaiserreich unter dem "persönlichen Regiment" [Wilhelms II.](#) nach "Weltgeltung". Seine sprunghafte Außenpolitik und seine voller Leidenschaft betriebene Aufrüstung der Flotte führten schließlich zum Schulterschuß von Frankreich, England und Rußland. Am Vorabend des [Ersten Weltkriegs](#) sah sich das Deutsche Reich von Feinden "eingekreist".

Das Kaiserreich kannte keinen außenpolitischen Frieden, sondern nur den "Zustand des Nicht-Krieges". Es suchte keine Aussöhnung mit Frankreich, das den Verlust von [Elsaß-Lothringen](#) nie akzeptierte und immer nach einer Revanche für die Niederlage von 1870/71 trachtete. Die politische und militärische Isolierung Frankreichs war deshalb die Prämisse von Bismarcks Politik. Einen neuen Krieg verhindern konnte diese Politik aber nur so lange, wie unter den sich gegenseitig mißtrauisch beobachtenden Großmächten ein militärisches Gleichgewicht bestand. Seit 1879 mit dem Zweibund vertraglich eng an den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn gebunden, sollte vor allem der 1887 zwischen Deutschland und Rußland abgeschlossene Rückversicherungsvertrag das Deutsche Reich vor einem französischen Angriff schützen. Von Anfang an belastet war diese Bündnis-Konstellation durch den schwelenden Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Rußland auf dem Balkan.

Nach der Entlassung Bismarcks wies der junge Kaiser Wilhelm II. das russische Angebot einer Verlängerung des Rückversicherungsvertrags 1890 mit imperialer Selbstüberschätzung zurück. Durch eine Reihe weiterer Brückierungen Rußlands ebnete Wilhelm II. schließlich den Weg zur russisch-französischen Annäherung. 1892 schlossen Rußland und Frankreich eine Militärkonvention. Überzeugt Großbritannien werde wegen seines Gegensatzes zu Frankreich dem Deutschen Reich ein Bündnisangebot unterbreiten, betrachteten Kaiser und Reichsregierung den durch die französisch-russische Militärkonvention möglichen Zweifrontenkrieg als ein rein militärstrategisches Problem. Doch die Verhandlungen mit Großbritannien scheiterten am deutschen Weltmachtsanspruch in Ostasien und im Pazifik. Statt dessen verständigten sich Großbritannien und Frankreich über ihre Herrschaftsansprüche auf Ägypten und Marokko und schlossen 1904 die [Entente cordiale](#). Durch eine Reihe diplomatischer Ungeschicklichkeiten sowie durch die konsequente Weigerung, auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz über eine Begrenzung der Flottenrüstung überhaupt zu verhandeln, isolierte sich das Deutsche Reich zunehmend. Als Rußland und Großbritannien sich 1907 über Afghanistan und China verständigten, trat Rußland der Entente bei, die sich zur Tripelentente erweiterte. In Deutschland sah man sich jetzt von feindlichen Staaten "eingekreist".

Auch für die innenpolitischen Probleme des neu gegründeten Kaiserreichs hatte Bismarck keine überzeugende, dauerhafte Lösung. Den politischen Katholizismus, der sich in der [Zentrumspartei](#) organisiert hatte, betrachtete der preußische Protestant mißtrauisch. Er kritisierte die "Romhörigkeit" der "Ultramontanen" und sprach ihnen nationale Verlässlichkeit ab. In nur wenigen Jahren scheiterte Bismarcks "[Kulturkampf](#)" gegen den politischen Katholizismus. Ebenso erfolglos verlief sein Kampf gegen die [Sozialdemokratie](#) und die [Arbeiterbewegung](#). Das 1878 verabschiedete "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" wurde ab 1890 nicht mehr verlängert. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bismarck und Wilhelm II. über das "[Sozialistengesetz](#)" gaben schließlich auch den Anlaß zur Entlassung des alten Reichskanzlers. Die [Sozialgesetzgebung](#) und der Arbeitsschutz, mit denen Bismarck ursprünglich den Sozialdemokraten "den Wind aus den Segeln" nehmen wollte, wurden jedoch weltweit als vorbildlich geachtet.



Von den Wertvorstellungen des altpreußischen Landadels geprägt, blieb dem Junker Bismarck der Zugang zu den Problemen der entstehenden Industrie- und Massengesellschaft verschlossen. Der junge, technikbegeisterte Wilhelm II. schien ungleich mehr Verständnis für die fortschreitende Modernisierung der industriellen Gesellschaft zu haben. Doch auch dem von ihm eingeschlagenen "Neuen Kurs" lag kein wirklich tragfähiges Konzept zugrunde. In starkem Kontrast zu seiner Aufgeschlossenheit für die "soziale Frage" stand ein überkommenes Verständnis seiner persönlichen Herrscherrolle mit einer ausgeprägten Vorliebe für Prunk, Orden, Aufmärsche und militärische Manöver. Die extreme Überbetonung des Militärischen prägte die gesamte Gesellschaft. Das Ausland sah im Deutschen Reich eine bedrohliche Hochburg des Militarismus, während innerhalb der Reichsgrenzen vor allem Preußen mit seinem [Dreiklassenwahlrecht](#) als Hort von Reaktion und Militarismus galt. In festem Glauben an die Überlegenheit der deutschen Wehrkraft wollte Wilhelm II. dem Deutschen Reich einen "Platz an der Sonne" sichern. Doch die Welt war unter den imperialistischen Staaten schon weitestgehend aufgeteilt. Der unter dem Kaiser erworbene [Kolonialbesitz](#) war unbedeutend und stand in keinem Verhältnis zu den politischen Folgekosten der Flottenausrüstung.

Das Kaiserreich war ein wirtschaftlich prosperierendes Land. Während der von 1890 bis 1914 fast ununterbrochenen Hochkonjunktur überflügelten [Industrie und Wirtschaft](#) das bis dahin führende England. Dem starken Wirtschaftswachstum stand ein ebenso rasanter Aufschwung von [Wissenschaft und Forschung](#) zur Seite. Vor dem Ersten Weltkrieg ging jeder dritte [Nobelpreis](#) für Naturwissenschaften nach Deutschland. Die Fortschritte von Medizin und Hygiene ließen die [Säuglingssterblichkeit](#) deutlich sinken. Mit seinen 67 Millionen Einwohnern stand Deutschland 1914 unter den souveränen Staaten hinsichtlich der Bevölkerungszahl weltweit an vierter Stelle. Fast der gesamte Bevölkerungszuwachs wurde von den Städten in den industriellen Ballungszentren aufgenommen. Hier entstanden vor allem im Dienstleistungsbereich neue Berufsfelder. Neben den Arbeiter trat nun der Angestellte, und immer mehr Frauen wurden erwerbstätig.

Der Anschluß an die Wasser- und Stromversorgung veränderte das [Alltagsleben](#) der Menschen in bislang unbekanntem Ausmaß. Elektrizität, Telefon und die ersten Automobile gaben der entstehenden Massengesellschaft ihr Gesicht und waren Vorläufer einer neuen Zeit. Zugleich war Deutschland eines der wichtigsten europäischen Agrarländer. Die rund 24.000 Personen starke Gruppe von Aristokratie und grundbesitzendem Landadel bestimmte das politische Geschehen maßgeblich. Mit Hilfe des 1893 gegründeten Bundes der Landwirte (BdL) setzten die Agrarier eine drastische Erhöhung der Schutzzölle für landwirtschaftliche Produkte durch. Die gesellschaftliche Leitfunktion des Adels blieb vor allem in Preußen unangefochten. Nobilitierungen galten als Ausdruck gesellschaftlichen Aufstiegs, das Reserveoffizierspatent war Nachweis "vaterländischer Gesinnung". Mit seinem lauten "Hurra-Patriotismus" machte insbesondere der [Alldeutsche Verband](#) von sich reden. Säbelrasselnd forderten die Alldeutschen eine Ausdehnung des Reichs, den Erwerb von Kolonien und die "Germanisierung" des polnischen Siedlungsgebiets in den preußischen Ostprovinzen.

Als reinste Verkörperung preußischer Tradition und Tugenden galt die Armee. In ihr als Offizier zu dienen, wurde als hohe Auszeichnung betrachtet. Die Militarisierung der Gesellschaft und die Identifikation mit dem wilhelminischen Staat reichten über die modischen Matrosenanzüge bis in die Arbeiterschaft, die von den [Gewerkschaften](#) immer weiter an den Staat herangeführt wurden. Aus der antagonistischen Klassengesellschaft der frühen Industrialisierung bildete sich eine differenzierte Schichtengesellschaft. Mit der Nichtverlängerung des "Sozialistengesetzes" sowie durch die Liberalisierung des Vereins- und Versammlungsrechts hatte der Staat seinerseits wesentliche Forderungen der Arbeiterbewegung erfüllt. Doch die soziale und politische Distanz zwischen Arbeiterschaft, Bürgertum und Adel war kaum zu überbrücken. Die von Liberalen und Sozialdemokraten geforderte Einführung einer parlamentarischen Regierungsform war im Kaiserreich nicht durchsetzbar.

Voller Widersprüche und Spannungen waren auch [Kunst und Kultur](#). Dem Selbstverständnis der wilhelminischen Gesellschaft begegneten satirische Zeitschriften wie der "[Simplicissimus](#)" mit beißender Kritik. Der vom Kaiser favorisierten [Historienmalerei](#) und Heimatdichtung standen "[Secession](#)" und künstlerische Avantgarde gegenüber. Naturalistische Werke eines [Gerhart Hauptmann](#) waren für Wilhelm II. "Rinnsteinliteratur", eroberten aber gleichwohl die deutschen Bühnen und genossen auch international hohes Ansehen. [Thomas Mann](#) und [Heinrich Mann](#) zählten zu den Literaten, die kritisch auf die alten und neuen Autoritäten blickten und sich deutlich von der vorherrschenden deutschmüelnden Literatur unterschieden.

Dem barock-wilhelminischen, auf Repräsentation bedachten Baustil stand der eher nüchterne Jugendstil gegenüber. Lebensreformbewegung und Jugendbünde strebten zu einem neuen Selbstverständnis jenseits aller Konventionen. Zur Ambivalenz der Modernisierung zählte trotz der rechtlichen Emanzipation der Juden ein latenter, sich gelegentlich deutlich hörbar machender [Antisemitismus](#), der in nahezu allen Schichten, Parteien und Verbänden vorhanden war.

Insgesamt zeigte sich das deutsche Kaiserreich unter Wilhelm II. so widerspruchsvoll wie der Monarch: Deutschland schwankte zwischen den Extremen einer überaus dynamischen Modernisierung und dem strikten Beharren auf längst unzeitgemäßen Traditionen. Vor allem in Preußen, dem mit Abstand wirtschaftlich stärksten und bevölkerungsreichsten Land, prallten industrieller Fortschritt und extrem konservative Agrarstrukturen hart aufeinander.

(ba)

Videos: Der Kaiser / Berlin / Verkehr

[\[Video: Der Kaiser\]](#)

[\[Video: Berlin\]](#)

[\[Video: Verkehr\]](#)



["Aus großer Zeit" - Erinnerung an 1813 mit vaterländischen Gesängen, zusammengestellt 1913](#)

Reaktionszeit Kaiserreich I. Weltkrieg 

21.10.10

AS - FJ - Fz - In - K - R

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

A. Problem und Ziel

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 (1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09) ist dem Gesetzgeber aufgegeben, die Regelbedarfe nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) und nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) verfassungskonform neu zu bemessen.

Einen besonderen Stellenwert hat das Bundesverfassungsgericht den Bedarfen von Kindern und Jugendlichen beigemessen. Die Ausrichtung des SGB II auf die Erwerbsfähigen im Haushalt wird durch eine stärkere Förderung der Kinder und Jugendlichen ergänzt.

Zudem sollen die Anreize zur Aufnahme einer voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung für Haushalte mit Arbeitslosengeld II-Bezug erhöht werden, indem die Erwerbstätigenfreibeträge im SGB II neugestaltet werden. Arbeit und Leistung müssen sich lohnen.

Außerdem berücksichtigt der Gesetzentwurf auch die praktischen Erfahrungen seit Einführung des SGB II.

B. Lösung

1. Förderung von Kindern und Jugendlichen,
2. Verfassungskonforme Ermittlung und Ausgestaltung der Regelbedarfe nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch,
3. Transparente Gestaltung der Regelung der Kosten für Unterkunft und Heizung im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch,
4. Neugestaltung der Erwerbstätigenfreibeträge,

Fristablauf: 02.12.10

5. Praxisgerechte und vereinfachte Gestaltung der Sanktionstatbestände im SGB II,
6. Redaktionelle Änderungen und Klarstellungen,
7. Anpassung der Regelungen für den Kinderzuschlag.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Die nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 ermittelten Regelbedarfe führen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu Mehrkosten von insgesamt rund 290 Millionen Euro im Jahr 2011. Davon entfallen rund 270 Millionen Euro auf den Bund und rund 20 Millionen Euro auf die Kommunen. Die Ausgaben in den folgenden Jahren hängen von der tatsächlichen Entwicklung der Zahl der Leistungsberechtigten ab. In der Sozialhilfe (einschließlich Leistungen an Asylbewerber nach § 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes) ergeben sich Mehrkosten in der Hilfe zum Lebensunterhalt sowie der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Höhe von 80 Millionen Euro, wovon 71 Millionen Euro von den Kommunen sowie 9 Millionen Euro vom Bund zu tragen sind. In der Kriegsopferfürsorge ist aufgrund der geringen Anzahl der Leistungsberechtigten mit überwiegend vom Bund zu tragenden Mehrkosten in Höhe von rund 450 000 Euro zu rechnen, die durch die bestehenden Ansätze innerhalb des Einzelplans 11 gedeckt werden können.

Die Ausgaben in der Grundsicherung für Arbeitsuchende aufgrund der Leistungen für Bildung und Teilhabe für Kinder nach § 28 SGB II werden auf rund 625 Millionen Euro jährlich geschätzt. Einsparungen ergeben sich aufgrund des Wegfalls der bisherigen Leistungen nach § 24a SGB II in Höhe von rund 125 Millionen Euro jährlich. Die Leistungen für Bildung und Teilhabe werden im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende vollständig vom Bund getragen. Die tatsächlich anfallenden Kosten hängen stark vom Umfang der Inanspruchnahme ab.

In der Sozialhilfe (einschließlich Leistungen an Asylbewerber nach § 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes) ergeben sich Mehrkosten für Kinder und Jugendliche, die die Leistungen für Bildung und Teilhabe im Rahmen der Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen. Da es sich hierbei um einen vergleichsweise kleinen Personenkreis handelt, ist von Mehrausgaben in Höhe von rund 13 Millionen Euro auszugehen.

Im Rahmen des Kinderzuschlags nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) ist durch die Gewährleistung der pauschalierten Leistungen für Bildung und Teilhabe für Schulausflüge, die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf, den Zuschuss zu einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung und zur Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft mit jährlichen Kosten in Höhe von rund 98 Millionen Euro zu rechnen, die vom Bund getragen werden. Dem stehen Einsparungen in Höhe von rund 15 Millionen Euro aufgrund des Wegfalls der bisherigen Leistungen nach § 6a Absatz 4a BKGG gegenüber. Im Bereich der Kriegsopferfürsorge ist auf Grund der Einführung dieser Leistungen mit geringen Mehrkosten in Höhe von rund 60 000 Euro jährlich zu rechnen, die überwiegend vom Bund getragen werden.

Die Regelung des § 7a Satz 1 SGB II verlängert künftig den Leistungsanspruch im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf den gesamten Monat, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird. Dies führt 2011 zu Mehrkosten in Höhe von 7 Millionen Euro, von denen 5 Millionen auf den Bund entfallen und 2 Millionen von den Kommunen getragen werden.

Die Verbesserung der Erwerbsanreize nach § 11b Absatz 4 SGB II führt in der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu Mehrkosten in Höhe von schätzungsweise rund 90 Millionen Euro in 2011. Davon entfallen rund 30 Millionen auf den Bund und 60 Millionen auf die Kommunen. Weitere Mehrkosten durch diese Veränderung der Erwerbstätigenfreibeträge sind für den Kinderzuschlag nach dem BKGG zu erwarten; diese belaufen sich auf schätzungsweise rund 25 Millionen Euro in 2011. Im Bereich des Wohngeldes ist hingegen mit Einsparungen von schätzungsweise rund 15 Millionen Euro in 2011 zu rechnen. Die Mehrausgaben und Einsparungen fallen in den Folgejahren höher aus.

Die Regelung des § 12a Satz 2 Nummer 2 SGB II vermeidet künftig, dass einzelne Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft auf die Inanspruchnahme von Wohngeld verwiesen werden. Dies führt beim Wohngeld zu Einsparungen von schätzungsweise 100 Millionen Euro in 2011 (rund 140 Millionen Euro ab 2012); diese entfallen hälftig auf Bund und Länder.

Die Inanspruchnahme von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende wird in vergleichbarem Umfang zunehmen.

Die Einführung der abweichenden Erbringung von Leistungen für den Sonderfall nach § 24 Absatz 3 Nummer 3 SGB II wird für den Bund zu Ausgaben in Höhe von schätzungsweise 45 Millionen Euro in 2011 führen. Diese Leistungen wurden bislang im Rahmen der Ermittlung der Regelbedarfe berücksichtigt. Insofern handelt es sich nicht um Mehrausgaben, da sich eine entsprechende Entlastung im Rahmen der Ermittlung der Regelbedarfe in vergleichbarer Größenordnung ergibt.

2. Vollzugsaufwand

Die Mehraufwendungen für die Leistungsträger der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf Grund der Einführung der Leistungen für Bildung und Teilhabe werden auf rund 135 Millionen Euro im Jahr 2011 und auf 110 Millionen Euro ab 2012 geschätzt. Die tatsächlichen Mehrkosten werden stark von der Inanspruchnahme und der Umsetzung der Leistungserbringung abhängen. Darüber hinaus ergeben sich Einsparungen durch zahlreiche Verwaltungsvereinfachungen in Höhe von schätzungsweise 50 Millionen Euro jährlich.

Die Regelung des § 12a Satz 2 Nummer 2 SGB II vermeidet künftig, dass einzelne Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft auf die Inanspruchnahme von Wohngeld verwiesen werden. Dies führt zu Einsparungen von Verwaltungskosten im Wohngeld von schätzungsweise rund 20 Millionen Euro in 2011 und ab 2012 in Höhe von jährlich 30 Millionen Euro, die hälftig auf Bund und Länder entfallen.

Die Sozialhilfe nach dem SGB XII wird von den Behörden der Länder als eigene Aufgabe ausgeführt. Deshalb sieht das SGB XII bei der Einführung der Leistungen für Bildung und Teilhabe auch keine detaillierten Vorgaben für die Leistungserbringung vor. Die Höhe des dadurch entstehenden Mehraufwandes für den Vollzug kann deshalb nicht quantifiziert werden.

E. Sonstige Kosten

Den Anbietern, deren Leistungen zur Deckung der Bedarfe für Bildung und Teilhabe dienen, entstehen Mehrkosten durch die Abrechnung über Gutscheine beziehungsweise den Zugang zu elektronischen Abrechnungssystemen. Auswirkungen auf Einzelpreise, auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Grundsätzlich könnte der Erlass kommunaler Satzungen Auswirkungen auf das Mietpreisniveau haben. Da die kommunalen Satzungen die Auswirkungen auf das Mietpreisniveau berücksichtigen, werden die Auswirkungen auf das Mietpreisniveau zukünftig geringer ausfallen.

F. Bürokratiekosten

Es werden neue Informationspflichten für Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung eingeführt. Diese bestehen im Wesentlichen aus den für die Gewährung der Leistungen für Teilhabe und Bildung notwendigen Angaben. Durch deren Erhebung kommt es zu marginalen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger, die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende oder der Hilfe zum Lebensunterhalt beantragen.

Die Regelung des § 12a Satz 2 Nummer 2 SGB II vermeidet künftig, dass einzelne Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft – schätzungsweise mehr als 90 000 Fälle – auf die Inanspruchnahme von Wohngeld verwiesen werden. Damit wird für einzelne Haushalte die Pflicht entfallen, Anträge sowohl in der Grundsicherung für Arbeitsuchende als auch bei den Wohngeldbehörden zu stellen.

Bundesrat

Drucksache 661/10

21.10.10

AS - FJ - Fz - In - K - R

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 21. Oktober 2010

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Bürgermeister
Jens Böhrnsen
Präsident des Senats der
Freien Hansestadt Bremen

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur
Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Fristablauf: 02.12.10

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG ist als Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Angela Merkel

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Vom ...

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

(Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz - RBEG)

§ 1

Grundsatz

Auf der Grundlage von Sonderauswertungen zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch werden die Regelbedarfsstufen nach den §§ 2 bis 8 dieses Gesetzes ermittelt.

§ 2

Bestimmung der Referenzhaushalte

Der Ermittlung der Regelbedarfsstufen nach der Anlage zu § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch liegen die Verbrauchsausgaben zugrunde von

1. Haushalten, in denen eine erwachsene Person allein lebt (Einpersonenhaushalte) und
2. Haushalten, in denen Paare mit einem Kind leben (Familienhaushalte).

§ 3

Abgrenzung der Referenzhaushalte

(1) Von den Haushalten nach § 2 sind diejenigen Haushalte nicht als Referenzhaushalte zu berücksichtigen, in denen Leistungsberechtigte leben, die im Erhebungszeitraum folgende Leistungen bezogen haben:

1. Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch,

2. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch,
3. Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch.

(2) Nicht auszuschließen von den Haushalten nach Absatz 1 sind Leistungsberechtigte nach Absatz 1 Nummer 1 bis 3, wenn sie im Erhebungszeitraum

1. zusätzlich Erwerbseinkommen bezogen haben, das nicht als Einkommen berücksichtigt wurde,
2. einen Zuschlag nach § 24 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch in der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Fassung bezogen haben,
3. Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz bezogen haben oder
4. Anspruch auf eine Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz gehabt haben.

§ 4

Abgrenzung untere Einkommensschichten

Der Abgrenzung der Referenzhaushalte nach § 2 liegen die nach ihrem Nettoeinkommen geschichteten Einpersonen- und Familienhaushalte der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 zugrunde. Nach Herausnahme der nach § 3 Absatz 1 nicht zu berücksichtigenden Haushalte werden als Referenzhaushalte für die Ermittlung der Regelbedarfe berücksichtigt:

1. von den Einpersonenhaushalten nach § 2 Nummer 1 die unteren 15 Prozent der Haushalte und
2. von den Familienhaushalten nach § 2 Nummer 2 die unteren 20 Prozent der Haushalte.

§ 5

Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben der Einpersonenhaushalte

(1) Von den Verbrauchsausgaben der Einpersonenhaushalte nach § 4 Satz 2 Nummer 1 werden für die Ermittlung des Regelbedarfs folgende Verbrauchsausgaben der einzelnen Abteilungen der Sonderauswertung für den Regelbedarf berücksichtigt (regelbedarfsrelevant):

Abteilung 1 (Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke)	128,46 Euro
Abteilung 3 (Bekleidung und Schuhe)	30,40 Euro
Abteilung 4 (Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung)	30,24 Euro
Abteilung 5 (Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände)	27,41 Euro
Abteilung 6 (Gesundheitspflege)	15,55 Euro
Abteilung 7 (Verkehr)	22,78 Euro
Abteilung 8 (Nachrichtenübermittlung)	31,96 Euro
Abteilung 9 (Freizeit, Unterhaltung, Kultur)	39,96 Euro

Abteilung 10 (Bildung)	1,39 Euro
Abteilung 11 (Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen)	7,16 Euro
Abteilung 12 (Andere Waren und Dienstleistungen)	26,50 Euro

(2) Die Summe der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben der Einpersonenhaushalte nach Absatz 1 beträgt 361,81 Euro.

§ 6

Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben der Familienhaushalte

(1) Von den Verbrauchsausgaben der Familienhaushalte nach § 4 Satz 2 Nummer 2 werden bei Kindern und Jugendlichen folgende Verbrauchsausgaben als regelbedarfsrelevant berücksichtigt:

1. Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres:

Abteilung 1 (Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke)	78,67 Euro
Abteilung 3 (Bekleidung und Schuhe)	31,18 Euro
Abteilung 4 (Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung)	7,04 Euro
Abteilung 5 (Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände)	13,64 Euro
Abteilung 6 (Gesundheitspflege)	6,09 Euro
Abteilung 7 (Verkehr)	11,79 Euro
Abteilung 8 (Nachrichtenübermittlung)	15,75 Euro
Abteilung 9 (Freizeit, Unterhaltung, Kultur)	35,93 Euro
Abteilung 10 (Bildung)	0,98 Euro
Abteilung 11 (Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen)	1,44 Euro
Abteilung 12 (Andere Waren und Dienstleistungen)	9,18 Euro

2. Kinder vom Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres:

Abteilung 1 (Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke)	96,55 Euro
Abteilung 3 (Bekleidung und Schuhe)	33,32 Euro
Abteilung 4 (Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung)	11,07 Euro
Abteilung 5 (Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände)	11,77 Euro
Abteilung 6 (Gesundheitspflege)	4,95 Euro
Abteilung 7 (Verkehr)	14,00 Euro
Abteilung 8 (Nachrichtenübermittlung)	15,35 Euro
Abteilung 9 (Freizeit, Unterhaltung, Kultur)	41,33 Euro
Abteilung 10 (Bildung)	1,16 Euro
Abteilung 11 (Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen)	3,51 Euro
Abteilung 12 (Andere Waren und Dienstleistungen)	7,31 Euro

3. Jugendliche vom Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres:

Abteilung 1 (Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke)	124,02 Euro
Abteilung 3 (Bekleidung und Schuhe)	37,21 Euro
Abteilung 4 (Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung)	15,34 Euro
Abteilung 5 (Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände)	14,72 Euro

Abteilung 6 (Gesundheitspflege)	6,56 Euro
Abteilung 7 (Verkehr)	12,62 Euro
Abteilung 8 (Nachrichtenübermittlung)	15,79 Euro
Abteilung 9 (Freizeit, Unterhaltung, Kultur)	31,41 Euro
Abteilung 10 (Bildung)	0,29 Euro
Abteilung 11 (Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen)	4,78 Euro
Abteilung 12 (Andere Waren und Dienstleistungen)	10,88 Euro

(2) Die Summe der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben, die im Familienhaushalt Kindern und Jugendlichen zugerechnet werden, beträgt

1. nach Absatz 1 Nummer 1 für Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres 211,69 Euro,
2. nach Absatz 1 Nummer 2 für Kinder vom Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 240,32 Euro und
3. nach Absatz 1 Nummer 3 für Jugendliche vom Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres 273,62 Euro.

§ 7

Fortschreibung der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben

(1) Die Summen der für das Jahr 2008 ermittelten regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben nach § 5 Absatz 2 und § 6 Absatz 2 werden entsprechend der Fortschreibung der Regelbedarfsstufen nach § 28a des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch fortgeschrieben.

(2) Abweichend von § 28a Absatz 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch bestimmt sich die Veränderung des Mischindex für die Anpassung zum 1. Januar 2011 aus den Jahresdurchschnittswerten des Jahres 2009 gegenüber dem Jahr 2008. Die Veränderungsrate beträgt 0,55 Prozent.

(3) Aufgrund der Fortschreibung nach Absatz 2 und in Anwendung der Rundungsregelung nach § 28 Absatz 4 Satz 5 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch beläuft sich die Summe der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben für Erwachsene nach § 5 Absatz 2 auf 364 Euro.

(4) Aufgrund der Fortschreibung nach Absatz 1 und in Anwendung der Rundungsregelung nach § 28 Absatz 4 Satz 5 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch beläuft sich die Summe der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben für Kinder und Jugendliche nach

1. § 6 Absatz 2 Nummer 1 auf 213 Euro,
2. § 6 Absatz 2 Nummer 2 auf 242 Euro und
3. § 6 Absatz 2 Nummer 3 auf 275 Euro.

§ 8

Regelbedarfsstufen

(1) Die Regelbedarfsstufen nach der Anlage zu § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch belaufen sich

1. für alleinstehende oder alleinerziehende Leistungsberechtigte (Regelbedarfsstufe 1) auf 364 Euro,
2. für Ehegatten und Lebenspartner sowie andere erwachsene Leistungsberechtigte, die in einem gemeinsamen Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften (Regelbedarfsstufe 2) auf 328 Euro,
3. für erwachsene Leistungsberechtigte, die keinen eigenen Haushalt führen, weil sie im Haushalt anderer Personen leben (Regelbedarfsstufe 3), auf 291 Euro,
4. für Jugendliche vom Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (Regelbedarfsstufe 4) auf 275 Euro,
5. für Kinder vom Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (Regelbedarfsstufe 5) auf 242 Euro und
6. für Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres (Regelbedarfsstufe 6) auf 213 Euro.

(2) Für die Regelbedarfsstufen 4 bis 6 tritt zum 1. Januar 2011 in der Anlage zu § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch an die Stelle der Beträge nach Absatz 1 Nummer 4 bis 6

1. für die Regelbedarfsstufe 4 der Betrag von 287 Euro,
2. für die Regelbedarfsstufe 5 der Betrag von 251 Euro,
3. für die Regelbedarfsstufe 6 der Betrag von 215 Euro.

§ 9

Eigenanteil für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung

Für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung für Schülerinnen und Schüler nach § 34 Absatz 5 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch wird zur Ermittlung der Mehraufwendungen je Schultag für die ersparten häuslichen Verbrauchsausgaben für ein Mittagessen (Eigenanteil) ein Betrag von einem Euro berücksichtigt. Für Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, gilt Satz 1 entsprechend.

Artikel 2

Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

Das Zweite Buch Sozialgesetzbuch - Grundsicherung für Arbeitsuchende - (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003, BGBl. I S. 2954, 2955), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe zu § 4 wird wie folgt gefasst:

„§ 4 Leistungsformen“.

b) Die Angabe zu § 7 wird wie folgt gefasst:

„§ 7 Leistungsberechtigte“.

c) Nach der Angabe zu § 11 werden folgende Angaben zu den §§ 11a und 11b eingefügt:

„§ 11a Nicht zu berücksichtigendes Einkommen

§ 11b Absetzbeträge“.

d) Die Angaben zum Abschnitt 2 des Kapitels 3 werden wie folgt gefasst:

„ A b s c h n i t t 2

L e i s t u n g e n z u r S i c h e r u n g d e s L e b e n s u n t e r h a l t s

Unterabschnitt 1

Leistungsanspruch

§ 19 Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Leistungen für Bildung und Teilhabe

Unterabschnitt 2

Arbeitslosengeld II und Sozialgeld

§ 20 Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts

§ 21 Mehrbedarfe

§ 22 Bedarfe für Unterkunft und Heizung

§ 22a Satzungsermächtigung

§ 22b Inhalt der Satzung

§ 22c Datenerhebung, -auswertung und -überprüfung

§ 23 Besonderheiten beim Sozialgeld

Unterabschnitt 3

Abweichende Leistungserbringung und weitere Leistungen

§ 24 Abweichende Erbringung von Leistungen

§ 25 Leistungen bei medizinischer Rehabilitation der Rentenversicherung und bei Anspruch auf Verletztengeld aus der Unfallversicherung

§ 26 Zuschuss zu Versicherungsbeiträgen

§ 27 Leistungen für Auszubildende

Unterabschnitt 4

Leistungen für Bildung und Teilhabe

§ 28 Bedarfe für Bildung und Teilhabe

§ 29 Erbringung der Leistungen für Bildung und Teilhabe

§ 30 Gültigkeit und Abrechnung der Gutscheine

§ 30a Erbringung der Leistungen durch Kostenübernahmeerklärung

Unterabschnitt 5

Sanktionen

§ 31 Pflichtverletzungen

§ 31a Rechtsfolgen bei Pflichtverletzungen

§ 31b Beginn und Dauer der Minderung

§ 32 Meldeversäumnisse

Unterabschnitt 6

Verpflichtungen Anderer

§ 33 Übergang von Ansprüchen

§ 34 Ersatzansprüche bei sozialwidrigem Verhalten

§ 34a Ersatzansprüche für rechtswidrig erhaltene Leistungen

§ 34b Ersatzansprüche nach sonstigen Vorschriften

§ 35 Erbenhaftung“.

e) Nach der Angabe zu § 42 wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 42a Darlehen“.

f) Nach der Angabe zu § 43 wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 43a Verteilung von Teilzahlungen“.

g) Die Angabe zu § 44d wird wie folgt gefasst:

„§ 44d Geschäftsführerin, Geschäftsführer“.

h) Die Angabe zu § 74 wird wie folgt gefasst:

„§ 74 (weggefallen)“.

i) Nach der Angabe zu § 76 wird folgende Angabe angefügt:

„§ 77 Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“.

2. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll es Leistungsberechtigten ermöglichen, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht.“

b) Die bisherigen Absätze 1 und 2 werden die Absätze 2 und 3.

c) Der neue Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.

cc) Satz 4 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 2 werden die Wörter „des Hilfebedürftigen“ durch die Wörter „einer leistungsberechtigten Person“ ersetzt.

bbb) In Nummer 3 und 4 wird jeweils das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.

ccc) In Nummer 5 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

ddd) Folgende Nummer wird angefügt:

„6. Anreize zur Aufnahme und Ausübung einer Erwerbstätigkeit geschaffen und aufrechterhalten werden.“

3. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Wörter „Der erwerbsfähige Hilfebedürftige“ durch die Wörter „Eine erwerbsfähige leistungsberechtigte Person“ und das Wort „seiner“ durch das Wort „ihre“ ersetzt.

cc) In Satz 3 werden die Wörter „der erwerbsfähige Hilfebedürftige“ durch die Wörter „die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person“ und das Wort „ihm“ durch das Wort „ihr“ ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 1 und 2 wird jeweils das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.

4. § 3 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 und Absatz 3 wird jeweils das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 1 und 2 sowie in Absatz 2a und 2b wird jeweils das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.

5. § 4 wird wie folgt gefasst:

„§ 4

Leistungsformen

(1) Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden erbracht in Form von

1. Dienstleistungen,
2. Geldleistungen,
3. Gutscheinen und
4. Sachleistungen.

(2) Die nach § 6 zuständigen Träger wirken darauf hin, dass erwerbsfähige Leistungsberechtigte und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen die erforderliche Beratung und Hilfe anderer Träger, insbesondere der Kranken- und Rentenversicherung, erhalten. Die nach § 6 zuständigen Träger wirken auch darauf hin, dass Kinder und Jugendliche Zugang zu geeigneten vorhandenen Angeboten der gesellschaftlichen Teilhabe erhalten. Sie arbeiten zu diesem Zweck mit Schulen und Kindertageseinrichtungen, den Trägern der Jugendhilfe, den Gemeinden und Gemeindeverbänden, freien Trägern, Vereinen und Verbänden und sonstigen handelnden Personen vor Ort zusammen. Sie sollen die Eltern unterstützen und in geeigneter Weise dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche Leistungen für Bildung und Teilhabe möglichst in Anspruch nehmen.“

6. In § 5 Absatz 3 Satz 1 wird das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.

7. § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. die kreisfreien Städte und Kreise für die Leistungen nach § 16a, das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld, soweit Arbeitslosengeld II und Sozialgeld für den Bedarf für Unterkunft und Heizung geleistet wird, die Leistungen nach § 24 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 und 2, § 27 Absatz 3 sowie § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2, soweit durch Landesrecht nicht andere Träger bestimmt sind (kommunale Träger).“

8. Nach § 6b Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) Für die Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln des Bundes durch die zugelassenen kommunalen Träger gelten die haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Bundes, soweit in Rechtsvorschriften des Bundes oder Vereinbarungen des Bundes mit den zugelassenen kommunalen Trägern nicht etwas anderes bestimmt ist.“

9. § 6c wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „Beamten und Arbeitnehmer“ durch die Wörter „Beamtinnen und Beamten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ ersetzt.

bb) Satz 3 wird wie folgt geändert:

- aaa) Nach den Wörtern „eines nach Satz 1 übergetretenen“ werden die Wörter „Beamtinnen und“ eingefügt.
 - bbb) Nach den Wörtern „der nach Satz 1 übergetretenen“ werden die Wörter „Beamten und Arbeitnehmer“ durch die Wörter „Beamtinnen und Beamten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ ersetzt.
- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird das Wort „Beamte“ durch die Wörter „Beamtinnen und Beamte“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Treten“ die Wörter „Arbeitnehmerinnen und“ eingefügt.
 - cc) In Satz 4 werden die Wörter „Beamten oder Arbeitnehmern“ durch die Wörter „Beamtinnen und Beamten, Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern“ ersetzt.
 - dd) In Satz 5 wird das Wort „Beamte“ durch die Wörter „Beamtinnen und Beamte“ ersetzt.
- c) In Absatz 4 Satz 1 und 8 wird jeweils das Wort „Beamten“ durch die Wörter „Beamtinnen und Beamten“ ersetzt.
- d) In Absatz 5 Satz 1 wird das Wort „Arbeitnehmern“ durch die Wörter „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ ersetzt.
10. § 7 wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
- „§ 7
Leistungsberechtigte“.
- b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.
 - bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - aaa) In Nummer 1 wird das Wort „Ausländer“ durch die Wörter „Ausländerinnen und Ausländer“ ersetzt und wird nach dem Wort „Deutschland“ das Wort „Arbeitnehmerinnen,“ eingefügt.
 - bbb) In Nummer 2 wird das Wort „Ausländer“ durch die Wörter „Ausländerinnen und Ausländer“ ersetzt.
 - cc) In Satz 3 wird das Wort „Ausländer“ durch die Wörter „Ausländerinnen und Ausländer“ ersetzt.
- c) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.
 - bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Dienstleistungen und Sachleistungen werden ihnen nur erbracht, wenn dadurch Hemmnisse bei der Eingliederung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten beseitigt oder vermindert werden.“

cc) Folgender Satz wird angefügt:

„Zur Deckung der Bedarfe nach § 28 erhalten die dort genannten Personen auch dann Leistungen für Bildung und Teilhabe, wenn sie mit Personen in einem Haushalt zusammenleben, mit denen sie nur deshalb keine Bedarfsgemeinschaft bilden, weil diese auf Grund des zu berücksichtigenden Einkommens oder Vermögens selbst nicht leistungsberechtigt sind.“

d) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.

bb) Nummer 3 wird wie folgt geändert:

aaa) Im Textteil vor Buchstabe a wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.

bbb) In Buchstabe c werden die Wörter „dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ durch die Wörter „der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person“ ersetzt.

e) Absatz 4a wird wie folgt gefasst:

„(4a) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte erhalten keine Leistungen, wenn sie sich ohne Zustimmung des zuständigen Trägers nach diesem Buch außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereichs aufhalten und deshalb nicht für die Eingliederung in Arbeit zur Verfügung stehen. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn für den Aufenthalt außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereichs ein wichtiger Grund vorliegt und die Eingliederung in Arbeit nicht beeinträchtigt wird. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor bei

1. Teilnahme an einer ärztlich verordneten Maßnahme der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation,
2. Teilnahme an einer Veranstaltung, die staatspolitischen, kirchlichen oder gewerkschaftlichen Zwecken dient oder sonst im öffentlichen Interesse liegt oder
3. Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit.

Die Zustimmung kann auch erteilt werden, wenn für den Aufenthalt außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereichs kein wichtiger Grund vorliegt und die Eingliederung in Arbeit nicht beeinträchtigt wird. Die Dauer der Abwesenheiten nach Satz 4 soll in der Regel insgesamt drei Wochen im Kalenderjahr nicht überschreiten.“

f) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts“ durch die Wörter „Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Leistungen für Bildung und Teilhabe“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

g) Absatz 6 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. deren Bedarf sich nach § 12 Absatz 1 Nummer 1 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, nach § 66 Absatz 1 oder § 106 Absatz 1 Nummer 1 des Dritten Buches bemisst oder“.

11. § 7a wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „Vollendung des 65. Lebensjahres“ durch die Wörter „Ablauf des Monats, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden“ ersetzt.
- b) In der Tabelle zu Satz 2 werden die Wörter „Vollendung eines Lebensjahres von“ durch die Wörter „den Ablauf des Monats, in dem ein Lebensalter vollendet wird von“ ersetzt.

12. § 8 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
- b) In Satz 1 wird das Wort „Ausländer“ durch die Wörter „Ausländerinnen und Ausländer“ ersetzt.
- c) Folgender Satz wird angefügt:

„Die rechtliche Möglichkeit, eine Beschäftigung vorbehaltlich einer Zustimmung nach § 39 des Aufenthaltsgesetzes aufzunehmen, ist ausreichend.“

13. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann und die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erhält.“

- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Bei unverheirateten Kindern, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil in einer Bedarfsgemeinschaft leben und die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen sichern können, sind auch das Einkommen und Vermögen der Eltern oder des Elternteils und dessen in Bedarfsgemeinschaft lebenden Partners zu berücksichtigen.“

- bb) In Satz 3 werden nach dem Wort „hilfebedürftig“ die Wörter „dabei bleiben die Bedarfe nach § 28 außer Betracht“ eingefügt.

- cc) Folgender Satz wird angefügt:

„In den Fällen des § 7 Absatz 2 Satz 3 ist Einkommen und Vermögen, soweit es die nach Satz 3 zu berücksichtigenden Bedarfe übersteigt, im Verhältnis mehrerer Leistungsberechtigter zueinander zu gleichen Teilen zu berücksichtigen.“

14. Die §§ 10 und 11 werden wie folgt gefasst:

„§ 10

Zumutbarkeit

(1) Einer erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person ist jede Arbeit zumutbar, es sei denn, dass

1. sie zu der bestimmten Arbeit körperlich, geistig oder seelisch nicht in der Lage ist,
2. die Ausübung der Arbeit die künftige Ausübung der bisherigen überwiegenden Arbeit wesentlich erschweren würde, weil die bisherige Tätigkeit besondere körperliche Anforderungen stellt,
3. die Ausübung der Arbeit die Erziehung ihres Kindes oder des Kindes ihrer Partnerin oder ihres Partners gefährden würde; die Erziehung eines Kindes, das das dritte Lebensjahr vollendet hat, ist in der Regel nicht gefährdet, soweit die Betreuung in einer Tageseinrichtung oder in Tagespflege im Sinne der Vorschriften des Achten Buches oder auf sonstige Weise sichergestellt ist; die zuständigen kommunalen Träger sollen darauf hinwirken, dass erwerbsfähigen Erziehenden vorrangig ein Platz zur Tagesbetreuung des Kindes angeboten wird,
4. die Ausübung der Arbeit mit der Pflege einer oder eines Angehörigen nicht vereinbar wäre und die Pflege nicht auf andere Weise sichergestellt werden kann,
5. der Ausübung der Arbeit ein sonstiger wichtiger Grund entgegensteht.

(2) Eine Arbeit ist nicht allein deshalb unzumutbar, weil

1. sie nicht einer früheren beruflichen Tätigkeit entspricht, für die die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person ausgebildet ist oder die früher ausgeübt wurde,
2. sie im Hinblick auf die Ausbildung der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person als geringerwertig anzusehen ist,
3. der Beschäftigungsort vom Wohnort der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person weiter entfernt ist als ein früherer Beschäftigungs- oder Ausbildungsort,
4. die Arbeitsbedingungen ungünstiger sind als bei den bisherigen Beschäftigungen der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person,
5. sie mit der Beendigung einer Erwerbstätigkeit verbunden ist, es sei denn, es liegen begründete Anhaltspunkte vor, dass durch die bisherige Tätigkeit künftig die Hilfebedürftigkeit beendet werden kann.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für die Teilnahme an Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit entsprechend.

§ 11

Zu berücksichtigendes Einkommen

(1) Als Einkommen zu berücksichtigen sind Einnahmen in Geld oder Geldeswert abzüglich der nach § 11b abzusetzenden Beträge mit Ausnahme der in § 11a genannten Einnahmen. Als Einkommen zu berücksichtigen sind auch Zuflüsse aus darlehensweise gewährten Sozialleistungen, soweit sie dem Lebensunterhalt dienen. Der Kinderzuschlag nach § 6a des Bundeskindergeldgesetzes ist als Einkommen dem jeweiligen Kind zuzu-

rechnen. Dies gilt auch für das Kindergeld für zur Bedarfsgemeinschaft gehörende Kinder, soweit es bei dem jeweiligen Kind zur Sicherung des Lebensunterhalts benötigt wird.

(2) Laufende Einnahmen sind für den Monat zu berücksichtigen, in dem sie zufließen. Zu den laufenden Einnahmen zählen auch Einnahmen, die an einzelnen Tagen eines Monats aufgrund von kurzzeitigen Beschäftigungsverhältnissen erzielt werden. Für laufende Einnahmen, die in größeren als monatlichen Zeitabständen zufließen, gilt Absatz 3 entsprechend.

(3) Einmalige Einnahmen sind in dem Monat, in dem sie zufließen, zu berücksichtigen. Sofern für den Monat des Zuflusses bereits Leistungen ohne Berücksichtigung der einmaligen Einnahme erbracht worden sind, werden sie im Folgemonat berücksichtigt. Entfiel der Leistungsanspruch durch die Berücksichtigung in einem Monat, ist die einmalige Einnahme auf einen Zeitraum von sechs Monaten gleichmäßig aufzuteilen und monatlich mit einem entsprechenden Teilbetrag zu berücksichtigen.“

15. Nach § 11 werden folgende §§ 11a und 11b eingefügt:

„§ 11a

Nicht zu berücksichtigendes Einkommen

(1) Nicht als Einkommen zu berücksichtigen sind

1. Leistungen nach diesem Buch,
2. die Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz und nach den Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes vorsehen,
3. die Renten oder Beihilfen, die nach dem Bundesentschädigungsgesetz für Schaden an Leben sowie an Körper oder Gesundheit erbracht werden, bis zur Höhe der vergleichbaren Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz.

(2) Entschädigungen, die wegen eines Schadens, der kein Vermögensschaden ist, nach § 253 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs geleistet werden, sind nicht als Einkommen zu berücksichtigen.

(3) Leistungen, die auf Grund öffentlich-rechtlicher Vorschriften zu einem ausdrücklich genannten Zweck erbracht werden, sind nur soweit als Einkommen zu berücksichtigen, als die Leistungen nach diesem Buch im Einzelfall demselben Zweck dienen. Abweichend von Satz 1 sind als Einkommen zu berücksichtigen

1. die Leistungen nach § 39 des Achten Buches, die für den erzieherischen Einsatz erbracht werden,
 - a) für das dritte Pflegekind zu 75 Prozent,
 - b) für das vierte und jedes weitere Pflegekind vollständig,
2. die Leistungen nach § 23 des Achten Buches.

(4) Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege sind nicht als Einkommen zu berücksichtigen, soweit sie die Lage der Empfängerinnen und Empfänger nicht so günstig beeinflussen, dass daneben Leistungen nach diesem Buch nicht gerechtfertigt wären.

(5) Zuwendungen, die ein anderer erbringt, ohne hierzu eine rechtliche oder sittliche Pflicht zu haben, sind nicht als Einkommen zu berücksichtigen, soweit

1. ihre Berücksichtigung für die Leistungsberechtigten grob unbillig wäre oder
2. sie die Lage der Leistungsberechtigten nicht so günstig beeinflussen, dass daneben Leistungen nach diesem Buch nicht gerechtfertigt wären.

(6) Nicht als Einkommen zu berücksichtigen sind Darlehen, die ausdrücklich einem anderen Zweck als der Sicherung des Lebensunterhalts zu dienen bestimmt sind.

§ 11b

Absetzbeträge

(1) Vom Einkommen abzusetzen sind

1. auf das Einkommen entrichtete Steuern,
2. Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung einschließlich der Beiträge zur Arbeitsförderung,
3. Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen, soweit diese Beiträge gesetzlich vorgeschrieben oder nach Grund und Höhe angemessen sind; hierzu gehören Beiträge
 - a) zur Vorsorge für den Fall der Krankheit und der Pflegebedürftigkeit für Personen, die in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht versicherungspflichtig sind,
 - b) zur Altersvorsorge von Personen, die von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit sind,soweit die Beiträge nicht nach § 26 bezuschusst werden,
4. geförderte Altersvorsorgebeiträge nach § 82 des Einkommensteuergesetzes, soweit sie den Mindesteigenbeitrag nach § 86 des Einkommensteuergesetzes nicht überschreiten,
5. die mit der Erzielung des Einkommens verbundenen notwendigen Ausgaben,
6. für Erwerbstätige ferner ein Betrag nach Absatz 4,
7. Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen bis zu dem in einem Unterhaltstitel oder in einer notariell beurkundeten Unterhaltsvereinbarung festgelegten Betrag,
8. bei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, deren Einkommen nach dem Vierten Abschnitt des Bundesausbildungsförderungsgesetzes oder nach den §§ 71 oder 108 des Dritten Buches bei der Berechnung der Leistungen der Ausbildungsförderung für mindestens ein Kind berücksichtigt wird, der nach den Vorschriften der Ausbildungsförderung berücksichtigte Betrag.

Bei der Verteilung einer einmaligen Einnahme nach § 11 Absatz 3 Satz 3 sind die auf die einmalige Einnahme im Zuflussmonat entfallenden Beträge nach den Nummern 1, 2, 5 und 6 vorweg abzusetzen.

(2) Von Darlehen sind ab dem in § 11 Absatz 3 genannten Zeitpunkt für die Dauer von sechs Monaten auch die geleisteten Tilgungsbeiträge und Zinsen abzusetzen.

(3) Bei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die erwerbstätig sind, ist an Stelle der Beträge nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 bis 5 ein Betrag von insgesamt 100 Euro monatlich abzusetzen. Beträgt das monatliche Einkommen mehr als 400 Euro, gilt Satz 1 nicht, wenn die oder der erwerbsfähige Leistungsberechtigte nachweist, dass die Summe der Beträge nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 bis 5 den Betrag von 100 Euro übersteigt.

(4) Bei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die erwerbstätig sind, ist von dem monatlichen Einkommen aus Erwerbstätigkeit ein weiterer Betrag abzusetzen. Dieser beläuft sich

1. für den Teil des monatlichen Einkommens, das 100 Euro übersteigt und nicht mehr als 1 000 Euro beträgt, auf 20 Prozent und
2. für den Teil des monatlichen Einkommens, das 1 000 Euro übersteigt und nicht mehr als 1 200 Euro beträgt, auf 10 Prozent.

An Stelle des Betrages von 1 200 Euro tritt für erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die entweder mit mindestens einem minderjährigen Kind in Bedarfsgemeinschaft leben oder die mindestens ein minderjähriges Kind haben, ein Betrag von 1 500 Euro.“

16. § 12 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. ein Grundfreibetrag in Höhe von 150 Euro je vollendetem Lebensjahr für jede in der Bedarfsgemeinschaft lebende volljährige Person und deren Partnerin oder Partner, mindestens aber jeweils 3 100 Euro; der Grundfreibetrag darf für jede volljährige Person und ihre Partnerin oder ihren Partner jeweils den nach Satz 2 maßgebenden Höchstbetrag nicht übersteigen,“.

bb) In Nummer 1a wird das Wort „hilfebedürftige“ durch das Wort „leistungsberechtigte“ ersetzt.

cc) In Nummer 2 werden nach dem Wort „soweit“ die Wörter „die Inhaberin oder“ eingefügt.

dd) In Nummer 3 werden nach dem Wort „soweit“ die Wörter „die Inhaberin oder“ eingefügt und die Wörter „des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und seines Partners“ durch die Wörter „der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person und deren Partner“ ersetzt.

ee) In Nummer 4 wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.

b) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. ein angemessenes Kraftfahrzeug für jede in der Bedarfsgemeinschaft lebende erwerbsfähige Person,“.

bb) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. von der Inhaberin oder dem Inhaber als für die Altersvorsorge bestimmt bezeichnete Vermögensgegenstände in angemessenem Umfang, wenn die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person oder deren Partner von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit ist,“.

17. § 12a wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.

b) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Abweichend von Satz 1 sind Leistungsberechtigte nicht verpflichtet,

1. bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres eine Rente wegen Alters vorzeitig in Anspruch zu nehmen oder
2. Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz oder Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz in Anspruch zu nehmen, wenn dadurch nicht die Hilfebedürftigkeit aller Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft für einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens drei Monaten beseitigt würde.“

18. § 13 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Nummer 3 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

b) Folgende Nummer wird angefügt:

„4. welche durchschnittlichen monatlichen Beträge für einzelne Bedarfe nach § 28 für die Prüfung der Hilfebedürftigkeit zu berücksichtigen sind und welcher Eigenanteil des maßgebenden Regelbedarfs bei der Bemessung des Bedarfs nach § 28 Absatz 5 zugrunde zu legen ist.“

c) In Absatz 2 wird das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.

d) Folgender Absatz wird angefügt:

„(3) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates nähere Bestimmungen zum zeit- und ortsnahen Bereich (§ 7 Absatz 4a) sowie dazu zu treffen, wie lange und unter welchen Voraussetzungen sich erwerbsfähige Leistungsberechtigte außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereichs aufhalten dürfen, ohne Ansprüche auf Leistungen nach diesem Buch zu verlieren.“

19. § 14 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.

b) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Agentur für Arbeit soll eine persönliche Ansprechpartnerin oder einen persönlichen Ansprechpartner für jede erwerbsfähige leistungsberechtigte Person und die mit dieser in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen benennen.“

20. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „jedem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen die für seine“ durch die Wörter „jeder erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person die für ihre“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Leistungen“ die Wörter „die oder“ eingefügt.

bbb) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. welche Bemühungen erwerbsfähige Leistungsberechtigte in welcher Häufigkeit zur Eingliederung in Arbeit mindestens unternehmen müssen und in welcher Form diese Bemühungen nachzuweisen sind,“.

ccc) In Nummer 3 werden die Wörter „der erwerbsfähige Hilfebedürftige zu beantragen hat“ durch die Wörter „erwerbsfähige Leistungsberechtigte zu beantragen haben“ ersetzt.

b) In Absatz 2 werden die Wörter „dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ durch die Wörter „der oder dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten“ ersetzt.

c) In Absatz 3 werden die Wörter „der erwerbsfähige Hilfebedürftige schadenersatzpflichtig ist, wenn er die Maßnahme aus einem von“ durch die Wörter „die oder der erwerbsfähige Leistungsberechtigte schadenersatzpflichtig ist, wenn sie oder er die Maßnahme aus einem von ihr oder“ ersetzt.

21. In § 16 Absatz 1 Satz 3 wird das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.

22. In § 16a werden die Wörter „des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ durch die Wörter „der oder des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten“ ersetzt.

23. § 16b wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „der erwerbsfähige Hilfebedürftige“ durch die Wörter „die oder der erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ ersetzt.

c) In Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „der für den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen jeweils maßgebenden Regelleistung“ durch die Wörter „dem für die oder den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten jeweils maßgebenden Regelbedarf“ ersetzt.

24. § 16c wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.

25. § 16d wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.
- b) In Satz 2 wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ und das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.

26. § 16e wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 1 werden die Wörter „der erwerbsfähige Hilfebedürftige“ durch die Wörter „die oder der erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ ersetzt und nach den Wörtern „und in“ die Wörter „ihren oder“ eingefügt und das Wort „seiner“ durch die Wörter „ihrer oder seiner“ ersetzt.

bbb) In Nummer 2 werden die Wörter „der erwerbsfähige Hilfebedürftige“ durch die Wörter „die oder der erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ ersetzt.

ccc) In Nummer 4 werden die Wörter „dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ durch die Wörter „der oder dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten“ ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ durch die Wörter „der oder des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten“ ersetzt.

c) In Absatz 4 Nummer 2 werden nach den Wörtern „zwölf Monate je“ die Wörter „Arbeitnehmerin oder“ eingefügt.

d) In Absatz 5 werden die Wörter „des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ durch die Wörter „der oder des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten“ ersetzt.

e) In Absatz 6 werden die Wörter „Wird ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger“ durch die Wörter „Werden erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ ersetzt.

f) In Absatz 7 Satz 1 und 2 werden jeweils nach dem Wort „dass“ die Wörter „die Arbeitnehmerin oder“ eingefügt.

g) In Absatz 8 Nummer 1 werden vor den Wörtern „vom Arbeitnehmer“ die Wörter „von der Arbeitnehmerin oder“ eingefügt.

h) In Absatz 10 wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.

27. § 16g wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Hilfebedürftigkeit“ die Wörter „der oder“ und nach den Wörtern „wirtschaftlich erscheint und“ die Wörter „die oder“ eingefügt.

- b) In Absatz 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Hilfebedürftigkeit“ die Wörter „der oder“ eingefügt.
28. In § 18 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „und Arbeitnehmer“ durch die Wörter „sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ ersetzt.
29. In § 18a Satz 1 und 2 Nummer 1 wird jeweils das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.
30. In § 18d Satz 6 werden die Wörter „Sätze 1 bis 4“ durch die Wörter „Sätze 1 bis 5“ ersetzt.
31. Der Abschnitt 2 des Kapitels 3 wird wie folgt gefasst:

„A b s c h n i t t 2

L e i s t u n g e n z u r S i c h e r u n g d e s L e b e n s u n t e r h a l t s

Unterabschnitt 1

Leistungsanspruch

§ 19

Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Leistungen für Bildung und Teilhabe

(1) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte erhalten Arbeitslosengeld II. Nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte, die mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einer Bedarfsgemeinschaft leben, erhalten Sozialgeld, soweit sie keinen Anspruch auf Leistungen nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches haben. Die Leistungen umfassen den Regelbedarf, Mehrbedarfe und den Bedarf für Unterkunft und Heizung.

(2) Leistungsberechtigte haben unter den Voraussetzungen des § 28 Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe, soweit sie keinen Anspruch auf Leistungen nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches haben. Soweit für Kinder Leistungen zur Deckung von Bedarfen für Bildung und Teilhabe nach § 6a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 des Bundeskindergeldgesetzes gewährt werden, haben sie keinen Anspruch auf entsprechende Leistungen zur Deckung von Bedarfen nach § 28.

(3) Die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts werden in Höhe der Bedarfe nach den Absätzen 1 und 2 erbracht, soweit diese nicht durch das zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen gedeckt sind. Zu berücksichtigendes Einkommen und Vermögen deckt zunächst die Bedarfe nach den §§ 20, 21 und 23, darüber hinaus die Bedarfe nach § 22. Sind nur noch Leistungen für Bildung und Teilhabe zu leisten, deckt weiteres zu berücksichtigendes Einkommen und Vermögen die Bedarfe in der Reihenfolge der Absätze 2 bis 6 nach § 28.

Unterabschnitt 2

Arbeitslosengeld II und Sozialgeld

§ 20

Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts

(1) Der Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts umfasst insbesondere Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie ohne die auf die Heizung entfallenden Anteile sowie persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens. Zu den persönlichen Bedürfnissen des täglichen Lebens gehört in vertretbarem Umfang eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft. Der Regelbedarf wird als monatlicher Pauschalbetrag berücksichtigt. Über die Verwendung der zur Deckung des Regelbedarfs erbrachten Leistungen entscheiden die Leistungsberechtigten eigenverantwortlich; dabei haben sie das Eintreten unregelmäßig anfallender Bedarfe zu berücksichtigen.

(2) Als Regelbedarf werden bei Personen, die alleinstehend oder alleinerziehend sind oder deren Partnerin oder Partner minderjährig ist, monatlich 364 Euro anerkannt. Für sonstige erwerbsfähige Angehörige der Bedarfsgemeinschaft werden als Regelbedarf monatlich 275 Euro anerkannt.

(3) Abweichend von Absatz 2 Satz 1 ist bei Personen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und ohne Zusicherung des zuständigen kommunalen Trägers nach § 22 Absatz 5 umziehen, bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres der in Absatz 2 Satz 2 genannte Betrag als Regelbedarf anzuerkennen.

(4) Haben zwei Partner der Bedarfsgemeinschaft das 18. Lebensjahr vollendet, ist als Regelbedarf für jede dieser Personen ein Betrag in Höhe von monatlich 328 Euro anzuerkennen.

(5) Die Regelbedarfe nach den Absätzen 2 bis 4 sowie nach § 23 Nummer 1 werden jeweils zum 1. Januar eines Jahres entsprechend § 28a des Zwölften Buches in Verbindung mit der Verordnung nach § 40 Satz 1 Nummer 1 des Zwölften Buches angepasst. Für die Neuermittlung der Regelbedarfe findet § 28 des Zwölften Buches in Verbindung mit dem Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz entsprechende Anwendung. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gibt jeweils spätestens zum 31. Dezember eines Kalenderjahres die Höhe der Regelbedarfe, die für die folgenden zwölf Monate maßgebend sind, im Bundesgesetzblatt bekannt.

§ 21

Mehrbedarfe

(1) Mehrbedarfe umfassen Bedarfe nach den Absätzen 2 bis 6, die nicht durch den Regelbedarf abgedeckt sind.

(2) Bei werdenden Müttern wird nach der zwölften Schwangerschaftswoche ein Mehrbedarf von 17 Prozent des nach § 20 maßgebenden Regelbedarfs anerkannt.

(3) Bei Personen, die mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern zusammenleben und allein für deren Pflege und Erziehung sorgen, ist ein Mehrbedarf anzuerkennen.

1. in Höhe von 36 Prozent des nach § 20 Absatz 2 maßgebenden Bedarfs, wenn sie mit einem Kind unter sieben Jahren oder mit zwei oder drei Kindern unter 16 Jahren zusammenleben, oder
2. in Höhe von 12 Prozent des nach § 20 Absatz 2 maßgebenden Bedarfs für jedes Kind, wenn sich dadurch ein höherer Prozentsatz als nach der Nummer 1 ergibt, höchstens jedoch in Höhe von 60 Prozent des nach § 20 Absatz 2 maßgebenden Regelbedarfs.

(4) Bei erwerbsfähigen behinderten Leistungsberechtigten, denen Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 33 des Neunten Buches sowie sonstige Hilfen zur Erlangung eines geeigneten Platzes im Arbeitsleben oder Eingliederungshilfen nach § 54 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 des Zwölften Buches erbracht werden, wird ein Mehrbedarf von 35 Prozent des nach § 20 maßgebenden Regelbedarfs anerkannt. Satz 1 kann auch nach Beendigung der dort genannten Maßnahmen während einer angemessenen Übergangszeit, vor allem einer Einarbeitungszeit, angewendet werden.

(5) Bei Leistungsberechtigten, die aus medizinischen Gründen einer kostenaufwändigen Ernährung bedürfen, wird ein Mehrbedarf in angemessener Höhe anerkannt.

(6) Bei Leistungsberechtigten wird ein Mehrbedarf anerkannt, soweit im Einzelfall ein unabweisbarer, laufender, nicht nur einmaliger besonderer Bedarf besteht. Der Mehrbedarf ist unabweisbar, wenn er insbesondere nicht durch die Zuwendungen Dritter sowie unter Berücksichtigung von Einsparmöglichkeiten der Leistungsberechtigten gedeckt ist und seiner Höhe nach erheblich von einem durchschnittlichen Bedarf abweicht.

(7) Die Summe des insgesamt anerkannten Mehrbedarfs nach den Absätzen 2 bis 5 darf die Höhe des für erwerbsfähige Leistungsberechtigte maßgebenden Regelbedarfs nicht übersteigen.

§ 22

Bedarfe für Unterkunft und Heizung

(1) Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen anerkannt, soweit diese angemessen sind. Erhöhen sich nach einem nicht erforderlichen Umzug die angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung, wird nur der bisherige Bedarf anerkannt. Soweit die Aufwendungen für die Unterkunft und Heizung den der Besonderheit des Einzelfalles angemessenen Umfang übersteigen, sind sie als Bedarf so lange anzuerkennen, wie es der oder dem alleinstehenden Leistungsberechtigten oder der Bedarfsgemeinschaft nicht möglich oder nicht zuzumuten ist, durch einen Wohnungswechsel, durch Vermieten oder auf andere Weise die Aufwendungen zu senken, in der Regel jedoch längstens für sechs Monate. Eine Absenkung der nach Satz 1 unangemessenen Aufwendungen muss nicht gefordert werden, wenn diese unter Berücksichtigung der bei einem Wohnungswechsel zu erbringenden Leistungen unwirtschaftlich wäre.

(2) Als Bedarf für die Unterkunft werden auch unabweisbare Aufwendungen für Instandhaltung und Reparatur bei selbst bewohntem Wohneigentum im Sinne des § 12 Absatz 3 Satz 1 Nummer 4 anerkannt, soweit diese unter Berücksichtigung der im laufenden sowie den darauf folgenden elf Kalendermonaten anfallenden Aufwendungen insgesamt angemessen sind. Übersteigen unabweisbare Aufwendungen für Instandhaltung und Reparatur den Bedarf für die Unterkunft nach Satz 1, kann der kommunale Träger zur Deckung dieses Teils der Aufwendungen ein Darlehen erbringen.

(3) Rückzahlungen und Guthaben, die dem Bedarf für Unterkunft und Heizung zuzuordnen sind, mindern die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach dem Monat der Rückzahlung oder der Gutschrift; Rückzahlungen, die sich auf die Kosten für Haushaltsenergie beziehen, bleiben außer Betracht.

(4) Vor Abschluss eines Vertrages über eine neue Unterkunft soll die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person die Zusicherung des für die Leistungserbringung bisher örtlich zuständigen kommunalen Trägers zur Berücksichtigung der Aufwendungen für die neue Unterkunft einholen. Der kommunale Träger ist zur Zusicherung verpflichtet, wenn der Umzug erforderlich ist und die Aufwendungen für die neue Unterkunft angemessen sind; der für den Ort der neuen Unterkunft örtlich zuständige kommunale Träger ist zu beteiligen.

(5) Sofern Personen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, umziehen, werden Bedarfe für Unterkunft und Heizung für die Zeit nach einem Umzug bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres nur anerkannt, wenn der kommunale Träger dies vor Abschluss des Vertrages über die Unterkunft zugesichert hat. Der kommunale Träger ist zur Zusicherung verpflichtet, wenn

1. die oder der Betroffene aus schwerwiegenden sozialen Gründen nicht auf die Wohnung der Eltern oder eines Elternteils verwiesen werden kann,
2. der Bezug der Unterkunft zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt erforderlich ist oder
3. ein sonstiger, ähnlich schwerwiegender Grund vorliegt.

Unter den Voraussetzungen des Satzes 2 kann vom Erfordernis der Zusicherung abgesehen werden, wenn es der oder dem Betroffenen aus wichtigem Grund nicht zumutbar war, die Zusicherung einzuholen. Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden bei Personen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht anerkannt, wenn diese vor der Beantragung von Leistungen in eine Unterkunft in der Absicht umziehen, die Voraussetzungen für die Gewährung der Leistungen herbeizuführen.

(6) Wohnungsbeschaffungskosten und Umzugskosten können bei vorheriger Zusicherung durch den bis zum Umzug örtlich zuständigen kommunalen Träger als Bedarf anerkannt werden; eine Mietkaution kann bei vorheriger Zusicherung durch den am Ort der neuen Unterkunft zuständigen kommunalen Träger als Bedarf anerkannt werden. Die Zusicherung soll erteilt werden, wenn der Umzug durch den kommunalen Träger veranlasst oder aus anderen Gründen notwendig ist und wenn ohne die Zusicherung eine Unterkunft in einem angemessenen Zeitraum nicht gefunden werden kann. Eine Mietkaution soll als Darlehen erbracht werden.

(7) Soweit Arbeitslosengeld II für den Bedarf für Unterkunft und Heizung geleistet wird, ist es auf Antrag der leistungsberechtigten Person an den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte zu zahlen. Es soll an den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte gezahlt werden, wenn die zweckentsprechende Verwendung durch die leistungsberechtigte Person nicht sichergestellt ist. Das ist insbesondere der Fall, wenn

1. Mietrückstände bestehen, die zu einer außerordentlichen Kündigung des Mietverhältnisses berechtigen,
2. Energiekostenrückstände bestehen, die zu einer Unterbrechung der Energieversorgung berechtigen,
3. konkrete Anhaltspunkte für ein krankheits- oder suchtbedingtes Unvermögen der leistungsberechtigten Person bestehen, die Mittel zweckentsprechend zu verwenden, oder

4. konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die im Schuldnerverzeichnis eingetragene leistungsberechtigte Person die Mittel nicht zweckentsprechend verwendet.

Der kommunale Träger hat die leistungsberechtigte Person über eine Zahlung der Leistungen für die Unterkunft und Heizung an den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte schriftlich zu unterrichten.

(8) Sofern Arbeitslosengeld II für den Bedarf für Unterkunft und Heizung erbracht wird, können auch Schulden übernommen werden, soweit dies zur Sicherung der Unterkunft oder zur Behebung einer vergleichbaren Notlage gerechtfertigt ist. Sie sollen übernommen werden, wenn dies gerechtfertigt und notwendig ist und sonst Wohnungslosigkeit einzutreten droht. Vermögen nach § 12 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 ist vorrangig einzusetzen. Geldleistungen sollen als Darlehen erbracht werden.

(9) Geht bei einem Gericht eine Klage auf Räumung von Wohnraum im Falle der Kündigung des Mietverhältnisses nach § 543 Absatz 1, 2 Satz 1 Nummer 3 in Verbindung mit § 569 Absatz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ein, teilt das Gericht dem örtlich zuständigen Träger nach diesem Buch oder der von diesem beauftragten Stelle zur Wahrnehmung der in Absatz 8 bestimmten Aufgaben unverzüglich Folgendes mit:

1. den Tag des Eingangs der Klage,
2. die Namen und die Anschriften der Parteien,
3. die Höhe der monatlich zu entrichtenden Miete,
4. die Höhe des geltend gemachten Mietrückstandes und der geltend gemachten Entschädigung und
5. den Termin zur mündlichen Verhandlung, sofern dieser bereits bestimmt ist.

Außerdem kann der Tag der Rechtshängigkeit mitgeteilt werden. Die Übermittlung unterbleibt, wenn die Nichtzahlung der Miete nach dem Inhalt der Klageschrift offensichtlich nicht auf Zahlungsunfähigkeit der Mieterin oder des Mieters beruht.

§ 22a

Satzungsermächtigung

(1) Die Länder können die Kreise und kreisfreien Städte durch Gesetz ermächtigen oder verpflichten, durch Satzung zu bestimmen, in welcher Höhe Aufwendungen für Unterkunft und Heizung in ihrem Gebiet angemessen sind. Eine solche Satzung bedarf der vorherigen Zustimmung der obersten Landesbehörde oder einer von ihr bestimmten Stelle, wenn dies durch Landesgesetz vorgesehen ist. Die Länder Berlin und Hamburg bestimmen, welche Form der Rechtsetzung an die Stelle einer nach Satz 1 vorgesehenen Satzung tritt. Das Land Bremen kann eine Bestimmung nach Satz 3 treffen.

(2) Die Länder können die Kreise und kreisfreien Städte auch ermächtigen, abweichend von § 22 Absatz 1 Satz 1 die Bedarfe für Unterkunft und Heizung in ihrem Gebiet durch eine monatliche Pauschale zu berücksichtigen, wenn auf dem örtlichen Wohnungsmarkt ausreichend freier Wohnraum verfügbar ist und dies dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entspricht. In der Satzung sind Regelungen für den Fall vorzusehen, dass die Pauschalierung im Einzelfall zu unzumutbaren Ergebnissen führt. Absatz 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

(3) Die Bestimmung der angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung soll die Verhältnisse des einfachen Standards auf dem örtlichen Wohnungsmarkt abbilden. Sie soll die Auswirkungen auf den örtlichen Wohnungsmarkt berücksichtigen hinsichtlich:

1. der Vermeidung von Mietpreis erhöhenden Wirkungen,
2. der Verfügbarkeit von Wohnraum des einfachen Standards und
3. aller verschiedenen Anbietergruppen.

§ 22b

Inhalt der Satzung

(1) In der Satzung ist zu bestimmen,

1. welche Wohnfläche entsprechend der Struktur des örtlichen Wohnungsmarktes als angemessen anerkannt wird und
2. in welcher Höhe Aufwendungen für die Unterkunft als angemessen anerkannt werden.

In der Satzung kann auch die Höhe des als angemessen anerkannten Verbrauchswertes oder der als angemessen anerkannten Aufwendungen für die Heizung bestimmt werden. Bei einer Bestimmung nach Satz 2 kann eine Gesamtangemessenheitsgrenze unter Berücksichtigung der in den Sätzen 1 und 2 genannten Werte gebildet werden. Um die Verhältnisse des einfachen Standards auf dem örtlichen Wohnungsmarkt realitätsgerecht abzubilden, können die Kreise und kreisfreien Städte ihr Gebiet in mehrere Vergleichsräume unterteilen, für die sie jeweils eigene Angemessenheitswerte bestimmen.

(2) Der Satzung ist eine Begründung beizufügen. Darin ist darzulegen, wie die Angemessenheit der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung ermittelt wird. Die Satzung ist mit ihrer Begründung ortsüblich bekannt zu machen.

(3) In der Satzung soll für Personen mit einem besonderen Bedarf für Unterkunft und Heizung eine Sonderregelung getroffen werden. Dies gilt insbesondere für Personen, die einen erhöhten Raumbedarf haben wegen

1. einer Behinderung oder
2. der Ausübung ihres Umgangsrechts.

§ 22c

Datenerhebung, -auswertung und -überprüfung

(1) Zur Bestimmung der angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung sollen die Kreise und kreisfreien Städte insbesondere

1. Mietspiegel, qualifizierte Mietspiegel und Mietdatenbanken und
2. geeignete eigene statistische Datenerhebungen und -auswertungen oder Erhebungen Dritter

einzelnen oder kombiniert berücksichtigen. Hilfsweise können auch die monatlichen Höchstbeträge nach § 12 Absatz 1 des Wohngeldgesetzes berücksichtigt werden. In die Auswertung sollen sowohl Neuvertrags- als auch Bestandsmieten einfließen. Die Methodik der Datenerhebung und -auswertung ist in der Begründung der Satzung darzulegen.

(2) Die Kreise und kreisfreien Städte müssen die durch Satzung bestimmten Werte für die Unterkunft mindestens alle zwei Jahre und die durch Satzung bestimmten Werte für die Heizung mindestens jährlich überprüfen und gegebenenfalls neu festsetzen.

§ 23

Besonderheiten beim Sozialgeld

Beim Sozialgeld gelten ergänzend folgende Maßgaben:

1. Der Regelbedarf beträgt bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres 213 Euro, bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 242 Euro und im 15. Lebensjahr 275 Euro;
2. Mehrbedarfe nach § 21 Absatz 4 werden auch bei behinderten Menschen, die das 15. Lebensjahr vollendet haben, anerkannt, wenn Leistungen der Eingliederungshilfe nach § 54 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des Zwölften Buches erbracht werden;
3. § 21 Absatz 4 Satz 2 gilt auch nach Beendigung der in § 54 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des Zwölften Buches genannten Maßnahmen;
4. bei nicht erwerbsfähigen Personen, die voll erwerbsgemindert nach dem Sechsten Buch sind, wird ein Mehrbedarf von 17 Prozent der nach § 20 maßgebenden Regelbedarfe anerkannt, wenn sie Inhaber eines Ausweises nach § 69 Absatz 5 des Neunten Buches mit dem Merkzeichen G sind; dies gilt nicht, wenn bereits ein Anspruch auf einen Mehrbedarf wegen Behinderung nach § 21 Absatz 4 oder nach den vorstehenden Nummern 2 oder 3 besteht.

Unterabschnitt 3

Abweichende Leistungserbringung und weitere Leistungen

§ 24

Abweichende Erbringung von Leistungen

(1) Kann im Einzelfall ein vom Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts umfasster und nach den Umständen unabweisbarer Bedarf nicht gedeckt werden, erbringt die Agentur für Arbeit bei entsprechendem Nachweis den Bedarf als Sachleistung oder als Geldleistung und gewährt der oder dem Leistungsberechtigten ein entsprechendes Darlehen. Bei Sachleistungen wird das Darlehen in Höhe des für die Agentur für Arbeit entstandenen Anschaffungswertes gewährt. Weiter gehende Leistungen sind ausgeschlossen.

(2) Solange sich Leistungsberechtigte, insbesondere bei Drogen- oder Alkoholabhängigkeit sowie im Falle unwirtschaftlichen Verhaltens, als ungeeignet erweisen, mit den Leistungen für den Regelbedarf nach § 20 ihren Bedarf zu decken, kann das Arbeitslosengeld II bis zur Höhe des Regelbedarfs für den Lebensunterhalt in voller Höhe oder anteilig in Form von Sachleistungen erbracht werden.

(3) Nicht vom Regelbedarf nach § 20 umfasst sind Bedarfe für

1. Erstausrüstungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten,
2. Erstausrüstungen für Bekleidung und Erstausrüstungen bei Schwangerschaft und Geburt sowie
3. Anschaffung und Reparaturen von orthopädischen Schuhen, Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen sowie die Miete von therapeutischen Geräten.

Leistungen für diese Bedarfe werden gesondert erbracht. Leistungen nach Satz 2 werden auch erbracht, wenn Leistungsberechtigte keine Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts einschließlich der angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung benötigen, den Bedarf nach Satz 1 jedoch aus eigenen Kräften und Mitteln nicht voll decken können. In diesem Fall kann das Einkommen berücksichtigt werden, das Leistungsberechtigte innerhalb eines Zeitraumes von bis zu sechs Monaten nach Ablauf des Monats erwerben, in dem über die Leistung entschieden wird. Die Leistungen für Bedarfe nach Satz 1 Nummer 1 und 2 können als Sachleistung oder Geldleistung, auch in Form von Pauschalbeträgen, erbracht werden. Bei der Bemessung der Pauschalbeträge sind geeignete Angaben über die erforderlichen Aufwendungen und nachvollziehbare Erfahrungswerte zu berücksichtigen.

(4) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts können als Darlehen erbracht werden, soweit in dem Monat, für den die Leistungen erbracht werden, voraussichtlich Einnahmen anfallen.

(5) Soweit Leistungsberechtigten der sofortige Verbrauch oder die sofortige Verwertung von zu berücksichtigendem Vermögen nicht möglich ist oder für sie eine besondere Härte bedeuten würde, sind Leistungen als Darlehen zu erbringen. Die Leistungen können davon abhängig gemacht werden, dass der Anspruch auf Rückzahlung dinglich oder in anderer Weise gesichert wird.

(6) In Fällen des § 22 Absatz 5 werden Leistungen für Erstausrüstungen für die Wohnung nur erbracht, wenn der kommunale Träger die Übernahme der Leistungen für Unterkunft und Heizung zugesichert hat oder vom Erfordernis der Zusicherung abgesehen werden konnte.

§ 25

Leistungen bei medizinischer Rehabilitation der Rentenversicherung und bei Anspruch auf Verletztengeld aus der Unfallversicherung

Haben Leistungsberechtigte dem Grunde nach Anspruch auf Übergangsgeld bei medizinischen Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung, erbringen die Träger der Leistungen nach diesem Buch die bisherigen Leistungen als Vorschuss auf die Leistungen der Rentenversicherung weiter; dies gilt entsprechend bei einem Anspruch auf Verletztengeld aus der gesetzlichen Unfallversicherung. Werden Vorschüsse länger als einen Monat geleistet, erhalten die Träger der Leistungen nach diesem Buch von den zur Leistung verpflichteten Trägern monatliche Abschlagszahlungen in Höhe der Vorschüsse des jeweils abgelaufenen Monats. § 102 des Zehnten Buches gilt entsprechend.

§ 26

Zuschuss zu Versicherungsbeiträgen

(1) Für Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, die in der gesetzlichen Krankenversicherung weder versicherungspflichtig noch familienversichert sind und die für den Fall der Krankheit

1. bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen versichert sind, gilt § 12 Absatz 1c Satz 5 und 6 des Versicherungsaufsichtsgesetzes,
2. freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind, wird für die Dauer des Leistungsbezugs der Beitrag übernommen; für Personen, die allein durch den Beitrag zur freiwilligen Versicherung hilfebedürftig würden, wird der Beitrag im notwendigen Umfang übernommen.

Der Beitrag wird ferner für Personen im notwendigen Umfang übernommen, die in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungspflichtig sind und die allein durch den Krankenversicherungsbeitrag hilfebedürftig würden.

(2) Für Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, die in der sozialen Pflegeversicherung weder versicherungspflichtig noch familienversichert sind, werden für die Dauer des Leistungsbezugs die Aufwendungen für eine angemessene private Pflegeversicherung im notwendigen Umfang übernommen. Satz 1 gilt entsprechend, soweit Personen allein durch diese Aufwendungen hilfebedürftig würden. Für Personen, die in der sozialen Pflegeversicherung versicherungspflichtig sind und die allein durch den Pflegeversicherungsbeitrag hilfebedürftig würden, wird der Beitrag im notwendigen Umfang übernommen.

(3) Die Bundesagentur kann den Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung nach § 242 des Fünften Buches für Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld übernehmen, für die der Wechsel der Krankenkasse nach § 175 des Fünften Buches eine besondere Härte bedeuten würde. Satz 1 gilt entsprechend, soweit Personen allein durch diese Aufwendungen hilfebedürftig würden.

§ 27

Leistungen für Auszubildende

(1) Auszubildende, die nach § 7 Absatz 5 keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II und Sozialgeld haben, erhalten Leistungen nach Maßgabe der folgenden Absätze. Die Leistungen für Auszubildende gelten nicht als Arbeitslosengeld II.

(2) Leistungen werden in Höhe der Mehrbedarfe nach § 21 Absatz 2, 3, 5 und 6 und in Höhe der Leistungen nach § 24 Absatz 3 Nummer 2 erbracht, soweit die Mehrbedarfe nicht durch zu berücksichtigendes Einkommen oder Vermögen gedeckt sind.

(3) Erhalten Auszubildende Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld nach dem Dritten Buch oder Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz oder erhalten sie diese nur wegen der Vorschriften zur Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen nicht, und bemisst sich deren Bedarf nach § 65 Absatz 1, § 66 Absatz 3, § 101 Absatz 3, § 105 Absatz 1 Nummer 1 und 4, § 106 Absatz 1 Nummer 2 des Dritten Buches oder nach § 12 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 2, § 13 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 1 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, erhalten sie einen Zuschuss zu ihren angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung (§ 22 Absatz 1 Satz 1), soweit der Bedarf in entsprechender Anwendung des § 19 Absatz 3 ungedeckt

ist. Satz 1 gilt nicht, wenn die Berücksichtigung des Bedarfs für Unterkunft und Heizung nach § 22 Absatz 5 ausgeschlossen ist.

(4) Leistungen können als Darlehen für Regelbedarfe, Bedarfe für Unterkunft und Heizung und notwendige Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung erbracht werden, sofern der Leistungsausschluss nach § 7 Absatz 5 eine besondere Härte bedeutet. Für den Monat der Aufnahme einer Ausbildung können Leistungen entsprechend § 24 Absatz 4 erbracht werden. Leistungen nach den Sätzen 1 und 2 sind gegenüber den Leistungen nach den Absätzen 2 und 3 nachrangig.

Unterabschnitt 4

Leistungen für Bildung und Teilhabe

§ 28

Bedarfe für Bildung und Teilhabe

(1) Bedarfe für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft werden bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen neben dem Regelbedarf nach Maßgabe der Absätze 2 bis 6 gesondert berücksichtigt. Bedarfe für Bildung werden nur bei Personen berücksichtigt, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen und keine Ausbildungsvergütung erhalten (Schülerinnen und Schüler).

(2) Bei Schülerinnen und Schülern werden die tatsächlichen Aufwendungen anerkannt für

1. Schulausflüge und
2. mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen.

Für Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, gilt Satz 1 entsprechend.

(3) Für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf werden bei Schülerinnen und Schülern 70 Euro zum 1. August und 30 Euro zum 1. Februar eines jeden Jahres berücksichtigt.

(4) Bei Schülerinnen und Schülern wird eine schulische Angebote ergänzende angemessene Lernförderung berücksichtigt, soweit diese geeignet und zusätzlich erforderlich ist, um die nach den schulrechtlichen Bestimmungen festgelegten wesentlichen Lernziele zu erreichen.

(5) Bei Schülerinnen und Schülern, die an einer in schulischer Verantwortung angebotenen gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung teilnehmen, werden die entstehenden Mehraufwendungen berücksichtigt. Für die Ermittlung des monatlichen Bedarfs ist die Anzahl der Schultage in dem Land zu Grunde zu legen, in dem der Schulbesuch stattfindet. Für Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, gilt Satz 1 entsprechend.

(6) Bei Leistungsberechtigten bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres wird ein Bedarf zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft in Höhe von insgesamt 10 Euro monatlich berücksichtigt für

1. Mitgliedsbeiträge in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit,

2. Unterricht in künstlerischen Fächern (zum Beispiel Musikunterricht) und vergleichbare angeleitete Aktivitäten der kulturellen Bildung und
3. die Teilnahme an Freizeiten.

§ 29

Erbringung der Leistungen für Bildung und Teilhabe

(1) Leistungen zur Deckung der Bedarfe nach § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1, Absatz 4 bis 6 werden durch personalisierte Gutscheine oder durch Kostenübernahmeerklärungen erbracht. Der Bedarf nach § 28 Absatz 3 wird durch Geldleistung gedeckt; die Agentur für Arbeit kann im begründeten Einzelfall einen Nachweis über eine zweckentsprechende Verwendung der Leistung verlangen. Der kommunale Träger entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen, in welcher Form er die Leistung nach § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 erbringt.

(2) Die Agentur für Arbeit gewährleistet, dass leistungsberechtigte Personen geeignete Leistungsangebote nach § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1, Absatz 4 bis 6 in Anspruch nehmen können. Dazu schließt die Agentur für Arbeit Vereinbarungen mit den Leistungsanbietern nach Absatz 3, die ihre Leistungen im Gebiet des kommunalen Trägers nach § 44b Absatz 1 Satz 1 vorhalten. Nimmt eine leistungsberechtigte Person, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Gebiet des kommunalen Trägers nach Satz 2 hat, Leistungsangebote nach Absatz 1 Satz 1 in dessen Gebiet in Anspruch, gilt die Vereinbarung nach Satz 2 auch für die Agentur für Arbeit, die für diese Person zuständig ist. Die Vereinbarungen werden auch mit Wirkung für die Träger der Leistungen nach § 6a des Bundeskindergeldgesetzes geschlossen.

(3) Für Vereinbarungen nach Absatz 2 gelten die Anforderungen des § 17 Absatz 2 entsprechend. Die Vereinbarungen sollen vorrangig mit gemeinnützigen Trägern, freien Trägern der Jugendhilfe, Stiftungen und im Einzelfall mit Privatpersonen geschlossen werden und haben Regelungen über die außerordentliche Kündigung durch die Agentur für Arbeit für den Fall vorzusehen, dass Anbieter sich als ungeeignet erweisen. Anbieter sind auszuschließen, wenn der Träger der öffentlichen Jugendhilfe eine Gefährdung des Wohls der Kinder oder der Jugendlichen bei der Leistungserbringung geltend macht. Bieten Schulträger oder juristische Personen des öffentlichen Rechts Leistungen an, bedarf es einer Vereinbarung nach Satz 1 nur, soweit die Abrechnung der Leistungen für Bildung und Teilhabe betroffen ist. Dies gilt auch für andere Leistungsanbieter, mit denen der kommunale Träger anderweitige Vereinbarungen abgeschlossen hat, soweit dadurch ein ordnungsgemäßes Leistungsangebot gewährleistet ist.

(4) Der kommunale Träger soll auf sein Verlangen mit dem Abschluss der Vereinbarungen nach Absatz 2 und 3 und mit deren Ausführung und Abrechnung beauftragt werden; für diesen Fall gelten die §§ 89 und 91 des Zehnten Buches entsprechend und § 92 des Zehnten Buches mit der Maßgabe, dass die Kündigung nur aus wichtigem Grund erfolgen kann. § 44c Absatz 2 Satz 2 Nummer 4 findet keine Anwendung. Kreise können ihnen zugehörige Gemeinden und Gemeindeverbände zur Durchführung dieser Aufgaben heranziehen, soweit Landesrecht dies bestimmt.

(5) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bestimmt durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates das Nähere über die Errichtung, das Verfahren und die Nutzung eines elektronischen Systems zur Leistungserbringung und Abrechnung, insbesondere zur Einlösung und Abrechnung von Gutscheinen sowie über die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der für diesen Zweck erforderlichen Sozialdaten. In der Rechtsverordnung ist auch das Nähere zur Datensicherheit, insbesondere durch technische Absicherungen im System, zu bestimmen.

§ 30

Gültigkeit und Abrechnung der Gutscheine

(1) Sollen die Bedarfe nach § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1, Absatz 4 bis 6 durch Gutscheine gedeckt werden, gelten die Leistungen mit Ausgabe des jeweiligen Gutscheins als erbracht. Gutscheine für Leistungen nach § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 werden für das laufende Schulhalbjahr ausgegeben. Gutscheine zur Deckung der Bedarfe nach § 28 Absatz 5 und 6 können für den gesamten Bewilligungszeitraum im Voraus ausgegeben werden. Die Gültigkeit von Gutscheinen ist angemessen zu befristen. Im Fall des Verlustes soll ein Gutschein erneut in dem Umfang ausgestellt werden, in dem er noch nicht in Anspruch genommen wurde.

(2) Gutscheine können nur von Leistungsanbietern abgerechnet werden, die eine Vereinbarung nach § 29 Absatz 2 und 3 abgeschlossen haben. Die Abrechnung hat nach Inanspruchnahme des Angebots bei der die Gutscheine ausstellenden Agentur für Arbeit, spätestens sechs Monate nach Ende der Gültigkeit des Gutscheins, zu erfolgen.

(3) Ein Hinweis auf die Rechtsfolgen des Absatzes 2 Satz 1 und die Fristen nach Absatz 1 Satz 4 und Absatz 2 Satz 2 sind auf dem Gutschein zu vermerken.

§ 30a

Erbringung der Leistungen durch Kostenübernahmeerklärung

(1) Sollen die Bedarfe nach § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und Absatz 4 bis 6 durch Direktzahlungen an Anbieter gedeckt werden, gelten die Leistungen als erbracht, wenn gegenüber der leistungsberechtigten Person die Kostenübernahme erklärt wurde. Die Kostenübernahme muss die bewilligte Leistung nach § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und Absatz 4 bis 6 sowie die Höhe der zu übernehmenden Kosten bezeichnen.

(2) Für die Abrechnung mit Leistungsanbietern gilt § 30 Absatz 2 Satz 1 entsprechend.

(3) In der Vereinbarung ist ergänzend zu den Inhalten nach § 29 Absatz 3 eine Pauschale zu bestimmen, die sich an der durchschnittlichen Inanspruchnahme des Angebots durch leistungsberechtigte Personen nach § 28 und zu berücksichtigende Kinder nach § 6a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 des Bundeskindergeldgesetzes und dem üblichen durchschnittlichen Entgelt orientiert. Die Vereinbarung hat vorzusehen, dass die Pauschale vom Leistungsanbieter in dem Verhältnis gegenüber der Agentur für Arbeit und der zuständigen Familienkasse abgerechnet wird, in dem die Zahl der Leistungsberechtigten nach Satz 1 im Gebiet der gemeinsamen Einrichtung zueinander steht. Vereinbarungen über die Pauschalierung von Direktzahlungen sind längstens für ein Jahr abzuschließen; sie können die Zahlung von Vorschüssen vorsehen. Die Agentur für Arbeit hat sicherzustellen, dass der Wert der für die Leistungen nach § 28 Absatz 6 getroffenen Pauschalvereinbarungen einen Betrag nicht übersteigt, der sich aus dem Produkt der Zahl der in Satz 1 genannten Personen im Gebiet des kommunalen Trägers, mit dem die Agenturen für Arbeit nach § 44b Absatz 1 Satz 1 gemeinsame Einrichtungen bilden, und des in § 28 Absatz 6 genannten, auf den Abrechnungszeitraum hochgerechneten Betrags ergibt.

(4) Bei der Abrechnung der Pauschale bleiben eingelöste Gutscheine nach § 30 unberücksichtigt. Nehmen leistungsberechtigte Personen, die über eine Kostenübernahmeerklärung verfügen, Leistungsangebote in Anspruch, für die eine Abrechnung nach § 30 vereinbart ist, rechnet der Leistungsanbieter mit der Agentur für Arbeit ab, die die Kostenübernahme erklärt hat.

Unterabschnitt 5

Sanktionen

§ 31

Pflichtverletzungen

(1) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte verletzen ihre Pflichten, wenn sie trotz schriftlicher Belehrung über die Rechtsfolgen oder deren Kenntnis

1. sich weigern, in der Eingliederungsvereinbarung oder in dem diese ersetzenden Verwaltungsakt nach § 15 Absatz 1 Satz 6 festgelegte Pflichten zu erfüllen, insbesondere in ausreichendem Umfang Eigenbemühungen nachzuweisen,
2. sich weigern, eine zumutbare Arbeit, Ausbildung, Arbeitsgelegenheit nach § 16d oder eine mit einem Beschäftigungszuschuss nach § 16e geförderte Arbeit aufzunehmen, fortzuführen oder deren Anbahnung durch ihr Verhalten verhindern,
3. eine zumutbare Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit nicht antreten, abbrechen oder Anlass für den Abbruch gegeben haben.

Dies gilt nicht, wenn erwerbsfähige Leistungsberechtigte einen wichtigen Grund für ihr Verhalten darlegen und nachweisen.

(2) Eine Pflichtverletzung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist auch anzunehmen, wenn

1. sie nach Vollendung des 18. Lebensjahres ihr Einkommen oder Vermögen in der Absicht vermindert haben, die Voraussetzungen für die Gewährung oder Erhöhung des Arbeitslosengeldes II herbeizuführen,
2. sie trotz Belehrung über die Rechtsfolgen oder deren Kenntnis ihr unwirtschaftliches Verhalten fortsetzen,
3. ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld ruht oder erloschen ist, weil die Agentur für Arbeit das Eintreten einer Sperrzeit oder das Erlöschen des Anspruchs nach den Vorschriften des Dritten Buches festgestellt hat oder
4. sie die im Dritten Buch genannten Voraussetzungen für das Eintreten einer Sperrzeit erfüllen, die das Ruhen oder Erlöschen eines Anspruchs auf Arbeitslosengeld begründen.

§ 31a

Rechtsfolgen bei Pflichtverletzungen

(1) Bei einer Pflichtverletzung nach § 31 mindert sich das Arbeitslosengeld II in einer ersten Stufe um 30 Prozent des für die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person nach § 20 maßgebenden Regelbedarfs. Bei der ersten wiederholten Pflichtverletzung nach § 31 mindert sich das Arbeitslosengeld II um 60 Prozent des für die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person nach § 20 maßgebenden Regelbedarfs. Bei jeder weiteren wiederholten Pflichtverletzung nach § 31 entfällt das Arbeitslosengeld II vollständig. Eine wiederholte Pflichtverletzung liegt nur vor, wenn bereits zuvor eine Minderung festgestellt wurde. Sie liegt nicht vor, wenn der Beginn des vorangegangenen Minderungszeitraums länger als

ein Jahr zurückliegt. Erklären sich erwerbsfähige Leistungsberechtigte nachträglich bereit, ihren Pflichten nachzukommen, kann der zuständige Träger die Minderung der Leistungen nach Satz 3 ab diesem Zeitpunkt auf 60 Prozent des für sie nach § 20 maßgebenden Regelbedarfs begrenzen.

(2) Bei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ist das Arbeitslosengeld II bei einer Pflichtverletzung nach § 31 auf die Bedarfe nach § 22 beschränkt. Bei wiederholter Pflichtverletzung nach § 31 entfällt das Arbeitslosengeld II vollständig. Absatz 1 Satz 4 und 5 gilt entsprechend. Erklären sich erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nachträglich bereit, ihren Pflichten nachzukommen, kann der Träger unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles ab diesem Zeitpunkt wieder Bedarfe für Unterkunft und Heizung berücksichtigen.

(3) Bei einer Minderung des Arbeitslosengeldes II um mehr als 30 Prozent des nach § 20 maßgebenden Regelbedarfs kann der Träger in angemessenem Umfang ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen erbringen. Der Träger hat Leistungen nach Satz 1 zu erbringen, wenn Leistungsberechtigte mit minderjährigen Kindern in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Bei einer Minderung des Arbeitslosengeldes II um mindestens 60 Prozent des für den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach § 20 maßgebenden Regelbedarfs soll das Arbeitslosengeld II, soweit es für den Bedarf für Unterkunft und Heizung nach § 22 Absatz 1 erbracht wird, an den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte gezahlt werden.

(4) Für nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte gilt Absatz 1 und 3 bei Pflichtverletzungen nach § 31 Absatz 2 Nummer 1 und 2 entsprechend.

§ 31b

Beginn und Dauer der Minderung

(1) Der Auszahlungsanspruch mindert sich mit Beginn des Kalendermonats, der auf das Wirksamwerden des Verwaltungsaktes folgt, der die Pflichtverletzung und den Umfang der Minderung der Leistung feststellt. In den Fällen des § 31 Absatz 2 Nummer 3 tritt die Minderung mit Beginn der Sperrzeit oder mit dem Erlöschen des Anspruchs nach dem Dritten Buch ein. Der Minderungszeitraum beträgt drei Monate. Bei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, kann der Träger die Minderung des Auszahlungsanspruchs in Höhe der Bedarfe nach den §§ 20 und 21 unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles auf sechs Wochen verkürzen. Die Feststellung der Minderung ist nur innerhalb von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt der Pflichtverletzung zulässig.

(2) Während der Minderung des Auszahlungsanspruchs besteht kein Anspruch auf ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach den Vorschriften des Zwölften Buches.

§ 32

Meldeversäumnisse

(1) Kommen Leistungsberechtigte trotz schriftlicher Belehrung über die Rechtsfolgen oder deren Kenntnis einer Aufforderung des zuständigen Trägers, sich bei ihm zu melden oder bei einem ärztlichen oder psychologischen Untersuchungstermin zu erscheinen, nicht nach, mindert sich das Arbeitslosengeld II oder das Sozialgeld jeweils um 10 Prozent des für sie nach § 20 maßgebenden Regelbedarfs. Dies gilt nicht, wenn Leistungsberechtigte einen wichtigen Grund für ihr Verhalten darlegen und nachweisen.

(2) Die Minderung nach dieser Vorschrift tritt zu einer Minderung nach § 31a hinzu. § 31a Absatz 3 und § 31b gelten entsprechend.

Unterabschnitt 6

Verpflichtungen Anderer

§ 33

Übergang von Ansprüchen

(1) Haben Personen, die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts beziehen, für die Zeit, für die Leistungen erbracht werden, einen Anspruch gegen einen Anderen, der nicht Leistungsträger ist, geht der Anspruch bis zur Höhe der geleisteten Aufwendungen auf die Träger der Leistungen nach diesem Buch über, wenn bei rechtzeitiger Leistung des Anderen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nicht erbracht worden wären. Satz 1 gilt auch, soweit Kinder unter Berücksichtigung von Kindergeld nach § 11 Absatz 1 Satz 4 keine Leistungen empfangen haben und bei rechtzeitiger Leistung des Anderen keine oder geringere Leistungen an die Mitglieder der Haushaltsgemeinschaft erbracht worden wären. Der Übergang wird nicht dadurch ausgeschlossen, dass der Anspruch nicht übertragen, verpfändet oder gepfändet werden kann. Unterhaltsansprüche nach bürgerlichem Recht gehen zusammen mit dem unterhaltsrechtlichen Auskunftsanspruch auf die Träger der Leistungen nach diesem Buch über.

(2) Ein Unterhaltsanspruch nach bürgerlichem Recht geht nicht über, wenn die unterhaltsberechtigte Person

1. mit der oder dem Verpflichteten in einer Bedarfsgemeinschaft lebt,
2. mit der oder dem Verpflichteten verwandt ist und den Unterhaltsanspruch nicht geltend macht; dies gilt nicht für Unterhaltsansprüche
 - a) minderjähriger Leistungsberechtigter,
 - b) Leistungsberechtigter, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet und die Erstausbildung noch nicht abgeschlossen haben,gegen ihre Eltern,
3. in einem Kindschaftsverhältnis zur oder zum Verpflichteten steht und
 - a) schwanger ist oder
 - b) ihr leibliches Kind bis zur Vollendung seines sechsten Lebensjahres betreut.

Der Übergang ist auch ausgeschlossen, soweit der Unterhaltsanspruch durch laufende Zahlung erfüllt wird. Der Anspruch geht nur über, soweit das Einkommen und Vermögen der unterhaltsverpflichteten Person das nach den §§ 11 bis 12 zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen übersteigt.

(3) Für die Vergangenheit können die Träger der Leistungen nach diesem Buch außer unter den Voraussetzungen des bürgerlichen Rechts nur von der Zeit an den Anspruch geltend machen, zu welcher sie der oder dem Verpflichteten die Erbringung der Leistung schriftlich mitgeteilt haben. Wenn die Leistung voraussichtlich auf längere Zeit

erbracht werden muss, können die Träger der Leistungen nach diesem Buch bis zur Höhe der bisherigen monatlichen Aufwendungen auch auf künftige Leistungen klagen.

(4) Die Träger der Leistungen nach diesem Buch können den auf sie übergegangenen Anspruch im Einvernehmen mit der Empfängerin oder dem Empfänger der Leistungen auf diese oder diesen zur gerichtlichen Geltendmachung rückübertragen und sich den geltend gemachten Anspruch abtreten lassen. Kosten, mit denen die Leistungsempfängerin oder der Leistungsempfänger dadurch selbst belastet wird, sind zu übernehmen. Über die Ansprüche nach Absatz 1 Satz 3 ist im Zivilrechtsweg zu entscheiden.

(5) Die §§ 115 und 116 des Zehnten Buches gehen der Regelung des Absatzes 1 vor.

§ 34

Ersatzansprüche bei sozialwidrigem Verhalten

(1) Wer nach Vollendung des 18. Lebensjahres vorsätzlich oder grob fahrlässig die Voraussetzungen für die Gewährung von Leistungen nach diesem Buch an sich oder an Personen, die mit ihr oder ihm in einer Bedarfsgemeinschaft leben, ohne wichtigen Grund herbeigeführt hat, ist zum Ersatz der deswegen gezahlten Leistungen verpflichtet. Der Ersatzanspruch umfasst auch die geleisteten Beiträge zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung. Von der Geltendmachung des Ersatzanspruchs ist abzusehen, soweit sie Ersatzpflichtige künftig von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach diesem Buch oder von Leistungen nach dem Zwölften Buch abhängig machen würde.

(2) Eine nach Absatz 1 eingetretene Verpflichtung zum Ersatz der Leistungen geht auf den Erben über. Sie ist auf den Nachlasswert zum Zeitpunkt des Erbfalls begrenzt.

(3) Der Ersatzanspruch erlischt drei Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem die Leistung erbracht worden ist. Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Hemmung, die Ablaufhemmung, den Neubeginn und die Wirkung der Verjährung gelten sinngemäß; der Erhebung der Klage steht der Erlass eines Leistungsbescheides gleich.

§ 34a

Ersatzansprüche für rechtswidrig erhaltene Leistungen

(1) Zum Ersatz rechtswidrig erhaltener Leistungen nach diesem Buch ist verpflichtet, wer durch vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten dafür gesorgt hat, dass ein Dritter diese Leistungen erhalten hat. Der Ersatzanspruch umfasst auch die geleisteten Beiträge zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung entsprechend § 335 Absatz 1, 2 und 5 des Dritten Buches.

(2) Der Ersatzanspruch verjährt in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Verwaltungsakt, mit dem die Erstattung nach § 50 des Zehnten Buches festgesetzt worden ist, unanfechtbar geworden ist. Soweit gegenüber einer rechtswidrig begünstigten Person ein Verwaltungsakt nicht aufgehoben werden kann, beginnt die Frist nach Satz 1 mit dem Zeitpunkt, ab dem die Behörde Kenntnis von der Rechtswidrigkeit der Leistungserbringung hat. § 34 Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend. § 52 des Zehnten Buches bleibt unberührt.

(3) § 34 Absatz 2 gilt entsprechend. Auf den Ersatzanspruch gegenüber einem Erben ist § 35 Absatz 3 entsprechend anwendbar.

(4) Zum Ersatz nach Absatz 1 und zur Erstattung nach § 50 des Zehnten Buches Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

§ 34b

Ersatzansprüche nach sonstigen Vorschriften

Bestimmt sich das Recht des Trägers nach diesem Buch, Ersatz seiner Aufwendungen von einem anderen zu verlangen, gegen den die Leistungsberechtigten einen Anspruch haben, nach sonstigen gesetzlichen Vorschriften, die dem § 33 vorgehen, gelten als Aufwendungen auch solche Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, die an den nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartner der leistungsberechtigten Person erbracht wurden sowie an dessen unverheiratete Kinder, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten.

§ 35

Erbenhaftung

(1) Der Erbe einer Person, die Leistungen nach diesem Buch erhalten hat, ist zum Ersatz der Leistungen verpflichtet, soweit diese innerhalb der letzten zehn Jahre vor dem Erbfall erbracht worden sind und 1 700 Euro übersteigen. Der Ersatzanspruch umfasst auch die geleisteten Beiträge zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung. Die Ersatzpflicht ist auf den Nachlasswert zum Zeitpunkt des Erbfalls begrenzt.

(2) Der Ersatzanspruch ist nicht geltend zu machen,

1. soweit der Wert des Nachlasses unter 15 500 Euro liegt, wenn der Erbe der Partner der Person, die die Leistungen empfangen hat, war oder mit diesem verwandt war und nicht nur vorübergehend bis zum Tode der Person, die die Leistungen empfangen hat, mit dieser in häuslicher Gemeinschaft gelebt und sie gepflegt hat,
2. soweit die Inanspruchnahme des Erben nach der Besonderheit des Einzelfalles eine besondere Härte bedeuten würde.

(3) Der Ersatzanspruch erlischt drei Jahre nach dem Tod der Person, die die Leistungen empfangen hat. § 34 Absatz 3 Satz 2 gilt sinngemäß.“

32. Der Abschnitt 1 des Kapitels 4 wird wie folgt gefasst:

„Abschnitt 1

Zuständigkeit und Verfahren

§ 36

Örtliche Zuständigkeit

Für die Leistungen nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 ist die Agentur für Arbeit zuständig, in deren Bezirk die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat. Für die Leistungen nach § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 ist der kommunale Träger zuständig, in dessen Gebiet die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person ihren

gewöhnlichen Aufenthalt hat. Für Leistungen nach den Sätzen 1 und 2 an Minderjährige, die Leistungen für die Zeit der Ausübung des Umgangsrechts nur für einen kurzen Zeitraum beanspruchen, ist der jeweilige Träger an dem Ort zuständig, an dem die umgangsberechtigte Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat. Kann ein gewöhnlicher Aufenthaltsort nicht festgestellt werden, so ist der Träger nach diesem Buch örtlich zuständig, in dessen Bereich sich die oder der erwerbsfähige Leistungsberechtigte tatsächlich aufhält. Für nicht erwerbsfähige Personen, deren Leistungsberechtigung sich aus § 7 Absatz 2 Satz 3 ergibt, gelten die Sätze 1 bis 4 entsprechend.

§ 36a

Kostenerstattung bei Aufenthalt im Frauenhaus

Sucht eine Person in einem Frauenhaus Zuflucht, ist der kommunale Träger am bisherigen gewöhnlichen Aufenthaltsort verpflichtet, dem durch die Aufnahme im Frauenhaus zuständigen kommunalen Träger am Ort des Frauenhauses die Kosten für die Zeit des Aufenthaltes im Frauenhaus zu erstatten.

§ 37

Antragserfordernis

(1) Leistungen nach diesem Buch werden auf Antrag erbracht. Leistungen nach § 24 Absatz 1 und 3 und Leistungen für die Bedarfe nach § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2, Absatz 4 und 5 sind gesondert zu beantragen.

(2) Leistungen nach diesem Buch werden nicht für Zeiten vor der Antragstellung erbracht. Der Antrag auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts wirkt auf den Ersten des Monats zurück.

§ 38

Vertretung der Bedarfsgemeinschaft

(1) Soweit Anhaltspunkte dem nicht entgegenstehen, wird vermutet, dass die oder der erwerbsfähige Leistungsberechtigte bevollmächtigt ist, Leistungen nach diesem Buch auch für die mit ihm in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen zu beantragen und entgegenzunehmen. Leben mehrere erwerbsfähige Leistungsberechtigte in einer Bedarfsgemeinschaft, gilt diese Vermutung zugunsten der Antrag stellenden Person.

(2) Für Leistungen an Kinder im Rahmen der Ausübung des Umgangsrechts hat die umgangsberechtigte Person die Befugnis, Leistungen nach diesem Buch zu beantragen und entgegenzunehmen, soweit das Kind dem Haushalt angehört.

§ 39

Sofortige Vollziehbarkeit

Keine aufschiebende Wirkung haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen einen Verwaltungsakt,

1. der Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende aufhebt, zurücknimmt, widerruft, die Pflichtverletzung und die Minderung des Auszahlungsanspruchs feststellt oder Leistungen zur Eingliederung in Arbeit oder Pflichten erwerbsfähiger Leistungsberechtigter bei der Eingliederung in Arbeit regelt,
2. der den Übergang eines Anspruchs bewirkt,
3. mit dem zur Beantragung einer vorrangigen Leistung aufgefordert wird oder
4. mit dem nach § 59 in Verbindung mit § 309 des Dritten Buches zur persönlichen Meldung bei der Agentur für Arbeit aufgefordert wird.

§ 40

Anwendung von Verfahrensvorschriften

(1) Für das Verfahren nach diesem Buch gilt das Zehnte Buch. Abweichend von Satz 1 gilt § 44 Absatz 4 Satz 1 des Zehnten Buches mit der Maßgabe, dass an Stelle des Zeitraums von vier Jahren ein Zeitraum von einem Jahr tritt.

(2) Entsprechend anwendbar sind die Vorschriften des Dritten Buches über

1. die vorläufige Entscheidung (§ 328) mit der Maßgabe, dass auch dann vorläufig entschieden werden kann, wenn die Gültigkeit einer Satzung oder einer anderen im Rang unter einem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschrift, die nach § 22a Absatz 1 und dem dazu ergangenen Landesgesetz erlassen worden ist, Gegenstand eines Verfahrens bei einem Landessozialgericht, dem Bundessozialgericht oder einem Verfassungsgericht ist;
2. die Aufhebung von Verwaltungsakten nach § 330 Absatz 1 mit der Maßgabe, dass bei der Unwirksamkeit einer Satzung oder einer anderen im Rang unter einem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschrift, die nach § 22a Absatz 1 und dem dazu ergangenen Landesgesetz erlassen worden ist, auf die Zeit nach der Entscheidung des Landessozialgerichts abgestellt wird;
3. die Aufhebung von Verwaltungsakten (§ 330 Absatz 2, 3 Satz 1 und 4);
4. die vorläufige Zahlungseinstellung nach § 331 mit der Maßgabe, dass die Träger auch zur teilweisen Zahlungseinstellung berechtigt sind, wenn sie von Tatsachen Kenntnis erhalten, die zu einem geringeren Leistungsanspruch führen;
5. die Erstattung von Beiträgen zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung (§ 335 Absatz 1, 2 und 5).

(3) § 50 Absatz 1 des Zehnten Buches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass Gutscheine in Geld zu erstatten sind. Die leistungsberechtigte Person kann die Erstattungsforderung auch durch Rückgabe des Gutscheins erfüllen, soweit dieser nicht in Anspruch genommen wurde.

(4) Abweichend von § 50 des Zehnten Buches sind 56 Prozent der bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes berücksichtigten Bedarfe für Unterkunft nicht zu erstatten. Satz 1 gilt nicht in den Fällen des § 45 Absatz 2 Satz 3 des Zehnten Buches, des § 48 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 und 4 des Zehnten Buches sowie in Fällen, in denen die Bewilligung lediglich teilweise aufgehoben wird.

(5) § 28 des Zehnten Buches gilt mit der Maßgabe, dass der Antrag unverzüglich nach Ablauf des Monats, in dem die Ablehnung oder Erstattung der anderen Leistung bindend geworden ist, nachzuholen ist.

(6) Für die Vollstreckung von Ansprüchen der in gemeinsamen Einrichtungen zusammenwirkenden Träger nach diesem Buch gilt das Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz des Bundes; im Übrigen gilt § 66 des Zehnten Buches.

§ 41

Berechnung der Leistungen

(1) Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts besteht für jeden Kalendertag. Der Monat wird mit 30 Tagen berechnet. Stehen die Leistungen nicht für einen vollen Monat zu, wird die Leistung anteilig erbracht. Die Leistungen sollen jeweils für sechs Monate bewilligt und monatlich im Voraus erbracht werden. Der Bewilligungszeitraum kann auf bis zu zwölf Monate bei Leistungsberechtigten verlängert werden, bei denen eine Veränderung der Verhältnisse in diesem Zeitraum nicht zu erwarten ist.

(2) Berechnungen werden auf zwei Dezimalstellen durchgeführt, wenn nichts Abweichendes bestimmt ist. Bei einer auf Dezimalstellen durchgeführten Berechnung wird die letzte Dezimalstelle um eins erhöht, wenn sich in der folgenden Dezimalstelle eine der Ziffern 5 bis 9 ergeben würde.

§ 42

Auszahlung der Geldleistungen

Geldleistungen nach diesem Buch werden auf das im Antrag angegebene inländische Konto bei einem Geldinstitut überwiesen. Werden sie an den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt der Leistungsberechtigten übermittelt, sind die dadurch veranlassten Kosten abzuziehen. Dies gilt nicht, wenn Leistungsberechtigte nachweisen, dass ihnen die Einrichtung eines Kontos bei einem Geldinstitut ohne eigenes Verschulden nicht möglich ist.

§ 42a

Darlehen

(1) Darlehen werden nur erbracht, wenn ein Bedarf weder durch Vermögen nach § 12 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1, 1a und 4 noch auf andere Weise gedeckt werden kann. Darlehen können an einzelne Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften oder an mehrere gemeinsam vergeben werden. Die Rückzahlungsverpflichtung trifft die Darlehensnehmer.

(2) Solange Darlehensnehmer Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts beziehen, werden Rückzahlungsansprüche aus Darlehen ab dem Monat, der auf die Auszahlung folgt, durch monatliche Aufrechnung in Höhe von 10 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs getilgt. Die Darlehensnehmer sind hierüber zu informieren.

(3) Rückzahlungsansprüche aus Darlehen nach § 24 Absatz 5 sind nach erfolgter Verwertung sofort in voller Höhe und Rückzahlungsansprüche aus Darlehen nach § 22 Absatz 6 bei Rückzahlung durch den Vermieter sofort in Höhe des noch nicht getilgten Darlehensbetrages fällig. Deckt der erlangte Betrag den noch nicht getilgten Darlehensbetrag nicht, soll eine Vereinbarung über die Rückzahlung des ausstehenden Betrags unter

Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Darlehensnehmer getroffen werden.

(4) Nach Beendigung des Leistungsbezuges ist der noch nicht getilgte Darlehensbetrag sofort fällig. Über die Rückzahlung des ausstehenden Betrags soll eine Vereinbarung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Darlehensnehmer getroffen werden.

(5) Rückzahlungsansprüche aus Darlehen nach § 27 Absatz 4 sind abweichend von Absatz 4 Satz 1 erst nach Abschluss der Ausbildung fällig. Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend.

(6) Sofern keine abweichende Tilgungsbestimmung getroffen wird, werden Zahlungen, die zur Tilgung der gesamten fälligen Schuld nicht ausreichen, zunächst auf das zuerst erbrachte Darlehen angerechnet.

§ 43

Aufrechnung

(1) Die Träger von Leistungen nach diesem Buch können gegen Ansprüche von Leistungsberechtigten auf Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts aufrechnen mit ihren

1. Erstattungsansprüchen nach § 42 Absatz 2 Satz 2, § 43 Absatz 2 Satz 1 des Ersten Buches, § 328 Absatz 3 Satz 2 des Dritten Buches oder § 50 des Zehnten Buches oder
2. Ersatzansprüchen nach den §§ 34 oder 34a.

(2) Die Höhe der Aufrechnung beträgt bei Erstattungsansprüchen, die auf den §§ 42 und 43 des Ersten Buches, § 328 Absatz 3 Satz 2 des Dritten Buches oder § 48 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 und § 50 des Zehnten Buches beruhen, 10 Prozent des für den Leistungsberechtigten maßgebenden Regelbedarfs, in den übrigen Fällen 30 Prozent. Die Höhe der monatlichen Aufrechnung ist auf insgesamt 30 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs begrenzt. Soweit die Erklärung einer späteren Aufrechnung zu einem höheren monatlichen Aufrechnungsbetrag als 30 Prozent führen würde, erledigen sich die vorherigen Aufrechnungserklärungen.

(3) Die Aufrechnung nach Absatz 1 geht der nach § 42a Absatz 2 vor. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend.

(4) Die Aufrechnung ist gegenüber der leistungsberechtigten Person schriftlich durch Verwaltungsakt zu erklären. Sie endet spätestens drei Jahre nach dem Monat, der auf die Bestandskraft der in Absatz 1 genannten Entscheidungen folgt. Zeiten, in denen die Aufrechnung nicht vollziehbar ist, verlängern den Aufrechnungszeitraum entsprechend.

§ 43a

Verteilung von Teilzahlungen

Teilzahlungen auf Ersatz- und Erstattungsansprüche der Träger nach diesem Buch gegen Leistungsberechtigte oder Dritte mindern die Aufwendungen der Träger der Aufwendungen im Verhältnis des jeweiligen Anteils an der Forderung zueinander.

§ 44

Veränderung von Ansprüchen

Die Träger von Leistungen nach diesem Buch dürfen Ansprüche erlassen, wenn deren Einziehung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre.“

33. § 44a wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „ob“ die Wörter „die oder“ eingefügt.
- b) In Absatz 4 Satz 3 werden die Wörter „der erwerbsfähige Hilfebedürftige“ durch die Wörter „die oder der erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ ersetzt.

34. In § 44b Absatz 1 Satz 4 werden die Wörter „Beamten und Arbeitnehmern“ durch die Wörter „Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“ ersetzt.

35. § 44c wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die gemeinsame Einrichtung hat eine Trägerversammlung. In der Trägerversammlung sind Vertreterinnen und Vertreter der Agentur für Arbeit und des kommunalen Trägers je zur Hälfte vertreten. In der Regel entsenden die Träger je drei Vertreterinnen oder Vertreter. Jede Vertreterin und jeder Vertreter hat eine Stimme. Die Vertreterinnen und Vertreter wählen eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. Kann in der Trägerversammlung keine Einigung über die Person der oder des Vorsitzenden erzielt werden, wird die oder der Vorsitzende von den Vertreterinnen und Vertretern der Agentur für Arbeit und des kommunalen Trägers abwechselnd jeweils für zwei Jahre bestimmt; die erstmalige Bestimmung erfolgt durch die Vertreterinnen und Vertreter der Agentur für Arbeit. Die Trägerversammlung entscheidet durch Beschluss mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden; dies gilt nicht für Entscheidungen nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 1, 4 und 8. Die Beschlüsse sind von der oder dem Vorsitzenden schriftlich niederzulegen. Die Trägerversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.“

b) In Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 werden nach dem Wort „Abberufung“ die Wörter „der Geschäftsführerin oder“ eingefügt.

c) In Absatz 3 werden nach den Wörtern „Personalvertretung und“ die Wörter „Geschäftsführerin oder“ eingefügt.

d) Absatz 4 Satz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Im einleitenden Satzteil wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.

bb) In Nummer 1 wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.

cc) Nummer 2 wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.

e) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach den Wörtern „Entwicklung der“ die Wörter „Mitarbeiterinnen und“ eingefügt.

bb) In Satz 3 werden die Wörter „Der Geschäftsführer“ durch die Wörter „Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer“ ersetzt.

36. § 44d wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 44d

Geschäftsführerin, Geschäftsführer“.

b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „Der Geschäftsführer“ durch die Wörter „Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer“ ersetzt.

bb) In Satz 2 und 3 wird jeweils das Wort „Er“ durch die Wörter „Sie oder er“ ersetzt.

c) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „Der Geschäftsführer“ durch die Wörter „Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer“ ersetzt.

bb) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Kann in der Trägerversammlung keine Einigung über die Person der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers erzielt werden, unterrichtet die oder der Vorsitzende der Trägerversammlung den Kooperationsausschuss.“

cc) In Satz 5 werden nach dem Wort „wird“ die Wörter „die Geschäftsführerin oder“ eingefügt.

dd) In Satz 6 werden nach dem Wort „erstmalig“ die Wörter „die Vorsitzende oder“ eingefügt.

ee) In Satz 7 werden die Wörter „Der Geschäftsführer“ durch die Wörter „Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer“ ersetzt.

ff) Satz 8 wird wie folgt gefasst:

„Bis zur Bestellung einer neuen Geschäftsführerin oder eines neuen Geschäftsführers führt sie oder er die Geschäfte der gemeinsamen Einrichtung kommissarisch.“

d) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer ist Beamtin, Beamter, Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer eines Trägers und untersteht dessen Dienstaufsicht. Soweit sie oder er Beamtin, Beamter, Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer einer nach § 6 Absatz 2 Satz 1 herangezogenen Gemeinde ist, untersteht sie oder er der Dienstaufsicht ihres oder seines Dienstherrn oder Arbeitgebers.“

e) In Absatz 4 werden die Wörter „Der Geschäftsführer übt über die Beamten und Arbeitnehmer“ durch die Wörter „Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer übt über die Beamtinnen und Beamten sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ und die Wörter „den Beamten und Arbeitnehmern“ durch die Wörter

„den Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“ ersetzt.

- f) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Die Geschäftsführerin ist Leiterin, der Geschäftsführer ist Leiter der Dienststelle im personalvertretungsrechtlichen Sinn und Arbeitgeber im Sinne des Arbeitsschutzgesetzes.“

- g) In Absatz 6 werden nach dem Wort „hat“ die Wörter „die Geschäftsführerin oder“ eingefügt.

- h) Absatz 7 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach den Wörtern „der Dienstposten“ die Wörter „der Geschäftsführerinnen und“ eingefügt.

bb) In Satz 3 werden die Wörter „Arbeitnehmer darf die für Beamte“ durch die Wörter „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darf die für Beamtinnen und Beamte“ ersetzt.

37. § 44e wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden nach dem Wort „Stellt“ die Wörter „die Geschäftsführerin oder“ und nach dem Wort „unterrichtet“ die Wörter „sie oder“ eingefügt.

bb) In Satz 3 werden nach dem Wort „kann“ die Wörter „die Geschäftsführerin oder“ eingefügt.

- b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Der Kooperationsausschuss entscheidet nach Anhörung der Träger und der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers durch Beschluss mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. Die Beschlüsse des Ausschusses sind von der Vorsitzenden oder von dem Vorsitzenden schriftlich niederzulegen. Die oder der Vorsitzende teilt den Trägern, der Trägerversammlung sowie der Geschäftsführerin oder dem Geschäftsführer die Beschlüsse mit.“

38. § 44f wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Zur Bewirtschaftung der Haushaltsmittel des Bundes bestellt die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer eine Beauftragte oder einen Beauftragten für den Haushalt. Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer und die Trägerversammlung haben die Beauftragte oder den Beauftragten für den Haushalt an allen Maßnahmen von finanzieller Bedeutung zu beteiligen.“

- b) In Absatz 3 werden nach den Wörtern „die Bestellung“ die Wörter „einer oder“ eingefügt.

39. § 44g wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden jeweils die Wörter „Beamten und Arbeitnehmern“ durch die Wörter „Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 werden nach den Wörtern „mit Zustimmung“ die Wörter „der Geschäftsführerin oder“ eingefügt.
 - c) In Absatz 3 Satz 1 werden nach den Wörtern „Die Rechtsstellung der“ die Wörter „Beamtinnen und“ eingefügt.
 - d) In Absatz 4 Satz 2 werden nach dem Wort „Werden“ die Wörter „einer Arbeitnehmerin oder“ eingefügt.
 - e) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 Nummer 2 werden die Wörter „des Beamten oder Arbeitnehmers“ durch die Wörter „der Beamtin, des Beamten, der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden die Wörter „Der Geschäftsführer“ durch die Wörter „Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer“ ersetzt.
40. § 44h wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 werden die Wörter „Die Beamten und Arbeitnehmer“ durch die Wörter „Die Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 werden nach den Wörtern „der Trägerversammlung oder“ die Wörter „der Geschäftsführerin oder“ eingefügt.
 - c) In Absatz 4 Satz 4 werden die Wörter „Arbeitnehmer und Beamten“ durch die Wörter „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Beamtinnen und Beamten“ ersetzt.
41. In § 44k Absatz 1 wird das Wort „Arbeitnehmern“ durch die Wörter „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“ ersetzt.
42. In § 46 Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „Bezieher von Leistungen zur Grundsicherung“ durch die Wörter „Leistungsberechtigten nach diesem Buch“ ersetzt.
43. In § 48b Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 wird das Wort „Geschäftsführern“ durch die Wörter „Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern“ ersetzt.
44. In § 50 Absatz 4 Satz 3 werden nach dem Wort „Bundesdatenschutzgesetzes“ die Wörter „der oder“ eingefügt.
45. In § 53a wird jeweils das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.
46. In § 54 wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.
47. In § 55 Absatz 2 wird das Wort „Grundsicherung“ durch die Wörter „Leistungen nach diesem Buch“ ersetzt.
48. § 56 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.
 - b) In Satz 5 werden die Wörter „des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ durch die Wörter „der oder des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten“ ersetzt.
49. In § 58 werden die Wörter „demjenigen, der“ durch die Wörter „der- oder demjenigen, die oder der“ ersetzt.
50. § 61 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Die“ die Wörter „Teilnehmerinnen und“ eingefügt.
 - b) In Satz 2 werden nach den Wörtern „ihre Beurteilungen“ die Wörter „der Teilnehmerin oder“ eingefügt.
51. § 65 wird wie folgt geändert:
- a) Die Absätze 1 bis 3 werden aufgehoben.
 - b) In Absatz 4 wird jeweils das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.
 - c) Absatz 6 wird aufgehoben.
52. In § 65e wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.
53. In § 70 werden nach dem Wort „Für“ die Wörter „Ausländerinnen und“ eingefügt.
54. In § 72 wird jeweils das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.
55. § 74 wird aufgehoben.
56. § 75 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
- „(3) Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer einer Arbeitsgemeinschaft nach § 44b in der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Fassung nimmt die Aufgaben der Geschäftsführung in der gemeinsamen Einrichtung bis zum Ablauf der laufenden Amtsperiode nach § 44d Absatz 2 wahr. § 44d Absatz 2 Satz 7 bleibt unberührt. Endet die Amtsperiode der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers einer Arbeitsgemeinschaft nach § 44b in der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Fassung vor Bildung der gemeinsamen Einrichtung oder läuft ihre oder seine Amtsperiode nach Satz 1 ab, bevor die Trägerversammlung nach § 44c Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 eine neue Geschäftsführerin oder einen neuen Geschäftsführer bestellt hat, bestimmt die Anstellungskörperschaft der bisherigen Geschäftsführerin oder des bisherigen Geschäftsführers eine kommissarische Geschäftsführerin oder einen kommissarischen Geschäftsführer, die oder der die Geschäfte führt, bis die Trägerversammlung eine Geschäftsführerin oder einen Geschäftsführer bestellt hat.“
57. Folgender Paragraph wird angefügt:

„§ 77

Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

(1) § 7 Absatz 4a in der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Fassung gilt weiter bis zum Inkrafttreten einer nach § 13 Absatz 3 erlassenen Rechtsverordnung.

(2) Abweichend von § 11a Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 sind bis zum 31. Dezember 2011 die Leistungen nach § 23 des Achten Buches als Einkommen zu berücksichtigen

1. für das erste und zweite Pflegekind nicht,
2. für das dritte Pflegekind zu 75 Prozent und
3. für das vierte und jedes weitere Pflegekind vollständig.

(3) § 30 in der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Fassung gilt an Stelle des § 11b Absatz 4 weiter für Bewilligungszeiträume (§ 41 Satz 4), die vor dem 1. Juli 2011 beginnen, längstens jedoch bis zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit.

(4) Für die Regelbedarfe nach § 20 Absatz 2 Satz 2 und § 23 Nummer 1 tritt an die Stelle der Beträge nach

1. § 20 Absatz 2 Satz 2 der Betrag von 287 Euro,
2. § 23 Nummer 1 für Leistungsberechtigte bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres der Betrag von 215 Euro,
3. § 23 Nummer 1 für Leistungsberechtigte vom Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres der Betrag von 251 Euro,
4. § 23 Nummer 1 für Leistungsberechtigte im 15. Lebensjahr der Betrag von 287 Euro,

solange sich durch die Fortschreibung der Beträge nach § 20 Absatz 2 Satz 2 und § 23 Nummer 1 nach § 20 Absatz 4 jeweils kein höherer Betrag ergibt.

(5) § 21 ist bis zum 31. Dezember 2011 mit der Maßgabe anzuwenden, dass Beträge, die nicht volle Euro-Beträge ergeben, bei einem Betrag von unter 0,50 Euro abzurunden und bei einem Betrag von über 0,50 Euro aufzurunden sind.

(6) Der Bedarf nach § 28 Absatz 3 wird erstmals zum 1. August 2011 anerkannt.

(7) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erprobt ein elektronisches Abrechnungssystem zur Erbringung, Einlösung und Abrechnung von Leistungen nach § 28 in geeigneten Modellregionen. Soweit dies erforderlich ist, dürfen auch Sozialdaten zum Zwecke der Erprobung nach Satz 1 erhoben, verarbeitet und genutzt werden. § 78a des Zehnten Buches gilt entsprechend.

(8) § 31 in der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Fassung ist weiterhin anzuwenden für Pflichtverletzungen, die vor dem 1. Januar 2011 begangen worden sind.

(9) § 40 Absatz 1 Satz 2 ist nicht anwendbar auf Anträge nach § 44 des Zehnten Buches, die vor dem 1. Januar 2011 gestellt worden sind.

(10) § 41 Absatz 2 Satz 2 ist bis zum 31. Dezember 2011 mit der Maßgabe anzuwenden, dass bei einer auf zwei Dezimalstellen durchzuführenden Berechnung weitere sich ergebende Dezimalstellen wegfallen.“

Artikel 3

Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch - Sozialhilfe - (Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003, BGBl. I S. 3022, 3023), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 3. August 2010 (BGBl. I S. 1112) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe zu § 10 wird wie folgt gefasst:

„§ 10 Leistungsformen“.

b) Die Angaben zum Dritten Kapitel werden wie folgt gefasst:

„Drittes Kapitel

Hilfe zum Lebensunterhalt

Erster Abschnitt

Leistungsberechtigte, notwendiger Lebensunterhalt, Regelbedarfe und Regelsätze

§ 27 Leistungsberechtigte

§ 27a Notwendiger Lebensunterhalt, Regelbedarfe und Regelsätze

§ 27b Notwendiger Lebensunterhalt in Einrichtungen

§ 28 Ermittlung der Regelbedarfe

§ 28a Fortschreibung der Regelbedarfsstufen

§ 29 Festsetzung und Fortschreibung der Regelsätze

Zweiter Abschnitt

Zusätzliche Bedarfe

§ 30 Mehrbedarf

§ 31 Einmalige Bedarfe

§ 32 Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung

§ 33 Beiträge für die Vorsorge

Dritter Abschnitt

Bildung und Teilhabe

§ 34 Bedarfe für Bildung und Teilhabe

§ 34a Erbringung der Leistungen für Bildung und Teilhabe

Vierter Abschnitt

Unterkunft und Heizung

§ 35 Unterkunft und Heizung

§ 35a Satzung

§ 36 Sonstige Hilfen zur Sicherung der Unterkunft

Fünfter Abschnitt

Gewährung von Darlehen

§ 37 Ergänzende Darlehen

§ 38 Darlehen bei vorübergehender Notlage

Sechster Abschnitt

Einschränkung von Leistungsberechtigung und -umfang

§ 39 Vermutung der Bedarfsdeckung

§ 39a Einschränkung der Leistung

Siebter Abschnitt

Verordnungsermächtigung

§ 40 Verordnungsermächtigung“.

c) Nach der Angabe zu § 116 wird folgende Angabe zu § 116a eingefügt:

„§ 116a Rücknahme von Verwaltungsakten“.

d) Die Angabe zu § 131 wird wie folgt gefasst:

„§ 131 Übergangsregelung zur Erbringung von Leistungen für Bildung und Teilhabe“.

e) Die Angabe zu § 133b wird wie folgt gefasst:

„§ 133b (weggefallen)“.

f) Die Angabe zu § 134 wird wie folgt gefasst:

„§ 134 Übergangsregelung für die Fortschreibung der Regelbedarfsstufen 4 bis 6“.

g) Die Angabe zu § 136 wird wie folgt gefasst:

„§ 136 Übergangsregelung zur Rücknahme von Verwaltungsakten“.

h) Nach der Angabe zu § 136 wird folgende Angabe angefügt:

„Anlage zu § 28“.

2. In § 8 Nummer 2 wird die Angabe „(§§ 41 bis 46)“ durch die Angabe „(§§ 41 bis 46a)“ ersetzt.
3. § 10 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 10

Leistungsformen“.

- b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Leistungen werden erbracht in Form von

1. Dienstleistungen,
2. Geldleistungen,
3. Gutscheinen oder
4. Sachleistungen.“

- c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Geldleistungen haben Vorrang vor Gutscheinen oder Sachleistungen, soweit dieses Buch nicht etwas anderes bestimmt oder mit Gutscheinen oder Sachleistungen das Ziel der Sozialhilfe erheblich besser oder wirtschaftlicher erreicht werden kann oder die Leistungsberechtigten es wünschen.“

4. Dem § 11 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Leistungsberechtigte nach dem Dritten und Vierten Kapitel erhalten die gebotene Beratung für den Umgang mit dem durch den Regelsatz zur Verfügung gestellten monatlichen Pauschalbetrag (§ 27a Absatz 3 Satz 2).“

5. § 19 Absatz 1 und 2 wird wie folgt gefasst:

„(1) Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel ist Personen zu leisten, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, insbesondere aus ihrem Einkommen und Vermögen, bestreiten können.

(2) Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel dieses Buches ist Personen zu leisten, die die Altersgrenze nach § 41 Absatz 2 erreicht haben oder das 18. Lebensjahr vollendet haben und dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, sofern sie ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, insbesondere aus ihrem Einkommen und Vermögen, bestreiten können. Die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gehen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel vor.“

6. In § 20 Satz 2 wird die Angabe „§ 36“ durch die Angabe „§ 39“ ersetzt.
7. In § 21 Satz 2 wird die Angabe „§ 34“ durch die Angabe „§ 36“ ersetzt.
8. Die §§ 27 bis 29 werden durch folgenden Ersten Abschnitt ersetzt:

„Erster Abschnitt

Leistungsberechtigte, notwendiger Lebensunterhalt, Regelbedarfe und Regelsätze

§ 27

Leistungsberechtigte

(1) Hilfe zum Lebensunterhalt ist Personen zu leisten, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln bestreiten können.

(2) Eigene Mittel sind insbesondere das eigene Einkommen und Vermögen. Bei nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartnern sind das Einkommen und Vermögen beider Ehegatten oder Lebenspartner gemeinsam zu berücksichtigen. Gehören minderjährige unverheiratete Kinder dem Haushalt ihrer Eltern oder eines Elternteils an und können sie den notwendigen Lebensunterhalt aus ihrem Einkommen und Vermögen nicht bestreiten, sind vorbehaltlich des § 39 Satz 3 Nummer 1 auch das Einkommen und das Vermögen der Eltern oder des Elternteils gemeinsam zu berücksichtigen.

(3) Hilfe zum Lebensunterhalt kann auch Personen geleistet werden, die ihren notwendigen Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können, jedoch einzelne erforderliche Tätigkeiten nicht verrichten können. Von den Leistungsberechtigten kann ein angemessener Kostenbeitrag verlangt werden.

§ 27a

Notwendiger Lebensunterhalt, Regelbedarfe und Regelsätze

(1) Der für die Gewährleistung des Existenzminimums notwendige Lebensunterhalt umfasst insbesondere Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie ohne die auf Heizung entfallenden Anteile, persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens sowie Unterkunft und Heizung. Zu den persönlichen Bedürfnissen des täglichen Lebens gehört in vertretbarem Umfang eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft; dies gilt in besonderem Maß für Kinder und Jugendliche. Für Schülerinnen und Schüler umfasst der notwendige Lebensunterhalt auch die erforderlichen Hilfen für den Schulbesuch.

(2) Der gesamte notwendige Lebensunterhalt nach Absatz 1 mit Ausnahme der Bedarfe nach dem Zweiten bis Vierten Abschnitt ergibt den monatlichen Regelbedarf. Dieser ist in Regelbedarfsstufen unterteilt, die bei Kindern und Jugendlichen altersbedingte Unterschiede und bei erwachsenen Personen deren Anzahl im Haushalt berücksichtigen.

(3) Zur Deckung der Regelbedarfe, die sich nach den Regelbedarfsstufen der Anlage zu § 28 ergeben, sind monatliche Regelsätze zu gewähren. Der Regelsatz stellt einen monatlichen Pauschalbetrag zur Bestreitung des Regelbedarfs dar, über dessen Verwendung die Leistungsberechtigten eigenverantwortlich entscheiden; dabei haben sie das Eintreten unregelmäßig anfallender Bedarfe zu berücksichtigen.

(4) Im Einzelfall wird der individuelle Bedarf abweichend vom Regelsatz festgelegt, wenn ein Bedarf ganz oder teilweise anderweitig gedeckt ist oder unabweisbar seiner Höhe nach erheblich von einem durchschnittlichen Bedarf abweicht. Besteht die Leistungsberechtigung für weniger als einen Monat, ist der Regelsatz anteilig zu zahlen. Sind Leis-

tungsberechtigte in einer anderen Familie, insbesondere in einer Pflegefamilie, oder bei anderen Personen als bei ihren Eltern oder einem Elternteil untergebracht, so wird in der Regel der individuelle Bedarf abweichend von den Regelsätzen in Höhe der tatsächlichen Kosten der Unterbringung bemessen, sofern die Kosten einen angemessenen Umfang nicht übersteigen.

§ 27b

Notwendiger Lebensunterhalt in Einrichtungen

(1) Der notwendige Lebensunterhalt in Einrichtungen umfasst den darin erbrachten sowie in stationären Einrichtungen zusätzlich den weiteren notwendigen Lebensunterhalt. Der notwendige Lebensunterhalt in stationären Einrichtungen entspricht dem Umfang der Leistungen der Grundsicherung nach § 42 Nummer 1, 2 und 4.

(2) Der weitere notwendige Lebensunterhalt umfasst insbesondere Kleidung und einen angemessenen Barbetrag zur persönlichen Verfügung; § 31 Absatz 2 Satz 2 ist nicht anzuwenden. Leistungsberechtigte, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, erhalten einen Barbetrag in Höhe von mindestens 27 vom Hundert der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28. Für Leistungsberechtigte, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, setzen die zuständigen Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen für die in ihrem Bereich bestehenden Einrichtungen die Höhe des Barbetrages fest. Der Barbetrag wird gemindert, soweit dessen bestimmungsgemäße Verwendung durch oder für die Leistungsberechtigten nicht möglich ist.

§ 28

Ermittlung der Regelbedarfe

(1) Liegen die Ergebnisse einer bundesweiten neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vor, wird die Höhe der Regelbedarfe in einem Bundesgesetz neu ermittelt.

(2) Bei der Ermittlung der bundesdurchschnittlichen Regelbedarfsstufen nach § 27a Absatz 2 sind Stand und Entwicklung von Nettoeinkommen, Verbraucherverhalten und Lebenshaltungskosten zu berücksichtigen. Grundlage hierfür sind die durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nachgewiesenen tatsächlichen Verbrauchsausgaben unterer Einkommensgruppen.

(3) Für die Ermittlung der Regelbedarfsstufen beauftragt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales das Statistische Bundesamt mit Sonderauswertungen, die auf der Grundlage einer neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vorzunehmen sind. Sonderauswertungen zu den Verbrauchsausgaben von Haushalten unterer Einkommensgruppen sind zumindest für Haushalte (Referenzhaushalte) vorzunehmen, in denen nur eine erwachsene Person lebt (Einpersonenhaushalte), sowie für Haushalte, in denen Paare mit einem Kind leben (Familienhaushalte). Dabei ist festzulegen, welche Haushalte, die Leistungen nach diesem Buch und dem Zweiten Buch beziehen, nicht als Referenzhaushalte zu berücksichtigen sind. Für die Bestimmung des Anteils der Referenzhaushalte an den jeweiligen Haushalten der Sonderauswertungen ist ein für statistische Zwecke hinreichend großer Stichprobenumfang zu gewährleisten.

(4) Die in Sonderauswertungen nach Absatz 3 ausgewiesenen Verbrauchsausgaben der Referenzhaushalte sind für die Ermittlung der Regelbedarfsstufen als regelbedarfsrelevant zu berücksichtigen, soweit sie zur Sicherung des Existenzminimums notwendig sind und eine einfache Lebensweise ermöglichen, wie sie einkommensschwache Haus-

halte aufweisen, die ihren Lebensunterhalt nicht ausschließlich aus Leistungen nach diesem oder dem Zweiten Buch bestreiten. Nicht als regelbedarfsrelevant zu berücksichtigen sind Verbrauchsausgaben der Referenzhaushalte, wenn sie bei Leistungsberechtigten nach diesem Buch oder dem Zweiten Buch

1. durch bundes- oder landesgesetzliche Leistungsansprüche, die der Finanzierung einzelner Verbrauchspositionen der Sonderauswertungen dienen, abgedeckt sind und diese Leistungsansprüche kein anrechenbares Einkommen nach § 82 oder § 11 des Zweiten Buches darstellen oder
2. nicht anfallen, weil bundesweit in einheitlicher Höhe Vergünstigungen gelten.

Die Summen der sich nach den Sätzen 1 und 2 ergebenden regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben der Referenzhaushalte sind Grundlage für die Prüfung der Regelbedarfsstufen, insbesondere für die Altersabgrenzungen bei Kindern und Jugendlichen. Die für die Ermittlung der Regelbedarfsstufen zugrunde zu legenden Summen regelbedarfsrelevanter Verbrauchsausgaben sind mit der sich nach § 28a Absatz 2 ergebenden Veränderungsrate entsprechend fortzuschreiben. Die Höhe der nach Satz 3 fortgeschriebenen Summen der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben sind jeweils bis unter 0,50 Euro abzurunden sowie von 0,50 Euro an aufzurunden und ergeben die Regelbedarfsstufen.

§ 28a

Fortschreibung der Regelbedarfsstufen

(1) In Jahren, in denen keine Neuermittlung nach § 28 erfolgt, werden die Regelbedarfsstufen jeweils zum 1. Januar mit der sich nach Absatz 2 ergebenden Veränderungsrate fortgeschrieben. § 28 Absatz 4 Satz 5 gilt entsprechend.

(2) Die Fortschreibung der Regelbedarfsstufen erfolgt aufgrund der bundesdurchschnittlichen Entwicklung der Preise für regelbedarfsrelevante Güter und Dienstleistungen sowie der bundesdurchschnittlichen Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Mischindex). Maßgeblich ist jeweils die Veränderungsrate des Zeitraums, der mit dem 1. Juli des Vorjahres beginnt und mit dem 30. Juni des laufenden Jahres endet, gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Für die Ermittlung der jährlichen Veränderungsrate des Mischindexes werden die bundesdurchschnittliche Entwicklung der Preise aller regelbedarfsrelevanten Güter und Dienstleistungen mit einem Anteil von 70 vom Hundert und die bundesdurchschnittliche Entwicklung der Nettolöhne mit einem Anteil von 30 vom Hundert berücksichtigt.

(3) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beauftragt das Statistische Bundesamt mit der Ermittlung der jährlichen Veränderungsrate für den Zeitraum, der mit dem 1. Juli des Vorjahres beginnt und mit dem 30. Juni des laufenden Jahres endet, für

1. die Preise aller regelbedarfsrelevanten Güter und Dienstleistungen und
2. die durchschnittliche Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer.

§ 29

Festsetzung und Fortschreibung der Regelsätze

(1) Werden die Regelbedarfsstufen nach § 28 neu ermittelt, gelten diese als neu festgesetzte Regelsätze (Neufestsetzung), solange die Länder keine abweichende Neufestsetzung vornehmen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn die Regelbedarfe nach § 28a fortgeschrieben werden.

(2) Nehmen die Länder eine abweichende Neufestsetzung vor, haben sie die Höhe der monatlichen Regelsätze entsprechend der Abstufung der Regelbedarfe nach der Anlage zu § 28 durch Rechtsverordnung neu festzusetzen. Sie können die Ermächtigung für die Neufestsetzung nach Satz 1 auf die zuständigen Landesministerien übertragen. Für die abweichende Neufestsetzung sind anstelle der bundesdurchschnittlichen Regelbedarfsstufen, die sich nach § 28 aus der bundesweiten Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ergeben, entsprechend aus regionalen Auswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ermittelte Regelbedarfsstufen zugrunde legen. Die Länder können bei der Neufestsetzung der Regelsätze auch auf ihr Land bezogene besondere Umstände, die die Deckung des Regelbedarfs betreffen, berücksichtigen. Regelsätze, die nach Absatz 1 oder nach den Sätzen 1 bis 4 festgesetzt worden sind, können von den Ländern als Mindestregelsätze festgesetzt werden. § 28 Absatz 4 Satz 4 und 5 gilt für die Festsetzung der Regelsätze nach den Sätzen 1 bis 4 entsprechend.

(3) Die Länder können die Träger der Sozialhilfe ermächtigen, auf der Grundlage von nach Absatz 2 Satz 5 bestimmten Mindestregelsätzen regionale Regelsätze festzusetzen; bei der Festsetzung können die Träger der Sozialhilfe regionale Besonderheiten sowie statistisch nachweisbare Abweichungen in den Verbrauchsausgaben berücksichtigen. § 28 Absatz 4 Satz 4 und 5 gilt für die Festsetzung der Regelsätze nach Satz 1 entsprechend.

(4) Werden die Regelsätze nach den Absätzen 2 und 3 abweichend von den Regelbedarfsstufen nach § 28 festgesetzt, sind diese in den Jahren, in denen keine Neuermittlung der Regelbedarfe nach § 28 erfolgt, jeweils zum 1. Januar durch Rechtsverordnung der Länder mit der Veränderungsrate der Regelbedarfe fortzuschreiben, die sich nach der Rechtsverordnung nach § 40 ergibt.

(5) Die nach den Absätzen 2 und 3 festgesetzten und nach Absatz 4 fortgeschriebenen Regelsätze gelten als Regelbedarfsstufen nach der Anlage zu § 28.“

9. Nach § 29 wird folgende Überschrift eingefügt:

„Zweiter Abschnitt

Zusätzliche Bedarfe“.

10. § 30 wird wie folgt geändert:

- a) In den Absätzen 1, 2, 4 Satz 1 und in Absatz 6 werden jeweils die Wörter „des maßgebenden Regelsatzes“ durch die Wörter „der maßgebenden Regelbedarfsstufe“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 Nummer 1 und 2 werden jeweils die Wörter „des Eckregelsatzes“ durch die Wörter „der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28“ ersetzt.

11. § 31 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. Anschaffung und Reparaturen von orthopädischen Schuhen, Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen sowie die Miete von therapeutischen Geräten“.

b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Einer Person, die Sozialhilfe beansprucht (nachfragende Person), werden, auch wenn keine Regelsätze zu gewähren sind, für einmalige Bedarfe nach Absatz 1 Leistungen erbracht, wenn sie diese nicht aus eigenen Kräften und Mitteln vollständig decken kann.“

12. § 34 wird durch folgenden Dritten Abschnitt ersetzt:

„Dritter Abschnitt Bildung und Teilhabe

§ 34

Bedarfe für Bildung und Teilhabe

(1) Bedarfe für Bildung nach den Absätzen 2 bis 5 von Schülerinnen und Schülern, die eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen, sowie Bedarfe von Kindern und Jugendlichen für Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft nach Absatz 6 werden neben den maßgebenden Regelbedarfsstufen gesondert berücksichtigt. Leistungen hierfür werden nach den Maßgaben des § 34a gesondert erbracht.

(2) Bedarfe werden bei Schülerinnen und Schülern in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen anerkannt für

1. Schulausflüge und
2. mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen.

Für Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, gilt Satz 1 entsprechend.

(3) Bedarfe für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf werden bei Schülerinnen und Schülern für den Monat, in dem der erste Schultag liegt, in Höhe von 70 Euro und für den Monat, in dem das zweite Schulhalbjahr beginnt, in Höhe von 30 Euro anerkannt.

(4) Bei Schülerinnen und Schülern wird eine schulische Angebote ergänzende angemessene Lernförderung berücksichtigt, soweit diese geeignet und zusätzlich erforderlich ist, um die nach den schulrechtlichen Bestimmungen festgelegten wesentlichen Lernziele zu erreichen.

(5) Bei Schülerinnen und Schülern, die an einer in schulischer Verantwortung angebotenen gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung teilnehmen, wird ein Bedarf in Höhe der entstehenden Mehraufwendungen anerkannt. Für Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, gilt Satz 1 entsprechend.

(6) Für Leistungsberechtigte bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres wird ein Bedarf zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft in Höhe von insgesamt 10 Euro monatlich berücksichtigt für

1. Mitgliedsbeiträge in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit,
2. Unterricht in künstlerischen Fächern (zum Beispiel Musikunterricht) und vergleichbare angeleitete Aktivitäten der kulturellen Bildung und
3. die Teilnahme an Freizeiten.

§ 34a

Erbringung der Leistungen für Bildung und Teilhabe

(1) Leistungen zur Deckung der Bedarfe nach § 34 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und Absatz 4 und 5 werden auf Antrag erbracht. Einer nachfragenden Person werden, auch wenn keine Regelsätze zu gewähren sind, für Bedarfe nach § 34 Leistungen erbracht, wenn sie diese nicht aus eigenen Kräften und Mitteln vollständig decken kann. Die Leistungen zur Deckung der Bedarfe nach § 34 Absatz 6 bleiben bei der Erbringung von Leistungen nach dem Sechsten Kapitel unberücksichtigt.

(2) Leistungen zur Deckung der Bedarfe nach § 34 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und Satz 2 sowie Absatz 4 bis 6 werden durch personalisierte Gutscheine oder durch Kostenübernahmeerklärungen erbracht. Die Gültigkeitsdauer von Gutscheinen ist angemessen zu befristen. Die Leistungen nach Satz 1 gelten mit Ausgabe des Gutscheins oder mit Erklärung der Kostenübernahme gegenüber dem Leistungsberechtigten als erbracht. Im Falle des Verlustes soll der Gutschein erneut in dem Umfang ausgestellt werden, in dem er nicht bereits in Anspruch genommen wurde.

(3) Die Gutscheine für die Schulausflüge nach § 34 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 werden für das laufende Schulhalbjahr ausgegeben.

(4) Für die Höhe des nach § 34 Absatz 5 für die Teilnahme an der Mittagsverpflegung entstehenden Mehrbedarfs wird die Anzahl der Schultage in dem Land berücksichtigt, in dem der Schulbesuch jeweils stattfindet.

(5) Der Bedarf nach § 34 Absatz 3 wird durch Geldleistungen gedeckt. Der zuständige Träger der Sozialhilfe kann bei Leistungen zur Deckung der Bedarfe nach § 34 Absatz 3 im begründeten Einzelfall einen Nachweis über eine zweckentsprechende Verwendung der Leistung verlangen.“

13. Die §§ 35 und 36 werden durch folgenden Vierten Abschnitt ersetzt:

„Vierter Abschnitt Unterkunft und Heizung

§ 35

Unterkunft und Heizung

(1) Leistungen für die Unterkunft werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht. Leistungen für die Unterkunft sind auf Antrag der leistungsberechtigten Person an den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte zu zahlen. Sie sollen an den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte gezahlt werden, wenn die zweckentsprechende Verwendung durch die leistungsberechtigte Person nicht sichergestellt ist. Das ist insbesondere der Fall, wenn

1. Mietrückstände bestehen, die zu einer außerordentlichen Kündigung des Mietverhältnisses berechtigen,
2. Energiekostenrückstände bestehen, die zu einer Unterbrechung der Energieversorgung berechtigen,
3. konkrete Anhaltspunkte für ein krankheits- oder suchtbedingtes Unvermögen der leistungsberechtigten Person bestehen, die Mittel zweckentsprechend zu verwenden, oder
4. konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die im Schuldnerverzeichnis eingetragene leistungsberechtigte Person die Mittel nicht zweckentsprechend verwendet.

Werden die Leistungen für die Unterkunft und Heizung an den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte gezahlt, hat der Träger der Sozialhilfe die leistungsberechtigte Person darüber schriftlich zu unterrichten.

(2) Übersteigen die Aufwendungen für die Unterkunft den der Besonderheit des Einzelfalles angemessenen Umfang, sind sie insoweit als Bedarf der Personen, deren Einkommen und Vermögen nach § 27 Absatz 2 zu berücksichtigen sind, anzuerkennen. Satz 1 gilt solange, als es diesen Personen nicht möglich oder nicht zuzumuten ist, durch einen Wohnungswechsel, durch Vermieten oder auf andere Weise die Aufwendungen zu senken, in der Regel jedoch längstens für sechs Monate. Vor Abschluss eines Vertrages über eine neue Unterkunft haben Leistungsberechtigte den dort zuständigen Träger der Sozialhilfe über die nach den Sätzen 1 und 2 maßgeblichen Umstände in Kenntnis zu setzen. Sind die Aufwendungen für die neue Unterkunft unangemessen hoch, ist der Träger der Sozialhilfe nur zur Übernahme angemessener Aufwendungen verpflichtet, es sei denn, er hat den darüber hinausgehenden Aufwendungen vorher zugestimmt. Wohnungsbeschaffungskosten, Mietkautionen und Umzugskosten können bei vorheriger Zustimmung übernommen werden; Mietkautionen sollen als Darlehen erbracht werden. Eine Zustimmung soll erteilt werden, wenn der Umzug durch den Träger der Sozialhilfe veranlasst wird oder aus anderen Gründen notwendig ist und wenn ohne die Zustimmung eine Unterkunft in einem angemessenen Zeitraum nicht gefunden werden kann.

(3) Der Träger der Sozialhilfe kann für seinen Bereich die Leistungen für die Unterkunft durch eine monatliche Pauschale abgelden, wenn auf dem örtlichen Wohnungsmarkt hinreichend angemessener freier Wohnraum verfügbar und in Einzelfällen die Pauschalierung nicht unzumutbar ist. Bei der Bemessung der Pauschale sind die tatsächlichen Gegebenheiten des örtlichen Wohnungsmarkts, der örtliche Mietspiegel sowie die familiären Verhältnisse der Leistungsberechtigten zu berücksichtigen. Absatz 2 Satz 1 gilt entsprechend.

(4) Leistungen für Heizung werden in tatsächlicher Höhe erbracht, soweit sie angemessen sind. Die Leistungen können durch eine monatliche Pauschale abgegolten werden. Bei der Bemessung der Pauschale sind die persönlichen und familiären Verhältnisse, die Größe und Beschaffenheit der Wohnung, die vorhandenen Heizmöglichkeiten und die örtlichen Gegebenheiten zu berücksichtigen.

§ 35a

Satzung

Hat ein Kreis oder eine kreisfreie Stadt eine Satzung nach den §§ 22a bis 22c des Zweiten Buches erlassen, so gilt sie für Leistungen für die Unterkunft nach § 35 Absatz 1 und 2 des zuständigen Trägers der Sozialhilfe entsprechend. Dies gilt auch für Leistungen für Heizung nach § 35 Absatz 4, soweit die Satzung Bestimmungen nach § 22b Absatz 1 Satz 3 und 4 des Zweiten Buches enthält. In Fällen der Sätze 1 und 2 ist § 35 Absatz 3 und 4 Satz 2 und 3 nicht anzuwenden.

§ 36

Sonstige Hilfen zur Sicherung der Unterkunft

(1) Schulden können nur übernommen werden, wenn dies zur Sicherung der Unterkunft oder zur Behebung einer vergleichbaren Notlage gerechtfertigt ist. Sie sollen übernommen werden, wenn dies gerechtfertigt und notwendig ist und sonst Wohnungslosigkeit einzutreten droht. Geldleistungen können als Beihilfe oder als Darlehen erbracht werden.

(2) Geht bei einem Gericht eine Klage auf Räumung von Wohnraum im Falle der Kündigung des Mietverhältnisses nach § 543 Absatz 1, 2 Satz 1 Nummer 3 in Verbindung mit § 569 Absatz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ein, teilt das Gericht dem zuständigen örtlichen Träger der Sozialhilfe oder der Stelle, die von ihm zur Wahrnehmung der in Absatz 1 bestimmten Aufgaben beauftragt wurde, unverzüglich Folgendes mit:

1. den Tag des Eingangs der Klage,
2. die Namen und die Anschriften der Parteien,
3. die Höhe der monatlich zu entrichtenden Miete,
4. die Höhe des geltend gemachten Mietrückstandes und der geltend gemachten Entschädigung sowie
5. den Termin zur mündlichen Verhandlung, sofern dieser bereits bestimmt ist.

Außerdem kann der Tag der Rechtshängigkeit mitgeteilt werden. Die Übermittlung unterbleibt, wenn die Nichtzahlung der Miete nach dem Inhalt der Klageschrift offensichtlich nicht auf Zahlungsunfähigkeit des Mieters beruht. Die übermittelten Daten dürfen auch für entsprechende Zwecke der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz verwendet werden.“

14. Nach § 36 wird folgende Überschrift eingefügt:

**„Fünfter Abschnitt
Gewährung von Darlehen“.**

15. § 37 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird das Wort „Regelsätzen“ durch das Wort „Regelbedarfen“ ersetzt.
- b) Nach Absatz 1 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

„(2) Der Träger der Sozialhilfe übernimmt für Leistungsberechtigte nach § 27b Absatz 2 Satz 2 die jeweils von ihnen bis zur Belastungsgrenze (§ 62 des Fünften Buches) zu leistenden Zuzahlungen in Form eines ergänzenden Darlehens, sofern der Leistungsberechtigte nicht widerspricht. Die Auszahlung der für das gesamte Kalenderjahr zu leistenden Zuzahlungen erfolgt unmittelbar an die zuständige Krankenkasse zum 1. Januar oder bei Aufnahme in eine stationäre Einrichtung. Der Träger der Sozialhilfe teilt der zuständigen Krankenkasse spätestens bis zum 1. November des Vorjahres die Leistungsberechtigten nach § 27b Absatz 2 Satz 2 mit, soweit diese der Darlehensgewährung nach Satz 1 für das laufende oder ein vorangegangenes Kalenderjahr nicht widersprochen haben.“

(3) In den Fällen des Absatzes 2 Satz 3 erteilt die Krankenkasse über den Träger der Sozialhilfe die in § 62 Absatz 1 Satz 1 des Fünften Buches genannte Bescheinigung jeweils bis zum 1. Januar oder bei Aufnahme in eine stationäre Einrichtung und teilt dem Träger der Sozialhilfe die Höhe der der leistungsberechtigten Person zu leistenden Zuzahlungen mit; Veränderungen im Laufe eines Kalenderjahres sind unverzüglich mitzuteilen.“

- c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4 und wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Für die Rückzahlung von Darlehen nach Absatz 1 können von den monatlichen Regelsätzen Teilbeträge bis zur Höhe von jeweils 5 vom Hundert der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28 einbehalten werden.“

- bb) In Satz 2 wird die Angabe „§ 35 Abs. 3“ durch die Wörter „nach Absatz 2“ ersetzt.

16. Nach § 38 wird folgende Überschrift eingefügt:

**„Sechster Abschnitt
Einschränkung von Leistungsberechtigung und -
umfang“.**

17. § 39 wird wie folgt gefasst:

„§ 39

Vermutung der Bedarfsdeckung

Lebt eine nachfragende Person gemeinsam mit anderen Personen in einer Wohnung oder in einer entsprechenden anderen Unterkunft, so wird vermutet, dass sie gemeinsam wirtschaften (Haushaltsgemeinschaft) und dass die nachfragende Person von den ande-

ren Personen Leistungen zum Lebensunterhalt erhält, soweit dies nach deren Einkommen und Vermögen erwartet werden kann. Soweit nicht gemeinsam gewirtschaftet wird oder die nachfragende Person von den Mitgliedern der Haushaltsgemeinschaft keine ausreichenden Leistungen zum Lebensunterhalt erhält, ist ihr Hilfe zum Lebensunterhalt zu gewähren. Satz 1 gilt nicht

1. für Schwangere oder Personen, die ihr leibliches Kind bis zur Vollendung seines sechsten Lebensjahres betreuen und mit ihren Eltern oder einem Elternteil zusammenleben oder
 2. für Personen, die im Sinne des § 53 behindert oder im Sinne des § 61 pflegebedürftig sind und von in Satz 1 genannten Personen betreut werden; dies gilt auch, wenn die genannten Voraussetzungen einzutreten drohen und das gemeinsame Wohnen im Wesentlichen zum Zweck der Sicherstellung der Hilfe und Versorgung erfolgt.“
18. Der bisherige § 39 wird § 39a.
19. Im neuen § 39a Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „der maßgebende Regelsatz“ durch die Wörter „die maßgebende Regelbedarfsstufe“ ersetzt.
20. Nach § 39a wird folgende Überschrift eingefügt:

„Siebter Abschnitt

Verordnungsermächtigung“.

21. § 40 wird wie folgt gefasst:

„§ 40

Verordnungsermächtigung

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. den für die Fortschreibung der Regelbedarfsstufen nach § 28a maßgeblichen Vornhundertssatz zu bestimmen und
2. die Anlage zu § 28 um die sich durch die Fortschreibung nach Nummer 1 zum 1. Januar eines Jahres ergebenden Regelbedarfsstufen zu ergänzen.

Der Vornhundertssatz nach Satz 1 Nummer 1 ist auf zwei Dezimalstellen zu berechnen; die zweite Dezimalstelle ist um eins zu erhöhen, wenn sich in der dritten Dezimalstelle eine der Ziffern von 5 bis 9 ergibt. Die Bestimmungen nach Satz 1 sollen bis zum 31. Oktober des jeweiligen Jahres erfolgen.“

22. In § 41 Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „beschaffen“ durch das Wort „bestreiten“ ersetzt.
23. § 42 wird wie folgt gefasst:

„§ 42

Umfang der Leistungen

Die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung umfassen:

1. die sich für die leistungsberechtigte Person nach der Anlage zu § 28 ergebende Regelbedarfsstufe,
2. die zusätzlichen Bedarfe nach dem Zweiten Abschnitt des Dritten Kapitels,
3. die Bedarfe für Bildung und Teilhabe nach dem Dritten Abschnitt des Dritten Kapitels, ausgenommen die Bedarfe nach § 34 Absatz 6,
4. die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach dem Vierten Abschnitt des Dritten Kapitels; bei Leistungen in einer stationären Einrichtung sind als Kosten für Unterkunft und Heizung Beträge in Höhe der durchschnittlichen angemessenen tatsächlichen Aufwendungen für die Warmmiete eines Einpersonenhaushaltes im Bereich des nach § 98 zuständigen Trägers der Sozialhilfe zugrunde zu legen,
5. ergänzende Darlehen nach § 37 Absatz 1.“

24. § 43 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Einkommen und Vermögen des nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Lebenspartners sowie des Partners einer eheähnlichen oder lebenspartnerschaftsähnlichen Gemeinschaft, die dessen notwendigen Lebensunterhalt nach § 27a übersteigen, sind zu berücksichtigen; § 39 Satz 1 ist nicht anzuwenden.“

b) In Absatz 2 Satz 6 werden die Wörter „der bedarfsorientierten Grundsicherung“ durch die Wörter „nach diesem Kapitel“ ersetzt.

25. Nach § 44 Absatz 1 Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Bei einer Erstbewilligung nach dem Bezug von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach dem Zweiten Buch, der mit Erreichen der Altersgrenze nach § 7a des Zweiten Buches endet, beginnt der Bewilligungszeitraum mit dem Ersten des Monats, der auf den sich nach § 7a des Zweiten Buches ergebenden Monat folgt.“

26. § 46 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Liegt die Rente unter dem 27fachen Betrag des geltenden aktuellen Rentenwertes in der gesetzlichen Rentenversicherung (§§ 68, 68a, 255e des Sechsten Buches), ist der Information zusätzlich ein Antragsformular beizufügen.“

27. In § 46a Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 36 Satz 1“ durch die Angabe „§ 39 Satz 1“ ersetzt.

28. § 72 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 4 wird die Angabe „§ 39“ durch die Angabe „§ 39a“ ersetzt.

b) In Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „(§ 35 Abs. 2)“ durch die Angabe „(§ 27b Absatz 2)“ ersetzt.

29. § 82 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
- „Einkünfte aus Rückerstattungen, die auf Vorauszahlungen beruhen, die Leistungsberechtigte aus dem Regelsatz erbracht haben, sind kein Einkommen.“
- b) In Absatz 3 Satz 1 und 2 werden jeweils die Wörter „des Eckregelsatzes“ durch die Wörter „der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28“ ersetzt.
30. § 85 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Nummer 1 und Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 werden jeweils die Wörter „des zweifachen Eckregelsatzes“ durch die Wörter „des Zweifachen der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28“ ersetzt.
- b) In Absatz 1 Nummer 3 und Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 werden jeweils die Wörter „des Eckregelsatzes“ durch die Wörter „der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28“ ersetzt.
- c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „Der maßgebliche Eckregelsatz“ durch die Wörter „Die maßgebende Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28“ ersetzt.
31. In § 88 Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „des Eckregelsatzes“ durch die Wörter „der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28“ ersetzt.
32. In § 92 Absatz 2 Satz 4 werden die Wörter „zweifachen Eckregelsatzes“ durch die Wörter „Zweifachen der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28“ ersetzt.
33. In § 105 Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 27“ durch die Angabe „§ 27a“ ersetzt.
34. In § 110 Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 19 Abs. 1 Satz 2“ durch die Wörter „§ 27 Absatz 2 Satz 2 und 3“ ersetzt.
35. Nach § 116 wird folgender § 116a eingefügt:

„§ 116a

Rücknahme von Verwaltungsakten

Für die Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsakts gilt § 44 Absatz 4 Satz 1 des Zehnten Buches mit der Maßgabe, dass an Stelle des Zeitraums von vier Jahren ein Zeitraum von einem Jahr tritt.“

36. In § 117 Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „§ 36“ durch die Angabe „§ 39“ ersetzt.
37. § 122 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c werden die Wörter „§§ 28 bis 35, 37, 38 und § 133a“ durch die Wörter „§ 27a Absatz 3, §§ 27b, 30 bis 33, § 34 Absatz 2 bis 6, §§ 35 bis 38 und § 133a“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 werden die Wörter „§ 42 Satz 1 Nr. 1 bis 5“ durch die Wörter „§ 42 Nummer 1 bis 5“ ersetzt.
38. § 131 wird wie folgt gefasst:

„§ 131

Übergangsregelung zur Erbringung von Leistungen für Bildung und Teilhabe

Die Leistungen für Bedarfe nach § 34 Absatz 3 sind erstmals für das Schuljahr 2011/12 zu berücksichtigen.“

39. § 133b wird aufgehoben.

40. § 134 wird wie folgt gefasst:

„§ 134

Übergangsregelung für die Fortschreibung der Regelbedarfsstufen 4 bis 6

Abweichend von § 28a sind die Regelbedarfsstufen 4 bis 6 der Anlage zu § 28 nicht mit dem sich nach der Verordnung nach § 40 ergebenden Vmhundertsatz fortzuschreiben, solange sich durch die entsprechende Fortschreibung der Beträge nach § 8 Absatz 1 Nummer 4 bis 6 des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes keine höheren Beträge ergeben würden.“

41. § 136 wird wie folgt gefasst:

„§ 136

Übergangsregelung zur Rücknahme von Verwaltungsakten

§ 116a ist nicht anwendbar auf Anträge nach § 44 des Zehnten Buches, die vor dem 1. Januar 2011 gestellt worden sind.“

42. Folgende Anlage wird angefügt:

„Anlage zu § 28**Regelbedarfsstufen nach § 28 in Euro**

gültig ab	Regelbedarfsstufe 1	Regelbedarfsstufe 2	Regelbedarfsstufe 3	Regelbedarfsstufe 4	Regelbedarfsstufe 5	Regelbedarfsstufe 6
1. Januar 2011	364	328	291	287	251	215
						.

Regelbedarfsstufe 1:

alleinstehende oder alleinerziehende Leistungsberechtigte,

Regelbedarfsstufe 2:

Ehegatten und Lebenspartner sowie andere erwachsene Leistungsberechtigte, die in einem gemeinsamen Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften,

Regelbedarfsstufe 3:

erwachsene Leistungsberechtigte, die keinen eigenen Haushalt führen, weil sie im Haushalt anderer Personen leben,

Regelbedarfsstufe 4:

Jugendliche vom Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres,

Regelbedarfsstufe 5:

Kinder vom Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres,

Regelbedarfsstufe 6:

Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres.“

Artikel 4

Änderung des Sozialgerichtsgesetzes

Das Sozialgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2535), das zuletzt durch ...geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 29 Absatz 2 Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt und folgende Nummern 3 und 4 angefügt:

„3. Klagen in Angelegenheiten der Erstattung von Aufwendungen nach § 6b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch,

4. Anträge nach § 55a.“
2. In § 31 Absatz 2 werden nach dem Wort „Vertragsarztrechts“ die Wörter „und für Antragsverfahren nach § 55a“ und nach dem Wort „ist“ das Wort „jeweils“ eingefügt.
3. In § 46 Absatz 1 wird das Wort „Arbeitssuchende“ durch das Wort „Arbeitsuchende“ ersetzt.
4. Nach § 55 wird folgender § 55a eingefügt:

„§ 55a

(1) Auf Antrag ist über die Gültigkeit von Satzungen oder anderen im Rang unter einem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschriften, die nach § 22a Absatz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und dem dazu ergangenen Landesgesetz erlassen worden sind, zu entscheiden.

(2) Den Antrag kann jede natürliche Person stellen, die geltend macht, durch die Anwendung der Rechtsvorschrift in ihren Rechten verletzt zu sein oder in absehbarer Zeit verletzt zu werden. Er ist gegen die Körperschaft zu richten, welche die Rechtsvorschrift erlassen hat. Das Landessozialgericht kann der obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle Gelegenheit zur Äußerung binnen einer bestimmten Frist geben. § 75 Absatz 1 und 3 sowie Absatz 4 Satz 1 sind entsprechend anzuwenden.

(3) Das Landessozialgericht prüft die Vereinbarkeit der Rechtsvorschrift mit Landesrecht nicht, soweit gesetzlich vorgesehen ist, dass die Rechtsvorschrift ausschließlich durch das Verfassungsgericht eines Landes nachprüfbar ist.

(4) Ist ein Verfahren zur Überprüfung der Gültigkeit der Rechtsvorschrift bei einem Verfassungsgericht anhängig, so kann das Landessozialgericht anordnen, dass die Verhandlung bis zur Erledigung des Verfahrens vor dem Verfassungsgericht auszusetzen ist.

(5) Das Landessozialgericht entscheidet durch Urteil oder, wenn es eine mündliche Verhandlung nicht für erforderlich hält, durch Beschluss. Kommt das Landessozialgericht zu der Überzeugung, dass die Rechtsvorschrift ungültig ist, so erklärt es sie für unwirksam; in diesem Fall ist die Entscheidung allgemein verbindlich und die Entscheidungsformel vom Antragsgegner oder der Antragsgegnerin ebenso zu veröffentlichen wie die Rechtsvorschrift bekanntzumachen wäre. Für die Wirkung der Entscheidung gilt § 183 der Verwaltungsgerichtsordnung entsprechend.

(6) Das Gericht kann auf Antrag eine einstweilige Anordnung erlassen, wenn dies zur Abwehr schwerer Nachteile oder aus anderen wichtigen Gründen dringend geboten ist."

5. Dem § 57 wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Für Antragsverfahren nach § 55a ist das Landessozialgericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk die Körperschaft, die die Rechtsvorschrift erlassen hat, ihren Sitz hat.“

6. Nach § 114 Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) Hängt die Entscheidung des Rechtsstreits ab von der Gültigkeit einer Satzung oder einer anderen im Rang unter einem Landesgesetz stehenden Vorschrift, die nach § 22a Absatz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und dem dazu ergangenen Landesgesetz erlassen worden ist, so kann das Gericht anordnen, dass die Verhandlung bis zur Erledigung des Antragsverfahrens nach § 55a auszusetzen ist.“

7. In § 160 Absatz 1 werden nach den Wörtern „eines Landessozialgerichts“ die Wörter „und gegen den Beschluss nach § 55a Absatz 5 Satz 1“ eingefügt und die Wörter „dem Urteil“ durch die Wörter „der Entscheidung“ ersetzt.

8. Nach § 183 Satz 3 wird folgender Satz eingefügt:

„Leistungsempfängern nach Satz 1 stehen Antragsteller nach § 55a Absatz 2 Satz 1 zweite Alternative gleich.“

Artikel 5

Änderung des Bundeskindergeldgesetzes

Das Bundeskindergeldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2009 (BGBl. I S. 142, 3177), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 6a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 3 wird die Angabe „§§ 11 und 12“ durch die Angabe „§§ 11 bis 12“ ersetzt.

bb) Nummer 4 Satz 2 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„Bei der Prüfung, ob Hilfebedürftigkeit vermieden wird, bleiben die Bedarfe für mehrtägige Klassenfahrten und für Lernförderung im Sinne des § 28 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch außer Betracht. Das Gleiche gilt für Mehrbedarfe nach den §§ 21 und 23 Nummer 2 bis 4 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, wenn kein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch beantragt hat oder erhält oder alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft für den Zeitraum, für den Kinderzuschlag beantragt wird, auf die Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch verzichten. Für den Bedarf für die Mehraufwendungen für eine gemeinschaftliche Mittagsverpflegung nach § 28 Absatz 5 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch ist ein Betrag in Höhe von 26 Euro zu Grunde zu legen.“

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der Kinderzuschlag umfasst für jedes zu berücksichtigende Kind

1. eine Geldleistung in Höhe von bis zu 140 Euro monatlich und
2. zur Deckung der Bedarfe für jedes zu berücksichtigende Kind Leistungen für
 - a) die Teilnahme an eintägigen Schulausflügen nach § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch,
 - b) die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf nach § 28 Absatz 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch,
 - c) die Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung entsprechend § 28 Absatz 5 Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch als Zuschuss in pauschaler Höhe von bis zu 26 Euro und
 - d) die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft nach § 28 Absatz 6 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch.“

bb) Nach Satz 1 werden folgende Sätze eingefügt:

„Für den Zuschuss zur gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung nach Satz 1 Nummer 2 Buchstabe c ist ein Nachweis über die Teilnahme an einer in schulischer Verantwortung angebotenen gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung zu erbringen. Mit der Zahlung des Zuschusses nach Satz 1 Nummer 2 Buchstabe c gilt der Bedarf des zu berücksichtigenden Kindes für die Mehraufwendungen für eine gemeinschaftliche Mittagsverpflegung nach § 28 Absatz 5 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch als gedeckt.“

c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) Leistungen für eintägige Schulausflüge und zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft werden durch personalisierte Gutscheine oder durch Kostenübernahmeerklärungen erbracht. Die Leistung für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf und der Zuschuss für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung erfolgen als Geldleistung. Für die Erstellung, Geltungsdauer und Abrechnung der Gutscheine gilt § 30 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, für die Erbrin-

gung der Leistungen durch Kostenübernahmeerklärung gilt § 30a Absatz 1 und 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend mit der Maßgabe, dass die Abrechnung bei der die Gutscheine ausstellenden oder Kostenübernahme erklärenden Familienkasse zu erfolgen hat. Für die Abrechnung der Pauschale nach § 30a Absatz 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch gilt § 30a Absatz 4 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend mit der Maßgabe, dass der Leistungsanbieter mit der Familienkasse abrechnet, die die Kostenübernahme erklärt hat.“

d) In Absatz 3 werden die Sätze 1 und 2 durch folgende Sätze ersetzt:

„Der Kinderzuschlag mindert sich um das nach den §§ 11 bis 12 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch mit Ausnahme des Wohngeldes zu berücksichtigende Einkommen oder Vermögen des Kindes mit der Maßgabe, dass zu berücksichtigendes Einkommen oder Vermögen zunächst die Geldleistungen und sodann die Leistungen, die durch Gutscheine oder durch Kostenübernahmeerklärung erbracht werden, mindert; die Reihenfolge nach § 19 Absatz 3 Satz 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch ist zu beachten. Hierbei bleibt das Kindergeld außer Betracht. Eine teilweise Minderung der einzelnen Leistungen, die durch Gutscheine erbracht werden, ist ausgeschlossen.“

e) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der Kinderzuschlag wird, soweit die Voraussetzungen des Absatzes 3 nicht vorliegen, in voller Höhe gewährt, wenn das nach den §§ 11 bis 12 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch mit Ausnahme des Wohngeldes zu berücksichtigende elterliche Einkommen oder Vermögen einen Betrag in Höhe der bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II oder des Sozialgeldes zu berücksichtigenden elterlichen Bedarfe nicht übersteigt.“

bb) In Satz 2 wird jeweils das Wort „Kosten“ durch das Wort „Bedarfe“ ersetzt.

cc) In Satz 3 wird die Angabe „§§ 11 und 12“ durch die Angabe „§§ 11 bis 12“ ersetzt.

dd) Folgende Sätze werden angefügt:

„Das zu berücksichtigende Einkommen oder Vermögen mindert den Kinderzuschlag in der Reihenfolge nach Absatz 3 Satz 1; Absatz 3 Satz 3 gilt entsprechend. Bei mehreren zu berücksichtigenden Kindern wird die Minderung beim Gesamtkinderzuschlag vorgenommen. Dabei mindert Einkommen oder Vermögen die Leistungen, die durch Gutscheine erbracht werden, im Verhältnis mehrerer zu berücksichtigender Kinder zu gleichen Teilen.“

f) Absatz 4a wird aufgehoben.

g) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 5 eingefügt:

„(5) Regelungen, die die Leistungen für eintägige Schulausflüge und den Zuschuss für eine gemeinschaftliche Mittagsverpflegung betreffen, gelten jeweils für Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, entsprechend.“

h) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6.

2. In § 11 Absatz 1 wird das Wort „gezahlt“ durch das Wort „gewährt“ ersetzt.

3. Dem § 20 wird folgender Absatz angefügt:

„(8) Der Bedarf nach § 6a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe b wird erstmals zum 1. August 2011 anerkannt.“

Artikel 6

Änderung der Zivilprozessordnung

§ 115 Absatz 1 der Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), die zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Satz 3 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 Buchstabe b wird wie folgt gefasst:

„b) bei Parteien, die ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit erzielen, ein Betrag in Höhe von 50 vom Hundert des höchsten Regelsatzes, der für den alleinstehenden oder alleinerziehenden Leistungsberechtigten gemäß der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch festgesetzt oder fortgeschrieben worden ist;“.

b) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2.

a) für die Partei und ihren Ehegatten oder ihren Lebenspartner jeweils ein Betrag in Höhe des um 10 vom Hundert erhöhten höchsten Regelsatzes, der für den alleinstehenden oder alleinerziehenden Leistungsberechtigten gemäß der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch festgesetzt oder fortgeschrieben worden ist;

b) bei weiteren Unterhaltsleistungen auf Grund gesetzlicher Unterhaltspflicht für jede unterhaltsberechtigte Person jeweils ein Betrag in Höhe des um 10 vom Hundert erhöhten höchsten Regelsatzes, der für eine Person ihres Alters gemäß den Regelbedarfsstufen 3 bis 6 nach der Anlage zu § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch festgesetzt oder fortgeschrieben worden ist;“.

2. Satz 5 wird wie folgt gefasst:

„Das Bundesministerium der Justiz gibt bei jeder Neufestsetzung oder jeder Fortschreibung die maßgebenden Beträge nach Satz 3 Nummer 1 Buchstabe b und Nummer 2 im Bundesgesetzblatt bekannt.“

Artikel 7

Änderung der Arbeitslosengeld II/Sozialgeld - Verordnung

Die Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung vom 17. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2942), die zuletzt durch die Verordnung vom 4. Mai 2010 (BGBl. I S. 541) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Im Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „§ 11 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 11a“ ersetzt.
 - bb) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Einnahmen, wenn sie innerhalb eines Kalendermonats 10 Euro nicht übersteigen,“.
 - cc) Die Nummern 2 und 3 werden aufgehoben.
 - dd) In Nummer 10 wird die Angabe „§ 11 Abs. 2 Satz 2“ durch die Angabe „§ 11b Absatz 3“ ersetzt.
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Angabe „§ 11 Abs. 2 “ durch die Angabe „§ 11b“ und die Wörter „Satzes der nach § 20 Abs. 2 Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch maßgebenden Regelleistung“ durch die Wörter „Betrags des nach § 20 Absatz 2 Satz 1 maßgebenden Regelbedarfs“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird die Angabe „§ 11 Abs. 1, 3, 3a und 4“ durch die Angabe „§ 11a“ ersetzt.
 - c) In Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter „§ 11 Absatz 2 Satz 2 “ durch die Wörter „§ 11b Absatz 3 Satz 1“ ersetzt.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
- a) Die Absätze 2 und 4 werden aufgehoben.
 - b) In Absatz 3 Satz 3 wird die Angabe „§ 40 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1a“ durch die Wörter „§ 40 Absatz 2 Nummer 1“ ersetzt.
 - c) In Absatz 5 Satz 1 werden die Wörter „der nach § 20 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch maßgebenden monatlichen Regelleistung“ durch die Wörter „des nach § 20 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch maßgebenden monatlichen Regelbedarfs“ ersetzt.
 - d) Absatz 6 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Ist die Einnahme in Geldeswert auch als Teil des Regelbedarfs nach § 20 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch berücksichtigt, ist als Wert der Einnahme in Geldeswert höchstens der Betrag anzusetzen, der für diesen Teil in dem maßgebenden Regelbedarf enthalten ist.“
3. § 3 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 11 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 11b“ ersetzt.
 - b) Dem Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Ausgaben sind ferner nicht abzusetzen, soweit für sie Darlehen oder Zuschüsse nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch erbracht worden sind.“
 - c) In Absatz 4 Satz 3 wird die Angabe „§ 11 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 11b“ ersetzt.

- d) In Absatz 5 Satz 1 werden jeweils die Wörter „der erwerbsfähige Hilfebedürftige“ durch die Wörter „der oder die erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ ersetzt.
 - e) In Absatz 7 Satz 5 werden die Wörter „der erwerbsfähige Hilfebedürftige“ durch die Wörter „der oder die erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ ersetzt.
4. Nach § 5 wird folgender § 5a eingefügt:

„§ 5a

Beträge für die Prüfung der Hilfebedürftigkeit

Bei der Prüfung der Hilfebedürftigkeit ist zu Grunde zu legen

- 1. für die Schulausflüge (§ 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch) ein Betrag von drei Euro monatlich,
 - 2. für die mehrtägigen Klassenfahrten (§ 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch) monatlich der Betrag, der sich bei der Teilung der Aufwendungen, die für die mehrtägige Klassenfahrt im Bewilligungszeitraum entstehen, durch die Anzahl der Monate im Bewilligungszeitraum ergibt,
 - 3. für die ersparten häuslichen Verbrauchsausgaben bei Inanspruchnahme gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung der in § 9 des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes genannte Betrag.“
5. § 6 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird das Wort „Hilfebedürftiger“ durch das Wort „Leistungsberechtigter“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 2 werden die Wörter „§ 11 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3“ durch die Wörter „§ 11b Absatz 1 Nummer 3“ ersetzt.
 - cc) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5“ durch die Wörter „§ 11b Absatz 1 Satz 1 Nummer 5“ ersetzt.
 - dd) Im Satzteil nach Nummer 3 Buchstabe b werden die Wörter „der erwerbsfähige Hilfebedürftige“ durch die Wörter „der oder die erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 werden jeweils die Wörter „der erwerbsfähige Hilfebedürftige“ durch die Wörter „die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person“ ersetzt.
6. In § 7 Absatz 2 wird das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.

Artikel 8

Änderung der Einstiegsgeld-Verordnung

Die Einstiegsgeld-Verordnung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2342) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Der monatliche Grundbetrag berücksichtigt den für erwerbsfähige Leistungsberechtigte jeweils maßgebenden Regelbedarf.“

bb) In Satz 3 werden die Wörter „der erwerbsfähige Hilfebedürftige“ durch die Wörter „die oder der erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „der für den geförderten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen maßgebenden Regelleistung“ durch die Wörter „des für erwerbsfähige Leistungsberechtigte maßgebenden Regelbedarfs“ ersetzt.

c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Wörter „der Regelleistung“ durch die Wörter „des Regelbedarfs“ ersetzt.

d) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Wörter „der Regelleistung“ durch die Wörter „des Regelbedarfs“ ersetzt.

e) In Absatz 5 werden die Wörter „den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ durch die Wörter „erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ und die Wörter „der Regelleistung“ durch die Wörter „dem Regelbedarf“ ersetzt.

2. In § 2 Absatz 2 werden die Wörter „den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ durch die Wörter „erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ und die Wörter „der Regelleistung“ durch die Wörter „des Regelbedarfs“ ersetzt.

Artikel 9

Änderung der Verordnung zur Erhebung der Daten nach § 51b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

§ 1 der Verordnung zur Erhebung der Daten nach § 51b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch vom 12. August 2010 (BGBl. I S. 1150) wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 werden die Wörter „Empfänger von Leistungen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.
2. Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 wird das Wort „Ausländern“ durch die Wörter „ausländischen Personen“ ersetzt.
 - b) In Nummer 2 wird jeweils das Wort „Leistungsempfänger“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“, die Angabe „§§ 31 und 32“ durch die Angabe „§§ 31 bis 32“ sowie die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „§ 11b Absatz 3“ ersetzt.
 - c) In Nummer 3 wird das Wort „Leistungsempfänger“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.
 - d) In Nummer 4 wird das Wort „Leistungsempfänger“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.

Artikel 10

Änderung der Verordnung zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

Die Verordnung zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch vom 12. August 2010 (BGBl. I S. 1152) wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die Wörter „die Regelleistungen nach den §§ 20 und 28 Absatz 1 Nummer 1, die Mehrbedarfe nach den §§ 21 und 28 Absatz 1 Nummer 2 bis 4, die Leistungen nach § 23 Absatz 1, der befristete Zuschlag nach § 24 und die zusätzlichen Leistungen für die Schule nach § 24a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch“ durch die Wörter „die für die Bedarfe nach den §§ 20, 21, 23 und 24 Absatz 1 erbrachten Leistungen“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 Nummer 2 bis 4 wird jeweils das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.
2. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.

- bb) In Satz 2 wird das Wort „Hilfebedürftiger“ durch das Wort „Leistungsberechtigter“ ersetzt.
- cc) In Satz 5 wird das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Nummer 1 und 2 wird jeweils das Wort „Hilfebedürftigen“ durch das Wort „Leistungsberechtigten“ ersetzt.
- 3. In § 6 Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.

Artikel 11

Änderung des Umsatzsteuergesetzes

In § 4 Nummer 15a des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 2005 (BGBl. I S. 386), das zuletzt durch geändert worden ist, werden nach den Wörtern „und deren Verbände“ die Wörter „und für die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch sowie die gemeinsamen Einrichtungen nach § 44b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch“ eingefügt.

Artikel 12

Weitere Folgeänderungen

(1) Die Regelsatzverordnung vom 3. Juni 2004 (BGBl. I S. 1067), die zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 2. März 2009 (BGBl. I S. 416) geändert worden ist, wird aufgehoben.

(2) In § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Wohngeldgesetzes vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird die Angabe „§ 22 Abs. 7“ durch die Angabe „§ 27 Absatz 3“ ersetzt.

(3) In § 5 Absatz 1 Nummer 2a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Krankenversicherung - (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477, 2482), das zuletzt geändert worden ist, wird die Angabe „§ 23 Abs. 3 Satz 1“ durch die Angabe „§ 24 Absatz 3 Satz 1“ ersetzt.

(4) Das Sechste Buch Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Rentenversicherung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2002 (BGBl. I S. 754, 1404, 3384), das zuletzt durch [...] geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 21 Absatz 4 Satz 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Buchstabe b wird die Angabe „§ 23 Abs. 3 Satz 1“ durch die Wörter „§ 24 Absatz 3 Satz 1“ ersetzt.
- b) Buchstabe d wird wie folgt gefasst:

„d) deren Bedarf sich nach § 12 Absatz 1 Nummer 1 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, nach § 66 Absatz 1 oder § 106 Absatz 1 Nummer 1 des Dritten Buches bemisst.“

2. § 58 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 wird wie folgt geändert:
 - a) In Buchstabe b werden die Wörter „§ 23 Absatz 3 Satz 1“ durch die Wörter „§ 24 Absatz 3 Satz 1“ ersetzt.
 - b) In Buchstabe d wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt und nach den Wörtern „§ 66 Absatz 1 Satz 1“ werden die Wörter „oder § 106 Absatz 1 Nummer 1“ eingefügt.
3. In § 74 Satz 4 Nummer 1 wird die Angabe „§ 23 Abs. 3 Satz 1“ durch die Wörter „§ 24 Absatz 3 Satz 1“ ersetzt.
4. In § 237 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 wird das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.

(5) In § 58 Satz 4 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Unfallversicherung - (Artikel 1 des Gesetzes vom 7. August 1996, BGBl. I S. 1254), das zuletzt durch geändert worden ist, wird die Angabe „§ 23 Abs. 3 Satz 1“ durch die Wörter „§ 24 Absatz 3 Satz 1“ ersetzt.

(6) § 6a des Neunten Buches Sozialgesetzbuch - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - (Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2001, BGBl. I S. 1046, 1047), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 wird das Wort „Hilfebedürftige“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.
2. In Satz 3 werden die Wörter „den Hilfebedürftigen“ durch die Wörter „die Leistungsberechtigten“ ersetzt.

(7) In § 20 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2a des Elften Buches Sozialgesetzbuch - Soziale Pflegeversicherung - (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBl. I S. 1014, 1015), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird die Angabe „§ 23 Abs. 3 Satz 1“ durch die Wörter „§ 24 Absatz 3 Satz 1“ ersetzt.

Artikel 13

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2011 in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Gesetzgebungskompetenz des Bundes

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes folgt für die Änderungen im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) und im Bundeskindergeldgesetz (BKGG) aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 des Grundgesetzes (GG - öffentliche Fürsorge) und hinsichtlich der Änderung des Sozialgerichtsgesetzes aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 GG. Der Bund hat die Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende, da hier die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet und die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse mit einer bundesgesetzlichen Regelung erforderlich ist (Artikel 72 Absatz 2 GG). Nur durch die Gesetzgebung des Bundes lassen sich einheitliche Lebensverhältnisse gewährleisten. In der Bundesrepublik Deutschland bestehen hinsichtlich des Beschäftigungsstandes und Einkommensniveaus erhebliche regionale Unterschiede. Durch eine einheitliche Bundesgesetzgebung im Bereich der öffentlichen Fürsorge wird verhindert, dass sich innerhalb der Bundesrepublik Deutschland das Sozialgefüge auseinanderentwickelt. Die Gesetzgebungskompetenz für die Regelungen zum Kinderzuschlag nach § 6a BKGG, der nur gewährt wird, wenn Hilfebedürftigkeit vermieden werden kann, hat der Bund aus den gleichen Gründen.

Dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 (1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09) kann nur Rechnung getragen werden, wenn die bislang bundeseinheitlichen Vorschriften für die Regelsatzbemessung im SGB XII und der Regelsatzverordnung durch eine den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechende bundeseinheitliche gesetzliche Neuregelung der Vorschriften für Ermittlung und Berechnung der Höhe der für die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums erforderlichen Leistungen ersetzt wird.

Die konkrete Ermittlung der Höhe der Leistungen nach dem Sozialhilferecht, die in der Folge auch für die Leistungen nach dem SGB II gilt, soll durch ein Bundesgesetz erfolgen. Dessen Inhalt basiert auf den Vorgaben, die im SGB XII neu zu regeln sind. Deshalb gilt die Notwendigkeit einer bundeseinheitlichen Regelung auch für das Gesetz zur Ermittlung der Höhe der für die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums erforderlichen Leistungen nach dem SGB XII und dem SGB II.

Soweit der Gesetzentwurf Regelungen zur Organisation des SGB II und zum Verwaltungsablauf enthält, ergibt sich die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Artikel 91e Absatz 3 GG.

II. Notwendigkeit des Gesetzes

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 (1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09) ist dem Gesetzgeber aufgegeben, die Regelleistungen nach dem SGB II und dem SGB XII verfassungskonform neu zu bemessen. Der Gesetzentwurf setzt die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts um. Zugleich gewährleisten die vorgesehenen Änderungen des BKGG, dass auch zukünftig grundsätzlich mit der vorrangigen Leistung Kinderzuschlag zusammen mit dem Kindergeld und dem anteiligen Wohngeld der gesamte Bedarf der Kinder gedeckt werden kann.

III. Ziel und Inhalt des Gesetzes

Das Zweite Buch Sozialgesetzbuch erfährt einen grundlegenden Wandel. Einen besonderen Stellenwert hat das Bundesverfassungsgericht den Bedarfen von Kindern und Jugendlichen beigemessen. Die Ausrichtung auf die Erwerbsfähigen im Haushalt wird durch eine stärkere Förderung der Kinder und Jugendlichen ergänzt.

Der Gesetzentwurf setzt die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungskonformen Ermittlung der Regelbedarfe nach dem SGB II und dem SGB XII um.

Außerdem berücksichtigt der Gesetzentwurf auch die praktischen Erfahrungen seit Einführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch.

1. Förderung von Kindern und Jugendlichen

In Bildung und Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft für Kinder und Jugendliche liegt eine Schlüsselfunktion für die Herstellung von Chancengerechtigkeit. Aus dem Schutz der Menschenwürde und dem Sozialstaatsprinzip ergibt sich die Verpflichtung, Kinder und Jugendliche in einer Art und Weise zu befähigen, dass sie später aus eigenen Kräften und damit unabhängig von staatlichen Fürsorgeleistungen leben können. Voraussetzung hierfür sind Fähigkeiten, die nur durch eine angemessene materielle Ausstattung für Bildung, die Ermöglichung von sozialer und kultureller Teilhabe sowie das Erlernen sozialer Kompetenzen erworben werden können. So darf eine ungünstige materielle häusliche Ausgangsbasis für Kinder und Jugendliche kein Hinderungsgrund sein, am Leben Gleichaltriger teilzuhaben. Nur so können Ausgrenzungsprozesse vermieden werden. Die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft muss deshalb für alle Kinder und Jugendliche, unabhängig von ihrer Herkunft und der materiellen Situation in den Familien, gewährleistet werden. Hierzu bedarf es der Bereitstellung der notwendigen Leistungen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass Kinder und Jugendliche keine „kleinen Erwachsenen“ sind, sondern spezielle und altersabhängige Bedürfnisse haben.

Deshalb müssen in Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts die Regelbedarfe für Kinder und Jugendliche, die die Höhe der pauschalierten Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums bestimmen, zukünftig unmittelbar ermittelt und dabei nach Altersabschnitten differenziert werden. Die Vielgestaltigkeit der individuellen Bedarfe und unterschiedlichen Zeitspannen, in denen Kinder und Jugendliche Entwicklungsphasen durchlaufen, erfordern bei pauschalierten Leistungen eine entsprechend pauschalierte Berücksichtigung der relevanten Bedarfe und auch der zugrunde zu legenden Altersstufen. Daraus ergeben sich für Kinder und Jugendliche das nach dem Alter differenzierte Sozialgeld (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) beziehungsweise die Regelsätze (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch). Deshalb sind für die Deckung besonderer Bedarfspositionen, die bei Kindern und Jugendlichen von besonderer Bedeutung sind und zu ihrer Deckung Ausgaben in nennenswerter Höhe erfordern, gesonderte Leistungen vorzusehen. Diese Leistungen ergänzen die pauschalierten Leistungen. Da es sich hierbei im Wesentlichen um die Deckung spezieller Bedarfe handelt, sind insoweit zielgerichtete Leistungen vorzusehen. Dies wiederum erfordert eine Zweckbindung der betreffenden Leistungen.

Für die Art der Leistungserbringung besitzt der Gesetzgeber einen weiten Gestaltungsspielraum. Neben der Geldleistung sind auch Sach- oder Dienstleistungen vom Bundesverfassungsgericht als mögliche Leistungsarten gleichberechtigt benannt worden. Als - im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch - neue Leistungsform wird zudem der Gutschein eingeführt. Der Gesetzgeber beabsichtigt, mit der Ausgestaltung der neuen Leistungen für Bildung und Teilhabe ein gleichberechtigtes Maß an Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft für Kinder und Jugendliche aus besonders förderungsbedürftigen Haushalten genauso zu gewährleisten wie auch die gleichartige Ermöglichung des Zugangs zu Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich. Die Art der unbaren Leistungserbringung eröffnet über die Zweckbindung die Möglichkeit, die Leistungen den hilfebedürftigen Kindern und Jugendlichen unmittelbar zukommen zu lassen. Kinder sollen die Leistungen auch für die Zwecke einsetzen, für die sie benötigt werden. Eltern stehen zugleich in der

Ausübung ihrer Erziehungsverantwortung in der Pflicht, dass die zur Verfügung stehenden Leistungen auch in Anspruch genommen werden. Die Leistungsträger unterstützen dieses Ziel durch Beratung und Anstöße gegenüber den Eltern sowie durch Kooperation und Netzwerkbildung mit allen Akteuren vor Ort. Die neu eingeführten Leistungen für Bildung und Teilhabe setzen auf den bestehenden Strukturen an den Schulen und in der Gemeinschaft vor Ort auf und stärken sie. Die Ausgestaltung der Leistungen orientiert sich an einer Belebung der örtlichen Strukturen, der Stärkung von ehrenamtlichen Projekten und der Entwicklung neuer sozialer Strukturen, wo diese bisher fehlen. Die Ausgestaltung berücksichtigt außerdem die Entwicklung und Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements. Bei der Ausgestaltung der neuen Leistungen geht es nicht darum, bestehende Vergünstigungen vor Ort zu ersetzen. Sie sollen stattdessen als Rechtsanspruch gestaltet notwendige tatsächliche Zusatzleistungen für Kinder und Jugendliche darstellen, die bestehende Leistungsangebote ergänzen.

2. Verfassungskonforme Ermittlung der Regelbedarfe

Die verfassungskonforme Ermittlung der Regelbedarfe im Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch ist ebenfalls Gegenstand des Gesetzentwurfs (Artikel 1 - Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch). Er erfüllt die aus dem Sozialstaatsgebot des Artikels 20 Absatz 1 GG herrührende Verpflichtung, die soziale Wirklichkeit zeit- und realitätsgerecht im Hinblick auf die Gewährleistung des menschenwürdigen Existenzminimums zu erfassen. Dies erfordert es, gesellschaftliche, wirtschaftliche und auch technische Veränderungen zu berücksichtigen, so beispielsweise die Auswirkungen auf konkrete Einzelbedarfe, die sich aus der Entwicklung hin zu einer Informations- und Wissensgesellschaft ergeben. Die hierbei unvermeidbar zu treffenden Wertungen kommen dem parlamentarischen Gesetzgeber zu, wie das Bundesverfassungsgericht ausgeführt hat. Dem Gesetzgeber obliegt es, den Leistungsanspruch in Tatbestand und Rechtsfolge zu konkretisieren. Ob er das Existenzminimum durch Geld-, Sach- oder Dienstleistungen sichert, bleibt grundsätzlich ihm überlassen. Ihm kommt zudem ein Gestaltungsspielraum bei der Bestimmung des Umfangs der Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums zu. Dieser umfasst die Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse ebenso wie die wertende Einschätzung des notwendigen Bedarfs und ist zudem von unterschiedlicher Weite: Er ist enger, soweit der Gesetzgeber das zur Sicherung der physischen Existenz eines Menschen Notwendige konkretisiert, und weiter, wo es um Art und Umfang der Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben geht.

Zur Ermittlung des Anspruchsumfangs wird das Verfahren für die Ermittlung der existenznotwendigen Aufwendungen auf der Grundlage verlässlicher Zahlen transparent, sach- und realitätsgerecht sowie nachvollziehbar und schlüssig ausgestaltet.

Die Bedarfsermittlung auf Basis von Sonderauswertungen, die das Statistische Bundesamt auf der Grundlage der von ihm erhobenen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe durchgeführt hat, wurde flankierend ergänzt durch Anhörungen von Wissenschaftlern und Praktikern aus unterschiedlichen Disziplinen und Bereichen. Deren Bewertungen sind in die Ausgestaltung der Leistungen eingeflossen. Der Entwurf für ein Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe legt die Grundlagen, Berechnungsschritte und Ergebnisse der Ermittlung des zur Sicherung des Existenzminimums erforderlichen Regelbedarfs offen. Dies beinhaltet den Entscheidungsspielraum des Gesetzgebers, über die Positionen in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zu entscheiden, die als existenzsichernd anzusehen sind. Zusammen ergeben die berücksichtigten Verbrauchsausgaben den Regelbedarf nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch. Der gesetzliche Leistungsanspruch ist so ausgestaltet, dass er stets den gesamten existenznotwendigen Bedarf jedes individuellen Grundrechtsträgers deckt. Es wird an dem bewährten System der typisierenden Betrachtung des Regelbedarfs festgehalten. Er sichert typisierend zusammen mit den Leistungen für Unterkunft und Heizung, den Mehrbedarfen und für Kinder und Jugendliche mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe, den Lebensunterhalt.

Auf geschätzte Abschläge bei der Bestimmung der Höhe zu berücksichtigender Verbrauchsausgaben in den Sonderauswertungen, sogenannten Einzelpositionen, wird verzichtet. In Fällen, in denen nur Teile einer Einzelposition existenzsichernden Charakter haben, sind gesonderte Auswertungen oder auf amtlichen Statistiken beruhende Berechnungen erfolgt. Die empirisch fundierten Ergebnisse sind in die Bemessung des Regelbedarfs eingeflossen. Diese Vorgehensweise setzt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur realitätsgerechten Ermittlung der Regelbedarfe vollständig um.

Der Gesetzentwurf stellt sicher, dass die ermittelte Bedarfshöhe zudem kontinuierlich überprüft wird. Dadurch ist gewährleistet, dass auf Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zeitnah reagiert werden kann. Der für die Zeiträume zwischen zwei Einkommens- und Verbrauchsstichproben vorgesehene Fortschreibungsmechanismus, der sich an der Entwicklung der Nettolöhne und der Preise orientiert, erfüllt damit die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts.

3. Transparente Gestaltung der Regelung der Kosten für Unterkunft und Heizung

Bei den zu berücksichtigenden Aufwendungen für Unterkunft und Heizung birgt die Konkretisierung des Begriffes der „Angemessenheit“ vielfältige Probleme und ist in der Praxis fünf Jahre nach Einführung des SGB II nicht in jeder Hinsicht befriedigend gelungen. Dies hat zu einer Vielzahl von Rechtsstreiten geführt. Allein das Bundessozialgericht hat seit dem Jahr 2005 über 60 Entscheidungen zu den Unterkunftskosten getroffen.

Nach bisheriger Rechtslage wird das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in § 27 Nummer 1 SGB II ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung zu bestimmen, welche Aufwendungen angemessen sind und unter welchen Voraussetzungen die Unterkunftskosten pauschaliert werden können. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Bundesländer haben den Erlass einer Rechtsverordnung allerdings einvernehmlich abgelehnt. Der Erlass einer bundeseinheitlichen Regelung der angemessenen Kosten wird vor dem Hintergrund der regionalen Vielfalt des Wohnungsmarktes nicht als zweckmäßig und sachgerecht erachtet.

Der Koalitionsvertrag zwischen den Regierungsparteien sieht deshalb vor, die Regelung zu den Kosten der Unterkunft und Heizung transparent und rechtssicher auszugestalten. Hierzu sollen auf der Basis der vorhandenen gesetzlichen Regelungen Pauschalierungen geprüft werden, die die regionalen Besonderheiten berücksichtigen. Die Arbeitsgruppe „Arbeitsanreize und Kosten der Unterkunft“, die beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales eingerichtet worden war, hat Lösungsansätze für eine Regelung diskutiert. Die Arbeitsgruppe hat sich unter Berücksichtigung einer Expertenanhörung für die sogenannte Satzungslösung entschieden, die am besten gewährleistet, dass die jeweiligen regionalen Besonderheiten des Wohnungsmarktes transparent abgebildet werden. Danach können die Länder die Kreise und kreisfreien Städte durch Gesetz ermächtigen oder verpflichten, die Angemessenheit der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung durch Satzung zu bestimmen. Die dafür maßgeblichen Kriterien sowie die notwendigen Bestandteile der Satzungen werden durch das SGB II vorgegeben. Die Möglichkeit der Pauschalierung wird unter bestimmten Voraussetzungen eingeräumt. Von den Kommunen erlassene Satzungen können zukünftig auf Antrag von den Landessozialgerichten überprüft werden. Dies wird in erheblichem Umfang zur Rechtssicherheit beitragen, da eine Konzentration der Rechtsstreite auf wenige zentrale Verfahren erfolgt.

4. Neugestaltung der Erwerbstätigenfreibeträge

Die Regierungsparteien haben im Koalitionsvertrag vereinbart, die Anreize zur Aufnahme einer voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung für Bedarfsgemeinschaften mit Arbeitslosengeld II - Bezug zu stärken. Arbeit und Leistung müssen sich lohnen. Wenn man arbeitet, muss man mehr haben als wenn man nicht arbeitet. Durch die Neuregelung wird ein Einstieg in eine Reform der Erwerbstätigenfreibeträge geschaffen. Um beurteilen

zu können, ob und gegebenenfalls welche weiteren Schritte zur Verbesserung des Hinzuverdienstes ergriffen werden sollen, sollen die Entwicklung des Arbeitsmarktes unter Berücksichtigung dieser Veränderung im Jahr 2011 zunächst weiter beobachtet und im Jahr 2012 gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden.

Indem die Transferentzugsrate im oberen Einkommensbereich zwischen 800 Euro und 1000 Euro verringert wird, wird das vorhandene System weiterentwickelt. Die Neuregelung vermeidet negative Partizipationseffekte und schafft weitere Anreize dafür, die Arbeitszeit auszudehnen. Durch sie wird die Schwelle zur Aufnahme einer voll sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit verkleinert. Das Arbeitslosengeld II ist der naheliegende Ausgangspunkt, um arbeitslose Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose in eine Vollzeitbeschäftigung zu bringen. Das Arbeitslosengeld II dient von seiner Konstruktion her nicht ausschließlich der Einkommenssicherung, sondern soll auch die Arbeitsaufnahme fördern. Gegenwärtig gehen über 1,3 Millionen Bezieher von Arbeitslosengeld II als so genannte „Einkommensaufstocker“ zugleich einer Erwerbstätigkeit nach, größtenteils im Rahmen von Kleinstjobs. Viele der Transferleistungsbezieher könnten zwar durch die Aufnahme einer Vollzeittätigkeit ein höheres Einkommen erzielen als es ihrem Transferleistungsanspruch entspricht und damit ihre Abhängigkeit von Sozialleistungen beenden. Sie tun es aber möglicherweise dennoch nicht, weil der finanzielle Anreiz dafür zu gering ist.

Um einen entsprechenden Vorschlag zur Neugestaltung der Erwerbsfähigenfreibeträge für das SGB II zu erarbeiten, hat die Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Arbeitsanreize und Kosten der Unterkunft“ eingesetzt. Die Arbeitsgruppe hat verschiedene Reformvorschläge erarbeitet und von drei Forschungsinstituten - Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) und Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) - im Hinblick auf die Auswirkungen begutachten lassen. Mit Hilfe von verhaltensbasierten Mikrosimulationsmodellen wurden die Reformvorschläge einer Evaluation im Hinblick auf potenzielle Beschäftigungswirkungen, Transferabhängigkeit und Budgeteffekte unterzogen.

5. Praxisgerechte und vereinfachte Gestaltung der Sanktionstatbestände

Die Verfassung gebietet nicht die Gewährung bedarfsunabhängiger, voraussetzungsloser Sozialleistungen (BVerfG v. 7. Juli 2010 - 1 BvR 2556/09). Das Grundrecht aus Artikel 1 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 GG greift nur dann ein, wenn und soweit andere Mittel zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht zur Verfügung stehen. Die Vorschrift des § 31 zu den Sanktionen ist eine der zentralen Normen im SGB II, da sie die Schnittstelle zwischen den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts darstellt und dazu beiträgt, dass die Aufnahme und Ausübung von Erwerbstätigkeit attraktiver bleibt als die Inanspruchnahme existenzsichernder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Da die Regelung durch verschiedene Rechtsänderungen sehr komplex und schwer verständlich geworden ist, ist sie in der Vergangenheit zunehmend auf Akzeptanzprobleme in der Anwendung durch die Grundsicherungsstellen gestoßen. Um sie praxisgerecht auszugestalten und für die Leistungsberechtigten und die Grundsicherungsstellen rechtssicher anwendbar zu machen, wird die Regelung entzerrt und systematisch auf mehrere Paragraphen (§§ 31, 31a, 31b, 32 SGB II) aufgeteilt. Darüber hinaus werden notwendige Klarstellungen vorgenommen, Regelungslücken beseitigt sowie das Verfahren zur Umsetzung einer Sanktion gestrafft.

6. Redaktionelle Änderungen und Klarstellungen

Der Gesetzentwurf enthält zudem redaktionelle Änderungen und Klarstellungen sowie übersichtlichere Strukturierungen im SGB II und SGB XII.

7. Änderungen im Bundeskindergeldgesetz

Durch die Änderungen zum Kinderzuschlag nach § 6a BKGG wird gewährleistet, dass im Rahmen des Kinderzuschlags die pauschalierbaren Leistungen zur Bildung und Teilhabe in Anlehnung an den neuen § 28 SGB II gewährt werden. Der Kinderzuschlag deckt grundsätzlich weiterhin zusammen mit dem Kindergeld und dem anteiligen Wohngeld der Kinder den durchschnittlichen Bedarf eines Kindes. Mit der Fortentwicklung des Kinderzuschlags als eigenständige Familienleistung wird das Ziel verfolgt, dass Eltern auch in Zukunft nicht nur wegen ihrer Kinder auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind und damit die Erwerbsbereitschaft von Familien mit niedrigem Einkommen nachhaltig unterstützt und weiter gestärkt wird.

8. Änderung der Zivilprozessordnung

Die gegenwärtigen Vorschriften über die Prozesskostenhilfe beruhen im Wesentlichen auf dem Gesetz über die Prozesskostenhilfe vom 13. Juni 1980 (BGBl. I S. 677), das an die Stelle des früheren Armenrechts trat. In den vergangenen 25 Jahren wurde das Recht der Prozesskostenhilfe mehrfach geändert. Wesentliche Änderungen erfolgten durch das Gesetz zur Änderung von Kostengesetzen (KostRÄndG) vom 9. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2326) und durch das Prozesskostenhilfeänderungsgesetz (PKHÄndG) vom 10. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2954), das die Regelungen zur Ermittlung des einzusetzenden Einkommens in ihrer heutigen Struktur einführte. Die letzte wesentliche Änderung erfuhr das Prozesskostenhilferecht durch das Justizkommunikationsgesetz vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 924). Das Recht der Prozesskostenhilfe verweist für die vom Einkommen abzuziehenden Freibeträge, die das Existenzminimum des Antragstellers sichern sollen, auf die Regelsätze des SGB XII. Dadurch wird ausgeschlossen, dass der Antragsteller die Prozesskostenhilfe aus Einkommen zurückzahlen muss, das er für sein Existenzminimum benötigt.

Die Verweisungen in § 115 Absatz 1 Satz 3 Nummern 1b) und 2 ZPO auf das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch werden durch die Änderungen der Zivilprozessordnung an die Neufassung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuchs im vorliegenden Entwurf angepasst. Das Prozesskostenhilferecht übernimmt dadurch nunmehr auch die altersabhängigen, eigenständig ermittelten Regelsätze für Kinder. Damit wird die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts im Urteil vom 9. Februar 2010 auch im Recht der Prozesskostenhilfe umgesetzt.

9. Nachhaltigkeit

Mit der Sicherung des Lebensunterhalts und der verfassungskonformen Ermittlung der Regelbedarfe leistet der Bund einen Beitrag, um Armut und sozialer Ausgrenzung vorzubeugen und dadurch den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Durch die stärkere Unterstützung in den Bereichen Bildung und Teilhabe ermöglicht der Bund Kindern und Jugendlichen einen besseren Zugang zu Förderung und kultureller Bildung; dies trägt nachhaltig dazu bei, dass Kinder und Jugendliche in der Zukunft ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben führen können. Der Gesetzentwurf steht nicht im Widerspruch zu weiteren Zielen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

IV. Gleichstellungspolitische Bedeutung

Der Gesetzentwurf wurde auf seine Gleichstellungsrelevanz überprüft. Die Änderungen haben keinen Einfluss auf die Gleichbehandlung der Geschlechter.

Gender Mainstreaming ist eine Strategie, um durchgängig sicherzustellen, dass Gleichstellung als Staatsaufgabe (Artikel 3 Absatz 2 GG) insbesondere von der öffentlichen Verwaltung verwirklicht wird. Mit Gender Mainstreaming wird die Optimierung des Verwaltungshandelns im Hinblick auf die systematische Beachtung der Lebenswirklichkeiten von Männern und von Frauen bei der Planung, Durchführung und Bewertung des eigenen

Handelns bezeichnet. Der Gesetzentwurf erfüllt die Anforderungen auf geschlechtsneutrale Bezeichnungen und setzt insoweit die Grundsätze nunmehr auch im SGB II um.

V. Finanzielle Auswirkungen

1. Ermittlung der Regelbedarfe

Die nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 ermittelten Regelbedarfe führen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu Mehrkosten von insgesamt rund 290 Millionen Euro im Jahr 2011. Davon entfallen rund 270 Millionen Euro auf den Bund und rund 20 Millionen Euro auf die Kommunen. Die Ausgaben in den folgenden Jahren hängen von der tatsächlichen Entwicklung der Zahl der Leistungsberechtigten ab.

In der Sozialhilfe ergeben sich Mehrkosten in der Hilfe zum Lebensunterhalt sowie der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Höhe von 79 Millionen Euro, wovon 70 Millionen Euro von den Kommunen sowie 9 Millionen Euro vom Bund zu tragen sind.

Für Asylbewerber, die Leistungen entsprechend dem SGB XII erhalten (§ 2 Asylbewerberleistungsgesetz), ergeben sich Mehraufwendungen von 1,5 Millionen Euro. Wegen der in den Ländern unterschiedlich ausgestalteten Regelungen über die Kostentragung sind keine Angaben zur Kostenverteilung auf Länder und Kommunen möglich.

In der Kriegsopferfürsorge entstehen Mehrkosten für Leistungen der Erziehungsbeihilfe (§ 27 Bundesversorgungsgesetz - BVG) und der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 27a BVG). Aufgrund der geringen Anzahl der Leistungsberechtigten ist mit überwiegend vom Bund zu tragenden Mehrkosten in Höhe von rund 450 000 Euro zu rechnen. Bedingt durch differenzierte Kostentragungsregelungen in den einzelnen Nebengesetzen des Bundesversorgungsgesetzes können keine genauen Angaben zur Kostenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen gemacht werden.

Nach § 28a SGB XII werden die Regelbedarfe in Jahren, in denen keine Neubemessung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe durchgeführt wird, nicht mehr anhand der Veränderung des aktuellen Rentenwertes fortgeschrieben. Bis zur Verfügbarkeit eines auf Basis der Laufenden Wirtschaftsrechnung ermittelten Fortschreibungsmechanismus wird die jährliche Anpassung der Regelbedarfe künftig anhand eines Indexes aus regelsatzrelevanter Preisentwicklung und Nettolohnentwicklung vorgenommen. Die finanziellen Auswirkungen durch die Veränderung des Anpassungsmechanismus können nicht sicher quantifiziert werden. Künftige Anpassungen der Regelbedarfe können tendenziell höher als auf Basis der Veränderung des Rentenwertes ausfallen.

2. Leistungen für Bildung und Teilhabe

Die Leistungen für Bildung und Teilhabe verursachen Kosten in der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Höhe von schätzungsweise rund 625 Millionen Euro. Hierin sind die Mehrkosten für die Erbringung des persönlichen Schulbedarfes in Höhe von rund 125 Millionen Euro, die Einführung der Leistungen für eintägige Schulausflüge in Höhe von rund 50 Millionen Euro, eine angemessene Lernförderung in Höhe von rund 90 Millionen Euro für teilnehmende Kinder, der Teilnahme von Kindern an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Höhe von rund 115 Millionen Euro und die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in Höhe von rund 245 Millionen Euro enthalten. Einsparungen ergeben sich aufgrund des Wegfalls der bisherigen Leistungen nach § 24a SGB II in Höhe von rund 125 Millionen Euro jährlich. Die Leistungen für Bildung und Teilhabe werden im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende vollständig vom Bund getragen. Die tatsächlich anfallenden Kosten hängen stark vom Umfang der Inanspruchnahme ab.

Im Rahmen des Kinderzuschlags nach dem Bundeskindergeldgesetz ist durch eine entsprechende Erbringung der pauschalierten Leistungen für Bildung und Teilhabe mit jährli-

chen Mehrkosten in Höhe von rund 98 Millionen Euro zu rechnen. Einsparungen ergeben sich aufgrund des Wegfalls der bisherigen Leistungen nach § 6a Absatz 4a Bundeskindergeldgesetz in Höhe von rund 15 Millionen Euro jährlich.

Zur Finanzierung bestimmter bildungsbezogener Mehrbedarfe für Kinder werden die im Einzelplan 60 zu diesem Zweck vorsorglich reservierten Finanzmittel in Höhe von 480 Millionen Euro herangezogen. Zusätzlich stehen Finanzmittel aus einer im Finanzplan im Einzelplan 60 ausgebrachten weiteren globalen Mehrausgabe für zusätzliche Bildungsmaßnahmen in Höhe von 60 Millionen Euro zur Verfügung. Hierdurch können sowohl die beschriebenen Mehrausgaben in der Grundsicherung für Arbeitsuchende für kulturelle und soziale Teilhabe, für eine angemessene Lernförderung, für eintägige Klassenfahrten und Teilen der damit verbundenen Verwaltungskosten (rund 90 Millionen Euro in 2011; ab 2012 mit leicht sinkender Tendenz) als auch die Mehrausgaben für Bildungsleistungen im Kinderzuschlag abgedeckt werden. Von diesen insgesamt für Leistungen im Bildungsbe- reich zur Verfügung gestellten 540 Millionen Euro entfallen 70 Millionen Euro auf den Einzelplan 17 und 470 Millionen Euro auf den Einzelplan 11.

Zusätzlich anfallende Ausgaben für gemeinschaftliche Mittagsverpflegung im SGB II und im Bundeskindergeldgesetz sind von diesem Finanzierungspaket nicht umfasst. Sie sind innerhalb des jeweiligen Einzelplans zu finanzieren. Dies gilt auch für alle übrigen Mehrausgaben.

In der Sozialhilfe ergeben sich Mehrkosten für Kinder und Jugendliche, die Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen. Da es sich hierbei um einen vergleichsweise kleinen Personenkreis handelt, ist von Mehrausgaben der Kommunen in Höhe von rund 10 Millionen Euro auszugehen.

Für leistungsberechtigte Minderjährige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, für die die Vorschriften des SGB XII entsprechend anzuwenden sind, entstehen Mehrkosten von rund 4 Millionen Euro. Wegen der unterschiedlich ausgestalteten Kostentragungsregelungen in den Ländern sind keine Angaben zur Kostenverteilung auf Länder und Kommunen möglich.

In der Kriegsopferfürsorge entstehen aufgrund der äußerst geringen Anzahl der Leistungsberechtigten überwiegend vom Bund zu tragende Mehrkosten in Höhe von rund 60 000 Euro. Bedingt durch differenzierte Kostentragungsregelungen in den einzelnen Nebengesetzen des BVG können keine genauen Angaben zur Kostenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen gemacht werden.

3. Weitere Leistungsänderungen

Die Regelung des § 7a Satz 1 SGB II verlängert künftig den Leistungsanspruch im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf den gesamten Monat, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird. Dies führt 2011 zu Mehrkosten in Höhe von 7 Millionen Euro, von denen 5 Millionen auf den Bund und 2 Millionen auf die Kommunen entfallen.

Die Verbesserung der Erwerbsanreize nach § 11b Absatz 3 und 4 SGB II führt in der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu Mehrkosten in Höhe von schätzungsweise rund 90 Millionen Euro in 2011 und rund 130 Millionen Euro ab 2012. Davon entfallen rund 30 Millionen auf den Bund (rund 10 Millionen ab 2012) und 60 Millionen auf die Kommunen (rund 120 Millionen ab 2012). Weitere Mehrkosten durch die Veränderung der Erwerbstätigenfreibeträge im SGB II sind für den Kinderzuschlag zu erwarten; diese belaufen sich auf schätzungsweise rund 25 Millionen Euro in 2011 und rund 60 Millionen ab 2012. Im Bereich des Wohngeldes ist hingegen mit Einsparungen von schätzungsweise rund 15 Millionen Euro in 2011 und rund 20 Millionen ab 2012 zu rechnen. Mittelfristig dient die Verbesserung der Hinzuverdienstregelungen im SGB II dazu, Anreize zur Aufnahme beziehungsweise zur Ausweitung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu schaffen; diese Effekte wurden bei der Schätzung der fiskalischen Auswirkungen durch das Institut

für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) berücksichtigt. Das IAB schätzt die fiskalischen Auswirkungen auf insgesamt rund 240 Millionen Euro jährlich.

Die Regelung des § 12a Satz 2 Nummer 2 SGB II vermeidet künftig, dass einzelne Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft auf die Inanspruchnahme von Wohngeld verwiesen werden. Dies wird isoliert beim Wohngeld zu Einsparungen von schätzungsweise 100 Millionen Euro in 2011 und ab 2012 zu Einsparungen von 140 Millionen Euro führen; diese Einsparungen entfallen hälftig auf Bund und Länder. Die Inanspruchnahme von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende wird in vergleichbarem Umfang zunehmen; davon entfallen 2011 rund 75 Millionen Euro auf die Kommunen und rund 25 Millionen Euro auf den Bund. Die finanziellen Auswirkungen von Fällen, die aufgrund schwankender Einkommen derzeit nur in einzelnen Monaten Wohngeld und gegebenenfalls Kinderzuschlag in Anspruch nehmen, können aufgrund mangelnder Daten nicht quantifiziert werden.

Die Einführung der abweichenden Erbringung von Leistungen für den Sonderfall nach § 24 Absatz 3 Nummer 3 SGB II wird für den Bund zu Ausgaben in Höhe von schätzungsweise 45 Millionen Euro in 2011 führen. Diese Leistungen wurden bislang im Rahmen der Ermittlung der Regelbedarfe berücksichtigt. Insofern handelt es sich nicht um Mehrausgaben, da sich eine entsprechende Entlastung im Rahmen der Ermittlung der Regelbedarfe in vergleichbarer Größenordnung ergibt.

4. Vollzugaufwand

Die Erbringung der Leistungen für Bildung und Teilhabe führt im Rahmen der Leistungsgewährung der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu einer Erhöhung des Verwaltungsaufwandes, da zusätzliche Tatbestände erhoben und geprüft werden sowie die Ausstellung und Abrechnung im Rahmen eines personalisierten Gutscheinsystems oder durch Kostenübernahmeerklärungen erfolgen soll. Die Mehraufwendungen für die Leistungsträger werden auf rund 135 Millionen Euro in 2011 und rund 110 Millionen Euro ab 2012 geschätzt. Die tatsächlichen Mehrbelastungen werden letztlich stark von der Inanspruchnahme und der Umsetzung der Leistungserbringung abhängen.

Dem stehen Einsparungen durch zahlreiche Veränderungen wie die nachträgliche Überprüfbarkeit von Verwaltungsakten nach § 44 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (Begrenzung auf ein Jahr), den Wegfall der Anspruchsprüfung auf vorrangige Leistungen in bestimmten Fällen (Neufassung des § 12a Satz 2 Nummer 2 SGB II) sowie weitere Vereinfachungen in Höhe von grob geschätzten 50 Millionen Euro gegenüber.

Die Sozialhilfe nach dem SGB XII wird von den Behörden der Länder als eigene Aufgabe ausgeführt. Deshalb sieht das SGB XII bei der Einführung der Leistungen für Bildung und Teilhabe auch keine detaillierten Vorgaben für die Leistungserbringung vor. Die Höhe des dadurch entstehenden Mehraufwandes für den Vollzug kann deshalb nicht quantifiziert werden.

Darüber hinaus ist auf Grund der Regelung des § 12a Satz 2 SGB II mit Einsparungen von Verwaltungskosten im Rahmen des Wohngeldes von schätzungsweise 20 Millionen Euro in 2011 und 30 Millionen Euro ab 2012 zu rechnen.

Finanzielle Auswirkungen in Millionen Euro	2011	2012	2013	2014
Bildungs- und Teilhabeleistungen – SGB II	586	621	616	588
darunter:				
persönlicher Schulbedarf	88	124	123	118
kulturelle und soziale Teilhabe	244	243	241	230
Sonderbedarf - gemeinschaftliche Mittagsverpflegung	117	117	116	111

Sonderbedarf - Lernförderung	89	89	88	84
Sonderbedarf - eintägige Klassenfahrten	48	48	47	45
Bildungs- und Teilhabeleistungen – SGB XII (einschließlich Leistungen an Asylbewerber)	13	13	13	13
Bildungs- und Teilhabeleistungen – Kinderzuschlag	98	98	98	98
Erhöhung der Regelbedarfe – SGB II	292	291	288	275
darunter:				
Bund	274	273	271	258
Kommunen	18	18	17	17
Erhöhung der Regelbedarfe – SGB XII (einschließlich Leistungen an Asylbewerber)	80	81	82	83
darunter:				
Bund	9	9	9	10
Kommunen	71	72	73	73
Mehrkosten - weitere Leistungsänderungen	269	382	379	365
darunter:				
§ 7a Satz 1 SGB II	7	7	7	7
darunter:				
Bund	5	5	5	5
Kommunen	2	2	2	2
§ 11b Absatz 3 und 4 SGB II - Erwerbstätigenfreibeträge	93	128	127	122
darunter:				
Bund	32	9	9	9
Kommunen	61	119	118	113
§ 24 Absatz 3 Nummer 3 SGB II	46	46	46	44
§ 12a Satz 2 Nummer 2 SGB II - zusätzliche Hilfebedürftige im SGB II	100	139	138	132
darunter:				
Bund	25	35	35	33
Kommunen	75	104	103	99
Kinderzuschlag - durch Erwerbstätigenfreibeträge SGB II	23	61	61	61
Einsparungen - weitere Leistungsänderungen	-253	-299	-298	-293

darunter:				
SGB II - Wegfall zusätzliche Leistung für die Schule nach § 24a SGB II	-125	-124	-123	-118
Kinderzuschlag - Wegfall zusätzliche Leistung für die Schule	-15	-15	-15	-15
Wohngeld - durch Erwerbstätigenfreibeträge SGB II	-13	-20	-20	-20
darunter:				
Bund	-7	-10	-10	-10
Länder	-7	-10	-10	-10
Wohngeld - durch § 12a Satz 2 Nummer 2 SGB II	-100	-140	-140	-140
darunter:				
Bund	-50	-70	-70	-70
Länder	-50	-70	-70	-70
Verwaltungskosten	66	32	31	28
darunter:				
SGB II - Verwaltungskosten für Bildungs- und Teilhabeleistungen	136	111	110	105
SGB II - Verwaltungsvereinfachungen § 12a SGB II, § 44 SGB X, u.v.a.	-50	-50	-49	-47
§ 12a Satz 2 Nummer 2 - Wohngeldbehörden	-20	-30	-30	-30
Auswirkungen insgesamt	2011	2012	2013	2014
Bund	989	1.000	992	951
Länder	-57	-80	-80	-80
Kommunen	219	298	296	286
insgesamt	1.151	1.218	1.209	1.157

VI. Sonstige Kosten

Den Anbietern, deren Leistungen der Deckung der Bedarfe für Bildung und Teilhabe dienen, entstehen Mehrkosten durch die Abrechnung über Gutscheine und gegebenenfalls durch den Zugang zu elektronischen Abrechnungssystemen. Auswirkungen auf Einzelpreise, auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Grundsätzlich könnte der Erlass kommunaler Satzungen Auswirkungen auf das Mietpreisniveau haben. Da die kommunalen Satzungen die Auswirkungen auf das Mietpreisniveau berücksichtigen, werden die Auswirkungen auf das Mietpreisniveau zukünftig geringer ausfallen.

VII. Bürokratiekosten

Es werden neue Informationspflichten für Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung eingeführt. Diese bestehen im Wesentlichen aus den für die Gewährung der Leistungen für Teilhabe und Bildung notwendigen Angaben. Durch deren Erhebung kommt es zu marginalen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger, die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende beantragen. Neu sind folgende Informationspflichten:

1. Zahlung der Leistungen für Unterkunft und Heizung direkt an den Vermieter

Auf Antrag der leistungsberechtigten Person soll die Leistung für Unterkunft und Heizung von dem zuständigen Träger direkt an den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte gezahlt werden (§ 22 Absatz 7 SGB II und § 35 Absatz 1 SGB XII)

2. Bekanntmachung einer kommunalen Satzung

Die Länder sollen die Kreise und kreisfreien Städte durch Gesetz ermächtigen können, die Angemessenheit der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung durch Satzung zu bestimmen. Die Satzung soll ortsüblich bekannt gemacht werden (§ 22b Absatz 2 SGB II).

3. Nachweis über die zweckentsprechende Verwendung eines Gutscheins

Leistungen zur Finanzierung von Bildung und Teilhabe bei Kindern und Jugendlichen sollen künftig in Form von Gutscheinen erbracht werden. Die Behörde soll in begründeten Einzelfällen von dem Leistungsempfänger einen Nachweis über die zweckentsprechende Verwendung des Gutscheins verlangen können (§ 29 Absatz 1 SGB II sowie § 34a Absatz 5 SGB XII).

4. Information an Darlehensnehmer über Aufrechnung

Darlehen werden an Leistungsempfänger nur erbracht, wenn ein Bedarf anderweitig nicht gedeckt werden kann. Die Darlehensrückzahlung erfolgt durch Aufrechnung gegen die Arbeitslosengeld II-Leistung (pro Monat 10 Prozent der Leistung). Über die Aufrechnung ist der Leistungsbezieher von der Behörde zu informieren (§ 42a Absatz 2 SGB II).

5. Nachweis über die Inanspruchnahme einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung

Personen, die den Kinderzuschlag beziehen, müssen, wenn ihr Kind an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in der Schule teilnimmt, einen Nachweis hierüber erbringen (§ 6a Absatz 2 Satz 1 BKGG). Diese Nachweispflicht dürfte schätzungsweise in 42.000 Fällen zum Tragen kommen.

Die Regelung des § 12a Satz 2 Nummer 2 SGB II vermeidet künftig, dass einzelne Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft – schätzungsweise mehr als 90 000 Fälle – auf die Inanspruchnahme von Wohngeld verwiesen werden. Damit wird für einzelne Haushalte die Pflicht entfallen, Anträge sowohl in der Grundsicherung für Arbeitsuchende als auch bei den Wohngeldbehörden zu stellen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz)

1. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010

1.1 Auftrag an den Gesetzgeber

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 (1 BvL 1, 3, 4/09, Rn. 132 ff.) die Ermittlung der Höhe der Regelleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) als mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Artikels 20 Absatz 1 GG für unvereinbar erklärt.

Dieses Urteil begründet sich aus der Art und Weise, wie die Höhe der Regelleistungen nach dem SGB II ermittelt wurde. Es bezieht sich ausdrücklich nicht auf deren konkrete Höhe, da festgestellt wird, dass diese Leistungshöhe „nicht ... evident unzureichend ist“ (Rn. 146). Deshalb ist die der Höhe der Regelleistungen nach dem SGB II zugrundelie-

gende Regelsatzbemessung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) und die dazu ergangene Regelsatzverordnung ebenfalls mit dem Grundgesetz unvereinbar. Weiter wird in dem Urteil ausgeführt, dass die bisherige Regelsatzbemessung durch ein Parlamentsgesetz zu erfolgen hat (Rn. 136, 138). Als Konsequenz daraus sieht Artikel 12 Absatz 1 des vorliegenden Gesetzentwurfs die Aufhebung der Regelsatzverordnung vor. In § 28 Absatz 1 SGB XII (Artikel 3 Nummer 8) ist nunmehr geregelt, dass die Ermittlung der Regelbedarfe durch Gesetz zu erfolgen hat. In § 28 Absatz 2 bis 4 SGB XII sind die Grundsätze für die Ermittlung der Regelbedarfe, nicht aber deren konkrete Ermittlung, enthalten. Der daraus resultierende Gesetzgebungsauftrag wird mit Artikel 1 des vorliegenden Gesetzentwurfs umgesetzt.

1.2 Verfassungsrechtliche Anforderungen

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts stellt klar (Rn. 138), dass der Rechtsanspruch auf Leistungen zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Artikel 1 Absatz 1 GG von der Verfassung vorgegeben ist, dessen konkreter Umfang hinsichtlich der Arten des Bedarfs und der zu dessen Deckung erforderlichen Mittel jedoch nicht. Dessen Umfang hängt ab von der konkreten Lebenssituation hilfebedürftiger Menschen und von gesellschaftlichen Anschauungen über das für ein menschwürdiges Dasein Erforderliche. Zu berücksichtigen sind ferner die wirtschaftlichen und technischen Gegebenheiten und Entwicklungen, was nach dem Sozialstaatsgebot in Artikel 20 Absatz 1 GG den Gesetzgeber dazu anhält, die soziale Wirklichkeit zeit- und realitätsnah zu erfassen. Dies beinhaltet auch technologische und gesellschaftliche Veränderungen, wie beispielsweise die Entwicklung hin zu einer technisierten Informationsgesellschaft. Dabei, dies betont das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich, steht dem Gesetzgeber bei der Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse ebenso wie bei der wertenden Einschätzung des notwendigen Bedarfs ein Gestaltungsspielraum zu, wie er den Umfang der Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums abgrenzt. Dieser Gestaltungsspielraum ist enger, soweit es sich um die Bestimmung des zur Sicherung der physischen Existenz eines Menschen Notwendige handelt und weiter bei der Bestimmung von Art und Umfang der Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Der Gesetzgeber hat die Verpflichtung, den Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums so zu konkretisieren, dass „alle existenznotwendigen Aufwendungen folgerichtig in einem transparenten und sachgerechten Verfahren nach dem tatsächlichen Bedarf, also realitätsgerecht,“ bemessen werden (Rn. 139). Da sich die konkrete Höhe der für die Gewährleistung des Existenzminimums erforderlichen Leistungen nach dem SGB II und dem SGB XII nicht unmittelbar aus dem Grundgesetz heraus ergibt, hat das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber aufgegeben, „im Rahmen seines Gestaltungsspielraums ein zur Bemessung des Existenzminimums im Grundsatz taugliches Berechnungsverfahren“ zu wählen, „die erforderlichen Tatsachen im Wesentlichen vollständig und zutreffend“ zu ermitteln und sich schließlich „in allen Berechnungsschritten mit einem nachvollziehbaren Zahlenwerk innerhalb dieses gewählten Verfahrens und dessen Strukturprinzipien im Rahmen des Vertretbaren“ zu bewegen (Rn. 143). Der Gesetzentwurf setzt diese Vorgaben um.

1.3 Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Ermittlungsmethode

Für die Ermittlung von Regelbedarfen ergeben sich aus dem Urteil folgende Vorgaben für Verfahren und Methode:

- Die eingesetzten Methoden und Berechnungsschritte sind „nachvollziehbar offenzulegen“ (Rn. 146).
- Die Bedarfsarten und die hierfür aufzuwendenden Kosten sind zu ermitteln, daraus ist die Höhe des gesamten Bedarfs für die Gewährleistung des Existenzminimums zu bestimmen. Hierfür gibt das Grundgesetz keine bestimmte Methode vor (Rn. 139).
- Der Gesetzgeber darf die hierfür von ihm zu verwendende Methode „im Rahmen der Tauglichkeit und Sachgerechtigkeit selbst auswählen“ (Rn. 139).

- Das für die bisherige Regelsatzbemessung auf der Grundlage der Regelsatzverordnung verwendete Statistikmodell stellt „eine verfassungsrechtlich zulässige, weil vertretbare Methode zur realitätsnahen Bestimmung des Existenzminimums“ dar (Rn. 162). Es stellt ein grundsätzlich „taugliches Berechnungsverfahren zur Bemessung des Existenzminimums“ dar (Rn. 146).
- Die Entscheidung für das Statistikmodell bindet den Gesetzgeber. Er darf nicht ohne sachliche Rechtfertigung von der gewählten Methode abweichen (Rn. 139), „ohne es durch andere erkennbare oder tragfähige Kriterien zu ersetzen“ (Rn. 146).
- Die in der (bisherigen) Regelsatzverordnung enthaltenen und sich auch auf die Ermittlung der Leistungen für den Lebensunterhalt nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch auswirkenden Abweichungen „von den Strukturprinzipien des Statistikmodells“ sind ohne sachliche Rechtfertigung erfolgt. Deshalb ist die Ermittlung der Höhe der zur Gewährleistung des Existenzminimums erforderlichen Leistungen nicht in verfassungsgemäßer Weise durchgeführt worden (Rn. 173).

2. Statistikmodell auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

2.1 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat bei seiner Auswertung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 geprüft, welche Alternativen zum Statistikmodell bestehen.

Das häufig als Alternative genannte Warenkorbmodell stellt einen Ansatz dar, der sich als ungeeignet erwiesen hat. Die damit verbundene Festlegung, welcher Verbrauch von Gütern für das Existenzminimum erforderlich ist, kann ausschließlich mittels normativer Setzungen erfolgen. Hinzu kommt das kaum auf eine zufriedenstellende Art zu lösende Problem, wie die normativ festgesetzten Verbrauchsmengen mit Preisen zu bewerten sind.

Zwischen 1955 und 1961 wurde der Regelbedarf an Fürsorgeleistungen und ab 1962 der Regelsatz der Sozialhilfe nach einem Bedarfsmengenschema beziehungsweise „Warenkorb“ bestimmt. Experten ermittelten den Mindestbedarf, indem sie die einzelnen lebensnotwendigen Güter auswählten und preislich bewerteten. Dieses Verfahren der Auswahl der Güter und der Festlegung der dazugehörigen Verbrauchsmengen sowie deren preisliche Bewertung waren zentrale Kritikpunkte am Warenkorbmodell, weil es nicht auf statistischen Grundlagen beruhte, sondern auf normativen Entscheidungen, die als teilweise willkürlich und sachfremd empfunden wurden. Der vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. im Jahr 1981 unterbreitete Vorschlag eines neuen Warenkorbes wurde nicht umgesetzt, weil eine Weiterentwicklung des Verfahrens für erforderlich gehalten wurde. Diese Entwicklung führte 1989 dazu, dass - auf Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz - bei der Bemessung der Regelsätze das so genannte „Statistikmodell“ eingeführt wurde. Ziel war es dabei, das tatsächliche und auf statistisch abgesicherter Grundlage (der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) ermittelte und nicht das normativ festgelegte Verbraucherverhalten im unteren Einkommensbereich zur Bemessung des Regelsatzes heranzuziehen. Diese Umstellung wurde von fachlicher Seite begrüßt, da sie auf einer anerkannten statistischen Grundlage aufbaute, eine bundesweit einheitliche Bemessung ermöglichte und von normativen Entscheidungen in deutlich höherem Maße unabhängig machte.

Die bisher genutzte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) hat sich deshalb als alternativlos erwiesen, weil sie als einzige Quelle valide Daten zur Konsumstruktur liefert.

Die EVS wird vom Statistischen Bundesamt durchgeführt und stellt die einzige statistische Erhebung in Deutschland dar, die Einkommens-, Vermögens- und Schuldensituation sowie die Konsumausgaben der Haushalte in Deutschland erfasst. Dazu werden in etwa fünfjährigen Abständen jeweils rund 0,2 Prozent aller privaten Haushalte in Deutschland befragt. Bei der letzten EVS, der EVS 2008, waren dies 55.110 Haushalte. Somit ist ein ausreichender Stichprobenumfang garantiert.

Ein Vorteil der EVS gegenüber anderen Statistiken liegt in der über jeweils drei Monate fortlaufenden Aufzeichnung der Einnahmen und der Ausgaben durch die befragten Haushalte, was zu einem höheren Grad an Genauigkeit als bei retrospektiven Fragen oder bei einer Momentaufnahme nach dem Stichtagskonzept führt. Hinsichtlich der Exaktheit der Ausgaben- und Einkommenserfassung stellt die EVS die verlässlichste Datenquelle dar. Ausgaben und Einkommen können zudem nach deren Höhe differenziert ausgewertet werden.

2.2 Statistikmodell

Nach dem Statistikmodell werden die Regelbedarfe auf der Grundlage von empirisch ermittelten Verbrauchsausgaben und den Entscheidungen des Gesetzgebers über deren Relevanz für die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums für die einzelnen zu betrachtenden Haushaltskonstellationen ermittelt. Dabei wurde vom Gesetzgeber normativ festgelegt, dass sich die Regelbedarfe am Konsumniveau anderer Haushalte mit niedrigem Konsumniveau orientieren sollen. Die Einkommen der anderen Haushalte müssen aber oberhalb des sich durch Leistungen nach SGB XII und SGB II ergebenden Niveaus liegen. Dieser Unterschied ist gerechtfertigt, da Personen, die ihren Lebensunterhalt selber erwirtschaften, besser gestellt werden sollen und besser gestellt werden dürfen als Personen, die ausschließlich von Transferleistungen leben. Da die hierzu nötigen Daten über Konsumhöhe und -struktur nicht in Form eines Idealtyps vorliegen, muss sie als Durchschnitt des empirisch festgestellten individuellen Konsums einer Gruppe von Haushalten ermittelt werden (Referenzgruppe).

Das Statistikmodell ist deshalb unmittelbar mit der Nutzung der EVS als Datengrundlage verknüpft.

Die auf diese Weise zu ermittelnden Verbrauchsausgaben der Referenzhaushalte für einzelne Güter und Dienste, die vom Gesetzgeber als regelbedarfsrelevant definiert werden, ergeben jeweils als Gesamtsumme die für die Gewährleistung des Existenzminimums erforderlichen Verbrauchsausgaben. Diese Summe stellt ein monatliches Budget dar, das nach dem SGB XII in Regelbedarfsstufen eingeteilt und in Form von Regelsätzen zur Deckung der in § 27a Absatz 1 SGB XII (Artikel 3 Nummer 8) gezahlt wird. Vergleichbares gilt für die Regelbedarfe nach § 20 Absatz 1 SGB II.

Über die konkrete Verwendung dieses monatlichen Budgets entscheiden die Leistungsberechtigten eigenverantwortlich (§ 27a Absatz 3 Satz 2 SGB XII, § 20 Absatz 1 Satz 4 SGB II). Mit der Entscheidung des Gesetzgebers, welche Verbrauchsausgaben für die Regelbedarfsermittlung berücksichtigt werden, wird die individuelle Entscheidung über die Verwendung des monatlichen Budgets deshalb nicht vorweg genommen. Folglich wird mit der Ermittlung von Regelbedarfen nicht entschieden, wofür und in welchem Umfang Leistungsberechtigte das Budget verwenden. Allein die Höhe des Budgets wird bei der Ermittlung von Regelbedarfen nach dem Statistikmodell ermittelt. Diese Art der Leistungserbringung, verbunden mit der Einschränkung des Prinzips der Einmalleistungen, ist vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich nicht beanstandet worden (Rn. 150).

Die Entscheidung, ob bei der Ermittlung von Regelbedarfen Verbrauchsausgaben beispielsweise für einen Computer mit Internetanschluss als regelbedarfsrelevant berücksichtigt werden, hat Auswirkungen für die Höhe der Summe der berücksichtigten Verbrauchsausgaben und damit auch der Regelbedarfe. Die Frage, ob Leistungsberechtigte über einen Computer verfügen und deshalb hierfür Ausgaben anfallen, ist davon zu trennen. Die Leistungsberechtigten können mit dem ihnen zur Verfügung gestellten Budget einen Computer kaufen, sie können davon aber auch Bücher oder andere Güter kaufen. Entscheidend ist, dass sie verantwortungsvoll wirtschaften müssen, um alle notwendigen Ausgaben aus dem begrenzten Budget finanzieren zu können. Die Logik des Statistikmodells liegt gerade darin, dass in der Realität nicht exakt die für die einzelnen regel-

bedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben berücksichtigten Beträge anfallen, sondern die tatsächlichen Verbrauchsausgaben im Einzelfall davon abweichen.

Entscheidend ist deshalb allein, dass der Gesamtbetrag des Budgets für die Bestreitung von Verbrauchsausgaben ausreicht, um ein menschenwürdiges Existenzminimum zu gewährleisten. Dabei müssen sich zwangsläufig Mehrausgaben im Vergleich zu den eingerechneten Durchschnittsausgaben durch Minderausgaben an anderer Stelle ausgleichen. Ferner ist zu berücksichtigen, dass die individuelle Zusammensetzung der Verbrauchsausgaben aufgrund unterschiedlicher Entwicklungen und wegen der unausweichlichen Notwendigkeit von Prioritätensetzungen von Monat zu Monat unterschiedlich ist. Mit dem Prinzip ist auch eine Ansparkkonzeption verbunden, die in die Erwartung mündet, dass für nicht regelmäßig anfallende Bedarfe Anteile des Budgets zurückgelegt werden, da das Budget auch für größere und nur in längeren Abständen anfallende Anschaffungen monatliche Durchschnittswerte berücksichtigt. Erst in der Summe dieser als Teilzahlungen aufzufassenden Durchschnittswerte über viele Monate hinweg ergeben sich die für Anschaffungen erforderlichen Aufwendungen.

3. Sonderauswertungen der EVS 2008

Nach § 28 Absatz 3 SGB XII in der Fassung von Artikel 3 dieses Gesetzentwurfs hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales das Statistische Bundesamt mit Sonderauswertungen zu beauftragen, wenn die Ergebnisse einer neuen EVS vorliegen. Daraus folgt, dass die durch das Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz zu ermittelnden Regelbedarfe solange die Grundlage für die Fortschreibung nach den §§ 28a und 40 SGB XII in der Fassung von Artikel 3 dieses Gesetzentwurfs bildet und die Altersstufung bei Kindern und Jugendlichen solange gilt, bis auf der Grundlage einer neuen EVS nach § 28 Absatz 3 SGB XII Sonderauswertungen vorzunehmen sind. Dies wird mit Vorliegen der EVS 2013 der Fall sein. Liegen die Ergebnisse von Sonderauswertungen der EVS 2013 vor, hat der Gesetzgeber erneut über die Höhe der Regelbedarfe und die Alterstufen zu entscheiden.

Mit Vorliegen der EVS 2008 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales dem Statistischen Bundesamt folgende Aufträge für Sonderauswertungen der EVS 2008 erteilt: Das Statistische Bundesamt wurde beauftragt, den gesamten privaten Verbrauch der EVS 2008 für die Referenzgruppen „Einpersonenhaushalte“ und „Paare mit einem Kind (Familienhaushalte)“ in den Altersklassen

- von 0 bis unter 18 Jahren,
- von 0 bis unter 3 Jahren,
- von 3 bis unter 6 Jahren,
- von 3 bis unter 7 Jahren,
- unter 6 Jahren,
- von 6 bis unter 12 Jahren,
- von 6 bis unter 13 Jahren,
- von 6 bis unter 14 Jahren,
- von 6 bis unter 15 Jahren,
- unter 7 Jahren,
- von 7 bis unter 12 Jahren,
- von 7 bis unter 13 Jahren,
- von 7 bis unter 14 Jahren,
- von 7 bis unter 15 Jahren,
- von 12 bis unter 18 Jahren,
- von 13 bis unter 18 Jahren,
- von 14 bis unter 18 Jahren,
- von 15 bis unter 18 Jahren.

auszuwerten.

Die Abgrenzung der Referenzgruppen für die beiden oben genannten Haushaltstypen bezieht sich auf die unteren

- 20 Prozent
- 15 Prozent
- 10 Prozent

der nach ihrem Nettoeinkommen geschichteten Haushalte sowie die Einkommensgruppe unterhalb der 60 Prozent des Medians der Nettoeinkommen.

Bei allen Auswertungen waren die in § 3 des Artikels 1 dieses Gesetzentwurfs genannten Leistungsberechtigten nach dem SGB XII und dem SGB II vorab aus der Stichprobe herauszunehmen. Zur Abgrenzung der Referenzgruppen wird auf die Begründung zu § 3 des Artikels 1 dieses Gesetzentwurfs dieses Gesetzentwurfs verwiesen.

Folgende Zusatzauswertungen wurden durchgeführt:

- Für Referenzhaushalte, die nicht mit Strom heizen, sondern Strom ausschließlich als Haushaltsenergie (Beleuchtung, Kühlschrank, Elektroherd, Fernsehgerät usw.) verwendeten,
- Für Referenzhaushalte, die angegeben hatten, keinen PKW zu besitzen beziehungsweise keine Ausgaben für Kraftstoffe im Haushaltsbuch vermerkt hatten.
- Zusatzauswertung zu den Verbrauchsausgaben für Telekommunikation.

4. Ergebnisse der Sonderauswertungen nach Abteilungen der EVS

Einzelne in den nachfolgenden Tabellen mit „/“ gekennzeichnete Felder geben an, dass dem entsprechenden Wert Angaben von höchstens 24 Haushalten zugrunde liegen und dieser Wert - für sich genommen - aus Datenschutz- und Qualitätsgründen entsprechend den Vorgaben des Statistischen Bundesamtes nicht veröffentlicht wird. In den Tabellen mit „(.)“ gekennzeichneten Werten liegen Angaben von 25 bis 99 Haushalten zugrunde. Bei den Summen der einzelnen Abteilungen werden die hinter den mit „/“ gekennzeichneten Feldern stehenden Werte ebenso berücksichtigt wie die geklammerten und nicht geklammerten Werte, so dass bei der Berechnung der Regelbedarfe alle regelbedarfsrelevanten Positionen tatsächlich enthalten sind.

Die Originaltabellen des Statistischen Bundesamtes sind als Anlage zur Begründung von Artikel 1 beigelegt.

4.1 Einpersonenhaushalte

Die Regelbedarfsermittlung auf der Grundlage der Sonderauswertung für Einpersonenhaushalte nach der EVS 2008 baut auf der Regelsatzbemessung auf Basis einer Sonderauswertung der EVS 2003 auf. Folglich gibt es Gemeinsamkeiten zwischen beiden Vorgehensweisen, aber auch deutliche Unterschiede, die auf die für 2008 vorgenommenen Weiterentwicklungen zurückzuführen sind.

Für die Berechnung der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben auf der Grundlage der Sonderauswertung 2008 für Einpersonenhaushalte werden alle Grundbedarfe in vollem Umfang berücksichtigt. Einzelne Bedarfspositionen sind mit Hilfe weiterer Sonderauswertungen sowie ergänzender Statistiken ermittelt worden. So wurden für folgende Verbrauchsausgaben zusätzliche Ermittlungen vorgenommen:

- Von den Verbrauchsausgaben für Speisen und Getränken in Gaststätten, Restaurants, Kantinen und Mensen (Abteilung 11) wird der sogenannte Wareneinsatz berücksichtigt (Statistisches Bundesamt: Fachserie 17, Reihe 7).

- Für die Ermittlung von Verbrauchsausgaben für Haushaltsstrom wurde vom Statistischen Bundesamt eine zusätzliche Sonderauswertung durchgeführt, um die Ausgaben nur von denjenigen Haushalten zu erfassen, die nicht mit Strom heizen. Damit stellt sich nicht mehr die Frage der Abgrenzung von Haushaltsstrom (für Beleuchtung, Kochen, elektrische Geräte) zu Heizungskosten (Stromheizung). Diese Abgrenzungproblematik hatte in der Sonderauswertung der EVS 2003 zu einem Abschlag geführt, so dass nicht die gesamten ermittelten Ausgaben für Strom als regelsatzrelevant berücksichtigt worden waren.
- Für die Ermittlung von Verbrauchsausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung wurden spezielle und damit zusätzliche Sonderauswertungen vom Statistischen Bundesamt durchgeführt.
- Bei zwei quantitativ kleinen Positionen (motorbetriebenes Werkzeug für die Wohnung sowie Uhren) wurden regelbedarfsrelevante Anteile mittels des sogenannten Wägungsschemas des Statistischen Bundesamtes zur Bestimmung der Anteile, mit denen einzelne Produkte in den Verbraucherpreisindex eingehen, ermittelt.
- Für die Verbrauchsausgaben für Alkohol (Abteilung 2) wurde eine Plausibilitätsrechnung vorgenommen.

Die Berücksichtigung dieser Positionen erfolgt auf empirischer Grundlage. Damit wird nicht nur das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt, sondern im Sinne einer noch größeren Präzision und Schlüssigkeit sogar über die darin enthaltenen Vorgaben hinaus gegangen. Methodisch ist eine präzisere Bedarfsermittlung mittels ergänzender Grundlagen erfolgt. Auf Abschätzungen („Abschläge“), auch wenn diese in hohem Maße plausibel erscheinen, wurde vollständig verzichtet.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 01 für Erwachsene: Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro
1	0110 000	Nahrungsmittel	112,12	100,0%	112,12
2	0120 000	Alkoholfreie Getränke	13,35	100,0%	13,35
3	0122 100 100	Mineralwasser als Substitution der alkoholischen Getränke			2,99
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 01					128,46

Ausgaben für Nahrung und alkoholfreie Getränke gehören zum unverzichtbaren Grundbedarf und damit zum physischen Existenzminimum. Deshalb werden die von den Referenzhaushalten hierfür durchschnittlich getätigten monatlichen Verbrauchsausgaben - wie bereits in der entsprechenden Sonderauswertung 2003 - in voller Höhe (100Prozent) als regelbedarfsrelevant berücksichtigt.

Insgesamt ergeben sich für das Jahr 2008 in Abteilung 01 regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Höhe von 128,46 Euro, einschließlich des eingerechneten Betrags für die Substitution der durch den Konsum von alkoholischen Getränken konsumierten Flüssigkeitsmenge durch alkoholfreie Getränke.

In der Sonderauswertung EVS 2003 waren in Abteilung 02 alkoholische Getränke zu 100 Prozent regelsatzrelevant. Alkohol stellt allerdings ein gesundheitsgefährdendes Genussgift dar und gehört als legale Droge nicht zu dem das Existenzminimum abdeckenden Grundbedarf. Daher wird Alkoholkonsum nicht mehr als regelbedarfsrelevant berücksichtigt. Wird auf Alkohol verzichtet, muss die damit verbundene Flüssigkeitsmenge allerdings

zumindest zum Teil durch alkoholfreie Getränke ersetzt werden. Daher wird statt der Ausgaben für Alkohol in Abteilung 01 ein zusätzlicher Betrag für alkoholfreie Getränke anerkannt.

Dieser Betrag berechnet sich folgendermaßen:

Nach der Sonderauswertung wurden für Einpersonenhaushalte der Referenzgruppe im Jahr 2008 durchschnittliche Verbrauchsausgaben von 8,11 Euro für alkoholische Getränke ermittelt. Davon entfielen - nach dem Wägungsschema des allgemeinen Preisindex - rechnerisch 11,35 Prozent für Spirituosen, die nach der allgemeinen Lebenserfahrung nicht dem Zweck der Flüssigkeitsaufnahme dienen. Es verbleiben dann von den 8,11 Euro noch 7,19 Euro für alkoholische Getränke, die durch alkoholfreie Getränke zu substituieren sind.

Hinweis zum Wägungsschema des allgemeinen Preisindex:

Das Statistische Bundesamt ermittelt die allgemeinen Preise monatlich anhand eines allgemeinen Warenkorbs, in dem die verschiedenen Güter und Dienste jeweils einen festen Anteil haben. Der hier verwendete 11,35 Prozent-Anteil der Spirituosen errechnet sich aus diesem Anteil der Spirituosen am Anteil aller Getränke am Warenkorb. Siehe: Statistisches Bundesamt: Fachserie 17, Reihe 7.

Es gibt für die Umrechnungen des Preises alkoholischer in alkoholfreie Flüssigkeitsmengen keine Vorgaben, so dass hier eine Plausibilitätsrechnung erforderlich ist. Für 7,19 Euro lassen sich etwa 12 Liter preiswertes Bier kaufen. Im Durchschnitt sind Bier oder gar Wein deutlich teurer, so dass sich ein deutlich niedrigeres Volumen an zu substituierender Flüssigkeit ergeben würde. Ausgehend von 12 Litern Flüssigkeitsbedarf ergibt sich das maximal durch alkoholfreie Getränke zu substituierende Flüssigkeitsvolumen. Da die Flüssigkeitsmenge mit einem preisgünstigen Getränk berechnet wurde, ist es angemessen, auch die alkoholfreien Getränke mit dem niedrigpreisigen Mineralwasser anzusetzen. Für die anzusetzenden 12 Liter Mineralwasser wurde ein Betrag von 2,99 Euro eingesetzt, für den Supermärkte flächendeckend eine entsprechende Menge Mineralwasser anbieten. Legt man die Preise der preisgünstigen Discounter für 1,5-Liter-Mineralwasserflaschen zugrunde, ergibt sich für 12 Liter Mineralwasser sogar nur ein Preis von 1,52 Euro. Bei den als regelbedarfsrelevant berücksichtigten 2,99 Euro ist also bei preisbewusstem Einkauf durchaus Spielraum für Saft oder andere alkoholfreie Getränke. Diese 2,99 Euro werden bei Abteilung 01 zusätzlich berücksichtigt.

Die durchschnittlichen Verbrauchsausgaben für Tabakwaren in Höhe von 11,08 Euro werden nicht als regelbedarfsrelevant berücksichtigt. Bei der Regelsatzbemessung auf der Grundlage der Sonderauswertung EVS 2003 waren die entsprechenden Verbrauchsausgaben zu 50 Prozent als regelsatzrelevant berücksichtigt worden. Bei dem Genussgift Tabakwaren (Nikotin) handelt es sich wie bei Alkohol um eine legale Droge, jedoch nicht um einen Grundbedarf, der durch andere Güter substituiert werden müsste. Außerdem ist der Tabakkonsum rückläufig. Im Jahr 2009 bekannten sich nur noch ein Viertel der Personen über 15 Jahren als Raucher.

Deutsches Krebsforschungszentrum (Hrsg.): Tabakatlas Deutschland 2009, Heidelberg, 2009 und Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 28. Mai 2010: Drei Viertel der Bevölkerung in Deutschland sind Nichtraucher.

Illegale Drogen waren bislang nicht regelsatzrelevant. Sie werden auch in der Sonderauswertung der EVS 2008 nicht als regelbedarfsrelevant berücksichtigt.

Daraus ergibt sich für Abteilung 02 für das Jahr 2008 ein regelbedarfsrelevanter Gesamtbetrag von 2,99 Euro (Substitut Flüssigkeitsbedarf), der in die Verbrauchsausgaben der Abteilung 01 eingerechnet wird.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 03 für Erwachsene:
Bekleidung und Schuhe

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro
4	0312 901	Herrenbekleidung (ohne Strumpfwaren)	4,42	100,0%	4,42
5	0312 902	Damenbekleidung (ohne Strumpfwaren)	14,81	100,0%	14,81
6	0312 900	Herren-, Damen- und Kinderstrumpfwaren	1,28	100,0%	1,28
7	0311 000	Bekleidungsstoffe	(1,07)	100,0%	(1,07)
8	0313 000	Bekleidungszubehör	0,90	100,0%	0,90
9	0321 100	Schuhe für Herren	1,81	100,0%	1,81
10	0321 200	Schuhe für Damen	5,12	100,0%	5,12
11	0321 900	Schuhzubehör	0,17	100,0%	0,17
12	0314 100	Fremde Änderungen und Reparaturen an Bekleidung (einschl. Leihgebühren)	0,37	100,0%	0,37
13	0322 000	Fremde Änderungen und Reparaturen an Schuhen (einschl. Leihgebühren)	0,45	100,0%	0,45
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 03					30,40

Ebenso wie in der Sonderauswertung EVS 2003 wird in der Sonderauswertung für den Einpersonenhaushalt in der EVS 2008 bei allen regelbedarfsrelevanten Positionen ein Ansatz von 100 Prozent beibehalten. Allerdings wurde hinsichtlich der Notwendigkeit von Verbrauchsausgaben zur Sicherung des Existenzminimums genauer auf den tatsächlichen Bedarf abgestellt. Bekleidung und Schuhe gehören zum Grundbedarf. Verbrauchsausgaben für Kleidung und Schuhe für Erwachsene sind deshalb beim Einpersonenhaushalt in vollem Umfang (100 Prozent) als regelbedarfsrelevant zu berücksichtigen. Diese Ausgaben dienen der eigenen Existenzsicherung.

Angesichts der Sonderauswertungen für Familienhaushalte und der damit verbundenen Ermittlung von Regelbedarfen für Kinder und Jugendliche werden hingegen die Verbrauchsausgaben für die Positionen „Bekleidung für Kinder unter 14 Jahren“ und „Schuhe für Kinder unter 14 Jahren“ für Erwachsene nicht als regelbedarfsrelevant berücksichtigt. Dafür werden diese Verbrauchsausgaben bei den Familienhaushalten zu 100 Prozent dem Kind zugerechnet.

Für den Regelbedarf werden die Verbrauchsausgaben der Position „Chemische Reinigung von Kleidung, Waschen, Bügeln und Färben“ nicht berücksichtigt. Saubere Wäsche und Bekleidung zählen zum Existenzminimum und werden durch das häusliche Wäschewaschen und - erforderlichenfalls - Bügeln gewährleistet. Hierfür werden in Ausgaben für die Anschaffung einer Wasch- und Bügelmaschine (Tabelle zu Abteilung 05, Zeile 23) sowie die Ausgaben für Waschmittel (Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung, Tabelle zu Abteilung 05, Zeile 31) in vollem Umfang berücksichtigt. Ferner werden die

Verbrauchsausgaben für den Kauf von Bekleidung einschließlich Reparaturen und Änderungen in vollem Umfang berücksichtigt (Tabelle zu Abteilung 03, Zeilen 4 bis 8 und 12). Die Kosten für eine chemische Reinigung dienen hingegen nicht der Existenzsicherung. Eine chemische Reinigung ist materialbedingt nur für wenige Kleidungsstücke erforderlich, die zu dem in der Regel nicht zur Alltagsbekleidung zählen. Entsprechende Bekleidung wird am Ehesten im Zusammenhang mit der Ausübung einer beruflichen Tätigkeit getragen. In diesem Fall können Ausgaben für Reinigung als Werbungskosten geltend gemacht werden, also als zur Erzielung von Einkünften notwendige Aufwendungen. Diese mindern nach § 11b Absatz 1 Nummer 5 SGB II (§ 11 Absatz 2 Nummer 5 SGB II in der bis zum 31. Dezember 2010 gültigen Fassung) das anrechenbare Erwerbseinkommen von Beziehern von Arbeitslosengeld II. Wird gereinigte Kleidung für Vorstellungsgespräche benötigt, so können die Aufwendungen vom Jobcenter aus dem Vermittlungsbudget (§ 16 SGB II in Verbindung mit den §§ 45 und 46 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch) übernommen werden. Für Leistungsberechtigte nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des SGB XII ist die Ausübung einer Erwerbstätigkeit nicht zu unterstellen, da eine volle Erwerbminderung Voraussetzung für die Leistungsberechtigung ist. Sofern jedoch in Ausnahmefällen eine Erwerbstätigkeit ausgeübt wird, so können ebenfalls entsprechende Werbungskosten geltend gemacht werden (§ 82 Absatz 2 Nummer 4 SGB XII).

In der Summe ergeben sich für Abteilung 03 für das Jahr 2008 regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Höhe von 30,40 Euro.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 04 für Erwachsene:

Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung mit Sonderauswertung Strom (Haushalte, die nicht mit Strom heizen)

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro
14	0431 000	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Material (Mieter)	0,99	100,0%	0,99
15	0431 910	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Material (Eigentümer)	/	umgerechnet*	/
16	0432 900	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Handwerker (Mieter)	(0,93)	100,0%	(0,93)
17	0432 901	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Handwerker (Eigentümer)	/	umgerechnet*	/
18	0451 010	Strom (auch Solarenergie) dar: Mieterhaushalte	26,80	100,0%	26,80
19	0451 010	Strom (auch Solarenergie) dar: Eigentümerhaushalte	(1,91)	umgerechnet*	(1,32)
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 04					30,24

*Für die Anzahl der Eigentümerhaushalte wurden die Ausgaben der Mieter berücksichtigt.

Der weit überwiegende Teil der in Abteilung 04 nachgewiesenen Verbrauchsausgaben entfällt auf Ausgaben für Miete und Heizung. Diese Ausgaben werden für Leistungsberechtigte nach § 35 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch beziehungsweise nach § 22 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch gesondert erbracht und sind deshalb beim Regelbedarf nicht zu berücksichtigen.

Die in der Sonderauswertung Einpersonenhaushalt der EVS 2008 nachgewiesenen Ausgaben für Strom sowie für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen werden - wie bereits in der Sonderauswertung EVS 2003 - grundsätzlich als regelbedarfsrelevant anerkannt.

Im Unterschied zur Sonderauswertung EVS 2003 wird bei den ermittelten Stromausgaben jedoch kein Abschlag für Heizungsstrom vorgenommen. Hintergrund dieses Abschlags in der Sonderauswertung EVS 2003 war, dass die Heizkosten bei den Kosten der Unterkunft berücksichtigt werden. In Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 basieren die Ausgaben für Haushaltsenergie auf einer gesonderten Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 von Haushalten, die nicht mit Strom heizen.

Bei der Berechnung der regelbedarfsrelevanten Stromausgaben in der Sonderauswertung Einpersonenhaushalt EVS 2008 werden im Unterschied zur Sonderauswertung EVS 2003 nicht nur die Stromausgaben von Mietern berücksichtigt, sondern auch die Ausgaben der Eigentümer für Haushaltsstrom. Bei der Durchschnittsbildung in der Vergangenheit wurden nur die Stromausgaben von Mieterhaushalten auf alle Haushalte mit Stromausgaben bezogen, nicht aber die Stromausgaben der Eigentümerhaushalte. Die Stromausgaben der Wohnungseigentümer blieben damit bislang unberücksichtigt.

Deshalb werden in der Sonderauswertung der EVS 2008 für die Verbrauchsausgaben der Eigentümer für Strom die durchschnittlichen Stromkosten von Mieterhaushalten unterstellt. Als existenzsichernd werden damit die Stromkosten der Haushalte von Mietern bewertet. Zudem fallen bei Eigentümerhaushalten Ausgaben für Strom an, die als gesondert zu erbringende Kosten der Unterkunft zu bewerten sind (zum Beispiel Außenbeleuchtung, Umwälzpumpe). Gegenüber der Sonderauswertung EVS 2003 führt diese Berechnungsweise zu einem Anstieg der als regelbedarfsrelevant berücksichtigten Verbrauchsausgaben für Strom.

Bei den Ausgaben für Schönheitsreparaturen und Instandhaltung wird die Berechnungsweise entsprechend der bei den Stromkosten gegenüber der Sonderauswertung EVS 2003 weiterentwickelt. Auch hier werden die Ausgaben der Mieterhaushalte für die Eigentümerhaushalte angesetzt.

Für die Abteilung 04 ergibt dies für das Jahr 2008 einen regelbedarfsrelevanten Gesamtbetrag von 30,24 Euro.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 05 für Erwachsene:

Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro
20	0511 900	Möbel und Einrichtungsgegenstände	10,11	100,0%	10,11
21	0512 900	Teppiche und sonstige Bodenbeläge	(1,20)	100,0%	(1,20)

22	0531 100	Kühlschränke, Gefrierschränke und -truhen	/	100,0%	/
23	0531 200	Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspül- und Bügelmaschinen	/	100,0%	/
24	0531 901	Sonstige größere Haushaltsgeräte	(1,44)	100,0%	(1,44)
25	0532 000	Kleine elektrische Haushaltsgeräte	1,62	100,0%	1,62
26	0520 900	Heimtextilien	2,35	100,0%	2,35
27	0540 900	Glaswaren, Geschirr und andere Haushaltsgegenstände	2,04	100,0%	2,04
28	0540 400	Reparaturen an Glaswaren, Geschirr und anderen Gebrauchsgegenständen für die Haushaltsführung	/	100,0%	/
29	0551 000	Motorbetriebene Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände für Haus und Garten	(0,36)	Wägungsschema	(0,22)
30	0552 900	Andere Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	2,22	100,0%	2,22
31	0561 000	Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	3,23	100,0%	3,23
32	0511 090	Lieferung, Installation von Möbeln und elektrischen Leuchten	/	100,0%	/
33	0513 000	Reparatur von Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Bodenbelägen	/	100,0%	/
34	0512 090	Verlegen von Bodenbelägen	/	100,0%	/
35	0533 900	Reparaturen an Haushaltsgeräten (einschl. Mieten)	/	100,0%	/
36	0531 900	Fremde Installation von Haushaltsgroßgeräten	/	100,0%	/
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 05					27,41

Die Verbrauchsausgaben der Abteilung 05 für die Ausstattung der Wohnung gehören grundsätzlich in voller Höhe (100 Prozent) zum regelbedarfsrelevanten Grundbedarf.

Die regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben der Abteilung 05 in der Sonderauswertung Einpersonenhaushalt EVS 2008 entsprechen den inhaltsgleichen regelsatzrelevanten Positionen der Sonderauswertung EVS 2003. Die drei Positionen „Lieferung und Installation von Möbeln und elektrischen Leuchten“, „Reparaturen von Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Bodenbelägen“ und „Verlegen von Bodenbelägen“ entsprechen inhaltsgleich der Position „Lieferung, Installation sowie Reparatur von Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Bodenbelägen“ des Jahres 2003. Die Positionen „Reparaturen an Haushaltsgeräten (einschließlich Mieten)“ und „Fremde Installationen von Haushaltsgroßgeräten“ entsprechen inhaltsgleich der Position „Reparaturen an Haushaltsgeräten sowie fremde Installationen von Großgeräten (einschließlich Mieten)“ des Jahres 2003. Die Positionen „Reparaturen an Glaswaren, Geschirr und anderen Gebrauchsgegenständen für die Haushaltsführung“ und „Fremde Reparaturen an Handwerkzeugen“ entsprechen inhaltsgleich der Position „Reparaturen an Haushaltsgeräten sowie fremde Installationen von Großgeräten (einschließlich Mieten)“ des Jahres 2003. Die Positionen „Motorbetriebene Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände für Haus und Garten“ und „Nicht motorbe-

triebene Gartengeräte“ entsprechen inhaltsgleich der Position „Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände für Haus und Garten“ des Jahres 2003.

Nicht regelsatzrelevant war in der Sonderauswertung EVS 2003 die Verbrauchsposition „Kinderbetreuung durch Privatpersonen“. Diese Position ist auch in der Sonderauswertung Einpersonenhaushalt der EVS 2008 nicht regelbedarfsrelevant, da Alleinlebende keine Kinder im Haushalt haben und in der EVS 2008 für diese Position keine Ausgaben gemessen wurden. Die Ausgaben der Position „Haushaltshilfen“ sind nicht existenzsichernd. Soweit eine Haushaltshilfe im Einzelfall zwingend erforderlich ist, z. B. aufgrund von Erkrankungen, kann die erforderliche Leistung durch vorgelagerte Sicherungssysteme erbracht werden.

Im System der Mindestsicherung ist die Unterhaltung eines Gartens als nicht existenzsichernd zu bewerten. Deswegen werden in der Abteilung 05 die Position „Nicht motorbetriebene Gartengeräte“ nicht als regelbedarfsrelevant angesehen, die Position „Motorbetriebene Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände für Haus und Garten“ werden um die Ausgaben für Gartengeräte bereinigt. Bei dieser Position mit regelbedarfsrelevanten und nicht regelbedarfsrelevanten Gütern wurde der Anteil der regelbedarfsrelevanten Güter durch den Rückgriff auf das Wägungsschema der allgemeinen Preisstatistik festgelegt.

Die Position „Motorbetriebene Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände für Haus und Garten“ (insgesamt 2,38 Promille Anteil am Wägungsschema) lässt sich auf diese Weise in Unterpositionen und entsprechende Anteile für nicht regelbedarfsrelevante Gartengeräte (0,90 Promille Anteil) einerseits und regelbedarfsrelevante Werkzeuge (1,48 Promille Anteil) für das Haus andererseits aufteilen. Der Anteil der regelsatzrelevanten Güter an der entsprechenden EVS-Position beträgt dann 62,18 Prozent [$1,48 / (0,90 + 1,48) = 1,48 / 2,38 = 62,18$ Prozent]. Der regelbedarfsrelevante Betrag der Position „Motorbetriebene Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände für Haus und Garten“ wird wie folgt berechnet: $0,36 \text{ Euro} \times 62,18\% = 0,22 \text{ Euro}$).

Die Position „Anfertigung und fremde Reparaturen von Heimtextilien“ wird als nicht existenzsichernd eingestuft. Damit werden Anfertigung und Reparatur beispielsweise von Gardinen und Vorhängen nicht zusätzlich zu den - in vollem Umfang berücksichtigten - Verbrauchsausgaben für den Neukauf von Heimtextilien (Zeile 26) als regelbedarfsrelevant angesehen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass bei Anfall größerer Ausgaben für Reparatur bzw. Änderung von Heimtextilien nach einem Umzug oder einem Schadensereignis für Leistungsberechtigte nach dem Zwölften und Zweiten Buch Sozialgesetzbuch ein einmaliger Bedarf (Erstausrüstung für die Wohnung) anerkannt werden kann (§ 31 Absatz 1 Nummer 1 SGB XII bzw. § 24 Absatz 3 Nummer 1 SGB II in der Fassung von Artikel 2 des Gesetzentwurfs).

Auch die Position „Fremde Reparaturen an Handwerkzeugen“ wird im Unterschied zur Sonderauswertung EVS 2003 nicht mehr als existenzsichernd berücksichtigt. Reparaturen sind nur bei teuren Werkzeugen wirtschaftlich vertretbar. Da für Leistungsberechtigte nach dem SGB II und dem SGB II Besitz und Nutzung solcher Werkzeuge in der Durchschnittsbetrachtung nur für den privaten Gebrauch zu unterstellen ist, handelt es sich um einen der Kategorie Hobby und Freizeit zuzuordnenden Sachverhalt.

Insgesamt ergeben sich für das Jahr 2008 in der Abteilung 05 regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Höhe von 27,41 Euro.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 06 für Erwachsene:

Gesundheitspflege

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Refe-	regelbedarfsrelevanter	regelbedarfsrelevante Verbrauchsaus-
----------	------	----------------------------	---	------------------------	--------------------------------------

			renzhaushalte in Euro	Anteil	ausgaben in Euro
37	0611 010	Pharmazeutische Erzeugnisse mit Rezept gekauft (nur Eigenanteile und Rezeptgebühren)	3,47	100,0%	3,47
38	0611 900	Pharmazeutische Erzeugnisse ohne Rezept gekauft	5,07	100,0%	5,07
39	0612 010	Andere medizinische Erzeugnisse mit Rezept gekauft (nur Eigenanteile und Rezeptgebühren)	0,67	100,0%	0,67
40	0612 900	Andere medizinische Erzeugnisse ohne Rezept gekauft	1,44	100,0%	1,44
41	0613 900	Therapeutische Mittel und Geräte (einschl. Eigenanteile)	2,26	100,0%	2,26
42	0612 900	Praxisgebühren	2,64	100,0%	2,64
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 06					15,55

Die Verbrauchsausgaben der Abteilung 06 für Gesundheitspflege gehören zum Grundbedarf, werden aber vor allem über die Krankenversicherung und bei nicht krankenversicherten Leistungsberechtigten nach dem SGB XII über die Hilfen zur Gesundheit (Fünftes Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch) abgedeckt und sind insoweit nicht regelbedarfsrelevant.

Neu in der EVS 2008 ist die Position „Praxisgebühren“, die es im Erhebungsjahr der EVS 2003 noch nicht gab und deshalb auch nicht statistisch als Verbrauchsausgabe erfasst werden konnte; die Ausgaben der Referenzhaushalte hierfür werden in vollem Umfang als regelbedarfsrelevant berücksichtigt.

Die Verbrauchsausgaben der Position „Zahnersatz Materialkosten (einschließlich Eigenanteile)“ werden für Leistungsberechtigte nach dem SGB II und dem SGB XII in vollem Umfang von der Krankenversicherung beziehungsweise den Hilfen zur Gesundheit abgedeckt und sind daher nicht regelbedarfsrelevant.

Die Positionen der EVS 2008 „Therapeutische Mittel und Geräte (einschließlich Eigenanteile)“ und „Miete von therapeutischen Mitteln“ entsprechen inhaltsgleich der Position „Therapeutische Mittel und Geräte (einschließlich Mieten und Eigenanteilen)“ des Jahres 2003. Die in der Sonderauswertung EVS 2003 als regelbedarfsrelevant zugrunde gelegten Positionen „Orthopädische Schuhe“, „Reparaturen von therapeutischen Geräten“ sowie „Miete von therapeutischen Geräten“ werden nicht mehr als regelbedarfsrelevant berücksichtigt, da hierfür ein neuer einmaliger Bedarf im SGB II und im SGB XII eingeführt wird.

Die übrigen Positionen werden als vollständig für die Ermittlung des Regelbedarfs berücksichtigt. Daraus ergibt sich ein regelbedarfsrelevanter Gesamtbetrag der Abteilung 06 von 15,55 Euro.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 07 für Erwachsene:

Verkehr (Sonderauswertung für Haushalte ohne Kraftstoffverbrauch und ohne Schmiermittel)

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Aus- gaben der Referenzhaushalte in	regelbedarfsrelevanter Anteil	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro
-------------	------	----------------------------	--	----------------------------------	--

			Euro		
43	0713 000	Kauf von Fahrrädern	/	100,0%	/
44	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	0,96	100,0%	0,96
45	0723 000	Wartungen/Reparaturen	(0,57)	100,0%	(0,57)
46	0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne auf Reisen)	18,41	100,0%	18,41
47	0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / auf Reisen)	(2,00)	100,0%	(2,00)
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 07					22,78

Für die Ermittlung des regelbedarfsrelevanten Verbrauchs in der Abteilung 07 wurde durch das Statistische Bundesamt eine zusätzlich Sonderauswertung durchgeführt.

Die regelbedarfsrelevanten Positionen (laufende Nummern 43, 44, 46, 47) der Abteilung 07 der zusätzlichen Sonderauswertung Einpersonenhaushalt EVS 2008 entsprechen inhaltsgleich den regelsatzrelevanten Positionen der Sonderauswertung EVS 2003. Der Ansatz von 100 Prozent wird bei allen Positionen beibehalten; zusätzlich wird jedoch die Ausgabenposition „Wartungen und Reparatur“ als regelbedarfsrelevant berücksichtigt.

Wie bei der Sonderauswertung EVS 2003 werden die Ausgaben für Personenkraftwagen (PKW) und Motorrad sowie deren Nutzung auch in der Sonderauswertung EVS 2008 nicht als regelbedarfsrelevant anerkannt. Gleiches gilt für den Urlaubsreiseverkehr. Beide Ausgabenpositionen sind nicht existenzsichernd und gehören damit nicht zum Grundbedarf. Leistungsberechtigte nach dem SGB II, die einen PKW für die Erwerbsarbeit benötigen, können diese Kosten als Werbungskosten vom anzurechnenden Einkommen abziehen. Bei Leistungsberechtigten nach dem Dritten und Vierten Kapitel des SGB XII ist die Berücksichtigung eines PKW nicht vorgesehen, da eine Erwerbstätigkeit aufgrund der Leistungsvoraussetzung volle Erwerbsminderung nicht erwartet werden kann. Deshalb gibt es im Unterschied zum SGB II für den Besitz eines PKW auch keine höheren Vermögensfreigrenzen.

Stattdessen wird bei hilfebedürftigen Personen von der Nutzung von Fahrrädern (Verbrauchsausgaben für Kauf, Ersatzteile, Wartung/Reparatur) sowie der Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und beziehungsweise von anderen öffentlichen Verkehrsmitteln in Form des Schienenverkehrs ausgegangen.

In der zusätzlichen Sonderauswertung werden nur diejenigen Haushalte berücksichtigt, die keine Ausgaben für Kraftstoff und Schmiermittel im Haushaltsbuch angegeben haben. Diese zusätzliche Sonderauswertung berücksichtigt folglich, dass Haushalte ohne diese Ausgabenpositionen keinen Personenkraftwagen (PKW) und kein Motorrad nutzen und folglich ihren gesamten Mobilitätsbedarf durch Fahrrad, öffentlichen Personennah- und -fernverkehr sowie zu Fuß decken. Damit werden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich der Ermittlung der Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel umgesetzt. Die Verbrauchsausgaben für diese Verkehrsdienstleistungen erhöhen sich dadurch deutlich im Vergleich zur Sonderauswertung EVS 2003.

Für das Jahr 2008 ergibt sich daraus ein regelbedarfsrelevanter Gesamtbetrag für Abteilung 07 in Höhe von 22,78 Euro.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 08 für Erwachsene:

Nachrichtenübermittlung

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro
48	0820 000	Kauf von Telefon-, Telefaxgeräten, Mobilfunktelefonen, Anrufbeantwortern	1,17	100,0%	1,17
49	0810 000	Post- und Kurierdienstleistungen (außer Postbank), private Brief- und Paketzustelldienste, Versandkosten	3,46	100,0%	3,46
50	0830 031	Kommunikationsdienstleistungen – Internet/Onlinedienste	2,28	100,0%	2,28
51	0830 901	Kommunikationsdienstleistungen – Telefon, Fax, Telegramme	25,05	100,0%	25,05
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 08					31,96

Die regelbedarfsrelevanten Positionen der Abteilung 08 der EVS 2008 entsprechen inhaltsgleich den entsprechenden regelsatzrelevanten Positionen in der EVS 2003. Der Ansatz von 100 Prozent wird bei allen regelbedarfsrelevanten Positionen beibehalten.

Bei hilfebedürftigen Personen wird von der Nutzung eines Telefons als Grundbedarf ausgegangen. Wie bereits bei der Sonderauswertung EVS 2003 werden nicht zwei Telekommunikationsarten nebeneinander anerkannt. Es werden also nicht die Verbrauchsausgaben für Festnetztelefonie und zusätzlich für Mobilfunk berücksichtigt. Da das Festnetztelefon immer noch weiter verbreitet ist als das Mobilfunktelefon, wird von der Nutzung des Festnetzes ausgegangen.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat zur Ermittlung des Telekommunikationsbedarfs beim Statistischen Bundesamt eine Sonderauswertung der EVS 2008 für Haushalte in Auftrag gegeben, die Ausgaben für einen Festnetzanschluss beziehungsweise einen Internetzugang hatten, aber keine Ausgaben für Mobilfunktelefone oder für ein Kombipaket. Diese Ergebnisse werden für die Regelbedarfe dadurch berücksichtigt, dass rechnerisch bei allen Haushalten der Referenzgruppe die in der zusätzlichen Sonderauswertung ermittelten Kosten berücksichtigt werden. Für den anerkannten Gesamtbedarf für Telefon und Onlinedienste ist es bei wirtschaftlichem Verhalten zudem möglich, bei günstigen Anbietern ein Kombipaket mit einer Flatrate für Telefon und Onlinedienste zu erhalten.

Unabhängig von dieser normativen Entscheidung bleibt es Leistungsberechtigten nach dem SGB II und dem SGB XII überlassen, ob sie anstelle eines Festnetztelefons ein Mobilfunktelefon nutzen; sofern im Einzelfall aufgrund persönlicher Präferenzen beide Telekommunikationsarten nebeneinander genutzt werden, müssen die höheren Verbrauchsausgaben durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert werden.

Es ergibt sich für das Jahr 2008 ein regelbedarfsrelevanter Gesamtbetrag der Abteilung 08 in Höhe von 31,96 Euro.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 09 für Erwachsene:

Freizeit, Unterhaltung, Kultur

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro
52	0911 100	Rundfunkempfänger, Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräte	(0,85)	100,00%	(0,85)
53	0911 200	Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	(2,24)	100,00%	(2,24)
54	0913 000	Datenverarbeitungsgeräte und Software	3,44	100,00%	3,44
55	0914 000	Bild-, Daten-, und Tonträger (einschl. Downloads)	2,59	100,00%	2,59
56	0921 900	Langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping und Erholung	(0,18)	100,00%	(0,18)
57	0932 010	Sportartikel	1,11	100,00%	1,11
58	0931 900	Spielwaren und Hobbys	1,21	100,00%	1,21
59	0941 900	Besuch von Sportveranstaltungen bzw. -einrichtungen	3,16	100,00%	3,16
60	0942 902	Besuch von Kulturveranstaltungen bzw. -einrichtungen	4,52	100,00%	4,52
61	0942 400	Sonstige Freizeit- und Kulturdienstleistungen	1,48	100,0%	1,48
62	0941 040	Ausleihgebühren Sport- und Campingartikel	(0,13)	100,0%	(0,13)
63	0952 090	Ausleihgebühren Bücher und Zeitschriften	0,72	100,0%	0,72
64	0952 900	Zeitungen und Zeitschriften	6,53	100,0%	6,53
65	0951 000	Bücher und Broschüren	5,14	100,0%	5,14
66	0953 900	Sonstige Gebrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	2,11	100,0%	2,11
67	0954 900	Sonstige Verbrauchsgüter (Schreibwaren, Zeichenmaterial u.ä.)	2,41	100,0%	2,41
68	0915 000	Reparaturen von Geräten für Empfang, Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild, von Foto- und Filmausrüstungen und von Geräten der Datenverarbeitung	(0,48)	100,0%	(0,48)

69	0923 900	Reparaturen und Installationen von langlebigen Gebrauchsgütern und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping und Erholung	/	100,0%	/
70	0941 020	Außerschulischer Unterricht und Hobbykurse	1,61	100,0%	1,61
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 09					39,96

Die Positionen der Abteilung 09 entsprechen inhaltlich den Positionen der EVS 2003. Bei der genauen Abgrenzung einzelner Positionen gab es kleinere Veränderungen. So wird die Position „Ausleihgebühren“ der EVS 2003 in der EVS 2008 weiter aufgegliedert in die Positionen „Ausleihgebühren Sport und Campingartikel“, „Ausleihgebühren TV-Geräte, Videokameras u. ä.“ und „Ausleihgebühren Bücher, Zeitschriften“.

Die Positionen „Besuch von Sportveranstaltungen beziehungsweise -einrichtungen“ und „Besuch von Kulturveranstaltungen beziehungsweise -einrichtungen“ entsprechen inhaltsgleich der Position „Besuch von Sport- und Kulturveranstaltungen beziehungsweise -einrichtungen“ des Jahres 2003.

Da diese Abteilung den soziokulturellen Mindestbedarf widerspiegelt, besteht hier gegenüber den Grundbedarfen ein entsprechend größerer Gestaltungsspielraum. Nicht regelbedarfsrelevant sind wie bisher die Ausgaben für Garten, Camping und Pauschalreisen.

Neu regelbedarfsrelevant ist die Position „Bild-, Daten- und Tonträger (einschließlich Downloads)“, da die Abspielgeräte hierfür bisher schon regelsatzrelevant waren und ein Abspielgerät auch den Kauf von Abspielmaterial erforderlich macht. Ebenfalls neu als regelbedarfsrelevant berücksichtigt werden die Positionen „Langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping u. ä.“, „Reparaturen von Geräten für Empfang, Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild, von Foto- und Filmausrüstungen und von Geräten der Datenverarbeitung“ und „Reparaturen und Installationen von langlebigen Gebrauchsgütern und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping und Erholung“. Neu regelbedarfsrelevant ist außerdem - wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert - die Position „Außerschulischer Unterricht und Hobbykurse“.

Die Position „Schnittblumen und Zimmerpflanzen“ gehören nicht zum erforderlichen Grundbedarf und sind nicht existenzsichernd. Sie werden deshalb auch nicht mehr für den Regelbedarf berücksichtigt.

Ebenfalls nicht regelbedarfsrelevant - da nicht der Existenzsicherung dienend - sind wie bisher die Ausgaben für Haustiere sowie Glücksspiele. Nicht einzurechnen sind auch die Rundfunk- und Fernsehgebühren, da Leistungsberechtigte nach dem SGB XII und dem SGB II von der Zahlung bundesweit befreit sind. Abweichend zur Sonderauswertung 2003 werden die Ausgaben der Position „Ausleihgebühren für TV-Geräte und Videokameras u.ä.“ als nicht regelbedarfsrelevant eingestuft, da die Anschaffung dieser Geräte regelbedarfsrelevant ist und damit Ausleihgebühren entbehrlich sind.

Als regelbedarfsrelevanter Gesamtbetrag der Verbrauchsausgaben aus Abteilung 09 für das Jahr 2008 ergeben sich 39,96 Euro.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 10 für Erwachsene: Bildung

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Refe-	regelbedarfsrelevanter	regelbedarfsrelevante Verbrauchsaus-
----------	------	----------------------------	---	------------------------	--------------------------------------

			renzhaushalte in Euro	Anteil	ausgaben in Euro
71	1050 900	Gebühren für Kurse u. ä.	(1,39)	100,0%	(1,39)
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 10					1,39

Bei der Sonderauswertung EVS 2003 wurde keine Position der Abteilung 10 als regelsatz-relevant berücksichtigt.

In der Sonderauswertung Einpersonenhaushalt der EVS 2008 findet sich in der Abteilung 10 nur eine regelbedarfsrelevante Position, da die hier ansonsten enthaltenen Verbrauchsausgaben für die Position „Kindergarten und -krippen“ für hilfebedürftige Personen regelmäßig nicht anfallen. Die Kosten des Studiums werden zudem außerhalb des Rechtskreises des SGB II und des SGB XII geregelt und sind für Leistungsberechtigte deshalb nicht zu berücksichtigen. Ausgaben für Nachhilfe spielen für Erwachsene entweder keine Rolle oder stellen - wenn sie eine Schule besuchen - ebenso wie bei Kindern und Jugendlichen als Lernförderung einen gesondert zu erbringenden Bedarf nach § 28 SGB II beziehungsweise nach § 34 SGB XII dar, so dass auch diese Ausgaben nicht regelbedarfsrelevant sind.

Für das Jahr 2008 ergibt sich ein regelbedarfsrelevanter Betrag von 1,39 Euro.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 11 für Erwachsene:

Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Aus- gaben der Refer- renzhushalte in Euro	regelbe- darfsrele- vanter Anteil	regelbedarfs- relevante Verbrauchs- ausgaben in Euro
72	1111 000	Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés und an Imbissständen	21,00	28,5%	5,99
73	1112 000	Speisen und Getränke in Kantinen und Mensen	4,12	28,5%	1,17
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 11					7,16

Bei den Verbrauchsausgaben in Abteilung 11 handelt es sich grundsätzlich nicht um regelbedarfsrelevante Ausgaben, da die auswärtige Verpflegung - also in Restaurants, Cafés und Imbissständen sowie in Kantinen und Mensen - nicht zum physischen Existenzminimum zählt.

Die Verbrauchsausgaben für eine Mahlzeit bei auswärtiger Verpflegung liegen über denen, die hierfür bei eigener Beschaffung entstehen. Allerdings ersetzt die auswärtige Verpflegung die heimische Verpflegung. Wenn also eine auswärtige Verpflegung als nicht existenzsichernd anzusehen ist und die Verbrauchsausgaben hierfür nicht als regelbedarfsrelevant anzusehen sind, muss ein Ausgleich geschaffen werden, da sich der häusliche Verpflegungsbedarf (Nahrungsmittel und Getränke) und damit auch der häusliche Verpflegungsaufwand, wie er sich in den Verbrauchsausgaben der Abteilung 01 widerspiegelt, erhöht. Deshalb ist es erforderlich, den Warenwert der beim Besuch von Restaurants, Gaststätten etc. konsumierten Nahrungsmittel und Getränke als regelbedarfsrelevant zu berücksichtigen. Nach der Kostenstrukturstatistik des Statistischen Bundesamtes

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Fachserie 6, Reihe 7.3; Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus: Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz, Warenbezüge, Wareneinsatz, Rohertrag und Bruttowertschöpfung im Gastgewerbe; 1995-2007; Erscheinungsdatum: 31. Juli 2009; Wiesbaden 2009

liegt die Wareneinsatzquote der genannten Verpflegungsdienstleister bei 28,5 Prozent. Deshalb werden 28,5 Prozent der Verbrauchsausgaben dieser Positionen berücksichtigt.

Die in Abteilung 11 enthaltene Position „Übernachtungen“ ist dagegen nicht regelbedarfsrelevant, da diese Ausgaben dem Bereich Urlaub zuzuordnen sind und dieser nicht als existenzsichernd anzusehen ist und folglich nicht für den Regelbedarf zu berücksichtigen ist. Werden Verwandte besucht, wird von privaten und kostenlosen Übernachtungsmöglichkeiten ausgegangen.

Für das Jahr 2008 ergibt sich ein regelbedarfsrelevanter Gesamtbetrag von 7,16 Euro.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 12 sowie für Mitgliedsbeiträge für Erwachsene:

Andere Waren und Dienstleistungen

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro
74	1231 000	Schmuck und Uhren, davon nur Uhren regelbedarfsrelevant	1,81	Wägungsschema	0,59
75	1211 010	Friseurdienstleistungen	6,81	100,0%	6,81
76	1211 030	Andere Dienstleistungen für die Körperpflege	2,00	100,0%	2,00
77	1212 000	Elektrische Geräte für die Körperpflege (einschl. Reparaturen)	(0,37)	100,0%	(0,37)
78	1213 900	Haarpflege-, Rasiermittel, Toilettenpapier u. Ä.	5,91	100,0%	5,91
79	1213 901	Sonstige Verbrauchsgüter für die Körperpflege	4,73	100,0%	4,73
80	1213 902	Andere Gebrauchsgüter für die Körperpflege	2,52	100,0%	2,52
81	1262 900	Finanzdienstleistungen	1,98	100,0%	1,98
82	1270 900	Sonstige Dienstleistungen, nicht genannte	2,44	nur Personalausweis	0,25
83		Mitgliedsbeiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck	1,34	100,0%	1,34
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 12					26,50

In Abteilung 12 ist die Abgrenzung der Positionen in der EVS 2008 weitgehend deckungsgleich mit der in der EVS 2003. Bei der EVS 2008 entsprechen die Positionen „Elektrische Geräte für die Körperpflege (einschließlich Reparaturen)“ und „Andere Gebrauchsgüter für die Körperpflege“ inhaltsgleich der Position „Gebrauchsgüter für die Körperpflege (einschließlich Reparaturen)“ der EVS 2003. Die Position der EVS 2003

„Versicherungs- und Finanzdienstleistungen“ wird 2008 aufgegliedert in die Positionen „Versicherungsdienstleistungen“ und „Finanzdienstleistungen“.

Die in der Abteilung 12 enthaltenen Güter und Dienste für die Körperpflege gehören zum Grundbedarf und sind voll regelbedarfsrelevant.

Im System der Mindestsicherung werden in der Position „Schmuck und Uhren (einschl. Reparaturen“ nur die Uhren (für Herren, Damen, sowie Wecker und Batteriewechsel, aber ohne Küchenuhren) als regelbedarfsrelevant berücksichtigt. Bei dieser Position mit regelbedarfsrelevanten und nicht regelbedarfsrelevanten Gütern wurde der Anteil der regelbedarfsrelevanten Güter durch den Rückgriff auf das Wägungsschema der allgemeinen Preisstatistik festgelegt.

Die Position „Schmuck und Uhren (einschl. Reparaturen“ (insgesamt 3,02 Promille Anteil am Wägungsschema) lässt sich auf diese Weise in Unterpositionen und entsprechende Anteile für nicht regelbedarfsrelevanten Schmuck (2,04 Promille Anteil) einerseits und regelbedarfsrelevante Uhren (0,98 Promille Anteil) andererseits aufteilen. Der Anteil der regelbedarfsrelevanten Güter an der entsprechenden EVS-Position beträgt dann 32,45 Prozent $[0,98 / (2,04 + 0,98) = 0,98 / 3,02 = 32,45 \text{ Prozent}]$. Der regelbedarfsrelevante Betrag der Position „Schmuck und Uhren (einschl. Reparaturen“) wird wie folgt berechnet: $1,81 \text{ Euro} \times 32,45\% = 0,59 \text{ Euro}$.

Bei den sonstigen Dienstleistungen werden die neu festgelegten Gebühren von 28,80 Euro bezogen auf 10 Jahren für den Personalausweis, die künftig auch hilfebedürftige Personen zu entrichten haben, zusätzlich berücksichtigt. Die sich durch Einführung des neuen Personalausweises ergebenden Gebühren sind - da erst im Jahr 2010 beschlossen - in den Verbrauchsausgaben der EVS 2008 nicht erfasst, werden aber ab dem Jahr 2011 anfallen. Zusätzlich wird unter der Position „Sonstige Dienstleistungen, nicht genannte“ ein Betrag von 0,25 Euro berücksichtigt. (daraus ergeben sich 3 Euro im Jahr und für die Gültigkeitsdauer des neuen Personalausweises insgesamt 30 Euro).

Die Abteilungen 01 bis 12 der EVS erfassen nach einem internationalen Standard den gesamten privaten Konsum. Darüber hinaus werden in der Abteilung 12 hier zusätzlich Ausgaben für Mitgliedsbeiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck gebucht, die nach internationalem Standard nicht „konsumiert“ und daher systematisch der Abteilung 15 zugeordnet werden.

Da zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 im Rahmen des neu einzuführenden Bildungs- und Teilhabepakets für Kinder und Jugendliche SGB II und im SGB XII auch ein monatliches Budget zur Deckung von Mitgliedsbeiträgen in Sportvereinen zur Verfügung gestellt wird, soll auch für erwachsene Personen und damit in der Folge auch für Eltern eine Vereinsmitgliedschaft als regelbedarfsrelevant anerkannt werden. Deshalb werden die Verbrauchsausgaben für eine Mitgliedschaft in Organisationen ohne Erwerbscharakter für Erwachsene erstmals in voller Höhe als regelbedarfsrelevant definiert.

Dementsprechend wurden für die Mitgliedsbeiträge im Jahr 2008 regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben von 1,34 Euro hinzuaddiert. Es ergeben sich in Abteilung 12 für das Jahr 2008 regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Höhe von 26,50 Euro.

4.2 Familienhaushalte

In der EVS werden die Ausgaben für den privaten Verbrauch nur für den Haushalt insgesamt erfasst. Daher sind ausschließlich beim Einpersonenhaushalt alle Verbrauchsausgaben eindeutig der im Haushalt lebenden Person zuzuordnen. Bei Mehrpersonenhaushalten sind dagegen nur wenige Verbrauchsausgaben direkt den einzelnen im Haushalt lebenden Personen zuzuordnen. Für die Ermittlung von Regelbedarfen für Kinder und

Jugendliche auf der Grundlage von Sonderauswertungen der EVS müssen deshalb die Verbrauchsausgaben der Familienhaushalte herangezogen werden, da die Ausgaben für Kinder nicht einzeln statistisch erhoben werden können, sondern in den Haushaltsausgaben von Familien mit Kindern enthalten sind. Dies bedeutet aber auch, dass bei Haushalten mit Kindern der überwiegende Teil der Verbrauchsausgaben nicht direkt und unmittelbar auf Erwachsene und Kinder aufgeteilt werden kann.

Eine Aufteilung der Verbrauchsausgaben auf das Kind und die Erwachsenen durch die in der EVS befragten Haushalte ist aus folgenden Gründen nicht möglich:

- Es würde einen erheblichen Zusatzaufwand für die Befragten erfordern, wenn sie für jeden (Groß-) Einkauf eine solche Aufteilung vornehmen müssten.
- Die Aufteilung wäre stets subjektiv, da konkrete und objektive Vorgaben seitens des Statistischen Bundesamtes nicht gemacht werden könnten. Die Aufteilung würde deshalb nach individuellen Einschätzungen erfolgen, was die Vergleichbarkeit der Ergebnisse in Frage stellen würde.
- Angesichts der Anforderungen und des Aufwands einer Aufteilung auf Familienmitglieder müsste damit gerechnet werden, dass die befragten Haushalte überfordert würden. Würde eine solche Überforderung auch subjektiv empfunden, könnte dies zu einer abnehmenden Bereitschaft der Teilnehmer kommen, bis zum Ende des Erhebungszeitraums eine möglichst exakte Aufteilung vorzunehmen.
- Erhöhte Anforderungen an das Führen der Haushaltsbücher können zu einer sinkenden Bereitschaft zur freiwilligen Teilnahme an der EVS führen. Dies gilt es im Interesse der Aufrechterhaltung der Qualität der Ergebnisse einer EVS zu vermeiden.

Im Ergebnis ist deshalb nur eine normative Festlegung für die Verteilung der Haushaltsausgaben auf Erwachsene und Kinder im Haushalt möglich. Um die regelsatzrelevanten Verbrauchsausgaben für ein Kind zu ermitteln, ist eine sachgerechte Aufteilung der Verbrauchsausgaben zwischen Erwachsenen und Kindern nur bei Familien mit einem Kind möglich. Bei Familien mit mehreren Kindern ist eine Aufteilung der Verbrauchsausgaben nur zwischen den Erwachsenen als einer Gruppe und den Kindern als der anderen Gruppe möglich.

Die Zuordnung der Verbrauchsausgaben der Familienhaushalte auf die im Haushalt lebenden Personen – zwei erwachsene Personen und ein Kind – erfolgt auf der Grundlage der Studie „Kosten eines Kindes“, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) erstellt wurde. Für die Ermittlung der Anteile waren umfangreiche Berechnungen erforderlich, denen methodisch anspruchsvolle Modelle für die Ausgabenbereiche Ernährung, Verkehr und Wohnen und weitere, einfachere Annahmen für alle anderen Ausgabenbereiche zugrunde lagen. Diese Festlegungen wurden in einer hierzu vom BMFSFJ eingerichteten Arbeitsgruppe unter Einbeziehung von Wissenschaftlern getroffen. Das Statistische Bundesamt hat aufgrund der in dieser Arbeitsgruppe ermittelten und festgelegten Verteilungsschlüssel modellhaft für alle Haushalte mit Kindern auf Basis der EVS 1998 und 2003 eine Verteilung der Haushaltsausgaben auf Kinder und Erwachsene ermittelt.

Auf Basis der Ergebnisse der BMFSFJ-Studie war bereits im Jahr 2008 das Statistische Bundesamt mit einer Sonderauswertung der EVS 2003 beauftragt worden. Es sollte geprüft werden, ob es möglich ist, spezifische Kinderregelsätze zu ermitteln. Da die in der BMFSFJ-Studie ermittelten Verteilungsschlüssel dem Statistischen Bundesamt vorliegen, konnten bei dieser Sonderauswertung, die regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben von Paaren mit einem Kind auf Erwachsene und Kinder entsprechend der von der Arbeitsgruppe des BMFSFJ getroffenen normativen Festlegungen erfolgen. Als Ergebnis dieser Sonderauswertung wurde zum 1. Juli 2009 eine dritte Altersstufe (6 bis unter 13 Jahre) im SGB II und im SGB XII eingeführt (Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 2. März 2009, BGBl. I S. 416). Dabei ist darauf hinzuweisen, dass sich in der oben genannten Sonderauswertung der EVS 2003 gezeigt hat, dass eine Einbeziehung von Haushalten alleinerziehender Personen mit einem Kind zu

einer Senkung der regelsatzrelevanten Ausgaben für das Kind geführt hätte. Deshalb wurde seinerzeit auf die Berücksichtigung von Alleinerziehendenhaushalten verzichtet. Da zu unterstellen ist, dass sich dieses Ergebnis auch bei den Sonderauswertungen zum Familienhaushalt nach der EVS 2008 für die Ermittlung der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben bestätigt hätte, werden Familienhaushalte als Paarhaushalt mit einem Kind definiert.

Das von der Arbeitsgruppe des BMFSFJ entwickelte Verfahren wird für die vorliegende Neuermittlung der Regelbedarfe für Kinder entsprechend angewandt. An den bisherigen drei Altersstufen

- Kinder unter 6 Jahren
- Kinder von 6 bis unter 14 Jahren
- Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahren

wird in ihrer bestehenden Abgrenzung festgehalten, da sich durch die Sonderauswertungen keine Hinweise ergeben haben, die eine abweichende Altersstufung gerechtfertigt hätten. Die Entscheidung, an den bestehenden Altersstufen festzuhalten, wurde auch durch die Ergebnisse von Gesprächen mit Experten und Praktikern gestützt. Daraus ergab sich, dass es in Wissenschaft und Praxis keinen allgemeinen bzw. fachübergreifenden Konsens über einheitliche und eindeutige Altersabgrenzungen gibt. Auf dieser Grundlage wurde konstatiert, dass die Vielgestaltigkeit der individuellen Bedarfe und unterschiedlichen Zeitspannen, in denen Kinder und Jugendliche Entwicklungsphasen durchlaufen, bei pauschalierten Leistungen eine entsprechend pauschalierte Berücksichtigung der relevanten Bedarfe und damit auch der zugrunde zu legenden Altersstufen rechtfertigen und auch erfordern.

4.2.1 Verteilungsschlüssel

Für alle an der EVS teilnehmenden Haushalte liegen die erfassten Daten jeweils als einzelne und anonymisierte Datensätze in der Datenbank beim Statistischen Bundesamt vor. Das Statistische Bundesamt kann auf dieser Grundlage mittels der Verteilungsschlüssel für jeden einzelnen Haushalt der Referenzgruppe der Paare mit einem Kind jede der regelbedarfsrelevanten Ausgabenposition auf die beiden Erwachsene und das Kind aufteilen.

Die Methodik und die einzelnen Verteilungsschlüssel wurden bereits im Jahr 2002 in einem Fachaufsatz veröffentlicht; sie sind deshalb transparent und werden allgemein als alternativlos anerkannt.

Wirtschaft und Statistik (WiStA, Statistisches Bundesamtes): Margot Münnich, Thomas Krebs: Ausgaben für Kinder in Deutschland, in: Wirtschaft und Statistik (WiStA) 12/2002, S. 1080 - 1100).

Diese Schlüssel lassen sich in die Kategorien einteilen:

- | | |
|----|--|
| S1 | Ernährung und Getränke sowie Verpflegungsdienstleistungen |
| S2 | Ausgaben für Wohnungsinstandhaltung und Strom |
| S3 | Verkehrsausgaben |
| S4 | pro Kopf bei Bekleidung und Schuhe für Personen ab 14 Jahren |
| pK | pro Kopf |
| O | neue OECD-Skala |

E ausschließlich Erwachsener

K ausschließlich Kind

Bei einem Teil der oben genannten Verteilungsschlüssel wird noch zusätzlich nach Alter (S1, S2 und O) und Geschlecht (S1, Ernährung und Getränke) unterschieden. Trotz der äußerst komplexen Schlüssel ergeben sich für jede Familie mit einem Kind nachvollziehbare Verteilungen.

Die regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben für ein Kind in einer spezifischen Altersgruppe ergeben sich als Summe der für jedes einzelne Kind des Haushaltstyps Paare mit einem Kind ermittelten „Kinderausgaben“. Daher ist es theoretisch möglich, aus den Datensätzen für die einzelnen Familien mit einem Kind unterschiedliche Altersgruppen bis hin zur jahrgangsweisen Betrachtung abzugrenzen. Wegen der sehr begrenzten Zahl der Datensätze konnten allerdings keine Auswertungen für einzelne Kinderaltersjahrgänge vorgenommen werden, da nicht für alle Altersjahrgänge eine ausreichende Zahl an Haushalten verfügbar war.

a) Verteilungsschlüssel auf Grundlage von Gutachten

Für einzelne wichtige Positionen wurden differenzierte Verteilungsschlüssel auf Basis detaillierter Studien entwickelt (S 1 bis S 3). Diese stark differenzierten Verteilungsschlüssel basieren auf wissenschaftlichen Gutachten, für den Bereich Ernährung (Inner- und Außer-Haus-Verbrauch) von Prof. Dr. Karg, für den Bereich Wohnen/Energie von Prof. Dr. Hesse und für den Bereich Verkehr von Prof. Dr. Hautzinger.

Am differenziertesten sind die Schlüssel (S 1) bei Ernährung und Getränken sowie Verpflegungsdienstleistungen, die auch nach Geschlecht des Kindes unterscheiden. Demnach beträgt der Anteil des Kindes an den Ausgaben eines Paares mit einem Kind für Nahrung, Getränke und Tabak:

Anteil des Kindes an den Ausgaben eines Paares mit Kind für Nahrung und Getränke und Tabak in Prozent:

Alter	männlich	weiblich
bis 10	23	24
11 bis 12	29	26
13 bis 17	37	33

Diese Schlüssel wurden auf Basis der EVS 1998 entwickelt, als die gesamten Ausgaben der Abteilungen 01 (Nahrung und alkoholfreie Getränke) und 02 (Alkoholische Getränke, Tabak und Drogen) noch gemeinsam in einer Abteilung erfasst wurden. Bei Kindern bis 13 Jahren wurde damals implizit bei der Schlüsselbildung unterstellt, dass sie weder Alkohol noch Tabak konsumieren. Daher wird der nach der Methodik rein rechnerisch bei der EVS 2008 für diese Kinder ausgewiesene Betrag bei der Ermittlung der Regelbedarfe der Kinder deren Konsum von Nahrung und alkoholfreien Getränken zugeschlagen.

Bei den Verpflegungsdienstleistungen (zum Beispiel Restaurants und Kantinen) wird dagegen nicht nach Geschlecht unterschieden:

Anteil des Kindes an den Ausgaben eines Paares mit Kind für Verpflegungsdienstleistungen:

Alter	Prozent
bis 3	8
4 bis 14	26
15 bis 17	39

Bei den Ausgaben für Wohnungsinstandhaltung und Strom und einigen weiteren Verbrauchspositionen der Abteilung 5 (Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände) wurde dagegen ein Verteilungsschlüssel (S 2) genutzt, der auf Basis des Anteils des Kinderzimmers an der gesamten Wohnfläche entwickelt wurde.

Anteil des Kindes an den Ausgaben eines Paares mit einem Kind für Strom und Wohnungsinstandhaltung in Prozent

Alter	alte Länder	neue Länder
bis 6	12	14
7 bis 12	17	20
13 bis 17	20	24

Bei den Verkehrsausgaben (Abteilung 7) wurde beim Verteilungsschlüssel (S 3) nicht nach Alter des Kindes dafür aber nach Fahrradnutzung und öffentlichen Verkehrsmitteln unterschieden. Der Anteil des Kindes bei Paaren mit einem Kind lag demnach bei Kauf, Ersatzteilen und für Wartung von Fahrrädern bei 14,95 Prozent und bei den Ausgaben für den öffentlichen Verkehr bei 25,01 Prozent.

b) Verteilung nach Köpfen (pK)

Beiden erwachsenen Partnern und dem Kind wird jeweils ein Drittel einer Ausgabenposition zugerechnet. Dies geschieht zum Beispiel bei der Abteilung 6 „Gesundheitspflege“, Telefonnutzungskosten sowie Zeitungen und Büchern.

Sonderschlüssel S4

Ausgaben für Bekleidung und Schuhe für Kinder werden bis zur EVS 1998 für Kinder bis unter 18 Jahren erhoben, ab 2003 nur noch bis zum Alter unter 14 Jahren. Ausgaben für Bekleidung und Schuhe für Jugendliche ab 14 Jahre werden ab 2003 bei den Ausgaben für Herren- und Damenbekleidung sowie Herren- und Damenschuhe gebucht. Aus diesem Grund hat das Statistische Bundesamt die Ausgaben für diese Positionen mit einem besonderen Verteilungsschlüssel (S 4) auf Erwachsene und Kinder verteilt. Jedes Familienmitglied ab 14 Jahre erhält demnach den gleichen Anteil an diesen Positionen (Pro-Kopfverteilung). Bei einem Paar mit einem Kind ab 14 Jahre entfallen auf das Kind ein Drittel der Ausgaben für diese Positionen und zwei Drittel auf die beiden Erwachsenen. Bei Paaren mit einem Kind unter 14 Jahre entfallen auf die beiden Erwachsenen 100 Prozent der Ausgaben für diese Positionen; dagegen werden 100 Prozent der Ausgaben für Bekleidung und Schuhe für Kinder bis unter 14 Jahren der Positionen 14 und 22 dem Kind zugerechnet.

Bei Paaren mit einem Kind ab 14 Jahren hat sich zudem gezeigt, dass relativ hohe Ausgaben für Kleidung und Schuhe bei den Positionen für Kinder unter 14 Jahren gebucht wurden. Offenbar sind dies auch Ausgaben für das im Haushalt lebende Kind von mindestens 14 Jahren. Die Ausgaben wurden daher in vollem Umfang dem Kind zugerechnet.

c) Verteilung nach neuer OECD-Skala (O)

Die OECD-Skala ist ein Maßstab, um Einkommen und damit das Wohlstandsniveau von Haushalten unabhängig von Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen. Bei der Festlegung der Skala wurde berücksichtigt, dass der Bedarf pro Person bei zunehmender Haushaltsgröße abnimmt. Der Bedarf einer alleinlebenden Person in einem Haushalt ist mit dem Faktor 1 festgelegt worden, derjenige jeder weiteren Person im Haushalt ab 15 Jahren mit 0,5 und derjenige von Personen bis 14 Jahren mit 0,3. Wenn also eine Person ab 15 Jahren in einem Haushalt zum Beispiel ein Einkommen von 1 000 Euro hat, dann erreichen annahmegemäß zwei zusammenlebende Personen ab 15 Jahren den gleichen Lebensstandard mit 1 500 Euro. Mit einem Kind bis 14 Jahren würden die dann drei Personen im Haushalt mit 1 800 Euro den gleichen Lebensstandard wie eine Person mit 1 000 Euro erreichen.

Bei einem Paar mit einem Kind bedeutet dies, dass der Kinderanteil an einer entsprechenden Ausgabenposition vom Alter (bis 14 Jahre/ab 15 Jahre) abhängt. Der Anteil beträgt:

bis 14 Jahre: 16,7 Prozent ($0,3 / (1,0 + 0,5 + 0,3)$)

ab 15 Jahre: 25,0 Prozent ($0,5 / (1,0 + 0,5 + 0,5)$)

Dieser Verteilungsschlüssel wurde unter anderem bei den Ausgaben für Kühlschränke, Waschmaschinen und andere Haushaltsgeräte sowie bei Diensten und Gütern für die Körperpflege angewendet.

d) Verteilung allein auf Erwachsene und Kinder (E und K)

Bei einem Teil der Verbrauchsausgaben wurden diese entweder vollständig dem Erwachsenen oder dem Kind zugeordnet:

Vollständig den Erwachsenen zugeordnet sind die Ausgaben für „Praxisgebühren“, „Post- und Kurierdienste“, sowie „Finanzdienstleistungen“ und die „Mitgliedsbeiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck“.

Vollständig den Kindern zugeordnet sind in der Abteilung 03 „Bekleidung und Schuhe“ die Positionen Bekleidung beziehungsweise Schuhe für Kinder und Jugendliche bis unter 14 Jahre sowie die Ausgaben für „Spielwaren und Hobbys“ in der Abteilung 9 „Freizeit, Unterhaltung, Kultur“; bei den Einpersonenhaushalten werden die Ausgaben für Spielwaren dagegen dem Alleinlebenden zugeordnet.

4.2.2 Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben für unter 6-jährige Kinder:

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 01 für Kinder von 0 bis unter 6 Jahre:

Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenz-	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind

			haushalte in Euro	Kind in Euro		
1	0110 000	Nahrungsmittel	254,84	59,72	100,0%	59,72
2	0120 000	Alkoholfreie Getränke	36,88	8,64	100,0%	8,64
3		Korrekturbetrag				10,32
Summe* regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 01						78,67

*Abweichung zu den Einzelbeträgen rundungsbedingt. Summe wurde aus Originaltabelle des Statistischen Bundesamtes übernommen.

Bis zur EVS 1998 wurden die Ausgaben für Nahrungsmittel und (alkoholfreie und alkoholische) Getränke sowie Tabakwaren in einer Abteilung (Abteilung 01) erfasst. Erst mit der EVS 2003 erfolgte ein getrennter Ausweis. Die Ausgaben für Nahrung und alkoholfreie Getränke werden nun in Abteilung 01 und die für alkoholische Getränke, Tabak und Drogen in Abteilung 02 ausgewiesen. Da die Verteilungsschlüssel auf der Grundlage der EVS 1998 entwickelt wurden, beziehen sie sich deshalb auf die damals zusammengerechneten Ausgaben der heutigen Abteilungen 01 und 02. Dabei berücksichtigen die Verteilungsschlüssel implizit, dass Kinder bis 13 Jahren weder Alkohol noch Tabak konsumieren. Die sich für Kinder bis 13 Jahren daher rechnerisch ergebenden Ausgaben für Alkohol und Tabak wurden daher in einem Korrekturbetrag der Abteilung 1 zugebucht.

Beispiel:

Der Anteil eines Kindes von 12 Jahren an Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken beträgt zum Beispiel korrekt 25 Prozent der Ausgaben des Familienhaushalts (Paar mit einem Kind). Und dessen Anteil an den Ausgaben des Haushalts für Alkohol und Tabak beträgt korrekt 0 Prozent. Die Schlüssel wurden aber für die Abteilungen 01 und 02 einheitlich entwickelt, so dass der einheitliche Schlüssel für beide Abteilungen 23 Prozent beträgt. Die Anwendung des Verteilungsschlüssels durch das Statistische Bundesamt weist dann für das Kind sowohl bei Alkohol als auch bei Tabak 23 Prozent der Haushaltsausgaben als Verbrauchsausgaben für das Kind aus. Diese rechnerischen Ausgaben für Kinder bis unter 14 Jahren wurden in die Abteilung 01, Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, umgebucht.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 03 für Kinder von 0 bis unter 6 Jahre:

Bekleidung und Schuhe

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
4	0312 903	Bekleidung für Kinder und Jugendliche bis unter 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	22,15	22,15	100,0%	22,15
5	0312 900	Herren-, Damen- und Kinderstrumpfwaren	2,33	0,78	100,0%	0,78
6	0311 000	Bekleidungsstoffe	/	/	100,0%	/

7	0313 000	Bekleidungszubehör	(1,87)	(0,62)	100,0%	(0,62)
8	0321 300	Schuhe für Kinder und Jugendliche bis unter 14 Jahre	7,02	7,02	100,0%	7,02
9	0321 900	Schuhzubehör	(0,20)	(0,07)	100,0%	(0,07)
10	0314 100	Fremde Änderungen und Reparaturen an Bekleidung (einschl. Leihgebühren)	/	/	100,0%	/
11	0322 000	Fremde Änderungen und Reparaturen an Schuhen (einschl. Leihgebühren)	/	/	100,0%	/
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 03						31,18

Bekleidung sowie Schuhe für Kinder und Jugendliche bis unter 14 Jahren sind bei den Kindern bis 13 Jahren vollständig regelbedarfsrelevant.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 04 für Kinder von 0 bis unter 6 Jahre:

Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung mit Sonderauswertung Strom (Haushalte, die nicht mit Strom heizen)

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
12	0431 000	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Material (Mieter)	(6,01)	(0,75)	100,0%	(0,75)
13	0431 910	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Material (Eigentümer)	/	/	umgerechnet*	/
14	0432 900	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Handwerker (Mieter)	/	/	100,0%	/
15	0432 901	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Handwerker (Eigentümer)	/	/	umgerechnet*	/
16	0451 010	Strom (auch Solarenergie) dar: Mieterhaushalte	42,47	5,32	100,0%	5,32
17	0451 010	Strom (auch Solarenergie) dar: Eigentümerhaushalte	/	/	umgerechnet*	/
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 04						7,04

*Für die Anzahl der Eigentümerhaushalte wurden die Ausgaben der Mieter berücksichtigt.

Die Ermittlung der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben erfolgt analog zum Einpersonenhaushalt.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 05 für Kinder von 0 bis unter 6 Jahre:

Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
18	0511 900	Möbel und Einrichtungsgegenstände	(39,17)	(5,02)	100,0%	(5,02)
19	0511 900	Teppiche und sonstige Bodenbeläge	/	/	100,0%	/
20	0531 100	Kühlschränke, Gefrierschränke und -truhen	/	/	100,0%	/
21	0531 200	Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspül- und Bügelmaschinen	/	/	100,0%	/
22	0531 901	Sonstige größere Haushaltsgeräte	/	/	100,0%	/
23	0532 000	Kleine elektrische Haushaltsgeräte	(3,92)	(0,65)	100,0%	(0,65)
24	0520 900	Heimtextilien	5,84	0,74	100,0%	0,74
25	0540 900	Glaswaren, Geschirr und andere Haushaltsgegenstände	6,19	1,03	100,0%	1,03
26	0540 400	Reparaturen an Glaswaren, Geschirr und anderen Gebrauchsgegenständen für die Haushaltsführung	/	/	100,0%	/
27	0551 000	Motorbetriebene Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände für Haus und Garten	/	/	Wägungsschema	/
28	0552 900	Andere Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	8,72	1,45	100,0%	1,45
29	0561 000	Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	8,74	1,46	100,0%	1,46
30	0511 090	Lieferung, Installation von Möbeln und elektrischen Leuchten	/	/	100,0%	/
31	0513 000	Reparatur von Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Bodenbelägen	/	/	100,0%	/
32	0512 090	Verlegen von Bodenbelägen	/	/	100,0%	/

33	0533 900	Reparaturen an Haushaltsgeräten (einschl. Mieten)	/	/	100,0%	/
34	0531 900	Fremde Installation von Haushaltsgroßgeräten	/	/	100,0%	/
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 05						13,64

Die Ermittlung der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben erfolgt analog zum Einpersonenhaushalt.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 06 für Kinder von 0 bis unter 6 Jahre:

Gesundheitspflege

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
35	0611 010	Pharmazeutische Erzeugnisse mit Rezeptgebühren (nur Eigenanteile und Rezeptgebühren)	3,90	1,30	100,0%	1,30
36	0611 900	Pharmazeutische Erzeugnisse ohne Rezeptgebühren (ohne Eigenanteile und Rezeptgebühren)	8,28	2,76	100,0%	2,76
37	0612 010	Andere medizinische Erzeugnisse mit Rezeptgebühren (nur Eigenanteile und Rezeptgebühren)	(0,73)	(0,24)	100,0%	(0,24)
38	0612 900	Andere medizinische Erzeugnisse ohne Rezeptgebühren (ohne Eigenanteile und Rezeptgebühren)	(2,89)	(0,96)	100,0%	(0,96)
39	0613 900	Therapeutische Mittel und Geräte (einschl. Eigenanteile)	(2,48)	(0,83)	100,0%	(0,83)
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 06						6,09

In der gesetzlichen Krankenversicherung familienversicherte Kinder und Jugendliche sind bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres von der Praxisgebühr befreit. Die Ausgaben für diese erstmals in der EVS 2008 erfasste Verbrauchsausgabe werden daher vollständig den Erwachsenen zugerechnet. Im Übrigen erfolgt die Ermittlung analog zum Einpersonenhaushalt.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 07 für Kinder von 0 bis unter 6 Jahre:

Verkehr (Sonderauswertung für Haushalte ohne Kraftstoffverbrauch und ohne Schmiermittel)

lfd.	Code	Gegenstand der	durchschnittliche monatliche Aus-	davon durchschnittliche monat-	regelbedarfsrelevanter	regelbedarfsrelevante Verbrauchs-
------	------	----------------	-----------------------------------	--------------------------------	------------------------	-----------------------------------

Nr.		Nachweisung	gaben der Referenzhaushalte in Euro	liche Ausgaben für Kind in Euro	Anteil Kind	ausgaben in Euro für Kind
40	0713 000	Kauf von Fahrrädern	/	/	100,0%	/
41	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	/	/	100,0%	/
42	0723 000	Wartungen/Reparaturen	/	/	100,0%	/
43	0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne auf Reisen)	(38,06)	(9,52)	100,0%	(9,52)
44	0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / auf Reisen)	/	/	100,0%	/
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 07						11,79

Die Beträge für diese Abteilung beruhen vollständig auf den Sonderauswertungen für Haushalte ohne Ausgaben für Kraftstoffe.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 08 für Kinder von 0 bis unter 6 Jahre:

Nachrichtenübermittlung

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
45	0820 000	Kauf von Telefon-, Telefaxgeräten, Mobilfunktelefonen, Anrufbeantwortern	(4,96)	(0,83)	100,0%	(0,83)
46	0830 031	Kommunikationsdienstleistungen – Internet/Onlinedienste (auch Flatrate)	(10,85)	(3,62)	100,0%	(3,62)
47	0830 901	Kommunikationsdienstleistungen – Telefon, Fax, Telegramme (auch Flatrate)	(33,90)	(11,30)	100,0%	(11,30)
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 08						15,75

Die Angaben zu den Ausgaben für Internet und Telefonnutzung sind - wie bei den Einpersonenhaushalten - der Sonderauswertung zu den Kosten von Festnetztelefon (ohne zusätzliches Mobiltelefon) plus Internet entnommen. Wegen der geringen Zahl der Haushalte in der Sonderauswertung wurden die Durchschnittsausgaben für Kinder des Haushaltstyps Paare mit einem Kind unter 18 Jahren eingesetzt.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 09 für Kinder von 0 bis unter 6 Jahre:

Freizeit, Unterhaltung, Kultur

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
48	0911 100	Rundfunkempfänger, Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräte	/	/	100,0%	/
49	0911 200	Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	/	/	100,0%	/
50	0913 000	Datenverarbeitungsgeräte und Software	(6,70)	(2,23)	100,0%	(2,23)
51	0914 000	Bild-, Daten-, und Tonträger (einschl. Downloads)	5,53	1,84	100,0%	1,84
52	0921 900	Langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping und Erholung	/	/	100,0%	/

53	0932 010	Sportartikel	(1,59)	(0,53)	100,0%	(0,53)
54	0931 900	Spielwaren (einschl. Computerspiele) und Hobbys	16,55	16,55	100,0%	16,55
55	0941 900	Besuch von Sportveranstaltungen bzw. -einrichtungen	(4,22)	(1,41)	100,0%	(1,41)
56	0942 902	Besuch von Kulturveranstaltungen bzw. -einrichtungen	6,42	2,14	100,0%	2,14
57	0942 400	Sonstige Freizeit- und Kulturdienstleistungen	(4,44)	(0,74)	100,0%	(0,74)
58	0941 040	Ausleihgebühren Sport- und Campingartikel	/	/	100,0%	/
59	0952 090	Ausleihgebühren Bücher und Zeitschriften	(0,67)	(0,22)	100,0%	(0,22)
60	0952 900	Zeitungen und Zeitschriften	5,32	1,77	100,0%	1,77
61	0951 000	Bücher und Broschüren	6,49	2,16	100,0%	2,16
62	0953 900	Sonstige Gebrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	4,22	1,41	100,0%	1,41
63	0954 900	Sonstige Verbrauchsgüter (Schreibwaren, Zeichenmaterial u. Ä.)	4,89	1,63	100,0%	1,63
64	0915 000	Reparaturen von Geräten für Empfang, Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild, von Foto- und Filmausrüstungen und von Geräten der Datenverarbeitung	/	/	100,0%	/
65	0923 900	Reparaturen und Installationen von langlebigen Gebrauchsgütern und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping und Erholung	/	/	100,0%	/
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 09						35,93

Die Position „sonstige Verbrauchsgüter“ (unter anderem Schreibwaren und Zeichenmaterial) ist nur für Kinder bis 5 Jahre voll regelbedarfsrelevant. Da Kinder von 6 bis 17 Jahren diese Güter gesondert über das Schulbasispaket erhalten, werden diese Ausgaben für diese Altersgruppe nicht bei der Ermittlung des Regelbedarfs berücksichtigt.

Da das Teilhabepaket für alle Kinder die Ausgaben für „Außerschulischen Unterricht und Hobbykurse“ umfasst, werden diese für Kinder und Jugendliche nicht als Regelbedarf berücksichtigt.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 10 für Kinder von 0 bis unter 6 Jahre:

Bildung

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
66	1050 900	Gebühren für Kurse u. ä.	/	/	100,0%	/
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 10						0,98

Auch bei Kindern sind nur die Verbrauchsausgaben „Gebühren für Kurse“ regelbedarfsrelevant. Für die übrigen Verbrauchsausgaben dieser Abteilung, wie für zum Beispiel Studien- und Prüfungsgebühren an Schulen und Universitäten, werden vorrangige Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) geleistet. Die Kinderbetreuungskosten sind in der Regel in Abhängigkeit vom Haushaltseinkommen zu entrichten, für Kinder aus Haushalten, die Leistungen nach dem SGB II und dem SGB XII beziehen, gelten Befreiungen.

Ausgaben für Klassenfahrten und Nachhilfeunterricht für allgemein bildende und weiterführende Schulen sind Bestandteil des neuen Bildungs- und Teilhabepaketes und deshalb nicht regelbedarfsrelevant. Soweit möglich und unmittelbar zuzuordnen werden Ausgaben des Bildungs- und Teilhabepaketes nicht im Regelbedarf für Kinder berücksichtigt.

Dies gilt für die nachfolgenden Positionen für alle Kinder bis unter 18 Jahren:

„Außerschulischer Unterricht und Hobbykurse“, die allen Kindern im Rahmen der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft gewährt werden.

Ausgaben für Klassenfahrten und entsprechende Ausgaben für Ausflüge in Kindertageseinrichtungen, die in der Position „Studien- und Prüfungsgebühren an Schulen und Universitäten“ enthalten sind, und im Rahmen des Bildungspaketes gewährt werden. Gleiches gilt für die Ausgaben für Nachhilfeunterricht, die im Rahmen der Lernförderung (§ 28 Absatz 4 SGB II, § 34 Absatz 4 SGB XII) gewährt werden.

Bei Schulkindern zwischen 6 und unter 18 Jahren, die das Schulbasispaket erhalten, wird im Regelbedarf die Position „sonstige Verbrauchsgüter“, die u.a. Ausgaben für Schreibwaren und Zeichenmaterial enthält, nicht berücksichtigt.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 11 für Kinder von 0 bis unter 6 Jahre:

Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
67	1111 000	Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés und an Imbissständen	39,40	4,03	28,5%	1,15
68	1112 000	Speisen und Getränke in Kantinen und Mensen	(8,66)	(1,01)	28,5%	(0,29)
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 11						1,44

Die Ermittlung des Gesamtbetrags erfolgt analog zum Einpersonenhaushalt anhand der Statistik des Statistischen Bundesamtes über die Kostenstruktur im Gastgewerbe. Danach beträgt der Anteil des Wareneinsatzes am Umsatz 28,5 Prozent.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 12 für Kinder von 0 bis unter 6 Jahre:

Andere Waren und Dienstleistungen

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
69	1231 000	Schmuck und Uhren, davon nur Uhren regelbedarfsrelevant	(2,86)	(0,95)	Wägungsschema	(0,31)
70	1211 010	Friseurdienstleistungen	8,70	1,45	100,0%	1,45
71	1211 030	Andere Dienstleistungen für die Körperpflege	(2,60)	(0,43)	100,0%	(0,43)
72	1212 000	Elektrische Geräte für die Körperpflege (einschl. Reparaturen)	/	/	100,0%	/
73	1213 900	Haarpflege-, Rasiermittel, Toilettenpapier u. Ä.	21,67	3,61	100,0%	3,61
74	1213 901	Sonstige Verbrauchsgüter für die Körperpflege	13,14	2,19	100,0%	2,19
75	1213 902	Andere Gebrauchsgüter für die Körperpflege	6,77	1,13	100,0%	1,13
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 12						9,18

Die Ausgaben für Finanzdienstleistungen sind für Kinder nicht regelbedarfsrelevant, da für das Existenzminimum unterstellt wird, dass Kinder kein eigenes Girokonto haben beziehungsweise für Kinder kein eigenes Girokonto geführt wird und auch nicht notwendig ist.

4.2.3 Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben für Kinder von 6 bis unter 14 Jahren

Die Ermittlung erfolgt entsprechend dem bei Kindern unter 6 Jahren angewandten Verfahren (Punkt 4.2.2.).

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 01 für Kinder von 6 bis unter 14 Jahre:

Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
1	0110 000	Nahrungsmittel	292,50	74,93	100,0%	74,93
2	0120 000	Alkoholfreie Getränke	34,36	8,84	100,0%	8,84
3		Korrekturbetrag				12,78
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 01						96,55

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 03 für Kinder von 6 bis unter 14 Jahre:

Bekleidung und Schuhe

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
4	0312 903	Bekleidung für Kinder und Jugendliche bis unter 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	21,87	21,87	100,0%	21,87
5	0312 900	Herren-, Damen- und Kinderstrumpfwaren	2,51	0,84	100,0%	0,84
6	0311 000	Bekleidungsstoffe	/	/	100,0%	/
7	0313 000	Bekleidungszubehör	(1,11)	(0,37)	100,0%	(0,37)
8	0321 300	Schuhe für Kinder und Jugendliche bis unter 14 Jahre	9,60	9,60	100,0%	9,60
9	0321 900	Schuhzubehör	(0,49)	(0,16)	100,0%	(0,16)
10	0314 100	Fremde Änderungen und Reparaturen an Bekleidung (einschl. Leihgebühren)	/	/	100,0%	/
11	0322 000	Fremde Änderungen und Reparaturen an Schuhen (einschl. Leihgebühren)	/	/	100,0%	/
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 03						33,32

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 04 für Kinder von 6 bis unter 14 Jahre:

Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung mit Sonderauswertung Strom (Haushalte, die nicht mit Strom heizen)

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
12	0431 000	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Material (Mieter)	3,41	0,61	100,0%	0,61
13	0431 910	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Material (Eigentümer)	/	/	umgerechnet*	/
14	0432 900	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Handwerker (Mieter)	/	/	100,0%	/
15	0432 901	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Handwerker (Eigentümer)	/	/	umgerechnet*	/
16	0451 010	Strom (auch Solarenergie) dar: Mieterhaushalte	47,30	8,05	100,0%	8,05
17	0451 010	Strom (auch Solarenergie) dar: Eigentümerhaushalte	(13,38)	(2,36)	umgerechnet*	(2,12)
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 04						11,07

*Für die Anzahl der Eigentümerhaushalte wurden die Ausgaben der Mieter berücksichtigt.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 05 für Kinder von 6 bis unter 14 Jahre:

Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
18	0511 900	Möbel und Einrichtungsgegenstände	(27,69)	(5,03)	100,0%	(5,03)
19	0511 900	Teppiche und sonstige Bodenbeläge	/	/	100,0%	/

20	0531 100	Kühlschränke, Gefrierschränke und -truhen	/	/	100,0%	/
21	0531 200	Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspül- und Bügelmaschinen	/	/	100,0%	/
22	0531 901	Sonstige größere Haushaltsgeräte	/	/	100,0%	/
23	0532 000	Kleine elektrische Haushaltsgeräte	(3,68)	(0,61)	100,0%	(0,61)
24	0520 900	Heimtextilien	(4,24)	(0,73)	100,0%	(0,73)
25	0540 900	Glaswaren, Geschirr und andere Haushaltsgegenstände	(4,86)	(0,81)	100,0%	(0,81)
26	0540 400	Reparaturen an Glaswaren, Geschirr und anderen Gebrauchsgegenständen für die Haushaltsführung	/	/	100,0%	/
27	0551 000	motorbetriebene Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände für Haus und Garten	/	/	Wä- gungs- schema	/
28	0552 900	Andere Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	5,64	0,94	100,0%	0,94
29	0561 000	Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	7,05	1,17	100,0%	1,17
30	0511 090	Lieferung, Installation von Möbeln und elektrischen Leuchten	/	/	100,0%	/
31	0513 000	Reparatur von Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Bodenbelägen	/	/	100,0%	/
32	0512 090	Verlegen von Bodenbelägen	/	/	100,0%	/
33	0533 900	Reparaturen an Haushaltsgeräten (einschl. Mieten)	/	/	100,0%	/
34	0531 900	Fremde Installation von Haushaltsgroßgeräten	/	/	100,0%	/
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 05						11,77

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 06 für Kinder von 6 bis unter 14 Jahre:

Gesundheitspflege

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
-------------	------	-------------------------------	---	--	------------------------------------	---

35	0611 010	Pharmazeutische Erzeugnisse mit Rezeptgebühren (nur Eigenanteile und Rezeptgebühren)	(2,89)	(0,96)	100,0%	(0,96)
36	0611 900	Pharmazeutische Erzeugnisse ohne Rezeptgebühren (ohne Eigenanteile und Rezeptgebühren)	6,28	2,09	100,0%	2,09
37	0612 010	Andere medizinische Erzeugnisse mit Rezeptgebühren (nur Eigenanteile und Rezeptgebühren)	(1,12)	(0,37)	100,0%	(0,37)
38	0612 900	Andere medizinische Erzeugnisse ohne Rezeptgebühren (ohne Eigenanteile und Rezeptgebühren)	(1,52)	(0,51)	100,0%	(0,51)
39	0613 900	Therapeutische Mittel und Geräte (einschl. Eigenanteile)	/	/	100,0%	/
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 06						4,95

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 07 für Kinder von 6 bis unter 14 Jahre:

Verkehr (Sonderauswertung für Haushalte ohne Kraftstoffverbrauch und ohne Schmiermittel)

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
40	0713 000	Kauf von Fahrrädern	/	/	100,0%	/
41	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	(2,82)	(0,42)	100,0%	(0,42)
42	0723 000	Wartungen/Reparaturen	/	/	100,0%	/
43	0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne auf Reisen)	/	/	100,0%	/
44	0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / auf Reisen)	/	/	100,0%	/
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 07						14,00

Die Beträge für diese Abteilung beruhen vollständig auf den Sonderauswertungen für Haushalte ohne Ausgaben für Kraftstoffe. Bezüglich der Kosten für Fahrradkauf und -wartung wurden wegen der extrem kleinen Stichprobe für die Kinder von 6 bis 13 Jahre die Durchschnittsausgaben für Kinder des Haushaltstyps Paare mit einem Kind unter 18 Jahren eingesetzt.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 08 für Kinder von 6 bis unter 14 Jahre:

Nachrichtenübermittlung

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
45	0820 000	Kauf von Telefon-, Telefaxgeräten, Mobilfunktelefonen, Anrufbeantwortern	(2,55)	(0,43)	100,0%	(0,43)
46	0830 031	Kommunikationsdienstleistungen – Internet/Onlinedienste (auch Flatrate)	(10,85)	(3,62)	100,0%	(3,62)
47	0830 901	Kommunikationsdienstleistungen – Telefon, Fax, Telegramme (auch Flatrate)	(33,90)	(11,30)	100,0%	(11,30)
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 08						15,35

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 09 für Kinder von 6 bis unter 14 Jahre:

Freizeit, Unterhaltung, Kultur

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
48	0911 100	Rundfunkempfänger, Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräte	/	/	100,0%	/
49	0911 200	Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	/	/	100,0%	/
50	0913 000	Datenverarbeitungsgeräte und Software	(10,04)	(3,35)	100,0%	(3,35)
51	0914 000	Bild-, Daten-, und Tonträger (einschl. Downloads)	(4,48)	(1,49)	100,0%	(1,49)
52	0921 900	Langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping und Erholung	/	/	100,0%	/
53	0932 010	Sportartikel	(4,13)	(1,38)	100,0%	(1,38)
54	0931 900	Spielwaren (einschl. Compu-	16,97		100,0%	16,97

		terspiele) und Hobbys		16,97		
55	0941 900	Besuch von Sportveranstaltungen bzw. -einrichtungen	(6,00)	(2,00)	100,0%	(2,00)
56	0942 902	Besuch von Kulturveranstaltungen bzw. -einrichtungen	(8,65)	(2,88)	100,0%	(2,88)
57	0942 400	Sonstige Freizeit- und Kulturdienstleistungen	(3,47)	(0,58)	100,0%	(0,58)
58	0941 040	Ausleihgebühren Sport- und Campingartikel	/	/	100,0%	/
59	0952 090	Ausleihgebühren Bücher und Zeitschriften	(0,74)	(0,25)	100,0%	(0,25)
60	0952 900	Zeitungen und Zeitschriften	8,72	2,91	100,0%	2,91
61	0951 000	Bücher und Broschüren	7,10	2,37	100,0%	2,37
62	0953 900	sonstige Gebrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	(5,51)	(1,84)	100,0%	(1,84)
63	0915 000	Reparaturen von Geräten für Empfang, Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild, von Foto- und Filmausrüstungen und von Geräten der Datenverarbeitung	/	/	100,0%	/
64	0923 900	Reparaturen und Installationen von langlebigen Gebrauchsgütern und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping und Erholung	/	/	100,0%	/
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 09						41,33

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 10 für Kinder von 6 bis unter 14 Jahre:

Bildung

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
65	1050 900	Gebühren für Kurse u. ä.	(3,49)	(1,16)	100,0%	(1,16)
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 10						1,16

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 11 für Kinder von 6 bis unter 14 Jahre:

Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
66	1111 000	Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés und an Imbissständen	40,78	10,60	28,5%	3,02
67	1112 000	Speisen und Getränke in Kantinen und Mensen	(6,55)	(1,70)	28,5%	(0,49)
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 11						3,51

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 12 für Kinder von 6 bis unter 14 Jahre:

Andere Waren und Dienstleistungen

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
68	1231 000	Schmuck und Uhren, davon nur Uhren regelbedarfsrelevant	(2,15)	(0,72)	Wägungsschema	(0,23)
69	1211 010	Friseurdienstleistungen	10,67	1,78	100,0%	1,78
70	1211 030	Andere Dienstleistungen für die Körperpflege	(1,74)	(0,29)	100,0%	(0,29)
71	1212 000	Elektrische Geräte für die Körperpflege (einschl. Reparaturen)	/	/	100,0%	/
72	1213 900	Haarpflege-, Rasiermittel, Toilettenpapier u. Ä.	12,86	2,14	100,0%	2,14
73	1213 901	Sonstige Verbrauchsgüter für die Körperpflege	11,57	1,93	100,0%	1,93
74	1213 902	Andere Gebrauchsgüter für die Körperpflege	(5,31)	(0,88)	100,0%	(0,88)
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 12						7,31

4.2.4 Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben für Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahren

Die Ermittlung erfolgt entsprechend dem bei Kindern unter 6 Jahren angewandten Verfahren (Punkt 4.2.2.), sofern nicht auf Abweichungen hingewiesen wird.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 01 für Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahre:

Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
1	0110 000	Nahrungsmittel	306,31	107,62	100,0%	107,62
2	0120 000	Alkoholfreie Getränke	38,22	13,44	100,0%	13,44
3	0122 100 100	Mineralwasser zur Substitution der alkoholischen Getränke				2,95
Summe* regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 01						124,02

*Abweichung zu den Einzelbeträgen rundungsbedingt. Die Summe für (1) Nahrungsmittel und (2) alkoholfreie Getränke beträgt nach der Originaltabelle des Statistischen Bundesamtes 121,07 Euro und wurde übernommen.

Bei Jugendlichen ab 14 Jahren wurde dagegen bei der Festlegung der Verteilungsschlüssel davon ausgegangen, dass es in dieser oberen Altersgruppe auch tatsächlich den Konsum von Alkohol und Tabakwaren gibt. Die Ermittlung der regelbedarfsrelevanten Ausgaben der Abteilung 02 erfolgt daher bei den 14- bis 17-Jährigen analog zur Ermittlung bei den Erwachsenen. Die Ausgaben für Alkohol und Tabak gehören nicht zum Grundbedarf und sind deshalb nicht regelbedarfsrelevant. Der Flüssigkeitsbedarf wird in dieser Altersgruppe mit 2,95 Euro substituiert.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 03 für Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahre:

Bekleidung und Schuhe

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
4	0312 901	Herrenbekleidung ab 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	(26,72)	(8,91)	100,0%	(8,91)
5	0312 902	Damenbekleidung ab 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	(30,68)	(10,23)	100,0%	(10,23)
6	0312 903	Bekleidung für Kinder und Jugendliche bis unter 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	(6,90)	(6,90)	100,0%	(6,90)
7	0312	Herren-, Damen- und Kinder-	(2,84)		100,0%	(0,95)

	900	strumpfwaren		(0,95)		
8	0311 000	Bekleidungsstoffe	/	/	100,0%	/
9	0313 000	Bekleidungszubehör	(2,13)	(0,71)	100,0%	(0,71)
10	0321 100	Schuhe für Herren ab 14 Jahre	(8,65)	(2,88)	100,0%	(2,88)
11	0321 200	Schuhe für Damen ab 14 Jahre	(8,59)	(2,86)	100,0%	(2,86)
12	0321 300	Schuhe für Kinder und Jugendliche bis unter 14 Jahre	/	/	100,0%	/
13	0321 900	Schuhzubehör	(0,40)	(0,13)	100,0%	(0,13)
14	0314 100	Fremde Änderungen und Reparaturen an Bekleidung (einschl. Leihgebühren)	/	/	100,0%	/
15	0322 000	Fremde Änderungen und Reparaturen an Schuhen (einschl. Leihgebühren)	/	/	100,0%	/
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 03						37,21

Aufgrund der Vorgaben des Haushaltsbuchs werden die Haushalte gebeten, die Ausgaben für Bekleidung und Schuhe von Kindern über 14 Jahre nicht mehr gesondert, sondern bei den Ausgaben für Erwachsene aufzuschreiben. Bei Haushalten mit einem Kind ab 14 Jahren wurden von den Haushalten jedoch trotzdem noch relativ hohe Ausgaben für Kleidung und Schuhe für Kinder unter 14 Jahren aufgeschrieben. Wahrscheinlich handelt es sich dabei weit überwiegend um Ausgaben für das mindestens 14 Jahre alte Kind, die aber von den Haushaltsbuch führenden Haushalten versehentlich in der Zeile für jüngere Kinder vermerkt wurden. Erklärbar sein dürfte dies damit, dass die Ausgaben für Kleidung und Schuhe für Kinder unter 14 Jahren im Haushaltsbuch gesondert erfasst wurden. Deshalb wurden den Kindern ab 14 Jahren auch die für Kinder bis 13 Jahren gebuchten Ausgaben vollständig zugerechnet.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 04 für Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahre:

Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung mit Sonderauswertung Strom (Haushalte, die nicht mit Strom heizen)

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
16	0431 000	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Material (Mieter)	/	/	100,0%	/
17	0431 910	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Material (Eigentümer)	/	/	umgerechnet*	/
18	0432 900	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Handwerker (Mieter)	/	/	100,0%	/
19	0432 901	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – Handwerker (Eigentümer)	/	/	umgerechnet*	/
20	0451 010	Strom (auch Solarenergie) dar: Mieterhaushalte	(39,33)	(8,41)	100,0%	(8,41)
21	0451 010	Strom (auch Solarenergie) dar: Eigentümerhaushalte	(28,96)	(6,10)	umgerechnet*	(4,81)
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 04						15,34

*Für die Anzahl der Eigentümerhaushalte wurden die Ausgaben der Mieter berücksichtigt.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 05 für Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahre:

Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
22	0511 900	Möbel und Einrichtungsgegenstände	(28,76)	(6,02)	100,0%	(6,02)
23	0511 900	Teppiche und sonstige Bodenbeläge	/	/	100,0%	/
24	0531 100	Kühlschränke, Gefrierschränke und -truhen	/	/	100,0%	/

25	0531 200	Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspül- und Bügelmaschinen	/	/	100,0%	/
26	0531 901	Sonstige größere Haushaltsgeräte	/	/	100,0%	/
27	0532 000	Kleine elektrische Haushaltsgeräte	(5,77)	(1,25)	100,0%	(1,25)
28	0520 900	Heimtextilien	(4,55)	(0,96)	100,0%	(0,96)
29	0540 900	Glaswaren, Geschirr und andere Haushaltsgegenstände	(4,40)	(0,97)	100,0%	(0,97)
30	0540 400	Reparaturen an Glaswaren, Geschirr und anderen Gebrauchsgegenständen für die Haushaltsführung	/	/	100,0%	/
31	0551 000	motorbetriebene Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände für Haus und Garten	/	/	Wägungs- schema	/
32	0552 900	Andere Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	(5,75)	(1,30)	100,0%	(1,30)
33	0561 000	Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	(9,79)	(2,22)	100,0%	(2,22)
34	0511 090	Lieferung, Installation von Möbeln und elektrischen Leuchten	/	/	100,0%	/
35	0513 000	Reparatur von Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Bodenbelägen	/	/	100,0%	/
36	0512 090	Verlegen von Bodenbelägen	/	/	100,0%	/
37	0533 900	Reparaturen an Haushaltsgeräten (einschl. Mieten)	/	/	100,0%	/
38	0531 900	Fremde Installation von Haushaltsgroßgeräten	/	/	100,0%	/
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 05						14,72

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 06 für Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahre:

Gesundheitspflege

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
39	0611 010	Pharmazeutische Erzeugnisse mit Rezeptgebühren (nur Eigenanteile und Rezeptgebühren)	(4,51)	(1,50)	100,0%	(1,50)
40	0611 900	Pharmazeutische Erzeugnisse ohne Rezeptgebühren (ohne Eigenanteile und Rezeptgebühren)	(7,35)	(2,45)	100,0%	(2,45)
41	0612 010	Andere medizinische Erzeugnisse mit Rezeptgebühren (nur Eigenanteile und Rezeptgebühren)	/	/	100,0%	/
42	0612 900	Andere medizinische Erzeugnisse ohne Rezeptgebühren (ohne Eigenanteile und Rezeptgebühren)	(2,54)	(0,85)	100,0%	(0,85)
43	0613 900	Therapeutische Mittel und Geräte (einschl. Eigenanteile)	(4,23)	(1,41)	100,0%	(1,41)
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 06						6,56

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 07 für Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahre:

Verkehr (Sonderauswertung für Haushalte ohne Kraftstoffverbrauch und ohne Schmiermittel)

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
44	0713 000	Kauf von Fahrrädern	/	/	100,0%	/
45	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	(2,82)	(0,42)	100,0%	(0,42)
46	0723 000	Wartungen/Reparaturen	/	/	100,0%	/

47	0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne auf Reisen)	/	/	100,0%	/
48	0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / auf Reisen)	/	/	100,0%	/
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 07						12,62

Die Beträge für diese Abteilung beruhen vollständig auf den Sonderauswertungen für Haushalte ohne Ausgaben für Kraftstoffe. Bezüglich der Kosten für Fahrradkauf und -wartung wurden wegen der extrem kleinen Stichprobe für die Kinder von 14 bis 17 Jahre die Durchschnittsausgaben für Kinder des Haushaltstyps Paare mit einem Kind unter 18 Jahren eingesetzt.

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 08 für Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahre:

Nachrichtenübermittlung

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
49	0820 000	Kauf von Telefon-, Telefaxgeräten, Mobilfunktelefonen, Anrufbeantwortern	/	/	100,0%	/
50	0830 031	Kommunikationsdienstleistungen – Internet/Onlinedienste (auch Flatrate)	(10,85)	(3,62)	100,0%	(3,62)
51	0830 901	Kommunikationsdienstleistungen – Telefon, Fax, Telegramme (auch Flatrate)	(33,90)	(11,30)	100,0%	(11,30)
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 08						15,79

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 09 für Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahre:

Freizeit, Unterhaltung, Kultur

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
52	0911 100	Rundfunkempfänger, Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräte	/	/	100,0%	/
53	0911 200	Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	/	/	100,0%	/
54	0913 000	Datenverarbeitungsgeräte und Software	(19,21)	(6,40)	100,0%	(6,40)
55	0914 000	Bild-, Daten-, und Tonträger (einschl. Downloads)	(6,44)	(2,15)	100,0%	(2,15)
56	0921 900	Langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping und Erholung	/	/	100,0%	/
57	0932 010	Sportartikel	(3,31)	(1,10)	100,0%	(1,10)
58	0931 900	Spielwaren (einschl. Computerspiele) und Hobbys	(6,53)	(6,53)	100,0%	(6,53)
59	0941 900	Besuch von Sportveranstaltungen bzw. -einrichtungen	(5,32)	(1,77)	100,0%	(1,77)
60	0942 902	Besuch von Kulturveranstaltungen bzw. -einrichtungen	(4,94)	(1,65)	100,0%	(1,65)
61	0942 400	Sonstige Freizeit- und Kulturdienstleistungen	(2,71)	(0,63)	100,0%	(0,63)
62	0941 040	Ausleihgebühren Sport- und Campingartikel	/	/	100,0%	/
63	0952 090	Ausleihgebühren Bücher und Zeitschriften	/	/	100,0%	/
64	0952 900	Zeitungen und Zeitschriften	(10,79)	(3,60)	100,0%	(3,60)
65	0951 000	Bücher und Broschüren	(8,47)	(2,82)	100,0%	(2,82)
66	0953 900	Sonstige Gebrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	(4,11)	(1,37)	100,0%	(1,37)
67	0915	Reparaturen von Geräten für Empfang, Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild, von	/	/	100,0%	/

	000	Foto- und Filmausrüstungen und von Geräten der Datenverarbeitung				
68	0923 900	Reparaturen und Installationen von langlebigen Gebrauchsgütern und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping und Erholung	/	/	100,0%	/
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 09						31,41

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 10 für Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahre:

Bildung

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
69	1050 900	Gebühren für Kurse u. Ä.	/	/	100,0%	/
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 10						0,29

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 11 für Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahre:

Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
70	1111 000	Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés und an Imbissständen	(39,95)	(14,27)	28,5%	(4,07)
71	1112 000	Speisen und Getränke in Kantinen und Mensen	(6,77)	(2,50)	28,5%	(0,71)
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 11						4,78

Betrag der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Abteilung 12 für Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahre:

Andere Waren und Dienstleistungen

lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	davon durchschnittliche monatliche Ausgaben für Kind in Euro	regelbedarfsrelevanter Anteil Kind	regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro für Kind
72	1231 000	Schmuck und Uhren, davon nur Uhrenregelbedarfsrelevant	(3,66)	(1,22)	Wägungsschema	(0,40)
73	1211 010	Friseurdienstleistungen	(12,58)	(2,87)	100,0%	(2,87)
74	1211 030	Andere Dienstleistungen für die Körperpflege	(3,15)	(0,75)	100,0%	(0,75)
75	1212 000	Elektrische Geräte für die Körperpflege (einschl. Reparaturen)	/	/	100,0%	/
76	1213 900	Haarpflege-, Rasiermittel, Toilettenpapier u. Ä.	15,34	3,47	100,0%	3,47
77	1213 901	Sonstige Verbrauchsgüter für die Körperpflege	(9,13)	(2,09)	100,0%	(2,09)
78	1213 902	Andere Gebrauchsgüter für die Körperpflege	(3,91)	(0,87)	100,0%	(0,87)
79		Sonstige Dienstleistungen, nicht genannte	(6,56)		nur Personalausweis	0,27
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Abteilung 12						10,88

Kinder in der Altersgruppe von 14 bis 17 Jahren erhalten die Kosten des ersten Personalausweises, die in der Altersgruppe 16 bis 24 Jahre in Höhe von 22,80 Euro anfallen, in Position „Sonstige Dienstleistungen“ anerkannt. Der Personalausweis hat in dieser Altersgruppe eine Laufzeit von 6 Jahren. Ebenso wie bei Einpersonenhaushalten sind hierfür keine Ausgaben in der EVS 2008 nachgewiesen, da über die Einführung des neuen Personalausweises erst 2010 entschieden wurde und die Kosten für dessen Ausstellung erstmals 2011 als Verbrauchsausgaben anfallen.

5. Begründung der Vorschriften

Zu § 1

Nach § 28 Absatz 1 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) ist mit dem Vorliegen einer neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) die Höhe der Regelbedarfe durch Bundesgesetz neu zu ermitteln.

Mit den Daten der EVS 2008 liegt eine neue EVS vor, ebenso liegen die Ergebnisse der nach § 28 Absatz 3 SGB XII vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales beim Statistischen Bundesamt in Auftrag gegebenen Sonderauswertungen für die Referenzhaushalte Einpersonen- und Familienhaushalte vor.

Der vorliegende Gesetzentwurf setzt erstmals den Auftrag zur Ermittlung von Regelbedarfen um, der sich nach § 28 Absatz 1 SGB XII in der Fassung des Artikel 3 des Gesetzesentwurfes ergibt.

Zu § 2

Die Bestimmung der Referenzhaushalte nach § 2 setzt die Vorgabe des § 28 Abs. 3 SGB XII (Artikel 3 Nummer 6) um, wonach Sonderauswertungen für Einpersonenhaushalte und Familienhaushalte vorzunehmen sind. Dabei definieren sich Einpersonenhaushalte als Haushalte, in denen eine erwachsene Person lebt, Familienhaushalte als Haushalte, in denen zwei erwachsene Personen mit einem Kind leben.

Die auf dieser Grundlage vorzunehmende Abgrenzung der Referenzhaushalte nach den §§ 3 und 4 vermeidet Zirkelschlüsse, betrachtet die Situation der unteren Einkommensgruppen unter Berücksichtigung des Umfangs der auszuschließenden Zirkelschlussanteile und orientiert sich insoweit am unteren Einkommensquintil der Gesamtbevölkerung. Dabei werden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 zur Methodik der Ermittlung des menschenwürdigen Existenzminimums eingehalten (1 BvL 1, 3 und 4/09).

Zu § 3

In den Referenzhaushalten sollen nur Haushalte mit niedrigem Einkommen vertreten sein, da die Ermittlung der Regelbedarfe sich an einkommensschwachen Haushalten zu orientieren hat. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass sich die Regelbedarfe zumindest zum Teil nach Haushalten mit mittleren Einkommen bestimmen und damit Leistungsberechtigte nach dem SGB XII und dem SGB II ein monatliches Budget zur Verfügung gestellt würde, das über dem Einkommen von Personen liegt, die im unteren Einkommenssegment für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen. Unmittelbare Wirkung wäre ferner, dass die Zahl der Leistungsberechtigten drastisch ansteigt und das menschenwürdige Existenzminimum als Maßstab verloren geht.

In den Referenzhaushalten dürfen andererseits aber keine Haushalte vertreten sein, die ausschließlich von den existenzsichernden Leistungen nach SGB II und SGB XII leben. Ansonsten kommt es zu Zirkelschlüssen, da die Verbrauchsausgaben von Personen, für die die Regelbedarfe ermittelt werden, in die Ermittlung eingehen.

Der Umfang der Referenzgruppe, also der Anteil der in die Sonderauswertung einzubeziehenden Einpersonен- und Familienhaushalte, der für die Regelbedarfsermittlung herangezogen wird, ist nicht entscheidend. Wichtig ist vielmehr, auf welcher Höhe der Skala der Einkommensschichtung sich die Referenzgruppe befindet, um Maßstab für ein menschenwürdiges Existenzminimum sein zu können. Dieser Anteil muss jedoch so groß bemessen sein, dass ausreichend valide Ergebnisse ermöglicht werden. Von entscheidender Bedeutung sind die sich aufgrund der Einkommensschichtung ergebende Ober- und Untergrenze der Referenzhaushalte wie auch die durchschnittlichen Konsumausgaben in der Referenzgruppe. So ist es naheliegend, dass die unteren 10 Prozent der Haushalte deutlich niedrigere Verbrauchsausgaben aufweisen als die unteren 10 bis 20 Prozent der Haushalte.

Daraus ergibt sich die Bedeutung der Zahl und mehr noch des Anteils der zur Vermeidung von Zirkelschlüssen in der Referenzgruppe nicht zu berücksichtigenden Haushalte.

Vor diesem Hintergrund ist nach § 3 die Abgrenzung der für die Sonderauswertungen heranzuziehenden Referenzhaushalte und damit auch der nicht zu berücksichtigenden Einpersonен- und Familienhaushalte vorzunehmen. Dazu werden aus den Ausgangsdatensätzen aller Einpersonенhaushalte und Familienhaushalte vorab diejenigen Haushalte herausgenommen, in denen Haushaltsmitglieder Leistungen nach dem SGB XII und dem SGB II bezogen haben. Folglich sind diejenigen Personen und deren Haushalte auszu-

schließen, die im Jahr 2008 Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII, Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII sowie Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem SGB II bezogen haben. Der nach § 11 Absatz 2 Nummer 1 SGB II in Verbindung mit § 6 Absatz 1 Nummer 1 der Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung zu gewährende Freibetrag für angemessene Versicherungen, der bei jedweden Einkommen gewährt wird, wurde bei Leistungsberechtigten nach dem SGB II außer Betracht gelassen. Im Ergebnis werden alle Leistungsberechtigten nach dem SGB II und dem SGB XII ab dem ersten Euro Erwerbseinkommen als Referenzhaushalt berücksichtigt.

Zu den nicht als Referenzhaushalten heranzuziehenden Haushalten zählen auch alle diejenigen, die neben einer anderen Sozialleistung aufstockende Leistungen nach SGB XII oder SGB II erhalten. In diesen Fällen sorgt erst die Summe beider Leistungen für die Existenzsicherung. Die Einhaltung der Abgrenzungskriterien nach § 3 konnte bei den Sonderauswertungen aufgrund der Fragebogenstruktur der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sichergestellt werden, da die hierfür erforderlichen Merkmale in den einzelnen Datensätzen kodiert sind.

Damit sind vorab alle Haushalte aus den Referenzgruppen ausgeschlossen, die lediglich über ein Einkommen verfügen, dass zur Sicherung des Lebensunterhalts notwendig ist. In der Referenzgruppe verbleiben damit nur Haushalte, die von Einkünften oberhalb des Existenzminimums leben. Der Ausschluss der Zirkelschluss Haushalte wird gegenüber der Sonderauswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 deutlich verbessert und dadurch trennschärfer. Erleichtert wird die Abgrenzung auch dadurch, dass es die im Einzelfall nicht die Existenz sichernde Arbeitslosenhilfe im Erhebungsjahr 2008 – im Gegensatz zum Erhebungsjahr 2003 – nicht mehr gab. Bei weiteren Sozialleistungen ist eine Herausnahme aus der Referenzgruppe aufgrund von deren Ausgestaltung sowie der Besonderheiten der Leistungsbezieher nicht erforderlich:

- Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz wird nur geleistet, wenn hierdurch Hilfebedürftigkeit nach dem SGB XII und SGB II vermieden wird. Somit sind Bezieher von Wohngeld nicht aus der Referenzgruppe auszuschließen.
- Personen, die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) beziehen, nehmen an einer EVS nur teil, wenn sie einen eigenen Haushalt haben. Ferner lässt der Bezug dieser Leistungen keine Rückschlüsse auf die Einkommenshöhe zu, da sie ausbildungsspezifische Bedarfe abdecken und auf die besondere Situation während einer Ausbildung, insbesondere eines Studiums, zugeschnitten sind. Bestehen nicht ausbildungsbedingte Bedarfe, die nicht aus eigenen Mitteln gedeckt werden können, besteht ein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II oder dem SGB XII. In diesem Fall werden die betreffenden Haushalte aus den Referenzhaushalten ausgeschlossen.
- Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind nicht aus der Referenzgruppe auszuschließen, weil auch sie mangels eigenen Haushalts in der EVS nicht befragt werden. Asylbewerber, die in einem Haushalt leben, werden nur befragt, wenn sie über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen. Daraus ergibt sich im Ergebnis, dass Leistungsbezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht an der EVS teilnehmen

Modelle, die auf die Quelle der Einkünfte für den überwiegenden Lebensunterhalt abstellen – wie dies bislang bei der Regelsatzbemessung auf der Grundlage der Regelsatzverordnung der Fall war, sind vor dem Hintergrund der klaren Abgrenzungsmöglichkeit entlang der Vorschrift des § 3 bei der Auswertung der EVS nicht weiter verfolgt worden. Dies auch deshalb, weil der Begriff „überwiegend“ mehrfach auslegungsbedürftig ist. Dies gilt sowohl hinsichtlich der zeitlichen Dauer des Bezugs (die befragten Haushalte führen jeweils für drei Monate ein Haushaltsbuch, damit wäre klärungsbedürftig ob ein Bezug von

SGB XII- und SGB II-Leistungen von eineinhalb oder zwei Monaten zum Ausschluss führt) als auch hinsichtlich des Anteils der SGB XII- und SGB II-Leistungen am gesamten Einkommen (führt ein Anteil von beispielsweise der Hälfte oder von zwei Dritteln zum Ausschluss).

Ausnahmen vom Ausschluss für Leistungsberechtigte nach dem SGB II und dem SGB XII aus der Referenzgruppe ergeben sich ausschließlich daraus, dass die Einnahmen unter Einschluss des Arbeitslosengeldes II sowie der Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt beziehungsweise der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) sicher über den Bedarfen für Unterkunft und Heizung, Mehrbedarfen und dem Regelbedarf lagen. Bei Erwerbseinkommen erfolgt die Besserstellung aufgrund der Freibeträge, die einen Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung darstellen. Der Gesetzgeber hat bei der Ausgestaltung der Freibeträge im SGB II einen Anreiz zur Arbeitsaufnahme gesetzt und insoweit bewusst ein höheres Gesamteinkommen beabsichtigt, als dies verfassungsrechtlich zur Sicherung des Existenzminimums erforderlich wäre. Das Elterngeld ist im Zeitraum der Erhebung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Jahr 2008 bis zu einem Grundbetrag von 300 Euro monatlich von einer Anrechnung als Einkommen in der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitsuchende ausgenommen gewesen und stand damit in Höhe des Grundbetrages zusätzlich für den Lebensunterhalt zur Verfügung. Der befristete Zuschlag nach § 24 SGB II in der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Fassung bewirkte ein verfügbares (Gesamt-) Einkommen oberhalb des Existenzminimums. Gleiches gilt auch bei Erhalt der Eigenheimzulage.

Eine weitergehende Korrektur der Referenzgruppe - etwa zur Abklärung der Bedeutung verschämter armer Personen beziehungsweise Haushalte - erfolgt nicht. Empirische Belege für eine nennenswerte Größenordnung dieses viel diskutierten Phänomens gibt es nicht. Dies auch deshalb, weil

- seit Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung davon auszugehen ist, dass sich das Phänomen der verschämten Altersarmut zumindest deutlich vermindert hat und
- die Ablösung der Arbeitslosenhilfe durch die Grundsicherung für Arbeitsuchende wiederum Vergleichbares bei nicht erwerbstätigen, aber erwerbsfähigen Personen und deren Haushalten bewirkt hat.

Hinzu kommt, dass aufgrund der Vielgestaltigkeit der Einkünfte von Haushalten eine Einzelfallauswertung der Haushalte erfolgen müsste, die weder durch Wissenschaft noch durch das Statistische Bundesamt zu leisten wäre. In Verdachtsfällen müssten die zuständigen Träger nach dem SGB II oder dem SGB XII eine Einkommens- und Vermögensprüfung durchführen um festzustellen, ob eine Person beziehungsweise ein Haushalt hilfebedürftig ist. Auch wissenschaftliche Ansätze mit Hilfe von Mindesteinkommensgrenzen zu einer Abklärung beizutragen, erfüllen die notwendigen Anforderungen nicht, da sie die im Einzelfall sehr stark divergierenden Grenzen des Existenzminimums unzutreffend vernachlässigen. Die starke Schwankung beruht insbesondere auf dem dynamischen Teil der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung.

Im Ergebnis erhöht sich die Zahl der im unteren Quintil betrachteten in der Referenzgruppe aber nicht berücksichtigten Haushalte in den Sonderauswertungen der EVS 2008 gegenüber der Sonderauswertung der EVS 2003 erheblich.

Hochgerechnete Zahl der Einpersonenhaushalte auf Basis der EVS 2008 im Vergleich zur EVS 2003

		EVS 2008	EVS 2003
A	Haushalte insgesamt (hochgerechnet)	15,537 Mio.	14,050 Mio.

B	ausgeschlossene Haushalte(hochgerechnet)	1,337 Mio.* (8,6 % aller Haushalte)	76.000** (0,5 % aller Haushalte)
C = A + B	Basis der Referenzgruppenbildung	14,200 Mio. Haushalte	13,974 Mio. Haushalte
D = 20 % von C	Haushalte in Referenzgruppe (exakter tatsächlicher Wert)	2.126 Mio.	2.791 Mio.
E = B + D	Bei Durchschnittskonsumbildung berücksichtigte Haushalte	3,463 Mio.	2,867 Mio.

*Haushalte mit Regelleistungen nach SGB II und XII, wenn sie nicht zusätzliche Einkommen erzielten.

**Haushalte, die überwiegend von Sozialhilfe lebten.

Hochgerechnete Zahl der Familienhaushalte auf Basis der EVS 2008 im Vergleich zur EVS 2003

		EVS 2008	EVS 2003
A	Haushalte insgesamt (hochgerechnet)	2,45 Mio.	2,589 Mio.
B	ausgeschlossene Haushalte(hochgerechnet)	57.000* (2,3 % aller Haushalte)	4.000** (0,2 % aller Haushalte)
C = A - B	Basis der Referenzgruppenbildung	2,393 Mio.	2,585 Mio.
D = 20 % von C	Haushalte in Referenzgruppe (exakter tatsächlicher Wert)	478.000	515.000
E = B + D	Bei Durchschnittskonsumbildung berücksichtigte Haushalte	535.000	519.000

*Haushalte mit Regelleistungen nach SGB II und XII, wenn sie nicht zusätzliche Einkommen erzielten.

**Haushalte, die überwiegend von Sozialhilfe lebten.

Zu § 4

Bei der nach § 4 vorzunehmenden Abgrenzung unterer Einkommensgruppen ist die deutliche Erhöhung der nicht als Referenzhaushalte zu berücksichtigenden Einpersonen- und Familienhaushalte zu berücksichtigen.

Bei den Einpersonenhaushalten liegt der Anteil der vorab - zur Vermeidung von Zirkelschlüssen - ausgeschlossenen Haushalte mit 8,6 Prozent aller Haushalte dieses Haushaltstyps erheblich über den bei der Sonderauswertung der EVS 2003 ausgeschlossenen

Haushalten. Bei einem Anteil der Referenzhaushalte von 20 Prozent an allen nach dem Nettoeinkommen geschichteten Einpersonenhaushalten verschiebt sich die Abgrenzung nach oben hin zu höheren Einkommen, was eine deutliche Steigerung der für die Ermittlung der Regelbedarfe relevanten privaten Konsumausgaben führt. Deshalb werden, um dem geeigneten Maßstab für das menschenwürdige Existenzminimum zu folgen, für die Abgrenzung der Referenzgruppe die unteren 15 Prozent aller Einpersonenhaushalte zugrunde gelegt. Die Obergrenze dieser Referenzgruppe - also die ausgeschlossenen 8,6 Prozent und die 15 Prozent Referenzhaushalte zusammengezählt, liegt damit bei 22,3 Prozent aller nach dem Nettoeinkommen geschichteten Haushalte (3,463 Millionen von insgesamt 15,537 Millionen) und damit deutlich höher als 2003 (20,4 Prozent).

Die gesamten Konsumausgaben der jeweiligen Referenzgruppe der Einpersonenhaushalte lagen auf Basis der EVS 2008 mit 843,27 Euro um 8,8 Prozent bzw. 68,38 Euro höher als 2003 (774,89 Euro). Dass sich dieser deutliche Anstieg nur zum Teil in einen steigernden regelsatzrelevanten Konsum niederschlägt liegt daran, dass die Referenzhaushalte einen guten Teil dieses Anstiegs für Mieten und Wohnungsnebenkosten ausgaben, die für die Leistungsbezieher nach dem SGB II und XII gesondert gewährt werden.

Die Zahl der Familienhaushalte betrug im Jahr 2008 in Deutschland hochgerechnet 2,45 Millionen. Von diesen Haushalten werden 2,3 Prozent wegen des Bezugs von Leistungen nach dem SGB II und XII zur Vermeidung von Zirkelschlüssen aus der Grundgesamtheit ausgeschlossen. Dies sind ebenfalls deutlich mehr als bei der EVS 2003.

Angesichts des deutlich geringeren Anteils an herauszurechnenden Zirkelschlüssen war es notwendig den Umfang dieser Referenzgruppe mit 20 Prozent festzulegen, um die Betrachtung mindestens des unteren Quintils zu gewährleisten. Die Obergrenze dieser Referenzgruppe liegt dann bei 21,8 Prozent aller nach ihrem Nettoeinkommen geschichteten Haushalte (535.000 von insgesamt 2,45 Millionen) und damit deutlich über 20,0 Prozent.

Zu § 5

Zu Absatz 1

In Absatz 1 sind die regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben nach den Abteilungen aufgeführt, wie sie sich aus den Tabellen unter Punkt 4.1 der Begründung ergeben.

Zu Absatz 2

Die Summe der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben ergibt sich aus der Summe der in Absatz 1 genannten Verbrauchsausgaben der einzelnen Abteilungen der EVS 2008. Die Summe beläuft sich auf 361,81 Euro.

Zu § 6

Die Höhe der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben erfolgt entsprechend dem bei der Ermittlung der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben bei Einpersonenhaushalten nach § 5 angewandten Verfahren. Zur statistischen Herleitung im Einzelnen wird auf Punkt 4 der Begründung verwiesen, für die regelsatzrelevanten Verbrauchsausgaben für

- Kinder unter 6 Jahre auf Punkt 4.2.2,
- Kinder von 6 bis unter 14 Jahre auf Punkt 4.2.3,
- Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahre auf Punkt 4.2.4.

Zu § 7

Die für das Jahr 2008 ermittelten regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben sind mit dem sich nach dem Mischindex nach § 28a SGB XII (Artikel 3 Nummer 8) ergebenden Prozentsatz fortzuschreiben. Abweichend von § 28a Absatz 3 SGB XII ist für die Anpas-

sung zum 1. Januar 2011 auf die Veränderung im Jahr 2009 gegenüber dem Jahr 2008 abzustellen. Dies ist auch sachgerecht, weil die auf der Basis der EVS 2008 Neubemessenen Regelbedarfe auf Jahresergebnissen beruhen.

Die sich ergebende Veränderungsrate aus der Veränderung des Preisindex der regelbedarfsrelevanten Güter und Dienstleistungen, die mit einem Anteil von 70 Prozent in den Mischindex eingeht, sowie die Veränderung der Nettolohn- und -gehaltsentwicklung je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer, die mit einem Anteil von 30 Prozent eingeht, beläuft sich auf 0,55 Prozent.

Zu § 8

Zu Absatz 1:

Absatz 1 enthält die Beträge der Regelbedarfsstufen 1 bis 6, die in die Anlage zu § 28 SGB XII zu übernehmen sind.

Die Regelbedarfsstufe 1 ergibt sich aus den regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben der Einpersonenhaushalte nach § 7 Absatz 2.

Die Regelbedarfsstufen 4 bis 6 ergeben sich aus den einem Kind zugeordneten regelbedarfsrelevanten Ausgaben der Familienhaushalte nach § 7 Absatz 3.

Die Regelbedarfsstufe 2 errechnet sich mit einem Anteil von 90 Prozent aus der Regelbedarfsstufe 1, die Regelbedarfsstufe 3 mit einem Anteil von 80 Prozent aus der Regelbedarfsstufe 1. Diese Anteile entsprechen dem geltenden Recht, ergänzend wird auf die Begründung zur Anlage zu § 28 SGB XII verwiesen.

Zu Absatz 2:

In Absatz 2 ist eine abweichende Bestimmung der für Kinder und Jugendliche geltenden Regelbedarfsstufen 4 bis 6 enthalten. Die sich durch die Ermittlung nach den §§ 6 und 7 ergebenden Beträge für diese Regelbedarfsstufen liegen unterhalb der sich nach dem geltenden Recht ergebenden Regelsätze für Kinder und Jugendliche. Absatz 2 gewährleistet, dass für Kinder und Jugendliche ab dem 1. Januar 2011 Regelsätze in unveränderter Höhe gezahlt werden. Die rechnerischen Differenzbeträge, die sich zu den Regelbedarfsstufen 4 bis 6 nach Absatz 1 ergeben, werden nach der Übergangsregelung in § 134 SGB XII jeweils mit den Fortschreibungen in den Folgejahren verrechnet.

Zu § 9

Nach § 34 Absatz 5 SGB XII in der Fassung von Artikel 3 dieses Gesetzentwurfs werden für Schülerinnen und Schüler sowie für Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, unter den dort genannten Bedingungen die Mehraufwendungen für das gemeinsame Mittagessen anerkannt. Mehraufwand ist der Betrag, um den der Preis für das tägliche Mittagessen über dem sich aus dem Regelbedarf rechnerisch ergebenden Ernährungsanteil für das Mittagessen liegt.

Die Höhe dieses Eigenanteils basiert auf der Sonderauswertung Familienhaushalte mit einem Kind unter 18 Jahren. Die Berechnung des Eigenanteils stellt eine stark vereinfachte Ermittlung dar.

So wird keine Differenzierung nach Altersstufen vorgenommen. Der ermittelte Durchschnittsbetrag über alle Altersstufen ergibt für die tägliche Ernährung einen Betrag von 2,98 Euro. Entsprechend der Aufteilung des täglichen Ernährungsaufwands auf Frühstück, Mittag- und Abendessen nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 der Sozialversicherungsentgeltverordnung ergibt sich ein Anteil von 39,05 Prozent für das Mittagessen. Dieser Anteil auf die durchschnittlichen täglichen Verbrauchsausgaben für Ernährung über-

tragen ergibt einen Betrag für das Mittagessen in Höhe von 1,16 Euro. Dieser Betrag wird auf 1 Euro abgerundet.

Zu Artikel 2 (Änderung des SGB II)

Zu Nummer 1 (Inhaltsverzeichnis)

Folgeänderungen.

Zu Nummer 2 (§ 1)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Der neu eingefügte § 1 Absatz 1 macht es der Grundsicherung für Arbeitsuchende zur Aufgabe, den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und ihren Familien die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Der Gesetzgeber erfüllt mit den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende verfassungsrechtliche Ansprüche, die aus dem Grundrecht auf Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums (Artikel 1 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 GG) folgen. Unmittelbare Leistungsansprüche können aus dieser Vorschrift ebenso wenig abgeleitet werden, wie aus der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes. Die Vorschrift lehnt sich an die bereits bestehende Regelung des § 1 Absatz 1 SGB XII an.

Zu Buchstabe b (Absatz 1)

Folgeänderung zur Einfügung eines neuen Absatzes 1.

Zu Buchstabe c (Absatz 2)

Zu Doppelbuchstabe aa und bb

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Doppelbuchstabe cc

Die Eingliederung erwerbsfähiger Leistungsberechtigter in Arbeit ist eines der vorrangigen Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Dieses Ziel kann nur dann wirksam erreicht werden, wenn die Aufnahme und Ausübung von Erwerbstätigkeit attraktiver bleibt als die Inanspruchnahme existenzsichernder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind deshalb so auszugestalten, dass Anreize für die Aufnahme und Ausdehnung einer Erwerbstätigkeit erhalten bleiben. Dies gilt sowohl für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit als auch für diejenigen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Es ist insbesondere sicherzustellen, dass erwerbstätige Personen finanziell besser gestellt sind als vergleichbare erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Dieses Ziel wird vorrangig durch Freibeträge für Erwerbseinkommen erreicht.

Zu Nummer 3 (§ 2)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming und redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 4 (§ 3)

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 5 (§ 4)

Zu Absatz 1

§ 4 Absatz 1 benennt die Formen, in denen Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erbracht werden können. Auf die beispielhaften Erläuterungen in der bisherigen Fassung wird nunmehr verzichtet. Dennoch gehören die Information, Beratung und umfassende Unterstützung auch in der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu den Aufgaben der persönlichen Ansprechpartner und -innen und der Leistungssachbearbeiter und -innen (§§ 13 bis 15 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch). Die Beratung ist auf das gesamte Leistungsspektrum der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu erstrecken. Dazu zählen insbesondere auch die Leistungen für Bildung und Teilhabe. Eltern sind möglichst frühzeitig über örtlich verfügbare Angebote der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft und die Möglichkeiten der Inanspruchnahme zu informieren, die für ihre Kinder in Betracht kommen.

Weil hier keine inhaltlichen Qualifizierungen mehr vorgenommen werden, ist der Begriff Leistungsformen zielführender als der bisher verwendete Begriff Leistungsarten.

Als neue Leistungsform wird in § 4 Absatz 1 Nummer 3 der Gutscheine aufgenommen. Gutscheine sind eine eigenständige Leistungsform, soweit unbare Formen der Leistungserbringung weder der Geld- noch der Sach- oder der Dienstleistung unmittelbar zugeordnet werden können. Dies betrifft insbesondere die zur Erbringung der Leistungen für Bildung und Teilhabe zu erbringenden Gutscheine (§§ 29 und 30). Nicht umfasst sind dagegen Gutscheine im Bereich der Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (zum Beispiel Bildungs- und Vermittlungsgutscheine), die aufgrund ihrer Bestimmung den Dienstleistungen unterfallen.

Der Gutschein beinhaltet das Versprechen des Trägers, für die Erbringung der im Gutschein genannten Leistungen durch einen Dritten die im Gutschein genannte oder in Rahmenverträgen vereinbarte Vergütung zu zahlen.

Zu Absatz 2

§ 4 Absatz 2 Satz 1 entspricht inhaltlich dem bisherigen § 4 Absatz 2. Die Sätze 2 und 3 sind neu angefügt worden. Sie tragen dem Ziel der Grundsicherung für Arbeitsuchende Rechnung, Kinder und Jugendliche stärker und zielgerichteter als bisher zu fördern. Die zuständigen Träger haben nach § 4 Absatz 2 Satz 2 darauf hinzuwirken, dass Kinder und Jugendliche Zugang zu geeigneten Angeboten der gesellschaftlichen Teilhabe erhalten, soweit diese vor Ort vorhanden sind. Damit ist kein Sicherstellungsauftrag der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende verbunden. Die Aufgabe der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende beschränkt sich darauf, den Zugang zu vorhandenen Angeboten der gesellschaftlichen Teilhabe im sozialen und kulturellen Bereich zu eröffnen, damit Kinder und Jugendliche, die auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende angewiesen sind, nicht ausgegrenzt werden. Die Bereitstellung einer Angebotsstruktur obliegt dagegen auch weiterhin den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rahmen der Daseinsvorsorge. Mit diesen Akteuren und mit den Trägern der Jugendhilfe haben die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach § 4 Absatz 2 Satz 3 zusammenzuarbeiten, um über die Vernetzung mit Erbringern von Leistungen und sachverständigen Stellen eine möglichst optimale und vielschichtige Angebotsstruktur zu erzielen. Die Eltern sollen gemeinsam mit den Trägern möglichst verbindliche Absprachen über die Inanspruchnahme von Angeboten zur Deckung der Bedarfe für Bildung und Teilhabe treffen, damit Kinder und Jugendliche ihre Ansprüche tatsächlich realisieren.

Zu Nummer 6 (§ 5)

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 7 (§ 6)

Folgeänderung

- zur Einführung einer Vorschrift für Leistungen an Auszubildende in § 24. Die kommunalen Träger waren bislang für die Leistungen nach § 22 Absatz 7 zuständig. Diese Leistungen sind nunmehr systematisch in § 24 Absatz 3 aufgenommen worden.
- zur Aufnahme der Leistungen für mehrtägige Klassenfahrten in § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2.

Zu Nummer 8 (§ 6b)

Durch die Erweiterung der Option von 69 auf maximal 110 zugelassene kommunale Träger ist es erforderlich, unabhängig von den jeweiligen verschiedenen Landes- oder Kommunalhaushaltsordnungen eine der Bewirtschaftung von Bundesmitteln zugrunde liegende Regelung für einen einheitlichen und vergleichbaren Bewirtschaftungsrahmen für sämtliche zugelassene kommunale Träger zu schaffen.

Die Anforderung an bundeseinheitliche Regelungen zur Bewirtschaftung von Bundesmitteln können nur die haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Bundes, so unter anderem die Bundeshaushaltsordnung, erfüllen. Die Anwendbarkeit der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Bundes für die zugelassenen kommunalen Träger entspricht auch dem Rechtsgedanken des § 19 Absatz 3 des Haushaltsgrundsätzegesetzes. Die Kommunalträger-Abrechnungsverwaltungsvorschrift sowie die zwischen dem Bund und den zugelassenen kommunalen Trägern abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarungen über die vom Bund zu tragenden Aufwendungen des zugelassenen kommunalen Trägers der Grundsicherung für Arbeitsuchende bleiben unberührt.

Zu Nummer 9 (§ 6c)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu Nummer 10 (§ 7)

Zu Buchstabe a

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Buchstabe b

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming und redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Buchstabe c

Zu Doppelbuchstabe aa

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Doppelbuchstabe bb

Mit der Einführung der besonderen Leistung für Bildung und Teilhabe erhalten leistungsberechtigte Schülerinnen und Schüler künftig auch Gutscheine, so dass der bisherige Satz 2 Nummer 1 keinen gesonderten Regelungsgegenstand mehr hat.

Zu Doppelbuchstabe cc

Für die neuen Leistungen ist die Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen zur Feststellung der Höhe des Leistungsanspruchs zu regeln. Die neuen Vorschriften zur Be-

rücksichtigung von Einkommen in den §§ 9 und 19 bauen darauf auf, dass Einkommen und Vermögen von in Bedarfsgemeinschaft lebenden Kindern zunächst deren Leistungsanspruch auf Arbeitslosengeld II beziehungsweise Sozialgeld mindern. Darüber hinaus mindert Einkommen weiterer Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft den Bedarf aller Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft im Verhältnis des eigenen - bei Kindern: ungedeckten - Bedarfs zum Gesamtbedarf. Für Fälle, in denen der Bedarf aller erwerbsfähigen Personen gedeckt ist, fehlt es an einer erwerbsfähigen hilfebedürftigen Person zur Bildung einer Bedarfsgemeinschaft. Daher wird in Satz 2 die Leistungsberechtigung nur des Kindes, bei dem nur die Bedarfe für Bildung und Teilhabe nicht gedeckt sind, ausdrücklich geregelt.

Zu Buchstabe d

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Buchstabe e

Mit der Änderung wird klargestellt, dass nur erwerbsfähige Leistungsberechtigte bei unerlaubter Ortsabwesenheit ihren Leistungsanspruch verlieren. Weitere Voraussetzung ist, dass sie für Eingliederungsleistungen nicht zur Verfügung stehen. Damit benötigen Leistungsberechtigte, die vorübergehend und mit Einverständnis des Trägers ausnahmsweise keine Eingliederungsbemühungen nachzuweisen haben (zum Beispiel in Vollzeit Beschäftigte, nicht erwerbsfähige Personen) keine besondere Zustimmung der persönlichen Ansprechpartnerin oder des persönlichen Ansprechpartners zur Ortsabwesenheit.

In den Sätzen 2 und 3 wird geregelt, in welchen Fällen insbesondere Zustimmungen zu erteilen sind. Die Sätze 4 und 5 regeln in Anlehnung an das bisherige Recht die Möglichkeit der Zustimmung für Aufenthalte außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereiches ohne wichtigen Grund von in der Regel bis zu drei Wochen je Kalenderjahr, zum Beispiel für urlaubsbedingte Abwesenheiten.

Mit Einführung der Verordnungsermächtigung in § 13 Absatz 3 und Erlass einer Rechtsverordnung entfällt die bisherige Bezugnahme auf die Erreichbarkeitsanordnung der Bundesagentur für Arbeit vom 23. Oktober 1997.

Zu Buchstabe f

Zu Doppelbuchstabe aa

Folgeänderung zur Zusammenfassung der Leistungen für Auszubildende in § 27.

Die Änderung präzisiert, dass Auszubildende weder Arbeitslosengeld II noch Sozialgeld erhalten. Die Klarstellung erfolgt auch im Hinblick auf die erstmals gesetzliche Benennung der Leistungsansprüche in § 27 Absatz 2, die Auszubildende nach der Rechtsprechung auch bei geltendem Leistungsausschluss haben.

Zu Doppelbuchstabe bb

Der bisherige Satz 2 ist nunmehr in § 27 Absatz 4 geregelt.

Zu Buchstabe g

Die Neufassung von § 7 Absatz 6 Nummer 2 stellt im Sinne der gängigen Praxis klar, dass auch behinderte Menschen, die mit Anspruch auf Ausbildungsgeld eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme besuchen und im Haushalt der Eltern untergebracht sind, Anspruch auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (unter Anrechnung des Ausbildungsgeldes) haben.

Zu Nummer 11 (§ 7a)

Beim Übergang von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende in die Altersrente bei Erreichen der Altersgrenze war bislang vielfach problematisch, dass Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nur bis zum 65. Geburtstag erbracht wurden, die erste Zahlung der Altersrente jedoch erst zum Ende des Folgemonats erfolgte. Dies wurde vielfach als „Leistungslücke“ empfunden.

Mit der Änderung soll der Anspruch auf Leistungen nach diesem Buch deshalb bis zum Ende des Monats, in dem die Altersgrenze erreicht wird, verlängert werden. Damit wird ein nahtloser Übergang in die Altersrente sichergestellt.

Für die Zeit nach Erreichen der neuen Altersgrenze bis zur ersten Zahlung der Rente ist der Einsatz vorhandenen Altersvorsorgevermögens zumutbar. Leistungen für diese Zeit werden nicht vorgesehen, weil es insoweit zu einer Doppelzahlung kommen würde. Soweit im Einzelfall der Bedarf bis zur ersten Zahlung der Rente nicht gedeckt werden kann, kommt die Zahlung eines Darlehens bei vorübergehender Notlage nach § 38 des Zwölften Buches in Betracht.

Zu Nummer 12 (§ 8)

Zu Buchstabe a

Folgeänderung.

Zu Buchstabe b

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu Buchstabe c

Die Regelung greift die gängige Praxis auf. Der angefügte Satz 2 verdeutlicht für die Rechtsanwender, dass es darauf ankommt, dass zumindest rechtlich-theoretisch eine Zustimmung zur Aufnahme einer Beschäftigung durch die Bundesagentur für Arbeit erfolgen könnte, auch wenn in Bezug auf den konkret angestrebten Arbeitsplatz gegebenenfalls eine Vorrangprüfung dies verhindern könnte oder verhindert hat. Ein sogenannter nachrangiger Arbeitsmarktzugang ist demnach ausreichend im Sinne des § 8 Absatz 2.

Zu Nummer 13 (§ 9)

Zu Buchstabe a

Mit der Neufassung wird klargestellt, dass Hilfebedürftigkeit nur vorliegt, wenn das vorhandene, zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts ausreicht. Die bisherige Formulierung, wonach auch die mögliche Aufnahme einer zumutbaren Arbeit die Hilfebedürftigkeit entfallen lässt, war missverständlich: Sie berücksichtigte weder, ob im Monat einer möglichen Arbeitsaufnahme überhaupt ein Einkommen erzielt wird, noch, dass selbst ein theoretisch erzielbares Erwerbseinkommen nicht zwingend den Bedarf des Hilfebedürftigen oder der Bedarfsgemeinschaft deckt. Mit der Streichung ist keine weitere inhaltliche Änderung verbunden. Es bleibt bei dem in § 2 SGB II verankerten Grundsatz, wonach Hilfebedürftige alle Möglichkeiten zur Verringerung oder Beendigung ihrer Hilfebedürftigkeit, insbesondere durch eine schnellstmögliche Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, auszuschöpfen haben. Auch die missverständliche Formulierung, wonach Personen allein aufgrund ihrer Eingliederung in Arbeit hilfebedürftig werden können, wurde gestrichen: Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit führen grundsätzlich nicht zu Hilfebedürftigkeit. Ausgaben, die mit einer Erwerbstätigkeit im unmittelbaren Zusammenhang stehen, können dagegen nach Maßgabe der Vorschrift über die Berücksichtigung von Einkommen zur Hilfebedürftigkeit führen.. Leben mehrere Personen in einer Bedarfsgemeinschaft, wird bereits aus § 9 Absatz 2 deutlich, ob und inwieweit ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft unter Berücksichtigung eigenen und fremden Einkom-

mens und Vermögens hilfebedürftig ist. Die Regelung des § 9 Absatz 2 ist insofern für die verschiedenen Konstellationen, in denen mehrere Personen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, eine von § 9 Absatz 1 abweichende und insofern ergänzende Sonderregelung. Die Änderungen in Absatz 1 führen insofern zu keiner Änderung der materiellen Rechtslage.

Zu Buchstabe b

Zu Doppelbuchstabe aa

Mit der Änderung in Satz 2 wird eine sprachliche Ungenauigkeit beseitigt. Klargestellt wird, dass es für die Feststellung von Hilfebedürftigkeit von im Haushalt der Eltern lebenden Kindern - vorbehaltlich des elterlichen Einkommens - darauf ankommt, ob sie aus eigenem Einkommen und Vermögen ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Zu Doppelbuchstabe bb

Mit der Einführung der Leistungen für Bildung und Teilhabe für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ist die Reihenfolge der Einkommensberücksichtigung und damit des Umfangs der Hilfebedürftigkeit aller Haushaltsmitglieder teilweise neu zu gestalten. Dabei wird die bisherige Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen nach Bedarfsanteilen beibehalten. Um die bisherige Reihenfolge der Berechnung des Leistungsanspruchs durch Aufteilung von Einkommen und Vermögen erst auf Regelbedarfe, Mehrbedarfe und dann auf Bedarfe für Unterkunft und Heizung beizubehalten, ist sicherzustellen, dass sich die Bedarfsanteilmethode nur auf die bereits bislang geregelten Bedarfe bezieht. Damit wird auch sichergestellt, dass die Leistungen für Bildung und Teilhabe auch dann noch zu leisten sind, wenn keine weitere Person leistungsberechtigt ist, der Bedarf für Bildung und Teilhabe jedoch noch nicht vollständig gedeckt ist. Damit wird dem besonderen Stellenwert der neuen Leistung gezielt Rechnung getragen.

Zu Doppelbuchstabe cc

Die Regelung gewährleistet, dass in Fällen, in denen aus dem zu berücksichtigenden Einkommen und Vermögen die Regelbedarfe, Mehrbedarfe und Bedarfe für Unterkunft und Heizung vollständig gedeckt sind, weiteres zu berücksichtigendes Einkommen die Leistungen für Bildung und Teilhabe mindert. Insofern wird Einkommen und Vermögen von nichtleistungsberechtigten Personen, sofern es nicht zur Deckung der vorrangig zu berücksichtigenden Bedarfe benötigt wird, bei der Berechnung des Anspruchs auf Leistungen für Bildung und Teilhabe berücksichtigt. Sind mehrere Personen nur im Umfang der Bildungs- und Teilhabeleistung leistungsberechtigt, wird das übersteigende Einkommen kopfteilig bei jeder Person berücksichtigt.

Zu Nummer 14

Zu § 10

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming und redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 14

Zu § 11

Die Vorschrift regelt nunmehr in Absatz 1 das zur Feststellung der Hilfebedürftigkeit und zur Berechnung des Leistungsanspruchs zu berücksichtigende Einkommen. Hierfür sind von den zu berücksichtigenden Einnahmen in Geld oder Geldeswert die Absetzbeträge nach § 11b abzusetzen. Einkommen nach § 11a bleibt außer Betracht.

Klargestellt wird, dass auch zufließende Darlehensbeträge aus Sozialleistungen, die dem Lebensunterhalt dienen, Einnahmen in Geldeswert darstellen und daher grundsätzlich zur Bestreitung des Lebensunterhalts einzusetzen sind.

Absatz 2 regelt aufgrund der Streichung der bisherigen Vorschrift in der Arbeitslosengeld II-/Sozialgeld-Verordnung den Zufluss laufender Einnahmen. Sie sind in dem Monat zu berücksichtigen, in dem sie zufließen. Das gilt nach der in § 37 Absatz 2 Satz 2 geregelten Antragsrückwirkung auf den Monatsersten auch für Einnahmen, die im Zuflussmonat vor dem Tag der Antragstellung im Antragsmonat zufließen.

In Absatz 3 wird unter Streichung der bisherigen Regelung in der Arbeitslosengeld II-/Sozialgeldverordnung die Verteilung einmaliger Einnahmen geregelt. Einmalige Einnahmen sind, je nach dem, ob Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts für den laufenden Monat bereits erbracht worden sind, im Zufluss- oder Folgemonat zu berücksichtigen. Führt eine einmalige Einnahme nicht zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit, ist sie vollständig im Zufluss- oder Folgemonat unter Berücksichtigung der Absetzbeträge nach § 11b zu berücksichtigen. Andernfalls ist sie gleichmäßig auf einen Zeitraum von sechs Monaten aufzuteilen, unabhängig davon, ob dann für diesen Zeitraum Hilfebedürftigkeit entfällt oder nicht. Die Aufteilung auf sechs Monate gilt auch dann, wenn die Leistungsbeziehung absehbar innerhalb einer kürzeren Frist endet.

Zu Nummer 15 (§ 11a, § 11b)

Zu § 11a

Die Vorschrift regelt, unter welchen Voraussetzungen Einnahmen in Geld oder Geldeswert ausnahmsweise nicht als Einkommen zu berücksichtigen sind.

Die in Absatz 1 genannten Einnahmen entsprechen den in § 11 Absatz 1 Satz 1 a.F. geregelten Einnahmen.

In den Absätzen 2 und 3 sollen gegenüber der bisherigen Rechtslage die unterschiedlichen Formulierungen im SGB XII und im SGB II aufgegeben werden.

Mit der Neuregelung in Absatz 3 wird klargestellt, dass Einnahmen nur dann nicht als Einkommen zu berücksichtigen sind, wenn sie aufgrund von Vorschriften des öffentlichen Rechts erbracht werden und die erbrachten Leistungen ausdrücklich einem anderen Zweck als die Leistungen nach dem SGB II zu dienen bestimmt sind. Eine allgemeine Zweckrichtung reicht hierfür nicht aus.

Daran fehlt es jedenfalls dann, wenn die Einkommensbezieherin oder der Einkommensbezieher weder rechtlich noch tatsächlich daran gehindert ist, die Leistungen zur Deckung von Bedarfen nach diesem Buch einzusetzen.

Eine steuerliche Privilegierung stellt für sich genommen keine ausreichende Zweckbestimmung dar. Dies gilt insbesondere für Aufwandsentschädigungen, die steuerfrei geleistet werden.

Abweichend hiervon sind Leistungen für den erzieherischen Einsatz nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch nur für die ersten beiden Pflegekinder nicht als Einkommen zu berücksichtigen, sofern es sich um Vollzeitpflege handelt. Dagegen sind die Leistungen, die nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch für die Kindertagespflege erbracht werden, als Einkommen zu berücksichtigen, da sie regelmäßig in Ausübung der Erwerbstätigkeit zufließen.

Eine gewerbliche Ausübung von Dienstleistungen der Kindertagespflege wird gesellschaftlich befürwortet. Für eine solche Einordnung als Einnahme spricht auch, dass diese Einnahmen steuerpflichtig sind.

In Absatz 4 wird gegenüber der bisherigen Regelung in § 11 Absatz 3 a.F. für Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege ebenso wie im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch geregelt, dass nicht der Zweck der Zuwendung, sondern deren Auswirkung auf den Lebensunterhalt für die Berücksichtigung maßgeblich ist. Zu berücksichtigen ist demnach im Rahmen der Gerechtfertigkeitsprüfung Art, Wert, Umfang und Häufigkeit der Zuwendungen.

Absatz 5 übernimmt die Anrechnungsfreiheit von Zuwendungen, die ein anderer erbringt, ohne eine rechtliche oder sittliche Pflicht zu haben, aus § 84 Absatz 2 SGB XII in modifizierter Form.

Nummer 1 betrifft Zuwendungen, bei denen eine Berücksichtigung grob unbillig wäre. Dies sind Fälle, bei denen eine Berücksichtigung des zugewendeten Betrages - ohne Rücksicht auf die Höhe der Zuwendung - nicht akzeptabel wäre und die Zuwendung erkennbar nicht auch zur Deckung des physischen Existenzminimums verwendet werden soll. Dies betrifft beispielsweise Soforthilfen bei Katastrophen, gesellschaftliche Preise zur Ehrung von Zivilcourage, Ehrengaben aus öffentlichen Mitteln (z. B. bei Alters- oder Ehejubiläum, Lebensrettung), Spenden aus Tombolas für bedürftige Menschen, insbesondere in der Vorweihnachtszeit). Auch die teilweise erbrachten „Begrüßungsgelder“ für Neugeborene fallen unter Nummer 1; durch die Nichtberücksichtigung als Einkommen kann aber der Bedarf für die Erstausrüstung bei Geburt (teilweise) gedeckt sein. Obergrenze für die Nichtberücksichtigung derartiger Zuwendungen sind die geltenden Vermögensfreibeträge, da die Zuwendung im Monat nach dem Zufluss Vermögen darstellt. Eine Berücksichtigung der Zuwendung als Vermögen ist nicht automatisch „besonders hart“ im Sinne des § 12 Absatz 3 Satz 1 Nummer 6.

Die Regelung in Nummer 2 ist erforderlich, damit gelegentliche oder regelmäßige Zuwendungen Anderer, die üblich und auch gesellschaftlich akzeptiert sind, ohne Berücksichtigung bleiben (zum Beispiel ein geringfügiges monatliches Taschengeld der Großeltern oder Urgroßeltern). Die Anrechnung entfällt deshalb dann, wenn die Zuwendung die Lage der oder des Leistungsberechtigten nur unmaßgeblich beeinflusst.

Die Vorschrift ist abweichend von § 84 Absatz 2 SGB XII aus verwaltungspragmatischen Gründen nicht mit intendiertem Ermessen ausgestaltet.

Absatz 6 schränkt die in § 11 Absatz 1 Satz 2 geregelte Berücksichtigung von Darlehen aus grundsätzlichen Erwägungen ein: Werden Geldbeträge ausdrücklich als Darlehen für einen anderen Zweck als zur Sicherung des Lebensunterhalts gewährt und hierfür verwendet, führt eine Berücksichtigung als Einkommen dazu, dass der Zweck des Darlehens nicht erreicht werden kann. Daher sind entsprechende Darlehensbeträge nicht als Einkommen zu berücksichtigen. Fehlt eine ausdrückliche Zweckbestimmung oder ist diese nicht festzustellen, gilt der in § 11 Absatz 1 Satz 1 aufgestellte Grundsatz der Berücksichtigung als Einkommen.

Zu § 11b

In § 11b werden nunmehr alle Absetzbeträge und alle Freibeträge zur Berechnung des zu berücksichtigenden Einkommens geregelt.

Absatz 1 regelt unverändert die Absetzbeträge des bisherigen § 11 Absatz 2 Satz 1 a.F.

In Satz 2 wird klargestellt, dass vor Aufteilung der einmaligen Einnahme die auf den Zuflussmonat entfallenden, unvermeidbaren Beträge abzusetzen sind. Hierzu gehören sowohl die auf den Zuflussmonat entfallenden Steuern, Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, die mit der Einkommenserzielung notwendig verbundenen Aufwendungen sowie - bei Einkommen aus Erwerbstätigkeit - die darauf entfallenden Freibeträge. Bei der Verteilung der bereinigten einmaligen Einnahmen sind monatlich weitere Absetzbeträge zu berücksichtigen, soweit sie in den einzelnen Monaten des Verteilzeitraums anfallen. Mit der

Neuregelung wird eine doppelte Gewährung von Absetz- und Freibeträgen auf dasselbe Einkommen ausgeschlossen.

In Absatz 2 wird gegenüber der Regelung in § 11 klargestellt, dass zugeflossene und zu berücksichtigende Darlehen nur mit dem Wert als Einkommen zu berücksichtigen sind, der unter Berücksichtigung aktueller Rückzahlungsverpflichtungen tatsächlich zur Bestreitung des Lebensunterhalts zur Verfügung steht. Ausgehend von einem Regelbewilligungszeitraum sind tatsächliche Rückzahlungen in den auf die Auszahlung folgenden sechs Monaten zu berücksichtigen.

Absatz 3 entspricht dem bisherigen § 11 Absatz 2 Satz 2.

Die Neuregelung der Erwerbstätigenfreibeträge in Absatz 4 stärkt die Anreize zur Aufnahme einer voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung für Bedarfsgemeinschaften mit Arbeitslosengeld II - Bezug. Sie schafft einen Einstieg zur Reform der Erwerbstätigenfreibeträge. Um beurteilen zu können, ob und gegebenenfalls welche weiteren Schritte zur Verbesserung des Hinzuverdienstes ergriffen werden sollen, soll die Entwicklung des Arbeitsmarktes unter Berücksichtigung dieser Veränderung im Jahr 2011 zunächst weiter beobachtet und im Jahr 2012 gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden. Die Neuregelung führt dazu, dass Bedarfsgemeinschaften mit Erwerbseinkommen über 800 Euro monatlich mehr von ihrem Verdienst verbleibt. Dies resultiert aus einer Verringerung der Transferenzugsrate im Einkommensbereich zwischen 800 Euro und 1.000 Euro. Dadurch wird das vorhandene System der Erwerbstätigenfreibeträge weiterentwickelt. Durch Ausweitung des Freibetrages wird ein Anreiz geschaffen, die Arbeitszeit auszudehnen und in eine Vollzeitbeschäftigung zu wechseln. Die Schwelle zur Aufnahme einer voll sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit wird hierdurch verringert.

Im zentralen Einkommensbereich zwischen über 100 Euro und 1.000 Euro ist eine einheitliche Transferenzugsrate von 20 Prozent vorgesehen. Die neue Regelung zu den Erwerbstätigenfreibeträgen ist damit transparent und durch die Verwaltung einfach zu handhaben. Die Wirkungen der vorgelagerten Leistungssysteme (Kinderzuschlag und Wohngeld) bleiben erhalten.

Zu Nummer 16 (§ 12)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming und redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 17 (§ 12a)

Zu Buchstabe a

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Buchstabe b

In Fällen, in denen nicht alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft durch Beantragung von Wohngeld Hilfebedürftigkeit überwinden können, sind derzeit zahlreiche Vorprüfungen der Leistungsträger erforderlich, bevor die Pflicht zur Inanspruchnahme vorrangiger Leistungen festgestellt werden kann. Dies stellt eine erhebliche Fehlerquelle dar.

Mit der Neufassung wird die Pflicht Leistungsberechtigter zur Inanspruchnahme vorrangiger Leistungen deshalb modifiziert. Die Leistungsträger sind in diesen Fällen nicht nach § 5 Absatz 3 SGB II berechtigt, Leistungsberechtigte zur Beantragung der vorrangigen Leistung aufzufordern oder im Weigerungsfalle diesen Antrag für sie zu stellen, weil für diese Leistungsbezieher keine Pflicht zur Inanspruchnahme vorrangiger Leistungen besteht. Im Rahmen der Bedarfsgemeinschaft werden Kinder nach § 7 Absatz 3 Nummer 4 SGB II

stets einschließlich ihrer Eltern und anderer Mitglieder dieser Bedarfsgemeinschaft betrachtet.

Die Neufassung leistet einen erheblichen Beitrag zum Abbau von Bürokratie, indem bislang erforderliche Anträge, die zu keinem höheren Haushaltseinkommen geführt haben, wegfallen. Antragskreisläufe, die bislang entstehen, weil ein Leistungsberechtigter auf Grund des Bezugs isolierten Wohngeldes in SGB II-Bedarfsgemeinschaften zwar nicht mehr hilfebedürftig wäre, bei dem dann zu leistenden Wohngeld für den gesamten Haushalt jedoch hilfebedürftig bliebe, werden weitgehend vermieden. Dies gilt sowohl für das isolierte Wohngeld für ein Kind als auch für ein Mitglied mit Leistungsberechtigung nach dem 3. Kapitel des SGB XII.

Zudem treten Fälle, in denen erkennbar nur kurzfristig ein bedarfsdeckendes Einkommen erzielt wird und deshalb vom Arbeitslosengeld II zum Wohngeld und zurück gewechselt wird, durch Einführung einer 3-Monatsprognose, deutlich seltener auf. Auch dies leistet einen erheblichen Beitrag zum Bürokratieabbau. Beispielsweise erfolgt keine kurzfristige Abmeldung bei Krankenkassen wegen des Wegfalls der Krankenversicherungspflicht aufgrund des Bezuges von Arbeitslosengeld II.

Durch Beibehaltung der Möglichkeit, auf freiwilliger Basis weiterhin Wohngeld für ein weiteres Haushaltsmitglied oder Wohngeld und Kinderzuschlag für Zeiträume unterhalb von drei Monaten zu beantragen, werden auch im Einzelfall Schlechterstellungen vermieden.

Eine Aufforderung Leistungsberechtigter zur Antragstellung in den Fällen, in denen künftig eine Verpflichtung zur Inanspruchnahme von Wohngeld und Kinderzuschlag nicht mehr besteht, ist unzulässig.

Zu Nummer 18 (§ 13)

Zu Buchstabe a

Folgeänderung.

Zu Buchstabe b

Die neu eingefügte Nummer 4 schafft für den Ordnungsgeber die Möglichkeit, Durchschnittsbeträge für einzelne Bedarfe nach § 28 festzulegen. Die Leistungen für Bildung und Teilhabe können unabhängig vom zu berücksichtigenden Einkommen je nach Lage des Einzelfalles in jedem Bedarfszeitraum unterschiedlich hoch ausfallen. Dies macht die Beurteilung der Hilfebedürftigkeit und der Höhe dieser Leistungsansprüche sehr verwaltungsaufwändig.

Durch die Festlegung pauschaler Beträge für die Bedarfe nach § 28 werden die Beurteilung der Hilfebedürftigkeit und die Berechnung der Leistungsansprüche einfacher. Dabei dürfen nicht die Leistungen nach § 28 pauschaliert erbracht werden. Für die Bedarfe nach § 28 dürfen vielmehr Rechnungsgrößen festgelegt werden, die in die Berechnung der monatlichen Leistungsansprüche einfließen. Besteht nach dieser Berechnung ein Leistungsanspruch, wird der Bedarf nach § 28 individuell in der jeweils anfallenden Höhe erbracht.

In dem pauschalierten Regelbedarf ist ein Anteil für die Verpflegung enthalten. Dieser variiert nach unterschiedlichen Altersstufen. Um eine einheitliche Handhabung für die Verwaltung zu ermöglichen, bedarf es einer Regelungsbefugnis für den Ordnungsgeber. Bei der Festlegung des Anteils, der in dem Regelbedarf für ein tägliches Mittagessen enthalten ist, kann eine Orientierung an der prozentualen Aufteilung in § 2 Absatz 1 der Sozialversicherungsentgeltverordnung erfolgen.

Zu Buchstabe c

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Buchstabe d

Mit der in Absatz 3 geregelten Verordnungsermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung kann das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die weiteren räumlichen und zeitlichen Kriterien zur Erreichbarkeit regeln. In der Verordnung dürfen auch weitere Ausnahmen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte geregelt werden, sofern diese vorübergehend ausnahmsweise nicht für Maßnahmen der Eingliederung in Arbeit zur Verfügung stehen müssen.

Zu Nummer 19 (§ 14)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming und redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 20 (§ 15)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming und redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten. Auch nach der Neuformulierung soll mit jeder leistungsberechtigten Person eine Eingliederungsvereinbarung abgeschlossen werden.

Zu Nummer 21 (§ 16)

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 22 (§ 16a)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming und redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 23 (§ 16b)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming und redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 24 (§ 16c)

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 25 (§ 16d)

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 26 (§ 16e)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming und redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 27 (§ 16g)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming und redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 28 (§ 18)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu Nummer 29 (§ 18a)

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 30 (§ 18d)

Korrektur eines redaktionellen Versehens. Der Verweis in Satz 6 bezüglich der zugelassenen kommunalen Träger soll sich auf den gesamten weiteren Wortlaut des § 18d beziehen.

Zu Nummer 31 (Neufassung des Zweiten Abschnitts des Dritten Kapitels des SGB II)**Zu § 19**

Mit der Neufassung der Vorschrift werden die Ansprüche auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts definiert und die Berechnung der Ansprüche geregelt. Die Zusammenfassung mehrerer Bedarfe zu einer Leistung trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die Leistungshöhe grundsätzlich nur durch eine umfassende Berücksichtigung der Bedarfe und der Reihenfolge der Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen nach Absatz 3 feststellen lässt. Das schließt nicht aus, dass in Widerspruchs- und Klageverfahren einzelne, dem angefochtenen Leistungsanspruch zugrunde liegende Tatsachen von den Beteiligten unstreitig gestellt werden.

Liegen die Voraussetzungen für einzelne Bedarfe nicht vor, verbleibt es im Übrigen bei dem Anspruch auf Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Zu Absatz 1

Im neuen Absatz 1 werden die Leistungen Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nunmehr einheitlich in einer Norm geregelt. Eine inhaltliche Änderung ist mit der Neuregelung nicht verbunden. Es verbleibt bei der Zuordnung von Arbeitslosengeld II zu den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und von Sozialgeld zu den nichterwerbsfähigen Angehörigen.

Zu Absatz 2

Leistungen für Bildung und Teilhabe erhalten Leistungsberechtigte unabhängig davon, ob sie erwerbsfähig sind oder nicht. Maßgeblich ist lediglich, dass sie die Altersgrenzen und die jeweiligen weiteren Voraussetzungen der in § 28 geregelten Bedarfe erfüllen. Erfüllen nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte die Voraussetzungen des § 28, scheidet ein Anspruch nach dieser Norm dennoch aus, wenn sie einen Anspruch auf Leistungen nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches haben. Ein Anspruch auf Leistungen nach § 28 scheidet auch dann aus, wenn die Bedarfe des Kindes bereits durch entsprechende Leistungen nach § 6a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 Bundeskindergeldgesetz gedeckt werden oder als gedeckt gelten.

Zu Absatz 3

Der neue Absatz 3 ist der bisherigen Regelung in § 19 Satz 3 a.F. nachgebildet. Einkommen und Vermögen decken für die Berechnung des Leistungsanspruchs Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld zunächst die Regelbedarfe, dann die Mehrbedarfe und nachrangig die Bedarfe für Unterkunft und Heizung. Besteht unter Berücksichtigung der Einkommensverteilung nach § 9 Absatz 2 kein Anspruch auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, so deckt weiteres Einkommen die Bedarfe nach § 28 in der Reihenfolge, in der sie dort geregelt sind.

Zu § 20 SGB II

Zu Absatz 1

Durch die Änderung werden Absatz 1 und § 27a SGB XII sprachlich einander angepasst. Eine inhaltliche Änderung ist damit nicht verbunden. Der Begriff des Regelbedarfs umfasst den wertmäßigen Betrag, der für die Ermittlung der Bedürftigkeit und die Berechnung der Leistungshöhe für die Leistungen zum Lebensunterhalt zu berücksichtigen ist. Für die wertmäßige Bestimmung der Höhe der Regelbedarfe verbleibt es bei dem Referenzsystem des SGB XII.

Die pauschalierten Regelbedarfe umfassen neben den laufenden Bedarfen auch in unregelmäßigen beziehungsweise in großen Abständen anfallende Bedarfe. Dies ist bei der individuellen Ausgabenplanung zu berücksichtigen. Die Pauschalierung ist von dem Bundesverfassungsgericht in der Struktur bestätigt worden. Sie stärkt zugleich das Budgetprinzip. Die Leistungsberechtigten können frei über den Einsatz der für den Regelbedarf gedachten Leistung entscheiden. Eine stärkere Berücksichtigung von einmaligen Bedarfen würde dagegen zu einer Absenkung des Regelbedarfs und einer geringeren Eigenverantwortlichkeit führen. Da Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter in unregelmäßigen Abständen anfallen, betont Satz 4 zweiter Halbsatz die Berücksichtigungspflicht der Leistungsbezieher. Mit der Formulierung wird der bisherige Regelungsinhalt bestätigt und lediglich ausdrücklich im Gesetz formuliert. Die Vorschrift ist klarstellend und besitzt einen appellativen Charakter.

Zu Absatz 2 bis 4

Die Beträge für die Regelbedarfe zur Sicherung des Lebensunterhalts ergeben sich aus dem Gesetz zur Ermittlung des Regelbedarfs nach § 28 SGB XII (Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz). Die Umstellung der Begrifflichkeiten von Regelleistung auf Regelbedarf dient der sprachlichen Klarstellung.

Zu Absatz 5

Die Änderung der Vorschrift beinhaltet die Anpassung an den Neuermittlungs- und Fortschreibungsmechanismus im SGB XII und setzt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts um.

Zu § 21

Die Vorschrift wird entsprechend der Neufassung des § 20 redaktionell angepasst.

Zu § 22

Die Vorschrift wird zunächst an die Änderung des § 19 angepasst. Leistungen für Unterkunft und Heizung sind nunmehr integraler Bestandteil des Arbeitslosengeldes II, das den Bedarf für Unterkunft und Heizung als nicht mehr abtrennbaren Teil enthält (siehe § 19). Die Prüfung, welcher Betrag als Bedarf für Unterkunft und Heizung zu berücksichtigen ist, erfolgt wie die Ermittlung der Leistungen für Unterkunft und Heizung nach bisherigem Recht: Zunächst werden die Aufwendungen ermittelt und auf ihre Angemessenheit geprüft. Sind sie angemessen, werden sie in der Folge als Bedarf für Unterkunft und Heizung berücksichtigt. Bei abstrakt unangemessenen Aufwendungen erfolgt wie bisher eine Einzelfallprüfung.

Zu Absatz 1

Satz 1 und 2 entsprechen dem bisherigen Recht.

Satz 3 wurde entsprechend der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts klarstellend um die Wörter „und Heizung“ ergänzt. Die Regelhöchstfrist von sechs Monaten gilt demnach auch für unangemessene Aufwendungen für die Heizung.

Der neue Satz 4 eröffnet den kommunalen Trägern nunmehr ausdrücklich die Möglichkeit, abweichend von § 22 Absatz 1 Satz 1 SGB II (zeitweise) auch unangemessen hohe Aufwendungen für Unterkunft und Heizung zu übernehmen. Die Vorschrift dient ausschließlich den Interessen der kommunalen Träger und begründet keine subjektiven Rechte zugunsten der Leistungsberechtigten. Die kommunalen Träger können von einer Kostensenkungsaufforderung absehen, wenn die Berücksichtigung der unangemessen hohen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung als Bedarf geringere Aufwendungen verursacht als bei einem Wohnungswechsel entstehen würden (zum Beispiel durch Übernahme der Mietkaution, der Aufwendungen für einen Umzugswagen und die Verpflegung der Helfer). Dies wird in der Regel der Fall sein, wenn absehbar ist, dass die leistungsberechtigte Person in naher Zukunft aus dem Leistungsbezug ausscheidet, weil eine Arbeit aufgenommen wird oder der Rentenbezug unmittelbar bevorsteht. Bei der anzustellenden Prognoseentscheidung sind die Umstände des Einzelfalles zu berücksichtigen. Da die Grundsicherung für Arbeitsuchende auf einen vorübergehenden Leistungsbezug angelegt ist, bleibt eine Kostensenkungsaufforderung zu einem späteren Zeitpunkt auf Grund einer geänderten Prognose möglich.

Zu Absatz 2

Aufwendungen für die Instandhaltung und Reparatur von selbst bewohntem Wohneigentum können berücksichtigungsfähige Unterkunftskosten sein, wenn sie tatsächlich anfallen. Voraussetzung ist, dass sie nicht zu einer Verbesserung des Standards des selbst genutzten Wohneigentums führen und angemessen sind. Unabweisbar sind dabei nur zeitlich besonders dringliche Aufwendungen, die absolut unerlässlich sind. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundessozialgerichts müssen Eigentümer und Mieter bei der Beurteilung der Angemessenheit der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach den gleichen Grundsätzen behandelt werden. Die Vorschrift regelt daher einerseits die Übernahme von unabweisbaren Aufwendungen für Instandhaltung und Reparatur bei selbst bewohntem Wohneigentum, begrenzt die zu berücksichtigenden Aufwendungen aber andererseits auf die innerhalb von zwölf Monaten insgesamt als angemessen übernahmefähigen Unterkunftskosten, die auch bei Mietern berücksichtigt werden könnten. Liegen die tatsächlichen Aufwendungen bereits oberhalb der für Mieterinnen und Mieter geltenden Obergrenzen, werden keine Zuschüsse erbracht. Für darüber hinaus gehende unabweisbare Aufwendungen für Instandhaltung und Reparatur kann nach Satz 2 zur Sicherung der Unterkunft ein Darlehen erbracht werden.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 22 Absatz 1 Satz 4.

Zu Absatz 4

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 22 Absatz 2. Nicht übernommen wurde in Satz 2 das Wort „nur“. Damit soll klargestellt werden, dass der kommunale Träger eine Zusicherung auch dann erteilen kann, wenn der Umzug nicht erforderlich war.

Zu Absatz 5

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 22 Absatz 2a.

Zu Absatz 6

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 22 Absatz 3.

Zu Absatz 7

Die bisher in § 22 Absatz 4 geregelte Direktüberweisung an Vermieter und andere Empfangsberechtigte wird konkretisiert, um die Funktion des für die Aufwendungen für die Unterkunft geleisteten Teils des Arbeitslosengeldes II zu unterstreichen.

Nach Satz 1 ist das Arbeitslosengeld II künftig, soweit es für den Bedarf für Unterkunft und Heizung geleistet wird, direkt an den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte zu zahlen, wenn Leistungsberechtigte dies beantragen. Die Regelung schafft eine Verpflichtung zur Auszahlung von bewilligten Leistungen für Unterkunft und Heizung an Vermieter oder andere Empfangsberechtigte, wenn der Hilfebedürftige dies so vom Leistungsträger begehrt. Die Regelung begründet lediglich eine Empfangsberechtigung für die genannten Dritten. Durch die Zahlungsbestimmung werden keine Rechte und Pflichten von Vermietern oder anderen Empfangsberechtigten gegenüber dem Leistungsträger begründet.

Transferleistungen zu den Wohnkosten müssen tatsächlich den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte erreichen. Die neu eingefügten Regelbeispiele in Satz 3 konkretisieren, wann anlassbezogen im Einzelfall eine zweckentsprechende Verwendung des für den Bedarf für Unterkunft und Heizung geleisteten Arbeitslosengeldes II durch einzelne Leistungsberechtigte nicht mehr sichergestellt ist. Sie tragen dem Grundrecht der Leistungsberechtigten auf informationelle Selbstbestimmung und deren Schutz vor Wohnungslosigkeit sowie dem öffentlichen Interesse an der Vermeidung von hieraus resultierenden Doppelzahlungen aus Steuermitteln Rechnung. Dies rechtfertigt eine Direktzahlung an Vermieter und andere Empfangsberechtigte, wenn die konkrete Gefahr besteht, dass die Transferleistungen zu den Wohnkosten nicht zweckentsprechend verwendet werden und daraus resultierend Wohnungslosigkeit der Betroffenen droht.

Nach Satz 3 Nummer 1 ist eine zweckentsprechende Verwendung des für den Bedarf für Unterkunft und Heizung geleisteten Arbeitslosengeldes II bei erheblichen Mietrückständen nicht sichergestellt. Dies ist der Fall, wenn der Vermieter wegen des Verzuges Leistungsberechtigter mit der Zahlung der Miete nach § 543 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs berechtigt ist, das Mietverhältnis außerordentlich fristlos aus wichtigem Grund zu kündigen.

Nach Satz 3 Nummer 2 ist eine zweckentsprechende Verwendung der Leistungen für Unterkunft und Heizung bei erheblichen Energiekostenrückständen nicht sichergestellt. Dies ist der Fall, wenn der Zahlungsverzug Leistungsberechtigter das Energieversorgungsunternehmen zu einer Unterbrechung oder fristlosen Kündigung der Energieversorgung berechtigt (§ 19 und § 21 der Verordnung zum Erlass von Regelungen für die Grundversorgung von Haushaltskunden und die Ersatzversorgung im Energiebereich vom 26. Oktober 2006, BGBl. I, S. 2391).

Die Regelung in Nummer 3 des Satzes 3 ist an § 24 Absatz 2 angelehnt. Vom Vorliegen konkreter Anhaltspunkte für ein krankheits- oder suchtbedingtes Unvermögen zur künftigen sachgerechten Mittelverwendung durch Leistungsberechtigte kann erst dann ausgegangen werden, wenn Leistungsberechtigte in der Vergangenheit Arbeitslosengeld II, soweit es für Bedarfe für Unterkunft und Heizung geleistet wurde, nicht zweckentsprechend verwendet haben (zum Beispiel wegen einer bestehenden Drogen- oder Alkoholabhängigkeit). Die Regelungen tragen dem Umstand Rechnung, dass die Zahlung an Dritte die Gefahr birgt, Leistungsberechtigte zu entmündigen oder als Entmündigung wahrgenommen zu werden. Durch eine vorschnelle Leistungsgewährung an Dritte würde die Zielsetzung des SGB II, die Eigenverantwortung der Leistungsberechtigten zu stärken, konterkariert werden.

Die Voraussetzungen der Nummer 4 des Satzes 3 liegen vor, wenn der oder die Leistungsberechtigte im Schuldnerverzeichnis eingetragen ist (§ 915 ZPO) und in der Vergangenheit Arbeitslosengeld II, soweit es für den Bedarf für Unterkunft und Heizung erbracht wird, nicht zweckentsprechend verwendet hat. Die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis setzt voraus, dass die Schuldnerin oder der Schuldner wegen einer festgestellten Ver-

bindlichkeit die eidesstattliche Versicherung über das Vermögen abgegeben hat oder dass zur Erzwingung der Abgabe der eidesstattlichen Versicherung Haft angeordnet oder vollstreckt worden ist. Die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis in Verbindung mit einer in der Vergangenheit wiederholt zweckwidrigen Verwendung begründen die konkrete Gefahr einer künftig missbräuchlichen Verwendung. Die Interessen Leistungsberechtigter sind durch die Regelungen zur Löschung der Eintragung (§ 915a ZPO) hinreichend gewahrt.

Satz 4 regelt, dass der kommunale Träger die leistungsberechtigte Person von der Direktzahlung an den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte schriftlich benachrichtigt. Die Informationspflicht stärkt die Rechte der leistungsberechtigten Person und dient der Vermeidung von Wohnungslosigkeit sowie der Wohnungssicherung. Die leistungsberechtigte Person wird hierdurch darüber informiert, ab welchem Zeitpunkt die Verpflichtung zur Zahlung des Mietzinses vom kommunalen Träger erfüllt wird.

Absatz 8

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 22 Absatz 5.

Absatz 9

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 22 Absatz 6.

Zu § 22a

Der Bedarf für Unterkunft und Heizung wird in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen berücksichtigt, soweit diese angemessen sind (§ 22 Absatz 1 Satz 1 SGB II). Die Definition dessen, was noch als angemessen im Sinne der Vorschrift zu betrachten ist, hängt von zahlreichen Faktoren ab (zum Beispiel der Anzahl der Haushaltsangehörigen, ihrem Gesundheitszustand und dem örtlichen Mietniveau). Diese Schwierigkeiten bei der Bestimmung der Angemessenheit der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung haben in der Vergangenheit zu einer Vielzahl an Widerspruchs- und Gerichtsverfahren geführt.

Die Neuregelung eröffnet Ländern und Kommunen die Möglichkeit, den Bedarf für Unterkunft und Heizung transparent und rechtssicher auszugestalten. Hierdurch sollen die Gegebenheiten des örtlichen Wohnungsmarktes berücksichtigt werden. Es soll eine einfachere Prüfung des zu berücksichtigenden Bedarfs ermöglicht werden. Kreise und kreisfreie Städte sollen durch Landesgesetz ermächtigt werden können, durch ihre Kommunalvertretungen für ihr Gebiet eine Satzung zu erlassen, mit der sie Grenzwerte oder Pauschalen für die regional angemessenen Unterkunfts- und Heizkosten bekannt machen. Im SGB II wird nur der gesetzliche Rahmen geschaffen. Die konkrete Ausgestaltung der Frage, was im Rahmen der Vorgaben nach § 22 Absatz 1 Satz 1 als angemessene Wohnkosten anzusehen ist und welche Wohnfläche als angemessen erachtet wird, soll hingegen den Kommunen obliegen. Sie sind mit dem örtlichen Wohnungsmarkt und dessen Besonderheiten vertraut und verfügen über ein angemessenes Legitimationsniveau.

Der Erlass der kommunalen Satzungen zur Angemessenheit der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung wird präventiv von der Zustimmung der obersten Landesbehörde oder einer von dieser zu bestimmenden Stelle abhängig gemacht, wenn das einschlägige Landesgesetz dies vorsieht. Im Übrigen obliegt es den Landessozialgerichten, über die Vereinbarkeit der kommunalen Satzungen mit höherrangigem Recht zu entscheiden.

Sofern Landesrecht dies vorsieht, können Länder ihre kommunalen Träger per Gesetz zum Satzungserlass verpflichten.

Zu Absatz 1

Satz 1 ermöglicht es den Ländern, die Kreise und kreisfreien Städte als Träger der Leistungen nach diesem Buch zum Erlass einer Satzung zu ermächtigen oder verpflichten, mit der sie bestimmen, in welcher Höhe Aufwendungen für Unterkunft und Heizung in ihrem Gebiet angemessen sind. Damit wird den kommunalen Trägern ermöglicht, die Angemessenheit der nach § 22 Absatz 1 Satz 1 zu berücksichtigenden Aufwendungen ihrer Höhe nach zu konkretisieren.

Die Satzungsermächtigung als solche kann nur durch ein die Regelung ausführendes Landesgesetz geschaffen werden. Den Ländern obliegt die Gestaltungsbefugnis für eine einheitliche Ausgestaltung der Reichweite der kommunalen Satzungen. Sie können darüber entscheiden, ob die kommunalen Träger Satzungen erlassen dürfen, ob eine Verpflichtung zum Satzungserlass besteht, ob die zuständige oberste Landesbehörde vorab zu der Satzung zustimmen muss und ob der Bedarf für die Unterkunft und Heizung durch eine monatliche Pauschale abgegolten werden kann.

Die Regelung trägt den Besonderheiten des jeweiligen Landesrechts ausreichend Rechnung. Die Länder können die Kreise und kreisfreien Städte zum Satzungserlass unabhängig davon ermächtigen, ob diese die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende als Selbstverwaltungsaufgaben (eigener Wirkungskreis) oder als Pflichtaufgaben nach Weisung beziehungsweise Auftragsangelegenheiten (übertragener Wirkungskreis) wahrnehmen.

Ziel der Regelung ist es, transparent und rechtssicher durch eine Rechtsnorm zu konkretisieren, welche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung unter Berücksichtigung der Gegebenheiten des örtlichen Wohnungsmarktes als angemessen anzusehen sind. Hierdurch soll die Prüfung des für Unterkunft und Heizung zu berücksichtigenden Bedarfs im Verwaltungs- und dem sich vielfach anschließenden Gerichtsverfahren vereinfacht werden. Bei Festsetzung eines Angemessenheitswertes für den Unterkunfts- und gegebenenfalls auch den Heizkostenbedarf durch Satzung sind die konkreten Umstände des Einzelfalles nur noch zu prüfen, wenn die festgesetzten Angemessenheitswerte überschritten werden.

Der Erlass kommunaler Satzungen hat gegenüber einer nach der bisherigen Vorschrift des § 27 Nummer 1 möglichen Rechtsverordnung des Bundes den Vorteil größerer Sach- und Bürgernähe. Anders als eine Rechtsverordnung kann eine kommunale Satzung im Hinblick auf alle die Angemessenheit der Aufwendungen für die Unterkunft bestimmenden Faktoren (zum Beispiel Wohnungsgröße, Wohnungsstandard und Referenzgebiet, Besonderheiten in der Bewilligungshistorie und städtebauliche Belange) unmittelbar den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten Rechnung tragen. Die durch eine Stadtvertretung oder den Kreistag erlassene kommunale Satzung wird zudem ein höheres Maß an Akzeptanz innerhalb der örtlichen Gemeinschaft beanspruchen können. Schließlich soll eine Transformation der bisher als Verwaltungsinternum existierenden Verwaltungsvorschriften auf Normebene erfolgen, was den Vorteil rechtlicher Verbindlichkeit hat.

Satz 2 ermöglicht eine präventive Kontrolle durch die oberste Landesbehörde oder einer von ihr bestimmten Stelle. Durch die Wahrnehmung dieser Option kann zusätzlich Rechtssicherheit geschaffen werden.

Die Stadtstaaten Hamburg und Berlin sollen nach Satz 3 selbst bestimmen können, welche Form der Rechtsetzung an die Stelle der Satzung tritt. Das Land Bremen kann eine solche Regelung selbst treffen, alternativ aber auch eine Ermächtigungsgrundlage zum Erlass einer Satzung durch die Kommunen Bremen und Bremerhaven schaffen. Die Regelung ist an § 246 Absatz 2 des Baugesetzbuches (BauGB) angelehnt. Es bleibt den Stadtstaaten überlassen, ob sie die Bestimmungen in förmlichen Landesgesetzen oder in Rechtsvorschriften regeln, die im Rang unter einem Landesgesetz stehen. Für die von den Stadtstaaten alternativ gewählte Form der Rechtsetzung gelten die inhaltlichen Vorgaben der §§ 22b und 22c entsprechend.

Zu Absatz 2

Die Länder können die Kreise und kreisfreien Städte auch ermächtigen, die Bedarfe für Unterkunft und Heizung in Form einer Pauschale zu berücksichtigen. Soweit das Landesrecht eine derartige Regelung vorsieht und die Kreise und kreisfreien Städte hiervon Gebrauch machen, sind bei der Bemessung der Pauschale die persönlichen und familiären Verhältnisse, die Größe und Beschaffenheit der Wohnung, die vorhandene Heizmöglichkeit und die örtlichen Gegebenheiten zu berücksichtigen. Die Regelung ist § 29 Absatz 3 Satz 2 und 3 SGB XII nachgebildet.

Die Satzung muss für den Fall der Pauschalierung Regelungen für besondere Fallkonstellationen vorsehen, in denen die Berücksichtigung einer Pauschale im Einzelfall unzumutbar ist. Mangelt es an einer solchen Regelung in der Satzung, ist sie rechtswidrig.

Für das Zustimmungserfordernis der obersten Landesbehörde oder einer von ihr bestimmten Stelle sowie die von den Stadtstaaten zu wählende Rechtsform gilt Absatz 1 Satz 2 bis 4 entsprechend.

Die Festlegung von Pauschalen muss dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entsprechen. Eine Pauschalierung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung ist nur dann wirtschaftlicher, wenn etwaige Mehrausgaben für die zu erbringenden Leistungen durch Einsparungen bei den Verwaltungskosten kompensiert werden. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn die Varianz der regionalen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gering ist. Sofern die Option zur Pauschalierung genutzt wird, haben die Länder die Erfahrungen hierzu zu evaluieren. Sofern die Option zur Pauschalierung genutzt wird, haben die Länder die Erfahrungen hierzu im Sinne einer Wirtschaftlichkeitskontrolle zu evaluieren.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift enthält zwei Programmsätze, die bei der Rechtsetzung und -auslegung zu beachten sind. Es handelt sich nicht um objektive Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen der zu erlassenden Rechtsvorschrift.

Nach Satz 1 sollen die zu erlassenden Satzungen beziehungsweise Rechtsvorschriften der Länder die Verhältnisse auf dem örtlichen Wohnungsmarkt realitätsgerecht abbilden. Bezugspunkt des Vergleichs ist dabei nicht der allgemeine beziehungsweise ein gehobener Standard auf dem örtlichen Wohnungsmarkt, sondern der einfache im unteren Marktsegment liegende Standard. Maßgeblich für die Festsetzung der Angemessenheitswerte sind demnach Aufwendungen für Unterkunft und Heizung, die Haushalte im Niedrigeinkommensbereich üblicherweise hierfür aufbringen würden. Da sich die Festsetzung konkreter Angemessenheitswerte für Unterkunft und Heizung auf den örtlichen Wohnungsmarkt auswirkt (zum Beispiel bei der Preisbildung verschiedener Anbietergruppen und der Verfügbarkeit von Wohnraum), soll dies nach Satz 2 bei der Rechtsetzung berücksichtigt werden. Hierzu soll eine systematische Erfassung, Auswertung und Beobachtung (Monitoring) nach den genannten Kriterien durch die Länder beziehungsweise die Kreise und kreisfreien Städte erfolgen.

Die Länder sollen insbesondere bei einer Pauschalierung der Bedarfe nach Absatz 2 regelmäßig Rückmeldungen dazu einholen, ob die Abgeltung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung durch eine regionale Pauschale wirtschaftlicher im Sinne der Haushaltsordnung ist. Ist beispielsweise die regionale Varianz der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung gering, können sich bei bedarfsdeckender Pauschalierung anfallende Bedarfsüberdeckungen mit den gleichzeitig entstehenden Verwaltungskosteneinsparungen ausgleichen.

Zu § 22b

Die Vorschrift regelt inhaltlich Rahmen- und Mindestvorgaben für die zu erlassenden Satzungen und Rechtsvorschriften der Länder. Sie ermöglicht darüber hinaus von der bisherigen Rechtslage abweichende Regelungen.

Zu Absatz 1

Ziel der Regelung ist es, eine Vielfalt an Konzepten zur Festsetzung der angemessenen Bedarfe für Unterkunft- und Heizung zu ermöglichen. Damit soll der bereits existierenden regionalen Vielfalt an Verwaltungsvorschriften zu den Aufwendungen für Unterkunft- und Heizung Rechnung getragen werden.

Der Mindestgehalt der Satzung wird durch Satz 1 bestimmt.

Es sind Festlegungen zu der als angemessen anerkannten Wohnfläche in Abhängigkeit von der Anzahl der Haushaltsmitglieder (Satz 1 Nummer 1) zu treffen. Die kommunalen Träger sollen die ortsübliche Wohnfläche bei der Bestimmung der zu berücksichtigenden Bedarfe für Unterkunft und Heizung berücksichtigen. Die Festlegung angemessener Wohnflächen nach Satz 1 Nummer 1 orientiert sich an den Wohnflächen, die auf dem örtlichen Markt für Haushalte im Niedrigeinkommensbereich ohne Transferleistungsbezug üblich sind. In Ballungsräumen kann in der Regel davon ausgegangen werden, dass die von Personen im Niedrigeinkommensbereich bewohnten Wohnungen durchschnittlich kleiner sind als die Werte der aktuell maßgebenden Regelungen der Wohnungsbauförderung. Sind belastbare Daten hierzu nicht verfügbar, können der Festsetzung hilfsweise die landesrechtlichen Wohnraumförderbestimmungen zugrundegelegt werden (vergleiche dazu BSGE 97, 254ff.).

Festzulegen ist ferner die Höhe der als angemessen anerkannten Aufwendungen für die Unterkunft (Satz 1 Nummer 2). Letztere umfasst unterschiedslos die Kaltmiete bei Mieterinnen und Mietern und Aufwendungen für den Kapitaleinsatz bei Wohneigentümerinnen und Wohneigentümern einerseits sowie Nebenkosten andererseits.

Um für die Betroffenen transparent zu machen, welcher Betrag ihnen für die Unterkunft zur Verfügung steht, soll letztlich das Produkt von angemessener Wohnfläche und angemessenen Aufwendungen für die Unterkunft pro Quadratmeter in der Satzung angegeben werden. Die dem zugrunde liegenden Parameter sind offen zu legen.

Nach Satz 2 kann in der Satzung auch die Höhe des als angemessen anerkannten Verbrauchswertes oder des als angemessen anerkannten Bedarfs für die Heizung festgelegt werden. Die Festlegung der Angemessenheitswerte für die Heizung erfolgt optional („kann“), da diese wegen ihrer Abhängigkeit vom individuellen Verbrauch, der Wohnungsbeschaffenheit sowie den Witterungsverhältnissen dynamischer sind als die Unterkunfts-kosten und daher schwerer schematisch zu erfassen.

Dennoch schafft Satz 3 für die kommunalen Träger die Grundlage, abweichend von der Regelung des § 22 Absatz 1 und der hierzu ergangenen höchstrichterlichen Rechtsprechung (vergleiche BSGE 104, 41ff.) eine Gesamtangemessenheitsgrenze unter Berücksichtigung sowohl des Unterkunfts- als auch des Heizungsbedarfs festzusetzen (Bruttowarmmietenkonzept). Hierdurch wird abweichend von der bisherigen Rechtslage ermöglicht, die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung ohne Rücksicht auf ihre jeweilige Angemessenheit bis zu der einheitlich bestimmten Obergrenze sowohl für Kaltmiete, Nebenkosten und Heizkosten als angemessen anzuerkennen.

Satz 4 ermöglicht es den Kreisen und kreisfreien Städten, ihr Gebiet in mehrere Vergleichsräume zu unterteilen, für die sie jeweils eigene Angemessenheitswerte festsetzen. Unterschiedliche in der Realität der örtlichen Gegebenheiten existierende homogene Lebensräume können auf diese Weise bei Bedarf erfasst werden. Städtebauliche Aspekte können berücksichtigt werden, um eine sozial ausgewogene Wohnstruktur innerhalb des Gebietes eines kommunalen Trägers zu erreichen.

Zu Absatz 2

Die Regelung zum Begründungserfordernis der Satzung ist an § 9 Absatz 8 BauGB und die zur Bekanntgabe der Satzung an § 10 Absatz 3 Satz 1 BauGB angelehnt.

Der kommunale Träger muss zunächst transparent erläutern, wie die Angemessenheit des Unterkunfts- und Heizungsbedarfs in seinem Gebiet ermittelt wird. Fehlt eine Begründung, ist die Satzung rechtswidrig. Die Darlegung des gewählten Konzeptes soll neben der notwendigen Transparenz auch die Basis für die Überprüfung durch das Landessozialgericht schaffen. Für die Datenerhebung und -auswertung schreibt § 22c Absatz 1 Satz 4 eine entsprechende Offenlegung der Methodik vor. Das örtlich zuständige Landessozialgericht kann auf Antrag feststellen, dass die Satzung ungültig ist und sie für unwirksam erklären.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift sieht vor, für bestimmte Personengruppen, die einen besonders abgesenkten oder erhöhten Bedarf für Unterkunft und Heizung haben, eine Sonderregelung für die Angemessenheit der Aufwendungen getroffen werden soll. Bei den betroffenen Personen kann der Wohnraumbedarf aus bestimmten Gründen typischerweise besonders hoch (zum Beispiel bei Bestehen einer Behinderung, die zu einem erhöhten Raumbedarf führt, oder bei Wahrnehmung des Umgangsrechts) oder besonders niedrig sein. Ein abgesenkter Bedarf kann zum Beispiel während der Berufsfindungsphase (siehe die in § 10 Absatz 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes enthaltene Regelaltersgrenze) bestehen. Denkbar ist auch, dass aus anderen Gründen vorübergehend eine besonders kostspielige Unterbringung notwendig ist (zum Beispiel bei vorübergehendem Aufenthalt in einer stationären Suchtklinik oder einem Frauenhaus) oder der Bedarf aus allgemeinen sozialen Gründen vom typischen Bedarf abweicht (zum Beispiel bei Alleinerziehenden).

Zu § 22c

Die Vorschrift schreibt Rahmenbedingungen für die Datenerhebung, -auswertung und -überprüfung fest.

Zu Absatz 1

Die kommunalen Träger sind bei der Wahl des Verfahrens zur Bestimmung der angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung grundsätzlich frei. Die Entscheidungen für die Auswahl bestimmter Erkenntnisquellen und das Vorgehen bei der Festlegung der Angemessenheitswerte müssen jedoch nachvollziehbar und in sich schlüssig sein.

Ziel der Regelung ist es, den kommunalen Trägern weitere Erkenntnisquellen für die Festlegung der Angemessenheitswerte der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung zu erschließen.

Die kommunalen Träger sollen auf Erkenntnisquellen zurückgreifen, die die Verhältnisse des unteren Standards auf dem örtlichen Wohnungsmarkt realitätsnah widerspiegeln. Hierbei können sie – sofern ein solcher verfügbar ist – auf einen einfachen oder qualifizierten Mietspiegel (§§ 558c, 558d des Bürgerlichen Gesetzbuchs - BGB) oder eine Mietdatenbank (§ 558e BGB) zurückgreifen (Nummer 1). Es besteht auch die Möglichkeit, eine belastbare eigene statistische Datenerhebung vorzunehmen (Nummer 2); dabei können auch Erkenntnisse über die tatsächlichen Unterkunfts- und Heizkosten aus der Grundsicherungsstatistik sowie aus örtlichen Wohngelddaten der Wohngeldbehörden beziehungsweise aus der Wohngeldstatistik der Statistischen Landesämter herangezogen werden. Ferner können geeignete statistische Datenerhebungen Dritter (Nummer 2) verwendet werden, sofern sie für die Zwecke des § 22b Absatz 1 geeignet erscheinen. Um eine gewisse Qualität der eigenen statistischen Datenerhebung und -auswertung oder einer solchen Dritter zu sichern, muss die statistische Datenbasis belastbar sein; das

heißt es muss in der Satzung dargestellt werden, dass die zugrundeliegenden statistischen Daten – im Rahmen der Möglichkeiten des kommunalen Trägers – die Verhältnisse des einfachen, im unteren Marktsegment liegenden Standards auf dem örtlichen Wohnungsmarkt widerspiegeln und auf Basis dieser statistischen Daten ein nachvollziehbarer Angemessenheitswert festgelegt wurde. Eine Kombination verschiedener Erkenntnisquellen ist sinnvoll (zum Beispiel Grundsicherungsstatistik mit Angebotsauswertung für den örtlichen Wohnungsmarkt). Sofern über die örtlichen Wohnverhältnisse keine oder nur unzureichende Erkenntnisquellen vorliegen, können hilfsweise die Höchstbeträge nach § 12 Absatz 1 des Wohngeldgesetzes berücksichtigt werden.

Die Aussagekraft und die Validität der Erkenntnisquellen sind nach Satz 4 in der Satzungs Begründung darzulegen. Ferner ist die Art der Auswertung der Erkenntnisquellen, insbesondere die Ermittlung beziehungsweise die Festlegung der Angemessenheitswerte, in der Satzungs Begründung dazustellen und zu erläutern. Fehlt eine entsprechende Darlegung in der Begründung, ist die Satzung oder andere Rechtsvorschrift rechtswidrig. Das örtlich zuständige Landessozialgericht kann auf Antrag feststellen, dass die Satzung ungültig ist und sie für unwirksam erklären.

Zu Absatz 2

Der kommunale Träger muss die in der Satzung festgelegten Angemessenheitswerte regelmäßig überprüfen und gegebenenfalls neu festsetzen. Dies kann durch eine erneute Erhebung oder – insbesondere bei den jährlich zu überprüfenden Heizkosten – durch einen sachgerechten Anpassungsmechanismus wie der allgemeinen Mietenentwicklung oder der Entwicklung der tatsächlichen Heizkosten in der Grundsicherungsstatistik geschehen. Dabei orientiert sich die zweijährige Frist für die Überprüfung der Aufwendungen für die Unterkunft an den für Mietspiegel im BGB einschlägigen Vorschriften in § 558c Absatz 3 BGB und § 558d Absatz 2 BGB.

Zu § 23

Die frühere Vorschrift des § 28 zum Sozialgeld wurde in den Unterabschnitt 2 integriert.

Die Vorschrift regelt nur noch die abweichend von den allgemeinen Regelungen der §§ 20 und 21 zu berücksichtigenden Bedarfe. Anspruchsgrundlage für den Anspruch auf Sozialgeld ist auch für Kinder, Jugendliche und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte die Vorschrift des § 19. Aus systematischen Gründen ist dort nunmehr auch der Vorrang von Leistungen nach dem Vierten Kapitel SGB XII gegenüber dem Sozialgeld geregelt.

§ 23 Nummer 1 regelt die Regelbedarfe von Kindern und Jugendlichen und berücksichtigt dabei wie zuletzt drei Altersstufen. Der bisherigen Übergangsvorschrift des § 74 bedarf es nicht mehr. Die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen sind auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aus den Verbrauchsausgaben von Paarhaushalten mit einem Kind eigenständig ermittelt worden und tragen damit den besonderen altersspezifischen Bedarfen von Kindern und Jugendlichen Rechnung. Sie werden nicht mehr als prozentualer Anteil des Regelbedarfs nach § 20 Absatz 2, sondern als bestimmter Betrag formuliert, um die Eigenständigkeit des Regelbedarfs von Kindern und Jugendlichen in der jeweiligen Altersstufe zu verdeutlichen.

§ 23 Nummer 2 bis 4 entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 28 Absatz 1 Nummern 2 bis 4.

Zu § 24

Zu Absatz 1

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 23 Absatz 1. Der bisherige Satz zur Aufrechnung eines geleisteten Darlehens ist wegen der allgemeinen Vorschrift in § 42a nicht mehr enthalten.

Zu Absatz 2

Entspricht der bisherigen Regelung in § 23 Absatz 2. Aufgrund der Streichung des Begriffs Regelleistung wird anstelle der bisherigen Bezugsgröße Regelleistung nunmehr auf das bewilligte Arbeitslosengeld II bis zur Höhe des anerkannten Regelbedarfs abgestellt.

Zu Absatz 3

Die Leistung für mehrtägige Klassenfahrten ist in Satz 1 Nummer 3 nicht mehr aufgeführt, weil sie in § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 enthalten ist.

Die Anschaffung (Eigenanteile) und Reparatur von orthopädischen Schuhen sowie die Reparatur von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen sowie die Miete von therapeutischen Geräten werden als Sonderleistung neu eingeführt. Sind die Kosten für die Reparatur von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen oder die Miete von therapeutischen Geräten unwirtschaftlich, ist insbesondere zu prüfen, ob ein vorrangiger Anspruch auf Beschaffung der Geräte und Ausrüstungen gegen einen anderen Sozialleistungsträger besteht.

Die Bedarfe für diese Positionen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe fließen künftig nicht mehr in die Bemessung des Regelbedarfs ein. Anders als typische langlebige Gebrauchsgüter (zum Beispiel Brillen, Waschmaschinen, Kühlschränke, Fahrräder) handelt es sich um sehr untypische Bedarfslagen. Die seltene und untypische Bedarfslage wird wegen der Höhe der benötigten Mittel nun gesondert berücksichtigt. Die Kosten hierfür werden vom Bund getragen.

Zu Absatz 4 bis 6

Entspricht der bisherigen Regelung in § 23 Absatz 4 bis 6.

Zu § 25

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu § 26

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu § 27

Mit der neuen Vorschrift werden die für Auszubildende, die nach § 7 Absatz 5 keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben, möglichen Leistungen systematisch zusammengefasst.

Zu Absatz 1

Auszubildende haben nach § 7 Absatz 5 keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II. Dabei wird davon ausgegangen, dass Auszubildende stattdessen einen Anspruch auf vorrangige Ausbildungsförderung haben. In bestimmten Fällen ist es jedoch zur Sicherung des Lebensunterhalts und der Ausbildung erforderlich, an Auszubildende ergänzende Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu erbringen. Dabei sollen Auszubildende nicht besser oder schlechter als Personen gestellt werden, die grundsätzlich einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben. Deshalb werden Leistungen an Auszubildende wie beim Arbeitslosengeld II nur erbracht, soweit die Auszubildenden die Bedarfe nicht durch

zu berücksichtigendes Einkommen oder Vermögen (§§ 11 bis 12) decken können. Satz 2 stellt klar, dass die Leistungen an Auszubildende nicht als Arbeitslosengeld II gelten. Damit wird sichergestellt, dass durch die Leistungen keine Sozialversicherungspflicht eintritt. Soweit die notwendige Kranken- und Pflegeversicherung Auszubildender nicht bereits anderweitig sichergestellt ist, kommen Darlehen nach § 27 Absatz 4 in Betracht.

Zu Absatz 2

Nach bisheriger ständiger Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zu § 7 Absatz 5 sowie des Bundesverwaltungsgerichts zum früheren § 26 Bundessozialhilfegesetz bestand der Leistungsausschluss für Auszubildende nur für so genannte ausbildungsgeprägte Bedarfe. Dazu gehören insbesondere die Regelbedarfe für den Lebensunterhalt sowie die Bedarfe für Unterkunft und Heizung.

Mit Absatz 2 wird der Anspruch Auszubildender auf Mehrbedarfe zum Lebensunterhalt erstmalig gesetzlich geregelt. Der Anspruch soll außerdem auch für Leistungen nach § 24 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 (Erstausstattung bei Schwangerschaft und Geburt) gelten. Ein Anspruch besteht nicht auf den Mehrbedarf nach § 21 Absatz 4, da dieser nur erbracht wird, wenn gleichzeitig Anspruch auf Teilhabeleistungen nach § 33 SGB IX besteht. Dieser Mehrbedarf ist somit ausbildungsgeprägt. Soweit behinderte erwerbsfähige Auszubildende ausbildungsgeprägte Mehrbedarfe haben, werden diese durch andere, besondere Teilhabeleistungen gedeckt.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 22 Absatz 7. Der Leistungsanspruch erstreckt sich nunmehr auch auf Auszubildende, die zwar grundsätzlich einen Anspruch auf Ausbildungsförderung haben, jedoch wegen in der Ausbildungsförderung berücksichtigten Einkommens oder Vermögens (eigenes oder das der Eltern) der Höhe nach keinen Anspruch haben. Der Personenkreis war bislang auf Grund der Voraussetzung, dass Leistungen der Ausbildungsförderung bezogen werden müssen, nicht berücksichtigt. Mit dieser Voraussetzung sollen die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende aber nur von der Prüfung entlastet werden, ob es sich noch um eine nach den Regelungen der Ausbildungsförderung förderungsfähige Ausbildung handelt.

Zu Absatz 4

Satz 1 ist an den bisherigen § 7 Absatz 5 Satz 2 angelehnt. Die für das Darlehen bei besonderer Härte berücksichtigungsfähigen Bedarfe werden genannt.

Mit Satz 2 wird eine Anspruchsgrundlage für Fälle geschaffen, in denen Auszubildende im ersten Monat der Ausbildung erst am Ende des Monats Leistungen (insbesondere Ausbildungsvergütung und Berufsausbildungsbeihilfe beziehungsweise Ausbildungsgeld) erhalten. Da das Arbeitslosengeld II monatlich im Voraus erbracht wird, besteht in diesen Fällen häufig eine Zahlungslücke, die einem unbelasteten Beginn der Ausbildung entgegenstehen kann. Die Leistung wird nur darlehensweise erbracht, da ansonsten für den Beginnmonat der Ausbildung doppelte Leistungen gezahlt würden. Eine Darlehensrückzahlung soll in der Regel erst für die Zeit nach abgeschlossener oder beendigter Ausbildung vorgesehen werden.

Zu § 28

§ 28 regelt, für welche Bedarfe Leistungen für Bildung und Teilhabe erbracht werden, mit denen das menschenwürdige Existenzminimum von Kindern und Jugendlichen sowie von Schülerinnen und Schülern im Bereich der gesellschaftlichen Teilhabe und Bildungsteilhabe sichergestellt wird. Die Bedarfe werden als eigenständige Bedarfe neben dem Regelbedarf anerkannt, um durch zielgerichtete Leistungen eine stärkere Integration bedürftiger Kinder und Jugendlicher in die Gemeinschaft zu erreichen. Bildung und Teilhabe am

sozialen und kulturellen Leben sind erforderlich, um die materielle Basis für Chancengerechtigkeit herzustellen. Insbesondere der Bildung kommt bei der nachhaltigen Überwindung von Hilfebedürftigkeit und zukünftigen Lebenschancen eine Schlüsselfunktion zu.

Anspruchsgrundlage für die Leistungen für Bildung und Teilhabe, die vorbehaltlich des § 19 Absatz 3 Satz 3 in Höhe der jeweiligen Bedarfe selbständig gewährt werden, ist § 19. Die Leistungen für Bildung und Teilhabe ergänzen den Regelbedarf, der weitergehende typische Bedarfslagen im Zusammenhang mit dem Schulbesuch abdeckt. So ist insbesondere die Anschaffung von Schulbüchern vom Regelbedarf umfasst, soweit die Länder nicht ohnehin Lehrmittelfreiheit gewähren. Auch die Fahrtkosten zur Schule sind von dem Regelbedarf erfasst.

Die in § 28 anerkannten, gesondert berücksichtigten Bedarfe tragen den Erkenntnissen von Erziehungswissenschaftlern und den Erfahrungen von Praktikern im Umgang mit Kindern und Jugendlichen (Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern) Rechnung.

Sie sind notwendig, um die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus seinem Urteil vom 9. Februar 2010 zu erfüllen. Die materielle Ausstattung von Schülerinnen und Schülern, die Teilnahme an schulischen Aktivitäten sowie die außerschulische Bildung sind gesondert und zielgerichtet zu erbringen, um gesellschaftliche Exklusionsprozesse zu beenden. Der die Menschenwürde achtende Sozialstaat muss nachrangig über das Fürsorgesystem die Leistungen erbringen, die notwendig sind, damit insbesondere Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Haushalten durch Entwicklung und Entfaltung ihrer Fähigkeiten in die Lage versetzt werden, ihren Lebensunterhalt später aus eigenen Kräften bestreiten zu können (vgl. BVerfG, Urteil vom 9. Februar 2010, 1 BvL 1/09, 3/09, 4/09, Rn. 192).

Zu Absatz 1

§ 28 Absatz 1 Satz 1 beschreibt einführend die in den Absätzen 2 bis 6 abschließend geregelten Bedarfe von Kindern und Jugendlichen in den Bereichen Bildung und Teilhabe.

§ 28 Absatz 1 Satz 2 definiert den Begriff der Schülerinnen und Schüler für die Bedarfslagen nach dem SGB II. Er unterscheidet sich von dem schulrechtlichen Begriff. Auszubildende, die eine Ausbildungsvergütung erhalten und damit über Einkommen im Sinne des § 11 Absatz 1 verfügen, können Aufwendungen für die Ausbildung vom Einkommen absetzen und darüber hinaus den Erwerbstätigenfreibetrag in Anspruch nehmen. Eine weitergehende Berücksichtigung spezifischer Schulbedarfe ist bei ihnen nicht erforderlich. Die Beschränkung auf Schülerinnen und Schüler, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, trägt der legitimen Erwartung Rechnung, dass die schulische Ausbildung bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein sollte.

Zu Absatz 2

§ 28 Absatz 2 Satz 1 sieht Bedarfe für Schülerinnen und Schüler vor, die an eintägigen Schulausflügen (Nummer 1) und an mehrtägigen Klassenfahrten (Nummer 2) teilnehmen. Die Vorschrift soll die gleichberechtigte Teilnahme aller Schülerinnen und Schüler an diesen Veranstaltungen ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation ihrer Eltern sicherstellen. Weil das Fernbleiben von schulischen Gemeinschaftsveranstaltungen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklungsphase besonders nachhaltig negativ prägen kann, dient die Vorschrift in besonderem Maße der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft.

Die mit der Regelung verbundenen Ziele können nur erreicht werden, wenn die Aufwendungen für Klassenfahrten und Schulausflüge in tatsächlicher Höhe berücksichtigt werden. Dies entspricht in Bezug auf den Sonderbedarf für mehrtägige Klassenfahrten bereits der ständigen Praxis von Verwaltungen und Sozialgerichten, wird hier aber bezogen auf

alle Bedarfe des § 28 Absatz 2 nochmals ausdrücklich klargestellt. Aufwendungen im Sinne dieser Vorschrift sind allerdings nur diejenigen, die von der Schule selbst unmittelbar veranlasst sind. Taschengelder für zusätzliche Ausgaben während der Klassenfahrten und Ausflüge sind davon nicht erfasst. Sie müssen aus dem Arbeitslosengeld II und Sozialgeld bestritten werden.

Mit der Ausweitung des bisher in § 23 Absatz 3 Nummer 3 geregelten Bedarfs auf eintägige Klassenausflüge wird Anregungen der schulischen Praxis entsprochen. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass Schülerinnen und Schüler aus bedürftigen Haushalten an Klassenausflügen wegen der damit verbundenen Kosten seltener teilnehmen. In Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern im Bezug existenzsichernder Leistungen finden deshalb bisweilen gar keine Klassenausflüge mehr statt. Dieser für die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen negativen Entwicklung soll mit den Leistungen entgegengewirkt werden. Um eine vereinfachte Berechnung zu ermöglichen, ist hierfür ein durchschnittlicher in der Verordnung geregelter Wert zu berücksichtigen. Mit der Ausstellung des Gutscheins ist die Leistung erbracht. Die Abrechnung durch die Schule ist hiervon zu unterscheiden. Der bei der Prüfung der Hilfebedürftigkeit zu berücksichtigende Betrag ist wiederum von der konkreten Abrechnungshöhe durch die Schule zu unterscheiden. Auch bei erheblichem Auseinanderfallen zwischen den Betragshöhen findet keine Neuberechnung der Leistung statt.

§ 28 Absatz 2 Satz 2 erkennt den Bedarf auch für Kinder an, die eine Kindertageseinrichtung besuchen.

Zu Absatz 3

Die Anerkennung eines zusätzlichen Bedarfs für die persönliche Schulausstattung dient wie bereits die Vorgängerregelung des bisherigen § 24a dazu, hilfebedürftigen Schülerinnen und Schülern die Anschaffung von Gegenständen zu erleichtern, die für den Schulbesuch benötigt werden. Zur persönlichen Schulausstattung gehören neben Schulranzen, Schulrucksack und Sportzeug insbesondere die für den persönlichen Ge- und Verbrauch bestimmten Schreib-, Rechen- und Zeichenmaterialien (Füller, Kugelschreiber, Blei- und Malstifte, Taschenrechner, Geodreieck, Hefte und Mappen, Tinte, Radiergummis, Bastelmaterial, Knetmasse).

Der Schulbedarf wird zwar teilweise bereits bei der Ermittlung des Regelbedarfs berücksichtigt, weil die Ausgaben dafür in unterschiedlichen regelsatzrelevanten Positionen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erfasst werden. Die Leistung zum Schuljahres- und Schulhalbjahresbeginn ist allerdings Ausdruck der besonderen, aus dem Grundrecht auf Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums folgenden staatlichen Verantwortung für die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler und trägt gleichzeitig dem Umstand Rechnung, dass die gesondert erbrachten Schulbedarfe nicht zuverlässig vollständig aus dem Regelbedarf herausgerechnet werden können.

Die Höhe des anerkannten persönlichen Schulbedarfs ist pauschaliert. Wegen der höchst unterschiedlichen Anforderungen, die in den Ländern, in den jeweiligen Schulformen und sogar an einzelnen Schulen an die persönliche Schulausstattung gestellt werden, würde es einen im Rahmen der Massenverwaltung nicht leistbaren Aufwand bedeuten, den jeweiligen Bedarf konkret zu ermitteln. Dies ist angesichts des ergänzenden Charakters der Leistung auch nicht erforderlich. Der Betrag von 100 Euro im Jahr übersteigt zumindest den Wert der Position „Sonstige Verbrauchsgüter (Schreibwaren, Zeichenmaterial u.a.)“ in Abteilung 09 der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008, die wegen der gesonderten Berücksichtigung des Bedarfs nach § 28 Absatz 3 bei der Ermittlung des Regelbedarfs von Kindern zwischen 6 und 17 Jahren nicht berücksichtigt worden ist. Diese Position wäre im Falle ihrer Berücksichtigung je nach Alter des Kindes mit lediglich 1,91 Euro bzw. 2,86 Euro pro Monat in die Bemessung des Regelbedarfs eingegangen.

Die Anerkennung des persönlichen Schulbedarfs sichert bedürftigen Kindern und Jugendlichen die notwendige Bildungsteilhabe. Dabei wird auch an die positiven Erfahrungen mit der bisherigen zusätzlichen Leistung für die Schule (§ 24a) angeknüpft. Die Praxis hat gezeigt, dass diese Leistung eine gute Ausstattung auch der Kinder aus bedürftigen Familien zum Schuljahresbeginn bewirkt hat. Notwendig sei nach den Erfahrungen von Lehrerinnen und Lehrern aber ein weiterer Auszahlungszeitpunkt zum Schulhalbjahr, um verbrauchte Gegenstände zu ersetzen. Dem trägt die Regelung des § 28 Absatz 3 Rechnung.

Anders als die bisherige zusätzliche Leistung für die Schule (§ 24a) ist § 28 Absatz 3 bedarfserhöhend ausgestaltet. Leistungen für Bildung und Teilhabe unter Anerkennung dieses Bedarfs werden nicht erst erbracht, wenn sich die Hilfebedürftigkeit des Schülers oder eines Elternteils aus der Gegenüberstellung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und zu berücksichtigendem Einkommen und Vermögen ergibt. Der Bedarf nach § 28 Absatz 3 ist vielmehr selbst geeignet, die Bedürftigkeit auszulösen. Dadurch wird vermieden, dass Schülerinnen und Schüler aus Haushalten im Bezug von Arbeitslosengeld II über mehr Mittel verfügen als Schülerinnen und Schüler aus Haushalten im unteren Einkommenssegment, die nicht auf ergänzende Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende angewiesen sind.

Zu Absatz 4

§ 28 Absatz 4 berücksichtigt, dass auch außerschulische Lernförderung als Sonderbedarf vom Anspruch auf Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums erfasst sein kann. Außerschulische Lernförderung ist als Mehrbedarf allerdings nur in Ausnahmefällen geeignet und erforderlich und damit notwendig. In der Regel ist sie nur kurzzeitig notwendig, um vorübergehende Lernschwächen zu beheben. Sie soll unmittelbare schulische Angebote lediglich ergänzen. Die unmittelbaren schulischen Angebote haben in jedem Fall Vorrang und nur dann, wenn diese im konkreten Einzelfall nicht ausreichen, kommt außerschulische Lernförderung in Betracht. Die Geeignetheit und Erforderlichkeit der Lernförderung bezieht sich auf das wesentliche Lernziel, das sich wiederum im Einzelfall je nach Schulform und Klassenstufe aus den schulrechtlichen Bestimmungen des jeweiligen Landes ergibt. Das wesentliche Lernziel in der jeweiligen Klassenstufe ist regelmäßig die Versetzung in die nächste Klassenstufe beziehungsweise ein ausreichendes Leistungsniveau. Verbesserungen zum Erreichen einer besseren Schulartempfehlung stellen regelmäßig keinen Grund für Lernförderung dar. Es ist eine auf das Schuljahresende bezogene prognostische Einschätzung unter Einbeziehung der schulischen Förderangebote zu treffen. Ist im Zeitpunkt der Bedarfsfeststellung diese Prognose negativ, besteht kein Anspruch auf Lernförderung. Die Lernförderung ist auch dann nicht geeignet, wenn das Lernziel objektiv nicht mehr erreicht werden kann, sondern nach den schulrechtlichen Bestimmungen beispielsweise ein Wechsel der Schulform und eine Wiederholung der Klasse angezeigt sind. Liegt die Ursache für die vorübergehende Lernschwäche in unentschuldigtem Fehlen oder vergleichbaren Ursachen und bestehen keine Anzeichen für eine nachhaltige Verhaltensänderung, ist Lernförderung ebenfalls nicht erforderlich.

Lernförderbedarfe können im Rahmen der pädagogisch ohnehin gebotenen Diagnoseaufgaben der Lehrkräfte an Schulen festgestellt werden.

Sollte Lernförderung erforderlich sein und stehen unmittelbare schulische Angebote nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung, sollen vorhandene schulnahe Strukturen für die Lernförderung genutzt werden, da diese am ehesten geeignet sind, die jeweiligen Schwächen der Schülerin oder des Schülers zu beheben. Zu den schulischen Angeboten zählen individuelle Maßnahmen wie Lernpläne und strukturelle Förderungen wie Förderkurse. Schulische Angebote sind solche, die von der Schule in ihrer Eigenschaft als Bildungseinrichtung angeboten werden. Von der Schule initiierte Angebote (zum Beispiel interne Nachhilfestrukturen) oder schulnahe Förderstrukturen, insbesondere Angebote von För-

dervereinen, gehen über das schulische Angebot hinaus und führen nicht zu einem Ausschluss von der Fördermöglichkeit.

Angemessen ist Lernförderung, wenn sie im Rahmen der örtlichen Angebotsstruktur auf kostengünstige Anbieterstrukturen zurückgreift. Die Angemessenheit der Höhe der Vergütung richtet sich ferner nach der konkret benötigten Lernförderung und den ortsüblichen Sätzen.

Zu Absatz 5

§ 28 Absatz 5 Satz 1 gewährt einen Mehrbedarf für Schülerinnen und Schüler, die an einer in schulischer Verantwortung angebotenen Mittagsverpflegung teilnehmen. Die Teilnahme an einer Gemeinschaftsverpflegung ist ein wichtiges Element der sozialen Teilhabe in der Schule. Die Möglichkeit ebenso wie andere an Gemeinschaftsangeboten teilnehmen zu können, verhindert Ausgrenzungsprozesse und eventuelle Auswirkungen auf den schulischen Erfolg.

Mit der Vorschrift wird der Tatsache Rechnung getragen, dass das Schulmittagessen im Regelfall höhere Kosten verursacht, als im Regelbedarf für die Mittagsverpflegung enthalten sind. Diese Kosten sollen ausgeglichen werden, damit Schülerinnen und Schüler, die auf Leistungen angewiesen sind, nicht faktisch von der schulischen Mittagsverpflegung ausgeschlossen werden sondern Teilhabe ermöglicht wird. Dabei wird berücksichtigt, dass das Schulmittagessen konzeptionell nicht allein dem Zweck der Nahrungsaufnahme dient, sondern daneben auch eine sozialintegrative Funktion besitzt.

Die Anerkennung des Mehrbedarfs setzt deshalb allerdings voraus, dass das Mittagessen in schulischer Verantwortung angeboten und gemeinschaftlich ausgegeben und eingenommen wird. Belegte Brötchen und kleinere Mahlzeiten, die an Kiosken auf dem Schulgelände verkauft werden, erfüllen diese Voraussetzungen nicht.

Die Bedarfsbemessung der Höhe nach erfolgt anhand der durchschnittlichen Anzahl der Tage, an denen Schülerinnen und Schüler an einer Schule mit angebotener Gemeinschaftsschule die Leistung in Anspruch nehmen können. Abweichungen aufgrund von beweglichen Ferientagen, Unterrichtsausfall, schulinterner Fortbildungen, vorübergehender Erkrankung und Klassenfahrten sind nicht zu berücksichtigen. Örtlich wird auf das Bundesland abgestellt, in dem die leistungsberechtigte Person die Schule besucht. Dies gilt nicht für Kindertageseinrichtungen. Hier sind die jeweiligen Besonderheiten vor Ort zu berücksichtigen.

§ 28 Absatz 5 Satz 3 gewährt einen entsprechenden Mehrbedarf für Kinder, die eine Kindertagesstätte besuchen. Die Wertungen des § 28 Absatz 5 Satz 1 sind auf diesen Sachverhalt zu übertragen.

Zu Absatz 6

Leistungen zur Deckung des Bedarfs nach § 28 Absatz 6 dienen unmittelbar dazu, den Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe im Rahmen des Grundrechts auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums zu erfüllen. Durch gesonderte Berücksichtigung des Bedarfs soll Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen hergestellt werden. Ziel ist es, diese Kinder und Jugendlichen stärker als bisher in bestehende Vereins- und Gemeinschaftsstrukturen zu integrieren und den Kontakt mit Gleichaltrigen zu intensivieren. Insbesondere die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur prägt Persönlichkeit und Identität, sie nimmt Einfluss auf die individuelle Entwicklung - die Entwicklung der Sinne, der kreativen Fertigkeiten - und sie ist prägend für die soziale Kompetenz. Die Teilhabe am kulturellen Leben ist eine grundlegende Voraussetzung für die aktive Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens.

Der anerkannte Bedarf umfasst bis zum Höchstbetrag von monatlich 10 Euro die Aufwendungen, die durch Musikunterricht (und vergleichbaren Unterricht), die Mitgliedschaft in Vereinen in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit, vergleichbare Kurse oder Aktivitäten kultureller Bildung (zum Beispiel Museumsbesuche) oder die Teilnahme an Freizeiten entstehen. Hierdurch wird Kindern und Jugendlichen ein Budget zur Verfügung gestellt, damit sie ein ihren Wünschen und Fähigkeiten entsprechendes Angebot wahrnehmen können. Das neben den Regelbedarfen zu berücksichtigende Budget ist pauschaliert. Im Hinblick auf die Anerkennung des Bedarfs in § 28 Absatz 6 bleiben bei der Bemessung der Regelbedarfe von Kindern und Jugendlichen die Positionen „Außerschulische Unterrichte, Hobbykurse“ in der Abteilung 09 und „Mitgliedsbeiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck“ in Abteilung 12 der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 unberücksichtigt. Die durchschnittlichen Ausgaben der zur Referenzgruppe gehörenden Paarhaushalte mit einem Kind belaufen sich bei diesen Positionen für den gesamten Haushalt auf Beträge bis zu 10,74 Euro („Außerschulischer Unterricht, Hobbykurse“) bzw. bis zu 2,60 Euro („Mitgliedsbeiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck“) pro Monat je nach Alter des im Haushalt lebenden Kindes. Von den Ausgaben der Paarhaushalte mit einem Kind in der Position „Außerschulischer Unterricht, Hobbykurse“ entfallen nach Anwendung der Verteilungsschlüssel nach Münnich und Krebs nur bis zu 3,58 Euro auf das Kind. Der Betrag von 10 Euro im Monat überschreitet diesen alternativ bei der Regelbedarfsbildung zu berücksichtigenden Durchschnittsbetrag erheblich, um sicherzugehen, dass Kinder und Jugendliche aus Haushalten im Bezug existenzsichernder Leistungen eine wirkliche Teilhabechance erhalten. Der im Auftrag des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, der Deutschen Sporthochschule Köln und des Deutschen Olympischen Sportbundes herausgegebene Sportentwicklungsbericht 2009/2010 geht bei der Hälfte aller Sportvereine von jährlichen Mitgliedsbeiträgen für Kinder und Jugendliche bei Sportvereinen von 25 Euro bis 30 Euro im Jahr aus. Damit reicht das gewährte Budget regelmäßig noch aus, auch andere Aktivitäten zur gesellschaftlichen Teilhabe in Anspruch zu nehmen. Musikunterricht kann in Musik- und Volkshochschulen erteilt werden. Als Anbieter kommen aber auch Privatpersonen in Betracht, die über entsprechende Qualifikationen verfügen. Unter die vergleichbaren Aktivitäten der kulturellen Bildung fallen insbesondere die Angebote von Volkshochschulen, Theaterworkshops und vergleichbare Gemeinschaftsveranstaltungen ebenso wie museumspädagogische Angebote und Aktivitäten zur Stärkung der Medienkompetenz. Diese sind wichtig, um Kindern und Jugendlichen gerade im Zeitalter medialer Vielfalt einen aufgeklärten Umgang mit Medien zu ermöglichen. Sie umfassen insbesondere alle Aspekte der Medienkritik, Medienkunde, Mediennutzung und Mediengestaltung. Sie bezieht sich sowohl auf Bücher, Zeitschriften, Internet, Hörfunk und Fernsehen als auch auf pädagogisch wertvolle Kinoprojekte.

Der in § 28 Absatz 6 aufgeführte Katalog ist abschließend. Nicht dazu gehören beispielsweise Kinoveranstaltungen. Sie haben lediglich ein geringes Potential bei der Einbindung in soziale Gemeinschaftsstrukturen und dienen überwiegend der Unterhaltung. Das gemeinschaftliche Erleben oder Ziele der gemeinsamen kulturellen Teilhabe sollen gefördert werden. Auch Fahrtkosten gehören nicht zu den nach § 28 Absatz 6 anerkannten Bedarfen.

Zu § 29

§ 29 trifft leistungserbringungsrechtliche Sonderregelungen für die Leistungen für Bildung und Teilhabe. Die Vorschrift regelt, in welcher Form Leistungen für Bildung und Teilhabe zu erbringen und welche alternativen Formen der Leistungserbringung möglich sind. Die unbaren Leistungsformen stellen weitestgehend sicher, dass die Leistungen bei den Kindern und Jugendlichen auch tatsächlich ankommen. Die Bereitstellung der Bildungs- und Teilhabeangebote obliegt den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rahmen der Daseinsvorsorge, den Ländern im Rahmen ihrer Kultushoheit und der Zivilgesellschaft und freien Trägern vor Ort. Die Träger der Leistungen für Bildung und Teilhabe, deren Aufgabe sich im Wesentlichen darauf beschränkt, die finanziellen Hürden für die Inanspruchnahme bestehender Teilhabeangebote zu beseitigen, haben keinen Sicherstellungsauf-

trag. Wo keine oder nur unzureichende Strukturen vor Ort bestehen, können allein durch Leistungen für Bildung und Teilhabe die sozialintegrativen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen nicht befriedigt werden.

Zu Absatz 1

§ 29 Absatz 1 Satz 1 bestimmt, dass Leistungen für Schul- und Kitaausflüge, für Lernförderung und das Budget für Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben durch personalisierte Gutscheine oder Kostenübernahmeerklärungen zu erbringen sind. Über die Leistungsform entscheidet in den Fällen des Absatzes 4 Satz 1 die beauftragte Kommune im Rahmen des Auftragsverhältnisses. Die Vorschrift eröffnet den Trägern die Möglichkeit, die eintägigen Schulausflüge, die Lernförderung, den Zuschuss zum Mittagessen sowie die Teilhabeleistungen anstelle durch Gutscheine dadurch zu erbringen, dass der zuständige Träger die Kosten eines Anbieters für die Inanspruchnahme der Teilhabeleistungen aufgrund einer Vereinbarung vergütet. Auf diese Weise können beispielsweise monatliche Mitgliedsbeiträge für Vereine, Musikschulen oder Lernförderinstitute direkt zwischen den Leistungsträgern und den Leistungsanbietern effizient abgewickelt werden. Andere Leistungsformen sind nur zulässig, soweit § 29 dies ausdrücklich ermöglicht. Geldleistungen dürfen für diese Bedarfe nicht erbracht werden.

Für den persönlichen Schulbedarf sieht § 29 Absatz 1 Satz 2 wie bisher die Form der Geldleistung vor. Die Erfahrungen mit der bisherigen zusätzlichen Leistung für die Schule haben gezeigt, dass die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler im Bezug existenzsichernder Leistungen nicht hinter der Ausstattung ihrer Altersgenossen zurückbleibt. Es ist von einer ganz überwiegend zweckentsprechenden und verantwortungsvollen Verwendung der Leistungen auszugehen. Sofern in begründeten Einzelfällen Anlass zu der Annahme besteht, dass Leistungen nicht zweckentsprechend verwendet werden, insbesondere weil auffällt, dass Kinder und Jugendliche nicht über die erforderliche Ausstattung verfügen, kann der Träger der Leistungen nach diesem Buch den Nachweis zweckentsprechender Verwendung verlangen.

Kommunale Träger entscheiden hinsichtlich der mehrtägigen Klassenfahrten eigenverantwortlich über die Form der Leistungserbringung. Sie sollen eine Leistungsform wählen, die die Teilnahme von hilfebedürftigen Schülerinnen und Schülern bestmöglich sicherstellt.

Zu Absatz 2

Um Teilhabe zu ermöglichen, tragen die Agenturen für Arbeit als Leistungsträger die Verantwortung dafür, dass vor Ort mit genügend vorhandenen Leistungsanbietern Vereinbarungen abgeschlossen werden, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, auf verlässlicher Grundlage Leistungsangebote für Bildung und Teilhabe in Anspruch nehmen zu können. Die Aufgaben der Agenturen für Arbeit werden auch insoweit gemäß § 44b Absatz 1 Satz 2 und § 6b Abs. 1 Satz 1 von den gemeinsamen Einrichtungen bzw. zugelassenen kommunalen Trägern (Jobcentern) wahrgenommen.

Satz 1 stellt einerseits klar, dass Leistungen für Bildung und Teilhabe auf der Grundlage von Vereinbarungen mit den Jobcentern erbracht werden und die Träger darüber hinaus keinen eigenen unmittelbaren Auftrag zur Schaffung von Angeboten von Bildung und Teilhabeleistungen haben. Andererseits haben Leistungsanbieter nur dann einen Anspruch auf Abrechnung eingelöster Gutscheine oder in Anspruch genommener Leistungsangebote, wenn mit ihnen eine Vereinbarung abgeschlossen wurde.

Nehmen Leistungsberechtigte Leistungsangebote von Anbietern in Anspruch, die bislang keine Vereinbarung abgeschlossen haben, so hat die Agentur für Arbeit zu prüfen, ob eine Vereinbarung mit diesem Leistungsanbieter in Betracht kommt.

Satz 2 stellt für die örtliche Zuständigkeit auf den Bereich des Jobcenters, also auf das Gebiet des kommunalen Trägers ab, in dem der Leistungsanbieter sein Leistungsangebot vorhält. Regelmäßig wird es damit auf den Ort ankommen, an dem sich z.B. der Sportverein oder die Bildungseinrichtung befindet. Damit wird verhindert, dass Leistungsanbieter eine Vielzahl von Vereinbarungen mit unterschiedlichen Leistungsträgern abschließen müssen. Es reicht für das jeweilige konkrete Leistungsangebot grundsätzlich eine Vereinbarung mit dem Jobcenter vor Ort. Andere Jobcenter sind nach Maßgabe des Satzes 3 an die Inhalte dieser Vereinbarungen gebunden.

Satz 4 bestimmt, dass die Vereinbarungen auch für die Familienkassen als Träger der Leistungen nach § 6a BKG (vgl. § 7 BKG) gelten, soweit diese im Rahmen des Kinderzuschlags nach § 6a des Bundeskindergeldgesetzes Leistungen für Bildung und Teilhabe durch Gutscheine oder Kostenübernahmeerklärungen erbringen. Die gemeinsamen Einrichtungen und zugelassenen kommunalen Träger werden insoweit im Rahmen eines gesetzlichen Auftrags tätig. Damit wird sichergestellt, dass die Familienkassen zur Erbringung der Teilhabeleistungen nach § 6a BKG keiner gesonderten Vereinbarungen bedürfen: Kinder und Jugendliche, die Leistungen nach dem Zweiten Buch beziehen oder für die Kinderzuschlag gewährt wird, sollen grundsätzlich die gleichen Angebote für Bildung und Teilhabe in Anspruch nehmen können. Damit wird rechtskreisübergreifend Aufwand bei den Leistungsanbietern sowie den Trägern der Leistungen nach dem Zweiten Buch und nach dem Bundeskindergeldgesetz vermieden.

Zu Absatz 3

Satz 1 sichert das notwendige Maß an Qualität und ist die Grundlage für die Abrechnung zwischen dem Leistungsträger und dem Leistungsanbieter. Als Instrument dafür dienen Vereinbarungen zwischen den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende und den Leistungsanbietern, die denen des § 17 Absatz 2 zu entsprechen haben. Eine unmittelbare Anwendung dieser Vorschrift scheidet aus, weil sie nur für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit in Gestalt von Sach- und Dienstleistungen gilt. Die Vereinbarung zwischen Jobcenter und Leistungsanbieter ist die Basis für abzurechnende Gutscheine oder Kostenübernahmeerklärungen. Die Vereinbarungen umfassen die Höhe der Vergütung, den Umgang mit den Fällen, in denen der Leistungsanbieter vereinbarungsgemäß die Leistung angeboten und der Leistungsberechtigte diese nicht abgerufen hat, die Pflicht zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsabgaben sowie allgemeine Anforderungen an die Qualität der Leistung. Die Vereinbarung sollte einen der Leistung angemessenen Rahmen besitzen. Der inhaltliche Umfang der Vereinbarungen orientiert sich an den Erfordernissen der jeweiligen Leistung und der Dauer der Zusammenarbeit. Bei der Lernförderung können die Vereinbarungen mit den Einzelpersonen (zum Beispiel mit Studierenden, Oberstufenschülerinnen und -schülern) auf ein notwendiges Minimum beschränkt werden.

Der Abschluss von Vereinbarungen mit gewerblichen Anbietern ist nach Maßgabe des Satzes 2 nachrangig. Zivilgesellschaftlichen Strukturen, die vielfach auf ehrenamtlichem Engagement beruhen, soll der unbedingte Vorrang eingeräumt werden. Die Aktivitäten der freien Träger der Jugendhilfe und Lernförderung durch schulnahe Projekte dienen in erheblichem Umfang auch dem sozialen Lernen. Freiwillige Übernahme von Verantwortung und gegenseitiges Helfen lassen sich nicht in vergleichbarer Weise durch gewerbliche Angebote erreichen. Als Privatpersonen kommen insbesondere ältere Schülerinnen und Schüler, Studierende und ehemalige Lehrkräfte in Betracht.

Erweisen sich Leistungsanbieter als ungeeignet, muss der zuständige Träger die Möglichkeit haben, die Vereinbarung mit ihnen zu beenden. Satz 3 regelt daher, dass die Vereinbarungen für diesen Fall das Recht zur außerordentlichen Kündigung vorsehen müssen. Geht der Träger der öffentlichen Jugendhilfe von einer Gefährdung des Wohls der Kinder und Jugendlichen aus und teilt dies dem Jobcenter mit, so ist eine außerordentliche Kündigung auszusprechen (Satz 4). In einem sich gegebenenfalls anschließenden

Verwaltungsverfahren ist der Träger der Jugendhilfe zu beteiligen; im gerichtlichen Verfahren ist er notwendig beizuladen.

Satz 5 stellt klar, dass an Vereinbarungen mit Schulträgern und anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts geringere Anforderungen zu stellen sind. Dabei wird berücksichtigt, dass die von diesen Trägern erbrachten Leistungen aufgrund der Bindung an Grundsätze der öffentlichen Verwaltung ein höheres Maß an die ordnungsgemäße Leistungserbringung bieten. Insbesondere die Einlösung von Gutscheinen sowie die Abrechnung nach bestimmten Kostenübernahmeerklärungen bedürfen jedoch auch insoweit einer näheren Ausgestaltung. Die geringeren Anforderungen gelten nach Satz 6 auch für solche Leistungsanbieter, mit denen der kommunale Träger im Rahmen seiner sonstigen öffentlichen Aufgaben, insbesondere als Träger der öffentlichen Jugendhilfe oder als Schulträger vertrauensvoll zusammenarbeitet. Dadurch wird ein bürokratisches Nebeneinander unterschiedlicher Vereinbarungen vermieden. Allerdings muss auch dieser Zusammenarbeit eine Vereinbarung zugrunde liegen, die ein ordnungsgemäßes Leistungsangebot auch für die Leistungen nach § 28 sicherstellt. Im Falle von Unregelmäßigkeiten bleibt der Agentur für Arbeit die Kündigung der Abrechnungsvereinbarung unbenommen.

Zu Absatz 4

Satz 1 ermächtigt die Agenturen für Arbeit, die kommunalen Träger mit dem Abschluss und der Ausführung der Vereinbarungen zu beauftragen. Auch die Aufgaben nach § 29 Absatz 4 werden gemäß § 44b Absatz 1 Satz 2 und § 6b Abs. 1 Satz 1 von den Jobcentern wahrgenommen.

Dabei ist sicherzustellen, dass die Aufgabenverantwortung der Agentur für Arbeit gewahrt bleibt. Diesem Zweck dient insbesondere die entsprechende Geltung der §§ 89, 91 und 92 des Zehnten Buches. Eine Kündigung nach § 92 des Zehnten Buches ist allerdings nur möglich, wenn sie auf einem wichtigen Grund beruht.

Die Vorschrift ermöglicht die Beauftragung der kommunalen Träger mit dem Abschluss der Vereinbarungen. Die Beauftragung kann sich darüber hinaus auch auf die Ausführung der jeweiligen Vereinbarung erstrecken; die Ausführung kann damit - je nach Umfang der Beauftragung - auch die Abrechnung der eingelösten Gutscheine mit den Leistungsanbietern oder die Abrechnung entsprechend der Kostenübernahmeerklärung umfassen. Dabei wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die kommunalen Träger, die regelmäßig zugleich Schulträger und Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind, einen besseren Überblick über das lokale Leistungsangebot für Kinder und Jugendliche haben als die Agenturen für Arbeit bzw. die gemeinsamen Einrichtungen. Die kommunalen Träger sollen deshalb - von atypischen Ausnahmefällen abgesehen - regelmäßig einen Anspruch auf Beauftragung haben.

Um diesen Anspruch realisieren zu können, wird in Satz 2 für diese besondere Konstellation das Beauftragungsverfahren des § 44c Absatz 2 Satz 2 Nummer 4 ausgeschlossen. Die Beauftragung erfolgt im Rahmen der laufenden Geschäftsführung nach § 44d Absatz 1 Satz 1 durch den Geschäftsführer. Für die zugelassenen kommunalen Träger haben die Sätze 1 und 2 keinen Anwendungsbereich.

Satz 3 erweitert die Möglichkeit der Durchführungsheranziehung kreisangehöriger Gemeinden und Gemeindeverbände über den Anwendungsbereich des § 6 Absatz 2 Satz 1 hinaus. Damit regionale Besonderheiten hinreichend berücksichtigt werden und auf bereits vorhandene Angebotsstrukturen vor Ort aufgebaut werden kann, sollen Kreise die ihnen zugehörigen Gemeinden und Gemeindeverbände zur Durchführung des Auftrags herangezogen werden können.

Zu Absatz 5

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales regelt durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates, dass die Leistungserbringung, die Einlösung der Gutscheine und die Abrechnung der jeweiligen Anbieter mit den Agenturen für Arbeit als Leistungsträger mittels eines elektronischen Abrechnungssystems erfolgen können, sollen oder müssen. Praktische Erfahrungen in Kommunen (zum Beispiel mit der Familienkarte in Stuttgart) und wissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass im Bereich der Teilhabeangebote für Kinder und Jugendliche kartenbasierte Verrechnungssysteme eine zielgenaue, effiziente und weitgehend diskriminierungsarme Art der Leistungserbringung sind. Mit der Rechtsverordnung regelt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auch die Errichtung, das Verfahren und die Nutzung des elektronischen Abrechnungssystems sowie die Einzelheiten für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der für diesen Zweck erforderlichen personenbezogenen Daten. Damit besteht auch die Möglichkeit, für alle Jobcenter, einschließlich der zugelassenen kommunalen Träger, die Verwendung eines einheitlichen Systems vorzugeben.

Zu § 30

Die Vorschrift regelt, welche Besonderheiten neben den allgemeinen Regelungen des § 29 für die Leistungserbringung mittels Gutscheine gelten.

Zu Absatz 1

Satz 1 regelt, dass der Leistungserfolg bei den Leistungen nach § 28 Absatz 2, 4 bis 6 bereits mit der Ausgabe des Gutscheins als eingetreten gilt. Dies folgt aus der neuen Leistungsform des Gutscheins und trägt dem Umstand Rechnung, dass die Träger der Grundsicherung für die Bereitstellung eines hinreichenden Leistungsangebots kein eigenständiger Sicherstellungsauftrag trifft.

Satz 2 trifft eine Sonderregelung bezüglich der Gutscheine für eintägige Schulausflüge. Diese sind von den Jobcentern für das laufende Schulhalbjahr regelmäßig im Voraus auszugeben. Die Vorschrift dient der Verwaltungsvereinfachung. Anzahl, Zeitpunkt und Kosten schulischer Ausflüge variieren je nach Schulform, Schule und Klassenstufe erheblich, so dass eine einzelne Abrechnung jedes Schulausflugs auch angesichts der regelmäßig nur verhältnismäßig geringen Kosten ineffizient wäre.

Satz 3 berücksichtigt, dass auch bei der Lernförderung und den Leistungen für Teilhabe nach § 28 Absatz 6 monatlich wiederkehrenden Bedarfe auftreten können (zum Beispiel monatliche Zahlungen für Lernförderung oder monatliche Vereinsbeträge). Hinzu kommt, dass Kinder und Jugendliche bis zur Höhe des geregelten Budgets während des Bewilligungszeitraums über den Zeitpunkt der Einlösung der Gutscheine und die Inanspruchnahme der Angebote frei entscheiden sollen. Daher können Gutscheine für den gesamten Bewilligungszeitraum im Voraus ausgegeben werden.

Die in Satz 4 geregelte Befristung der Gutscheine dient der Zuordnung zur gegenwärtigen Hilfebedürftigkeit und zu den Haushaltsjahren. Der Umfang der Befristung hat sich an dem Gegenstand des Gutscheins und dessen Inhalt zu orientieren. Das Ende der Befristung führt bei nicht eingelösten beziehungsweise genutzten Gutscheinen zu einem Verfall des darin enthaltenen Zahlungsverprechens. Nach Ablauf der Gültigkeit kann der Anbieter den Gutschein nicht mehr einlösen; er verliert seinen Vergütungsanspruch.

Satz 5 regelt aus Billigkeitsgründen den Fall des Verlustes des Gutscheins besonders. Da der Leistungserfolg mit der Ausgabe des Gutscheins als eingetreten gilt, wäre der Träger der Leistungen für Bildung und Teilhabe ohne diese Vorschrift auch im Fall des Verlustes zur Neuausstellung nicht verpflichtet. Dies ist anders als bei Geldleistungen nicht interessengerecht, weil die Gutscheine in personalisierter Form zu erbringen sind und nur vom Leistungsberechtigten selbst eingelöst werden dürfen. Soweit Teile des Gutscheins bereits in Anspruch genommen worden sind, ist der Zweck des Gutscheins bereits erreicht worden. Deshalb kann eine erneute Ausstellung insoweit nicht verlangt werden.

Zu Absatz 2

Satz 1 stellt klar, dass Gutscheine nur von Leistungsanbietern abgerechnet werden können, die über eine Vereinbarung nach § 29 Absatz 2 und 3 verfügen. Andere Anbieter können Gutscheine nicht einlösen; sie haben gegen das Jobcenter, das den Gutschein ausgegeben hat, keinen Vergütungsanspruch. Die Regelung des Absatzes 3 macht diese Rechtsfolge für potenzielle Leistungsanbieter hinreichend transparent. Die Abrechnungsfrist in Satz 2 ermöglicht den Anbietern der Leistungen mehrere Gutscheine gebündelt abzurechnen. Die Frist von einem halben Jahr beinhaltet für den Leistungsträger und dem Anbieter der Leistungen einen verbindlichen Rahmen für die Abwicklung der Leistungsbeziehung und berücksichtigt die jeweiligen Interessen.

Zu Absatz 3

Mit der Regelung in Absatz 3 wird die notwendige Transparenz für die Leistungsberechtigten und die Leistungsanbieter sichergestellt. Potenzielle Leistungsanbieter sind darauf hinzuweisen, dass sie Gutscheine nur dann abrechnen können, wenn sie zuvor mit dem Jobcenter eine Vereinbarung nach § 29 Absatz 2 und 3 abgeschlossen haben. Die Zeiträume, in denen die Gutscheine gültig sind und das Ende der Abrechnungsmöglichkeit, müssen vermerkt sein. Bei Überschreiten der Fristen verlieren die Gutscheine ihre Gültigkeit beziehungsweise der Anbieter der Leistung seinen Abrechnungsanspruch gegenüber dem Jobcenter.

Zu § 30a

Die Vorschrift regelt die Möglichkeit der Direktabrechnung gegenüber den Leistungsanbietern, sofern Leistungen für Bildung und Teilhabe nicht mittels Gutschein erbracht werden. Daneben behalten die allgemeinen Regelungen des § 29 grundsätzlich ihre Gültigkeit.

Zu Absatz 1

Nach Absatz 1 gilt der Leistungsanspruch mit der Erklärung der Kostenübernahme als erfüllt. Hierzu soll die Agentur für Arbeit dem Leistungsanbieter bestätigen, welche Leistungsberechtigten eine Kostenübernahmeerklärung für die Inanspruchnahme seiner Leistungsangebote erhalten haben. Damit ist der Leistungsträger nicht zur Schaffung entsprechender Angebote verpflichtet. Nach Satz 2 sind Kostenübernahmeerklärungen der Höhe nach zumindest auf den Wert zu begrenzen, der sich aus der Zahl der Leistungsberechtigten sowie dem Wert der in Anspruch genommenen Leistung, höchstens jedoch dem für die Deckung des jeweiligen Bedarfs zur Verfügung stehenden Budgets, ergibt. Das gilt insbesondere für Vereinbarungen, mit denen nachträglich die Zahl der tatsächlich in Anspruch genommenen Angebote abgerechnet werden sollen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 erklärt für die Abrechnung mit den Leistungsanbietern die Vorschrift des § 30 Absatz 2 Satz 1 für entsprechend anwendbar. Damit wird klargestellt, dass auch beim Erbringungsweg über Kostenübernahmeerklärungen ein Vergütungsanspruch der Leistungsanbieter nur besteht, wenn mit ihm eine Vereinbarung abgeschlossen wurde. Der erforderliche Mindestinhalt der Vereinbarung richtet sich nach § 29 Absatz 2 und 3. Dazu gehört in jedem Fall die Vereinbarung über die Vergütung und die Art der Abrechnung.

Zu Absatz 3

Soll die Leistung mittels Kostenübernahmeerklärungen erbracht werden, sind Pauschalen zu vereinbaren. Diese haben sich an der Zahl der Leistungsberechtigten und an der durchschnittlichen Inanspruchnahme zu orientieren. Da nach § 29 Absatz 2 Satz 4 auch die Familienkassen an vereinbarte Pauschalen gebunden sind, sind auch die Kinder kinderschlagsberechtigter Eltern bei der Bemessung der Pauschale zu berücksichtigen.

Bei der Vereinbarung von Pauschalen sind weiterhin die voraussichtliche Nachfrage leistungsberechtigter Personen und die dafür üblicherweise zu zahlenden Entgelte zu berücksichtigen. Sie sollen die tatsächlichen Verhältnisse insgesamt möglichst realitätsgerecht abbilden. Eine vereinbarte Pauschalierung macht eine nachträgliche Einzelabrechnung der in Anspruch genommenen Leistungen entbehrlich. Pauschalvereinbarungen sollen getroffen werden, wenn sie sich unter Berücksichtigung von Bürokratiekosten bei vorausschauender Betrachtung als insgesamt wirtschaftlicher und sparsamer darstellen. Die Regelungen dienen insoweit ausschließlich den Interessen der Träger der Leistungen nach diesem Buch. Leistungsanbieter haben keinen Anspruch darauf, dass mit ihnen Pauschalvereinbarungen abgeschlossen werden.

Werden Pauschalen vereinbart, die gleichermaßen die Agentur für Arbeit und die zuständige Familienkasse binden, so ist gegenüber dem Leistungsanbieter in der Vereinbarung der Umfang des gegen den jeweiligen Träger gerichteten Zahlungsanspruchs zu regeln (Satz 2).

Da den vereinbarten Pauschalen Annahmen zugrunde liegen, die sich je nach der Inanspruchnahme der Angebote, der Zahl der Leistungsanbieter und Leistungsberechtigten stark verändern können, sind Pauschalen regelmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Daher sind Pauschalvereinbarungen längstens für ein Jahr abzuschließen (Satz 3). Da die Vorschrift von der nachträglichen Abrechnung der Pauschalen ausgeht, ist sicherzustellen, dass Leistungsanbieter auch während des laufenden Jahres über die notwendigen Mittel zur Bereitstellung der Angebote für Bildung und Teilhabe verfügen; daher können die Leistungen die Abrechnung von Vorschüssen auf die zu zahlende Pauschale vorsehen.

Schließen Agenturen für Arbeit oder von ihnen beauftragte Träger Pauschalvereinbarungen ab, so haben sie sicherzustellen, dass die Summe der vereinbarten Pauschalen nicht den Wert der nach § 28 Absatz 6 auf alle Leistungsberechtigten oder beim Kinderzuschlag zu berücksichtigenden Personen entfallenden Bedarfe übersteigt.

Zu Absatz 4

Leistungsberechtigte, die vom zuständigen Träger zur Deckung ihrer Bedarfe nach § 28 Gutscheine erhalten haben, sollen diese auch bei Leistungsanbietern einlösen können, die mit dem für sie nach § 29 Absatz 2 und 3 zuständigen Träger Pauschalen vereinbart haben. In diesen Fällen zählen die Leistungsberechtigten bei der Abrechnung der vereinbarten Pauschale auch dann, wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Zuständigkeitsbereich des Trägers haben, der die Pauschale vereinbart hat. Folglich ist der Gutschein nicht noch einmal gesondert mit dem Träger abzurechnen, der den Gutschein ausgestellt hat (Satz 1).

Für den umgekehrten Fall, dass der Leistungsanbieter die Abrechnung von Gutscheinen vereinbart hat, jedoch Leistungsberechtigte mit einer Kostenübernahmeerklärung das Leistungsangebot in Anspruch nehmen, ist der Leistungsanbieter abweichend von seiner Vereinbarung nur zur Abrechnung mit demjenigen Träger berechtigt, der die Kostenübernahme erklärt hat.

Vorbemerkung zu den §§ 31 bis 32

Die Verfassung gebietet nicht die Gewährung bedarfsunabhängiger, voraussetzungsloser Sozialleistungen (BVerfG v. 7. Juli 2010 - 1 BvR 2556/09). Das Grundrecht aus Artikel 1 Absatz 1 GG in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 GG greift nur dann ein, wenn und soweit andere Mittel zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht zur Verfügung stehen. Wenn einem Menschen die zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins notwendigen materiellen Mittel fehlen, weil er sie weder aus seiner Erwerbstätigkeit, noch aus eigenem Vermögen noch durch Zuwendungen Dritter erhalten kann, ist der Staat im Rahmen seines Auftrages zum Schutz der Menschenwürde und in

Ausfüllung seines sozialstaatlichen Gestaltungsauftrages verpflichtet, die Menschenwürde positiv zu schützen. Er muss dafür Sorge tragen, dass einem hilfebedürftigen Menschen die materiellen Voraussetzungen dafür zur Verfügung stehen, um seine Würde in solchen Notlagen, die nicht durch eigene Anstrengung und aus eigenen Kräften überwunden werden können, durch materielle Unterstützung zu sichern. Das Prinzip des Fördern und Forderns besagt, dass eine Person, die mit dem Geld der Steuerzahler in einer Notsituation unterstützt wird, mithelfen muss, ihre Situation zu verbessern. Eine Person, die hilfebedürftig ist, weil sie keine Arbeit findet, kann mit der Unterstützung der Gemeinschaft rechnen. Im Gegenzug muss sie alles unternehmen, um ihren Lebensunterhalt wieder selbst zu verdienen.

Die bisherige Vorschrift des § 31 SGB II ist eine der zentralen Normen im SGB II, da sie die Schnittstelle zwischen den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes darstellt. Sie muss praxisgerecht ausgestaltet und für die Leistungsberechtigten und die Grundsicherungsstellen rechtssicher anwendbar sein. Durch verschiedene Rechtsänderungen ist die Regelung sehr komplex und schwer verständlich geworden; die Rechtsanwendung ist dadurch schwieriger geworden. Die vorliegende Neustrukturierung führt zu einer Entzerrung und besseren Übersichtlichkeit der Sanktionsregelungen. Dabei werden die bisherigen Sanktionstatbestände im Wesentlichen beibehalten und die Rechtsfolgen von Pflichtverletzungen nahezu unverändert übernommen.

Die bisher in einem Paragraphen zusammengefassten Sanktionsregelungen werden wie folgt neu strukturiert:

- Regelung der Tatbestände von Pflichtverletzungen (§ 31),
- Regelung der Rechtsfolgen bei Pflichtverletzungen (§ 31a),
- Regelung zu Beginn und Dauer der Minderung (§ 31b),
- Regelung zu Meldeversäumnissen (§ 32).

Die bisherige Regelung zu Absenkung und Wegfall des Sozialgeldes in § 32 wird in die neu strukturierten Sanktionsregelungen integriert.

Zu § 31

Zur besseren Übersichtlichkeit werden die Tatbestände von Pflichtverletzungen in der Regelung des neuen § 31 zusammengefasst. Die bisher in § 31 Absatz 1 enthaltenen Pflichtverletzungen sind weiterhin im neuen § 31 Absatz 1 enthalten. Dabei werden die bisherigen Pflichtverletzungstatbestände, die bereits abstrakt in einem anderen Pflichtverletzungstatbestand enthalten waren, gestrichen und die verbleibenden Pflichtverletzungstatbestände neu nummeriert.

Im Einzelnen:

Künftig kann eine Pflichtverletzung im Sinne der Vorschrift auch vorliegen, wenn der Leistungsberechtigte die Rechtsfolgen seines Verhaltens kannte. Der Nachweis über eine schriftliche Rechtsfolgenbelehrung muss in diesem Fall nicht geführt werden.

Der bisherige Tatbestand des § 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a wird gestrichen, da die Eingliederungsvereinbarung bereits nach geltendem Recht durch einen Verwaltungsakt nach § 15 Absatz 1 Satz 6 ersetzt werden soll, wenn eine Eingliederungsvereinbarung nicht zustande kommt. Mit der Möglichkeit, einen Verwaltungsakt zu erlassen, steht den Grundsicherungsstellen ein milderes Mittel zur Verfügung, um verbindliche Pflichten für den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zu regeln. Gleichzeitig wird klargestellt, dass bei einem Verstoß gegen die im Verwaltungsakt nach § 15 Absatz 1 Satz 6

festgelegten Pflichten die gleichen Rechtsfolgen wie bei einem Verstoß gegen die in einer Eingliederungsvereinbarung festgelegten Pflichten eintreten.

Verstößt der erwerbsfähige Leistungsberechtigte ohne wichtigen Grund gegen diese Pflichten, dann treten die entsprechenden Sanktionen ein.

Die bislang in Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe c enthaltene Aufzählung des „zumutbaren Angebotes nach § 15a“ entfällt, da dieser Tatbestand durch die Konkretisierung der einzelnen Pflichtverletzungen in Absatz 1 bereits mit umfasst ist und eine besondere Aufzählung systematisch nicht erforderlich ist.

Ferner wird anlässlich der Neustrukturierung in Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 klargestellt, dass die Weigerung zur Aufnahme oder Fortführung einer zumutbaren Arbeit, Ausbildung, Arbeitsgelegenheit, einer mit einem Beschäftigungszuschuss nach § 16e geförderten Arbeit in jedem Fall zu einer Sanktion führt. Eine Pflichtverletzung nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 liegt unabhängig davon vor, ob die aufgezählten Angebote in einer Eingliederungsvereinbarung, in dem die Eingliederungsvereinbarung ersetzenden Verwaltungsakt oder außerhalb der Vereinbarung beziehungsweise des Verwaltungsaktes unterbreitet werden. Die Klarstellung ist erforderlich, weil teilweise in der Rechtsprechung und Rechtsliteratur die Auffassung vertreten wurde, dass wegen der bisherigen Formulierung in § 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe c „oder eine sonstige in der Eingliederungsvereinbarung vereinbarte Maßnahme“ eine Sanktionierung nur in Betracht käme, wenn die in Nummer 2 genannten Angebote Teil der Eingliederungsvereinbarung sind. Diese Auffassung hätte einen stark eingeschränkten Anwendungsbereich des Sanktionstatbestandes in Nummer 2 zur Folge, denn beispielsweise werden zumutbare Arbeitsangebote in der Regel kurzfristig mit der Aufforderung zur umgehenden Vorstellung beim Arbeitgeber unterbreitet. Wenn es zur Sanktionierung erforderlich wäre, entsprechende Arbeitsangebote zunächst gemeinsam mit dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in die Eingliederungsvereinbarung aufzunehmen, entstünden nicht hinnehmbare Verzögerungen bei der Vermittlung von erwerbsfähigen Hilfedürftigen in Arbeit. Deshalb wird die genannte Formulierung gestrichen.

In Absatz 1 Nummer 3 wird eine offensichtliche Regelungslücke beseitigt. Der bisherige Wortlaut ermöglicht eine Sanktionierung nur, wenn der erwerbsfähige Leistungsberechtigte eine zumutbare Maßnahme abgebrochen oder Anlass für den Abbruch gegeben hat. Die Sanktionierung des Nichtantrittes einer zumutbaren Maßnahme war nach dem bisherigen Wortlaut hingegen nicht möglich. Diese Regelungslücke wird nunmehr geschlossen. Auch der Nichtantritt einer zumutbaren Maßnahme stellt nun eine Pflichtverletzung dar.

In Absatz 2 werden die bisher in § 31 Absatz 4 geregelten Minderungstatbestände übernommen. Aus systematischen Gründen wird das Vorliegen einer Pflichtverletzung für die aufgeführten Fallkonstellationen teilweise fingiert. Dies ist deshalb notwendig, weil die sanktionierten Handlungen zum Teil zeitlich vor dem Eintritt in den Leistungsbezug nach dem SGB II liegen.

Zu § 31a

Zu Absatz 1

In den Sätzen 1 bis 3 werden die bisherigen Rechtsfolgen für erste und wiederholte Pflichtverletzungen für über 25-Jährige erwerbsfähige Leistungsberechtigte unverändert zusammengefasst.

Um mehr Rechtsklarheit zu schaffen und unnötige Gerichtsverfahren zu vermeiden, wird in Satz 4 ergänzend geregelt, dass der Eintritt einer wiederholten Pflichtverletzung auf der nächst höheren Stufe erst eintreten kann, wenn zeitlich vorher eine Minderung wegen einer Pflichtverletzung auf der vorhergehenden Stufe festgestellt worden ist. Durch die Neuregelung wird verdeutlicht, dass die Feststellung einer Pflichtverletzung auf der

nächsten Stufe erst nach Bekanntgabe der vorangegangenen Sanktionsentscheidung erfolgen kann.

In Satz 5 ist weiterhin die bisherige Regelung enthalten, wonach eine wiederholte Pflichtverletzung nur innerhalb von einem Jahr vorliegen kann.

Satz 6 übernimmt die bekannte Regelung zur Abmilderung einer Sanktion. Geregelt wird nun, dass der maßgebliche Zeitpunkt, ab dem der Träger die Abmilderung feststellt, der Zeitpunkt der Erklärung der oder des Betroffenen ist. Die dreimonatige Dauer der Sanktion nach § 31b Absatz 1 Satz 3 bleibt hiervon unberührt.

Zu Absatz 2

Mit den Sätzen 1 und 2 werden die bisherigen Rechtsfolgen für erste und wiederholte Pflichtverletzungen bei unter 25-Jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unverändert übernommen. Satz 3 verweist auf die in Absatz 1 geregelten Voraussetzungen für den Eintritt einer wiederholten Pflichtverletzung. Mit Satz 4 wird die bekannte Regelung zur Abmilderung einer Sanktion bei unter 25-Jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten übernommen. Geregelt wird nun, dass der maßgebliche Zeitpunkt, ab dem der Träger die Abmilderung feststellt, der Zeitpunkt der Erklärung der oder des Betroffenen ist.

Zu Absatz 3

Satz 1 übernimmt die bisherigen Regelungen zur Erbringung von Sachleistungen bei Sanktionen. Hierdurch wird sichergestellt, dass den Betroffenen stets ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um ihnen ein menschenwürdiges Existenzminimum zu gewährleisten.

Mit Satz 2 wird die bisher als Sollvorschrift ausgestaltete Regelung zur Erbringung von Sachleistungen an Bedarfsgemeinschaften mit minderjährigen Kindern als Verpflichtung zur Leistungserbringung ausgestaltet. Danach hat der zuständige Leistungsträger ergänzend Sachleistungen bei einer Minderung des Arbeitslosengeldes II um mehr als 30 vom Hundert des nach § 20 maßgebenden Regelbedarfs zu erbringen, wenn minderjährige Kinder in der Bedarfsgemeinschaft leben. Hierdurch soll das Existenzminimum von minderjährigen Kindern besonders gesichert werden, die ohne ihr eigenes Zutun Gefahr laufen, von der Leistungskürzung eines Mitglieds ihrer Bedarfsgemeinschaft mitbetroffen zu werden.

Die Regelung in Satz 3 sieht eine Direktüberweisung des Arbeitslosengeldes II an Vermieter und andere Empfangsberechtigte für alle erwerbsfähigen Leistungsberechtigten vor, soweit es für den Bedarf für Unterkunft und Heizung geleistet wird, um Obdachlosigkeit zu vermeiden. Es soll sichergestellt werden, dass der Anteil der Transferleistungen, der für die Unterkunft und Heizung gedacht ist, auch tatsächlich bei Vermietern und anderen Empfangsberechtigten (zum Beispiel Energieversorgungsunternehmen) ankommt. Die Regelung trägt dem Grundrecht der Leistungsberechtigten auf informationelle Selbstbestimmung Rechnung. Eine Direktüberweisung des für die Unterkunft und Heizung gewährten Teils des Arbeitslosengeldes II an Dritte kommt nur für den individuellen Anspruch des Betroffenen in Betracht. Nur für ihn birgt die Minderung des Arbeitslosengeldes II um mindestens 60 Prozent des für den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach § 20 maßgebenden Regelbedarfs die konkrete Gefahr, dass die Transferleistungen für die Wohnkosten nicht zweckentsprechend verwendet werden. Eine Einschränkung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung ist deshalb gerechtfertigt.

Zu Absatz 4

In Absatz 4 wird die frühere Regelung des § 32 zu Absenkung und Wegfall des Sozialgeldes für den Teil der Pflichtverletzungen nach § 31 Absatz 2 Nummer 1 und 2 integriert.

Zu § 31b

In Absatz 1 werden die bisherigen Regelungen zu Beginn und Dauer der Sanktionen zusammengefasst. Um klarzustellen, dass sich der Auszahlungsanspruch der Betroffenen bei pflichtwidrigem Verhalten kraft Gesetzes mindert, wird der Wortlaut teilweise angepasst. Zusätzlich soll die in Absatz 1 Satz 5 geregelte Ausschlussfrist für die wirksame Feststellung der Minderung einen zeitlichen Zusammenhang zwischen Pflichtverletzung und Eintritt der Sanktion gewährleisten. Dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten soll die Ursächlichkeit seines pflichtwidrigen Verhaltens für die Minderung der Leistungen vor Augen geführt werden.

In Absatz 2 wird der bisherige Ausschluss von Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII während des Sanktionszeitraums unverändert übernommen.

Zu § 32

Die Minderung des Arbeitslosengeldes II wegen Meldeversäumnissen und dem Nichterscheinen zu ärztlichen und psychologischen Untersuchungsterminen wird separat geregelt.

Die Regelung zu den Meldeversäumnissen gilt wie bisher auch für alle Leistungsberechtigten. In ihren Anwendungsbereich fallen sowohl über und unter 25-Jährige erwerbsfähige Leistungsberechtigte als auch mit ihnen in Bedarfsgemeinschaft lebende nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte.

Die bei Meldeversäumnissen schwierig anzuwendende Vorschrift der wiederholten Pflichtverletzung wird gestrichen. Gleichzeitig wird in Absatz 1 klargestellt, dass sich die Sanktionszeiträume und -beträge wegen Meldeversäumnissen überlappen können. Dies kann bei mehreren in kurzen Abständen eingetretenen Meldeversäumnissen im Ergebnis zu einer Addition der Sanktionsbeträge führen.

Darüber hinaus wird in Absatz 2 klargestellt, dass die Minderung des Arbeitslosengeldes II wegen Meldeversäumnissen zu Minderungen wegen Pflichtverletzungen nach § 31 hinzutritt.

Die Vorschriften zur Erbringung ergänzender Sachleistungen, der Direktüberweisung der Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie über Beginn und Dauer der Minderung gelten entsprechend.

Zu § 33

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming, redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten sowie der geänderten Vorschriften.

Zu § 34

Mit der Neuregelung des Absatzes 1 wird der bisher in § 34 a.F. geregelte Ersatzanspruch wegen sozialwidrigen rechtmäßigen Verhaltens gesondert gegenüber dem Ersatz rechtswidriger erbrachter Leistungen (§ 34a) geregelt. Im Übrigen soll die Ersatzpflicht sich künftig nicht nur auf passiven Leistungen beschränken, sondern das gesamte Leistungsspektrum des SGB II umfassen. Dies ist sachgerecht, da durch ein sozialwidriges Herbeiführen der Voraussetzungen der Leistungsgewährung sämtliche Leistungen (nicht nur Leistungen zum Lebensunterhalt) des SGB II eröffnet werden. Die Regelung des § 34 bleibt jedoch weiterhin flexibel, um in Härtefällen von der Heranziehung des Ersatzanspruchs absehen zu können.

Zu § 34a

Nach der Vorschrift kann auch von der Verursacherin oder vom Verursacher rechtswidrig gewährter Leistungen an einen Dritten Ersatz verlangt werden. Mit Einführung des § 34a wird der Grundgedanke des § 104 SGB XII in das SGB II aufgenommen, und den besonderen Gegebenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende angepasst. Auch im SGB II soll derjenige zur Erstattung aller Leistungen in Anspruch genommen werden können, der zurechenbar eine unrechtmäßige Leistungsgewährung an Dritte verursacht hat. Die Regelung des neuen § 34a trägt damit dem praktischen Bedürfnis nach Inanspruchnahme des Verursachers Rechnung, da insbesondere bei Leistungsgewährung an minderjährige Kinder auch ein Anspruch gegenüber den gesetzlichen Vertretern bestehen kann. Dies führt auch zu einer Verbesserung der Durchsetzung von Forderungen, da deren Realisierung gegenüber einem (volljährigen) gesetzlichen Vertreter regelmäßig aussichtsreicher ist als gegenüber minderjährigen Personen. Im Übrigen gilt bei Eintritt der Volljährigkeit zugunsten der Schuldner § 1629a BGB, so dass insoweit eine Beschränkung auf das bei Eintritt der Volljährigkeit vorhandene Vermögen gegeben sein kann. Für die Person, die die rechtswidrige Leistungsgewährung an Dritte verursacht hat, sollen dieselben verfahrensrechtlichen Bedingungen gelten wie für die Person, die rechtswidrig begünstigt wurde und deren Leistung nach dem Zehnten Buch zurückgefordert wird. Darüber hinaus soll der Ersatzanspruch auch dann eingreifen, wenn die Bewilligung gegenüber rechtswidrig begünstigten Personen nicht aufgehoben werden kann.

Zu Absatz 1

Ermöglicht wird die Inanspruchnahme der Verursacherin oder des Verursachers rechtswidrig erbrachter Leistungen an Dritte, unabhängig davon, ob diese mit der Verursacherin oder dem Verursacher in einer Bedarfsgemeinschaft zusammen leben. Da nach der ständigen Rechtsprechung der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit (BVerwG, 22.10.1992 - 5 C 65.88, BSG, 7.11.2006 - B 7b AS 8/06) eine Rückabwicklung u.a. nach §§ 45 ff SGB X individuell in jedem Sozialleistungsverhältnis der Bedarfsgemeinschaft zu erfolgen hat und damit Bewilligungsbescheide auch gegenüber minderjährigen Kindern selbst ohne eigenes Verschulden aufzuheben sind, kann ein minderjähriger Verursacher einer rechtswidrigen Leistungsgewährung im Ergebnis nicht besser gestellt werden, als die Minderjährigen, die sich das Verschulden ihrer Vertreter lediglich zurechnen lassen müssen. Insoweit ist der Anspruch nicht auf Personen begrenzt, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Zu Absatz 2

Für den Ersatzanspruch gegen die verursachende Person und den Erstattungsanspruch gegen den Leistungsempfänger nach § 50 des Zehnten Buches (SGB X) gelten gleiche Verjährungsfristen. Damit wird der Gleichklang mit dem Erstattungsanspruch nach § 50 SGB X hergestellt. Sofern ein Bewilligungsbescheid nach § 45 SGB X nicht aufgehoben werden kann, verjährt die Durchsetzung des Ersatzanspruchs in vier Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem die Behörde Kenntnis von der rechtswidrigen Leistungsgewährung erlangte. Insoweit wird die Haftung der verursachenden Person für die rechtswidrige Leistungsgewährung erweitert. Sie ist nicht mehr vom Vorliegen eines Aufhebungsbescheides nach den §§ 45 ff. SGB X abhängig.

Zu Absatz 3

Absatz 3 stellt klar, dass die Ansprüche nicht mit dem Tod der oder des Ersatzpflichtigen erlöschen, sondern als Forderung in seinen Nachlass übergehen. Dabei ist die Ersatzforderung zum Schutz des Erben auf den Nachlasswert im Zeitpunkt des Erbfalls begrenzt. Der Anspruch gegen den Erben erlischt drei Jahre nach Tod der oder des Ersatzpflichtigen. Der Erbe muss somit keine Einrede der Verjährung erheben.

Zu Absatz 4

Soweit mehrere Personen nach Absatz 1 ersatzpflichtig sind, haften diese gesamtschuldnerisch. Der Erstattungsanspruch nach § 50 SGB X gegen die eigentlich rechtswidrig begünstigte Person bleibt hiervon unberührt, so dass für die Erstattung an den Träger einerseits durch § 50 SGB X und andererseits nach dieser Regelung ein geschlossenes Haftungssystem entsteht, in dem beide Erstattungsverpflichtungen kumulativ bestehen.

Zu § 34b

Folgeänderung zur Einfügung eines neuen § 34a.

Zu § 35

Die Erbenhaftung soll wie der Ersatzanspruch nach § 34 das gesamte Leistungsspektrum des SGB II umfassen und nicht nur wie bislang die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Im Übrigen wird die Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming angepasst.

Zu Nummer 32 (Neufassung des Ersten Abschnitts des Vierten Kapitels des SGB II)

Zu § 36

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 36.

Dabei wird eine begriffliche Ungenauigkeit beseitigt. Die kommunalen Träger (Kreise und kreisfreie Städte) verfügen als Gebietskörperschaften über Gebiete. Die Inhalte des Bezirksbegriffs sind dagegen im föderalen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland vielschichtiger und mit dem Gebietsbegriff nicht immer deckungsgleich.

Der neue Satz 3 setzt die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zur örtlichen Zuständigkeit bei der Ausübung des Umgangsrechts um. Sie ist dann relevant, wenn die umgangsberechtigte Person und die dazugehörigen Kinder nicht an einem Ort wohnen und unterschiedliche Jobcenter zuständig sind. Zugleich wird klargestellt, dass keine von der umgangsberechtigten Person abweichende örtliche Zuständigkeit begründet wird, wenn das minderjährige Kind der umgangsberechtigten Person erwerbsfähig wird. Diese ändert sich erst, wenn die Volljährigkeit erreicht wird.

Satz 5 wird eingefügt, um Änderungen im materiellen Leistungsrecht Rechnung zu tragen. Bisher konnten nur Personen Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende beziehen, die mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Deshalb reichte es aus, für die Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit auf den Aufenthalt der erwerbsfähigen Personen abzustellen. Weil die Leistungen für Bildung und Teilhabe nicht von der bedarfsanteiligen, horizontalen Berechnungsmethode erfasst werden, kann es Fälle geben, in denen lediglich nicht erwerbsfähige Kinder und Jugendliche Leistungen für Bildung und Teilhabe beanspruchen können. Für diesen Fall sind die Träger örtlich zuständig, die zuständig wären, würde es sich bei den Kinder und Jugendlichen um erwerbsfähige Personen handeln.

Zu § 36a

Unverändert.

Zu § 37

Mit der Neufassung des § 37 wird geregelt, dass Leistungen nach dem SGB II nur auf Antrag erbracht werden. Dabei umfasst ein Antrag auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts auch dann keinen Antrag auf Eingliederungsleistungen, wenn diese auf Geldleistungen (beispielsweise Kostenerstattung) gerichtet sind.

Nach Absatz 1 sind Leistungen nach § 24 Absatz 3 Satz 1 sowie die Leistungen für Teilhabe und Bildung, sofern sie die Bedarfe Zuschuss zum Mittagessen, Lernförderung und mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen betreffen, gesondert zu beantragen. Anderenfalls wäre der Leistungsträger bei Anträgen auf nachträgliche Kostenerstattung gezwungen festzustellen, ob in der Vergangenheit tatsächlich entsprechende Bedarfe dem Grund und der Höhe nach bestanden.

In Absatz 2 wird nunmehr ergänzend zur bisherigen Rechtslage geregelt, dass ein Antrag – auch einer nach Absatz 1 Satz 2 – auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts auf den Ersten des Monats zurückwirkt. Damit wird dem geltenden Nachranggrundsatz stärker als bislang Rechnung getragen: Einnahmen, die vor Antragstellung im Antragsmonat zufließen, sind als Einkommen bei der Feststellung des Leistungsanspruchs zu berücksichtigen.

Zu § 38

Zu Absatz 1

Entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 38. Im Übrigen erfolgt eine redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Absatz 2

Die Regelung normiert für ein das Umgangsrecht wahrnehmenden Elternteil die Befugnis, die Gewährung von Leistungen nach dem SGB II für sein Kind an sich zu beantragen und diese entgegenzunehmen. Auch wenn Leistungen zur Existenzsicherung gewährt werden, muss die Ausübung des Umgangs ermöglicht werden. Minderjährige Kinder bilden für die Zeit des Aufenthalts beim umgangsberechtigten Elternteil mit diesem eine „temporäre Bedarfsgemeinschaft“ und haben für diese Zeit bei bestehender Hilfebedürftigkeit einen Anspruch auf zeitlich anteilige Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Die Ausübung des Umgangsrechts kann in vielfältiger Form erfolgen: Vom „Wechselmodell“ (das Kind ist die Hälfte der Zeit bei der umgangsberechtigten Person) bis hin zum Aufenthalt an Wochenenden und in den Ferien sind viele Varianten denkbar. In allen diesen Fällen besteht ein Anspruch entsprechend der Dauer des Aufenthalts. Der Umgangsberechtigte, der das Sorgerecht nicht inne hat, ist bislang grundsätzlich nicht vertretungsbefugt und konnte damit einen Antrag auf Leistungen nach dem SGB II für das Kind nicht stellen. Die nun ausdrücklich normierte Antragsbefugnis nebst Empfangsberechtigung erfasst alle Verfahrenshandlungen, die mit der Antragstellung und der Entgegennahme der Leistungen zusammenhängen und der Verfolgung des Antrags dienen, mithin auch die Einlegung des Widerspruchs.

Zu § 39

Entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 39.

Die Änderung stellt klar, dass auch Widerspruch und Klage gegen einen die Pflichtverletzung und die Minderung des Auszahlungsanspruchs feststellenden Verwaltungsakt nach § 31b Absatz 1 und § 31c keine aufschiebende Wirkung haben.

Zu § 40

Zur besseren Berücksichtigung der besonderen Leistungen nach dem SGB II sind die Verweise auf die im Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) und im Zehnten Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) geregelten Verfahrensvorschriften zu modifizieren.

Zu Absatz 1

§ 40 Absatz 1 Satz 1 entspricht der bisherigen Fassung. § 40 Absatz 1 Satz 2 enthält eine Sonderregelung zur Anwendung des § 44 SGB X. § 44 SGB X dient dazu, einen Ausgleich zwischen dem Interesse der Allgemeinheit an Rechtssicherheit und dem Interesse des Leistungsberechtigten an materieller Gerechtigkeit für den Fall herzustellen, dass eine Verwaltungsentscheidung zum Nachteil des Leistungsberechtigten rechtswidrig war. Diese Funktion des § 44 SGB X ist auch in der Grundsicherung für Arbeitsuchende unverzichtbar. Die Vierjahresfrist des § 44 Absatz 4 ist allerdings für die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende, die als steuerfinanzierte Leistungen der Sicherung des Lebensunterhalts und der Eingliederung in Arbeit dienen und dabei im besonderen Maße die Deckung gegenwärtiger Bedarfe bewirken sollen (so genannter Aktualitätsgrundsatz), zu lang. Eine kürzere Frist von einem Jahr ist sach- und interessengerecht. Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende können damit längstens bis zum Beginn des Jahres rückwirkend erbracht werden, das dem Jahr der Rücknahme des rechtswidrigen Verwaltungsaktes oder der darauf gerichteten Antragstellung vorausgegangen ist. Dies trägt auch zur Entlastung der Träger der Leistungen nach dem SGB II und der Sozialgerichte bei.

Zu Absatz 2

Zu Nummer 1

Entspricht dem bisherigen § 40 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1a. Die neu aufgenommene ergänzende Maßgabe lässt es zu, im Hinblick auf ein anhängiges Normenkontrollverfahren im Sinne des § 55a des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) Bewilligungen für vorläufig zu erklären. Hierdurch werden unnötige Rechtsstreitigkeiten vermieden.

Zu Nummer 2

Der Verweis auf § 330 Absatz 1 SGB III wird nunmehr separat aufgeführt, da der Verweis um Regelungen zu ergänzen ist, die durch die Einführung eines Normenkontrollverfahrens im SGG bedingt sind (Artikel 4 Nummer 4). Nummer 2 stellt den Anwendungsbereich des § 330 Absatz 1 SGB III für den Fall der Nichtigerklärung einer Satzung oder einer anderen im Rang unter einem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschrift klar. Hierdurch werden unnötige Rechtsstreitigkeiten vermieden.

Zu Nummer 3

Entspricht dem bisherigen Verweis.

Zu Nummer 4

Mit dem modifizierten Verweis auf § 331 SGB III wird klargestellt, dass Träger bei Vorliegen der dort genannten Voraussetzungen nicht nur zur Zahlungseinstellung hinsichtlich eines gesamten Leistungsanspruchs, sondern auch zur teilweisen Zahlungseinstellung berechtigt sind. Voraussetzung ist, dass die Träger Kenntnis von Tatsachen haben, die sie mit Wirkung für die Vergangenheit zu einer entsprechenden Teilaufhebung berechtigen würden.

Zu Nummer 5

Entspricht dem bisherigen Verweis.

Zu Absatz 3

Da Gutscheine als neue, eigenständige Leistungsform in das SGB II aufgenommen werden (siehe § 4 Absatz 1 Nummer 3), ist für die Erstattung eine gesonderte Regelung zu treffen. In Anlehnung an § 50 Absatz 1 Satz 2 SGB X bestimmt § 40 Absatz 3 Satz 1, dass Gutscheine wie Sach- und Dienstleistungen in Geld zu erstatten sind. § 40 Absatz 3

Satz 2 ermöglicht es den Leistungsempfängern allerdings, die Erstattungsforderung durch Rückgabe unverbrauchter Gutscheine zu tilgen. Dadurch wird sichergestellt, dass Leistungen nicht in größerem Umfang erstattet werden müssen, als sie bisher in Anspruch genommen worden sind.

Zu Absatz 4

Die bisher in Absatz 2 geregelte Beschränkung des Erstattungsanspruchs in Fällen zu Unrecht erbrachten Arbeitslosengeldes II oder Sozialgeldes wird an die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2011 vorgenommene Streichung der Heizkostenkomponente im Wohngeldgesetz angepasst.

Satz 2 ordnet weiterhin für vorwerfbares Verhalten an, dass abweichend von Satz 1 der Erstattungsanspruch in voller Höhe besteht. Dabei wird dem Fall der vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Nichtmitteilung wesentlicher Änderungen der Fall gleichgestellt, dass der Erstattungspflichtige wusste oder wissen musste, dass der die zu erstattende Leistung bewilligende Verwaltungsakt zum Ruhen gekommen oder kraft Gesetzes ganz oder teilweise weggefallen ist.

Zu den Absätzen 5 und 6

Entspricht den bisherigen Regelungen.

Zu § 41

Zu Absatz 1

Der Wortlaut entspricht dem bisherigen Absatz 1.

Zu Absatz 2

Die bislang in Absatz 2 enthaltene Rundungsvorschrift hat zu Unklarheiten geführt und wird deshalb aufgehoben.

Zunächst war in der Vorschrift nicht geregelt, wie zu verfahren ist, wenn sich der zu rundende Betrag zwischen 0,49 und 0,50 Euro beläuft. Weiter war unklar, ob von der Rundungsregel nur die Ausgangsbeträge, die Beträge bei jedem Rechenschritt, die Beträge vor der Einkommensanrechnung, die individuellen Gesamtansprüche, die jeweiligen Ansprüche auf die Regelleistung, Zuschläge und die Kosten der Unterkunft oder nur die allgemeinen Leistungen nicht jedoch der Betrag für die Kosten der Unterkunft erfasst sind. Die Vorschrift hat deshalb insbesondere bei Rechtsstreitigkeiten, bei denen häufig konkrete Beträge auszuurteilen sind, zu erheblichem Mehraufwand geführt.

Besonders streitig war die Rechtsfrage, ob die Leistungen für Unterkunft und Heizung zu runden sind. Diese wurden teilweise unter Bezugnahme auf den Wortlaut des § 22 Absatz 1 Satz 1 nicht gerundet („tatsächlicher Aufwendungen“). Das Bundessozialgericht hat dies in ständiger Rechtsprechung beanstandet. Dies hat zu Rechtsstreitigkeiten geführt, die nur die fehlerhafte Rundung zum Gegenstand hatten, ohne dass dies bei den Leistungsberechtigten zu einer nennenswerten Leistungserhöhung geführt hätte.

Die Rundungsregel ist entbehrlich und deshalb zu streichen. Künftig sollen nur noch die Regelbedarfe bei ihrer Ermittlung oder Fortschreibung gerundet werden.

Erforderlich ist eine Regelung zur Behandlung der dritten Dezimalstelle in Fällen, in denen zum Beispiel die kopfteilige Aufteilung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung eine dritte Dezimalstelle ergibt.

Zu § 42

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu § 42a

Die Vorschrift schafft bislang fehlende Rahmenvorgaben für alle Darlehen im SGB II.

Zu Absatz 1

Satz 1 stellt klar, dass Darlehen nach dem SGB II nur an hilfebedürftige Personen vergeben werden. Bei diesen wird grundsätzlich nach § 12 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1, 1a und 4 geschütztes Vermögen berücksichtigt, da ihnen dieses Vermögen gerade belassen wird, um besondere Bedarfe zu decken und notwendige Anschaffungen zu tätigen. Nach Satz 2 können Darlehen wegen der individuellen Leistungsbeziehungen der Leistungsberechtigten an einzelne Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft oder an mehrere gemeinsam vergeben werden. Zur Rückzahlung verpflichtet ist nach Satz 3 der Darlehensnehmer oder sind die Darlehensnehmer als Gesamtschuldnergemeinsam.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift regelt Beginn und Höhe der Rückzahlungsverpflichtung während des Leistungsbezuges. Sie ist hinsichtlich der Höhe der Rückzahlungsverpflichtung inhaltlich an die früheren Vorgaben des § 23 Absatz 1 Satz 3 angelehnt. Dabei ist das bisher eingeräumte Ermessen hinsichtlich der Höhe der Aufrechnung aus Vereinfachungsgründen entfallen. Darüber hinaus wird eine Informationspflicht normiert.

Zu Absatz 3

Absatz 3 schafft für Darlehen nach § 24 Absatz 5 für den Fall der Verwertung des Vermögens und für Darlehen nach § 22 Absatz 6 Satz 3 für den Fall der Rückzahlung der Mietkaution eine Sonderbestimmung zur Fälligkeit des noch nicht getilgten Darlehensbetrages. Dieser soll sofort zurückgezahlt werden, sobald entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Für den Fall, dass die erlangten Mittel nicht ausreichen, um den noch nicht getilgten Darlehensbetrag zu decken, soll eine Vereinbarung über die Rückzahlung des noch ausstehenden Betrages getroffen werden. Dies ermöglicht es den Darlehensnehmern, den noch ausstehenden Betrag über einen längeren Zeitraum aufzubringen. Es schützt sie vor der sofortigen Beitreibung der Forderung durch den zuständigen Träger. Beim Abschluss der Vereinbarung sind hinsichtlich des Beginns der Rückzahlung und der Höhe der beizubringenden Raten die wirtschaftlichen Verhältnisse der Darlehensnehmer zu berücksichtigen. Während des Leistungsbezuges sollen Rückzahlungsverpflichtungen der Leistungsberechtigten aus Darlehen insgesamt 10 Prozent des maßgeblichen Regelsatzes nicht übersteigen sollen. Absätze 2 und 4 der Vorschrift bleiben im Übrigen unberührt.

Zu Absatz 4

Absatz 4 trifft eine Bestimmung zur Fälligkeit des noch nicht getilgten Darlehensbetrages bei Beendigung des Leistungsbezuges. Bestimmt wird ferner, dass zu diesem Zeitpunkt eine Vereinbarung über die Rückzahlung des noch nicht getilgten Betrages getroffen werden soll. Dies ermöglicht es den Darlehensnehmern, den noch ausstehenden Betrag über einen längeren Zeitraum aufzubringen und motiviert sie, den Leistungsbezug zu beenden. Eine Rückzahlungsvereinbarung schützt die Darlehensnehmer vor der sofortigen Beitreibung der Forderung durch den zuständigen Träger. Beim Abschluss der Vereinbarung sind hinsichtlich des Beginns der Rückzahlung und der Höhe der beizubringenden Raten die wirtschaftlichen Verhältnisse der Darlehensnehmer zu berücksichtigen. Im Interesse sowohl des Trägers als auch der Darlehensnehmer soll darauf hingewirkt werden, dass frühzeitig eine Rückzahlungsvereinbarung getroffen wird, sobald absehbar ist, dass der Leistungsbezug endet.

Zu Absatz 5

Darlehen an Auszubildende, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II und Sozialgeld haben, können während der Ausbildung nicht zurückgeführt werden, da die Ausbildungsförderung regelmäßig nicht höher ist als das Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, oder die oder der Auszubildende gleichfalls auch keinen Anspruch mehr auf Ausbildungsvergütung hat. In diesem Fall sind die Darlehen deshalb erst nach Ende der Ausbildung zur Rückzahlung fällig.

Zu Absatz 6

Absatz 6 bestimmt die Reihenfolge, in der mehrere gleichzeitig bestehende Darlehensforderungen getilgt werden, soweit keine abweichende Tilgungsbestimmung getroffen worden ist. Maßgeblich ist der Zeitpunkt der Begründung der Darlehensforderung.

Zu § 43

Der Anwendungsbereich der Vorschrift wird klargestellt und auf Fallkonstellationen erweitert, in denen kein schutzwürdiges Interesse des Leistungsberechtigten besteht. Sowohl im Fall der Vorschussgewährung als auch im Fall der vorläufigen Bewilligung soll die Verwaltung die Möglichkeit haben, Rückforderungsansprüche gegen Leistungsberechtigte und Ansprüche gegen die Verursacher zu Unrecht erbrachter Leistungen zeitnah und effektiv durchzusetzen. Der bisherige Aufrechnungshöchstbetrag wird durch zwei Höchstbeträge ersetzt, die nach dem Anlass für die Zahlungspflicht des Leistungsberechtigten unterschieden werden; zugleich bleibt die monatliche Aufrechnung auf höchstens 30 Prozent der maßgebenden Regelleistung begrenzt.

Zu Absatz 1

Absatz 1 regelt, dass die Aufrechnung mit Forderungen der Träger aus Erstattungsansprüchen, die auf der Rücknahme oder Aufhebung rechtswidriger Verwaltungsakte oder auf der Überzahlung infolge vorläufiger oder vorschussweise erbrachter Leistungen beruhen, zulässig ist. Das Gleiche gilt für Forderungen aus Ersatzansprüchen nach den §§ 34 und 34a. Die Vorschriften über die Verrechnung bleiben unberührt.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt, dass der Aufrechnungsbetrag 10 Prozent der maßgebenden Regelleistung beträgt. Beruht die der Aufrechnung zugrunde liegende Aufhebungsentscheidung auf einem dem Leistungsberechtigten vorwerfbaren Verhalten, so beträgt der Aufrechnungsbetrag 30 Prozent. Das Gleiche gilt, wenn der Leistungsberechtigte von der Zahlungspflicht weiß und sich darauf frühzeitig einstellen kann. Monatlich darf höchstens bis zu einem Betrag in Höhe von insgesamt 30 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs aufgerechnet werden. Wird eine weitere Aufrechnung erklärt, die im Ergebnis dazu führen würde, dass ein höherer Betrag als 30 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs anzurechnen wäre, erledigen sich die vorangegangenen Aufrechnungen. Sind mehrere Aufrechnungen vorangegangen, die zu einem höheren Anrechnungsbetrag führen würden, erledigt sich zunächst der Verwaltungsakt, der die letzte Aufrechnung anordnet, sodann die zeitlich zuvor angeordnete.

Zu Absatz 3

Mit Absatz 3 wird das Verhältnis zur Aufrechnungsvorschrift des § 42a Absatz 2 geregelt: Der Vorrang der Aufrechnungen nach Absatz 1 bewirkt, dass sich der Verwaltungsakt, mit dem die Tilgung des Darlehens durch Aufrechnung nach § 42a Absatz 2 erfolgt, für die Dauer der Aufrechnungslage erledigt. Das gilt auch dann, wenn der monatliche Aufrechnungshöchstbetrag nicht ausgeschöpft wird.

Zu Absatz 4

Mit Absatz 4 wird klargestellt, dass die Aufrechnung ab erstmaligem Bestehen einer Aufrechnungslage – Bestandskraft des Erstattungs- oder Ersatzanspruchs – längstens bis zum Ablauf von drei Jahren erklärt und vollzogen werden kann.

Zu § 43a

Die Regelung stellt für das Innenverhältnis der Träger zueinander klar, zu welchem Anteil Teilzahlungen und infolge Zahlungseinstellung oder Aufrechnung nicht ausbezahlte, aber bewilligte Leistungen die Aufwendungen der Träger mindern. Die Vorschrift gilt auch für das Verhältnis der Träger der Aufwendungen zueinander, wenn nach § 6b nur ein Träger die Aufgaben nach dem SGB II wahrnimmt. Mit der anteiligen Berücksichtigung der Zahlungen wird das Risiko des Forderungsausfalls gleichmäßig verteilt.

Zu § 44

Entspricht der bisherigen Vorschrift.

Zu Nummer 33 (§ 44a)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming und redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 34 (§ 44b)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu Nummer 35 (§ 44c)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu Nummer 36 (§ 44d)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu Nummer 37 (§ 44e)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu Nummer 38 (§ 44f)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu Nummer 39 (§ 44g)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu Nummer 40 (§ 44h)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu Nummer 41 (§ 44k)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu Nummer 42 (§ 46)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming und redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 43 (§ 48b)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu Nummer 44 (§ 50)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu Nummer 45 (§ 53a)

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 46 (§ 54)

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 47 (§ 55)

Redaktionelle Berichtigung.

Zu Nummer 48 (§ 56)

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 49 (§ 58)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu Nummer 50 (§ 61)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu Nummer 51 (§ 65)

Zu Buchstabe a

Die Vorschriften sind gegenstandslos und deshalb aufzuheben.

Zu Buchstabe b

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Buchstabe c

Die Vorschrift ist gegenstandslos und deshalb aufzuheben.

Zu Nummer 52 (§ 65e)

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 53 (§ 70)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu Nummer 54 (§ 72)

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 55 (§ 74)

Durch die Neufestsetzung der Bedarfe für Kinder und Jugendliche ist die übergangsweise abweichende Festlegung von Bedarfen nicht mehr erforderlich und deshalb aufzuheben.

Zu Nummer 56 (§ 75)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming und Korrektur eines redaktionellen Versehens.

Zu Nummer 57 (§ 77)

Zu Absatz 1

Durch Nummer 10 wird die bisherige Regelung des § 7 Absatz 4a durch eine neue Regelung ersetzt. Damit entfällt die bisherige Bezugnahme auf die Erreichbarkeits-Anordnung der Bundesagentur für Arbeit. Die Übergangsregelung stellt sicher, dass die bisherige Regelung auch bis zum Zeitpunkt des Erlasses einer Rechtsverordnung fortgilt.

Zu Absatz 2

Nach § 11a Abs. 3 Satz 2 Nummer 2 sind Leistungen nach § 23 SGB VIII (Kindertagespflege) systematisch als Einkommen zu berücksichtigen, da es sich bei der Tätigkeit der Tagespflegepersonen grundsätzlich um eine Erwerbstätigkeit handelt.

Die Situation der Tagespflegepersonen ist jedoch gegenwärtig noch dadurch gekennzeichnet, dass diese teilweise ergänzend Leistungen zum Lebensunterhalt beziehen. Die in § 11a Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 vorgesehene Berücksichtigung des Einkommens kann Einfluss auf die Bereitschaft zur Ausübung einer solchen Tätigkeit haben. Mit der Übergangsregelung bis zum 31. Dezember 2011, die für die Einnahmen aus der Kindertagespflege der bis zum 31. Dezember 2010 in § 11 Absatz 4 geregelten Rechtslage entspricht, soll ausreichend Zeit für die Umsetzung auch im Rahmen der kurzfristig einzuberufenden Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu Rechtsfragen der Kindertagespflege eingeräumt werden.

Zu Absatz 3

Mit § 11b Absatz 4 wird der bisherige Freibetrag bei Erwerbstätigkeit im Vergleich zur bisherigen Regelung des § 30 in der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Fassung modifiziert. Mit der Übergangsregelung soll den Trägern ausreichend Zeit zur Umstellung der maschinellen Berechnung eingeräumt werden.

Zu Absatz 4

Absatz 3 enthält eine Übergangsregelung für die Regelbedarfe nach § 20 Absatz 2 Nummer 2 und § 23 Nummer 1.

Nach dem Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz (Artikel 1) ergeben sich für die Regelbedarfe nach § 20 Absatz 2 Satz 2 und § 23 Nummer 1, die die Höhe der Regelbedarfe für Kinder, Jugendliche und sonstige erwerbsfähige Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft enthalten, enthalten, niedrigere Beträge als nach dem bisherigen Recht.

Für Jugendliche vom Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres an sowie für sonstige erwerbsfähige Angehörige der Bedarfsgemeinschaft: 275 Euro anstelle von 287 Euro, die Differenz beläuft sich auf 12 Euro;

Für Kinder vom Beginn des 7. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres: 242 Euro anstelle von 251 Euro, die Differenz beläuft sich auf 9 Euro;

Für Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres: 213 Euro anstelle von 215 Euro, die Differenz beläuft sich auf 2 Euro.

Die in § 8 Absatz 2 des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes enthaltene Übergangsregelung, nach der die Beträge für die Regelbedarfsstufen 4, 5 und 6 nach bisherigem Recht weiter gelten, wird deshalb übernommen. Die Bestandsschutzregelung gilt solange, wie sich durch die Fortschreibung der Regelbedarfe nach § 20 Absatz 2 Satz 2 und § 23 Nummer 1 zum 1. Juli der Folgejahre nach § 20 Absatz 4 keine höheren Beträge ergeben.

Zu Absatz 5

Durch Nummer 32 (§ 41) wird die bisherige Rundungsregelung aufgehoben. Dies hat zur Folge, dass die bei den Trägern vorhandene Software zur Berechnung und Auszahlung der Geldleistungen anzupassen ist. Insbesondere bei den Leistungen für Unterkunft und Heizung wurde die Rundung bislang teilweise nicht vorgenommen, so dass deshalb keine Anpassungen erforderlich sind. Mit der Übergangsregelung zur Rundung der Mehrbedarfe soll den Trägern ausreichend Zeit zur Umstellung der maschinellen Berechnung eingeräumt werden.

Zu Absatz 6

Die Übergangsregelung berücksichtigt, dass leistungsberechtigte Schülerinnen und Schüler zuletzt am 1. August 2010 eine zusätzliche Leistung für die Schule nach § 24a in der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Fassung erhalten haben, die für Bedarfe des danach folgenden Schuljahres bestimmt ist. Für den Februar 2011 ist der Bedarf für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf daher bereits durch die am 1. August 2010 erbrachte zusätzliche Leistung für die Schule gedeckt.

Zu Absatz 7

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erhält den gesetzlichen Auftrag, ein elektronisches Abrechnungssystem für Leistungen nach § 29 in Modellregionen zu erproben.. Mit Satz 2 wird eine Ermächtigung zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der für diesen Zweck erforderlichen Sozialdaten geschaffen. Die entsprechende Anwendung von § 78a SGB X verpflichtet die ausführenden Stellen, die technisch und organisatorisch erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Sozialdaten zu treffen.

Zu Absatz 8

Übergangsregelung für die Ahndung von Pflichtverletzungen, die vor Inkrafttreten der Neuregelung begangen worden sind. Hierdurch wird gewährleistet, dass sich Betroffene darauf einstellen können.

Zu Absatz 9

Antragsteller nach § 44 SGB X, die noch im Jahr 2010 einen Überprüfungsantrag stellen, sollen nicht dadurch einen Rechtsnachteil erleiden, dass über ihren Antrag erst nach Inkrafttreten des neuen § 40 Absatz 1 Satz 2 SGB II entschieden wird. Geregelt wird deshalb, dass für Anträge auf Rücknahme eines Verwaltungsaktes nach § 44 SGB X die Rechtslage maßgebend ist, die zum Zeitpunkt der Stellung des Antrags galt. Damit ist aus Gründen des Vertrauensschutzes sichergestellt, dass aufgrund noch im Jahr 2010 gestellter erfolgreicher Überprüfungsanträge Sozialleistungen nach § 44 Absatz 4 SGB X rückwirkend für einen Zeitraum von längstens 4 Jahren zu erbringen sind, selbst wenn über den Antrag erst nach Inkrafttreten der Änderungen des § 40 Absatz 1 SGB II zum 1. Januar 2011 entschieden wird.

Zu Absatz 10

Durch Nummer 34 (§ 41) wird die bisherige Rundungsregelung in § 41 Absatz 2 aufgehoben. Erforderlich ist deshalb eine Regelung zur Rundung einer sich ggf. ergebenden dritten Dezimalstelle. Dies hat zur Folge, dass die bei den Trägern vorhandene Software zur Berechnung und Auszahlung der Geldleistungen anzupassen ist. Mit der Übergangsregelung soll den Trägern ausreichend Zeit zur Umstellung der maschinellen Berechnung eingeräumt werden.

Zu Artikel 3 (Änderung des SGB XII)**Zu Nummer 1 (Inhaltsverzeichnis)****Zu Buchstabe a**

Redaktionelle Anpassung.

Zu Buchstabe b

Anpassung des Inhaltsverzeichnisses für das Dritte Kapitel an dessen Neustrukturierung.

Zu Buchstabe c bis g

Redaktionelle Anpassung.

Zu Nummer 2 (§ 8)

Nachholung einer anlässlich der Einfügung von § 46a unterlassenen Anpassung der Übersicht über die Leistungen des SGB XII in § 8 SGB XII.

Zu Nummer 3 (§ 10)**Zu Buchstabe a**

Anpassung der Überschrift.

Zu Buchstabe b

Durch die Neufassung von Absatz 1 des § 10 wird der Einführung der Gutscheine für Bedarfe für Bildung und Teilhabe in § 34 Rechnung getragen, für deren Erbringung auch Gutscheine vorgesehen sind. Gutscheine gelten bislang als Unterform der Sachleistungen. Wegen der herausgehobenen Bedeutung, die Gutscheine bei der Gewährung von Leistungen für Bildung und Teilhabe haben sollen, werden Gutscheine als eigenständige Form der Leistungsgewährung aufgeführt.

Zu Buchstabe c

Durch die Neufassung von Absatz 3 wird klargestellt, dass sich durch die Bestimmung von Gutscheinen als vierte Form der Leistungsgewährung nichts an dem grundsätzlichen Vorrang von Geldleistungen ändert. Wegen der veränderten Einordnung von Gutscheinen wird der bisherige Inhalt von Absatz 3 Satz 2, nach der Gutscheine eine Unterform der Sachleistungen darstellen, nicht in die Neufassung übernommen.

Zu Nummer 4 (§ 11)

Bei der Ergänzung von § 11 Absatz 3 um einen anzufügenden Satz wird klargestellt, dass zum Umfang der von den Trägern der Sozialhilfe zu leistenden Beratung für Leistungsbe-rechtigte, die Leistungen nach dem Dritten oder Vierten Kapitel beziehen, erforderlichen-

falls auch die Beratung für einen wirtschaftlichen Umgang mit dem über den Regelsatz zur Verfügung gestellten monatlichen Pauschalbetrag zählt. Hierbei geht es insbesondere darum, Leistungsberechtigte in der Hilfe zum Lebensunterhalt sowie in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu einer wirtschaftlichen Planung ihrer Ausgaben zu befähigen. Mit dem Regelsatz wird monatlich ein Pauschalbetrag zur Verfügung gestellt. Bei der Ausgabenplanung ist deshalb zu berücksichtigen, dass nicht nur regelmäßig anfallende Ausgaben berücksichtigt werden, sondern auch unregelmäßig anfallende Ausgaben. Die Regelung steht im Zusammenhang mit § 27a Absatz 3 Satz 2.

Zu Nummer 5 (§ 19)

Absatz 1 und 2 werden redaktionell angepasst. § 19 ist als allgemeine Vorschrift im Zweiten Kapitel verortet und enthält deshalb allgemeine Regelungen. Die konkreten Bestimmungen zur Leistungsberechtigung ist künftig jeweils in den Kapiteln, die Leistungsansprüche beinhalten, als Eingangsvorschrift enthalten (bisher: Viertes bis Achtes Kapitel).

Durch die Neufassung von Absatz 1 wird die Bestimmung, wer Leistungsberechtigter ist, als neuer § 27 dem Dritten Kapitel vorangestellt. Dazu werden Inhalte aus dem bisherigen § 19 Absatz 1 in § 27 übernommen werden. Deshalb ist der Inhalt von § 19 Absatz 1 auf wesentliche Grundsätze zu beschränken.

Ebenso wird der Inhalt von Absatz 2, der die Leistungsberechtigten nach dem Vierten Kapitel regelt, auf Grundsätze beschränkt. Konkret geregelt ist die Leistungsberechtigung nach dem Vierten Kapitel in § 41 sowie, hinsichtlich der Anrechnung von Einkommen und Vermögen, in § 43.

Zu Nummer 6 (§ 20)

Redaktionelle Folgeänderung wegen der Neustrukturierung des Dritten Kapitels. Die Vermutung der Bedarfsdeckung ist nicht mehr in § 36 geregelt, sondern in § 39.

Zu Nummer 7 (§ 21)

Die bisher in § 34 enthaltenen „Hilfen zum Lebensunterhalt in Sonderfällen“ sind künftig als „Sonstige Hilfen zur Sicherung der Unterkunft“ in § 36 enthalten.

Zu Nummer 8 (Einfügung des Ersten Abschnitts)

Die Neustrukturierung des Dritten Kapitels führt zu einer Zusammenfassung der Vorschriften zu Leistungsberechtigten, der die Leistungshöhe bestimmenden Regelbedarfe und die zu deren Abdeckung zu zahlenden Regelsätze.

Zu § 27

In § 27 wird - wie in den übrigen, das Leistungsrecht umfassenden Kapiteln 4 bis 8 - eine Vorschrift über die Leistungsberechtigten nach dem Dritten Kapitel vorangestellt. Sie umfasst die zentralen Voraussetzungen für eine Leistungsberechtigung und konkretisiert damit die allgemeine Vorschrift in § 19 Absatz 1.

In Absatz 1 wird als zentrale Anspruchsvoraussetzung die Hilfebedürftigkeit benannt, die sich daraus ergibt, dass der notwendige Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Mitteln bestritten werden kann.

Absatz 2 definiert die Hilfebedürftigkeit weitergehend. So zählen zu den eigenen Mitteln das Einkommen und Vermögen sowie vorrangige Sozialleistungen. Letztere umfassen beispielsweise bei erwerbsfähigen Personen auch die Leistungen nach dem SGB II.

Die Regelung, nach der Hilfe zum Lebensunterhalt auch geleistet werden kann, wenn zuvor keine Hilfebedürftigkeit besteht, aber einzelne erforderliche Tätigkeiten nicht verrichtet werden können und die deshalb erforderlichen Hilfen nicht aus eigenen Mitteln bestritten werden können, ist in sprachlich überarbeiteter Form aus § 27 Absatz 3 übernommen worden.

Zu § 27a

In § 27a werden Inhalte zur Abgrenzung des notwendigen Lebensunterhalts, dem Grundsatz der Gewährung von Regelsätzen sowie die abweichende Regelsatzfestsetzung aus den bisherigen §§ 27 und 28 übernommen und entsprechend dem sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 ergebenden Änderungsbedarf weiterentwickelt.

In Absatz 1 wird der zur Gewährleistung des Existenzminimums notwendige Lebensunterhalt auf der Grundlage des geltenden § 27 Absatz 1 definiert. Abweichungen zum geltenden Recht ergeben sich durch eine sprachliche Überarbeitung und die Erweiterung um Bedarfe für Bildung für Schülerinnen und Schüler sowie für Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben für Kinder und Jugendliche.

Mit Absatz 2 wird der neue Begriff des Regelbedarfs eingeführt. Dieser tritt hinsichtlich der Bedarfsermittlung für die Höhe der pauschalierten monatlichen Leistung und damit auch hinsichtlich der Abgrenzung gegenüber den übrigen zum notwendigen Lebensunterhalt zählenden Bedarfen an die Stelle des Begriffs des Regelsatzes. Die Abgrenzung wird aus dem Inhalt des geltenden § 28 Absatz 1 übernommen. Entsprechend der Neustrukturierung des Dritten Kapitels wird jedoch nicht mehr auf die betreffenden Paragraphen verwiesen, sondern auf die betreffenden Abschnitte. Die Regelbedarfe sind bei Kindern und Jugendlichen nach dem Alter zu differenzieren. Bei Erwachsenen ist danach zu differenzieren, ob sie alleinlebend beziehungsweise alleinerziehend sind oder mit anderen erwachsenen Personen in einem gemeinsamen Haushalt leben. Dies entspricht grundsätzlich der heutigen Einteilung der Regelsätze.

Zur Abdeckung der Bedarfe sind nach Absatz 3 Regelsätze zu zahlen. Der Begriff Regelsatz beschränkt sich danach auf die zu zahlende Leistung und im Unterschied zum geltenden Recht nicht mehr auf die Zusammensetzung und Ermittlung der Leistungshöhe, da dies vom Regelbedarf nach Absatz 2 umfasst ist. Nicht im geltenden Recht enthalten ist der Hinweis auf die Pauschalierung in Satz 2. Die pauschalierten Regelsätze umfassen neben den laufenden Bedarfen auch in unregelmäßigen beziehungsweise in großen Abständen anfallende Bedarfe. Dies ist bei der individuellen Ausgabenplanung zu berücksichtigen. Mit der Ergänzung in § 11 Absatz 2 (Nummer 4) soll in der Beratung der Sozialhilfeträger darauf hingewiesen werden.

Absatz 4 enthält die Ausnahmen von der Zahlung von Regelsätzen. Nach Satz 1 kann der Regelsatz im Einzelfall abweichend festgesetzt werden, wenn ein Bedarf ganz oder teilweise anderweitig gedeckt ist oder unabweisbar - also aus nicht zu vermeidenden Gründen - erheblich von durchschnittlichen Bedarfen abweicht. Damit wird der Inhalt des geltenden § 28 Absatz 1 Satz 2 in sprachlich ergänzter Form („im Einzelfall“ und „individueller Bedarf“) übernommen. In Satz 2 werden Fälle geregelt, in denen die Leistungsberechtigung nur für Teile eines Monats besteht, wobei für ganze Monate stets 30 Tage zugrunde zu legen sind. Satz 3 regelt die abweichende Leistungsgewährung bei Leistungsberechtigten, die in einer anderen Familie untergebracht sind, und übernimmt damit den Inhalt aus dem geltenden § 28 Absatz 5.

Zu § 27b

Die Neustrukturierung des Dritten Kapitels mit der Zusammenfassung des notwendigen Lebensunterhalts, sowie der Regelbedarfe und Regelsätze im Ersten Abschnitt führt zur Einbeziehung der bislang in § 35 Absatz 1 und 2 enthaltenen Bestimmung des notwendi-

gen Lebensunterhalts in Einrichtungen. Dabei ergibt sich nur in Absatz 2 eine Anpassung an die neue Begrifflichkeit - dem bisherigen Eckregelsatz entspricht die Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28.

Die in § 35 Absatz 3 bis 4 enthaltenen Vorschriften zur Gewährung von Darlehen werden zusammen mit den übrigen Vorschriften für die Gewährung von Darlehen im Fünften Abschnitt und dort in § 37 eingeordnet.

Zu § 28

Die Vorschrift beinhaltet die Ermittlung der neuen Regelbedarfe. Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 ergibt sich, dass die bisherige Regelsatzbemessung nicht mehr durch eine Verordnung (Regelsatzverordnung) erfolgen kann, sondern in einem Gesetz zu erfolgen hat. Nach Absatz 1 erfolgt die Ermittlung der Regelbedarfe in einem gesonderten Bundesgesetz (Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, Artikel 1). Aus diesem Grund enthalten die Absätze 2 bis 4 die Grundsätze für die Ermittlung der Regelbedarfe, nicht aber deren konkrete Ermittlung.

Die Regelbedarfe sind nach Absatz 1 neu zu ermitteln, wenn die Ergebnisse einer bundesweiten neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) vorliegen. Dies sind aktuell die Ergebnisse der EVS 2008. Damit entspricht die Vorgabe, wann eine Neuermittlung vorzunehmen ist, im Grundsatz der des geltenden § 28 Absatz 3 Satz 5 enthaltenen Regelung.

In Absatz 2 wird der Inhalt des geltenden § 28 Absatz 3 Satz 2 und 3 in präzisierter Form zusammengefasst. Danach sind für die nach § 27a Absatz 2 zu bildenden Regelbedarfsstufen nach Stand und Entwicklung von Nettoeinkommen, Verbraucherverhalten und Lebenshaltungskosten zu berücksichtigen. Datengrundlage sind die durch die aktuelle EVS nachgewiesenen tatsächlichen Verbrauchsausgaben unterer Einkommensgruppen.

Absatz 3 präzisiert gegenüber dem geltenden Recht in § 28 und der Regelsatzverordnung die Auswertung einer EVS durch Sonderauswertungen. Danach hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales für die Ermittlung der Regelbedarfe auf der Grundlage einer neuen EVS Sonderauswertungen beim Statistischen Bundesamt in Auftrag zu geben. Dabei sind Sonderauswertungen zumindest für Einpersonenhaushalte und Familienhaushalte (Paarhaushalt mit einem Kind) in Auftrag zu geben, was zusätzliche Sonderauswertungen nicht ausschließt. Die Ausweitung der für die Neuermittlung von Regelbedarfsstufen erforderlichen Sonderauswertung gegenüber der bei der bisherigen Regelsatzbemessung ausschließlich verwendeten Einpersonenhaushalte - davon abgewichen wurde nur bei der Sonderauswertung für Familienhaushalte für die Einführung einer dritten Altersstufe für Kinder zum 1. Juli 2009 - ist eine Konsequenz des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Danach können Bedarfe von Kindern und Jugendlichen nicht mehr aus den Verbrauchsausgaben der Einpersonenhaushalte abgeleitet werden. Dies bedeutet auch, dass es in diesem Buch keinen „Eckregelsatz“ mehr gibt, aus dem die Regelsätze für andere Personen abgeleitet werden. Die Regelbedarfsstufen sind jeweils gesondert zu ermitteln. Die Regelbedarfsstufe 1 ersetzt für alleinlebende und alleinerziehende Leistungsberechtigte den bisherigen Eckregelsatz.

Bei der Ermittlung des Regelbedarfs sind Zirkelschlüsse zu vermeiden. Das bedeutet, dass diejenigen Haushalte, die selbst über staatliche Transferleistungen lediglich das Existenzminimum zur Verfügung haben, nicht als Referenzhaushalt Grundlage der Ermittlung des Regelbedarfs sein dürfen. Sie sind deshalb aus der Referenzgruppe für die Sonderauswertungen der EVS auszuschneiden. Der Anteil der danach verbleibenden Haushalte unterer Einkommensschichten an allen Haushalten der jeweiligen Haushaltstypen ist so zu bemessen, dass die für die statistischen Auswertungen im Rahmen einer Sonderauswertung hinreichende Fallzahl gewährleistet wird. Für die Ermittlung der Regelbedarfe

sind nach Absatz 4 Verbrauchsausgaben der Referenzhaushalte zu berücksichtigen (regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben), sofern sie für die Sicherung des Existenzminimums erforderlich sind und eine einfache Lebensweise ermöglichen, wie sie für einkommensschwache Haushalte, die ihren Lebensunterhalt nicht ausschließlich aus Leistungen nach dem SGB XII und dem SGB II bestreiten, üblich ist. Damit soll das Ziel der existenzsichernden Systeme gewährleistet werden, dass leistungsberechtigte Personen in der Öffentlichkeit nicht als solche erkennbar sind. Nach Satz 2 sind Verbrauchsausgaben nicht als regelbedarfsrelevant zu berücksichtigen, wenn diese bei Leistungsberechtigten nach dem SGB XII und dem SGB II nicht anfallen. Dies sind Einzelpositionen, für die Leistungen nach bundes- oder landesgesetzlichen Rechtsansprüchen gezahlt werden, sofern diese Leistungen den Leistungsberechtigten nicht nach § 82 oder nach § 11 SGB II als Einkommen angerechnet werden (Nummer 1). Ebenfalls nicht als regelbedarfsrelevant zu berücksichtigen sind Verbrauchsausgaben, soweit sie bei Leistungsberechtigten nicht anfallen, weil ihnen hierfür bundesweit in bundeseinheitlicher Höhe Vergünstigungen eingeräumt werden (Nummer 2).

Die sich daraus ergebenden Summen der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben der Referenzhaushalte bilden die Grundlage für die Ermittlung der Regelbedarfsstufen. Dabei ist insbesondere bei Kindern und Jugendlichen die Entwicklung der Veränderung der Verbrauchsausgaben in Abhängigkeit von deren Alter zu prüfen. Es ergeben sich die nach dem Alter von Kindern und Jugendlichen differenzierten Summen der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben. Bei Erwachsenen sind die Summen der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben danach zu differenzieren, ob diese allein leben oder allein erziehend sind beziehungsweise danach, ob sie mit anderen erwachsenen Personen in einem gemeinsamen Haushalt leben und wirtschaften.

Die ermittelten Summen regelbedarfsrelevanter Verbrauchsausgaben sind mit der Veränderungsrate des Mischindex nach § 28a Absatz 2 fortzuschreiben. Für die Regelbedarfsermittlung auf der Grundlage der EVS 2008 bedeutet dies beispielsweise, dass die Summen der Verbrauchsausgaben mit der sich für das Jahr 2009 ergebenden Veränderungsrate des Mischindex fortzuschreiben sind. Die fortgeschriebenen Werte ergeben nach Anwendung der Rundungsregelung die Regelbedarfsstufen in ganzen Euro-Beträgen, die in der Anlage zu § 28 enthalten sind.

Zu § 28a

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 die bisherige Fortschreibung der Regelsätze mit der Veränderungsrate des aktuellen Rentenwertes in der gesetzlichen Rentenversicherung als mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärt (Rn. 184 des Urteils). Begründet hat dies das Bundesverfassungsgericht damit, dass die bisherige Fortschreibung mit der Entwicklung des aktuellen Rentenwertes von der Brutto-lohnentwicklung ausgeht und die sich daraus ergebende Veränderungsrate durch Dämpfungsfaktoren modifiziert wird. Letztere dienen der Stabilisierung der Beitragssatzentwicklung in der gesetzlichen Rentenversicherung und stehen deshalb in keinem Zusammenhang mit dem Existenzminimum. Zudem lässt die Fortschreibung des aktuellen Rentenwertes die Preisentwicklung unberücksichtigt. Im Urteil wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Preisentwicklung bei der Fortschreibung nicht unberücksichtigt bleiben kann, weil die Abdeckung des Existenzminimums bei steigenden Preisen zu höheren Aufwendungen führt (Rn. 186).

Zudem ergibt sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass von der Nettoeinkommensentwicklung (Nettoeinkommen stellen das verfügbare Einkommen dar) das Konsumniveau abhängig ist und das soziokulturelle Existenzminimum auch eine Teilhabe an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung beinhaltet (Rn. 165 f.). Als Indikator für die Nettoeinkommensentwicklung bieten sich die Nettolöhne und Nettogehälter an, da diese für die überwiegende Mehrzahl der Haushalte, die nicht von existenzsichernden Sozialleistungen leben, die Haupteinkommensquelle darstellen.

Für den neuen Fortschreibungsmechanismus wird langfristig angestrebt, die jährliche Laufende Wirtschaftsrechnung (LWR) des Statistischen Bundesamts heranzuziehen. Die LWR stellt die einzige statistische Grundlage dar, die jährlich Daten zur Entwicklung des regelbedarfsrelevanten Verbrauchs liefert und damit indirekt alle drei der maßgeblichen Parameter der Regelbedarfsermittlung (Verbrauch, Preise, Nettolohnentwicklung) abbildet. Allerdings muss zuvor geprüft werden, ob über die LWR für die Fortschreibung valide Daten gewonnen werden können. Hierzu muss ein beim Statistischen Bundesamt in Auftrag gegebenes Forschungsprojekt einen Nachweis erbringen.

Bis dahin ist ein anderer Fortschreibungsmechanismus einzuführen.

Zu Absatz 1

Absatz 1 enthält den bisher in § 4 der Regelsatzverordnung enthaltenen Grundsatz, dass für Jahre, in denen keine Neuermittlung der Regelbedarfe nach § 28 vorzunehmen ist, die Regelbedarfsstufen fortzuschreiben sind. Die Fortschreibung erfolgt jedoch im Unterschied zum geltenden Recht zum 1. Januar nicht zum 1. Juli eines Jahres. Damit werden die Fortschreibungstermine an die Termine für Fortschreibung an die Termine der gesetzlichen Ermittlung von Regelbedarfen angeglichen. Bereits in der Vergangenheit wurden die Neubemessungen auf Grundlage einer Sonderauswertung der EVS zum 1. Januar eines Jahres vorgenommen:

- Die Verordnung zur Durchführung des § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Regelsatzverordnung - RSV) vom 3. Juni 2004 (BGBl. I S. 1067) trat zum 1. Januar 2005 in Kraft. Damit wirkten sich die Ergebnisse der Sonderauswertung EVS 1998 zum 1. Januar 2005 auf die Höhe der Regelsätze aus.
- Die Änderung der Regelsatzverordnung durch die Erste Verordnung zur Änderung der Regelsatzverordnung vom 20. November 2006 (BGBl. I S. 2657), die zum 1. Januar 2007 in Kraft trat. Die Ergebnisse der Sonderauswertung EVS 2003 wirkte sich damit ebenfalls zum 1. Januar 2003 für die Regelsätze in den neuen Ländern aus.

Im Ergebnis kann dadurch vermieden werden, dass es in Jahren, für die die Regelbedarfe neu zu ermitteln sind, zwei Erhöhungen stattfinden - die Ermittlung zum 1. Januar und die Fortschreibung zum 1. Juli, während in den übrigen Jahren nur eine Erhöhung stattfindet, nämlich die Fortschreibung zum 1. Juli.

Durch die Rundungsregelung in Satz 2 wird die Veränderungsrate des Mischindex auf zwei Nachkommastellen berechnet.

Zu Absatz 2

Nach Absatz 2 liegt dem Fortschreibungsmechanismus ein Mischindex zugrunde. Dieser Mischindex berücksichtigt sowohl die bundesdurchschnittliche Entwicklung der Preise als auch der Nettolöhne und Nettogehälter je Beschäftigten im Vorjahr. Bei der Preisentwicklung wird auf die Veränderung der Preise der Güter und Dienstleistungen abgestellt, die der Ermittlung der Regelbedarfsstufen zugrundeliegen.

Für die Veränderung der Nettolöhne und Nettogehälter je Beschäftigten werden die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung herangezogen. Deren Ergebnisse basieren auf der gesamten Lohn- und Gehaltsentwicklung - also auf hohen Löhnen ebenso wie auf niedrigen Löhnen. Es gibt jedoch keine andere Lohnstatistik von vergleichbarer Aktualität.

Der maßgebliche Zeitraum, nach dem sich die Veränderungsrate der Veränderungsrate der Nettolöhne und Nettogehälter berechnet, ist jeweils das zweite Halbjahr des Vorjahres und das erste Halbjahr des laufenden Jahres. Damit liegen zwischen dem Ende des maßgeblichen Zeitraums und dem Fortschreibungstermin sechs Monate. Die Verände-

rungrate des Preisindex liegen monatsbezogen vor. Im Ergebnis ist dies der kürzest mögliche Zeitraum für die Ermittlung der Veränderungsrate und ein Verordnungsverfahren (Verordnung nach § 40 SGB XII in der Fassung dieses Artikels), das noch rechtzeitig vor dem Fortschreibungstermin abgeschlossen werden kann.

In den Mischindex geht die Preisentwicklung mit einem Anteil von 70 Prozent ein, die Bruttolohn- und Bruttogehaltsentwicklung jedoch nur mit einem Anteil von 30 Prozent. Die deutlich stärkere Gewichtung der Preisentwicklung rechtfertigt sich daraus, dass es sich bei den Leistungen nach dem SGB XII sowie dem SGB II um Leistungen zur physischen Existenzsicherung handelt, deren realer Wert zu sichern ist. Daraus könnte auch sich eine alleinige Fortschreibung nach der Preisentwicklung gerechtfertigt werden. Dies hätte jedoch zur Folge, dass Leistungsberechtigten von der Wohlfahrtsentwicklung ausgeschlossen sind. Die gewählte Gewichtung berücksichtigt deshalb die Bedeutung beider Faktoren, trägt aber der größeren Bedeutung der Realwertsicherung Rechnung. Ihr liegt eine normative Entscheidung über die konkrete Höhe beider Anteile zugrunde, die sich auch auf Analysen der Preis- und Lohnentwicklung in der Vergangenheit stützt. Daraus ergeben sich keine Anhaltspunkte dafür, dass alternative Aufteilungen des Mischindex zu sachgerechteren Ergebnissen führen könnten.

Zu Absatz 3

Nach Absatz 3 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales das Statistische Bundesamt mit der Erstellung eines Preisindex für die regelbedarfsrelevanten Güter und Dienstleistungen sowie der Veränderungsrate der bundesdurchschnittlichen Nettolohn- und -gehaltssumme zu beauftragen.

Für den Preisindex für die regelbedarfsrelevanten Güter und Dienstleistungen entwickelt das Statistische Bundesamt auf Basis der Struktur des regelbedarfsrelevanten Verbrauchs von Erwachsenen einen Preisindex. Als Wägungsschema werden die einzelnen regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben genutzt. Dies bedeutet, dass zum Beispiel die Preisentwicklung für Nahrungsmittel mit einem Anteil von 30,99 Prozent in diesen Preisindex eingeht. Dies entspricht dem Anteil der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben einer alleinstehenden erwachsenen Person für Nahrungsmittel in Höhe von 112,12 Euro (Begründung zu Artikel 1, Punkt 4.1 Einpersonenhaushalte, Tabelle zu Abteilung 01, Zeile 1) an den gesamten regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben in Höhe von 361,81 Euro (Artikel 1 § 5 Absatz 2). Im allgemeinen Preisindex haben die Nahrungsmittel hingegen nur einen Anteil von 8,999 Prozent (Statistisches Bundesamt: Fachserie 17 Reihe 7: Preise). Wohnungsmieten, Heizkosten und der Kauf vom PKW wird dagegen in diesem speziellen Preisindex nicht berücksichtigt, da sie nicht regelbedarfsrelevant sind. Das Statistische Bundesamt wird diesen Preisindex ab sofort jährlich berechnen. Damit wird der Konsumstruktur von Menschen mit niedrigen Einkommen Rechnung getragen.

Die Veränderungsrate der bundesdurchschnittlichen Nettolohn- und -gehaltssumme durch das Statistische Bundesamt ist deshalb erforderlich, weil die entsprechende Statistik im Rahmen der Volkswirtschaften Gesamtrechnung auf Kalenderjahre abstellt. Das Statistische Bundesamt ist deshalb zu beauftragen, aus der quartalsweisen Erhebung der Daten zur Nettolohn- und -gehaltssumme die Veränderungsrate für den Zwölfmonatszeitraum nach Absatz 2 zu ermitteln - also für den Zeitraum vom 1. Juli des Vorjahres bis zum 30. Juni des laufenden Jahres.

Zu § 29

Zu Absatz 1

Werden die Regelbedarfsstufen nach § 28 vom Bundesgesetzgeber neu ermittelt oder nach § 28a fortgeschrieben, gelten sie nach Absatz 1 als Regelsätze, sofern die Länder von der Möglichkeit der abweichenden Regelsatzfestsetzung keinen Gebrauch machen.

Eine Neufestsetzung der Regelsätze durch die Länder per Verordnung hat dann - im Unterschied zum geltenden Recht - nicht zu erfolgen.

Zu Absatz 2

Machen die Länder hingegen von der Möglichkeit der abweichenden Regelsatzfestsetzung Gebrauch, sieht Absatz 2 vor, dass die Neufestsetzung durch Verordnung der Landesregierungen zu erfolgen hat. Die Verordnungsermächtigung kann von den Landesregierungen auf die zuständigen obersten Landesbehörden übertragen werden. Dies entspricht dem in § 28 Absatz 2 in der bisherigen Fassung enthaltenen Verfahren.

Für die abweichende Regelsatzfestsetzung werden die bereits in der bisherigen Fassung von § 28 Absatz 2 enthaltenen Vorgaben übernommen. Dies bedeutet:

Bei einer abweichenden Neufestsetzung sind anstelle der Sonderauswertungen der bundesweiten EVS regionale Sonderauswertungen der neuen EVS zugrunde zu legen. Die in einem Land vorhandenen Besonderheiten, die sich auf die Höhe der Regelbedarfe auswirken, können bei der Neufestsetzung der Regelsätze berücksichtigt werden. Die abweichend ermittelten Regelbedarfe sind vom Jahr der Erhebung der EVS bis zum Jahr, das der Neufestsetzung vorausgeht, entsprechend den Vorgaben des § 28a Absatz 2 fortzuschreiben und ergeben die Regelsätze.

Zu Absatz 3

Nach Absatz 3 können die Länder Mindestregelsätze festsetzen, auf deren Grundlage die Träger der Sozialhilfe ermächtigt werden, regionale Regelsätze festzusetzen. Die Sozialhilfeträger sind bei der Neufestsetzung an die Vorgaben gebunden, die auch für die Länder bei der Neufestsetzung gelten.

Zu Absatz 4

Absatz 4 regelt im Falle einer abweichenden Neufestsetzung der Regelsätze von Ländern oder Sozialhilfeträgern, dass diese Regelsätze in Jahren, für die keine Neuermittlung der Regelbedarfe und damit auch keine Neufestsetzung der Regelbedarfe zu erfolgen hat, mit dem Mischindex nach § 28a Absatz 2 in der sich jeweils durch die Verordnung nach § 40 ergebenden Höhe zum 1. Januar fortzuschreiben sind. Die Fortschreibung entspricht damit der Fortschreibung der Regelbedarfe nach § 28.

Zu Absatz 5

Die von Ländern oder Sozialhilfeträgern abweichend neu festgesetzten und fortgeschriebenen Regelsätze gelten nach Absatz 5 als Regelbedarfsstufen der Anlage zu § 28.

Zu Nummer 9 (Einfügung der Überschrift des Zweiten Abschnitts)

Die Neustrukturierung des Dritten Kapitels führt zu einer Zusammenfassung der Vorschriften über die zusätzlichen Bedarfe, also der Mehrbedarfe nach § 30, der einmaligen Bedarfe nach § 31, die Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung nach § 32 und der Beiträge für die Vorsorge nach § 33.

Zu Nummer 10 (§ 30)

Die bisherige Bestimmung der Höhe von Mehrbedarfen nach dem Eckregelsatz wird durch die Bestimmung nach der Regelbedarfsstufe 1 ersetzt, die bisherige Koppelung an die Höhe des maßgeblichen Regelsatzes durch die Höhe der maßgeblichen Regelbedarfsstufe. Dies stellt eine Anpassung an die neue Begrifflichkeit dar und führt zu keiner materiellen Änderung.

Zu Nummer 11 (§ 31)**Zu Buchstabe a**

Durch die Neufassung von § 31 Absatz 1 Nummer 3 wird der bisherige einmalige Bedarf für mehrtägige Klassenfahrten, der in die Bedarfe für Bildung und Teilhabe einbezogen wird, durch einen einmaligen Bedarf für die Anschaffung (Eigenanteile) und Reparaturen von orthopädischen Schuhen, Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen sowie die Miete von therapeutischen Geräten ersetzt. Diese Verbrauchsausgaben wurden bislang bei der Regelsatzbemessung eingerechnet und sollen künftig nicht mehr für den Regelbedarf berücksichtigt werden, da diese Ausgaben nur selten anfallen. Dies führt bei der Durchschnittsbildung in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zu geringen Beträgen, die allen Leistungsberechtigten zu Gute kommen. Im Bedarfsfall fallen jedoch relativ hohe Ausgaben hierfür an, die aus dem in den Regelbedarf eingerechneten Betrag nicht gedeckt werden können.

Zu Buchstabe b

Der Satz 1 in § 31 Absatz 2 bestimmt, dass ein Anspruch auf einmalige Bedarfe auch dann besteht, wenn ansonsten keine Leistungen nach dem Dritten Kapitel des bezogen werden. Kann ein Bedarf, der auf die drei einmaligen Bedarfe entfällt, hingegen nicht aus eigenen Kräften und Mitteln gedeckt werden, löst dies Hilfebedürftigkeit aus, mit der Folge, dass ein Anspruch auf Leistungen nach § 31 Absatz 1 besteht. Die Neuformulierung von Satz 1 übernimmt diesen Inhalt, präzisiert diesen aber dahingehend, dass die betreffenden Personen erst durch ungedeckte einmalige Bedarfe zu Leistungsberechtigten werden.

Zu Nummer 12 (Einfügung des Dritten Abschnitts)

Im Rahmen der Neustrukturierung des Dritten Kapitels werden die neu einzuführenden Bedarfe für Bildung und Teilhabe als neuer Dritter Abschnitt mit den §§ 34 und 34a eingefügt.

Zu § 34

§ 34 regelt, für welche Bedarfe Leistungen für Bildung und Teilhabe erbracht werden, mit denen das menschenwürdige Existenzminimum von Kindern und Jugendlichen sowie von Schülerinnen und Schülern im Bereich der gesellschaftlichen Teilhabe sichergestellt wird. Die Bedarfe werden als eigenständige Bedarfe neben dem Regelbedarf anerkannt, um durch zielgerichtete Leistungen eine stärkere Integration hilfebedürftiger Kinder und Jugendlicher in die Gemeinschaft zu erreichen. Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben sind erforderlich, um die materielle Basis für Chancengerechtigkeit herzustellen. Insbesondere der Bildung kommt bei der nachhaltigen Überwindung von Hilfebedürftigkeit eine Schlüsselfunktion zu.

Bedarfe für Bildung werden anerkannt für Schülerinnen und Schüler, die eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen – dies entspricht der bereits im bisherigen § 28a (Zusätzliche Leistung für die Schule) geltenden Abgrenzung. Bedarfe für Teilhabe werden für Kinder und Jugendliche anerkannt. Die anzuerkennenden Bedarfe entsprechen – abgesehen von den auf systematische Unterschiede zwischen dem Zwölften und dem Zweiten Buch zurückgehenden und im Folgenden dargelegten Abweichungen – denen nach § 28 SGB II, insofern wird auch auf die Begründung zu Artikel 2 (§ 28 SGB II) verwiesen.

Zu Absatz 1

§ 34 Absatz 1 beschreibt einfühend die in den Absätzen 2 bis 6 abschließend geregelten Bedarfe von Kindern und Jugendlichen in den Bereichen Bildung und Teilhabe. Der Beg-

riff der Schülerinnen und Schüler wird unter Übernahme der bereits im geltenden § 28a gebrauchten Abgrenzung definiert.

Zu Absatz 2

§ 34 Absatz 2 Satz 1 sieht Bedarfe für Schülerinnen und Schüler vor, die an eintägigen Schulausflügen und an mehrtägigen Klassenfahrten teilnehmen. Im Unterschied zum geltenden Recht werden damit nicht nur mehrtägige Klassenfahrten als Bedarf anerkannt (bisher: § 31 Absatz 1 Nummer 3). Die Vorschrift entspricht § 28 Absatz 2 SGB II. Dementsprechend sind Taschengelder für zusätzliche Ausgaben während der Klassenfahrten und Ausflüge vom anzuerkennenden Bedarf nicht erfasst; sie sind aus dem Regelsatz zu bestreiten. Mit umfasst sind auch Ausflüge von Kindern, die eine Kindertageseinrichtung besuchen.

Zu Absatz 3

Die Anerkennung eines zusätzlichen Bedarfs für die persönliche Schulausstattung dient wie bereits die Vorgängerregelung des bisherigen § 28a dazu, hilfebedürftigen Schülerinnen und Schülern die Anschaffung von Gegenständen zu erleichtern, die für den Schulbesuch benötigt werden. Zur persönlichen Schulausstattung gehören neben Schulranzen, Schulrucksack und Sportzeug insbesondere die für den persönlichen Ge- und Verbrauch bestimmten Schreib-, Rechen- und Zeichenmaterialien (Füller, Kugelschreiber, Blei- und Malstifte, Taschenrechner, Geodreieck, Hefte und Mappen, Tinte, Radiergummis, Bastelmaterial, Knetmasse).

Der Schulbedarf wird zwar überwiegend bereits bei der Ermittlung des Regelbedarfs berücksichtigt, weil die Ausgaben dafür in unterschiedlichen regelsatzrelevanten Positionen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erfasst werden. Die Anerkennung als zusätzlicher Bedarf trägt dem Umstand Rechnung, dass die umfassten Schulbedarfe nicht zuverlässig vollständig aus dem Regelbedarf herausgerechnet werden können.

Zu Absatz 4

§ 34 Absatz 4 berücksichtigt, dass auch außerschulische Lernförderung vom Anspruch auf Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums erfasst sein kann. Außerschulische Lernförderung als anzuerkennender Bedarf, der in systematischer Betrachtung einen Mehrbedarf darstellt, ist allerdings nur in Ausnahmefällen geeignet und erforderlich und damit notwendig. In der Regel ist sie nur kurzzeitig notwendig, um vorübergehende Lernschwächen zu beheben. Die Geeignetheit und Erforderlichkeit der Lernförderung bezieht sich auf das Lernziel, das sich wiederum im Einzelfall je nach Schulform und Klassenstufe aus den schulrechtlichen Bestimmungen des jeweiligen Landes ergibt.

Schulische Angebote der Lernförderung haben den Vorrang vor außerschulischer, insbesondere privatgewerblich geleisteter Nachhilfe, da diese am ehesten geeignet sind, die jeweiligen Schwächen der Schülerin oder des Schülers zu beheben.

Zu Absatz 5

§ 34 Absatz 5 gewährt einen systematisch als Mehrbedarf einzuordnenden Bedarf für Schülerinnen und Schüler, die an einer in schulischer Verantwortung angebotenen Mittagsverpflegung teilnehmen, die gemeinschaftlich ausgegeben und eingenommen wird. Entsprechendes gilt für Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen. Die Teilnahme an einer Gemeinschaftsverpflegung ist ein wichtiges Element der sozialen Teilhabe. Die Möglichkeit ebenso wie andere teilnehmen zu können, verhindert Ausgrenzungsprozesse und eventuelle Auswirkungen auf den schulischen Erfolg.

Mit der Vorschrift wird der Tatsache Rechnung getragen, dass das Schulmittagessen im Regelfall höhere Kosten verursacht, als im Regelbedarf für die Mittagsverpflegung enthal-

ten sind. Diese Kosten sollen ausgeglichen werden, damit Schülerinnen und Schüler, die auf Leistungen angewiesen sind, nicht faktisch von der schulischen Mittagsverpflegung ausgeschlossen werden. Dabei wird berücksichtigt, dass das Schulmittagessen konzeptionell nicht allein dem Zweck der Nahrungsaufnahme dient, sondern daneben auch eine sozialintegrative Funktion besitzt.

Zu Absatz 6

Leistungen zur Deckung des Bedarfs nach § 34 Absatz 6 dienen unmittelbar dazu, den Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe im Rahmen des Grundrechts auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums zu erfüllen.

Der anerkannte Bedarf umfasst bis zum Höchstbetrag von monatlich 10 Euro die Aufwendungen, die durch Musikunterricht, außerschulischer Jugendbildung, Jugendarbeit in Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit, die Jugendarbeit, vergleichbare Kurse kultureller Bildung oder die Teilnahme an Freizeiten entstehen. Dieser in § 34 Absatz 6 aufgeführte Katalog ist abschließend. Er orientiert sich an den Inhalten der Jugendarbeit des Kinder- und Jugendhilferechts. Fahrtkosten gehören deshalb nicht zu den anerkannten Bedarfen. Das mit dem anerkannten Bedarf zur Verfügung gestellte monatliche Budget reicht regelmäßig noch aus, auch andere Aktivitäten zur gesellschaftlichen Teilhabe in Anspruch zu nehmen, so etwa Musikunterricht in Musik- und Volkshochschulen. Als Anbieter kommen aber auch Privatpersonen in Betracht, die über entsprechende Qualifikationen verfügen. Unter die vergleichbaren Kurse der kulturellen Bildung fallen insbesondere die Angebote von Volkshochschulen, Theaterworkshops und vergleichbare Gemeinschaftsveranstaltungen ebenso wie museumspädagogische Angebote und Aktivitäten zur Stärkung der Medienkompetenz. Diese sind wichtig, um Kindern und Jugendlichen gerade im Zeitalter medialer Vielfalt einen aufgeklärten Umgang mit Medien zu ermöglichen. Sie umfassen insbesondere alle Aspekte der Medienkritik, Medienkunde, Mediennutzung und Mediengestaltung. Sie bezieht sich sowohl auf Bücher, Zeitschriften, Internet, Hörfunk und Fernsehen als auch auf pädagogisch wertvolle Kinoprojekte.

Zu § 34a

§ 34a regelt die Erbringung von Leistungen zur Deckung der Bedarfe für Bildung und Teilhabe nach § 34.

Zu Absatz 1

In Absatz 1 Satz 1 wird - abweichend von den Regelungen im Dritten Kapitel - klargestellt, dass die Bedarfe für die Lernförderung und die schulische Mittagsverpflegung (§ 34 Absätze 4 und 5) nur auf Antrag erbracht werden. Dies erfordert nicht, dass ein schriftlicher Antrag beim Träger der Sozialhilfe gestellt werden muss, eine mündliche Erklärung, dass ein entsprechender Bedarf besteht, ist ausreichend. Nach Satz 2 lösen die Bedarfe des § 34 Hilfebedürftigkeit aus, das heißt auch Schülerinnen und Schüler beziehungsweise Kinder und Jugendliche, deren notwendiger Lebensunterhalt ansonsten aus eigenen Kräften und Mitteln bestritten werden kann, haben einen Leistungsanspruch, wenn die eigenen Mittel nicht oder nur teilweise für die Deckung der Bedarfe für Bildung und Teilhabe ausreichen. Satz 3 stellt klar, dass die Teilhabebedarfe nach § 34 Absatz 6 keine Leistungsansprüche in der Eingliederungshilfe ersetzen.

Zu Absatz 2

Nach Absatz 2 werden die Leistungen zur Deckung der Bedarfe für Schulausflüge und Klassenfahrten (§ 34 Absatz 2 Nummer 1), für Lernförderung (§ 34 Absatz 4), für die gemeinsame Mittagessenverpflegung in Schulen und Kindertageseinrichtung (§ 34 Absatz 5) und für Teilhabe (§ 34 Absatz 6) durch personalisierte Gutscheine erbracht. Alternativ sind Kostenübernahmeerklärungen möglich, wodurch der zuständige Träger der Sozialhilfe die Kosten unmittelbar an den Anbieter der genannten Leistungen überweisen kann.

Die Gültigkeitsdauer der auszugebenden Gutscheine ist für eine angemessene Dauer zu befristen. In dieser Frist nicht eingelöste Gutscheine verfallen. Dies entspricht den Vorgaben in § 29 Absatz 1 Satz 1 erster Halbsatz SGB II sowie in § 30 Absatz 1 Satz 1 SGB II.

Perspektivisch ist auch die Erbringung über elektronische Abrechnungssysteme möglich. Dieses Abrechnungssystem soll, wenn es für die Träger nach dem SGB II anwendbar ist, auch den Trägern der Sozialhilfe zur Nutzung offen stehen.

Die in Satz 1 von Absatz 1 genannten Leistungen gelten als mit der Ausgabe der Gutscheine oder mit der Erklärung der Kostenübernahme als erbracht. Dies bedeutet, dass der Träger der Sozialhilfe nicht für Einlösung und auch nicht für die dafür erforderlichen Angebote verantwortlich ist. Die Sicherstellung eines entsprechenden Angebotes fällt nicht in die Verantwortlichkeit des Trägers.

Zu Absatz 3

Die Gutscheine zur Deckung der Kosten von Schulausflügen werden nach Absatz 3 für jedes Schulhalbjahr ausgegeben. Für die mehrtägige Klassenfahrt kommt es gegenüber dem geltenden § 31 Absatz 1 Nummer 3 zu keiner Veränderung, das heißt für Klassenfahrten bleibt es bei der Kostenübernahme.

Zu Absatz 4

Nach § 34 Absatz 5 werden für die gemeinsame Mittagessenverpflegung in Schule oder Kindertagesstätte die Mehraufwendungen übernommen. Die Höhe des entstehenden Mehrbedarfs ergibt sich aus zwei Komponenten: Erstens der Anzahl der Schultage in dem Land, in dem Leistungsberechtigte die Schule besuchen und zweitens aus dem für jeden Schultag sich ergebenden Betrag. Dies ist der Betrag je Schultag, der über den rechnerisch im Regelbedarf für das tägliche Mittagessen enthaltenen Betrag nach § 9 des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes hinausgeht.

Zu Absatz 5

Absatz 5 bestimmt, dass die Leistungen zur Deckung von Bedarfen für die persönliche Schulausstattung (§ 34 Absatz 3) im Unterschied zu den übrigen Bedarfen nach § 34 als Geldleistung erbracht werden.

Zu Nummer 13 (Einfügung des Vierten Abschnitts)

Als Folge der Neustrukturierung der Vorschriften des Dritten Kapitels werden die Vorschriften für Bedarfe zur Sicherung von Unterkunft und Heizung als neuer Vierter Abschnitt mit den §§ 35 und 36 eingeordnet.

Zu § 35

§ 35 mit der Überschrift „Unterkunft und Heizung“ übernimmt den Inhalt des bisherigen § 29. Die Regelungen zur Angemessenheit und zur Zahlung der Miete bilden den Absatz 1. Hinzu kommt die in Satz 3 enthaltene Ergänzung, wann die Miete nicht an Leistungsberechtigte, sondern direkt an den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte zu zahlen ist. Diese Möglichkeit ist bereits im bisherigen § 29 Absatz 1 Satz 6 enthalten, wird allerdings durch eine exemplarische Auflistung von Fallkonstellationen, die zu einer Direktzahlung der Miete führen können (Satz 3 Nummer 1 bis 4), transparenter bestimmt. Kommt es zu einer Direktzahlung, haben die Träger der Sozialhilfe - wie im bisherigen § 29 Absatz 1 Satz 6 vorgesehen - die Leistungsberechtigten davon zu unterrichten.

Die im bisherigen § 29 ebenfalls in Absatz 1 mit geregelten Folgen, die sich bei einer nicht angemessenen Miethöhe ergeben, werden im Absatz 2 zusammengefasst. Gegenüber dem bisherigen § 29 ändert sich in Absatz 2 bei der Bestimmung des zu berücksichtigen-

den Einkommens und Vermögens zudem der Verweis aufgrund der Umstrukturierung des Dritten Kapitels (nunmehr: § 27 Absatz 2).

Die Absätze 3 und 4 übernehmen den unveränderten Inhalt der Absätze 2 und 3 des bisherigen § 29.

Zu § 35a

Durch § 35a gilt eine nach den §§ 22a bis 22c SGB II erlassene Satzung zur Bestimmung der Höhe der Kosten von Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende auch für das SGB XII. Die im SGB II enthaltenen Regelungen dazu, unter welchen Voraussetzungen eine Satzung erlassen werden kann, sind deshalb im SGB XII entbehrlich. Den Trägern der Sozialhilfe wird keine eigene Satzungsermächtigung erteilt. Da die Kommunen sowohl Träger der Kosten der Unterkunft nach dem SGB II als auch nach dem SGB XII sind, ist dies nicht erforderlich.

Nach den Sätzen 1 und 2 gilt eine nach den §§ 22a bis 22c SGB II erlassene Satzung, mit der die Kreise und kreisfreien Städte als Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II bestimmen, welche Aufwendungen für Unterkunft und - sofern die Satzung hierzu Regelungen trifft - für Heizung in ihrem örtlichen Zuständigkeitsbereich angemessen sind, entsprechend für die Angemessenheit der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach § 35 SGB XII. Dadurch wird gewährleistet, dass es keine Unterschiede hinsichtlich der Höhe der als angemessen anzusehenden Kosten für Unterkunft und Heizung gibt. Dies ist insbesondere in sogenannten Mischbedarfsgemeinschaften von Bedeutung. Dies sind Haushalte, in denen sowohl Personen leben, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, als auch Personen, die Leistungen nach dem Vierten Kapitel des SGB XII beziehen.

Durch Satz 3 wird klargestellt, dass eine nach § 22a bis § 22c SGB II erlassene Satzung den in § 35 eingeräumten Möglichkeiten der Pauschalierung durch den örtlichen Träger der Sozialhilfe vorgehen. Hat der Kreis oder die kreisfreie Stadt als Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende eine Satzung erlassen hat, kann der Träger der Sozialhilfe nicht nach § 35 Absatz 3 und Absatz 4 Satz 2 und 3 SGB XII die Leistungen für Unterkunft und Heizung pauschalieren.

Zu § 36

§ 36 enthält den Inhalt des bisherigen § 34. Entsprechend dem Inhalt der Vorschrift, die die Möglichkeit der Übernahme von Miet- und Energieschulden beinhaltet, wird die Überschrift neu gefasst: „Sonstige Hilfen zur Sicherung der Unterkunft“ anstelle von „Hilfe zum Lebensunterhalt in Sonderfällen“. Inhaltliche Änderungen sind hiermit nicht verbunden.

Zu Nummer 14 (Einfügung des Fünften Abschnitts)

Als Folge der Neustrukturierung der Vorschriften des Dritten Kapitels bilden die Vorschriften für die Gewährung von Darlehen sowie von ergänzenden Darlehen mit den §§ 37 und 38 einen eigenen Abschnitt.

Zu Nummer 15 (§ 37)

In § 37, der bereits Vorschriften über die Gewährung von „ergänzenden Darlehen“ enthält, werden die Vorschriften des geltenden § 35 über die Darlehensgewährung für Leistungsberechtigte in stationären Einrichtungen, die einen Barbetrag erhalten, mit einbezogen. Die Regelungen für ergänzende Darlehen werden damit in einer Vorschrift zusammengefasst.

Zu Buchstabe a

Bei der Änderung in Absatz 1 handelt es sich um eine Folgeänderung. Welche Bedarfe durch die Regelsätze abgedeckt werden, bestimmt sich nach den der Ermittlung der Regelbedarfe zugrundeliegenden Verbrauchsausgaben. Deshalb ersetzt der Begriff Regelbedarf den bisherigen Begriff Regelsatz.

Zu Buchstabe b

Der einzufügende Absatz 2 übernimmt die Gewährung von Darlehen für Zuzahlungen in der gesetzlichen Krankenversicherung von Leistungsberechtigten in einer stationären Einrichtung aus dem bisherigen § 35 Absatz 3. Die Änderungen beschränken sich auf redaktionelle Anpassungen der Verweise in Satz 1 und 3 auf die neue Vorschrift für Leistungsberechtigte nach dem Dritten Kapitel in § 27b, der den betreffenden Inhalt der Absätze 1 und 2 des bisherigen § 35 übernimmt.

Der einzufügende Absatz 3 übernimmt den Inhalt des bisherigen § 35 Absatz 4; es ergibt sich nur eine Änderung in der Verweisung, die sich aus der sich gegenüber § 35 geänderten Absatznummerierung ergibt.

Der Inhalt des bisherigen § 35 Absatz 5 entfällt, da es sich um eine Stichtagsregelung zum 1. Januar 2005 handelt.

Zu Buchstabe c

Der bisherige Absatz 2 des § 37 wird zu Absatz 4. Durch die Neufassung von Satz 1 wird eine sprachliche Anpassung vorgenommen und der bisherige durch die neue Begrifflichkeit ersetzt: „Eckregelsatz“ wird durch „Regelbedarfsstufe 1“ ersetzt. Die Änderung des Verweises in Satz 2 stellt eine redaktionelle Anpassung an die Zusammenführung der Regelungen zur Darlehensgewährung aus den bisherigen §§ 35 und 37 dar.

Zu Nummer 16 (Einfügung des Sechsten Abschnitts)

Im Zuge der Neustrukturierung des Dritten Kapitels werden die bisherigen §§ 36 und 39 zum neuen Sechsten Abschnitt mit den §§ 39 und 39a zusammengefasst.

Zu Nummer 17 (§ 39)

Aufgrund der Neustrukturierung des Dritten Kapitels und der Zusammenfassung der Vorschriften für die Einschränkung von Leistungsberechtigung und Leistungsumfang wird die im bisherigen § 36 geregelte Vermutung der Bedarfsdeckung als § 39 eingefügt. Inhaltliche Veränderungen ergeben sich daraus nicht.

Zu den Nummern 18 und 19 (§ 39a)

Aufgrund der Neustrukturierung wird der bisherige § 39 zu § 39a.

Im neuen § 39a wird „der maßgebliche Regelsatz“ durch „die maßgebliche Regelbedarfsstufe“ ersetzt, dies stellt eine Folgeänderung zu den Änderungen im Ersten Abschnitt dar. Diese Anpassung in der Begrifflichkeit führt nicht zu einer materiellen Änderung.

Zu den Nummern 20 und 21 (§ 40)

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 ist die bisherige Regelsatzbemessung nicht mehr durch Verordnung (Regelsatzverordnung), sondern in einem Gesetz vorzunehmen. Die Fortschreibung der Regelbedarfsstufen in den Jahren, für die keine Neuermittlung von Regelbedarfen nach § 28 zu erfolgen hat, soll nach § 28a jedoch weiterhin durch Verordnung zum 1. Januar eines Jahres erfolgen. Die Verordnungsermächtigung umfasst nach Nummer 1 die Bestimmung der Veränderungsrate des Mischindex nach § 28a für die Fortschreibung der Regelbedarfsstufen und nach Num-

mer 2 die Ergänzung der Anlage zu § 28 um die sich durch die Fortschreibung zum 1. Januar eines Jahres ergebenden Regelbedarfsstufen. In Satz 2 ist eine Beschränkung der Berechnung der Veränderungsrate durch eine Rundungsregelung auf zwei Nachkommastellen enthalten. Die Bestimmung der Veränderungsrate nach Nummer 1 und die Fortschreibung der Regelbedarfsstufen soll nach Satz 3 bis zum 31. Oktober eines Jahres und damit rechtzeitig zum Fortschreibungstermin am 1. Januar des folgenden Jahres erfolgen.

Zu Nummer 22 (§ 41)

Bei der Änderung in § 41 Absatz 1 Satz 1 handelt es sich um eine Folgeänderung zur Neufassung von § 19 Absatz 1 und 2 sowie von § 27 (hier: Absatz 1). Nach den genannten Vorschriften ist leistungsberechtigt, wer seinen Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln „bestreiten“ kann (bislang: „beschaffen“). Diese sprachliche Veränderung wird auch für die Leistungsberechtigung nach dem Vierten Kapitel übernommen.

Zu Nummer 23 (§ 42)

Durch die Neufassung von § 42 wird die Bestimmung des Leistungsumfangs des Vierten Kapitels (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) an die Neustrukturierung des Dritten Kapitels angeglichen. Die Verweise auf einzelne Vorschriften des Dritten Kapitels werden dabei vorwiegend durch Verweise auf die betreffenden Abschnitte des Dritten Kapitels ersetzt. Materielle Änderungen ergeben sich hieraus nicht.

Im Einzelnen:

- In Nummer 1 wird für die Höhe des im Einzelfall zu zahlenden Regelsatzes auf die sich nach der Anlage zu § 28 ergebende Regelbedarfsstufe verwiesen.
- In Nummer 2 wird auf die zusätzlichen Bedarfe im Zweiten Abschnitt des Dritten Kapitels verwiesen, dies sind: Die Mehrbedarfe nach § 30, die einmaligen Bedarfe nach § 31, die Krankenversicherungsbeiträge nach § 32 und die Vorsorgebeiträge nach § 33.
- In Nummer 3 wird auf die Bedarfe für Bildung und Teilhabe nach dem Dritten Abschnitt des Dritten Kapitels verwiesen. Dabei wird der Leistungsumfang auf die Bedarfe nach § 34 Absätze 2 bis 5 beschränkt, da Teilhabebedarfe nach § 34 Absatz 6 nur Minderjährigen zustehen; diese sind jedoch im Vierten Kapitel nicht anspruchsberechtigt.
- In Nummer 4 wird auf die Bedarfe für Unterkunft und Heizung nach dem Vierten Abschnitt des Dritten Kapitels verwiesen, also auf die §§ 35, 35a und 36.
- Der Regelungsinhalt von Nummer 5 ist in der geltenden Fassung in Satz 2 enthalten und wird in der Neufassung zu Nummer 5. Es wird auf die ergänzenden Darlehen nach § 37 Absatz 1 verwiesen. Darlehen für Leistungsberechtigte in einer stationären Einrichtung (§ 37 Absätze 2 bis 4) und Darlehen bei vorübergehender Notlage (§ 38) zählen weiterhin nicht zum Leistungsumfang der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Zu Nummer 24 (§ 43)

Zu Buchstabe a

Die Neufassung von § 43 Absatz 1 stellt eine redaktionelle Überarbeitung dar. Berücksichtigt wird dabei die bei der Anpassung des SGB XII an das Lebenspartnerschaftsgesetz unterbliebene Einbeziehung der „lebenspartnerschaftsähnlichen“ Gemeinschaft. Hinzu kommen inhaltliche Vereinfachungen. Der bisherige Verweis auf § 19 ist nicht mehr

erforderlich, da der Inhalt des relevanten § 19 Absatz 2 durch Neufassung auf eine allgemeine Einweisungsvorschrift beschränkt wird und der Verweis auf § 20 ist nicht erforderlich, da dessen Inhalt bereits in § 43 Absatz 1 enthalten ist.

Zu Buchstabe b

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung. Der Begriff der „bedarfsorientierten Grundsicherung“ stammt aus dem mit Einführung des SGB XII aufgehobenen „Gesetz über eine bedarfsorientiert Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG)“ und wird durch die übliche Bezeichnung „nach diesem Kapitel“ ersetzt.

Zu Nummer 25 (§ 44)

Der einzufügende Satz stellt eine Folgeänderung zur Änderung des § 7a SGB II dar. Durch die Änderung in § 7a SGB II wird der Anspruch auf Arbeitslosengeld II für Leistungsberechtigte, deren Bezug wegen des Erreichens der dort geregelten Altersgrenze endet, bis zum Ende des Monats verlängert, in dem das entsprechende Lebensalter vollendet wird. Für diese Personen soll der Bewilligungszeitraum in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung abweichend von der in Satz 1 enthaltenen Regelung mit dem Ersten des Folgemonats beginnen. Für Bezieher von Arbeitslosengeld II, die auch nach dem altersbedingten Auslaufen des Bezugs hilfebedürftig sind, ergibt sich dadurch ein nahtloser Übergang vom Bezug von Arbeitslosengeld II in den Bezug von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Der sich nach § 44 Absatz 1 Satz 2 ergebende Beginn des Bewilligungszeitraums für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für den gesamten Monat, in dem die Altersgrenze erreicht wird, und die Verlängerung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld II bis zum Ende dieses Monats würde bei weiterhin bestehender Hilfebedürftigkeit für den gesamten Monat eine Einkommensanrechnung erforderlich machen. Wegen der anzurechnenden Zahlung des bedarfsdeckenden Arbeitslosengeldes II würde die Leistungsgewährung in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erst ab dem Monatsersten des Folgemonats beginnen. Dieses Ergebnis wird durch die Änderung von § 44 Absatz 1 gewährleistet, ohne dass hierfür eine Einkommensanrechnung erforderlich ist.

Zu Nummer 26 (§ 46)

Bei der Änderung handelt es sich um die Aktualisierung des Verweises auf die Vorschriften zur Bestimmung des aktuellen Rentenwertes im Sechsten Buch Sozialgesetzbuch.

Zu Nummer 27 (§ 46a)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neustrukturierung des Dritten Kapitels. Der Verweis bezieht sich auf die Nichtanwendbarkeit der Unterhaltsvermutung, die bislang in § 36 geregelt ist und künftig in § 39 enthalten sein wird.

Zu Nummer 28 (§ 72)

Zu Buchstabe a

Bei der Änderung des Verweises in Absatz 1 Satz 4 handelt es sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neustrukturierung des Dritten Kapitels: Aus dem die Einschränkung der Leistung regelnden bisherigen § 39 wird § 39a.

Zu Buchstabe b

Auch bei der Änderung in Absatz 4 Satz 1 handelt es sich um eine redaktionelle Anpassung an die Neustrukturierung des Dritten Kapitels: Der bisher in § 35 Absatz 2 geregelte Barbetrag ist künftig in § 27b Absatz 2 geregelt.

Zu Nummer 29 (§ 82)

Bei der Änderung in Absatz 1 handelt es sich lediglich um eine gesetzliche Klarstellung. Mit ihr wird die in § 82 Absatz 1 Satz 1 bereits enthaltene Aussage, dass Leistungen nach diesem Buch kein anrechenbares Einkommen sind, näher präzisiert. Neben Stromkostenerückerstattungen fallen auch vergleichbare Sachverhalte unter diese Regelung.

Diese Klarstellung ist erforderlich, da das Bundessozialgericht am 19. Mai 2009 (B 8 SO 35/07 R) entschieden hat, dass eine eventuelle Rückerstattung von zu viel gezahlten Stromkostenpauschalen als Einkommen nach diesem Buch zu bewerten sei. Damit verkennt das Bundessozialgericht den Willen des Gesetzgebers, wie er in § 28 und § 82 Absatz 1 zum Ausdruck gekommen ist. Es ist ausdrücklich Aufgabe und Recht der Leistungsempfänger, den Regelsatz entsprechend den konkret anfallenden Bedarfen einzusetzen. Gerade durch die vorgenommene Einbeziehung der ehemaligen einmaligen Leistungen in den Regelsatz wird deutlich, dass der Leistungsberechtigte seinen Lebensunterhalt in eigener Budgetverantwortung regeln soll. Dass nicht alle anfallenden Bedarfe im Monatsrhythmus entstehen, ist zwangsläufige Folge der in diesem Buch vom Gesetzgeber vorgenommenen Pauschalierung. Zahlt der Leistungsempfänger nunmehr aus diesem monatlichen Regelsatz einen Abschlag an den Stromversorger, so ändert sich dadurch der Charakter dieses Teilbetrages aus dem ihm zur Verfügung stehenden Regelsatz nicht. Sofern dieser Abschlag im Einzelfall zu hoch bemessen ist, bleibt dieser Teilbetrag deshalb Teil dieser pauschalierten Leistung. Hinzu kommt, dass nach § 82 Absatz 1 alle Leistungen nach diesem Buch nicht zu neuen Einkünften im Sinne einer Einkommensanrechnung werden können. Sofern eine Vorauszahlung aus eigenem Einkommen geleistet worden ist, weil zum Zeitpunkt der Zahlung noch keine Leistungsberechtigung bestanden hat, gilt die Rückzahlung als Einkommen.

Mit den Änderungen in Absatz 3 wird der Begriff „Eckregelsatz“ durch den Begriff „Regelbedarfsstufe 1“ ersetzt. Es handelt sich dabei um Folgeänderungen zu den Änderungen im Dritten Kapitel. Diese Anpassung in der Begrifflichkeit führt zu keiner materiellen Änderung.

Zu Nummer 30 (§ 85)

Zu Buchstabe a und b

Durch die Änderungen in den Absätzen 1 und 2 wird der Begriff „Eckregelsatz“ durch „Regelbedarfsstufe 1“ ersetzt. Es handelt sich dabei um Folgeänderung zu Änderungen im Dritten Kapitel. Diese Anpassungen in der Begrifflichkeit führen zu keiner materiellen Änderung.

Zu Buchstabe c

In Absatz 3 wird der Begriff „maßgeblicher Regelsatz“ durch „maßgebliche Regelbedarfsstufe“ ersetzt. Es handelt sich dabei ebenfalls um Folgeänderungen.

Zu Nummer 31 (§ 88)

Die Ersetzung des Begriffs „Eckregelsatz“ durch „Regelbedarfsstufe 1“ stellt eine Folgeänderung zu den Änderungen im Dritten Kapitel dar. Diese Anpassung in der Begrifflichkeit führt zu keiner materiellen Änderung.

Zu Nummer 32 (§ 92)

Die Ersetzung des Begriffs „Eckregelsatz“ durch „Regelbedarfsstufe 1“ stellt eine Folgeänderung zu den Änderungen im Dritten Kapitel dar. Diese Anpassung in der Begrifflichkeit führt zu keiner materiellen Änderung.

Zu Nummer 33 (§ 105)

Folgeänderung zur Neufassung der §§ 27 und 27b.

Zu Nummer 34 (§ 110)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zur Neufassung von § 19 Absatz 1. Als Folge der Neustrukturierung des Dritten Kapitels wird diesem mit dem § 27 eine Vorschrift über Leistungsberechtigte vorangestellt, die Inhalte aus dem bisherigen § 19 Absatz 1 übernimmt. Deshalb ist der Verweis von § 19 Absatz 1 Satz 2 in § 27 Absatz 2 Satz 2 und 3 zu ändern.

Zu Nummer 35 (§ 116a)

§ 116a enthält eine Sonderregelung zur Anwendung des § 44 SGB X. § 44 SGB X dient dazu, einen Ausgleich zwischen dem Interesse der Allgemeinheit an Rechtssicherheit und dem Interesse des Leistungsberechtigten an materieller Gerechtigkeit für den Fall herzustellen, dass eine Verwaltungsentscheidung zum Nachteil des Leistungsberechtigten rechtswidrig war. Diese Funktion des § 44 SGB X ist auch in diesem Buch unverzichtbar. Die Vierjahresfrist des § 44 Absatz 4 SGB X ist allerdings für die Leistungen dieses Buches, die als steuerfinanzierte Leistungen der Sicherung des Lebensunterhalts dienen und dabei im besonderen Maße die Deckung gegenwärtiger Bedarfe bewirken sollen (so genannter Aktualitätsgrundsatz), zu lang. Eine kürzere Frist von einem Jahr ist sach- und interessengerecht. Leistungen können damit längstens bis zum Beginn des Jahres rückwirkend erbracht werden, das dem Jahr der Rücknahme des rechtswidrigen Verwaltungsaktes oder der darauf gerichteten Antragstellung vorausgegangen ist. Dies trägt auch zur Entlastung der Träger der Leistungen und der Sozialgerichte bei.

Zu Nummer 36 (§ 117)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neustrukturierung des Dritten Kapitels. Der Verweis bezieht sich auf die Nichtanwendbarkeit der Unterhaltsvermutung, die bislang in § 36 geregelt ist und künftig in § 39 enthalten sein wird.

Zu Nummer 37 (§ 122)

Durch die Änderung von § 122 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c wird der Erhebungsumfang an die Einführung von Bedarfen für Bildung und Teilhabe in § 34 Absatz 2 bis 6 angepasst. Dadurch werden die für die Bedarfe für Bildung und Teilhabe zu gewährenden Leistungen in den Erhebungsumfang der Bundesstatistik für das Dritte Kapitel einbezogen.

Die Änderung in § 122 Absatz 2 stellt eine redaktionelle Folgeänderung zur Neufassung von § 42 dar.

Zu Nummer 38 (§ 131)

Durch die Neufassung von § 131 wird eine Übergangsregelung zur Einführung der Bedarfe für Bildung und Teilhabe nach § 34 sowie deren Erbringung nach § 34a geschaffen. Nach Absatz 1 sind die Schulbedarfe nach § 34 Absatz 3 erstmals für das Schuljahr 2011/12 zu berücksichtigen.

Die Neufassung ersetzt den bisherigen Inhalt von § 131, der eine Übergangsregelung aus Anlass der Einführung des SGB XII zum 1. Januar 2005 enthielt. Danach waren die Maß-

nahmen im Rahmen der Hilfe zur Arbeit nach dem bis 31. Dezember 2004 geltenden Bundessozialhilfegesetz als Sonderprogramm „Mainzer Modell“. Diese Maßnahmen sind zwischenzeitlich abgeschlossen.

Zu Nummer 39 (§§ 133b)

In § 133b ist die Höhe der einmalig im Jahr 2006 gezahlten Weihnachtsbeihilfe enthalten. Der Regelungsinhalt ist damit weggefallen.

Zu Nummer 40 (Neufassung § 134)

§ 134 stellt eine Übergangsregelung zur Ermittlung der Regelbedarfsstufen nach § 8 des Entwurfes für ein Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz (Artikel 1) dar.

Durch § 8 Absatz 1 des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes (Artikel 1 dieses Gesetzentwurfes) ergeben sich für die Regelbedarfsstufen 4 bis 6, die die Höhe der Regelbedarfe für Kinder und Jugendliche enthalten, niedrigere Beträge als die sich durch die Altersstufen der Regelsätze nach dem geltenden Recht ergeben:

Regelbedarfsstufe 4 für Jugendliche vom Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres: 275 Euro anstelle von 287 Euro, die Differenz beläuft sich auf 12 Euro;

Regelbedarfsstufe 5 für Kinder vom Beginn des 7. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres: 242 Euro anstelle von 251 Euro, die Differenz beläuft sich auf 9 Euro;

Regelbedarfsstufe 6 für Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres: 213 Euro anstelle von 215 Euro, die Differenz beläuft sich auf 2 Euro.

In § 8 Absatz 2 des Artikel 1 ist deshalb eine Bestandsschutzregelung enthalten, nach der für die Regelbedarfsstufen 4, 5 und 6 die sich nach dem geltenden Recht ergebenden Beträge weiter gelten. Sie sind deshalb in die Anlage zu § 28 zu übernehmen (siehe Nummer 34). Diese Bestandsschutzregelung gilt solange, wie sich durch die Fortschreibung der Regelbedarfsstufen in den Folgejahren, erstmals zum 1. Januar 2012, durch die Verordnung nach § 40 kein höherer Betrag ergibt. Ergeben sich höhere Beträge, gelten diese als neue Regelbedarfsstufen, die Anlage zu § 28 ist entsprechend zu ergänzen.

Der § 134 in der bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Fassung war eine Übergangsregelung aus Anlass der Einführung dieses Buches zum 1. Januar 2005. Danach galten die Vorschriften der Hilfen zur Arbeit nach dem bis 31. Dezember 2004 geltenden Bundessozialhilfegesetz für Leistungen und Maßnahmen der Hilfe zur Arbeit, die bis zu diesem Datum bewilligt worden waren, bis zum Ende der Bewilligung weiter, längstens aber bis zum 31. Dezember 2005. Der Geltungszeitraum der bisherigen Übergangsregelung ist damit abgelaufen.

Zu Nummer 41 (§ 136)

Antragsteller nach § 44 SGB X, die noch im Jahr 2010 einen Überprüfungsantrag stellen, sollen nicht dadurch einen Rechtsnachteil erleiden, dass über ihren Antrag erst nach Inkrafttreten des neuen § 116a SGB XII entschieden wird. Geregelt wird deshalb, dass für Anträge auf Rücknahme eines Verwaltungsaktes nach § 44 SGB X die Rechtslage maßgebend ist, die zum Zeitpunkt der Stellung des Antrags galt. Damit ist aus Gründen des Vertrauensschutzes sichergestellt, dass aufgrund noch im Jahr 2010 gestellter erfolgreicher Überprüfungsanträge Sozialleistungen nach § 44 Absatz 4 SGB X rückwirkend für einen Zeitraum von längstens 4 Jahren zu erbringen sind, selbst wenn über den Antrag erst nach Inkrafttreten der Änderungen des § 116a SGB XII zum 1. Januar 2011 entschieden wird.

Der bisherige Inhalt von § 136 regelte Anwendbarkeit von Vorschriften des Einigungsvertrages für das SGB XII. Die zitierten Regelungen (Anlage I Kapitel X Sachgebiet H Abschnitt III Nr. 3 Buchstabe d und g sowie Anlage I Kapitel X Sachgebiet H Abschnitt III Nr. 3) wurden zwischenzeitlich aufgehoben. Dadurch ist der bisherige Regelungsinhalt von § 136 weggefallen.

Zu Nummer 42 (Anlage zu § 28)

Die neu einzufügende Anlage zu § 28 enthält die Regelbedarfsstufen. Die ab 1. Januar 2011 für die Regelbedarfsstufen 1 bis 6 geltenden Beträge in Euro entsprechen den im Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe nach § 28 SGB XII ermittelten Regelbedarfen (Artikel 1). Für die Regelbedarfsstufen 4, 5 und 6 gilt eine Übergangsregelung nach § 134. Im Einzelnen:

Regelbedarfsstufe 1:

Die Regelbedarfsstufe 1 (Artikel 1: § 8 Absatz 1 Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz) gilt für alleinstehende oder alleinerziehende Leistungsberechtigte und ergibt sich aus den regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben des Einpersonenhaushalten (Artikel 1: § 7 Absatz 2 Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz). Die Regelbedarfsstufe 1 tritt an die Stelle des bisherigen Eckregelsatzes.

Regelbedarfsstufen 2 und 3:

Die Regelbedarfsstufe 2 übernimmt die bisherige Regelung für Paare, nach der beide Erwachsene jeweils 90 Prozent des Eckregelsatzes erhalten. Paare sind neben Ehepaaren auch eheähnliche und lebenspartnerschaftsähnliche Gemeinschaften. Einbezogen sind ferner zwei erwachsene Personen, die in einem Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften, sich also auch die Kosten des Haushalts teilen; dies kann beispielsweise auf eine Haushalt zu treffen, in dem eine Mutter mit ihrem erwachsenen Sohn lebt. Die bestehende Aufteilung auf zwei Erwachsene ist durch das Urteil vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 ausdrücklich bestätigt worden. Die Aufteilung in zweimal 90 Prozent geht davon aus, dass eine alleinstehende Person 100 Prozent erhält, eine hinzukommende erwachsene Person 80 Prozent, zusammen ergibt dies 180 Prozent und damit 90 Prozent pro Person.

Die Regelbedarfsstufe 3 bestimmt die Höhe des Regelbedarfs für eine erwachsene Person, die keinen eigenen Haushalt führt, weil sie im Haushalt anderer Personen lebt und die haushaltsgebundenen Kosten durch diese anderen Personen bereits abgedeckt sind. Gleiches gilt für erwachsene Leistungsberechtigte, die in einer stationären Einrichtung leben. Der Anteil von 80 Prozent steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den der Regelbedarfsstufe 2 zugrunde liegenden Aufteilung von 180 Prozent auf zwei Erwachsene. Dem Anteil von 80 Prozent liegt keine spezielle Sonderauswertung der EVS 2008 zugrunde. Allerdings lässt sich aus den regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben des Einpersonenhaushalts mit normativen Entscheidungen über die Zuordnung von haushaltsbedingten Verbrauchsausgaben der Wert von 80 Prozent für eine zweite Person bestätigen.

Für die Ermittlung der Regelbedarfsstufen 2 wurden aus folgenden Gründen keine Sonderauswertungen beim Statistischen Bundesamt in Auftrag gegeben:

Für den Paarhaushalt ohne Kind ist zu erwarten ist, dass er wegen eines hohen Anteils von Doppelverdienerhaushalten über vergleichsweise hohe Einkünfte verfügt und damit auch höhere Verbrauchsausgaben aufweist. Dies führt zu der Frage, ob die Höhe des menschenwürdigen Existenzminimums von Erwachsenen im Paarhaushalt davon abhängig sein kann, wie hoch der Anteil der Doppelverdienerhaushalte unter den Referenzhaushalten ist. Deshalb würde sich die Frage stellen, welche der Verbrauchsausgaben von Paarhaushalten ohne Kind im Vergleich zum Einpersonenhaushalt für die Höhe des

menschenwürdigen Existenzminimums als erforderlich und damit regelbedarfsrelevant anzusehen sind.

Hinzu kommt, dass ein Verfahren, wie die bei Paarhaushalten mit einem Kind verwendeten Verteilungsschlüssel, nicht vorliegt und in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit unter Berücksichtigung der Problematik der Doppelverdienerhaushalte auch nicht entwickelt werden konnte.

Alternativ denkbar wäre, auf die Ermittlung der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben von Kindern und Jugendlichen aus den Verbrauchsausgaben der Familienhaushalte zurückzugreifen. Nach Abzug der auf Kind oder Jugendlichen entfallenden Verbrauchsausgaben an den Verbrauchsausgaben des Familienhaushalts ergeben sich die auf die Eltern entfallenden Verbrauchsausgaben. Allerdings sind diese als „Restgröße“ vom Alter des Kindes bzw. Jugendlichen abhängig. Die so gewonnenen Verbrauchsausgaben könnten also nur für alle Familienhaushalte (Kind unter 18 Jahre) verwendet werden. Die so ermittelten regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben für Erwachsene wären aber für Familienhaushalte ermittelt und nicht für Paarhaushalte ohne Kind. Die statistische Grundlage für die Ermittlung würde folglich auch in diesem Fall nicht mit der konkreten Anwendung übereinstimmen. Es würde sich - ebenso wie bei der Zugrundelegung des Einpersonenhaushaltes - um eine Übertragung von Ergebnissen einer Haushaltskonstellation auf eine andere handeln.

Im Ergebnis würde eine Ermittlung der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben von Erwachsenen im Paarhaushalt ohne Kind nach den für diesen Haushaltstyp ermittelten Verbrauchsausgaben konsequenterweise dazu führen, dass sich unterschiedliche hohe Regelbedarfe ergeben würden für

- alleinlebende Erwachsene,
- für die beiden Erwachsenen im Paarhaushalt und
- für die beiden Erwachsenen (Eltern) im Familienhaushalt.

Eine statistische Ermittlung der Regelbedarfsstufe 3 steht in engem Zusammenhang mit der Ermittlung der Regelbedarfsstufe 2. Zusätzlich erschwerend käme hinzu, dass sowohl auf den Einpersonenhaushalt mit einer weiteren erwachsenen Person als auch auf den Paarhaushalt ohne Kind mit einer weiteren erwachsenen Person abgestellt werden müsste. Auch hier ist zu erwarten, dass sich unterschiedliche Ergebnisse je nach Referenzhaushalt ergeben.

Regelbedarfsstufen 4 bis 6:

Für die Regelbedarfsstufe 4 für Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahren, die Regelbedarfsstufe 5 für Kinder von 6 bis unter 14 Jahren sowie die Regelbedarfsstufe 6 für Kinder bis unter 6 Jahre werden die Beträge aus dem geltenden Recht übernommen (Artikel 1: § 8 Absatz 2 Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz). Diese Beträgen sind höher als die den Kindern und Jugendlichen ermittelten regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben der Familienhaushalte (Artikel 1: § 7 Absatz 3 und § 8 Absatz 1 Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz). Dadurch wird erreicht, dass die entsprechend den Regelbedarfsstufen 4 bis 6 ab 1. Januar 2011 zu zahlenden Regelsätze nicht unter den bis zum 31. Dezember 2010 zu zahlenden Regelsätzen liegen. Die Differenzbeträge, die sich zu den Regelbedarfsstufen 4, 5 und 6 nach § 8 Absatz 1 des Regelbedarfsermittlungs-Gesetzes ergeben, werden jeweils mit den Fortschreibungen in den Folgejahren verrechnet (Übergangsregelung in § 134 SGB XII (Artikel 3 Nummer X)).

Zu Artikel 4 (Änderung des Sozialgerichtsgesetzes (SGG))

Künftig sollen die Landessozialgerichte überprüfen, ob eine Satzung oder eine entsprechende Rechtsvorschrift der Länder Hamburg, Berlin und Bremen nach § 22a

Absatz 1 SGB II und dem hierzu ergangenen Landesgesetz mit höherrangigem Recht vereinbar ist. In Anlehnung an § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) wird dazu ein Normenkontrollverfahren in dieses Gesetz eingeführt. Ziel ist es, möglichst schnell Rechtssicherheit sowohl für die Kreise und kreisfreien Städte als auch für die Bezieher von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende über die Gültigkeit der Satzungen zu schaffen. Dieses Ziel kann mit den bestehenden Rechtsschutzmöglichkeiten im sozialgerichtlichen Verfahren nicht in gleicher Weise erreicht werden. Insbesondere die Wirkung der Allgemeinverbindlichkeit ist im Rahmen von Anfechtungs-, Verpflichtungs- oder Feststellungsklagen nicht vorgesehen. Die Sozialgerichte können die Verfahren zu den Bedarfen für Unterkunft und Heizung nach dem neuen § 114 Absatz 2a bis zur Entscheidung des Landessozialgerichts über die Gültigkeit der Satzung aussetzen.

Zu Nummer 1 (§ 29)

Zur neuen Nummer 3

Ähnlich wie in den anderen in § 29 Absatz 2 geregelten Rechtsstreitigkeiten handelt es sich auch bei Erstattungsklagen zwischen dem Bund und den jeweiligen zugelassenen kommunalen Trägern im Zusammenhang mit § 6b SGB II in der Regel um Verfahren mit sehr weitreichender wirtschaftlicher Bedeutung. Zudem sind derartige Verfahren überwiegend von grundsätzlicher Bedeutung, da es weniger um die Klärung tatsächlicher als vorrangig um die Klärung rechtlicher Fragen geht. Daher ist es unter Berücksichtigung der Prozessökonomie sachgerecht, derartige Erstattungsklagen erstinstanzlich dem jeweiligen Landessozialgericht zuzuweisen.

Zur neuen Nummer 4

Die Vorschrift regelt die erstinstanzliche Zuständigkeit der Landessozialgerichte für die gerichtliche Überprüfung von Satzungen und von anderen im Rang unter einem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschriften nach § 22a Absatz 1 SGB II und dem dazu ergangenen Landesgesetz.

Zu Nummer 2 (§ 31)

Die Regelung schreibt vor, einen eigenen Senat für die Entscheidungen über die Gültigkeit von Satzungen oder anderen untergesetzlichen Rechtsvorschriften, die nach § 22a SGB II und dem dazu ergangenen Landesgesetz erlassen worden sind, zu bilden. Dadurch soll die Einheitlichkeit der Rechtsprechung gefördert werden. Die Senate sind mit ehrenamtlichen Richtern aus den Vorschlagslisten der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zu besetzen (§ 33 SGG i. V. m. § 12 Absatz 5 Satz 1 SGG).

Zu Nummer 3 (§ 46)

Korrektur eines redaktionellen Versehens.

Zu Nummer 4 (§ 55a)

Zu Absatz 1

Die Vorschrift regelt nach dem Vorbild des § 47 VwGO erstmalig ein Normenkontrollverfahren im Sozialgerichtsgesetz. Es dient der Überprüfung der Gültigkeit von Satzungen oder anderen im Rang unter dem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschriften nach § 22a Absatz 1 SGB II und dem hierzu ergangenen Landesgesetz. Der Antrag ist in analoger Anwendung des § 90 schriftlich zu erheben und entsprechend den in § 92 geregelten Voraussetzungen auszugestalten.

Zu Absatz 2

Antragsbefugt sind natürliche Personen, die geltend machen, in ihren Rechten verletzt zu werden. Das können Antragsteller sein, deren Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem SGB II abgelehnt worden ist. Erfasst sind auch Leistungsbezieher, denen Bedarfe für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II zugestanden worden sind, die hinter den tatsächlichen Aufwendungen zurück bleiben. Antragsbefugt sind auch Personen, die geltend machen, in absehbarer Zeit in ihren Rechten verletzt zu werden. Eine solche Situation wird zum Beispiel bei Personen vorliegen, die zwar noch keine Leistungen nach dem SGB II beziehen, bei denen aber absehbar ist, dass sie in naher Zukunft auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen sein werden. Erfasst sind beispielsweise auch Leistungsbezieher, deren Bedarf für Unterkunft und Heizung noch in Höhe ihrer tatsächlichen Aufwendungen für die Unterkunft berücksichtigt wird, die aber bereits eine Aufforderung bekommen haben, ihre Aufwendungen für die Unterkunft zu senken.

Mit Satz 4 (Regelung zur einfachen Beiladung) wird die Möglichkeit geschaffen, auch Dritte, zum Beispiel das Land, eine Behörde oder eine Vereinigung im Sinne des Absatzes 3, an dem Rechtsstreit zu beteiligen. Das ist aus prozessökonomischen Gründen sinnvoll, da die Beigeladenen im Rahmen des Antragsverfahrens damit selbst Angriffs- und Verteidigungsmittel gegenüber den anderen Beteiligten geltend machen und alle Verfahrenshandlungen wirksam vornehmen können (vergleiche § 75 Absatz 4). Damit wird ermöglicht, dass schnell Rechtssicherheit bezüglich der Gültigkeit der Satzung beziehungsweise der entsprechenden Rechtsvorschrift unter Berücksichtigung möglichst umfassender Argumente erreicht werden kann.

Zu Absatz 3 und 4

Für den Fall, dass ein Landesgesetz die Prüfung der Vereinbarkeit von Satzungen oder anderen Rechtsvorschriften mit Landesrecht ausschließlich durch das Verfassungsgericht des Landes vorsieht, ist das Normenkontrollverfahren vor dem Landessozialgericht ausgeschlossen. Außerdem hat das Landessozialgericht nach Absatz 4 die Möglichkeit, eine Verhandlung bis zur Erledigung des Verfahrens vor dem Verfassungsgericht auszusetzen.

Zu Absatz 5

Nach Satz 1 entscheidet das Landessozialgericht in dem selbständigen Antragsverfahren durch Urteil. Es kann auch durch Beschluss entscheiden, wenn es eine mündliche Verhandlung nicht für erforderlich hält. Dabei sind Ermessenserwägungen anzustellen. Das Gericht soll die Beteiligten vorher anhören, wenn es beabsichtigt, durch Beschluss zu entscheiden. Eine Entscheidung ohne mündliche Verhandlung kommt insbesondere in Betracht, wenn der Normenkontrollantrag offensichtlich unzulässig oder missbräuchlich ist. Nach dem Regelungsvorbild des § 47 Absatz 5 VwGO hat die Entscheidung eine Bindungswirkung für die Allgemeinheit (*inter omnes*), wenn die überprüfte Satzung oder die im Rang unter einem Landesgesetz stehende Rechtsvorschrift für ungültig erklärt wird. Ziel ist es, für eine Vielzahl von Fällen schnellstmöglich Rechtssicherheit zu schaffen. Um das Ergebnis des Verfahrens der hiervon betroffenen Allgemeinheit zur Kenntnis zu geben, ist die Entscheidungsformel nach Satz 2 zweiter Halbsatz, von dem betroffenen Kreis beziehungsweise der kreisfreien Stadt in gleicher Form wie die überprüfte Satzung oder die andere im Rang unter einem Landesgesetz stehende Rechtsvorschrift bekannt zu machen. Die durch Satz 3 angeordnete entsprechende Geltung des § 183 VwGO bedeutet, dass die nicht mehr anfechtbaren Verwaltungsakte, die auf der Grundlage der Satzung erlassen wurden, unberührt bleiben.

Zu Absatz 7

Nach dem Vorbild des § 47 Absatz 6 VwGO soll das Landessozialgericht zur Abwehr schwerer Nachteile oder aus anderen wichtigen Gründen eine einstweilige Anordnung treffen können.

Zu Nummer 5 (§ 57)

Diese Zuständigkeitsregelung stellt sicher, dass sich unabhängig von einem eventuellen Umzug der antragstellenden Person oder dem Sitz der antragstellenden Vereinigung immer das Landessozialgericht mit der Rechtsvorschrift befasst, in dessen Bezirk die Körperschaft ihren Sitz hat, die sie erlassen hat.

Zu Nummer 6 (§ 114)

Mit dieser ausdrücklichen Regelung, dass das Gericht die Aussetzung des Verfahrens anordnen kann, wenn dieses von einer gerichtlichen Entscheidung über die Gültigkeit der Satzung oder einer entsprechenden Rechtsvorschrift abhängt, wird Rechtsklarheit geschaffen. Eine derartige Regelung ist unter prozessökonomischen Gesichtspunkten notwendig. Sie vermeidet zum einen Rechtsstreitigkeiten über die Anwendbarkeit des § 114. Zum anderen erübrigt sich ggf. im Rahmen von Anfechtungs- oder Verpflichtungsklagen die inzidente Prüfung der Gültigkeit der Satzungen oder entsprechender Rechtsvorschriften bezüglich der Kosten der Unterkunft und Heizung. Die Regelung trägt zur Einheitlichkeit der Rechtsprechung bei, denn sie ermöglicht, die Rechtsprechung zu Antragsverfahren nach § 55a zu berücksichtigen. Die Rechtslage zu § 94 VwGO bleibt durch diese Regelung unberührt.

Zu Nummer 7 (§ 160)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Einführung des § 55a. Gegen die Entscheidungen der Landessozialgerichte über die Gültigkeit von Satzungen oder anderen Rechtsvorschriften nach § 22a Absatz 1 SGB II und dem dazu ergangenen Landesgesetz ist das Rechtsmittel der Revision statthaft.

Zu Nummer 8 (§ 183)

Für Antragsteller nach § 55a, die geltend machen, durch die Anwendung der Satzung oder der vergleichbaren Rechtsvorschrift in absehbarer Zeit verletzt zu werden, soll das Verfahren ebenso kostenfrei sein wie für Leistungsempfänger nach Satz 1. Denn sie sind in gleicher Weise schutzwürdig und sollen nicht durch eine drohende Kostenlast von der Wahrnehmung ihrer Rechte abgehalten werden.

Zu Artikel 5 (Änderung des Bundeskindergeldgesetzes)

Zu Nummer 1 (§ 6a)

Durch die Änderungen im Bundeskindergeldgesetz (BKGG) wird gewährleistet, dass im Rahmen des Kinderzuschlags die pauschalierbaren Leistungen zur Bildung und Teilhabe gewährt werden.

Der Kinderzuschlag beinhaltet zukünftig mehrere Leistungsbestandteile. Zu der bisherigen Geldleistung in Höhe von bis zu 140 Euro kommen besondere Leistungsbestandteile zur Bildung und Teilhabe für eintägige Schulausflüge, die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf, ein Zuschuss zu einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung sowie Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft.

Mit den vorgesehenen Regelungen in Anlehnung an den neuen § 28 SGB II, die eine grundsätzlich einheitliche Deckung dieser Bedarfe in beiden Leistungssystemen vorsehen, kann vermieden werden, dass ein Wechsel zwischen den Leistungssystemen des Kinderzuschlags und der Grundsicherung für Arbeitsuchende erfolgt. Der Kinderzuschlag deckt weiterhin zusammen mit dem Kindergeld und dem anteiligen Wohngeld der Kinder den durchschnittlichen Bedarf eines Kindes.

Leistungen für mehrtägige Klassenfahrten und Lernförderung, die nur unregelmäßig anfallen und unter speziellen Voraussetzungen nach gesonderter Antragstellung (§ 37 SGB II)

gewährt werden, können auch von Kinderzuschlagsberechtigten beim Grundsicherungsträger beantragt und neben dem Kinderzuschlag im notwendigen Umfang geleistet werden. Dieses Verfahren, das bereits nach geltender Rechtslage für Leistungen für mehrtägige Klassenfahrten angewandt wird, wird damit auch für die Leistungen zur Lernförderung übernommen.

Durch die Neuregelungen erreicht der Kinderzuschlag auch in Zukunft Eltern, die ihren eigenen Bedarf decken können. Das Ziel, dass Eltern nicht nur wegen ihrer Kinder auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen sein sollen, gilt unverändert. Diese zielgenaue Fortentwicklung des Kinderzuschlags als eigenständige Familienleistung ist entscheidend, um die Erwerbsbereitschaft von Familien mit niedrigem Einkommen nachhaltig zu unterstützen und weiter zu stärken.

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa

Redaktionelle Anpassung.

Zu Doppelbuchstabe bb

Mit der Einführung der Leistungen für Bildung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche in § 28 SGB II als neue eigenständige Bestandteile der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach § 19 Absatz 2 SGB II sind diese Bedarfe bei der Bestimmung des Umfangs der Hilfebedürftigkeit in ihrer jeweiligen gegebenenfalls durchschnittlich festgelegten Höhe zu beachten, sofern die Bedarfe nach den Voraussetzungen der jeweiligen Regelung zu berücksichtigen sind. Bei der Berechnung der Bedarfe für eintägige Schulausflüge (§ 28 Absatz 1 Nummer 1 SGB II) ist gemäß § 5a Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung von einem Betrag von drei Euro auszugehen.

Der neue Absatz 1 Nummer 4 Satz 2 bestimmt, dass Bedarfe für mehrtägige Klassenfahrten nach § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 SGB II oder für Lernförderung nach § 28 Absatz 4 SGB II von den Familienkassen bei der Prüfung der Vermeidung von Hilfebedürftigkeit als Voraussetzung für den Bezug des Kinderzuschlags nicht berücksichtigt werden. Dadurch wird sichergestellt, dass der Kinderzuschlag auch dann gewährt wird, wenn der durch die genannten Bedarfe erhöhte Gesamtbedarf der Familie durch die Gewährung des Kinderzuschlags nicht vollständig vermieden werden kann. Durch die Nichtberücksichtigung der genannten Bedarfe im Rahmen der Bedarfsermittlung wird sichergestellt, dass Familien nicht allein wegen dieser Bedarfe vollständig ins System des SGB II wechseln müssen.

Die Deckung der Bedarfe für mehrtägige Klassenfahrten oder Lernförderung kann allerdings ergänzend durch den Grundsicherungsträger erfolgen.

Absatz 1 Nummer 4 Satz 3 sieht eine redaktionelle Anpassung vor.

Der neue Absatz 1 Nummer 4 Satz 4 bestimmt, dass für die Prüfung, ob Hilfebedürftigkeit vermieden wird, für die Mehraufwendungen einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung von einem Bedarf in Höhe von pauschal 26 Euro auszugehen ist. Diesem Betrag liegen aktuelle Schätzungen zu den durchschnittlichen Kosten bei Inanspruchnahme einer in schulischer Verantwortung angebotenen gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung zugrunde. Für die Berücksichtigung des Bedarfs gelten die Voraussetzungen des § 28 Absatz 5 Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch.

Zu Buchstabe b

Zu Doppelbuchstabe aa

Die Änderung des Absatzes 2 Satz 1 legt fest, dass der Kinderzuschlag neben der Geldleistung in Höhe von bis zu 140 Euro als eigenständige Bedarfe Leistungen für Bildung und Teilhabe für jedes zu berücksichtigende Kind beinhaltet. Leistungsberechtigt ist nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 die kindergeldberechtigte Person. Gewährt werden die Leistungen für eintägige Schulausflüge nach § 28 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 SGB II, für die persönliche Schulausstattung nach § 28 Absatz 3 SGB II, für die Mehraufwendungen einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung entsprechend § 28 Absatz 5 Satz 1 SGB II sowie zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft nach § 28 Absatz 6 SGB II mit unmittelbarer Wirkung zu Gunsten des Kindes. Die genannten Regelungen gelten grundsätzlich sowohl hinsichtlich ihrer Voraussetzungen als auch hinsichtlich ihrer Rechtsfolgen, so dass der Kinderzuschlag in seiner Höhe nicht mehr einheitlich für jedes zu berücksichtigende Kind zusteht, sondern – je nach Bedarfslage – unterschiedlich hoch sein kann.

Die Regelung stellt insoweit einen Gleichlauf des Kinderzuschlags mit dem SGB II sicher. Durch die weitgehend einheitliche Deckung der Bedarfe in beiden Leistungssystemen wird ein sonst gegebenenfalls allein durch diese Bedarfe ausgelöster notwendiger Wechsel zwischen den Leistungssystemen vermieden.

Für den Begriff der Schülerinnen und Schüler in § 28 Absatz 2, 3 und 5 SGB II sind die Voraussetzungen des § 28 Absatz 1 SGB II zu beachten.

Die Ausweitung des Kinderzuschlags um die in Absatz 2 Satz 1 genannten Leistungen für Bildung und Teilhabe betrifft auch die Höchststeinkommengrenze nach Absatz 1 Nummer 3. Denn diese setzt sich aus dem Bedarf der Eltern und dem Gesamtkinderzuschlag zusammen. Der Gesamtkinderzuschlag nach Absatz 2 Satz 2 errechnet sich wiederum aus der Summe der um das Kindeseinkommen oder -vermögen geminderten Kinderzuschläge. Der Kinderzuschlag kann sich nach der neuen Regelung des Absatzes 2 Satz 1 um die Leistungen für Bildung und Teilhabe erhöhen.

Zu Doppelbuchstabe bb

Für den Zuschuss zur gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung nach Nummer 2 Buchstabe c ist ein Nachweis über die Teilnahme an einer in schulischer Verantwortung angebotenen gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung zu erbringen, zum Beispiel in Form eines Vertrages. Mit der Zahlung des Zuschusses gilt der Bedarf des zu berücksichtigenden Kindes für eine gemeinschaftliche Mittagsverpflegung nach § 28 Absatz 5 SGB II als gedeckt.

Zu Buchstabe c

Absatz 2a trifft insbesondere Regelungen zu den neuen Leistungserbringungsformen der Gutscheine oder Kostenübernahmeerklärungen.

Satz 1 entspricht der Regelung des § 29 Absatz 1 Satz 1 SGB II. Er bestimmt, dass Leistungen für eintägige Schulausflüge und zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben durch personalisierte Gutscheine oder durch Kostenübernahmeerklärungen zu erbringen sind.

Die Leistungen für eintägige Schulausflüge und zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben werden auf der Grundlage von Vereinbarungen mit den Leistungsanbietern erbracht. § 29 Absatz 2 Satz 4 SGB II bestimmt, dass die von den Grundsicherungsträgern mit den Leistungsanbietern abgeschlossenen Vereinbarungen auch für die Familienkassen als Träger der Leistungen nach § 6a BKGG wirken. Die Grundsicherungsträger werden insoweit im Rahmen eines gesetzlichen Auftrags tätig, so dass es keiner gesonderten Vereinbarungen zwischen der Familienkasse und den Leistungsanbietern bedarf. Damit ist gewährleistet, dass die jeweils zu berücksichtigenden Kinder der Leistungsberechtigten vor Ort auf verlässlicher Grundlage Leistungsangebote für Bildung und Teilhabe nach Satz 1 in Anspruch nehmen können. Die Familienkasse hat darüber hinaus keinen eige-

nen unmittelbaren Auftrag zur Schaffung von Angeboten von Bildungs- und Teilhabeleistungen. Die Familienkassen sind an die Inhalte der Vereinbarungen gebunden. Ebenso wirkt eine Beendigung einer Vereinbarung auch für die Familienkassen.

Satz 2 sieht für die Leistungen für den persönlichen Schulbedarf und den Zuschuss zu einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung die Form der Geldleistung vor.

Satz 3 bestimmt für die Erbringung der Leistungen nach Satz 1 mittels Gutscheine die entsprechende Anwendung des § 30 SGB II und stellt damit klar, dass die Erstellung, Ausgabe, Geltung und Abrechnung der Gutscheine durch die Familienkassen erfolgt.

Satz 3 bestimmt auch für den Fall einer Kostenübernahmeerklärung beziehungsweise einer vereinbarten Direktabrechnung mit dem Leistungsanbieter die entsprechende Anwendung der Regelungen des § 30a Absatz 1 und 2 SGB II. Nach Absatz 1 gilt der Leistungsanspruch mit der Erklärung der Kostenübernahme als erfüllt. Hierzu soll die Familienkasse dem Leistungsanbieter bestätigen, welche Leistungsberechtigten eine Kostenübernahmeerklärung für die Inanspruchnahme seiner Leistungsangebote erhalten haben. Damit ist die Familienkasse nicht zur Schaffung entsprechender Angebote verpflichtet.

Durch den Verweis auf § 30 Absatz 2 SGB II und § 30a Absatz 2 SGB II haben Leistungsanbieter nur dann einen Anspruch auf Abrechnung eingelöster Gutscheine oder in Anspruch genommener Leistungsangebote, wenn mit ihnen eine Vereinbarung nach § 29 Absatz 2 und 3 SGB II abgeschlossen wurde. Die Abrechnung der eingelösten Gutscheine mit den Leistungsanbietern oder die Abrechnung entsprechender Kostenübernahmeerklärungen erfolgt durch die Familienkassen, sofern diese die Gutscheine ausgestellt oder die Kostenübernahme erklärt haben.

Satz 4 regelt die entsprechende Anwendung des § 29 Absatz 3 Satz 4 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuches.

Zu Buchstabe d

Mit der Neufassung des Absatzes 3 Satz 1 wird geregelt, dass zu berücksichtigendes Einkommen und Vermögen des Kindes zunächst die Geldleistung des Kinderzuschlags nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und Nummer 2 Buchstabe b und c mindert. Für Fälle, in denen das zu berücksichtigende Einkommen oder Vermögen des jeweiligen Kindes die Geldleistungen vollständig mindert, vermindert weiteres zu berücksichtigendes Einkommen oder Vermögen die Leistungen, die durch Gutscheine erbracht werden, in der Reihenfolge, in der die Bedarfe in § 28 SGB II geregelt sind.

Satz 3 bestimmt, dass in Fällen, in denen die Leistungen für eintägige Schulausflüge oder für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft durch das zu berücksichtigende Einkommen oder Vermögen nicht vollständig gemindert werden, keine Teilminderung dieser Leistungen erfolgt. So wird sichergestellt, dass im Falle der Leistungserbringung durch Gutscheine, diese immer in vollem nach § 28 SGB II vorgesehenen Umfang gewährt werden.

Zu Buchstabe e

Die Änderungen in Absatz 4 betreffen die Ermittlung der Höhe des Kinderzuschlags.

Zu Doppelbuchstabe aa

Redaktionelle Anpassung des Satzes 1.

Zu Doppelbuchstabe bb

Redaktionelle Anpassung des Satzes 2.

Zu Doppelbuchstabe cc

Redaktionelle Anpassung des Satzes 3.

Zu Doppelbuchstabe dd

Der neue Satz 8 bestimmt, dass zu berücksichtigendes elterliches Einkommen oder Vermögen entsprechend Absatz 3 zunächst die Geldleistungen und dann die Leistungen, die durch Gutscheine gewährt werden, mindert.

Der neue Satz 9 ersetzt die bisherige Regelung in Satz 8 und sieht eine redaktionelle Klarstellung vor. Die Minderung der Geldleistungen erfolgt danach bei mehreren zu berücksichtigenden Kindern beim Gesamtkinderzuschlag.

Mindert Einkommen oder Vermögen darüber hinaus die Leistungen, die durch Gutscheine erbracht werden, wird nach Satz 10 die Minderung im Verhältnis mehrerer zu berücksichtigender Kinder zu gleichen Teilen vorgenommen, in der Reihenfolge, in der die Bedarfe in § 28 SGB II geregelt sind.

Zu Buchstabe f

Die bisherige Vorschrift des Absatzes 4a zu den zusätzlichen Leistungen für die Schule wird aufgehoben. Die Leistung für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf ist nun bedarfsauslösend und –erhöhend in § 28 Absatz 3 SGB II und entsprechend in Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe b geregelt.

Zu Buchstabe g

Der neu eingefügte Absatz 5 bestimmt, dass die Regelungen des § 6a BKGG, die die Leistungen für eintägige Schulausflüge und den Zuschuss für eine gemeinschaftliche Mittagsverpflegung betreffen, auch für Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, gelten.

Zu Buchstabe h

Folgeänderung.

Zu Nummer 2 (§ 11 Absatz 1)

Redaktionelle Anpassung der Vorschrift.

Zu Nummer 3 (§ 20 Absatz 8)

Die Regelung entspricht der Regelung des § 77 Absatz 6 SGB II.

Zu Artikel 6 (Änderung des § 115 der Zivilprozessordnung)

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a (Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 Buchstabe b)

Diese Vorschrift regelt den Abzug eines Freibetrags für Erwerbstätige, der verfassungsrechtlich geboten ist, um die mit der Erwerbstätigkeit verbundenen Mehraufwendungen zu berücksichtigen (BVerfGE 87, 153). Sie bedarf lediglich einer redaktionellen Anpassung, da die die Regelsätze, anhand derer die Freibeträge berechnet werden, nunmehr durch Bundesgesetz (in den Jahren der Neuermittlung und entsprechender Neufestsetzung) sowie durch Rechtsverordnung gemäß § 40 SGB XII (in den Jahren der Fortschreibung) festgesetzt werden. Die Länder erhalten zudem in § 29 Absatz 2 und 4 SGB XII ein Ab-

weichungsrecht gegenüber der Neufestsetzung und Fortschreibung. Die vom Bund ermittelten und fortgeschriebenen Regelsätze werden in der Anlage zu § 28 SGB XII veröffentlicht. Die durch Landesverordnung abweichend festgesetzten oder fortgeschriebenen Regelsätze gelten nach § 29 Absatz 5 SGB XII ebenfalls als Regelbedarfsstufen nach der Anlage zu § 28 SGB XII. In den Nummern 1 und 2 des § 115 Absatz 1 Satz 3 wird daher einheitlich auf die Anlage zu § 28 SGB XII Bezug genommen, um sowohl die Neufestsetzungen per Bundesgesetz oder Länderverordnung als auch die Fortschreibungsverordnungen des Bundes und der Länder zu erfassen. Sollten die Länder von ihrem Recht zur Berücksichtigung regionaler Besonderheiten gemäß § 29 Absatz 2 oder 4 SGB XII Gebrauch machen, gilt der jeweils höchste durch Rechtssetzungsakt des Bundes oder der Länder festgesetzte Regelsatz. Dadurch wird eine bundeseinheitliche und praktikable Regelung der Abzugsbeträge sichergestellt. Der Begriff des „Haushaltsvorstands“ wird im SGB XII zukünftig nicht mehr vorkommen. An seine Stelle tritt der „alleinstehende oder alleinerziehende Leistungsberechtigte“ in Regelbedarfsstufe 1. Diese Terminologie übernimmt § 115.

Zu Buchstabe b (Absatz 1 Satz 3 Nummer 2)

Der Freibetrag für die Partei und ihren Ehegatten oder Lebenspartner (Buchstabe a)) wird durch eine Verweisung auf den jeweils höchsten festgesetzten oder fortgeschriebenen Regelsatz für die Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu § 28 SGB XII bestimmt. Wegen der Verweisung auf die Anlage zu § 28 SGB XII wird auf die Ausführungen zu Nummer 1a) Bezug genommen.

Der beibehaltene Sicherheitszuschlag von zehn Prozent auf den Regelsatz soll berücksichtigen, dass dem Leistungsberechtigten nach den Vorschriften des SGB XII über den monatlichen Regelsatz hinaus Leistungen durch Einmalzahlungen, etwa gemäß § 31 SGB XII, zufließen können. Zudem wird durch den Sicherheitszuschlag gewährleistet, dass bei einer künftigen Erhöhung der Regelsätze im Laufe einer mehrjährigen Ratenzahlungsverpflichtung Prozesskostenhilfe nicht aus Einkommen zurückgezahlt werden muss, das der Sicherung des Existenzminimums dient.

Die Gleichbehandlung der Partei und ihres Ehegatten, die von der Systematik der Regelbedarfsstufen in § 8 RBEG und der Anlage zu § 28 SGB XII abweicht, wird entsprechend dem bisher geltenden Recht beibehalten, da sich die Änderungen der ZPO auf eine Anpassung an die neue sozialrechtliche Lage beschränken.

Der Freibetrag für unterhaltsberechtigten Personen (Buchstabe b)), insbesondere für Kinder, wird im bisherigen Recht durch Anknüpfung an den Freibetrag für die Partei und ihren Ehegatten bestimmt, indem pauschal von diesem Freibetrag ein Abschlag von 30 Prozent vorgenommen wird. Eine solche Regelung ist verfassungsrechtlich problematisch, da das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 unter Nummer 191 ff. moniert hat, dass die Leistungen für Kinder ohne empirische oder methodische Fundierung unter prozentualem Abschlag von den Leistungen für Erwachsene abgeleitet wurden und dabei missachtet wurde, dass Kinder keine kleinen Erwachsenen sind, sondern altersspezifische Bedürfnisse haben. Diese Erwägung widerspricht der bisherigen pauschalisierten und vom Erwachsenenfreibetrag abgeleiteten Bestimmung des Kinderfreibetrags auch im Prozesskostenhilferecht. Vielmehr ist nun auf den Regelsatz abzustellen, der je nach Alter und Anzahl der Haushaltsangehörigen für das jeweilige Kind oder eine andere unterhaltsberechtigten Person gilt. Damit wird auch im Prozesskostenhilferecht eine altersabhängige Differenzierung der Freibeträge für Kinder eingeführt. Maßgeblich ist das Alter des Kindes im Bewilligungszeitpunkt. Erreicht das Kind im Laufe einer mehrjährigen Ratenzahlungsverpflichtung eine höhere Altersstufe, ist der höhere Freibetrag auf Antrag des Empfängers zu berücksichtigen, wenn er dazu führt, dass keine Rate mehr zu zahlen ist, § 120 Absatz 4 Satz 1, 2. Halbsatz. Dadurch wird sichergestellt, dass der steigende Regelbedarf des älter gewordenen Kindes bei der Rückzahlung von Prozesskostenhilfe berücksichtigt werden kann.

Der Sicherheitszuschlag von zehn Prozent auf die sozialrechtlichen Regelsätze wird auch für die Freibeträge für Kinder und andere unterhaltsberechtigte Personen beibehalten, um weitere im SGB XII vorgesehene Bedarfe für Kinder abzudecken. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 unter Nummer 191 ff. einen grundrechtlich verbürgten Anspruch von Kindern auf Deckung ihres notwendigen Bedarfs zur Bildung festgestellt, der durch die gesetzliche Sozialleistungsregelungen zu berücksichtigen ist. Dementsprechend sieht der Entwurf zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch in § 34 SGB XII besondere Leistungstatbestände für „Bedarfe für Bildung und Teilhabe“ vor. In § 34 Absatz 3 SGB XII ist der Bedarf für Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf (bisher § 28a SGB XII) mit 100 Euro im Jahr angesetzt. Dieser Mehrbedarf wird schon nach bisherigem Recht in der Prozesskostenhilfe nicht gesondert berücksichtigt, sondern geht im Sicherheitszuschlag von zehn Prozent auf.

Der -neue- Bedarf für Kinder unter 18 Jahren zur Finanzierung von Vereinsbeiträgen, Musikunterricht usw. gemäß § 34 Absatz 6 SGB XII in Höhe von 10 Euro monatlich ist ebenfalls vom Sicherheitszuschlag abgedeckt. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Regelsätze für Kinder höher sind als das für sie ermittelte Existenzminimum, so dass im Rahmen der im Prozesskostenhilferecht erforderlichen Umrechnung dieser Sachleistungen in Geld dieser Mehrbedarf für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in dem allgemeinen Kinderfreibetrag aufgeht.

Der Bedarf für mehrtägige Klassenfahrten (bisher § 31 Absatz 1 Nummer 3, künftig § 34 Absatz 2 Nummer 2 SGB XII) galt schon nach bisherigem Recht als besondere abzugsfähige Belastung gemäß § 115 Absatz 1 Satz 3 Nummer 4, ebenso wie der Bedarf für Nachhilfeunterricht gemäß § 34 Absatz 4 SGB XII (vgl. Zöller-Geimer, Zivilprozessordnung, 28. Auflage 2010, § 115 Rn. 40).

Zu Nummer 2 (Absatz 1 Satz 5)

Die regelmäßige Neubekanntmachung der Freibeträge im Bundesgesetzblatt jeweils zum 1. Juli eines Jahres folgte der bisher in § 28 Absatz 2 SGB XII vorgeschriebenen Fortschreibung der Regelsätze ebenfalls jeweils zum 1. Juli eines Jahres entsprechend der Rentenerhöhung. Dieser Turnus existiert im Sozialhilferecht nicht mehr; er ist somit auch im Prozesskostenhilferecht aufzugeben. Künftig erfolgt die Neufestsetzung der Regelsätze, wenn die Ergebnisse einer bundesweiten neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vorliegen (§ 28 Absatz 1 SGB XII). Nur in den Jahren, in denen keine Neufestsetzung erfolgt, schreiben Bund und Länder die Regelsätze zum 1. Juli fort (§ 28a Absatz 1, § 29 Absatz 4 SGB XII). Daher ist es zweckmäßig, dass die Neubekanntmachung ohne feste zeitliche Vorgabe flexibel den Festsetzungen und Fortschreibungen der Regelsätze folgt. Die Neufassung des § 115 Absatz 1 Satz 5 nimmt darauf Rücksicht.

Zu Artikel 7 (Änderung der Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung)

Zu Nummer 1 (§ 1)

Zu Buchstabe a (§ 1 Absatz 1)

Zu Doppelbuchstabe aa

Folgeänderung zur Aufnahme der nicht zu berücksichtigenden Einnahmen in § 11a SGB II.

Zu Doppelbuchstabe bb

Die bisherige Bagatellgrenze war problematisch, weil sie sich nur auf einmalige Einnahmen bezog. Insbesondere wenn zwei einmalige Einnahmen in verschiedenen Bedarfszeiträumen zugeflossen sind und erst zusammen gerechnet den Bagatellbetrag überschritten,

war eine Aufhebung der Leistungen für den ersten Zeitraum nicht mehr möglich. Die Bagatellgrenze wird deshalb weiterentwickelt.

Künftig sind Einnahmen, wenn sie innerhalb eines Bedarfszeitraumes 10 Euro nicht übersteigen, nicht als Einkommen zu berücksichtigen. Damit wird für geringfügige Einnahmen Verwaltungsaufwand vermieden, der im Vergleich zur Höhe der berücksichtigten Einnahme unwirtschaftlich wäre.

Zu Doppelbuchstabe cc

Die Nummer 2 ist künftig teilweise von § 11a Absatz 3 Satz 1 SGB II umfasst und deshalb aufzuheben. Nummer 3 ist künftig in § 11a Absatz 4 SGB II geregelt.

Zu Doppelbuchstabe dd

Folgeänderung zur Neuregelung der Freibeträge in § 11b Absatz 3 SGB II.

Zu Buchstabe b und c

Folgeänderungen auf Grund der Neuregelung der zu berücksichtigenden Einnahmen in den §§ 11 bis 11b SGB II.

Zu Nummer 2 (§ 2)

Zu Buchstabe a

Der bisherige Regelungstext ist nunmehr geändert in § 11 Absatz 2 und 3 SGB II enthalten und deshalb zu streichen.

Zu Buchstabe b

Folgeänderung zur Neufassung des § 40 SGB II.

Zu Buchstabe c, d und e

Anpassung der Begrifflichkeiten auf Grund der Neufassung des § 20 SGB II.

Zu Nummer 3 (§ 3)

Zu Buchstabe a

Folgeänderung zur Einführung eines § 11b im SGB II.

Zu Buchstabe b

Mit der Einfügung wird die bislang in der Praxis streitige Frage beantwortet, wie zu verfahren ist, wenn eine leistungsberechtigte Person im Bewilligungszeitraum Leistungen - Zuschüsse oder Darlehen - nach § 16c Absatz 2 SGB II erhalten hat und die Anschaffung, für die diese Leistungen erbracht worden ist, in demselben Bewilligungszeitraum tätigt. Diese Ausgabe ist dann nicht von den Betriebseinnahmen abzusetzen. Das ist sachgerecht, da die Leistungen nach § 16c SGB II auch nicht als Einkommen zu berücksichtigen sind (§ 11a Absatz 1 Satz 1 SGB II). Damit wird das Ziel der Förderung erreicht.

Zu Buchstabe c

Folgeänderung zur Einführung eines § 11b SGB II.

Zu Buchstabe d und e

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Nummer 4 (§ 5a)

Die Bedarfe nach § 28 Absatz 2 Nummer 1 des SGB II für die Schulausflüge werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen berücksichtigt. Dabei steht zu Beginn eines Bewilligungszeitraums nicht fest, wann und mit welchen tatsächlichen Kosten ein Schulausflug stattfindet. Um eine einfache Berechnung der zustehenden Ansprüche auf die Bedarfe nach § 28 Absatz 3 bis 5 SGB II zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der Ansprüche nach § 5a Nummer 1 von einem Betrag von drei Euro monatlich auszugehen. Bei Gewährung der Leistung erfolgt keine Änderung der Bewilligungsentscheidung nach der Abrechnung durch die Schule. Die Leistung mit ihrem Wert von drei Euro monatlich ist durch die Ausstellung des Gutscheins erbracht. Die tatsächlich höheren oder geringeren Kosten stellen keine wesentliche Änderung des Leistungsverhältnisses dar.

Findet im Bewilligungszeitraum eine Klassenfahrt (§ 28 Absatz 2 Nummer 2 SGB II) statt, werden die als Bedarf anzuerkennenden Aufwendungen mit einem monatlichen Betrag in die Berechnung einbezogen. Der Betrag errechnet sich, in dem die Aufwendungen für die Klassenfahrt durch die Anzahl der Monate im Bewilligungszeitraum geteilt wird. Damit verbleibt es bei der bisherigen Betrachtung für den Anspruch auf Leistungen für die mehrtägige Klassenfahrt im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen, wonach ein Anspruch nur besteht, soweit der Bedarf für die Klassenfahrt innerhalb von sechs Monaten nicht durch Einkommen gedeckt werden kann.

Zu Nummer 5 (§ 6)

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa, cc und dd

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Doppelbuchstabe bb

Folgeänderung auf Grund der Einfügung des § 11b im SGB II.

Zu Buchstabe b

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming.

Zu Nummer 6 (§ 7)

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Artikel 8 (Änderung der Einstiegsgeld-Verordnung)

Anpassung der Vorschrift im Sinne des Gender Mainstreaming und redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Artikel 9 (Änderung der Verordnung zur Erhebung der Daten nach § 51b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch)

Redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Artikel 10 (Änderung der Verordnung zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch)

Anpassung an die im SGB II neu nummerierten Vorschriften sowie redaktionelle Anpassung an den Begriff der oder des Leistungsberechtigten.

Zu Artikel 11 (Änderung des Umsatzsteuergesetzes)

Die Ergänzung bewirkt, dass bei einer Beauftragung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung nach § 56 Absatz 2 SGB II dessen Leistungen von der Umsatzsteuerpflicht befreit sind.

Zu Artikel 12 (Weitere Folgeänderungen)

Zu Absatz 1 (Aufhebung der Regelsatzverordnung)

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 (1 BvL 1/09 u.a.) hat die Ermittlung der Höhe der für die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums erforderlichen Bedarfe in einem Gesetz zu erfolgen. Die Regelsatzverordnung, nach der sich Inhalt, Bemessung und Aufbau der Regelsätze ergab, ist deshalb aufzuheben.

Zu Absatz 2

Folgeänderung auf Grund der Aufnahme des Wohnkostenzuschusses für Auszubildende in § 27 Absatz 3 SGB II.

Zu Absatz 3 bis 7

Folgeänderungen zur Änderung der §§ 7 und 24 SGB II und redaktionelle Anpassung an den Begriff des oder der Leistungsberechtigten im SGB II.

Zu Artikel 13 (Inkrafttreten)

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten.

Anlage zu Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

**Ausgaben des Privaten Konsums sowie Versicherungsbeiträge und sonstige Übertragungen (SEA-Einzel-Codes) von
Einpersonenhaushalten**

 hier: unterste 15% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte ohne die vorab ausgeschlossenen SGBII/XII-Empfänger (8,6%) 1)
 (Grenzwert: 901,00 €)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnittliche Wertangabe	
			hochge- rechnet	nachrichtl: erfasst	der jeweiligen Haushalte mit Angabe der Code-Nr.	je Haushalt
			in 1000	Anzahl	EUR / Monat	
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)		1678		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)		2126		
3	01-02	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	2125	1677	144,78	144,74
4	01	Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	2125	1677	125,5	125,47
5	0110 000	Nahrungsmittel	2121	1674	112,41	112,12
6	0120 000	Alkoholfreie Getränke	1974	1557	14,38	13,35
7	02	Alkoholische Getränke, Tabakwaren u.Ä.	1417	1129	28,92	19,27
8	0210 000	Alkoholische Getränke	1247	1004	13,83	8,11
9	0220 000	Tabakwaren	563	433	41,88	11,08
10	0230 000	Drogen	/	/	/	/
11	03	Bekleidung und Schuhe	1827	1447	36,79	31,62
12	0312 901	Bekleidung für Herren ab 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	452	372	20,79	4,42
13	0312 902	Bekleidung für Damen ab 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	1043	824	30,21	14,81
14	0312 903	Bekleidung für Kinder unter 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	130	106	7,62	0,46
15	0312 900	Herren-, Damen- und Kinderstrumpfwaren	731	581	3,72	1,28
16	0311, 0313	Sonstige Bekleidung und Zubehör	463	378	9,05	1,97
17	0311 000	Bekleidungsstoffe	(115)	(91)	(19,9)	(1,07)
18	0313 000	Bekleidungszubehör	374	310	5,1	0,9
19	0321	Schuhe und Zubehör	1056	842	14,43	7,17
20	0321 100	Schuhe für Herren ab 14 Jahre	269	226	14,25	1,81
21	0321 200	Schuhe für Damen ab 14 Jahre	718	564	15,18	5,12
22	0321 300	Schuhe für Kinder unter 14 Jahre	/	/	/	/
23	0321 900	Schuhzubehör	188	153	1,9	0,17
24	0314, 0322	Reparatur, Reinigung, Ausleihe	497	402	6,46	1,51
25	0314 100	Fremde Änderungen und Reparaturen an Bekleidung (einschl. Leihgebühren)	157	125	5,08	0,37
26	0314 200	Chemische Reinigung, Waschen, Bügeln und Färben von Bekleidung	255	210	5,72	0,69
27	0322 000	Fremde Änderungen und Reparaturen an Schuhen (einschl. Leihgebühren)	188	153	5,07	0,45
28	04	Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	2126	1678	370,25	370,25
29	041-042, 044	Wohnungsmieten u.Ä. (einschl. Betriebskosten)	2126	1678	300,08	300,08
30	041	Tatsächliche Mietzahlungen	2001	1569	288,06	271,15
31	0411 040	Dauermiete in Hotels, Gasthöfen, Pensionen	/	/	/	/
32	0411 050	Untermiete inkl. Betriebskosten und Benutzerentgelte für Haupt-, Zweit- und Freizeitwohnungen	(62)	(49)	(167,99)	(4,89)
33	0411 900	Miete für Hauptwohnung (brutto)	1942	1523	290,83	265,7
34	0412 900	Miete für Zweit-, Freizeitwohnungen (brutto)	/	/	/	/
35	042	Unterstellte Mietzahlungen	155	136	323,14	23,61
36	0421 031	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet bis 1948 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	(44)	(39)	(287,16)	(5,96)
37	0421 032	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet 1949 bis 1990 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	(44)	(40)	(432,57)	(8,98)
38	0421 033	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet 1991 bis 2000 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/
39	0421 034	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet nach 2000 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	--	--	--	--
40	0422 040	Unterstellte Mietzahlungen für kostenlos überlassene Wohnungen; Deputat, von Verwandtschaft u.Ä.	(48)	(42)	(263,55)	(5,89)
41	0422 050	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Zweit- und Freizeitwohnungen (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/
42	044	Laufende Kosten für selbstgenutztes Eigentum	(106)	(94)	(106,5)	(5,32)
43	0445 900	Nebenkosten für die Hauptwohnung	(97)	(87)	(110,29)	(5,04)
44	0445 901	Nebenkosten für Zweit- und Freizeitwohnung	/	/	/	/
45	045	Energie	2000	1570	71,78	67,54
46	0451 010	Strom (auch Solarenergie)	1980	1554	32,91	30,64
47		dar.: Mieterhaushalte	1864	1453	32,14	28,18
48		Eigentümerhaushalte	(90)	(81)	(49,12)	(2,07)
49	0452 000	Gas	717	577	43,58	14,7
50	0452 100	Gas (Stadt- und Erdgas)	701	563	44,05	14,53
51	0452 200	Propangas	/	/	/	/
52	0453 000	Öl	189	147	60,73	5,4
53	0453 010	Heizöl	(46)	(35)	(80,83)	(1,76)
54	0453 050	Umlagen für Ölheizung	137	107	52,65	3,39
55	0453 090	Sonstige Brennstoffe	/	/	/	/
56	0454 000	Kohle, Holz u.Ä.	/	/	/	/
57	0455 000	Fern-/Zentralheizung und Warmwasser	738	576	46,61	16,17
58	0455 010	Warmwasser	303	238	21,58	3,08
59	0455 020	Fernheizung	621	486	44,82	13,1
60	0456 000	Eis für Kühl- und Gefrierzwecke	/	/	/	/
61	043	Wohnungsinstandhaltung	162	134	34,49	2,63
62	0431	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Material	138	114	17,28	1,12
63	0431 000	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Eigenleistungen, Mieter/Untermieter	124	103	17,03	0,99
64	0431 910	Ausgaben für Schönheitsreparaturen der Eigentümer - Eigenleistungen (Material)	/	/	/	/
65	0432	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Dienstleistung	(48)	(42)	(67,49)	(1,51)
66	0432 900	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Fremdleistungen Mieter/Untermieter	(43)	(36)	(45,74)	(0,93)
67	0432 910	Ausgaben für Schönheitsreparaturen der Eigentümer - Fremdleistungen (Handwerker)	/	/	/	/
68	05	Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	1674	1334	37,28	29,36
69	0511 900	Möbel und Einrichtungsgegenstände	252	211	85,32	10,11
70	0511 090	Lieferung und Installation von Möbeln und elektrischen Leuchten	/	/	/	/

Anlage zu Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

71	0512	900	Teppiche und sonstige Bodenbeläge	(95)	(74)	(26,71)	(1,2)
72	0512	090	Verlegen von Bodenbelägen	/	/	/	/
73	0531	100	Kühlschränke, Gefrierschränke und -truhen	/	/	/	/
	0531	200,					
	0531	900,					
74	0531	901	Sonstige größere Haushaltsgeräte einschließlich Reparaturen	(97)	(74)	(58,58)	(2,66)
75	0531	200	Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspül- und Bügelmaschinen	/	/	/	/
76	0531	900	Fremde Installationen von Haushaltsgroßgeräten	/	/	/	/
77	0531	901	Sonstige größere Haushaltsgeräte	(57)	(41)	(54)	(1,44)
78	0532	000	Kleine elektrische Haushaltsgeräte	368	297	9,39	1,62
79	0520	9	Heimtextilien u.Ä.	535	437	9,96	2,51
80	0520	900	Heimtextilien	517	423	9,66	2,35
81	0520	901	Anfertigen sowie fremde Reparaturen von Heimtextilien	/	/	/	/
82	054-055		Sonstige Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	1137	927	9,25	4,95
			Reparaturen an Glaswaren, Geschirr und anderen Gebrauchs-				
83	0540	400	gegenständen für die Haushaltsführung	/	/	/	/
84	0540	900	Glaswaren, Geschirr und andere Haushaltsgeräte	655	549	6,63	2,04
			Motorbetriebene Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände für Haus				
			und Garten	(79)	(60)	(9,66)	(0,36)
85	0551	000		/	/	/	/
86	0552	071	Fremde Reparaturen an Handwerkzeugen	/	/	/	/
87	0552	900	Andere Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	812	669	5,81	2,22
88	0552	901	Nicht motorbetriebene Gartengeräte	(62)	(43)	(6,94)	(0,2)
89	0561	000	Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	1133	921	6,07	3,23
	Lfd. Nr.						
90	229-232		Dienstleistungen für die Haushaltsführung	164	129	22,43	1,73
91	0513	000	Reparatur von Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Bodenbelägen	/	/	/	/
92	0533	900	Reparaturen an Haushaltsgeschirren (einschl. Mieten)	/	/	/	/
93	0562	150	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - durch Privatpersonen	--	--	--	--
94	0562	900	Haushaltshilfen und andere häusliche Dienstleistungen	(116)	(92)	(24,77)	(1,36)
95	06		Gesundheitspflege	1832	1439	30,49	26,27
96	0613		Gebrauchsgüter für die Gesundheitspflege	323	264	36,39	5,53
97	0613	050	Orthopädische Schuhe (einschl. Eigenanteile)	(35)	(29)	(24,1)	(0,4)
98	0613	072	Zahnersatz Materialkosten (einschl. Eigenanteile)	(63)	(47)	(91,12)	(2,7)
			Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen				
99	0613	090	(einschl. Eigenanteile)	(34)	(25)	(10,21)	(0,16)
100	0613	900	Therapeutische Mittel und Geräte (einschl. Eigenanteile)	208	176	23,19	2,26
101	0611-0612		Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege	1564	1229	14,49	10,66
			Pharmazeutische Erzeugnisse - mit Rezept gekauft				
102	0611	010	(nur Eigenanteil/Rezeptgebühren)	836	658	8,84	3,47
103	0611	900	Pharmazeutische Erzeugnisse - ohne Rezept gekauft	1048	830	10,28	5,07
			Andere medizinische Erzeugnisse - mit Rezept gekauft				
104	0612	010	(nur Eigenanteil/Rezeptgebühren)	220	164	6,47	0,67
105	0612	900	Andere medizinische Erzeugnisse - ohne Rezept gekauft	464	367	6,62	1,44
106	0621-0630		Dienstleistungen für die Gesundheitspflege	1309	1024	16,38	10,08
107	0621	900	Praxisgebühren	1203	936	4,67	2,64
108	0621	901	Arztleistungen (einschl. Eigenanteile)	(120)	(98)	(23,75)	(1,35)
109	0622	000	Zahnarztleistungen (einschl. Eigenanteile)	154	120	56,89	4,13
110	0623	330	Miete von therapeutischen Geräten	/	/	/	/
			Sonstige medizinische Versorgung außerhalb von Krankenhäusern				
111	0623	900	(einschl. Eigenanteile)	(106)	(86)	(19,58)	(0,98)
112	0630	000	Dienstleistungen der Krankenhäuser (einschl. Eigenanteile)	(39)	(33)	(53,1)	(0,97)
113	07		Verkehr	1703	1338	73,99	59,26
114	0711, 0714		Kraftfahrzeuge	/	/	/	/
115	0711	100	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	/	/	/	/
116	0711	200	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	/	/	/	/
117	0714	000	Kutschen u.Ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	/	/	/	/
118	0712-0713		Kraft- und Fahrräder	(42)	(31)	(47,41)	(0,93)
119	0712	000	Kauf von Krafträdern	/	/	/	/
120	0713	000	Kauf von Fahrrädern	(40)	(30)	(38,07)	(0,71)
121	0721		Ersatzteile und Zubehör	427	338	16,2	3,25
122	0721	070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	293	228	7,26	1
123	0721	900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	156	128	30,62	2,25
124	0722	000	Kraftstoffe und Schmiermittel	728	583	55,33	18,95
125	0723	000	Wartungen und Reparaturen	325	261	28,99	4,43
126	0724	06	Garagen- und Stellplatzmieten	352	294	29,89	4,95
127	0724	060	Garagen- und Stellplatzmiete	215	175	24,33	2,47
128	0724	061	Mietwert der Eigentümergegaragen	(64)	(56)	(40,16)	(1,21)
129	0724	062	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	(77)	(66)	(35,3)	(1,28)
			Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von				
130	0724	900	Privatfahrzeugen	333	256	21,18	3,31
131	0730, 0733		Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	1060	840	37,06	18,47
			Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne				
132	0730	901	Übernachtung)	1011	795	31,13	14,81
			Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / mit				
133	0730	902	Übernachtung)	(98)	(81)	(40,15)	(1,84)
			Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (ohne				
134	0733	100	Übernachtung)	(42)	(33)	(67,27)	(1,32)
			Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit				
135	0733	200	Übernachtung)	/	/	/	/
136	08		Nachrichtenübermittlung	2079	1647	39,74	38,87
			Kauf von Telefon-, Telefaxgeräten, Mobilfunktelefonen, Anruf-				
137	0820	000	beantwortern	163	127	15,34	1,17
138	0810, 0830		Dienstleistungen für die Nachrichtenübermittlung	2078	1646	38,57	37,69
			Post- und Kurierdienstleistungen (außer Postbank), private				
139	0810	000	Brief- und Paketzustelldienste, Versandkosten (auch bei				
			Online-Bestellungen)	1221	992	6,02	3,46
140	0830	020	Kommunikationsdienstleistungen - Mobilfunk/CB-Funk (auch				
			Flatrate)	923	749	21,43	9,3
			Kommunikationsdienstleistungen - Internet/Onlinedienste (auch				
141	0830	031	Flatrate)	341	290	14,1	2,26
142	0830	900	Flatrate als Kombipaket	540	446	33,68	8,55
			Kommunikationsdienstleistungen - Telefon, Fax, Telegramme (auch				
143	0830	901	Flatrate)	1211	955	24,79	14,12
144	09		Freizeit, Unterhaltung und Kultur	2080	1649	77,08	75,42
145	0911	100	Rundfunkempfänger, Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräte	(83)	(66)	(21,84)	(0,85)
146	0911	200	Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	(78)	(63)	(61,23)	(2,24)
147	0912	000	Foto- und Filmausrüstungen, optische Geräte	(106)	(81)	(20,11)	(1)
148	0913	000	Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads)	194	171	37,68	3,44
149	0914	000	Bild-, Daten- und Tonträger (einschl. Downloads)	555	472	9,91	2,59
			Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstungen für Kultur,				
150	0921, 0932		Sport, Camping u.Ä.	211	179	14,44	1,43
			Langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstungen für Kultur, Sport,				
151	0921	900	Camping und Erholung	(29)	(27)	(12,78)	(0,18)
152	0932	010	Sportartikel	171	147	13,75	1,11

Anlage zu Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

153 0932 020	Campingartikel	/	/	/	/
154 0931 900	Spielwaren (einschl. Computerspiele) und Hobbys	313	270	8,19	1,21
155 0933	Blumen und Gärten	1173	935	8,58	4,73
156 0933 900	Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für die Gartenpflege	419	324	7,6	1,5
157 0934 901	Schnittblumen und Zimmerpflanzen	1039	838	6,62	3,24
158 0934 900	Haustiere einschl. Veterinär- u.a. Dienstleistungen	438	346	24,62	5,07
159 094	Freizeit- und Kulturdienstleistungen	1793	1436	29,97	25,27
160 0941 020	Außerschulische Unterrichte, Hobbykurse	169	139	20,19	1,61
161 0941 040	Ausleihgebühren - Sport und Campingartikel	(43)	(36)	(6,59)	(0,13)
	Besuch von Sport-, Freizeit- und Kulturveranstaltungen bzw. -einrichtungen - Sportveranstaltungen	427	360	15,71	3,16
162 0941 900	Sonstige Freizeit- und Kulturdienstleistungen	389	311	8,06	1,48
163 0942 400	Rundfunk- und Fernsehgebühren	1205	968	18,81	10,66
164 0942 900	Ausleihgebühren - TV-Geräte, Videokameras u.Ä.	(44)	(36)	(5,5)	(0,11)
165 0942 901	Besuch von Sport-, Freizeit- und Kulturveranstaltungen bzw. -einrichtungen - Kulturveranstaltungen	773	646	12,44	4,52
166 0942 902	Glücksspiele	527	427	14,52	3,6
167 0943 000	Bücher und Broschüren	897	749	12,18	5,14
168 0951 000	Zeitung, Zeitschriften u.Ä.	1571	1253	12,68	9,37
169 0952, 0953	Ausleihgebühren - Bücher, Zeitschriften	287	229	5,32	0,72
170 0952 090	Zeitung und Zeitschriften	1300	1040	10,68	6,53
171 0952 900	Sonstige Gebrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	572	477	7,86	2,11
172 0953 900	Sonstige Verbrauchsgüter (Schreibwaren, Zeichenmaterial u.Ä.)	1030	847	4,98	2,41
173 0954 900	Reparaturen für Freizeit, Unterhaltung und Kultur	(67)	(53)	(16,59)	(0,53)
174 0915, 0923	Reparaturen von Geräten für Empfang, Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild, von Foto- und Filmausrüstungen und von Geräten der Datenverarbeitung	(52)	(40)	(19,52)	(0,48)
175 0915 000	Reparaturen und Installationen von langlebigen Gebrauchsgütern und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping und Erholung	/	/	/	/
176 0923 900	Pauschalreisen	145	111	148,14	10,14
177 096	Pauschalreisen - Inland	(78)	(60)	(75,11)	(2,75)
178 0961 000	Pauschalreisen - Ausland	(75)	(56)	(208,89)	(7,39)
179 0962 000	Bildungswesen	204	188	82,89	7,94
180 10	Nachhilfeunterricht	/	/	/	/
181 1050 010	Gebühren, Kinderbetreuung	199	185	83,66	7,84
182 1050 900	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Kindergärten	/	/	/	/
183 1010 010	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Vorschulklassen	--	--	--	--
184 1010 020	Studien- und Prüfungsgebühren an Schulen und Universitäten	134	134	102,52	6,44
185 1020 900	Gebühren für Kurse u.Ä.	(74)	(59)	(39,81)	(1,39)
186 1050 900	Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	1587	1278	37,64	28,11
187 11	Verpflegungsdienstleistungen	1585	1276	33,68	25,12
188 111	Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés, an Imbissständen und vom Lieferservice	1520	1218	29,37	21
189 1111 000	Speisen und Getränke in Kantinen und Mensen	432	397	20,25	4,12
190 1112 000	Übernachtungen	134	118	47,49	2,99
191 1120 000	Andere Waren und Dienstleistungen	2085	1650	32,07	31,45
192 12	Schmuck und Uhren (einschl. Reparaturen)	420	329	9,13	1,81
193 1231 000	Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände	328	259	8,52	1,31
194 1232 000	Dienstleistungen für die Körperpflege	1380	1103	13,56	8,8
195 1211	Friseurdienstleistungen	1276	1020	11,34	6,81
196 1211 010	Andere Dienstleistungen für die Körperpflege	431	340	9,84	2
197 1211 030	Körperpflegeartikel und -geräte	1995	1581	14,43	13,54
198 1212, 1213	Elektrische Geräte für die Körperpflege (einschl. Reparaturen)	(90)	(77)	(8,83)	(0,37)
199 1212 000	Haarpflege-, Rasiermittel, Toilettenpapier u.Ä.	1841	1462	6,83	5,91
200 1213 900	Sonstige Verbrauchsgüter für die Körperpflege	1393	1111	7,23	4,73
201 1213 901	Andere Gebrauchsgüter für die Körperpflege	926	716	5,79	2,52
202 1213 902	Sonstige Dienstleistungen	795	647	16	5,98
203 1270	Dienstleistungen der Prostitution	--	--	--	--
204 1220 000	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Heime, Horte, Krippen, Spielgruppen	--	--	--	--
205 1240 011	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Kinderfreizeiten	/	/	/	/
206 1240 012	Dienstleistungen für die Betreuung von alten, behinderten oder pflegebedürftigen Personen - Alten und Pflegeheime	/	/	/	/
207 1240 020	Dienstleistungen für die Betreuung von alten, behinderten oder pflegebedürftigen Personen - häusliche Pflege	/	/	/	/
208 1240 030	Versicherungsdienstleistungen	/	/	/	/
209 1250 900	Leasing von Kraftfahrzeugen und Krafträdern	/	/	/	/
210 1262 070	Finanzdienstleistungen	573	449	7,36	1,98
211 1262 900	Sonstige Dienstleistungen, a.n.g.	358	304	14,5	2,44
212 1270 900	Private Konsumausgaben	2126	1678	843,27	843,27
213	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	1144	918	48,06	25,85
214 1531 - 1539	Freiwillige Beiträge zu Pensions-, Alters- und Sterbekassen	/	/	/	/
215 1531 000	Beiträge zur privaten Krankenversicherung	(55)	(49)	(169,55)	(4,41)
216 1532 100	Zusätzliche private Kranken- und Pflegeversicherungen	260	219	23,51	2,88
217 1532 900	Kfz-Haftpflichtversicherungen, auch Kasko	330	253	44,28	6,86
218 1533 000	Private Unfallversicherungen	347	282	16,33	2,67
219 1539 500	Risikolebensversicherungen	(55)	(50)	(30,49)	(0,78)
220 1539 901	Hausrat-, Personenhaftpflichtversicherungen	649	520	19,97	6,1
221 1539 905	Sonstige Versicherungen	213	174	20,74	2,07
222 1539 906	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	382	304	17,75	3,19
223 154	Mitgliedsbeiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck	196	164	14,49	1,34
224 1541 000	Geldspenden und sonstige unregelmäßige Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck	172	137	16,76	1,36
225 1542 000	Gerichtskosten, Geldstrafen, gebührenpflichtige Verwarnungen u.Ä.	/	/	/	/
226 1545 000	Spieleinsätze	/	/	/	/
227 1547 000	Sonstige geleistete Übertragungen z.B.: Lohn/Gehaltspfändungen (haushaltsbezogen)	/	/	/	/
228 1549 001	Sonstige Abzüge (einbehaltene Lohn/Gehaltspfändungen, Rückzahlung zu viel gezahlter Löhne/Gehälter u.Ä.)	/	/	/	/
229 1549 002		/	/	/	/

1) OHNE Haushalte mit Beziehern von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über Kfz Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.Ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Ausgabepositionen der Untergruppe 45 (Energie) von
 Einpersonenhaushalten (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
 hier: unterste 15% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte
 (Grenzwert: 901,00 €)
Haushalte, die nicht mit Strom heizen

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnittliche Wertangabe	
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	der jeweiligen Haushalte mit Angabe der Code-Nr.	je Haushalt
			in 1000	Anzahl	EUR / Monat	
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			1531	
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			1942	
3	045	Energie	1829	1436	72,62	68,4
4	0451 010	Strom (auch Solarenergie)	1809	1420	31,22	29,08
5		dar.: Mieterhaushalte	1703	1326	30,56	26,8
6		Eigentümerhaushalte	(84)	(77)	(44,44)	(1,91)
7	0452 000	Gas	697	563	44,15	15,85
8	0452 100	Gas (Stadt- und Erdgas)	685	552	44,46	15,68
9	0452 200	Propangas	/	/	/	/
10	0453 000	Öl	187	144	60,87	5,85
11	0453 010	Heizöl	(46)	(35)	(80,83)	(1,93)
12	0453 050	Umlagen für Ölheizung	136	106	52,63	3,68
13	0453 090	Sonstige Brennstoffe	/	/	/	/
14	0454 000	Kohle, Holz u.Ä.	/	/	/	/
15	0455 000	Fern-/Zentralheizung und Warmwasser	700	545	47,09	16,97
16	0455 010	Warmwasser	277	217	21,05	3
17	0455 020	Fernheizung	602	471	45,02	13,96
18	0456 000	Eis für Kühl- und Gefrierzwecke	/	/	/	/
19		Private Konsumausgaben	1942	1531	842,42	842,42
20	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	1067	851	47,96	26,36
21	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	360	288	17,2	3,19

1) OHNE Haushalte mit Beziehen von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Ausgabepositionen der Hauptgruppe 7 (Verkehr) von
 Einpersonenhaushalten (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
 hier: unterste 15% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte
 (Grenzwert: 901,00 €)
Haushalte ohne Pkw (lt. Allgemeine Angaben)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnittliche Wertangabe	
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	der jeweiligen Haushalte mit Angabe der Code-Nr.	je Haushalt
			in 1000	Anzahl	EUR / Monat	
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			1000	
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			1285	
3	07	Verkehr	963	739	51,79	38,82
4	0711, 0714	Kraftfahrzeuge	/	/	/	/
5	0711 100	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	--	--	--	--
6	0711 200	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	/	/	/	/
7	0714 000	Kutschen u.ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	--	--	--	--
8	0712-0713	Kraft- und Fahrräder	/	/	/	/
9	0712 000	Kauf von Krafträdern	--	--	--	--
10	0713 000	Kauf von Fahrrädern	/	/	/	/
11	0721	Ersatzteile und Zubehör	198	156	9,87	1,52
12	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	181	144	7,8	1,1
13	0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	/	/	/	/
14	0722 000	Kraftstoffe und Schmiermittel	161	121	29,84	3,75
15	0723 000	Wartungen und Reparaturen	(68)	(51)	(20,1)	(1,06)
16	0724 06	Garagen- und Stellplatzmieten	(69)	(54)	(27,31)	(1,47)
17	0724 060	Garagen- und Stellplatzmiete	(45)	(34)	(21,8)	(0,76)
18	0724 061	Mietwert der Eigentümergaragen	/	/	/	/
19	0724 062	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	/	/	/	/
		Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen				
20	0724 900		146	105	32,41	3,69
21	0730, 0733	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	771	599	39,21	23,51
		Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne Übernachtung)				
22	0730 901		745	575	34,01	19,7
		Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / mit Übernachtung)				
23	0730 902		(70)	(56)	(40,06)	(2,19)
		Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (ohne Übernachtung)				
24	0733 100		/	/	/	/
		Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit Übernachtung)				
25	0733 200		/	/	/	/
26		Private Konsumausgaben	1285	1000	809,74	809,74
27	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	620	489	33,89	16,35
28	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	228	181	18,59	3,3

1) OHNE Haushalte mit Beziehen von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Anlage zu Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Ausgabepositionen der Hauptgruppe 7 (Verkehr) von
 Einzelpersonenhaushalten (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
 hier: unterste 15% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte
 (Grenzwert: 901,00 €)
Haushalte ohne Ausgaben für Kraftstoffe und Schmiermittel (Code 0722000 - Haushaltsbuch)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnittliche Wertangabe	
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	der jeweiligen Haushalte mit Angabe der Code-Nr.	je Haushalt
			in 1000	Anzahl	EUR / Monat	
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			1095	
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			1398	
3	07	Verkehr	975	755	42,56	29,67
4	0711, 0714	Kraftfahrzeuge	/	/	/	/
5	0711 100	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	--	--	--	--
6	0711 200	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	/	/	/	/
7	0714 000	Kutschen u.ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	/	/	/	/
8	0712-0713	Kraft- und Fahrräder	/	/	/	/
9	0712 000	Kauf von Krafträdern	--	--	--	--
10	0713 000	Kauf von Fahrrädern	/	/	/	/
11	0721	Ersatzteile und Zubehör	188	151	7,46	1,01
12	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	184	147	7,33	0,96
13	0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	/	/	/	/
14	0722 000	Kraftstoffe und Schmiermittel	--	--	--	--
15	0723 000	Wartungen und Reparaturen	(58)	(43)	(13,68)	(0,57)
16	0724 06	Garagen- und Stellplatzmieten	(90)	(65)	(27,6)	(1,78)
17	0724 060	Garagen- und Stellplatzmiete	(48)	(35)	(21,06)	(0,73)
18	0724 061	Mietwert der Eigentümergegaragen	/	/	/	/
19	0724 062	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	/	/	/	/
20	0724 900	Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen	(119)	(90)	(28,97)	(2,47)
21	0730, 0733	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	780	619	39,57	22,08
22	0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne Übernachtung)	748	590	34,4	18,41
23	0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / mit Übernachtung)	(69)	(57)	(40,34)	(2)
24	0733 100	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (ohne Übernachtung)	/	/	/	/
25	0733 200	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit Übernachtung)	/	/	/	/
26		Private Konsumausgaben	1398	1095	802,63	802,63
27	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	660	529	33,9	16
28	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	227	182	18,55	3,01

1) OHNE Haushalte mit Beziehern von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Haushalte mit Ausgaben für Kommunikationsdienstleistungen in den Bereichen
 Internet/Onlinedienste (Code-Nr. 0830031) oder
 Telefon, Fax, Telegramme (Code-Nr. 0830901)
 und gleichzeitig ohne Ausgaben für
 Mobilfunk/CB-Funk (Code-Nr. 0830020) und
 Flatrate als Kombipaket (Code-Nr. 0830900)
 in der Referenzgruppe der
 Einzelpersonenhaushalte (unterste 15 %)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnittliche Wertangabe	
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	der jeweiligen Haushalte mit Angabe der Code-Nr.	je Haushalt
			in 1000	Anzahl	EUR / Monat	
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			647	
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			851	
3	0830031	Internet/Onlinedienste (auch Flatrate)	133	109	14,56	2,28
4	0830901	Telefon, Fax, Telegramme (auch Flatrate)	832	632	25,62	25,05

Ausgaben des Privaten Konsums sowie Versicherungsbeiträge und sonstige Übertragungen (SEA-Einzel-Codes)

Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind unter 6 Jahren

hier: unterste 20% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte ohne die vorab ausgeschlossenen SGBII/XII-Empfänger (2,0% 1)
(Grenzwert: 2178,33 €)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnitt		
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	je Haushalt	Anteil Erwachsene	Anteil Kind
			in 1000	Anzahl	EUR/Monat		
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			237		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			240		
3	01-02	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	240	237	335,69	257,01	78,67
4	01	Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	240	237	291,73	223,37	68,36
5	0110 000	Nahrungsmittel	240	237	254,84	195,13	59,72
6	0120 000	Alkoholfreie Getränke	237	233	36,88	28,24	8,64
7	02	Alkoholische Getränke, Tabakwaren u.Ä.	200	201	43,96	33,64	10,32
8	0210 000	Alkoholische Getränke	185	187	15,36	11,76	3,6
9	0220 000	Tabakwaren	(110)	(99)	(28,6)	(21,88)	(6,72)
10	0230 000	Drogen	--	--	--	--	--
11	03	Bekleidung und Schuhe	238	234	81,96	50,54	31,42
12	0312 901	Bekleidung für Herren ab 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	161	159	13,53	13,53	0
13	0312 902	Bekleidung für Damen ab 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	197	196	21,95	21,95	0
14	0312 903	Bekleidung für Kinder unter 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	218	215	22,15	0	22,15
15	0312 900	Herren-, Damen- und Kinderstrumpfwaren	128	136	2,33	1,55	0,78
16	0311, 0313	Sonstige Bekleidung und Zubehör	(95)	(88)	(3,02)	(2,01)	(1,01)
17	0311 000	Bekleidungsstoffe	/	/	/	/	/
18	0313 000	Bekleidungszubehör	(78)	(72)	(1,87)	(1,25)	(0,62)
19	0321	Schuhe und Zubehör	203	196	17,77	10,68	7,08
20	0321 100	Schuhe für Herren ab 14 Jahre	(92)	(90)	(4,96)	(4,96)	(0)
21	0321 200	Schuhe für Damen ab 14 Jahre	110	114	5,59	5,59	0
22	0321 300	Schuhe für Kinder unter 14 Jahre	153	146	7,02	0	7,02
23	0321 900	Schuhzubehör	(25)	(27)	(0,2)	(0,13)	(0,07)
24	0314, 0322	Reparatur, Reinigung, Ausleihe	(43)	(42)	(1,22)	(0,81)	(0,41)
25	0314 100	Fremde Änderungen und Reparaturen an Bekleidung (einschl. Leihgebühren)	/	/	/	/	/
26	0314 200	Chemische Reinigung, Waschen, Bügeln und Färben von Bekleidung	(27)	(26)	(0,73)	(0,49)	(0,24)
27	0322 000	Fremde Änderungen und Reparaturen an Schuhen (einschl. Leihgebühren)	/	/	/	/	/
28	04	Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	240	237	566,19	494,99	71,2
29	041-042, 044	Wohnungsmieten u.Ä. (einschl. Betriebskosten)	240	237	446,29	390,2	56,09
30	041	Tatsächliche Mietzahlungen	218	213	397,36	347,45	49,9
31	0411 040	Dauermiete in Hotels, Gasthöfen, Pensionen	--	--	--	--	--
32	0411 050	Untermiete inkl. Betriebskosten und Benutzerentgelte für Haupt-, Zweit- und Freizeitwohnungen	--	--	--	--	--
33	0411 900	Miete für Hauptwohnung (brutto)	218	213	396,14	346,39	49,75
34	0412 900	Miete für Zweit-, Freizeitwohnungen (brutto)	/	/	/	/	/
35	042	Unterstellte Mietzahlungen	(25)	(29)	(41,39)	(36,17)	(5,22)
36	0421 031	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet bis 1948 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
37	0421 032	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet 1949 bis 1990 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
38	0421 033	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet 1991 bis 2000 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
39	0421 034	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet nach 2000 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
40	0422 040	Unterstellte Mietzahlungen für kostenlos überlassene Wohnungen; Deputat, von Verwandtschaft u.Ä.	/	/	/	/	/
41	0422 050	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Zweit- und Freizeitwohnungen (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
42	044	Laufende Kosten für selbstgenutztes Eigentum	/	/	/	/	/
43	0445 900	Nebenkosten für die Hauptwohnung	/	/	/	/	/
44	0445 901	Nebenkosten für Zweit- und Freizeitwohnung	--	--	--	--	--
45	045	Energie	231	231	106,82	93,32	13,5
46	0451 010	Strom (auch Solarenergie)	227	229	50,17	43,9	6,27
47		dar.: Mieterhaushalte	205	204	45,18	39,54	5,64
48		Eigentümerhaushalte	/	/	/	/	/
49	0452 000	Gas	(97)	(94)	(25,25)	(22,07)	(3,18)
50	0452 100	Gas (Stadt- und Erdgas)	(96)	(93)	(25,17)	(22)	(3,17)
51	0452 200	Propangas	/	/	/	/	/
52	0453 000	Öl	/	/	/	/	/
53	0453 010	Heizöl	/	/	/	/	/
54	0453 050	Umlagen für Ölheizung	/	/	/	/	/
55	0453 090	Sonstige Brennstoffe	/	/	/	/	/
56	0454 000	Kohle, Holz u.Ä.	/	/	/	/	/
57	0455 000	Fern-/Zentralheizung und Warmwasser	(71)	(78)	(22,7)	(19,7)	(3)
58	0455 010	Warmwasser	(40)	(42)	(7,33)	(6,37)	(0,96)
59	0455 020	Fernheizung	(53)	(62)	(15,37)	(13,33)	(2,04)
60	0456 000	Eis für Kühl- und Gefrierzwecke	--	--	--	--	--
61	043	Wohnungsinstandhaltung	(36)	(40)	(13,08)	(11,47)	(1,61)
62	0431	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Material	(36)	(39)	(7,41)	(6,48)	(0,93)
63	0431 000	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Eigenleistungen, Mieter/Untermieter	(32)	(34)	(6,01)	(5,27)	(0,75)
64	0431 910	Ausgaben für Schönheitsreparaturen der Eigentümer - Eigenleistungen (Material)	/	/	/	/	/
65	0432	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Dienstleistung	/	/	/	/	/
66	0432 900	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Fremdleistungen Mieter/Untermieter	/	/	/	/	/
67	0432 910	Ausgaben für Schönheitsreparaturen der Eigentümer - Fremdleistungen (Handwerker)	/	/	/	/	/

Anlage zu Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

68 05	Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	219	219	94,81	80,62	14,19
69 0511 900	Möbel und Einrichtungsgegenstände	(81)	(82)	(39,17)	(34,15)	(5,02)
70 0511 090	Lieferung und Installation von Möbeln und elektrischen Leuchten	/	/	/	/	/
71 0512 900	Teppiche und sonstige Bodenbeläge	/	/	/	/	/
72 0512 090	Verlegen von Bodenbelägen	/	/	/	/	/
73 0531 100	Kühlschränke, Gefrierschränke und -truhen	/	/	/	/	/
0531 200,						
0531 900,						
74 0531 901	Sonstige größere Haushaltsgeräte einschließlich Reparaturen	(31)	(29)	(11,16)	(9,3)	(1,86)
75 0531 200	Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspül- und Bügelmaschinen	/	/	/	/	/
76 0531 900	Fremde Installationen von Haushaltsgroßgeräten	/	/	/	/	/
77 0531 901	Sonstige größere Haushaltsgeräte	/	/	/	/	/
78 0532 000	Kleine elektrische Haushaltsgeräte	(83)	(85)	(3,92)	(3,27)	(0,65)
79 0520 9	Heimtextilien u.Ä.	108	114	5,97	5,21	0,76
80 0520 900	Heimtextilien	108	113	5,84	5,09	0,74
81 0520 901	Anfertigen sowie fremde Reparaturen von Heimtextilien	/	/	/	/	/
82 054-055	Sonstige Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	184	186	16,82	14,02	2,8
83 0540 400	Reparaturen an Glaswaren, Geschirr und anderen Gebrauchs-	/	/	/	/	/
84 0540 900	gegenständen für die Haushaltsführung	/	/	/	/	/
	Glaswaren, Geschirr und andere Haushaltsgeräte	129	139	6,19	5,16	1,03
85 0551 000	Motorbetriebene Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände für Haus	/	/	/	/	/
86 0552 071	und Garten	/	/	/	/	/
86 0552 071	Fremde Reparaturen an Handwerkzeugen	--	--	--	--	--
87 0552 900	Andere Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	158	159	8,72	7,26	1,45
88 0552 901	Nicht motorbetriebene Gartengeräte	/	/	/	/	/
89 0561 000	Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	163	170	8,74	7,28	1,46
90	Lfd. Nr.					
90 229-232	Dienstleistungen für die Haushaltsführung	/	/	/	/	/
91 0513 000	Reparatur von Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Bodenbelägen	/	/	/	/	/
92 0533 900	Reparaturen an Haushaltsgeschirren (einschl. Mieten)	/	/	/	/	/
93 0562 150	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - durch Privatpersonen	/	/	/	/	/
94 0562 900	Haushaltshilfen und andere häusliche Dienstleistungen	/	/	/	/	/
95 06	Gesundheitspflege	237	233	33,52	23,94	9,57
96 0613	Gebrauchsgüter für die Gesundheitspflege	(51)	(48)	(3,76)	(2,51)	(1,25)
97 0613 050	Orthopädische Schuhe (einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
98 0613 072	Zahnersatz Materialkosten (einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
99 0613 090	Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen	/	/	/	/	/
100 0613 900	(einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
100 0613 900	Therapeutische Mittel und Geräte (einschl. Eigenanteile)	(39)	(37)	(2,48)	(1,65)	(0,83)
101 0611-0612	Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege	218	213	15,8	10,53	5,27
102 0611 010	Pharmazeutische Erzeugnisse - mit Rezept gekauft	122	114	3,9	2,6	1,3
103 0611 900	(nur Eigenanteil/Rezeptgebühren)	151	154	8,28	5,52	2,76
104 0612 010	Pharmazeutische Erzeugnisse - ohne Rezept gekauft	151	154	8,28	5,52	2,76
104 0612 010	Andere medizinische Erzeugnisse - mit Rezept gekauft	(35)	(31)	(0,73)	(0,49)	(0,24)
105 0612 900	(nur Eigenanteil/Rezeptgebühren)	(88)	(90)	(2,89)	(1,93)	(0,96)
106 0621-0630	Andere medizinische Erzeugnisse - ohne Rezept gekauft	(88)	(90)	(2,89)	(1,93)	(0,96)
107 0621 900	Dienstleistungen für die Gesundheitspflege	180	175	13,96	10,9	3,06
108 0621 901	Praxisgebühren	174	167	4,79	4,79	0
109 0622 000	Arztleistungen (einschl. Eigenanteile)	(27)	(27)	(3,69)	(2,46)	(1,23)
110 0623 330	Zahnarztleistungen (einschl. Eigenanteile)	(25)	(26)	(2,76)	(1,84)	(0,92)
111 0623 900	Miete von therapeutischen Geräten	/	/	/	/	/
112 0630 000	Sonstige medizinische Versorgung außerhalb von Krankenhäusern	/	/	/	/	/
112 0630 000	(einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
113 07	Dienstleistungen der Krankenhäuser (einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
114 0711, 0714	Verkehr	231	230	241,75	210,77	30,99
115 0711 100	Kraftfahrzeuge	/	/	/	/	/
116 0711 200	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	/	/	/	/	/
117 0714 000	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	/	/	/	/	/
118 0712-0713	Kutschen u.Ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	--	--	--	--	--
119 0712 000	Kraft- und Fahrräder	/	/	/	/	/
120 0713 000	Kauf von Krafträdern	/	/	/	/	/
121 0721	Kauf von Fahrrädern	/	/	/	/	/
122 0721 070	Ersatzteile und Zubehör	(96)	(96)	(11,75)	(9,99)	(1,76)
123 0721 900	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	(47)	(42)	(3,19)	(2,71)	(0,48)
124 0722 000	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	(65)	(68)	(8,55)	(7,28)	(1,28)
125 0723 000	Kraftstoffe und Schmiermittel	167	178	88,2	75,01	13,19
126 0724 06	Wartungen und Reparaturen	(88)	(92)	(28,56)	(24,29)	(4,27)
127 0724 060	Garagen- und Stellplatzmieten	104	107	15,34	13,04	2,29
128 0724 061	Garagen- und Stellplatzmiete	(66)	(71)	(7,29)	(6,2)	(1,09)
129 0724 062	Mietwert der Eigentümergegaragen	/	/	/	/	/
130 0724 900	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	(30)	(25)	(5,14)	(4,37)	(0,77)
131 0730, 0733	Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von	/	/	/	/	/
132 0730 901	Privatfahrzeugen	(81)	(94)	(10,66)	(9,06)	(1,59)
133 0730 902	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	120	111	29,46	22,09	7,37
134 0733 100	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne	114	106	23,52	17,64	5,88
135 0733 200	Übernachtung)	/	/	/	/	/
136 08	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / mit	/	/	/	/	/
137 0820 000	Übernachtung)	/	/	/	/	/
138 0810, 0830	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit	/	/	/	/	/
139 0810 000	Übernachtung)	/	/	/	/	/
140 0830 020	Nachrichtenübermittlung	240	237	80,73	56,88	23,86
141 0830 031	Kauf von Telefon-, Telefaxgeräten, Mobilfunktelefonen, Anruf-	(49)	(44)	(4,96)	(4,13)	(0,83)
142 0830 900	beantwortern	240	237	75,77	52,74	23,03
143 0830 901	Dienstleistungen für die Nachrichtenübermittlung	240	237	75,77	52,74	23,03
144 09	Post- und Kurierdienstleistungen (außer Postbank), private	175	179	6,68	6,68	0
145 0911 100	Brief- und Paketzustelldienste, Versandkosten (auch bei	157	161	24,44	16,3	8,15
146 0911 200	Online-Bestellungen)	131	127	24,15	16,1	8,05
147 0912 000	Kommunikationsdienstleistungen - Mobilfunk/CB-Funk (auch	108	112	14,83	9,89	4,94
148 0913 000	Flatrate)	237	235	127,54	84,41	43,13
149 0914 000	Kommunikationsdienstleistungen - Internet/Onlinedienste (auch	/	/	/	/	/
	Flatrate)	(57)	(62)	(5,67)	(3,78)	(1,89)
	Flatrate als Kombipaket	131	127	24,15	16,1	8,05
	Kommunikationsdienstleistungen - Telefon, Fax, Telegramme (auch	108	112	14,83	9,89	4,94
	Flatrate)	237	235	127,54	84,41	43,13
	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	237	235	127,54	84,41	43,13
	Rundfunkempfänger, Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräte	/	/	/	/	/
	Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	/	/	/	/	/
	Foto- und Filmapparaturen, optische Geräte	(30)	(31)	(3,48)	(2,32)	(1,16)
	Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads)	(49)	(46)	(6,7)	(4,47)	(2,23)
	Bild-, Daten- und Tonträger (einschl. Downloads)	118	125	5,53	3,68	1,84

Anlage zu Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

150 0921, 0932	Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping u.Ä.	(53)	(58)	(3,52)	(2,35)	(1,17)
151 0921 900	Langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping und Erholung	/	/	/	/	/
152 0932 010	Sportartikel	(42)	(47)	(1,59)	(1,06)	(0,53)
153 0932 020	Campingartikel	/	/	/	/	/
154 0931 900	Spielwaren (einschl. Computerspiele) und Hobbys	191	196	16,55	0	16,55
155 0933	Blumen und Gärten	150	158	6,54	5,45	1,09
156 0933 900	Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für die Gartenpflege	(58)	(66)	(2,44)	(2,03)	(0,41)
157 0934 901	Schnittblumen und Zimmerpflanzen	136	142	4,1	3,42	0,68
158 0934 900	Haustiere einschl. Veterinär- u.a. Dienstleistungen	(70)	(72)	(6,95)	(5,79)	(1,16)
159 094	Freizeit- und Kulturdienstleistungen	212	213	33,73	28,17	5,56
160 0941 020	Außerschulische Unterrichte, Hobbykurse	(30)	(35)	(3,23)	(2,15)	(1,08)
161 0941 040	Ausleihgebühren - Sport und Campingartikel	/	/	/	/	/
	Besuch von Sport-, Freizeit- und Kulturveranstaltungen bzw. -einrichtungen - Sportveranstaltungen	(63)	(69)	(4,22)	(2,81)	(1,41)
163 0942 400	Sonstige Freizeit- und Kulturdienstleistungen	(85)	(93)	(4,44)	(3,7)	(0,74)
164 0942 900	Rundfunk- und Fernsehgebühren	140	147	11,13	11,13	0
165 0942 901	Ausleihgebühren - TV-Geräte, Videokameras u.Ä.	/	/	/	/	/
	Besuch von Sport-, Freizeit- und Kulturveranstaltungen bzw. -einrichtungen - Kulturveranstaltungen	95	105	6,42	4,28	2,14
167 0943 000	Glücksspiele	(59)	(61)	(3,42)	(3,42)	(0)
168 0951 000	Bücher und Broschüren	139	141	6,49	4,32	2,16
169 0952, 0953	Zeitung, Zeitschriften u.Ä.	187	190	10,2	6,8	3,4
170 0952 090	Ausleihgebühren - Bücher, Zeitschriften	(28)	(33)	(0,67)	(0,45)	(0,22)
171 0952 900	Zeitung und Zeitschriften	150	156	5,32	3,54	1,77
172 0953 900	Sonstige Gebrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	101	102	4,22	2,81	1,41
173 0954 900	Sonstige Verbrauchsgüter (Schreibwaren, Zeichenmaterial u.Ä.)	153	157	4,89	3,26	1,63
174 0915, 0923	Reparaturen für Freizeit, Unterhaltung und Kultur	/	/	/	/	/
	Reparaturen von Geräten für Empfang, Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild, von Foto- und Filmausrüstungen und von Geräten der Datenverarbeitung	/	/	/	/	/
175 0915 000	Reparaturen und Installationen von langlebigen Gebrauchsgütern und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping und Erholung	/	/	/	/	/
176 0923 900	Pauschalreisen	/	/	/	/	/
177 096	Pauschalreisen - Inland	/	/	/	/	/
178 0961 000	Pauschalreisen - Ausland	/	/	/	/	/
179 0962 000	Pauschalreisen - Ausland	/	/	/	/	/
180 10	Bildungswesen	(72)	(84)	(22,58)	(5,06)	(17,52)
181 1050 010	Nachhilfeunterricht	/	/	/	/	/
1010, 1020, 182 1050 900	Gebühren, Kinderbetreuung	(71)	(83)	(22,31)	(5,06)	(17,25)
183 1010 010	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Kindergärten	(54)	(59)	(16,27)	(0)	(16,27)
184 1010 020	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Vorschulklassen	--	--	--	--	--
185 1020 900	Studien- und Prüfungsgebühren an Schulen und Universitäten	/	/	/	/	/
186 1050 900	Gebühren für Kurse u.Ä.	/	/	/	/	/
187 11	Beherbergungs- und Gastattdienstleistungen	213	215	56,16	49,77	6,39
188 111	Verpflegungsdienstleistungen	212	214	48,06	43,02	5,04
189 1111 000	Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés, an Imbissständen und vom Lieferservice	199	205	39,4	35,37	4,03
190 1112 000	Speisen und Getränke in Kantinen und Mensen	(77)	(82)	(8,66)	(7,65)	(1,01)
191 1120 000	Übernachtungen	(23)	(28)	(8,1)	(6,75)	(1,35)
192 12	Andere Waren und Dienstleistungen	240	237	91,81	76,08	15,73
193 1231 000	Schmuck und Uhren (einschl. Reparaturen)	(59)	(69)	(2,86)	(2,86)	(0)
194 1232 000	Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände	(59)	(66)	(4,3)	(2,87)	(1,43)
195 1211	Dienstleistungen für die Körperpflege	154	157	11,3	9,42	1,88
196 1211 010	Friseurdienstleistungen	142	143	8,7	7,25	1,45
197 1211 030	Andere Dienstleistungen für die Körperpflege	(43)	(51)	(2,6)	(2,16)	(0,43)
198 1212, 1213	Körperpflegeartikel und -geräte	240	237	41,94	34,95	6,99
199 1212 000	Elektrische Geräte für die Körperpflege (einschl. Reparaturen)	/	/	/	/	/
200 1213 900	Haarpflege-, Rasiermittel, Toilettenpapier u.Ä.	233	231	21,67	18,06	3,61
201 1213 901	Sonstige Verbrauchsgüter für die Körperpflege	190	192	13,14	10,95	2,19
202 1213 902	Andere Gebrauchsgüter für die Körperpflege	148	147	6,77	5,64	1,13
1220, 1240-203 1270	Sonstige Dienstleistungen	108	116	31,41	25,99	5,42
204 1220 000	Dienstleistungen der Prostitution	/	/	/	/	/
205 1240 011	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Heime, Horte, Krippen, Spielgruppen	/	/	/	/	/
206 1240 012	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Kinderfreizeiten	/	/	/	/	/
207 1240 020	Dienstleistungen für die Betreuung von alten, behinderten oder pflegebedürftigen Personen - Alten und Pflegeheime	--	--	--	--	--
208 1240 030	Dienstleistungen für die Betreuung von alten, behinderten oder pflegebedürftigen Personen - häusliche Pflege	--	--	--	--	--
209 1250 900	Versicherungsdienstleistungen	/	/	/	/	/
210 1262 070	Leasing von Kraftfahrzeugen und Krafträdern	/	/	/	/	/
211 1262 900	Finanzdienstleistungen	(47)	(60)	(1,48)	(1,48)	(0)
212 1270 900	Sonstige Dienstleistungen, a.n.g.	(54)	(58)	(15,36)	(15,36)	(0)
213	Private Konsumausgaben	240	237	1732,74	1390,07	342,67
214 1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	188	188	71,29	61,15	10,15
215 1531 000	Freiwillige Beiträge zu Pensions-, Alters- und Sterbekassen	/	/	/	/	/
216 1532 100	Beiträge zur privaten Krankenversicherung	/	/	/	/	/
217 1532 900	Zusätzliche private Kranken- und Pflegeversicherungen	(46)	(49)	(5,03)	(4,19)	(0,84)
218 1533 000	Kfz-Haftpflichtversicherungen, auch Kasko	109	114	25,2	25,2	0
219 1539 500	Private Unfallversicherungen	(74)	(77)	(8,77)	(5,85)	(2,92)
220 1539 901	Risikolebensversicherungen	(32)	(38)	(7,25)	(7,25)	(0)
221 1539 905	Hausrat-, Personenhaftpflichtversicherungen	109	108	9,21	6,14	3,07
222 1539 906	Sonstige Versicherungen	(43)	(52)	(5,24)	(3,49)	(1,75)
223 154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	(54)	(58)	(8,54)	(8,54)	(0)
224 1541 000	Mitgliedsbeiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck	(21)	(30)	(1,6)	(1,6)	(0)
225 1542 000	Geldpenden und sonstige unregelmäßige Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck	/	/	/	/	/
226 1545 000	Gerichtskosten, Geldstrafen, gebührenpflichtige Verwarnungen u.Ä.	/	/	/	/	/
227 1547 000	Spielerlöse	--	--	--	--	--
228 1549 001	Sonstige geleistete Übertragungen z.B.: Lohn/Gehaltspfändungen (haushaltsbezogen)	--	--	--	--	--
229 1549 002	Sonstige Abzüge (einbehaltene Lohn/Gehaltspfändungen, Rückzahlung zu viel gezahlter Löhne/Gehälter u.Ä.)	/	/	/	/	/

1) OHNE Haushalte mit Beziehen von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.Ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Ausgabepositionen der Untergruppe 45 (Energie) von Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind unter 6 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
hier: unterste 20% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte
(Grenzwert: 2178,33 €)
Haushalte, die nicht mit Strom heizen

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnitt		
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	je Haushalt	Anteil Erwachsene	Anteil Kind
			in 1000	Anzahl	EUR/Monat		
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			222		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			220		
3	045	Energie	213	217	108,7	94,94	13,76
4	0451 010	Strom (auch Solarenergie)	209	215	47,91	41,9	6
5		dar.: Mieterhaushalte	187	190	42,47	37,15	5,32
6		Eigentümerhaushalte	/	/	/	/	/
7	0452 000	Gas	(95)	(92)	(27,26)	(23,83)	(3,44)
8	0452 100	Gas (Stadt- und Erdgas)	(93)	(91)	(27,17)	(23,74)	(3,43)
9	0452 200	Propangas	/	/	/	/	/
10	0453 000	Öl	/	/	/	/	/
11	0453 010	Heizöl	/	/	/	/	/
12	0453 050	Umlagen für Ölheizung	/	/	/	/	/
13	0453 090	Sonstige Brennstoffe	/	/	/	/	/
14	0454 000	Kohle, Holz u.Ä.	/	/	/	/	/
15	0455 000	Fern-/Zentralheizung und Warmwasser	(68)	(76)	(24,06)	(20,88)	(3,17)
16	0455 010	Warmwasser	(40)	(42)	(7,99)	(6,94)	(1,05)
17	0455 020	Fernheizung	(51)	(60)	(16,07)	(13,94)	(2,13)
18	0456 000	Eis für Kühl- und Gefrierzwecke	--	--	--	--	--
19		Private Konsumausgaben	220	222	1739,05	1396,19	342,86
20	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	172	176	73,34	62,79	10,56
21	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	(52)	(56)	(8,93)	(8,93)	(0)

1) OHNE Haushalte mit Beziehen von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.Ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Ausgabepositionen der Hauptgruppe 7 (Verkehr) von Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind unter 6 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
hier: unterste 20% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte
(Grenzwert: 2178,33 €)
Haushalte ohne Pkw (lt. Allgemeine Angaben)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnitt		
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	je Haushalt	Anteil Erwachsene	Anteil Kind
			in 1000	Anzahl	EUR/Monat		
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			(47)		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			(58)		
3	07	Verkehr	(52)	(43)	(97,46)	(80,6)	(16,86)
4	0711, 0714	Kraftfahrzeuge	/	/	/	/	/
5	0711 100	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	--	--	--	--	--
6	0711 200	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	/	/	/	/	/
7	0714 000	Kutschen u.Ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	--	--	--	--	--
8	0712-0713	Kraft- und Fahrräder	/	/	/	/	/
9	0712 000	Kauf von Krafträdern	--	--	--	--	--
10	0713 000	Kauf von Fahrrädern	/	/	/	/	/
11	0721	Ersatzteile und Zubehör	/	/	/	/	/
12	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	/	/	/	/	/
13	0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	/	/	/	/	/
14	0722 000	Kraftstoffe und Schmiermittel	/	/	/	/	/
15	0723 000	Wartungen und Reparaturen	/	/	/	/	/
16	0724 06	Garagen- und Stellplatzmieten	/	/	/	/	/
17	0724 060	Garagen- und Stellplatzmiete	/	/	/	/	/
18	0724 061	Mietwert der Eigentümergaragen	--	--	--	--	--
19	0724 062	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	/	/	/	/	/
20	0724 900	Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen	/	/	/	/	/
21	0730, 0733	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	(34)	(29)	(42,78)	(32,08)	(10,7)
22	0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne Übernachtung)	(34)	(29)	(41,62)	(31,21)	(10,41)
23	0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / mit Übernachtung)	/	/	/	/	/
24	0733 100	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (ohne Übernachtung)	--	--	--	--	--
25	0733 200	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit Übernachtung)	/	/	/	/	/
26		Private Konsumausgaben	(58)	(47)	(1493,94)	(1187,21)	(306,73)
27	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	(32)	(26)	(18,5)	(14,65)	(3,86)
28	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	/	/	/	/	/

1) OHNE Haushalte mit Beziehen von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.Ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Ausgabepositionen der Hauptgruppe 7 (Verkehr) von Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind unter 6 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
hier: unterste 20% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte
(Grenzwert: 2178,33 €)

Haushalte ohne Ausgaben für Kraftstoffe und Schmiermittel (Code 0722000 - Haushaltsbuch)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008			Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnitt		
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	je Haushalt	Anteil Erwachsene	Anteil Kind
Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	in 1000	Anzahl	EUR/Monat		
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			(59)		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			(73)		
3	07	Verkehr	(64)	(52)	(62,06)	(48,89)	(13,17)
4	0711, 0714	Kraftfahrzeuge	--	--	--	--	--
5	0711 100	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	--	--	--	--	--
6	0711 200	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	--	--	--	--	--
7	0714 000	Kutschen u.ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	--	--	--	--	--
8	0712-0713	Kraft- und Fahrräder	/	/	/	/	/
9	0712 000	Kauf von Krafträdern	--	--	--	--	--
10	0713 000	Kauf von Fahrrädern	/	/	/	/	/
11	0721	Ersatzteile und Zubehör	/	/	/	/	/
12	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	/	/	/	/	/
13	0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	/	/	/	/	/
14	0722 000	Kraftstoffe und Schmiermittel	--	--	--	--	--
15	0723 000	Wartungen und Reparaturen	/	/	/	/	/
16	0724 06	Garagen- und Stellplatzmieten	/	/	/	/	/
17	0724 060	Garagen- und Stellplatzmiete	/	/	/	/	/
18	0724 061	Mietwert der Eigentümergegaragen	/	/	/	/	/
19	0724 062	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	--	--	--	--	--
20	0724 900	Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen	/	/	/	/	/
21	0730, 0733	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	(41)	(32)	(38,72)	(29,04)	(9,68)
22	0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne Übernachtung)	(40)	(31)	(38,06)	(28,54)	(9,52)
23	0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / mit Übernachtung)	/	/	/	/	/
24	0733 100	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (ohne Übernachtung)	--	--	--	--	--
25	0733 200	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit Übernachtung)	/	/	/	/	/
26		Private Konsumausgaben	(73)	(59)	(1476,66)	(1156,51)	(320,14)
27	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	(44)	(39)	(25,52)	(20,3)	(5,23)
28	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	/	/	/	/	/

1) OHNE Haushalte mit Beziehern von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Haushalte mit Ausgaben für Kommunikationsdienstleistungen in den Bereichen Internet/Onlinedienste (Code-Nr. 0830031) oder Telefon, Fax, Telegramme (Code-Nr. 0830901) und gleichzeitig ohne Ausgaben für Mobilfunk/CB-Funk (Code-Nr. 0830020) und Flatrate als Kombipaket (Code-Nr. 0830900) in der Referenzgruppe der Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind unter 6 Jahren (unterste 20 %)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008			Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnittliche Wertangabe	
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	der jeweiligen Haushalte mit Angabe der Code-Nr.	je Haushalt
Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	in 1000	Anzahl	EUR / Monat	
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			(27)	
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			(29)	
3	0830031	Internet/Onlinedienste (auch Flatrate)	/	/	/	/
4	0830901	Telefon, Fax, Telegramme (auch Flatrate)	(27)	(25)	(37,76)	(35,55)

Anlage zu Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Ausgaben des Privaten Konsums sowie Versicherungsbeiträge und sonstige Übertragungen (SEA-Einzel-Codes)

Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind von 6 bis unter 14 Jahren

hier: unterste 20% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte ohne die vorab ausgeschlossenen SGBII/XII-Empfänger (2,6%) 1)

(Grenzwert: 2476,33 €)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnitt		
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	je Haushalt	Anteil Erwachsene	Anteil Kind
			in 1000	Anzahl	EUR/Monat		
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			184		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			156		
3	01-02	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	156	184	376,19	279,65	96,55
4	01	Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	156	184	326,86	243,09	83,77
5	0110 000	Nahrungsmittel	156	184	292,5	217,57	74,93
6	0120 000	Alkoholfreie Getränke	151	180	34,36	25,52	8,84
7	02	Alkoholische Getränke, Tabakwaren u.Ä.	134	160	49,34	36,56	12,78
8	0210 000	Alkoholische Getränke	114	144	14,39	10,68	3,71
9	0220 000	Tabakwaren	(75)	(78)	(34,95)	(25,88)	(9,07)
10	0230 000	Drogen	--	--	--	--	--
11	03	Bekleidung und Schuhe	155	182	78,36	44,89	33,46
12	0312 901	Bekleidung für Herren ab 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	98	120	12,22	12,22	0
13	0312 902	Bekleidung für Damen ab 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	118	143	19,07	19,07	0
14	0312 903	Bekleidung für Kinder unter 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	138	164	21,87	0	21,87
15	0312 900	Herren-, Damen- und Kinderstrumpfwaren	92	106	2,51	1,67	0,84
16	0311, 0313	Sonstige Bekleidung und Zubehör	(37)	(46)	(1,77)	(1,18)	(0,59)
17	0311 000	Bekleidungsstoffe	/	/	/	/	/
18	0313 000	Bekleidungszubehör	(27)	(36)	(1,11)	(0,74)	(0,37)
19	0321	Schuhe und Zubehör	142	164	19,7	9,94	9,77
20	0321 100	Schuhe für Herren ab 14 Jahre	(49)	(58)	(3,89)	(3,89)	(0)
21	0321 200	Schuhe für Damen ab 14 Jahre	(68)	(81)	(5,72)	(5,72)	(0)
22	0321 300	Schuhe für Kinder unter 14 Jahre	119	137	9,6	0	9,6
23	0321 900	Schuhzubehör	(31)	(41)	(0,49)	(0,33)	(0,16)
24	0314, 0322	Reparatur, Reinigung, Ausleihe	(33)	(44)	(1,22)	(0,81)	(0,41)
25	0314 100	Fremde Änderungen und Reparaturen an Bekleidung (einschl. Leihgebühren)	/	/	/	/	/
26	0314 200	Chemische Reinigung, Waschen, Bügeln und Färben von Bekleidung	/	/	/	/	/
27	0322 000	Fremde Änderungen und Reparaturen an Schuhen (einschl. Leihgebühren)	/	/	/	/	/
28	04	Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	156	184	619,25	511,57	107,68
29	041-042, 044	Wohnungsmieten u.Ä. (einschl. Betriebskosten)	156	184	469,68	387,93	81,76
30	041	Tatsächliche Mietzahlungen	128	148	366,23	302,52	63,71
31	0411 040	Dauermiete in Hotels, Gasthöfen, Pensionen	--	--	--	--	--
32	0411 050	Untermiete inkl. Betriebskosten und Benutzerentgelte für Haupt-, Zweit- und Freizeitwohnungen	--	--	--	--	--
33	0411 900	Miete für Hauptwohnung (brutto)	127	147	363,86	300,6	63,26
34	0412 900	Miete für Zweit-, Freizeitwohnungen (brutto)	/	/	/	/	/
35	042	Unterstellte Mietzahlungen	(32)	(41)	(85,44)	(70,47)	(14,97)
36	0421 031	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet bis 1948 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
37	0421 032	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet 1949 bis 1990 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
38	0421 033	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet 1991 bis 2000 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
39	0421 034	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet nach 2000 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
40	0422 040	Unterstellte Mietzahlungen für kostenlos überlassene Wohnungen; Deputat, von Verwandtschaft u.Ä.	/	/	/	/	/
41	0422 050	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Zweit- und Freizeitwohnungen (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
42	044	Laufende Kosten für selbstgenutztes Eigentum	(29)	(38)	(18,01)	(14,93)	(3,08)
43	0445 900	Nebenkosten für die Hauptwohnung	(27)	(36)	(17,93)	(14,87)	(3,06)
44	0445 901	Nebenkosten für Zweit- und Freizeitwohnung	/	/	/	/	/
45	045	Energie	154	182	143,94	118,96	24,98
46	0451 010	Strom (auch Solarenergie)	151	178	65,51	54,16	11,35
47		dar.: Mieterhaushalte	121	140	52,31	43,3	9,01
48		Eigentümerhaushalte	(27)	(36)	(12,18)	(10,03)	(2,15)
49	0452 000	Gas	(64)	(75)	(32,87)	(27,22)	(5,65)
50	0452 100	Gas (Stadt- und Erdgas)	(62)	(70)	(32,23)	(26,69)	(5,54)
51	0452 200	Propangas	/	/	/	/	/
52	0453 000	Öl	(29)	(35)	(26,28)	(21,72)	(4,56)
53	0453 010	Heizöl	/	/	/	/	/
54	0453 050	Umlagen für Ölheizung	/	/	/	/	/
55	0453 090	Sonstige Brennstoffe	/	/	/	/	/
56	0454 000	Kohle, Holz u.Ä.	/	/	/	/	/
57	0455 000	Fern-/Zentralheizung und Warmwasser	(45)	(58)	(17,19)	(14,15)	(3,03)
58	0455 010	Warmwasser	(22)	(26)	(4,42)	(3,67)	(0,74)
59	0455 020	Fernheizung	(31)	(44)	(12,77)	(10,48)	(2,29)
60	0456 000	Eis für Kühl- und Gefrierzwecke	--	--	--	--	--
61	043	Wohnungsinstandhaltung	(30)	(38)	(5,63)	(4,68)	(0,94)
62	0431	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Material	(27)	(35)	(4,69)	(3,89)	(0,8)
63	0431 000	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Eigenleistungen, Mieter/Untermieter	(20)	(26)	(3,41)	(2,8)	(0,61)
64	0431 910	Ausgaben für Schönheitsreparaturen der Eigentümer - Eigenleistungen (Material)	/	/	/	/	/
65	0432	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Dienstleistung	/	/	/	/	/
66	0432 900	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Fremdleistungen Mieter/Untermieter	/	/	/	/	/
67	0432 910	Ausgaben für Schönheitsreparaturen der Eigentümer - Fremdleistungen (Handwerker)	/	/	/	/	/

Anlage 1 zum Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

68 05	Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	140	165	71,79	57,2	14,59
69 0511 900	Möbel und Einrichtungsgegenstände	(41)	(45)	(27,69)	(22,66)	(5,03)
70 0511 090	Lieferung und Installation von Möbeln und elektrischen Leuchten	/	/	/	/	/
71 0512 900	Teppiche und sonstige Bodenbeläge	/	/	/	/	/
72 0512 090	Verlegen von Bodenbelägen	/	/	/	/	/
73 0531 100	Kühlschränke, Gefrierschränke und -truhen	/	/	/	/	/
0531 200,						
0531 900,						
74 0531 901	Sonstige größere Haushaltsgeräte einschließlich Reparaturen	/	/	/	/	/
75 0531 200	Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspül- und Bügelmaschinen	/	/	/	/	/
76 0531 900	Fremde Installationen von Haushaltsgroßgeräten	--	--	--	--	--
77 0531 901	Sonstige größere Haushaltsgeräte	/	/	/	/	/
78 0532 000	Kleine elektrische Haushaltsgeräte	(44)	(57)	(3,68)	(3,07)	(0,61)
79 0520 9	Heimtextilien u.Ä.	(62)	(75)	(4,26)	(3,52)	(0,73)
80 0520 900	Heimtextilien	(62)	(75)	(4,24)	(3,51)	(0,73)
81 0520 901	Anfertigen sowie fremde Reparaturen von Heimtextilien	/	/	/	/	/
82 054-055	Sonstige Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	115	137	12,68	10,57	2,11
83 0540 400	Reparaturen an Glaswaren, Geschirr und anderen Gebrauchs-gegenständen für die Haushaltsführung	/	/	/	/	/
84 0540 900	Glaswaren, Geschirr und andere Haushaltsgeräte	(81)	(98)	(4,86)	(4,05)	(0,81)
85 0551 000	Motorbetriebene Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände für Haus und Garten	/	/	/	/	/
86 0552 071	Fremde Reparaturen an Handwerkzeugen	/	/	/	/	/
87 0552 900	Andere Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	90	110	5,64	4,7	0,94
88 0552 901	Nicht motorbetriebene Gartengeräte	/	/	/	/	/
89 0561 000	Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	103	122	7,05	5,87	1,17
Lfd. Nr.						
90 229-232	Dienstleistungen für die Haushaltsführung	/	/	/	/	/
91 0513 000	Reparatur von Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Bodenbelägen	/	/	/	/	/
92 0533 900	Reparaturen an Haushaltsgeschirren (einschl. Mieten)	/	/	/	/	/
93 0562 150	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - durch Privatpersonen	/	/	/	/	/
94 0562 900	Haushaltshilfen und andere häusliche Dienstleistungen	/	/	/	/	/
95 06	Gesundheitspflege	149	176	28,69	20,42	8,27
96 0613	Gebrauchsgüter für die Gesundheitspflege	(30)	(36)	(4,95)	(3,3)	(1,65)
97 0613 050	Orthopädische Schuhe (einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
98 0613 072	Zahnersatz Materialkosten (einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
99 0613 090	Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen (einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
100 0613 900	Therapeutische Mittel und Geräte (einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
101 0611-0612	Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege	135	161	11,81	7,88	3,94
102 0611 010	Pharmazeutische Erzeugnisse - mit Rezept gekauft (nur Eigenanteil/Rezeptgebühren)	(67)	(89)	(2,89)	(1,93)	(0,96)
103 0611 900	Pharmazeutische Erzeugnisse - ohne Rezept gekauft	97	120	6,28	4,19	2,09
104 0612 010	Andere medizinische Erzeugnisse - mit Rezept gekauft (nur Eigenanteil/Rezeptgebühren)	(23)	(26)	(1,12)	(0,75)	(0,37)
105 0612 900	Andere medizinische Erzeugnisse - ohne Rezept gekauft	(56)	(65)	(1,52)	(1,01)	(0,51)
106 0621-0630	Dienstleistungen für die Gesundheitspflege	108	134	11,93	9,24	2,69
107 0621 900	Praxisgebühren	99	122	3,87	3,87	0
108 0621 901	Arztleistungen (einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
109 0622 000	Zahnarztleistungen (einschl. Eigenanteile)	(22)	(27)	(4,42)	(2,95)	(1,47)
110 0623 330	Miete von therapeutischen Geräten	/	/	/	/	/
111 0623 900	Sonstige medizinische Versorgung außerhalb von Krankenhäusern (einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
112 0630 000	Dienstleistungen der Krankenhäuser (einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
113 07	Verkehr	145	175	276,73	242,58	34,15
114 0711, 0714	Kraftfahrzeuge	/	/	/	/	/
115 0711 100	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	--	--	--	--	--
116 0711 200	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	/	/	/	/	/
117 0714 000	Kutschen u.Ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	--	--	--	--	--
118 0712-0713	Kraft- und Fahrräder	/	/	/	/	/
119 0712 000	Kauf von Krafträdern	/	/	/	/	/
120 0713 000	Kauf von Fahrrädern	/	/	/	/	/
121 0721	Ersatzteile und Zubehör	(60)	(76)	(19,46)	(16,55)	(2,91)
122 0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	(33)	(38)	(1,51)	(1,28)	(0,23)
123 0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	(37)	(49)	(17,95)	(15,27)	(2,68)
124 0722 000	Kraftstoffe und Schmiermittel	116	146	95,58	81,29	14,29
125 0723 000	Wartungen und Reparaturen	(65)	(87)	(42,97)	(36,54)	(6,42)
126 0724 06	Garagen- und Stellplatzmieten	82	103	19,29	16,41	2,88
127 0724 060	Garagen- und Stellplatzmiete	(44)	(54)	(7,98)	(6,79)	(1,19)
128 0724 061	Mietwert der Eigentümergegaragen	(21)	(29)	(5,87)	(5)	(0,88)
129 0724 062	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	/	/	/	/	/
130 0724 900	Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen	(49)	(64)	(10,06)	(8,56)	(1,5)
131 0730, 0733	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	(61)	(77)	(22,86)	(17,14)	(5,72)
132 0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne Übernachtung)	(59)	(73)	(19,66)	(14,74)	(4,92)
133 0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / mit Übernachtung)	/	/	/	/	/
134 0733 100	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (ohne Übernachtung)	/	/	/	/	/
135 0733 200	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit Übernachtung)	/	/	/	/	/
136 08	Nachrichtenübermittlung	153	182	72,71	50,78	21,93
137 0820 000	Kauf von Telefon-, Telefaxgeräten, Mobilfunktelefonen, Anruf-beantwortern	(23)	(29)	(2,55)	(2,13)	(0,43)
138 0810, 0830	Dienstleistungen für die Nachrichtenübermittlung	153	182	70,16	48,66	21,5
139 0810 000	Post- und Kurierdienstleistungen (außer Postbank), private Brief- und Paketzustelldienste, Versandkosten (auch bei Online-Bestellungen)	104	125	5,66	5,66	0
140 0830 020	Kommunikationsdienstleistungen - Mobilfunk/CB-Funk (auch Flatrate)	101	120	20,01	13,34	6,67
141 0830 031	Kommunikationsdienstleistungen - Internet/Onlinedienste (auch Flatrate)	(39)	(46)	(5,69)	(3,79)	(1,9)
142 0830 900	Flatrate als Kombipaket	(79)	(96)	(22,96)	(15,3)	(7,65)
143 0830 901	Kommunikationsdienstleistungen - Telefon, Fax, Telegramme (auch Flatrate)	(79)	(97)	(15,85)	(10,57)	(5,28)
144 09	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	156	184	180,55	124,13	56,42
145 0911 100	Rundfunkempfänger, Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräte	/	/	/	/	/
146 0911 200	Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	/	/	/	/	/
147 0912 000	Foto- und Filmausrüstungen, optische Geräte	/	/	/	/	/
148 0913 000	Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads)	(40)	(51)	(10,04)	(6,69)	(3,35)
149 0914 000	Bild-, Daten- und Tonträger (einschl. Downloads)	(79)	(97)	(4,48)	(2,99)	(1,49)

Anlage zu Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

150 0921, 0932	Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping u.Ä.	(58)	(72)	(7,39)	(4,92)	(2,46)
151 0921 900	Langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping und Erholung	/	/	/	/	/
152 0932 010	Sportartikel	(41)	(55)	(4,13)	(2,75)	(1,38)
153 0932 020	Campingartikel	/	/	/	/	/
154 0931 900	Spielwaren (einschl. Computerspiele) und Hobbys	118	137	16,97	0	16,97
155 0933	Blumen und Gärten	110	135	10,63	8,86	1,77
156 0933 900	Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für die Gartenpflege	(52)	(61)	(5,09)	(4,24)	(0,85)
157 0934 901	Schnittblumen und Zimmerpflanzen	100	124	5,54	4,62	0,92
158 0934 900	Haustiere einschl. Veterinär- u.a. Dienstleistungen	(80)	(97)	(16,34)	(13,62)	(2,72)
159 094	Freizeit- und Kulturdienstleistungen	141	170	45,26	36,96	8,3
160 0941 020	Außerschulische Unterrichte, Hobbykurse	(45)	(59)	(8,15)	(5,43)	(2,72)
161 0941 040	Ausleihgebühren - Sport und Campingartikel	/	/	/	/	/
	Besuch von Sport-, Freizeit- und Kulturveranstaltungen bzw. -einrichtungen - Sportveranstaltungen	(62)	(75)	(6)	(4)	(2)
162 0941 900	Sonstige Freizeit- und Kulturdienstleistungen	(49)	(62)	(3,47)	(2,89)	(0,58)
163 0942 400	Rundfunk- und Fernsehgebühren	99	123	13,35	13,35	0
164 0942 900	Ausleihgebühren - TV-Geräte, Videokameras u.Ä.	/	/	/	/	/
165 0942 901	Besuch von Sport-, Freizeit- und Kulturveranstaltungen bzw. -einrichtungen - Kulturveranstaltungen	(74)	(93)	(8,65)	(5,77)	(2,88)
166 0942 902	Glücksspiele	(52)	(61)	(4,94)	(4,94)	(0)
167 0943 000	Bücher und Broschüren	88	108	7,1	4,74	2,37
168 0951 000	Zeitung, Zeitschriften u.Ä.	136	160	14,97	9,98	4,99
169 0952, 0953	Ausleihgebühren - Bücher, Zeitschriften	(28)	(36)	(0,74)	(0,49)	(0,25)
170 0952 090	Zeitung und Zeitschriften	109	136	8,72	5,81	2,91
171 0952 900	Sonstige Gebrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	(79)	(92)	(5,51)	(3,67)	(1,84)
172 0953 900	Sonstige Verbrauchsgüter (Schreibwaren, Zeichenmaterial u.Ä.)	128	151	8,59	5,73	2,86
173 0954 900	Reparaturen für Freizeit, Unterhaltung und Kultur	/	/	/	/	/
174 0915, 0923	Reparaturen von Geräten für Empfang, Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild, von Foto- und Filmausrüstungen und von Geräten der Datenverarbeitung	/	/	/	/	/
175 0915 000	Reparaturen und Installationen von langlebigen Gebrauchsgütern und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping und Erholung	/	/	/	/	/
176 0923 900	Pauschalreisen	/	/	/	/	/
177 096	Pauschalreisen - Inland	/	/	/	/	/
178 0961 000	Pauschalreisen - Ausland	/	/	/	/	/
179 0962 000	Bildungswesen	(47)	(53)	(15,84)	(7,68)	(8,16)
180 10	Nachhilfeunterricht	/	/	/	/	/
181 1050 010	Gebühren, Kinderbetreuung	(41)	(47)	(14,74)	(7,68)	(7,05)
182 1050 900	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Kindergärten	/	/	/	/	/
183 1010 010	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Vorschulklassen	--	--	--	--	--
184 1010 020	Studien- und Prüfungsgebühren an Schulen und Universitäten	/	/	/	/	/
185 1020 900	Gebühren für Kurse u.Ä.	(23)	(27)	(3,49)	(2,32)	(1,16)
186 1050 900	Beherbergungs- und Gastatätendienstleistungen	136	163	51,85	38,79	13,06
187 11	Verpflegungsdienstleistungen	136	163	47,33	35,03	12,31
188 111	Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés, an Imbissständen und vom Lieferservice	132	160	40,78	30,18	10,6
189 1111 000	Speisen und Getränke in Kantinen und Mensen	(46)	(60)	(6,55)	(4,85)	(1,7)
190 1112 000	Übernachtungen	/	/	/	/	/
191 1120 000	Andere Waren und Dienstleistungen	155	183	70,6	55,04	15,56
192 12	Schmuck und Uhren (einschl. Reparaturen)	(49)	(64)	(2,15)	(2,15)	(0)
193 1231 000	Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände	(35)	(44)	(2,1)	(1,4)	(0,7)
194 1232 000	Dienstleistungen für die Körperpflege	107	138	12,41	10,35	2,07
195 1211	Friseurdienstleistungen	102	133	10,67	8,89	1,78
196 1211 010	Andere Dienstleistungen für die Körperpflege	(23)	(35)	(1,74)	(1,45)	(0,29)
197 1211 030	Körperpflegeartikel und -geräte	155	183	30,07	25,06	5,01
198 1212, 1213	Elektrische Geräte für die Körperpflege (einschl. Reparaturen)	/	/	/	/	/
199 1212 000	Haarpflege-, Rasiermittel, Toilettenpapier u.Ä.	152	180	12,86	10,72	2,14
200 1213 900	Sonstige Verbrauchsgüter für die Körperpflege	125	146	11,57	9,64	1,93
201 1213 901	Andere Gebrauchsgüter für die Körperpflege	(82)	(96)	(5,31)	(4,42)	(0,88)
202 1213 902	Sonstige Dienstleistungen	85	107	23,86	16,08	7,78
203 1270	Dienstleistungen der Prostitution	--	--	--	--	--
204 1220 000	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Heime, Horte, Krippen, Spielgruppen	(25)	(35)	(6,44)	(0)	(6,44)
205 1240 011	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Kinderfreizeiten	/	/	/	/	/
206 1240 012	Dienstleistungen für die Betreuung von alten, behinderten oder pflegebedürftigen Personen - Alten und Pflegeheime	--	--	--	--	--
207 1240 020	Dienstleistungen für die Betreuung von alten, behinderten oder pflegebedürftigen Personen - häusliche Pflege	--	--	--	--	--
208 1240 030	Versicherungsdienstleistungen	/	/	/	/	/
209 1250 900	Leasing von Kraftfahrzeugen und Krafträdern	/	/	/	/	/
210 1262 070	Finanzdienstleistungen	(45)	(55)	(3,46)	(3,46)	(0)
211 1262 900	Sonstige Dienstleistungen, a.n.g.	(34)	(42)	(3,17)	(3,17)	(0)
212 1270 900	Private Konsumausgaben	156	184	1842,57	1432,74	409,83
213	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	126	149	78,75	66,32	12,43
214 1531 - 1539	Freiwillige Beiträge zu Pensions-, Alters- und Sterbekassen	/	/	/	/	/
215 1531 000	Beiträge zur privaten Krankenversicherung	/	/	/	/	/
216 1532 100	Zusätzliche private Kranken- und Pflegeversicherungen	(44)	(51)	(6,28)	(5,23)	(1,05)
217 1532 900	Kfz-Haftpflichtversicherungen, auch Kasko	(68)	(82)	(25,43)	(25,43)	(0)
218 1533 000	Private Unfallversicherungen	(55)	(74)	(9,22)	(6,15)	(3,07)
219 1539 500	Risikolebensversicherungen	(30)	(36)	(7,25)	(7,25)	(0)
220 1539 901	Hausrat-, Personenhaftpflichtversicherungen	(81)	(93)	(11,48)	(7,66)	(3,83)
221 1539 905	Sonstige Versicherungen	(34)	(42)	(9,54)	(6,36)	(3,18)
222 1539 906	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	(46)	(55)	(11,25)	(11,25)	(0)
223 154	Mitgliedsbeiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck	(21)	(26)	(2,6)	(2,6)	(0)
224 1541 000	Geldpenden und sonstige unregelmäßige Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck	/	/	/	/	/
225 1542 000	Gerichtskosten, Geldstrafen, gebührenpflichtige Verwarnungen u.Ä.	/	/	/	/	/
226 1545 000	Spielerlöse	--	--	--	--	--
227 1547 000	Sonstige geleistete Übertragungen z.B.: Lohn/Gehaltspfändungen (haushaltsbezogen)	/	/	/	/	/
228 1549 001	Sonstige Abrüge (einbehaltene Lohn/Gehaltspfändungen, Rückzahlung zu viel gezahlter Löhne/Gehälter u.Ä.)	/	/	/	/	/
229 1549 002		/	/	/	/	/

1) OHNE Haushalte mit Beziehen von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.Ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Ausgabepositionen der Untergruppe 45 (Energie) von Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind von 6 bis unter 14 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
hier: unterste 20% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte
(Grenzwert: 2476,33 €)
Haushalte, die nicht mit Strom heizen

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnitt		
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	je Haushalt	Anteil Erwachsene	Anteil Kind
			in 1000	Anzahl	EUR/Monat		
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			168		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			142		
3	045	Energie	140	166	144,05	119,12	24,93
4	0451 010	Strom (auch Solarenergie)	137	162	61,8	51,18	10,62
5		dar.: Mieterhaushalte	107	124	47,3	39,25	8,05
6		Eigentümerhaushalte	(27)	(36)	(13,38)	(11,02)	(2,36)
7	0452 000	Gas	(63)	(73)	(35,22)	(29,14)	(6,08)
8	0452 100	Gas (Stadt- und Erdgas)	(61)	(69)	(34,66)	(28,68)	(5,98)
9	0452 200	Propangas	/	/	/	/	/
10	0453 000	Öl	(28)	(34)	(28,34)	(23,43)	(4,92)
11	0453 010	Heizöl	/	/	/	/	/
12	0453 050	Umlagen für Ölheizung	/	/	/	/	/
13	0453 090	Sonstige Brennstoffe	/	/	/	/	/
14	0454 000	Kohle, Holz u.Ä.	/	/	/	/	/
15	0455 000	Fern-/Zentralheizung und Warmwasser	(39)	(51)	(16,39)	(13,5)	(2,89)
16	0455 010	Warmwasser	/	/	/	/	/
17	0455 020	Fernheizung	(25)	(37)	(11,94)	(9,79)	(2,15)
18	0456 000	Eis für Kühl- und Gefrierzwecke	--	--	--	--	--
19		Private Konsumausgaben	142	168	1868,51	1456,68	411,83
20	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	115	135	78,55	66,2	12,35
21	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	(43)	(51)	(11,73)	(11,73)	(0)

1) OHNE Haushalte mit Beziehen von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.Ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Ausgabepositionen der Hauptgruppe 7 (Verkehr) von Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind von 6 bis unter 14 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
hier: unterste 20% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte
(Grenzwert: 2476,33 €)
Haushalte ohne Pkw (lt. Allgemeine Angaben)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnitt		
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	je Haushalt	Anteil Erwachsene	Anteil Kind
			in 1000	Anzahl	EUR/Monat		
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			(31)		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			(33)		
3	07	Verkehr	(26)	(26)	(85,5)	(66,48)	(19,02)
4	0711, 0714	Kraftfahrzeuge	/	/	/	/	/
5	0711 100	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	--	--	--	--	--
6	0711 200	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	/	/	/	/	/
7	0714 000	Kutschen u.Ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	--	--	--	--	--
8	0712-0713	Kraft- und Fahrräder	/	/	/	/	/
9	0712 000	Kauf von Krafträdern	/	/	/	/	/
10	0713 000	Kauf von Fahrrädern	/	/	/	/	/
11	0721	Ersatzteile und Zubehör	/	/	/	/	/
12	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	/	/	/	/	/
13	0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	/	/	/	/	/
14	0722 000	Kraftstoffe und Schmiermittel	/	/	/	/	/
15	0723 000	Wartungen und Reparaturen	/	/	/	/	/
16	0724 06	Garagen- und Stellplatzmieten	/	/	/	/	/
17	0724 060	Garagen- und Stellplatzmiete	/	/	/	/	/
18	0724 061	Mietwert der Eigentümergaragen	/	/	/	/	/
19	0724 062	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	--	--	--	--	--
20	0724 900	Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen	/	/	/	/	/
21	0730, 0733	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	/	/	/	/	/
22	0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne Übernachtung)	/	/	/	/	/
23	0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / mit Übernachtung)	/	/	/	/	/
24	0733 100	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (ohne Übernachtung)	--	--	--	--	--
25	0733 200	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit Übernachtung)	/	/	/	/	/
26		Private Konsumausgaben	(33)	(31)	(1473,72)	(1115,53)	(358,19)
27	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	/	/	/	/	/
28	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	/	/	/	/	/

1) OHNE Haushalte mit Beziehen von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.Ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Anlage zu Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Ausgabepositionen der Hauptgruppe 7 (Verkehr) von Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind von 6 bis unter 14 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
hier: unterste 20% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte
(Grenzwert: 2476,33 €)

Haushalte ohne Ausgaben für Kraftstoffe und Schmiermittel (Code 0722000 - Haushaltsbuch)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008			Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnitt		
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	je Haushalt	Anteil Erwachsene	Anteil Kind
Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	in 1000	Anzahl	EUR/Monat		
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			(38)		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			(39)		
3	07	Verkehr	(29)	(29)	(63,97)	(49,47)	(14,49)
4	0711, 0714	Kraftfahrzeuge	/	/	/	/	/
5	0711 100	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	--	--	--	--	--
6	0711 200	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	/	/	/	/	/
7	0714 000	Kutschen u.ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	--	--	--	--	--
8	0712-0713	Kraft- und Fahrräder	/	/	/	/	/
9	0712 000	Kauf von Krafträdern	/	/	/	/	/
10	0713 000	Kauf von Fahrrädern	/	/	/	/	/
11	0721	Ersatzteile und Zubehör	/	/	/	/	/
12	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	/	/	/	/	/
13	0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	--	--	--	--	--
14	0722 000	Kraftstoffe und Schmiermittel	--	--	--	--	--
15	0723 000	Wartungen und Reparaturen	/	/	/	/	/
16	0724 06	Garagen- und Stellplatzmieten	/	/	/	/	/
17	0724 060	Garagen- und Stellplatzmiete	/	/	/	/	/
18	0724 061	Mietwert der Eigentümergegaragen	/	/	/	/	/
19	0724 062	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	--	--	--	--	--
20	0724 900	Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen	/	/	/	/	/
21	0730, 0733	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	/	/	/	/	/
22	0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne Übernachtung)	/	/	/	/	/
23	0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / mit Übernachtung)	/	/	/	/	/
24	0733 100	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (ohne Übernachtung)	--	--	--	--	--
25	0733 200	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit Übernachtung)	--	--	--	--	--
26		Private Konsumausgaben	(39)	(38)	(1530,61)	(1164,23)	(366,38)
27	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	(28)	(27)	(35,19)	(29,21)	(5,97)
28	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	/	/	/	/	/

1) OHNE Haushalte mit Beziehern von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Haushalte mit Ausgaben für Kommunikationsdienstleistungen in den Bereichen

Internet/Onlinedienste (Code-Nr. 0830031) oder
Telefon, Fax, Telegramme (Code-Nr. 0830901)
und gleichzeitig ohne Ausgaben für
Mobilfunk/CB-Funk (Code-Nr. 0830020) und
Flatrate als Kombipaket (Code-Nr. 0830900)
in der Referenzgruppe der
Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 6 bis unter 14 Jahren (unterste 20 %)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008			Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnittliche Wertangabe	
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	der jeweiligen Haushalte mit Angabe der Code-Nr.	je Haushalt
Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	in 1000	Anzahl	EUR / Monat	
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			/	
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			/	
3	0830031	Internet/Onlinedienste (auch Flatrate)	/	/	/	/
4	0830901	Telefon, Fax, Telegramme (auch Flatrate)	/	/	/	/

Ausgaben des Privaten Konsums sowie Versicherungsbeiträge und sonstige Übertragungen (SEA-Einzel-Codes)

Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind von 14 bis unter 18 Jahren

hier: unterste 20% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte ohne die vorab ausgeschlossenen SGBII/XII-Empfänger (2,4%) 1)
(Grenzwert: 2544,00 €)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnitt		
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	je Haushalt	Anteil Erwachsene	Anteil Kind
			in 1000	Anzahl	EUR/Monat		
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			115		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			82		
3	01-02	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	82	115	395,8	256,77	139,03
4	01	Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	82	115	344,53	223,46	121,07
5	0110 000	Nahrungsmittel	82	115	306,31	198,68	107,62
6	0120 000	Alkoholfreie Getränke	82	115	38,22	24,78	13,44
7	02	Alkoholische Getränke, Tabakwaren u.Ä.	70	102	51,27	33,31	17,97
8	0210 000	Alkoholische Getränke	(62)	(90)	(23,01)	(15)	(8,01)
9	0220 000	Tabakwaren	(37)	(56)	(28,27)	(18,31)	(9,96)
10	0230 000	Drogen	--	--	--	--	--
11	03	Bekleidung und Schuhe	79	111	94	56,41	37,59
12	0312 901	Bekleidung für Herren ab 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	(57)	(85)	(26,72)	(17,81)	(8,91)
13	0312 902	Bekleidung für Damen ab 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	(65)	(95)	(30,68)	(20,45)	(10,23)
14	0312 903	Bekleidung für Kinder unter 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	(24)	(30)	(6,9)	(0)	(6,9)
15	0312 900	Herren-, Damen- und Kinderstrumpfwaren	(43)	(57)	(2,84)	(1,89)	(0,95)
16	0311, 0313	Sonstige Bekleidung und Zubehör	(25)	(36)	(5,15)	(3,43)	(1,72)
17	0311 000	Bekleidungsstoffe	/	/	/	/	/
18	0313 000	Bekleidungszubehör	(19)	(29)	(2,13)	(1,42)	(0,71)
19	0321	Schuhe und Zubehör	(70)	(95)	(20,13)	(11,76)	(8,37)
20	0321 100	Schuhe für Herren ab 14 Jahre	(42)	(57)	(8,65)	(5,77)	(2,88)
21	0321 200	Schuhe für Damen ab 14 Jahre	(45)	(64)	(8,59)	(5,73)	(2,86)
22	0321 300	Schuhe für Kinder unter 14 Jahre	/	/	/	/	/
23	0321 900	Schuhzubehör	(19)	(26)	(0,4)	(0,27)	(0,13)
24	0314, 0322	Reparatur, Reinigung, Ausleihe	(19)	(30)	(1,58)	(1,05)	(0,53)
25	0314 100	Fremde Änderungen und Reparaturen an Bekleidung (einschl. Leihgebühren)	/	/	/	/	/
26	0314 200	Chemische Reinigung, Waschen, Bügeln und Färben von Bekleidung	/	/	/	/	/
27	0322 000	Fremde Änderungen und Reparaturen an Schuhen (einschl. Leihgebühren)	/	/	/	/	/
28	04	Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	82	115	676,46	532,8	143,66
29	041-042, 044	Wohnungsmieten u.Ä. (einschl. Betriebskosten)	82	115	508,83	401,06	107,77
30	041	Tatsächliche Mietzahlungen	(54)	(80)	(275,6)	(216,92)	(58,68)
31	0411 040	Dauermiete in Hotels, Gasthöfen, Pensionen	--	--	--	--	--
32	0411 050	Untermiete inkl. Betriebskosten und Benutzerentgelte für Haupt-, Zweit- und Freizeitwohnungen	--	--	--	--	--
33	0411 900	Miete für Hauptwohnung (brutto)	(53)	(79)	(273,38)	(215,14)	(58,24)
34	0412 900	Miete für Zweit-, Freizeitwohnungen (brutto)	/	/	/	/	/
35	042	Unterstellte Mietzahlungen	(32)	(42)	(194,39)	(153,45)	(40,93)
36	0421 031	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet bis 1948 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
37	0421 032	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet 1949 bis 1990 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
38	0421 033	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet 1991 bis 2000 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
39	0421 034	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet nach 2000 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
40	0422 040	Unterstellte Mietzahlungen für kostenlos überlassene Wohnungen; Deputat, von Verwandtschaft u.Ä.	/	/	/	/	/
41	0422 050	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Zweit- und Freizeitwohnungen (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
42	044	Laufende Kosten für selbstgenutztes Eigentum	(28)	(37)	(38,85)	(30,69)	(8,15)
43	0445 900	Nebenkosten für die Hauptwohnung	(28)	(35)	(38,72)	(30,59)	(8,13)
44	0445 901	Nebenkosten für Zweit- und Freizeitwohnung	/	/	/	/	/
45	045	Energie	82	115	155,96	122,59	33,38
46	0451 010	Strom (auch Solarenergie)	82	115	73,21	57,75	15,46
47		dar.: Mieterhaushalte	(52)	(77)	(41,85)	(32,96)	(8,89)
48		Eigentümerhaushalte	(29)	(36)	(30,73)	(24,3)	(6,43)
49	0452 000	Gas	(32)	(43)	(32,66)	(25,73)	(6,93)
50	0452 100	Gas (Stadt- und Erdgas)	(30)	(41)	(31,73)	(25,02)	(6,72)
51	0452 200	Propangas	/	/	/	/	/
52	0453 000	Öl	/	/	/	/	/
53	0453 010	Heizöl	/	/	/	/	/
54	0453 050	Umlagen für Ölheizung	/	/	/	/	/
55	0453 090	Sonstige Brennstoffe	--	--	--	--	--
56	0454 000	Kohle, Holz u.Ä.	/	/	/	/	/
57	0455 000	Fern-/Zentralheizung und Warmwasser	(22)	(40)	(20,49)	(15,87)	(4,61)
58	0455 010	Warmwasser	/	/	/	/	/
59	0455 020	Fernheizung	(18)	(34)	(15,69)	(12,09)	(3,6)
60	0456 000	Eis für Kühl- und Gefrierzwecke	--	--	--	--	--
61	043	Wohnungsinstandhaltung	(19)	(26)	(11,67)	(9,15)	(2,51)
62	0431	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Material	/	/	/	/	/
63	0431 000	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Eigenleistungen, Mieter/Untermieter	/	/	/	/	/
64	0431 910	Ausgaben für Schönheitsreparaturen der Eigentümer - Eigenleistungen (Material)	/	/	/	/	/
65	0432	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Dienstleistung	/	/	/	/	/
66	0432 900	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Fremdleistungen Mieter/Untermieter	/	/	/	/	/
67	0432 910	Ausgaben für Schönheitsreparaturen der Eigentümer - Fremdleistungen (Handwerker)	/	/	/	/	/

Anlage zu Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

68	05	Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	76	108	69,33	53,99	15,34
69	0511 900	Möbel und Einrichtungsgegenstände	(23)	(32)	(28,76)	(22,74)	(6,02)
70	0511 090	Lieferung und Installation von Möbeln und elektrischen Leuchten	/	/	/	/	/
71	0512 900	Teppiche und sonstige Bodenbeläge	/	/	/	/	/
72	0512 090	Verlegen von Bodenbelägen	/	/	/	/	/
73	0531 100	Kühlschränke, Gefrierschränke und -truhen	/	/	/	/	/
	0531 200,						
	0531 900,						
74	0531 901	Sonstige größere Haushaltsgeräte einschließlich Reparaturen	/	/	/	/	/
75	0531 200	Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspül- und Bügelmaschinen	/	/	/	/	/
76	0531 900	Fremde Installationen von Haushaltsgroßgeräten	--	--	--	--	--
77	0531 901	Sonstige größere Haushaltsgeräte	/	/	/	/	/
78	0532 000	Kleine elektrische Haushaltsgeräte	(34)	(46)	(5,77)	(4,52)	(1,25)
79	0520 9	Heimtextilien u.Ä.	(38)	(59)	(4,68)	(3,69)	(0,99)
80	0520 900	Heimtextilien	(38)	(58)	(4,55)	(3,59)	(0,96)
81	0520 901	Anfertigen sowie fremde Reparaturen von Heimtextilien	/	/	/	/	/
82	054-055	Sonstige Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	(63)	(92)	(11,77)	(9,16)	(2,62)
83	0540 400	Reparaturen an Glaswaren, Geschirr und anderen Gebrauchs-	/	/	/	/	/
84	0540 900	gegenständen für die Haushaltsführung	/	/	/	/	/
		Glaswaren, Geschirr und andere Haushaltsgeräte	(42)	(61)	(4,4)	(3,43)	(0,97)
85	0551 000	Motorbetriebene Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände für Haus	/	/	/	/	/
		und Garten	/	/	/	/	/
86	0552 071	Fremde Reparaturen an Handwerkzeugen	/	/	/	/	/
87	0552 900	Andere Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	(46)	(72)	(5,75)	(4,45)	(1,3)
88	0552 901	Nicht motorbetriebene Gartengeräte	/	/	/	/	/
89	0561 000	Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	(57)	(86)	(9,79)	(7,57)	(2,22)
	Lfd. Nr.						
90	229-232	Dienstleistungen für die Haushaltsführung	/	/	/	/	/
91	0513 000	Reparatur von Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Bodenbelägen	/	/	/	/	/
92	0533 900	Reparaturen an Haushaltsgeräten (einschl. Mieten)	/	/	/	/	/
93	0562 150	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - durch Privatpersonen	/	/	/	/	/
94	0562 900	Haushaltshilfen und andere häusliche Dienstleistungen	/	/	/	/	/
95	06	Gesundheitspflege	80	113	34,7	24,67	10,03
96	0613	Gebrauchsgüter für die Gesundheitspflege	(25)	(40)	(6,59)	(4,39)	(2,2)
97	0613 050	Orthopädische Schuhe (einschl. Eigenanteile)	--	--	--	--	--
98	0613 072	Zahnersatz Materialkosten (einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
		Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen	/	/	/	/	/
		(einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
100	0613 900	Therapeutische Mittel und Geräte (einschl. Eigenanteile)	(20)	(33)	(4,23)	(2,82)	(1,41)
101	0611-0612	Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege	72	103	15,44	10,29	5,15
102	0611 010	Pharmazeutische Erzeugnisse - mit Rezept gekauft	(44)	(67)	(4,51)	(3,01)	(1,5)
103	0611 900	(nur Eigenanteil/Rezeptgebühren)	(58)	(83)	(7,35)	(4,9)	(2,45)
		Pharmazeutische Erzeugnisse - ohne Rezept gekauft	/	/	/	/	/
104	0612 010	Andere medizinische Erzeugnisse - mit Rezept gekauft	/	/	/	/	/
		(nur Eigenanteil/Rezeptgebühren)	/	/	/	/	/
105	0612 900	Andere medizinische Erzeugnisse - ohne Rezept gekauft	(26)	(35)	(2,54)	(1,7)	(0,85)
106	0621-0630	Dienstleistungen für die Gesundheitspflege	(63)	(92)	(12,68)	(9,99)	(2,69)
107	0621 900	Praxisgebühren	(57)	(86)	(4,61)	(4,61)	(0)
108	0621 901	Arztleistungen (einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
109	0622 000	Zahnarztleistungen (einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
110	0623 330	Miete von therapeutischen Geräten	/	/	/	/	/
		Sonstige medizinische Versorgung außerhalb von Krankenhäusern	/	/	/	/	/
		(einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
111	0623 900		/	/	/	/	/
112	0630 000	Dienstleistungen der Krankenhäuser (einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
113	07	Verkehr	80	113	208,41	175,4	33,02
114	0711, 0714	Kraftfahrzeuge	/	/	/	/	/
115	0711 100	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	--	--	--	--	--
116	0711 200	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	/	/	/	/	/
117	0714 000	Kutschen u.Ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	--	--	--	--	--
118	0712-0713	Kraft- und Fahrräder	/	/	/	/	/
119	0712 000	Kauf von Krafträdern	--	--	--	--	--
120	0713 000	Kauf von Fahrrädern	/	/	/	/	/
121	0721	Ersatzteile und Zubehör	(41)	(57)	(16,15)	(13,74)	(2,41)
122	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	(19)	(30)	(3,92)	(3,33)	(0,59)
123	0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	(31)	(41)	(12,23)	(10,4)	(1,83)
124	0722 000	Kraftstoffe und Schmiermittel	71	100	103,93	88,39	15,54
125	0723 000	Wartungen und Reparaturen	(38)	(52)	(22,85)	(19,43)	(3,42)
126	0724 06	Garagen- und Stellplatzmieten	(51)	(70)	(27,91)	(23,74)	(4,17)
127	0724 060	Garagen- und Stellplatzmiete	(22)	(32)	(8,02)	(6,82)	(1,2)
128	0724 061	Mietwert der Eigentümergegaragen	(24)	(32)	(15,13)	(12,86)	(2,26)
129	0724 062	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	/	/	/	/	/
130	0724 900	Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von	/	/	/	/	/
		Privatfahrzeugen	(30)	(44)	(9,31)	(7,92)	(1,39)
131	0730, 0733	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	(34)	(50)	(22,82)	(17,11)	(5,71)
132	0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne	(31)	(47)	(14,83)	(11,12)	(3,71)
		Übernachtung)	/	/	/	/	/
133	0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / mit	/	/	/	/	/
		Übernachtung)	/	/	/	/	/
134	0733 100	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (ohne	/	/	/	/	/
		Übernachtung)	/	/	/	/	/
135	0733 200	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit	--	--	--	--	--
		Übernachtung)	--	--	--	--	--
136	08	Nachrichtenübermittlung	82	115	73,97	51,41	22,56
137	0820 000	Kauf von Telefon-, Telefaxgeräten, Mobilfunktelefonen, Anruf-	/	/	/	/	/
		beantwortern	/	/	/	/	/
138	0810, 0830	Dienstleistungen für die Nachrichtenübermittlung	82	115	70,2	48,52	21,69
		Post- und Kurierdienstleistungen (außer Postbank), private	/	/	/	/	/
		Brief- und Paketzustelldienste, Versandkosten (auch bei	/	/	/	/	/
		Online-Bestellungen)	(57)	(78)	(5,14)	(5,14)	(0)
139	0810 000	Kommunikationsdienstleistungen - Mobilfunk/CB-Funk (auch	/	/	/	/	/
		Flatrate)	(47)	(71)	(17,11)	(11,41)	(5,7)
140	0830 020	Kommunikationsdienstleistungen - Internet/Onlinedienste (auch	/	/	/	/	/
		Flatrate)	(23)	(34)	(5,4)	(3,6)	(1,8)
141	0830 031	Flatrate als Kombipaket	(49)	(70)	(27,33)	(18,22)	(9,11)
142	0830 900	Kommunikationsdienstleistungen - Telefon, Fax, Telegramme (auch	/	/	/	/	/
		Flatrate)	(42)	(58)	(15,21)	(10,14)	(5,07)
143	0830 901		/	/	/	/	/
144	09	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	82	115	169,84	123,04	46,81
145	0911 100	Rundfunkempfänger, Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräte	/	/	/	/	/
146	0911 200	Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	/	/	/	/	/
147	0912 000	Foto- und Filmausrüstungen, optische Geräte	/	/	/	/	/
148	0913 000	Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads)	(29)	(42)	(19,21)	(12,81)	(6,4)
149	0914 000	Bild-, Daten- und Tonträger (einschl. Downloads)	(38)	(57)	(6,44)	(4,29)	(2,15)

Anlage zu Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

150 0921, 0932	Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping u.Ä.	(23)	(31)	(3,75)	(2,5)	(1,25)
151 0921 900	Langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping und Erholung	/	/	/	/	/
152 0932 010	Sportartikel	(20)	(27)	(3,31)	(2,21)	(1,1)
153 0932 020	Campingartikel	/	/	/	/	/
154 0931 900	Spielwaren (einschl. Computerspiele) und Hobbys	(33)	(47)	(6,53)	(0)	(6,53)
155 0933	Blumen und Gärten	(62)	(86)	(10,03)	(7,81)	(2,23)
156 0933 900	Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für die Gartenpflege	(36)	(46)	(4,68)	(3,65)	(1,03)
157 0934 901	Schnittblumen und Zimmerpflanzen	(52)	(75)	(5,36)	(4,16)	(1,2)
158 0934 900	Haustiere einschl. Veterinär- u.a. Dienstleistungen	(42)	(60)	(15,66)	(12,08)	(3,59)
159 094	Freizeit- und Kulturdienstleistungen	78	110	50,48	42,71	7,77
160 0941 020	Außerschulische Unterrichte, Hobbykurse	(20)	(27)	(10,74)	(7,16)	(3,58)
161 0941 040	Ausleihgebühren - Sport und Campingartikel	/	/	/	/	/
	Besuch von Sport-, Freizeit- und Kulturveranstaltungen bzw. -einrichtungen - Sportveranstaltungen	(19)	(31)	(5,32)	(3,54)	(1,77)
163 0942 400	Sonstige Freizeit- und Kulturdienstleistungen	(16)	(25)	(2,71)	(2,09)	(0,63)
164 0942 900	Rundfunk- und Fernsehgebühren	(63)	(95)	(17,4)	(17,4)	(0)
165 0942 901	Ausleihgebühren - TV-Geräte, Videokameras u.Ä.	/	/	/	/	/
	Besuch von Sport-, Freizeit- und Kulturveranstaltungen bzw. -einrichtungen - Kulturveranstaltungen	(35)	(50)	(4,94)	(3,29)	(1,65)
167 0943 000	Glücksspiele	(37)	(49)	(8,52)	(8,52)	(0)
168 0951 000	Bücher und Broschüren	(44)	(67)	(8,47)	(5,65)	(2,82)
169 0952, 0953	Zeitungen, Zeitschriften u.Ä.	70	103	16,36	10,91	5,45
170 0952 090	Ausleihgebühren - Bücher, Zeitschriften	/	/	/	/	/
171 0952 900	Zeitungen und Zeitschriften	(61)	(89)	(10,79)	(7,19)	(3,6)
172 0953 900	Sonstige Gebrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	(32)	(51)	(4,11)	(2,74)	(1,37)
173 0954 900	Sonstige Verbrauchsgüter (Schreibwaren, Zeichenmaterial u.Ä.)	(63)	(88)	(5,72)	(3,81)	(1,91)
174 0915, 0923	Reparaturen für Freizeit, Unterhaltung und Kultur	/	/	/	/	/
	Reparaturen von Geräten für Empfang, Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild, von Foto- und Filmausrüstungen und von Geräten der Datenverarbeitung	/	/	/	/	/
175 0915 000	Reparaturen und Installationen von langlebigen Gebrauchsgütern und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping und Erholung	/	/	/	/	/
176 0923 900	Pauschalreisen	/	/	/	/	/
177 096	Pauschalreisen - Inland	/	/	/	/	/
178 0961 000	Pauschalreisen - Ausland	/	/	/	/	/
179 0962 000	Bildungswesen	(20)	(30)	(12,78)	(7,52)	(5,26)
180 10	Nachhilfeunterricht	/	/	/	/	/
181 1050 010	Gebühren, Kinderbetreuung	/	/	/	/	/
182 1050 900	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Kindergärten	--	--	--	--	--
183 1010 010	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Vorschulklassen	/	/	/	/	/
184 1010 020	Studien- und Prüfungsgebühren an Schulen und Universitäten	/	/	/	/	/
185 1020 900	Gebühren für Kurse u.Ä.	/	/	/	/	/
186 1050 900	Beherbergungs- und Gastatätendienstleistungen	(68)	(98)	(61,28)	(40,93)	(20,36)
187 11	Verpflegungsdienstleistungen	(68)	(98)	(46,72)	(29,95)	(16,78)
188 111	Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés, an Imbissständen und vom Lieferservice	(65)	(94)	(39,95)	(25,68)	(14,27)
189 1111 000	Speisen und Getränke in Kantinen und Mensen	(22)	(30)	(6,77)	(4,27)	(2,5)
190 1112 000	Übernachtungen	/	/	/	/	/
191 1120 000	Andere Waren und Dienstleistungen	81	114	72,55	61,39	11,16
192 12	Schmuck und Uhren (einschl. Reparaturen)	(24)	(35)	(3,66)	(3,66)	(0)
193 1231 000	Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände	/	/	/	/	/
194 1232 000	Dienstleistungen für die Körperpflege	(62)	(89)	(15,73)	(12,11)	(3,62)
195 1211	Friseurdienstleistungen	(59)	(85)	(12,58)	(9,71)	(2,87)
196 1211 010	Andere Dienstleistungen für die Körperpflege	(24)	(36)	(3,15)	(2,4)	(0,75)
197 1211 030	Körperpflegeartikel und -geräte	81	114	29,09	22,5	6,59
198 1212, 1213	Elektrische Geräte für die Körperpflege (einschl. Reparaturen)	/	/	/	/	/
199 1212 000	Haarpflege-, Rasiermittel, Toilettenpapier u.Ä.	80	112	15,34	11,87	3,47
200 1213 900	Sonstige Verbrauchsgüter für die Körperpflege	(62)	(92)	(9,13)	(7,04)	(2,09)
201 1213 901	Andere Gebrauchsgüter für die Körperpflege	(44)	(63)	(3,91)	(3,04)	(0,87)
202 1213 902	1220, 1240-					
203 1270	Sonstige Dienstleistungen	(37)	(58)	(22,63)	(22,16)	(0,47)
204 1220 000	Dienstleistungen der Prostitution	--	--	--	--	--
205 1240 011	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Heime, Horte, Krippen, Spielgruppen	--	--	--	--	--
206 1240 012	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Kinderfreizeiten	/	/	/	/	/
207 1240 020	Dienstleistungen für die Betreuung von alten, behinderten oder pflegebedürftigen Personen - Alten und Pflegeheime	--	--	--	--	--
208 1240 030	Dienstleistungen für die Betreuung von alten, behinderten oder pflegebedürftigen Personen - häusliche Pflege	/	/	/	/	/
209 1250 900	Versicherungsdienstleistungen	--	--	--	--	--
210 1262 070	Leasing von Kraftfahrzeugen und Krafträdern	/	/	/	/	/
211 1262 900	Finanzdienstleistungen	(27)	(42)	(3,5)	(3,5)	(0)
212 1270 900	Sonstige Dienstleistungen, a.n.g.	(19)	(31)	(6,56)	(6,56)	(0)
213	Private Konsumausgaben	82	115	1869,13	1384,31	484,81
214 1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	73	103	114,57	95,6	18,96
215 1531 000	Freiwillige Beiträge zu Pensions-, Alters- und Sterbekassen	/	/	/	/	/
216 1532 100	Beiträge zur privaten Krankenversicherung	/	/	/	/	/
217 1532 900	Zusätzliche private Kranken- und Pflegeversicherungen	/	/	/	/	/
218 1533 000	Kfz-Haftpflichtversicherungen, auch Kasko	(47)	(62)	(37,17)	(37,17)	(0)
219 1539 500	Private Unfallversicherungen	(41)	(59)	(14,8)	(9,86)	(4,93)
220 1539 901	Risikolebensversicherungen	/	/	/	/	/
221 1539 905	Hausrat-, Personenhaftpflichtversicherungen	(42)	(58)	(17,15)	(11,43)	(5,72)
222 1539 906	Sonstige Versicherungen	(27)	(37)	(10,99)	(7,33)	(3,66)
223 154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	(21)	(32)	(3,99)	(3,99)	(0)
224 1541 000	Mitgliedsbeiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck	/	/	/	/	/
225 1542 000	Geldpenden und sonstige unregelmäßige Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck	/	/	/	/	/
226 1545 000	Gerichtskosten, Geldstrafen, gebührenpflichtige Verwarnungen u.Ä.	--	--	--	--	--
227 1547 000	Sonstige geleistete Übertragungen z.B.: Lohn/Gehaltspfändungen (haushaltsbezogen)	--	--	--	--	--
228 1549 001	Sonstige Abrüge (einbehaltene Lohn/Gehaltspfändungen, Rückzahlung zu viel gezahlter Löhne/Gehälter u.Ä.)	/	/	/	/	/
229 1549 002		/	/	/	/	/

1) OHNE Haushalte mit Beziehen von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.Ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Anlage zu Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Ausgabepositionen der Untergruppe 45 (Energie) von Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind von 14 bis unter 18 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
hier: unterste 20% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte
(Grenzwert: 2544,00 €)
Haushalte, die nicht mit Strom heizen

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnitt		
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	je Haushalt	Anteil Erwachsene	Anteil Kind
			in 1000	Anzahl	EUR/Monat		
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			108		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			76		
3	045	Energie	76	108	156,24	122,7	33,54
4	0451 010	Strom (auch Solarenergie)	76	108	68,96	54,31	14,65
5		dar.: Mieterhaushalte	(48)	(73)	(39,33)	(30,93)	(8,41)
6		Eigentümerhaushalte	(28)	(33)	(28,96)	(22,86)	(6,1)
7	0452 000	Gas	(32)	(43)	(35,01)	(27,57)	(7,43)
8	0452 100	Gas (Stadt- und Erdgas)	(30)	(41)	(34,01)	(26,81)	(7,2)
9	0452 200	Propangas	/	/	/	/	/
10	0453 000	Öl	/	/	/	/	/
11	0453 010	Heizöl	/	/	/	/	/
12	0453 050	Umlagen für Ölheizung	/	/	/	/	/
13	0453 090	Sonstige Brennstoffe	--	--	--	--	--
14	0454 000	Kohle, Holz u.Ä.	/	/	/	/	/
15	0455 000	Fern-/Zentralheizung und Warmwasser	(22)	(39)	(21,2)	(16,44)	(4,76)
16	0455 010	Warmwasser	/	/	/	/	/
17	0455 020	Fernheizung	(17)	(33)	(16,06)	(12,38)	(3,67)
18	0456 000	Bis für Kühl- und Gefrierzwecke	--	--	--	--	--
19		Private Konsumausgaben	76	108	1876,99	1390,5	486,49
20	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	(67)	(96)	(114,47)	(95,47)	(19,01)
21	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	(19)	(29)	(4,06)	(4,06)	(0)

1) OHNE Haushalte mit Beziehen von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.Ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Ausgabepositionen der Hauptgruppe 7 (Verkehr) von Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind von 14 bis unter 18 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
hier: unterste 20% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte
(Grenzwert: 2544,00 €)
Haushalte ohne Pkw (lt. Allgemeine Angaben)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnitt		
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	je Haushalt	Anteil Erwachsene	Anteil Kind
			in 1000	Anzahl	EUR/Monat		
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			/		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			/		
3	07	Verkehr	/	/	/	/	/
4	0711, 0714	Kraftfahrzeuge	--	--	--	--	--
5	0711 100	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	--	--	--	--	--
6	0711 200	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	--	--	--	--	--
7	0714 000	Kutschen u.Ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	--	--	--	--	--
8	0712-0713	Kraft- und Fahrräder	--	--	--	--	--
9	0712 000	Kauf von Krafträdern	--	--	--	--	--
10	0713 000	Kauf von Fahrrädern	--	--	--	--	--
11	0721	Ersatzteile und Zubehör	/	/	/	/	/
12	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	/	/	/	/	/
13	0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	/	/	/	/	/
14	0722 000	Kraftstoffe und Schmiermittel	--	--	--	--	--
15	0723 000	Wartungen und Reparaturen	--	--	--	--	--
16	0724 06	Garagen- und Stellplatzmieten	--	--	--	--	--
17	0724 060	Garagen- und Stellplatzmiete	--	--	--	--	--
18	0724 061	Mietwert der Eigentümergegaragen	--	--	--	--	--
19	0724 062	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	--	--	--	--	--
20	0724 900	Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen	/	/	/	/	/
21	0730, 0733	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	/	/	/	/	/
22	0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne Übernachtung)	/	/	/	/	/
23	0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / mit Übernachtung)	--	--	--	--	--
24	0733 100	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (ohne Übernachtung)	/	/	/	/	/
25	0733 200	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit Übernachtung)	--	--	--	--	--
26		Private Konsumausgaben	/	/	/	/	/
27	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	/	/	/	/	/
28	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	/	/	/	/	/

1) OHNE Haushalte mit Beziehen von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.Ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Ausgabepositionen der Hauptgruppe 7 (Verkehr) von Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind von 14 bis unter 18 Jahren (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
hier: unterste 20% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte
(Grenzwert: 2544,00 €)

Haushalte ohne Ausgaben für Kraftstoffe und Schmiermittel (Code 0722000 - Haushaltsbuch)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008			Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnitt		
			hochge-rechnet	nachrichtlich: erfasst	je Haushalt	Anteil Erwachsene	Anteil Kind
Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	in 1000	Anzahl	EUR/Monat		
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			/		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			/		
3	07	Verkehr	/	/	/	/	/
4	0711, 0714	Kraftfahrzeuge	--	--	--	--	--
5	0711 100	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	--	--	--	--	--
6	0711 200	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	--	--	--	--	--
7	0714 000	Kutschen u.ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	--	--	--	--	--
8	0712-0713	Kraft- und Fahrräder	--	--	--	--	--
9	0712 000	Kauf von Krafträdern	--	--	--	--	--
10	0713 000	Kauf von Fahrrädern	--	--	--	--	--
11	0721	Ersatzteile und Zubehör	/	/	/	/	/
12	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	/	/	/	/	/
13	0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	/	/	/	/	/
14	0722 000	Kraftstoffe und Schmiermittel	--	--	--	--	--
15	0723 000	Wartungen und Reparaturen	/	/	/	/	/
16	0724 06	Garagen- und Stellplatzmieten	/	/	/	/	/
17	0724 060	Garagen- und Stellplatzmiete	/	/	/	/	/
18	0724 061	Mietwert der Eigentümergegaragen	--	--	--	--	--
19	0724 062	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	--	--	--	--	--
20	0724 900	Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen	/	/	/	/	/
21	0730, 0733	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	/	/	/	/	/
22	0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne Übernachtung)	/	/	/	/	/
23	0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / mit Übernachtung)	/	/	/	/	/
24	0733 100	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (ohne Übernachtung)	/	/	/	/	/
25	0733 200	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit Übernachtung)	--	--	--	--	--
26		Private Konsumausgaben	/	/	/	/	/
27	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	/	/	/	/	/
28	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	/	/	/	/	/

1) OHNE Haushalte mit Beziehen von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Haushalte mit Ausgaben für Kommunikationsdienstleistungen in den Bereichen Internet/Onlinedienste (Code-Nr. 0830031) oder Telefon, Fax, Telegramme (Code-Nr. 0830901) und gleichzeitig ohne Ausgaben für Mobilfunk/CB-Funk (Code-Nr. 0830020) und Flatrate als Kombipaket (Code-Nr. 0830900) in der Referenzgruppe der Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind von 14 bis unter 18 Jahren (unterste 20 %)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008			Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnittliche Wertangabe	
			hochge-rechnet	nachrichtlich: erfasst	der jeweiligen Haushalte mit Angabe der Code-Nr.	je Haushalt
Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	in 1000	Anzahl	EUR / Monat	
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			/	
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			/	
3	0830031	Internet/Onlinedienste (auch Flatrate)	/	/	/	/
4	0830901	Telefon, Fax, Telegramme (auch Flatrate)	/	/	/	/

Anlage zu Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Ausgaben des Privaten Konsums sowie Versicherungsbeiträge und sonstige Übertragungen (SEA-Einzel-Codes) von Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind unter 18 Jahren

 hier: unterste 20% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte ohne die vorab ausgeschlossenen SGBII/XII-Empfänger (2,3% 1)
 (Grenzwert: 2327,33 €)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnitt		
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	je Haushalt	Anteil Erwachsene	Anteil Kind
			in 1000	Anzahl	EUR/Monat		
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			523		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			478		
3	01-02	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	478	522	353,65	262,39	91,26
4	01	Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	478	522	306,31	227,27	79,04
5	0110 000	Nahrungsmittel	478	522	270,77	200,86	69,9
6	0120 000	Alkoholfreie Getränke	468	512	35,54	26,41	9,14
7	02	Alkoholische Getränke, Tabakwaren u.Ä.	405	451	47,33	35,11	12,22
8	0210 000	Alkoholische Getränke	364	411	15,96	11,81	4,15
9	0220 000	Tabakwaren	228	236	31,38	23,31	8,07
10	0230 000	Drogen	--	--	--	--	--
11	03	Bekleidung und Schuhe	474	515	83,24	51,09	32,15
12	0312 901	Bekleidung für Herren ab 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	319	354	14,98	13,84	1,14
13	0312 902	Bekleidung für Damen ab 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	387	431	23,62	22,26	1,35
14	0312 903	Bekleidung für Kinder unter 14 Jahre (ohne Strumpfwaren)	391	414	19,49	0	19,49
15	0312 900	Herren-, Damen- und Kinderstrumpfwaren	270	304	2,52	1,68	0,84
16	0311, 0313	Sonstige Bekleidung und Zubehör	160	170	2,83	1,89	0,94
17	0311 000	Bekleidungsstoffe	(46)	(47)	(1,2)	(0,8)	(0,4)
18	0313 000	Bekleidungszubehör	127	137	1,63	1,09	0,54
19	0321	Schuhe und Zubehör	419	449	18,59	10,62	7,97
20	0321 100	Schuhe für Herren ab 14 Jahre	177	194	4,94	4,64	0,3
21	0321 200	Schuhe für Damen ab 14 Jahre	223	248	6,12	5,76	0,36
22	0321 300	Schuhe für Kinder unter 14 Jahre	299	305	7,2	0	7,2
23	0321 900	Schuhzubehör	(71)	(87)	(0,33)	(0,22)	(0,11)
24	0314, 0322	Reparatur, Reinigung, Ausleihe	93	108	1,21	0,81	0,4
25	0314 100	Fremde Änderungen und Reparaturen an Bekleidung (einschl. Leihgebühren)	(29)	(38)	(0,35)	(0,23)	(0,12)
26	0314 200	Chemische Reinigung, Waschen, Bügeln und Färben von Bekleidung	(54)	(61)	(0,68)	(0,45)	(0,23)
27	0322 000	Fremde Änderungen und Reparaturen an Schuhen (einschl. Leihgebühren)	(24)	(30)	(0,19)	(0,12)	(0,06)
28	04	Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	478	523	599,54	508,3	91,24
29	041-042, 044	Wohnungsmieten u.Ä. (einschl. Betriebskosten)	478	523	463,72	393,47	70,26
30	041	Tatsächliche Mietzahlungen	408	441	373,7	318,5	55,2
31	0411 040	Dauermiete in Hotels, Gasthöfen, Pensionen	--	--	--	--	--
32	0411 050	Untermiete inkl. Betriebskosten und Benutzerentgelte für Haupt-, Zweit- und Freizeitwohnungen	--	--	--	--	--
33	0411 900	Miete für Hauptwohnung (brutto)	406	439	371,73	316,86	54,87
34	0412 900	Miete für Zweit-, Freizeitwohnungen (brutto)	/	/	/	/	/
35	042	Unterstellte Mietzahlungen	(80)	(97)	(75,1)	(62,52)	(12,59)
36	0421 031	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet bis 1948 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	(23)	(31)	(18,4)	(15,16)	(3,24)
37	0421 032	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet 1949 bis 1990 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	(27)	(27)	(28,05)	(23,4)	(4,65)
38	0421 033	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet 1991 bis 2000 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
39	0421 034	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Hauptwohnungen, Gebäude errichtet nach 2000 (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
40	0422 040	Unterstellte Mietzahlungen für kostenlos überlassene Wohnungen; Deputat, von Verwandtschaft u.Ä.	/	/	/	/	/
41	0422 050	Unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen als Zweit- und Freizeitwohnungen (ohne Betriebskosten, Heizkostenpauschale und Garagenmiete)	/	/	/	/	/
42	044	Laufende Kosten für selbstgenutztes Eigentum	(68)	(83)	(14,92)	(12,45)	(2,48)
43	0445 900	Nebenkosten für die Hauptwohnung	(67)	(80)	(14,89)	(12,42)	(2,47)
44	0445 901	Nebenkosten für Zweit- und Freizeitwohnung	/	/	/	/	/
45	045	Energie	468	516	125,55	106,01	19,54
46	0451 010	Strom (auch Solarenergie)	461	510	57,88	48,97	8,92
47		dar.: Mieterhaushalte	386	422	47	39,94	7,06
48		Eigentümerhaushalte	(66)	(79)	(9,99)	(8,28)	(1,72)
49	0452 000	Gas	195	207	28,18	23,88	4,29
50	0452 100	Gas (Stadt- und Erdgas)	189	198	27,77	23,55	4,22
51	0452 200	Propangas	/	/	/	/	/
52	0453 000	Öl	(62)	(66)	(16,08)	(13,4)	(2,68)
53	0453 010	Heizöl	(33)	(33)	(11,5)	(9,52)	(1,98)
54	0453 050	Umlagen für Ölheizung	(26)	(30)	(4,11)	(3,47)	(0,64)
55	0453 090	Sonstige Brennstoffe	/	/	/	/	/
56	0454 000	Kohle, Holz u.Ä.	(31)	(30)	(2,75)	(2,34)	(0,42)
57	0455 000	Fern-/Zentralheizung und Warmwasser	142	175	20,66	17,43	3,23
58	0455 010	Warmwasser	(77)	(88)	(6,22)	(5,29)	(0,93)
59	0455 020	Fernheizung	102	135	14,44	12,14	2,31
60	0456 000	Eis für Kühl- und Gefrierzwecke	--	--	--	--	--
61	043	Wohnungsinstandhaltung	87	101	10,26	8,82	1,44
62	0431	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Material	(81)	(95)	(6,63)	(5,64)	(0,99)
63	0431 000	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Eigenleistungen, Mieter/Untermieter	(67)	(76)	(4,82)	(4,14)	(0,67)
64	0431 910	Ausgaben für Schönheitsreparaturen der Eigentümer - Eigenleistungen (Material)	/	/	/	/	/
65	0432	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Dienstleistung	/	/	/	/	/
66	0432 900	Ausgaben für Instandhaltung und Schönheitsreparaturen - Fremdleistungen Mieter/Untermieter	/	/	/	/	/
67	0432 910	Ausgaben für Schönheitsreparaturen der Eigentümer - Fremdleistungen (Handwerker)	/	/	/	/	/

Anlage zu Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

68 05	Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	435	479	81,53	67,85	13,69
69 0511 900	Möbel und Einrichtungsgegenstände	139	148	32,66	27,87	4,8
70 0511 090	Lieferung und Installation von Möbeln und elektrischen Leuchten	/	/	/	/	/
71 0512 900	Teppiche und sonstige Bodenbeläge	(35)	(42)	(2,31)	(1,96)	(0,35)
72 0512 090	Verlegen von Bodenbelägen	/	/	/	/	/
73 0531 100	Kühlschränke, Gefrierschränke und -truhen	/	/	/	/	/
0531 200, 0531 900,						
74 0531 901	Sonstige größere Haushaltsgeräte einschließlich Reparaturen	(54)	(60)	(8,75)	(7,27)	(1,48)
75 0531 200	Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspül- und Bügelmaschinen	(23)	(28)	(5,72)	(4,75)	(0,96)
76 0531 900	Fremde Installationen von Haushaltsgroßgeräten	/	/	/	/	/
77 0531 901	Sonstige größere Haushaltsgeräte	(28)	(30)	(2,99)	(2,48)	(0,51)
78 0532 000	Kleine elektrische Haushaltsgeräte	160	178	4,32	3,56	0,76
79 0520 9	Heimtextilien u.Ä.	205	235	5,1	4,36	0,74
80 0520 900	Heimtextilien	203	232	5,01	4,28	0,73
81 0520 901	Anfertigen sowie fremde Reparaturen von Heimtextilien	/	/	/	/	/
82 054-055	Sonstige Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	361	401	14,48	11,99	2,49
83 0540 400	Reparaturen an Glaswaren, Geschirr und anderen Gebrauchs- gegenständen für die Haushaltsführung	/	/	/	/	/
84 0540 900	Glaswaren, Geschirr und andere Haushaltsgeräte	252	292	5,29	4,38	0,9
85 0551 000	Motorbetriebene Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände für Haus und Garten	(46)	(55)	(1,16)	(0,96)	(0,2)
86 0552 071	Fremde Reparaturen an Handwerkzeugen	/	/	/	/	/
87 0552 900	Andere Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	294	331	7,48	6,19	1,29
88 0552 901	Nicht motorbetriebene Gartengeräte	(22)	(27)	(0,43)	(0,36)	(0,07)
89 0561 000	Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	328	371	8,16	6,73	1,43
90 229-232						
91 0513 000	Dienstleistungen für die Haushaltsführung	(54)	(56)	(1,32)	(0,42)	(0,91)
92 0533 900	Reparatur von Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Bodenbelägen	/	/	/	/	/
93 0562 150	Reparaturen an Haushaltsgeschirren (einschl. Mieten)	/	/	/	/	/
	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - durch Privatpersonen	/	/	/	/	/
94 0562 900	Haushaltshilfen und andere häusliche Dienstleistungen	(26)	(28)	(0,21)	(0,18)	(0,04)
95 06	Gesundheitspflege	467	511	32,74	23,31	9,42
96 0613	Gebrauchsgüter für die Gesundheitspflege	108	120	5,39	3,59	1,8
97 0613 050	Orthopädische Schuhe (einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
98 0613 072	Zahnersatz Materialkosten (einschl. Eigenanteile)	(22)	(25)	(2,07)	(1,38)	(0,69)
99 0613 090	Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen (einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
100 0613 900	Therapeutische Mittel und Geräte (einschl. Eigenanteile)	(78)	(89)	(3,07)	(2,04)	(1,02)
101 0611-0612	Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege	427	468	14,51	9,67	4,84
102 0611 010	Pharmazeutische Erzeugnisse - mit Rezept gekauft (nur Eigenanteil/Rezeptgebühren)	237	267	3,8	2,53	1,27
103 0611 900	Pharmazeutische Erzeugnisse - ohne Rezept gekauft	309	350	7,21	4,81	2,4
104 0612 010	Andere medizinische Erzeugnisse - mit Rezept gekauft (nur Eigenanteil/Rezeptgebühren)	(72)	(76)	(0,95)	(0,63)	(0,32)
105 0612 900	Andere medizinische Erzeugnisse - ohne Rezept gekauft	175	187	2,55	1,7	0,85
106 0621-0630	Dienstleistungen für die Gesundheitspflege	355	394	12,84	10,05	2,79
107 0621 900	Praxisgebühren	334	370	4,46	4,46	0
108 0621 901	Arztleistungen (einschl. Eigenanteile)	(51)	(62)	(2,89)	(1,93)	(0,96)
109 0622 000	Zahnarztleistungen (einschl. Eigenanteile)	(53)	(60)	(3,16)	(2,11)	(1,05)
110 0623 330	Miete von therapeutischen Geräten	/	/	/	/	/
111 0623 900	Sonstige medizinische Versorgung außerhalb von Krankenhäusern (einschl. Eigenanteile)	(25)	(29)	(0,89)	(0,59)	(0,3)
112 0630 000	Dienstleistungen der Krankenhäuser (einschl. Eigenanteile)	/	/	/	/	/
113 07	Verkehr	458	506	243,21	211,34	31,87
114 0711, 0714	Kraftfahrzeuge	/	/	/	/	/
115 0711 100	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	/	/	/	/	/
116 0711 200	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	/	/	/	/	/
117 0714 000	Kutschen u.Ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	/	/	/	/	/
118 0712-0713	Kraft- und Fahrräder	/	/	/	/	/
119 0712 000	Kauf von Krafträdern	/	/	/	/	/
120 0713 000	Kauf von Fahrrädern	/	/	/	/	/
121 0721	Ersatzteile und Zubehör	203	232	15,87	13,5	2,37
122 0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	102	106	2,86	2,44	0,43
123 0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	137	163	13,01	11,06	1,94
124 0722 000	Kraftstoffe und Schmiermittel	354	413	91,39	77,73	13,66
125 0723 000	Wartungen und Reparaturen	189	224	30,41	25,86	4,55
126 0724 06	Garagen- und Stellplatzmieten	233	266	18,4	15,65	2,75
127 0724 060	Garagen- und Stellplatzmiete	137	160	8,1	6,89	1,21
128 0724 061	Mietwert der Eigentümergegaragen	(51)	(65)	(5,19)	(4,42)	(0,78)
129 0724 062	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	(57)	(56)	(5,11)	(4,34)	(0,76)
130 0724 900	Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen	160	194	9,65	8,21	1,44
131 0730, 0733	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	219	234	26,59	19,94	6,65
132 0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne Übernachtung)	208	223	20,61	15,46	5,15
133 0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne Übernachtung)	/	/	/	/	/
134 0733 100	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (ohne Übernachtung)	/	/	/	/	/
135 0733 200	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit Übernachtung)	/	/	/	/	/
136 08	Nachrichtenübermittlung	475	521	77,48	54,27	23,21
137 0820 000	Kauf von Telefon-, Telefaxgeräten, Mobilfunktelefonen, Anruf- beantwortern	(87)	(86)	(3,92)	(3,24)	(0,68)
138 0810, 0830	Dienstleistungen für die Nachrichtenübermittlung	475	521	73,56	51,03	22,52
139 0810 000	Post- und Kurierdienstleistungen (außer Postbank), private Brief- und Paketzustelldienste, Versandkosten (auch bei Online-Bestellungen)	331	372	5,99	5,99	0
140 0830 020	Kommunikationsdienstleistungen - Mobilfunk/CB-Funk (auch Flatrate)	307	345	22,45	14,96	7,48
141 0830 031	Kommunikationsdienstleistungen - Internet/Onlinedienste (auch Flatrate)	124	144	5,82	3,88	1,94
142 0830 900	Flatrate als Kombipaket	253	277	23,58	15,72	7,86
143 0830 901	Kommunikationsdienstleistungen - Telefon, Fax, Telegramme (auch Flatrate)	233	265	15,73	10,48	5,24
144 09	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	476	521	148,39	100,08	48,31
145 0911 100	Rundfunkempfänger, Tonaufnahme- und Tonwiedergabegeräte	(46)	(52)	(2,73)	(1,82)	(0,91)
146 0911 200	Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	(33)	(37)	(6,55)	(4,36)	(2,18)
147 0912 000	Foto- und Filmapparaturen, optische Geräte	(48)	(56)	(2,62)	(1,75)	(0,87)
148 0913 000	Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads)	109	125	9,42	6,28	3,14
149 0914 000	Bild-, Daten- und Tonträger (einschl. Downloads)	233	270	5,26	3,5	1,75

Anlage zu Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

150 0921, 0932	Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping u.Ä.	136	158	5,27	3,51	1,76
151 0921 900	Langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping und Erholung	(24)	(26)	(1,45)	(0,97)	(0,48)
152 0932 010	Sportartikel	103	124	2,97	1,98	0,99
153 0932 020	Campingartikel	(27)	(29)	(0,85)	(0,57)	(0,28)
154 0931 900	Spielwaren (einschl. Computerspiele) und Hobbys	348	381	16,41	0	16,41
155 0933	Blumen und Gärten	320	363	8,18	6,75	1,43
156 0933 900	Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für die Gartenpflege	142	162	3,64	3	0,64
157 0934 901	Schnittblumen und Zimmerpflanzen	288	328	4,54	3,75	0,79
158 0934 900	Haustiere einschl. Veterinär- u.a. Dienstleistungen	188	215	11,7	9,64	2,06
159 094	Freizeit- und Kulturdienstleistungen	432	480	38,83	32,31	6,51
160 0941 020	Außerschulische Unterrichte, Hobbykurse	89	111	5,74	3,83	1,91
161 0941 040	Ausleihgebühren - Sport und Campingartikel	(24)	(30)	(0,47)	(0,31)	(0,16)
162 0941 900	Besuch von Sport-, Freizeit- und Kulturveranstaltungen bzw. -einrichtungen - Sportveranstaltungen	149	176	4,79	3,2	1,6
163 0942 400	Sonstige Freizeit- und Kulturdienstleistungen	158	186	4,03	3,33	0,7
164 0942 900	Rundfunk- und Fernsehgebühren	299	351	12,45	12,45	0
165 0942 901	Ausleihgebühren - TV-Geräte, Videokameras u.Ä.	(23)	(26)	(0,31)	(0,31)	(0)
166 0942 902	Besuch von Sport-, Freizeit- und Kulturveranstaltungen bzw. -einrichtungen - Kulturveranstaltungen	203	238	6,44	4,29	2,15
167 0943 000	Glücksspiele	148	168	4,59	4,59	0
168 0951 000	Bücher und Broschüren	271	307	7,2	4,8	2,4
169 0952, 0953	Zeitung, Zeitschriften u.Ä.	389	437	12,17	8,11	4,06
170 0952 090	Ausleihgebühren - Bücher, Zeitschriften	(68)	(85)	(0,84)	(0,56)	(0,28)
171 0952 900	Zeitung und Zeitschriften	312	363	6,91	4,6	2,3
172 0953 900	Sonstige Gebrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	211	238	4,42	2,95	1,47
173 0954 900	Sonstige Verbrauchsgüter (Schreibwaren, Zeichenmaterial u.Ä.)	341	382	5,81	3,88	1,94
174 0915, 0923	Reparaturen für Freizeit, Unterhaltung und Kultur	(17)	(25)	(0,71)	(0,47)	(0,24)
175 0915 000	Reparaturen von Geräten für Empfang, Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild, von Foto- und Filmausrüstungen und von Geräten der Datenverarbeitung	/	/	/	/	/
176 0923 900	Reparaturen und Installationen von langlebigen Gebrauchsgütern und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping und Erholung	/	/	/	/	/
177 096	Pauschalreisen	(29)	(41)	(15,53)	(12,9)	(2,64)
178 0961 000	Pauschalreisen - Inland	/	/	/	/	/
179 0962 000	Pauschalreisen - Ausland	/	/	/	/	/
180 10	Bildungswesen	143	169	19,24	5,79	13,45
181 1050 010	Nachhilfeunterricht	/	/	/	/	/
182 1050 900	Gebühren, Kinderbetreuung	135	157	18,53	5,79	12,74
183 1010 010	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Kindergärten	(80)	(88)	(11,89)	(0)	(11,89)
184 1010 020	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Vorschulklassen	/	/	/	/	/
185 1020 900	Studien- und Prüfungsgebühren an Schulen und Universitäten	(31)	(45)	(4,15)	(4,15)	(0)
186 1050 900	Gebühren für Kurse u.Ä.	(36)	(41)	(2,46)	(1,64)	(0,82)
187 11	Beherbergungs- und Gastatätendienstleistungen	419	465	55,35	45,36	9,99
188 111	Verpflegungsdienstleistungen	418	464	48,16	39,44	8,72
189 1111 000	Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés, an Imbissständen und vom Lieferservice	397	446	40,32	33,04	7,28
190 1112 000	Speisen und Getränke in Kantinen und Mensen	148	173	7,84	6,41	1,43
191 1120 000	Übernachtungen	(45)	(62)	(7,19)	(5,92)	(1,27)
192 12	Andere Waren und Dienstleistungen	476	521	82,29	66,53	15,76
193 1231 000	Schmuck und Uhren (einschl. Reparaturen)	132	165	2,69	2,69	0
194 1232 000	Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände	107	128	3,14	2,09	1,05
195 1211	Dienstleistungen für die Körperpflege	324	373	12,37	10,18	2,2
196 1211 010	Friseurdienstleistungen	305	351	9,69	7,98	1,72
197 1211 030	Andere Dienstleistungen für die Körperpflege	94	119	2,68	2,2	0,48
198 1212, 1213	Körperpflegeartikel und -geräte	476	521	36,42	30,11	6,31
199 1212 000	Elektrische Geräte für die Körperpflege (einschl. Reparaturen)	(25)	(30)	(0,54)	(0,44)	(0,1)
200 1213 900	Haarpflege-, Rasiermittel, Toilettenpapier u.Ä.	464	508	17,82	14,73	3,09
201 1213 901	Sonstige Verbrauchsgüter für die Körperpflege	379	418	12,07	9,98	2,09
202 1213 902	Andere Gebrauchsgüter für die Körperpflege	277	301	6	4,96	1,03
203 1270	Sonstige Dienstleistungen	236	280	27,67	21,46	6,21
204 1220 000	Dienstleistungen der Prostitution	/	/	/	/	/
205 1240 011	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Heime, Horte, Krippen, Spielgruppen	(47)	(55)	(5,52)	(0)	(5,52)
206 1240 012	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - Kinderfreizeiten	/	/	/	/	/
207 1240 020	Dienstleistungen für die Betreuung von alten, behinderten oder pflegebedürftigen Personen - Alten und Pflegeheime	--	--	--	--	--
208 1240 030	Dienstleistungen für die Betreuung von alten, behinderten oder pflegebedürftigen Personen - häusliche Pflege	/	/	/	/	/
209 1250 900	Versicherungsdienstleistungen	/	/	/	/	/
210 1262 070	Leasing von Kraftfahrzeugen und Krafträdern	/	/	/	/	/
211 1262 900	Finanzdienstleistungen	117	153	2,37	2,37	0
212 1270 900	Sonstige Dienstleistungen, a.n.g.	107	127	8,99	8,99	0
213	Private Konsumausgaben	478	523	1776,65	1396,31	380,34
214 1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	393	436	80,62	68,24	12,38
215 1531 000	Freiwillige Beiträge zu Pensions-, Alters- und Sterbekassen	/	/	/	/	/
216 1532 100	Beiträge zur privaten Krankenversicherung	(18)	(25)	(8,68)	(7,11)	(1,57)
217 1532 900	Zusätzliche private Kranken- und Pflegeversicherungen	105	117	5,68	4,68	1
218 1533 000	Kfz-Haftpflichtversicherungen, auch Kasko	221	253	27,27	27,27	0
219 1539 500	Private Unfallversicherungen	171	205	10,44	6,96	3,48
220 1539 901	Risikolebensversicherungen	(82)	(99)	(8,59)	(8,59)	(0)
221 1539 905	Hausrat-, Personenhaftpflichtversicherungen	233	256	11,46	7,64	3,82
222 1539 906	Sonstige Versicherungen	103	131	7,53	5,02	2,51
223 154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	119	139	8,12	8,12	0
224 1541 000	Mitgliedsbeiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck	(54)	(72)	(1,88)	(1,88)	(0)
225 1542 000	Geldpenden und sonstige unregelmäßige Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck	(34)	(38)	(1,86)	(1,86)	(0)
226 1545 000	Gerichtskosten, Geldstrafen, gebührenpflichtige Verwarnungen u.Ä.	/	/	/	/	/
227 1547 000	Spielerlöse	--	--	--	--	--
228 1549 001	Sonstige geleistete Übertragungen z.B.: Lohn/Gehaltspfändungen (haushaltsbezogen)	/	/	/	/	/
229 1549 002	Sonstige Abzüge (einbehaltene Lohn/Gehaltspfändungen, Rückzahlung zu viel gezahlter Löhne/Gehälter u.Ä.)	(33)	(38)	(2,87)	(2,87)	(0)

1) OHNE Haushalte mit Beziehen von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.Ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Ausgabepositionen der Untergruppe 45 (Energie) von Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
hier: unterste 20% der nach dem Haushaltsnettoeinkommen geschichteten Haushalte
(Grenzwert: 2327,33 €)
Haushalte, die nicht mit Strom heizen

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008			Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnitt		
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	je Haushalt	Anteil Erwachsene	Anteil Kind
Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	in 1000	Anzahl	EUR/Monat		
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			484		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			438		
3	045	Energie	430	478	127,1	107,3	19,8
4	0451 010	Strom (auch Solarenergie)	422	472	55,33	46,8	8,53
5		dar.: Mieterhaushalte	348	385	43,59	37,05	6,54
6		Eigentümerhaushalte	(66)	(78)	(10,76)	(8,92)	(1,85)
7	0452 000	Gas	191	202	30,15	25,54	4,61
8	0452 100	Gas (Stadt- und Erdgas)	185	194	29,75	25,22	4,53
9	0452 200	Propangas	/	/	/	/	/
10	0453 000	Öl	(61)	(65)	(17,38)	(14,49)	(2,9)
11	0453 010	Heizöl	(33)	(33)	(12,56)	(10,4)	(2,16)
12	0453 050	Umlagen für Ölheizung	(26)	(30)	(4,49)	(3,79)	(0,7)
13	0453 090	Sonstige Brennstoffe	/	/	/	/	/
14	0454 000	Kohle, Holz u.Ä.	(29)	(29)	(2,89)	(2,46)	(0,43)
15	0455 000	Fern-/Zentralheizung und Warmwasser	134	165	21,35	18,02	3,33
16	0455 010	Warmwasser	(73)	(84)	(6,61)	(5,63)	(0,98)
17	0455 020	Fernheizung	95	126	14,73	12,39	2,35
18	0456 000	Eis für Kühl- und Gefrierzwecke	--	--	--	--	--
19		Private Konsumausgaben	438	484	1789,45	1408,26	381,18
20	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	360	402	81,46	68,86	12,6
21	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	114	132	8,44	8,44	0

1) OHNE Haushalte mit Beziehen von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.Ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Ausgabepositionen der Hauptgruppe 7 (Verkehr) von Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
hier: unterste 20% der nach dem HHNEK geschichteten Haushalte
(Grenzwert: 2327,33 €)
Haushalte ohne Pkw (lt. Allgemeine Angaben)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008			Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnitt		
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	je Haushalt	Anteil Erwachsene	Anteil Kind
Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	in 1000	Anzahl	EUR/Monat		
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			(88)		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			(100)		
3	07	Verkehr	(86)	(78)	(97,68)	(78,49)	(19,2)
4	0711, 0714	Kraftfahrzeuge	/	/	/	/	/
5	0711 100	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	--	--	--	--	--
6	0711 200	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	/	/	/	/	/
7	0714 000	Kutschen u.ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	--	--	--	--	--
8	0712-0713	Kraft- und Fahrräder	/	/	/	/	/
9	0712 000	Kauf von Krafträdern	/	/	/	/	/
10	0713 000	Kauf von Fahrrädern	/	/	/	/	/
11	0721	Ersatzteile und Zubehör	(31)	(32)	(4,84)	(4,12)	(0,72)
12	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	(26)	(26)	(4,17)	(3,55)	(0,62)
13	0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	/	/	/	/	/
14	0722 000	Kraftstoffe und Schmiermittel	/	/	/	/	/
15	0723 000	Wartungen und Reparaturen	/	/	/	/	/
16	0724 06	Garagen- und Stellplatzmieten	/	/	/	/	/
17	0724 060	Garagen- und Stellplatzmiete	/	/	/	/	/
18	0724 061	Mietwert der Eigentümergaragen	/	/	/	/	/
19	0724 062	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	/	/	/	/	/
20	0724 900	Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen	/	/	/	/	/
21	0730, 0733	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	(62)	(59)	(57,39)	(43,03)	(14,35)
22	0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne Übernachtung)	(62)	(59)	(46,76)	(35,06)	(11,69)
23	0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / mit Übernachtung)	/	/	/	/	/
24	0733 100	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (ohne Übernachtung)	/	/	/	/	/
25	0733 200	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit Übernachtung)	/	/	/	/	/
26		Private Konsumausgaben	(100)	(88)	(1498,83)	(1166,36)	(332,47)
27	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	(61)	(54)	(20,45)	(15,64)	(4,82)
28	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	(30)	(30)	(10,07)	(10,07)	(0)

1) OHNE Haushalte mit Beziehen von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.Ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Ausgabepositionen der Hauptgruppe 7 (Verkehr) von Ehepaar-/ Paarhaushalten mit 1 Kind (ohne SGBII/XII-Empfänger 1))
hier: unterste 20% der nach dem HHNEK geschichteten Haushalte
(Grenzwert: 2327,33 €)
Haushalte ohne Ausgaben für Kraftstoffe und Schmiermittel (Code 0722000 - Haushaltsbuch)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnitt		
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	je Haushalt	Anteil Erwachsene	Anteil Kind
			in 1000	Anzahl	EUR/Monat		
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			110		
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			124		
3	07	Verkehr	(104)	(93)	(67,99)	(53,12)	(14,87)
4	0711, 0714	Kraftfahrzeuge	/	/	/	/	/
5	0711 100	Kauf von neuen Kraftfahrzeugen	--	--	--	--	--
6	0711 200	Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen	/	/	/	/	/
7	0714 000	Kutschen u.ä. von Tieren gezogene Fahrzeuge, z.B. Pferdekutschen	--	--	--	--	--
8	0712-0713	Kraft- und Fahrräder	/	/	/	/	/
9	0712 000	Kauf von Krafträdern	/	/	/	/	/
10	0713 000	Kauf von Fahrrädern	/	/	/	/	/
11	0721	Ersatzteile und Zubehör	(34)	(30)	(4,63)	(3,93)	(0,69)
12	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	(31)	(26)	(2,82)	(2,4)	(0,42)
13	0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	/	/	/	/	/
14	0722 000	Kraftstoffe und Schmiermittel	--	--	--	--	--
15	0723 000	Wartungen und Reparaturen	/	/	/	/	/
16	0724 06	Garagen- und Stellplatzmieten	/	/	/	/	/
17	0724 060	Garagen- und Stellplatzmiete	/	/	/	/	/
18	0724 061	Mietwert der Eigentümergegaragen	/	/	/	/	/
19	0724 062	Mietwert für mietfreie Garagen/Stellplätze (Hauptwohnung)	/	/	/	/	/
20	0724 900	Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Betrieb von Privatfahrzeugen	/	/	/	/	/
21	0730, 0733	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	(70)	(63)	(46,97)	(35,22)	(11,75)
22	0730 901	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / ohne Übernachtung)	(68)	(60)	(42,25)	(31,68)	(10,57)
23	0730 902	Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne im Luftverkehr / mit Übernachtung)	/	/	/	/	/
24	0733 100	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (ohne Übernachtung)	/	/	/	/	/
25	0733 200	Fremde Verkehrsdienstleistungen im Luftverkehr (mit Übernachtung)	/	/	/	/	/
26		Private Konsumausgaben	124	110	1506,97	1165,54	341,42
27	1531 - 1539	Versicherungsbeiträge (ohne 1532 5)	(83)	(77)	(33,53)	(26,88)	(6,65)
28	154	Sonstige Übertragungen (ohne Unterhaltszahlungen Code 1543000)	(29)	(28)	(10,81)	(10,81)	(0)

1) OHNE Haushalte mit Beziehen von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Code-Nr. 0031615), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Code-Nr. 0031650) sowie Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (Code-Nr. 0031530), unter der Voraussetzung, dass diese Haushalte über KEIN Einkommen aus Erwerbstätigkeit (Code-Nr. 001), Ausgleichszahlung ALGII / Sozialgeld (Code-Nr. 0031531), Elterngeld / Erziehungsgeld (Code-Nr. 0031617) oder Eigenheimzulagen u.ä. Fördermittel (Code-Nr. 0031628) verfügen.

Haushalte mit Ausgaben für Kommunikationsdienstleistungen in den Bereichen

Internet/Onlinedienste (Code-Nr. 0830031) oder
Telefon, Fax, Telegramme (Code-Nr. 0830901)
und gleichzeitig ohne Ausgaben für
Mobilfunk/CB-Funk (Code-Nr. 0830020) und
Flatrate als Kombipaket (Code-Nr. 0830900)
in der Referenzgruppe der
Ehepaar-/ Paarhaushalte mit 1 Kind (unterste 20 %)

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008

Lfd. Nr.	Codes	Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Haushalte mit jeweiliger Wertangabe		Durchschnittliche Wertangabe	
			hochgerechnet	nachrichtlich: erfasst	der jeweiligen Haushalte mit Angabe der Code-Nr.	je Haushalt
			in 1000	Anzahl	EUR / Monat	
1		Erfasste Haushalte (Anzahl)			(64)	
2		Hochgerechnete Haushalte (in 1000)			(63)	
3	0830031	Internet/Onlinedienste (auch Flatrate)	(26)	(29)	(26,05)	(10,85)
4	0830901	Telefon, Fax, Telegramme (auch Flatrate)	(60)	(61)	(35,67)	(33,9)

Anlage

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gem. § 6 Abs. 1 NKR-G:

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (NKR-Nr.: 1486)

Der Nationale Normenkontrollrat hat den oben genannten Entwurf auf Bürokratiekosten, die durch Informationspflichten begründet werden, geprüft.

Für die Wirtschaft werden keine Informationspflichten neu eingeführt, geändert oder aufgehoben.

Für Bürgerinnen und Bürger werden fünf Informationspflichten neu eingeführt:

Auf Antrag der leistungsberechtigten Person soll die Leistung für Unterkunft und Heizung von der Behörde direkt an den Vermieter gezahlt werden (§ 22 Absatz 7 SGB II bzw. § 35 Absatz 1 SGB XII).

Ferner soll die Behörde in begründeten Einzelfällen von dem Leistungsempfänger einen Nachweis über die zweckentsprechende Verwendung des Gutscheins bzw. der Geldleistung zur Finanzierung von Bildung und Teilhabe bei Kindern und Jugendlichen verlangen können (§ 29 Absatz 1 SGB II bzw. § 34a Absatz 5 SGB XII).

Personen, die den Kinderzuschlag nach § 6a Bundeskindergeldgesetz beziehen, müssen künftig, wenn ihr Kind an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung teilnimmt, hierüber einen Nachweis erbringen (§ 6a Absatz 2 Satz 1 BKGG).

Für die Verwaltung werden zwei Informationspflichten neu eingeführt:

Die kommunale Satzung, in welcher die Angemessenheit der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung bestimmt wird, soll ortsüblich bekannt gemacht werden (§ 22b Absatz 2 SGB II).

Ferner soll die Behörde den Leistungsbezieher darüber informieren, wenn sie ihren Darlehensrückzahlungsanspruch gegenüber dem Leistungsbezieher durch Aufrechnung geltend macht (§ 42a Absatz 2 SGB II).

Die Nachweispflicht nach § 6a Bundeskindergeldgesetz dürfte nach Darstellung des Ressorts schätzungsweise in 42.000 Fällen zu erfüllen sein. Die übrigen, oben dargestellten Informationspflichten betreffen Fallgestaltungen, die vergleichsweise selten auftreten dürften. Daher ist davon auszugehen, dass diese Informationspflichten – wie vom Ressort dargestellt – nur einen marginalen zusätzlichen Aufwand verursachen dürften.

Der Nationale Normenkontrollrat hat im Rahmen seines gesetzlichen Prüfauftrags keine Bedenken gegen das Regelungsvorhaben.

Dr. Ludewig
Vorsitzender

Kreibohm
Berichterstatte

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)

Was beschreibt die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe?

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist eine wichtige amtliche Statistik über die Lebensverhältnisse privater Haushalte in Deutschland. Sie liefert u. a. statistische Informationen über die Ausstattung mit Gebrauchsgütern, die Einkommens-, Vermögens- und Schuldensituation sowie die Konsumausgaben privater Haushalte. Einbezogen werden dabei die Haushalte aller sozialen Gruppierungen, so dass die EVS ein repräsentatives Bild der Lebenssituation nahezu der Gesamtbevölkerung in Deutschland zeichnet.

Die EVS-Ergebnisse bilden eine wichtige Datengrundlage für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung, für die nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie für die Bemessung des regelsatzrelevanten Verbrauches im Rahmen der Grundsicherung. Im System der amtlichen Statistik werden die Ergebnisse der EVS über die Konsumausgaben der privaten Haushalte für die Neufestsetzung des Wägungsschemas der Verbraucherpreisstatistik verwendet und dienen als Datenbasis für die Verwendungsrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Die detaillierten Ergebnisse über die Konsumausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren werden u. a. zu ernährungswissenschaftlichen Forschungsvorhaben herangezogen und fließen in den Ernährungsbericht der Bundesregierung ein.

Wie wird die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erhoben?

Die Durchführung der EVS erfolgt in enger Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern. Die organisatorische und technische Vorbereitung liegt beim Statistischen Bundesamt, während die Anwerbung der Haushalte und deren Befragung den Landesämtern obliegt. Die Erhebungsaufbereitung und zentrale Ergebnisermittlung wiederum erfolgt durch das Statistische Bundesamt.

Rechtsgrundlage für die Erhebung ist das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 708-6, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294) in Verbindung mit Artikel 2 der Verordnung vom 26. März 1991 (BGBl. I Seite 846) und dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I Seite 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I Seite 2246). Erhoben werden Angaben zu § 2 des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte.

Die EVS wird alle fünf Jahre durchgeführt. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Teilnahme besteht nicht, das heißt alle Haushalte nehmen auf freiwilliger Basis an der EVS teil. Im fünfjährigen Turnus werden rund 60 000 private Haushalte in Deutschland im Rahmen der EVS befragt, darunter fast 13 000 Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Die EVS ist damit die größte Erhebung dieser Art innerhalb der Europäischen Union. Im früheren Bundesgebiet findet die EVS seit 1962/63 statt, in den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1993.

Die EVS ist eine Quotenstichprobe, das heißt alle Haushalte werden nach einem vorgegebenen Quotenplan ausgewählt und befragt. Die Grundgesamtheit der Haushalte wird dabei anhand bestimmter Quotierungsmerkmale in Gruppen gegliedert. Für jede Gruppe wird die Quote als die Zahl der jeweils zu befragenden Haushalte vorgegeben. In Anlehnung an den Mikrozensus erfolgt zunächst die Aufteilung der Grundgesamtheit der Haushalte auf die Bundesländer. Im zweiten Schritt wird dann je Bundesland die Haushaltsgesamtheit nach den Quotierungsmerkmalen Haushaltstyp, soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers bzw. der -bezieherin und Haushaltsnettoeinkommen gruppiert. Für jede der so gewonnenen Quotierungszellen wird die jeweils zu befragende Zahl der Haushalte ermittelt.

Hinsichtlich des Erhebungsablaufes und -designs gliedert sich die EVS in vier Erhebungsteile. In den Allgemeinen Angaben werden neben den soziodemographischen und sozioökonomischen Grunddaten der Haushalte und Einzelpersonen, die Wohnsituation sowie die Ausstattung mit Gebrauchsgütern erfasst. Diese Angaben wurden bei der EVS in einigen Bundesländern erstmals online erfasst. Der Fragebogen Geld- und Sachvermögen umfasst Angaben zum Geld- und Immobilienvermögen sowie zu Konsumentenkredit- und Hypothekenschulden der Haushalte.

Den dritten Erhebungsteil der EVS bildet das Haushaltsbuch, in dem die teilnehmenden Haushalte drei Monate lang alle ihre Einnahmen und Ausgaben registrieren. Dabei erfolgt eine zeitliche Gleichverteilung der Anschreibung, das heißt jeweils ein Viertel aller an der EVS teilnehmenden Haushalte schreibt je ein Quartal des Berichtsjahres an.

Den abschließenden Erhebungsteil stellt das Feinaufzeichnungsheft für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren dar. Jeder fünfte an der EVS beteiligte Haushalt listet dabei jeweils einen Monat lang detailliert alle Ausgaben für Speisen und Getränke nach Mengen und Preisen auf.

Wann werden die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe veröffentlicht?

Die Ergebnisse der EVS 2008 aus den Allgemeinen Angaben und dem Geld- und Sachvermögen wurden im Dezember 2008 bzw. Frühjahr 2009 veröffentlicht. Die Ergebnisse aus dem Haushaltsbuch sind seit Herbst 2010 verfügbar. Die Fachserien und Querschnittsveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes zu diesen Themen stehen als kostenloser Download im [Publikationsservice](#) zur Verfügung. Zu aktuellen Themen werden Ergebnisse in [Pressemitteilungen](#) bekannt gegeben, die auch im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes abrufbar sind.

Die Ergebnisse aus dem Feinaufzeichnungsheft zu den Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren werden im 1. Halbjahr 2011 veröffentlicht.

Wie genau ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe?

Auf Grund der großen Zahl der befragten Haushalte und der Vielzahl der bei der Aufbereitung durchgeführten Plausibilitätskontrollen weisen die aus der EVS gewonnenen Ergebnisse ein hohes Maß an Genauigkeit und Verlässlichkeit auf. Durch die per Quotenplan vorgegebene Berücksichtigung aller sozialen Gruppierungen und die Hochrechnung der ermittelten Ergebnisse am jeweils aktuellen Mikrozensus ist sichergestellt, dass repräsentative Ergebnisse für nahezu alle Haushalte gewonnen werden. Lediglich für Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten können aus der EVS keine Angaben gewonnen werden, da sie gemäß dem verwendeten Haushaltsbegriff nicht berücksichtigt werden. Ferner liefert die EVS keine Angaben für Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr, da diese in der Regel nicht in so ausreichender Zahl an der Erhebung teilnehmen, dass gesicherte Aussagen über ihre Lebensverhältnisse getroffen werden können.

Ausführlichere Informationen zur EVS können dem [Qualitätsbericht](#) entnommen werden. Der Qualitätsbericht zur EVS 2008 kann erst nach Aufbereitung und Analyse des letzten Erhebungsteils (Feinaufzeichnungsheft für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren) erstellt werden.

Weiterführende Informationen

[Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets](#)

Telefon: +49 611 75 8880

E-Mail: private-haushalte@destatis.de

[>>> Statistik von A bis Z \(weitere Definitionen\)](#)

Entscheidungen

Copyright © 2011 BVerfG

Zitierung: BVerfG, 1 BvL 1/09 vom 9.2.2010, Absatz-Nr. (1 - 220), http://www.bverfg.de/entscheidungen/ls20100209_1bvl000109.html

Frei für den nicht gewerblichen Gebrauch. Kommerzielle Nutzung nur mit Zustimmung des Gerichts.

Leitsätze

zum Urteil des Ersten Senats vom 9. Februar 2010

- 1 BvL 1/09 -

- 1 BvL 3/09 -

- 1 BvL 4/09 -

1. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.
2. Dieses Grundrecht aus Art. 1 Abs. 1 GG hat als Gewährleistungsrecht in seiner Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG neben dem absolut wirkenden Anspruch aus Art. 1 Abs. 1 GG auf Achtung der Würde jedes Einzelnen eigenständige Bedeutung. Es ist dem Grunde nach unverfügbar und muss eingelöst werden, bedarf aber der Konkretisierung und stetigen Aktualisierung durch den Gesetzgeber, der die zu erbringenden Leistungen an dem jeweiligen Entwicklungsstand des Gemeinwesens und den bestehenden Lebensbedingungen auszurichten hat. Dabei steht ihm ein Gestaltungsspielraum zu.
3. Zur Ermittlung des Anspruchsumfangs hat der Gesetzgeber alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht sowie nachvollziehbar auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren zu bemessen.
4. Der Gesetzgeber kann den typischen Bedarf zur Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums durch einen monatlichen Festbetrag decken, muss aber für einen darüber hinausgehenden unabweisbaren, laufenden, nicht nur einmaligen, besonderen Bedarf einen zusätzlichen Leistungsanspruch einräumen.

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

- 1 BvL 1/09 -

- 1 BvL 3/09 -

- 1 BvL 4/09 -

Verkündet
am 9. Februar 2010
Kehrwecker
Amtsinspektor
als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

**Im Namen des Volkes****In den Verfahren
zu der verfassungsrechtlichen Prüfung,**

- I. ob § 20 Abs. 1 bis 3 und § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) in der Fassung von Art. 1 Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 (BGBl I S. 2954, 2955) vereinbar sind mit dem Grundgesetz, insbesondere mit Art. 1 Abs. 1, Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 und Abs. 2 sowie Art. 20 Abs. 1 und Abs. 3 GG
- Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Hessischen Landessozialgerichts vom 29. Oktober 2008 - L 6 AS 336/07 -
- 1 BvL 1/09 -,

II. ob § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II in der Fassung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 (BGBl I S. 2954), in Kraft getreten zum 1. Januar 2005, insoweit mit

1. Art. 3 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 1, Art. 6 Abs. 2, Art. 20 Abs. 1 GG vereinbar ist, als die Norm für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres eine Regelleistung in Höhe von lediglich 60 % der nach § 20 Abs. 2 SGB II maßgebenden Regelleistung für Erwachsene vorsieht, ohne dass der für Kinder notwendige Bedarf ermittelt und definiert wurde,
2. Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar ist, als das Sozialgeld für Kinder von Empfängern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II abschließend und bedarfsdeckend sein soll, während Kinder von Sozialhilfeempfängern nach § 28 Abs. 1 Satz 2 SGB XII abweichende Bedarfe geltend machen können,
3. Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar ist, als § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II die Höhe der Regelleistung für alle Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres einheitlich mit 60 % festsetzt, ohne dabei weitere Altersstufen vorzusehen

- Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Bundessozialgerichts vom 27. Januar 2009 - B 14 AS 5/08 R -

- 1 BvL 3/09 -,

III. ob § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II in der Fassung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 (BGBl I S. 2954), in Kraft getreten zum 1. Januar 2005, insoweit mit

1. Art. 3 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 1, Art. 6 Abs. 2, Art. 20 Abs. 1 GG vereinbar ist, als die Norm für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres eine Regelleistung (Sozialgeld) in Höhe von lediglich 60 % der nach § 20 Abs. 2 SGB II maßgebenden Regelleistung für Erwachsene vorsieht, ohne dass der für Kinder notwendige Bedarf ermittelt und definiert wurde,
2. Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar ist, als das Sozialgeld für Kinder von Empfängern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II abschließend und bedarfsdeckend sein soll, während Kinder von Sozialhilfeempfängern nach § 28 Abs. 1 Satz 2 SGB XII abweichende Bedarfe geltend machen können,
3. Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar ist, als § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II die Höhe der Regelleistung für alle Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres einheitlich mit 60 % festsetzt, ohne dabei weitere Altersstufen vorzusehen

- Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Bundessozialgerichts vom 27. Januar 2009 - B 14/11b AS 9/07 R -

- 1 BvL 4/09 -

hat das Bundesverfassungsgericht - Erster Senat - unter Mitwirkung der Richterin und Richter

Präsident Papier,
Hohmann-Dennhardt,
Bryde,
Gaier,
Eichberger,
Schluckebier,
Kirchhof,
Masing

aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 20. Oktober 2009 durch

Urteil

für Recht erkannt:

1. § 20 Absatz 2 1. Halbsatz und Absatz 3 Satz 1, § 28 Absatz 1 Satz 3 Nr. 1 1. Alternative, jeweils in Verbindung mit § 20 Absatz 1 Sozialgesetzbuch Zweites Buch in der Fassung des Vierten Gesetzes für

moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 (Bundesgesetzblatt I Seite 2954), § 20 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 Sozialgesetzbuch Zweites Buch in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 24. März 2006 (Bundesgesetzblatt I Seite 558), § 28 Absatz 1 Satz 3 Nr. 1 1. Alternative in Verbindung mit § 74 Sozialgesetzbuch Zweites Buch in der Fassung des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 2. März 2009 (Bundesgesetzblatt I Seite 416), jeweils in Verbindung mit § 20 Absatz 1 Sozialgesetzbuch Zweites Buch in der Fassung des Gesetzes zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende vom 20. Juli 2006 (Bundesgesetzblatt I Seite 1706), sowie die Bekanntmachungen über die Höhe der Regelleistung nach § 20 Absatz 2 und § 20 Absatz 2 Satz 1 Sozialgesetzbuch Zweites Buch vom 1. September 2005 (Bundesgesetzblatt I Seite 2718), vom 20. Juli 2006 (Bundesgesetzblatt I Seite 1702), vom 18. Juni 2007 (Bundesgesetzblatt I Seite 1139), vom 26. Juni 2008 (Bundesgesetzblatt I Seite 1102) und vom 17. Juni 2009 (Bundesgesetzblatt I Seite 1342) sind mit Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Artikel 20 Absatz 1 Grundgesetz unvereinbar.

2. Bis zur Neuregelung, die der Gesetzgeber bis spätestens zum 31. Dezember 2010 zu treffen hat, sind diese Vorschriften weiter anwendbar.
3. Der Gesetzgeber hat bei der Neuregelung einen Anspruch auf Leistungen zur Sicherstellung eines unabwiesbaren, laufenden, nicht nur einmaligen, besonderen Bedarfs für die nach § 7 Sozialgesetzbuch Zweites Buch Leistungsberechtigten vorzusehen, der bisher nicht von den Leistungen nach §§ 20 folgende Sozialgesetzbuch Zweites Buch erfasst wird, zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums jedoch zwingend zu decken ist. Bis zur Neuregelung durch den Gesetzgeber wird angeordnet, dass dieser Anspruch nach Maßgabe der Urteilsgründe unmittelbar aus Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 Grundgesetz zu Lasten des Bundes geltend gemacht werden kann.

Gründe:

A.

1

Die zur gemeinsamen Entscheidung verbundenen konkreten Normenkontrollverfahren betreffen die Frage, ob die Höhe der Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts für Erwachsene und Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres im Zeitraum vom 1. Januar 2005 bis zum 30. Juni 2005 nach § 20 Abs. 1 bis 3 und nach § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) in der Fassung des Art. 1 Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 (BGBl I S. 2954) mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

I.

2

Bis zum 31. Dezember 2004 existierten für erwerbsfähige Personen zwei unterschiedliche Systeme bedürftigkeitsabhängiger Sozialleistungen zur Sicherstellung des Lebensunterhalts in Gestalt der Arbeitslosenhilfe nach den §§ 190 ff. Sozialgesetzbuch Drittes Buch - Arbeitsförderung - (SGB III) a.F. einerseits und der Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) andererseits. Durch das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 (BGBl I S. 2954; sog. „Hartz IV-Gesetz“) sind mit Wirkung ab dem 1. Januar 2005 diese beiden Systeme im neu geschaffenen Sozialgesetzbuch Zweites Buch - Grundsicherung für Arbeitsuchende - (SGB II) in Form einer einheitlichen, bedürftigkeitsabhängigen Grundsicherung für Erwerbsfähige und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen zusammengeführt worden. Ebenfalls mit Wirkung ab dem 1. Januar 2005 wurde durch das Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27. Dezember 2003 (BGBl I S. 3022) das Bundessozialhilfegesetz aufgehoben (Art. 68 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes) und das Sozialhilferecht im Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch - Sozialhilfe - SGB XII) als bedürftigkeitsabhängige Grundsicherung für solche Personen, die nicht nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch leistungsberechtigt sind, neu geregelt. Die Arbeitslosenhilfe wurde durch Art. 3 Nr. 14 und Nr. 15 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ab dem 1. Januar 2005 vollständig aus dem Leistungskatalog der Arbeitsförderung gestrichen.

3

1. Leistungsberechtigt nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch sind zunächst erwerbsfähige Hilfebedürftige im Sinne der Legaldefinition des § 7 Abs. 1 Satz 1 SGB II, das heißt nach der ursprünglichen Fassung der Vorschrift Personen, die das 15. Lebensjahr vollendet und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erwerbsfähig im Sinne von § 8 SGB II und hilfebedürftig im Sinne von § 9 SGB II sind und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben. Darüber hinaus sind nach § 7 Abs. 2 Satz 1 SGB II auch diejenigen Personen leistungsberechtigt, die mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Hierzu gehören unter anderem der nicht dauernd getrennt lebende Ehegatte als Partner des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (§ 7 Abs. 3 Nr. 3 Buchstabe a SGB II) und die dem Haushalt angehörenden minderjährigen, unverheirateten Kinder, soweit sie nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen die Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts

beschaffen können (vgl. § 7 Abs. 3 Nr. 4 SGB II a.F.).

4

Die Erwerbsfähigkeit des Hilfebedürftigen und die Zugehörigkeit zu einer Bedarfsgemeinschaft mit ihm sind die wesentlichen Abgrenzungskriterien zwischen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach Sozialgesetzbuch Zweites Buch und der Sozialhilfe nach Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch. Nach § 5 Abs. 2 Satz 1 SGB II schließt der Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach Sozialgesetzbuch Zweites Buch Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des Sozialgesetzbuchs Zwölftes Buch (§§ 27 bis 40 SGB XII) aus. Personen, die nach Sozialgesetzbuch Zweites Buch als Erwerbsfähige oder als Angehörige dem Grunde nach leistungsberechtigt sind, erhalten nach § 21 Satz 1 SGB XII keine Leistungen für den Lebensunterhalt nach Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch. Als Hauptanwendungsfall des Sozialhilferechts nach Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch verbleibt somit die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

5

2. Als Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts erhalten Alleinstehende und Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft, soweit sie das 15. Lebensjahr vollendet haben und im Sinne von § 8 Abs. 1 SGB II erwerbsfähig sind, Arbeitslosengeld II im Sinne von § 19 Satz 1 SGB II und im Übrigen, soweit sie keinen Anspruch auf Leistungen für dauerhaft voll Erwerbsgeminderte nach den §§ 41 ff. SGB XII haben, Sozialgeld im Sinne von § 28 Abs. 1 Satz 1 SGB II. Sozialgeld erhalten insbesondere Kinder vor Vollendung des 15. Lebensjahres, für die ein Anspruch nach den Regelungen der §§ 41 ff. SGB XII, die die Vollendung des 18. Lebensjahres voraussetzen, von vornherein ausscheidet.

6

a) Arbeitslosengeld II setzt sich im Wesentlichen aus der Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts im Sinne von § 20 SGB II, den Leistungen für etwaigen Mehrbedarf nach § 21 SGB II und den Leistungen für Unterkunft und Heizung gemäß § 22 SGB II zusammen. Nach § 24 SGB II können befristete Zuschläge hinzu kommen, die binnen zwei Jahren nach dem Ende des Bezugs von Arbeitslosengeld gewährt werden und in der Höhe vom Unterschied zwischen Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II abhängen. Einmalige Beihilfen sieht das Sozialgesetzbuch Zweites Buch nur noch in Ausnahmefällen vor, vor allem in Gestalt von Leistungen für die Erstausrüstung von Wohnungen einschließlich Haushaltsgeräten (§ 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 SGB II), für die Erstausrüstung mit Bekleidung sowie bei Schwangerschaft und Geburt (§ 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 SGB II) und für mehrtägige Klassenfahrten (§ 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 SGB II).

7

Umfang und Höhe der Regelleistung werden in § 20 Abs. 1 bis 3 SGB II bestimmt. In der hier maßgeblichen ursprünglichen Fassung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (SGB II a.F.) lauten diese Regelungen:

8

§ 20

9

Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts

10

(1) Die Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts umfasst insbesondere Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Bedarfe des täglichen Lebens sowie in vertretbarem Umfang auch Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben. Nicht umfasst sind die in § 5 Abs. 2 Satz 2 dieses Buches genannten Leistungen nach dem Zwölften Buch.

11

(2) Die monatliche Regelleistung beträgt für Personen, die allein stehend oder allein erziehend sind oder deren Partner minderjährig ist, in den alten Bundesländern einschließlich Berlin (Ost) 345 Euro, in den neuen Bundesländern 331 Euro.

12

(3) Haben zwei Angehörige der Bedarfsgemeinschaft das 18. Lebensjahr vollendet, beträgt die Regelleistung jeweils 90 vom Hundert der Regelleistung nach Absatz 2. Die Regelleistung für sonstige erwerbsfähige Angehörige der Bedarfsgemeinschaft beträgt 80 vom Hundert der Regelleistung nach Absatz 2.

13

(4) ...

14

Die Regelleistung von 90 % gilt dabei, wie sich aus der Zusammenschau mit § 20 Abs. 2 SGB II ergibt, für die volljährigen Partner in der Bedarfsgemeinschaft im Sinne von § 7 Abs. 3 SGB II, das heißt unter anderem für nicht

dauernd getrennt lebende Ehegatten. Sie betrug seit dem 1. Januar 2005 in den alten Ländern einschließlich Berlin (Ost) zunächst gerundet 311 Euro. Sonstige erwerbsfähige Angehörige im Sinne von § 20 Abs. 3 Satz 2 SGB II a.F. (heute § 20 Abs. 2 Satz 2 SGB II) sind minderjährige Partner und minderjährige, unverheiratete Kinder, die das 15. Lebensjahr vollendet haben. Für sie betrug die Regelleistung seit dem 1. Januar 2005 in den alten Ländern einschließlich Berlin (Ost) 276 Euro.

15

Seit dem 1. Juli 2006 gilt die Regelleistung von 345 Euro gemäß § 20 Abs. 2 Satz 1 SGB II in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 24. März 2006 (BGBl I S. 558) bundeseinheitlich. In § 20 Abs. 3 SGB II ist seitdem nur noch die Regelleistung von 90 % geregelt. Zum 1. August 2006 ist § 20 Abs. 1 SGB II, dessen Satz 2 bereits zum 1. Juli 2006 gestrichen worden war, durch das Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende vom 20. Juli 2006 (BGBl I S. 1706) um den Gesichtspunkt „Haushaltsenergie ohne die auf die Heizung entfallenden Anteile“ erweitert worden.

16

b) Das Sozialgeld umfasst nach § 28 Abs. 1 Satz 2 SGB II die Leistungen des Arbeitslosengelds II. § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II in der Fassung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt sieht sodann vor:

17

§ 28

18

Sozialgeld

19

(1) ... Hierbei gelten ergänzend folgende Maßgaben:

20

1. Die Regelleistung beträgt bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 60 vom Hundert und im 15. Lebensjahr 80 vom Hundert der nach § 20 Abs. 2 maßgebenden Regelleistung;

21

...

22

Ab dem 1. Januar 2005 erhielten damit zur Bedarfsgemeinschaft gehörende Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres in den alten Ländern einschließlich Berlin (Ost) zunächst 207 Euro, ab dem 15. Lebensjahr 276 Euro Sozialgeld pro Monat.

23

c) Der Bezug von Arbeitslosengeld II führt grundsätzlich zur Versicherungspflicht in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung (vgl. § 5 Abs. 1 Nr. 2a SGB V, § 3 Satz 1 Nr. 3a SGB VI und § 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2a SGB XI). Die Beiträge hierzu trägt der Bund (vgl. § 251 Abs. 4 SGB V, § 170 Abs. 1 Nr. 1 SGB VI und § 59 Abs. 1 Satz 1 1. Halbsatz SGB XI). Minderjährige Kinder sind nach § 10 SGB V und § 25 SGB XI familienversichert. Sofern ausnahmsweise keine Versicherungspflicht besteht, werden nach § 26 SGB II Leistungen für die zu zahlenden freiwilligen oder privaten Beiträge gewährt.

24

3. Die Anpassung und Neubemessung der Regelleistung richtet sich nach § 20 Abs. 4 SGB II. Das zuständige Bundesministerium (zur Zeit das Bundesministerium für Arbeit und Soziales) gibt jeweils spätestens zum 30. Juni eines Kalenderjahres die Höhe der Regelleistung, die für die folgenden zwölf Monate maßgebend ist, im Bundesgesetzblatt bekannt (§ 20 Abs. 4 Satz 3 SGB II).

25

a) § 20 Abs. 4 Satz 1 SGB II koppelt die Anpassung der Regelleistung an die Entwicklung des aktuellen Rentenwerts in der gesetzlichen Rentenversicherung. Dieser wird in § 68 Abs. 1 Satz 1 Sozialgesetzbuch Sechstes Buch - Gesetzliche Rentenversicherung - (SGB VI) definiert als der Betrag, der einer monatlichen Rente wegen Alters der allgemeinen Rentenversicherung entspricht, wenn für ein Kalenderjahr Beiträge aufgrund des Durchschnittsentgelts gezahlt worden sind. Er verändert sich zum 1. Juli eines jeden Jahres durch Multiplikation des bisherigen Rentenwertes mit den Faktoren für die Veränderung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (§ 68 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB VI) und des Beitragssatzes zur allgemeinen Rentenversicherung (§ 68 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 SGB VI) - allerdings für die Zeit vom 1. Juli 2005 bis zum 1. Juli 2013 des Beitragssatzes zur allgemeinen Rentenversicherung und des Altersvorsorgeanteils (§ 255e SGB VI) - und mit dem Nachhaltigkeitsfaktor (§ 68 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 SGB VI).

26

Wegen Veränderungen des aktuellen Rentenwerts wurde seit Inkrafttreten des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch

die Regelleistung nach § 20 Abs. 2 Satz 1 SGB II n.F. dreimal erhöht, und zwar zum 1. Juli 2007 auf 347 Euro (Bekanntmachung vom 18. Juni 2007, BGBl I S. 1139), zum 1. Juli 2008 auf 351 Euro (Bekanntmachung vom 26. Juni 2008, BGBl I S. 1102) und zum 1. Juli 2009 auf 359 Euro (Bekanntmachung vom 17. Juni 2009, BGBl I S. 1342). Volljährige Partner in Bedarfsgemeinschaften erhielten damit ab dem 1. Juli 2007 312 Euro, ab dem 1. Juli 2008 316 Euro und ab dem 1. Juli 2009 323 Euro, sonstige Angehörige der Bedarfsgemeinschaft ab Beginn des 15. Lebensjahres ab dem 1. Juli 2007 278 Euro, ab dem 1. Juli 2008 281 Euro und ab dem 1. Juli 2009 287 Euro. Das Sozialgeld für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres in Höhe von 60 % nach § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II stieg zum 1. Juli 2007 auf 208 Euro, zum 1. Juli 2008 auf 211 Euro und zum 1. Juli 2009 auf 215 Euro (Beträge jeweils gerundet). Zum 1. Juli 2005 und zum 1. Juli 2006 fand demgegenüber keine Erhöhung statt, weil der aktuelle Rentenwert jeweils unverändert blieb (Bekanntmachung vom 1. September 2005, BGBl I S. 2718, und vom 20. Juli 2006, BGBl I S. 1702).

27

b) Die Höhe der Regelleistung wird außerdem überprüft und weiterentwickelt, sobald die Ergebnisse einer neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vorliegen (§ 20 Abs. 4 Satz 2 SGB II i.V.m. § 28 Abs. 3 Satz 5 SGB XII). Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wird auf der Grundlage des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte (PrHaushStatG) in Fünf-Jahres-Abständen vom Statistischen Bundesamt erhoben. Zu ihrer Erhebung werden rund 60.000 private Haushalte in Deutschland befragt, deren Auswahl sich unter anderem nach Haushaltstyp, sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers und Haushaltsnettoeinkommen richtet. Bei der Erhebung vermerken die freiwillig teilnehmenden Haushalte drei Monate lang alle Einnahmen und Ausgaben in einem Haushaltsbuch. Jeder fünfte teilnehmende Haushalt führt außerdem ein Feinaufzeichnungsheft, in dem er einen Monat lang detailliert alle Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren nach Mengen und Preisen aufzeichnet. Im Zeitpunkt der Verabschiedung und im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt lagen lediglich die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 vor. Aufgrund der Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 ergaben sich später keine Erhöhungen (dazu unten III. 1.).

28

4. Eine individuelle Erhöhung der Regelleistung nach §§ 20, 28 SGB II für einzelne Hilfebedürftige ist ausgeschlossen. Dies stellen nunmehr die mit Wirkung zum 1. August 2006 eingeführten § 3 Abs. 3 Satz 1 2. Halbsatz und Satz 2 und § 23 Abs. 1 Satz 4 SGB II klar, wonach die Leistungen nach §§ 20 ff. SGB II „den Bedarf der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ decken und „eine davon abweichende Festlegung der Bedarfe“ und „weitergehende Leistungen ausgeschlossen“ sind, entsprach aber auch vor der Einfügung dieser Vorschriften der herrschenden Meinung (vgl. BSGE 97, 242 <248 Rn. 19> m.w.N.). Damit gibt es im Sozialgesetzbuch Zweites Buch keine dem § 28 Abs. 1 Satz 2 SGB XII entsprechende Regelung mehr, wie sie auch schon im Bundessozialhilfegesetz bestand, dass ein Bedarf abweichend vom Regelsatz festgelegt werden kann, wenn er im Einzelfall ganz oder teilweise anderweitig gedeckt ist oder unabweisbar seiner Höhe nach erheblich von einem durchschnittlichen Bedarf abweicht.

29

a) Das Sozialgesetzbuch Zweites Buch erlaubt - neben Regelungen für einige tatbestandlich präzierte Sondersituationen in § 23 Abs. 3 bis § 26 SGB II - lediglich in § 23 Abs. 1 SGB II die Erbringung von Zusatzleistungen in Form von Sach- und Geldleistungen als schnell zu tilgendes Darlehen. Die Vorschrift lautet in der ursprünglichen Fassung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt:

30

§ 23

31

Abweichende Erbringung von Leistungen

32

(1) Kann im Einzelfall ein von den Regelleistungen umfasster und nach den Umständen unabweisbarer Bedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts weder durch das Vermögen nach § 12 Abs. 2 Nr. 4 noch auf andere Weise gedeckt werden, erbringt die Agentur für Arbeit bei entsprechendem Nachweis den Bedarf als Sachleistung oder als Geldleistung und gewährt dem Hilfebedürftigen ein entsprechendes Darlehen. Bei Sachleistungen wird das Darlehen in Höhe des für die Agentur für Arbeit entstandenen Anschaffungswertes gewährt. Das Darlehen wird durch monatliche Aufrechnung in Höhe von bis zu 10 vom Hundert der an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und die mit ihm in Bedarfsgemeinschaft lebenden Angehörigen jeweils zu zahlenden Regelleistung getilgt.

33

(2) ...

34

b) In Literatur und Rechtsprechung wird diskutiert, ob und inwieweit als Ersatz für eine dem § 28 Abs. 1 Satz 2 2.

Alt. SGB XII entsprechende Öffnungsklausel im Sozialgesetzbuch Zweites Buch auf § 73 SGB XII zurückgegriffen werden kann, der als Vorschrift des 9. Kapitels des Sozialgesetzbuchs Zwölftes Buch nicht von dem in § 5 Abs. 2 Satz 1 SGB II und § 21 Satz 1 SGB XII angeordneten Ausschluss der Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch erfasst ist. Die Vorschrift lautet:

35

§ 73

36

Hilfe in sonstigen Lebenslagen

37

Leistungen können auch in sonstigen Lebenslagen erbracht werden, wenn sie den Einsatz öffentlicher Mittel rechtfertigen. Geldleistungen können als Beihilfe oder als Darlehen erbracht werden.

38

Nach dem Urteil des Bundessozialgerichts vom 7. November 2006 - B 7b AS 14/06 R - (BSGE 97, 242 <249 f. Rn. 21 ff.>), können in atypischen Bedarfslagen, die eine Nähe zu den in den §§ 47 bis 74 SGB XII geregelten Bedarfslagen aufweisen, zusätzliche Leistungen nach § 73 SGB XII gewährt werden. Eine solche atypische Bedarfslage hat das Bundessozialgericht hinsichtlich solcher Kosten angenommen, die einem geschiedenen Elternteil zur Wahrnehmung seines Umgangsrechtes mit seinen Kindern entstehen. Über den vom Bundessozialgericht entschiedenen Fall hinaus sind die Voraussetzungen für die Gewährung zusätzlicher Leistungen für Leistungsempfänger nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch aufgrund des § 73 SGB XII in der sozialgerichtlichen Rechtsprechung noch nicht abschließend geklärt. Das Bundessozialgericht selbst hat sowohl in der genannten Entscheidung als auch in seinen Vorlagebeschlüssen klargestellt, dass § 73 SGB XII nicht in eine allgemeine Auffangregelung für Leistungsempfänger nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch umgedeutet werden dürfe. Wann eine atypische Bedarfslage vorliegt, wird in der obergerichtlichen Rechtsprechung im Einzelfall unterschiedlich beurteilt (vgl. zum Beispiel hinsichtlich erhöhter Aufwendungen für die Anschaffung nicht verschreibungspflichtiger Medikamente Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 22. Juni 2007 - L 1 B 7/07 AS ER -, juris, Rn. 28 f., einerseits und Landessozialgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2007 - L 7 SO 4180/06 -, juris, Rn. 23, andererseits). Bei Schülerbeförderungskosten hat das Bundessozialgericht einen atypischen Bedarf verneint (Urteil vom 28. Oktober 2009 - B 14 AS 44/08 R -, gegenwärtig nur als Terminbericht vorliegend).

39

5. Neben die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts treten Leistungen zur Eingliederung in Arbeit, die ursprünglich in §§ 16 und 29 SGB II a.F. geregelt waren und mit Wirkung ab dem 1. Januar 2009 (Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vom 21. Dezember 2008 <BGBl I S. 2917>) in den §§ 16 bis 16g SGB II festgelegt sind. Erwerbsfähige Hilfebedürftige können danach beispielsweise Leistungen zur Förderung einer beruflichen Weiterbildung (§ 16 Abs. 1 Satz 1 SGB II a.F. bzw. § 16 Abs. 1 Satz 2 SGB II n.F. i.V.m. §§ 77 ff. und 417 SGB III) erhalten. Soweit es für die Eingliederung des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in das Erwerbsleben erforderlich ist, kann der Grundsicherungsträger zudem Dienst- oder Geldleistungen (vgl. § 4 SGB II) zur Betreuung minderjähriger Kinder erbringen (§ 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 SGB II a.F.; nunmehr § 16a Nr. 1 SGB II n.F.).

II.

40

Bei der Festsetzung der Regelleistung in §§ 20 und 28 SGB II hat sich der Gesetzgeber an das Sozialhilferecht angelehnt.

41

1. Auch nach dem Bundessozialhilfegesetz, das vom Ausgangspunkt her einem Individualisierungsgrundsatz folgte und in § 3 Abs. 1 Satz 1 BSHG anordnete, dass sich Art, Form und Maß der Sozialhilfe nach der Besonderheit des Einzelfalles, vor allem nach der Person des Hilfeempfängers, der Art seines Bedarfs und den örtlichen Verhältnissen zu richten hatten, wurden nach § 22 Abs. 1 Satz 1 BSHG laufende Leistungen zum Lebensunterhalt grundsätzlich „nach Regelsätzen“ gewährt, die von den Landesbehörden nach bundesgesetzlichen Vorgaben und nach einer Regelsatzverordnung des zuständigen Bundesministeriums festzusetzen waren. Neben die Leistungen nach diesen Regelsätzen traten noch einmalige Beihilfen (vgl. § 21 BSHG), zum Beispiel zur Instandsetzung von Bekleidung, Wäsche und Schuhen, zur Beschaffung von Brennstoffen für Einzelheizungen oder von besonderen Lernmitteln für Schüler, zur Instandsetzung von Hausrat, zur Instandhaltung der Wohnung, zur Beschaffung von Gebrauchsgütern von längerer Nutzungsdauer und von höherem Anschaffungswert sowie für besondere Anlässe (vgl. § 21 Abs. 1a BSHG in der seit dem 27. Juni 1993 geltenden Fassung, BGBl I S. 944).

42

a) Seit Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes am 1. Juni 1962 setzten die Landesbehörden die Regelsätze zunächst nach einem Warenkorbmodell fest. Grundlage bildete ein vom Deutschen Verein für öffentliche und private

Fürsorge konzipierter Warenkorb, der sich an den Lebens- und Verbrauchsgewohnheiten unterer Einkommensgruppen orientierte. Die Referenzgruppe bildete ausgehend von Erhebungen des Statistischen Bundesamtes über die Wirtschaftsrechnung ausgewählter privater Haushalte der sogenannte Haushaltstyp 1, das heißt Haushalte von zwei erwachsenen Personen, die Renten- oder Sozialhilfeempfänger mit geringem Einkommen waren. Die Regelsätze wurden bereits unter der Geltung des Warenkorbmodells nach dem Prinzip festgesetzt, dass ein Regelsatz für den Haushaltsvorstand, der auch für einen Alleinstehenden galt, einerseits und Regelsätze für sonstige Haushaltsangehörige durch prozentuale Abschläge vom Regelsatz des Haushaltsvorstands andererseits bestimmt wurden (vgl. § 2 Abs. 1, Abs. 3 Regelsatzverordnung i.d.F. vom 20. Juli 1962, BGBl I S. 515). Haushaltsvorstand war derjenige, der die Generalkosten des Haushalts trägt. Dieses System basierte auf der Annahme, dass Kosten der allgemeinen Haushaltsführung in jedem Haushalt in fast gleicher Höhe entstehen und deshalb ein Einpersonenhaushalt insgesamt teurer wirtschaftet als ein Mehrpersonenhaushalt (vgl. Petersen, Die Regelsätze nach dem BSHG - ihre Bedeutung, Bemessung und Festsetzung -, Frankfurt a.M. 1972, S. 30 ff., 47 ff.).

43

b) Aufgrund eines Beschlusses der Konferenz der Obersten Landessozialbehörden griff man ab dem 1. Juli 1990 für die Regelsatzbemessung zu einer anderen Methode, dem sogenannten Statistikmodell. Dieses Modell wurde mit Wirkung ab dem 1. August 1996 in § 22 Abs. 3 BSHG in der Fassung des Art. 1 des Gesetzes zur Reform des Sozialhilferechts vom 23. Juli 1996 (BGBl I S. 1088), dem der heutige § 28 Abs. 3 SGB XII im Wesentlichen entspricht, gesetzlich verankert. Die Regelsätze wurden nunmehr ausschließlich nach dem Verbrauchsverhalten unterer Einkommensgruppen, wie es vor allem mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe statistisch erfasst wird, bemessen. Als Referenzgruppe wählte man zunächst Haushalte mit einem Einkommen, das um 4 % über der Sozialhilfeschwelle lag. In einem zweiten Schritt legten die Landesbehörden fest, welche Ausgabepositionen dieser Referenzgruppe Eingang in die Leistungsbemessung finden (sogenannter regelsatzrelevanter privater Verbrauch, Statistikwarenkorb). Dies führte zum Ausschluss des Bedarfs, zu dessen Deckung die Regelsätze nicht vorgesehen waren, weil er, wie zum Beispiel einmaliger Bedarf, gesondert entgolten wurde, und des Bedarfs, welchen der Normgeber als nicht sozialhilfetypisch ansah. Sodann wurden unter Zugrundelegung der ermittelten Daten die monatlichen Aufwendungen der Referenzgruppe für den regelsatzrelevanten privaten Verbrauch zu einem Regelsatzbetrag addiert.

44

Auch unter dem Statistikmodell wurde das Haushaltsvorstandsprinzip beibehalten. Daher bildeten Einpersonenhaushalte die Referenzgruppe. Für sonstige Haushaltsangehörige entwickelte der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge im Auftrag der Konferenz der Arbeits- und Sozialminister unter Beteiligung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern der Länder, der Kommunalen Spitzenverbände und der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege ein Konzept der mittelbaren Ableitung der Regelsätze auf der Grundlage einer modifizierten Differenzrechnung. Ausgehend von den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 wurden danach zunächst drei Referenzgruppen (Alleinlebende, Ehepaare ohne Kind und Ehepaare mit einem Kind) gebildet, deren Haushaltsnettoeinkommen über der Sozialhilfeschwelle lag. Die Referenzgruppe der Ehepaare mit einem Kind unterteilte man wiederum nach dem Alter der Kinder in drei Gruppen (unter 7 Jahren; 7 bis 14 Jahre; 14 bis 18 Jahre). Die regelsatzrelevanten Aufwendungen der jeweiligen Referenzgruppen wurden sodann ermittelt und entsprechend dem Vorgehen bei Haushaltsvorständen festgelegt. Anschließend wurden die Differenzbeträge zwischen den Aufwendungen der Referenzgruppen für den regelsatzrelevanten privaten Verbrauch errechnet und dafür Ehepaare mit einem Kind in Beziehung zu Ehepaaren ohne Kind und Ehepaare ohne Kinder in Beziehung zu Alleinstehenden gesetzt. Schließlich wurden die für 1983 geltenden Regelsätze sowie die ermittelten Aufwands- und Differenzbeträge entsprechend den Preissteigerungsraten hochgerechnet (vgl. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Gutachterliche Äußerung: Neues Bedarfsbemessungssystem für die Regelsätze in der Sozialhilfe: Ableitung der Regelsätze für sonstige Haushaltsangehörige, Frankfurt a.M. 1989, S.12 ff., 30 f., 36 ff., 42 ff., 49, 53 ff., 58, 60, 68).

45

Auf der Grundlage der hochgerechneten Differenzbeträge konnte ein prozentualer Bezug zum Regelsatz für Haushaltsvorstände hergestellt werden. Dieser wurde in § 2 Abs. 3 Regelsatzverordnung in der Fassung der Zweiten Verordnung zur Änderung der Regelsatzverordnung vom 21. März 1990 (BGBl I S. 562; Regelsatzverordnung 1990) normativ umgesetzt. Die Regelsätze für sonstige Haushaltsangehörige betragen nunmehr:

46

1. bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres 50 vom Hundert, beim Zusammenleben mit einer Person, die allein für die Pflege und Erziehung des Kindes sorgt, 55 vom Hundert,

47

2. vom Beginn des 8. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 65 vom Hundert,

48

3. vom Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres 90 vom Hundert und

49

4. vom Beginn des 19. Lebensjahres an 80 vom Hundert

50

des Regelsatzes für einen Haushaltsvorstand. Diese Regelung blieb bis zum Außerkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes am 31. Dezember 2004 in Kraft.

51

2. Wesentliches Ziel der im Jahre 2002 eingeleiteten arbeitsmarktpolitischen Reformen war die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einem einheitlichen Fürsorgesystem für Erwerbsfähige. Dabei sollten das neu zu schaffende Recht der Grundsicherung für Arbeitsuchende und das reformierte Sozialhilferecht in wesentlichen inhaltlichen Punkten koordiniert werden. Am Statistikmodell sollte festgehalten werden. Ein weiteres Anliegen bestand darin, die in § 21 Abs. 1a BSHG vorgesehenen einmaligen Beihilfen, die neben den laufenden Regelsätzen zu erbringen waren, durch eine pauschale Aufstockung der Regelleistung zu ersetzen (vgl. den im März 2002 vom Deutschen Bundestag angenommenen Entschließungsantrag, BTDrucks 14/7293, S. 2 f.).

52

a) Das für das Sozialhilferecht federführende Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung entwickelte hierfür zunächst einen Berechnungsansatz, bei dem einmaliger Bedarf dadurch bei der Bemessung der Regelsätze berücksichtigt wurde, dass bestimmte durchschnittliche Verbrauchsausgaben, die bislang von einmaligen Beihilfen gedeckt worden waren, zum regelsatzrelevanten Verbrauch hinzugerechnet wurden. Die Arbeiten mündeten in einen Vor-Entwurf zur Regelsatzverordnung vom 21. Juli 2003. Aus diesem ergab sich ein Eckregelsatz von 340 Euro in den alten Ländern.

53

b) Parallel dazu erarbeitete das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit einen Referentenentwurf zum Sozialgesetzbuch Zweites Buch vom 25. Juli 2003 (im Folgenden: RefEntw-SGB II). Dieser entwickelte keine eigene Methode zur Bemessung der Regelleistung, sondern übernahm in § 20 Abs. 2 RefEntw-SGB II für Alleinstehende den am 1. Juli 2003 geltenden maximalen monatlichen Regelsatz, der im Rahmen der Sozialhilfe gezahlt wurde, das heißt für die alten Länder einschließlich Berlin (Ost) 297 Euro. § 20 Abs. 3 und § 28 Abs. 1 Satz 2 RefEntw-SGB II sahen entsprechende prozentuale Abschläge wie § 20 Abs. 3 und § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II a.F. vor. Die monatliche Regelleistung sollte nach § 23 Abs. 2 RefEntw-SGB II um eine Pauschale für einmaligen Bedarf in Höhe von 16 % der Regelleistung ergänzt werden. Nach § 28 Abs. 1 Satz 5 RefEntw-SGB II sollte die Pauschale für Empfänger von Sozialgeld bis zu Vollendung des 14. Lebensjahres 20 % und ab Beginn des 15. Lebensjahres 16 % der Regelleistung betragen. Zur Höhe dieses Pauschsatzes für einmalige Bedarfe verwies die Begründung des Referentenentwurfs zum Sozialgesetzbuch Zweites Buch auf den Vierten Existenzminimumsbericht der Bundesregierung. Darin heißt es, Sondererhebungen des Statistischen Bundesamtes aus den Jahren 1981 und 1991 bei den örtlichen Sozialhilfeträgern hätten ergeben, dass durchschnittlich Alleinstehenden 16 %, erwachsenen Haushaltsangehörigen 17 % und Kindern 20 % des jeweiligen Regelsatzes für einmaligen Bedarf gewährt worden wären (vgl. BTDrucks 14/7765, S. 2). Insgesamt ergaben sich danach rechnerisch für Alleinstehende 345 Euro, für Partner 310 Euro, für Kinder ab Beginn des 15. Lebensjahres 276 Euro und für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 214 Euro im Monat (Beträge jeweils gerundet).

54

c) Die Entwürfe wurden in einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Mitarbeitern beider Ministerien und von Mitgliedern der die damalige Bundesregierung tragenden Fraktionen beraten. Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN brachten sodann am 5. September 2003 den Entwurf eines Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in den Bundestag ein. Dieser übernahm als Regelleistung für Alleinstehende und Alleinerziehende den Betrag von 345 Euro für die alten Länder einschließlich Berlin (Ost) und führte zur Begründung aus, dieser Betrag ergebe sich aus der vom Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt erhobenen Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, die auf den Stand von 2003 hochgerechnet worden sei (vgl. BTDrucks 15/1516, S. 56 zu § 20 Abs. 2). Die Regelleistung für Partner (jeweils 90 % der Regelleistung für Alleinstehende) entspreche dem rechnerischen Durchschnitt zwischen der Regelleistung für einen Alleinstehenden und seinen Partner. Diese Regelung sei auch deshalb sinnvoll, weil Frauen in Partnerschaften in der Regel nicht als Haushaltsvorstand gelten und daher ohne Durchschnittsmittelung nur eine geringere Regelleistung von 80 % erhalten würden (vgl. BTDrucks 15/1516, S. 56 zu § 20 Abs. 3). Hinsichtlich der Regelleistung für die übrigen Angehörigen der Bedarfsgemeinschaft (80 % bzw. 60 % der Regelleistung für Alleinstehende) beschränkte sich die Begründung des Gesetzesentwurfs auf eine Verweisung auf die „neu zu erlassende Regelsatzverordnung“ (vgl. BTDrucks 15/1516, S. 56 zu § 20 Abs. 3) und die „Festlegungen zum Zwölften Buch“ (vgl. BTDrucks 15/1516, S. 59 zu § 28).

55

d) Der ebenfalls am 5. September 2003 in den Bundestag eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch hob die Neukonzeption der Regelsätze hervor, die künftig pauschal den gesamten Bedarf für den notwendigen Lebensunterhalt umfassen, also auch Leistungen für Haushaltsgeräte, Kleidung etc. enthalten sollten, die nach dem Bundessozialhilfegesetz durch einmalige Beihilfen gedeckt wurden (vgl. BTDrucks 15/1514, S. 59 zu § 29). Das Verfahren der Regelsatzbemessung umriss die Entwurfsbegründung in

groben Zügen dahingehend, dass der Inhalt des Regelsatzes durch festgelegte Prozentanteile der einzelnen Positionen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bestimmt werde, wobei als Referenzgruppe die untersten 20 % der nach ihrem Nettoeinkommen geschichteten Einpersonenhaushalte mit Ausnahme der Einpersonenhaushalte im Sozialhilfebezug heranzuziehen seien. Wegen der Einzelheiten verwies sie auf die noch zu erlassende Regelsatzverordnung (vgl. BTDrucks 15/1514, S. 52).

56

e) Ein Entwurf der Regelsatzverordnung mit ausführlicher Begründung des Bundesministeriums für Gesundheit und soziale Sicherung wurde den beteiligten Verbänden mit Schreiben vom 23. Januar 2004 übersandt und mit Schreiben vom 10. März 2004 dem Bundesrat zur Zustimmung zugeleitet (vgl. BRDrucks 206/04). Dieser Entwurf wurde nach Zustimmung des Bundesrates unverändert aufgrund von § 40 SGB XII als „Verordnung zur Durchführung des § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Regelsatzverordnung - RSV) vom 3. Juni 2004“ (BGBl I S. 1067) erlassen und trat am 1. Januar 2005 (§ 6 Regelsatzverordnung i.d.F. vom 3. Juni 2004 - Regelsatzverordnung 2005 -) in Kraft.

57

aa) Nach der Regelsatzverordnung bildet der aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe abzuleitende Eckregelsatz die Grundlage für die Regelsätze (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Regelsatzverordnung). Er setzt sich nach § 2 Abs. 2 Regelsatzverordnung aus der Summe von Verbrauchsausgaben zusammen, die sich aus Prozentanteilen einzelner Abteilungen einer vom Statistischen Bundesamt erstellten Sonderauswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ergibt (regelsatzrelevanter Verbrauch). Zugrunde zu legen sind nach § 2 Abs. 3 Regelsatzverordnung die Verbrauchsausgaben der untersten 20 % der nach ihrem Nettoeinkommen geschichteten Haushalte der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (unterstes Quintil) nach Herausnahme der Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe. Zunächst bildeten die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 die Grundlage (§ 5 Regelsatzverordnung 2005). Die Regelsätze sind gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 Regelsatzverordnung für den Haushaltsvorstand und für sonstige Haushaltsangehörige festzusetzen. Der Regelsatz für den Haushaltsvorstand, der auch für Alleinstehende gilt, beträgt 100 % des Eckregelsatzes (§ 3 Abs. 1 Satz 2, 3 Regelsatzverordnung).

58

bb) Den in § 2 Abs. 2 Regelsatzverordnung 2005 bestimmten relevanten Verbrauch für den Eckregelsatz gibt folgende Tabelle wieder. Dabei stellen Spalte 1 und 2 die Zusammensetzung des Regelsatzes gemäß § 2 Abs. 2 Regelsatzverordnung 2005 dar; Spalte 3 fasst stichwortartig zusammen, welche Verbrauchsausgaben ausweislich der Regierungsbegründung nicht berücksichtigt worden sind (vgl. BRDrucks 206/04, S. 6 bis 9):

59

Abteilung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	Regelsatz-relevanter Anteil	Herausnahme oder Absenkung von Einzelpositionen
01: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	96 %	Ausgaben für Tabakwaren werden nur zur Hälfte berücksichtigt.
03: Bekleidung und Schuhe	89 %	Nicht berücksichtigt sind Ausgaben für Maßkleidung, Pelze, Arbeitskleidung sowie die anderweitig abgedeckte Erstausrüstung. Zudem ist begrenzt auch eine Verweisung auf Gebraucht Kleidung zumutbar.
04: Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	8 %	Nicht berücksichtigt sind die gesondert abgedeckten Kosten für Unterkunft und Heizung; die Einzelposition für Strom werden weitgehend, die Ausgaben für Reparaturen in der Wohnung voll anerkannt.
05: Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	87 %	Ausgaben für Campingmöbel und Kunstgegenstände gehören nicht zum notwendigen Bedarf; Erstausrüstung wird gesondert abgedeckt.
06: Gesundheitspflege	64 %	Nicht berücksichtigt sind stationäre Gesundheitsleistungen und über die Zuzahlungen hinausgehende (zahn-)ärztliche Dienstleistungen.
07: Verkehr	37 %	Nicht berücksichtigt sind insbesondere Ausgaben für Kraftfahrzeuge und Motorräder und deren Reparatur.

08: Nachrichtenübermittlung	64 %	Postdienstleistungen werden voll berücksichtigt, Kosten für Telefon- und Faxgeräte zur Hälfte, Telefon- und Faxdienstleistungen zu 60 %, Internetkosten teilweise.
09: Freizeit, Unterhaltung und Kultur	42 %	Voll berücksichtigt werden Ausgaben für Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Ausleihgebühren, Schreibwaren und Zeichenmaterialien. Ausgaben für Spielzeug und Hobbywaren, größere langlebige Gebrauchsgüter für Freizeit, Besuch von Sport- und Freizeitveranstaltungen und sonstige Freizeit- und Kulturdienstleistungen werden zu 70 % berücksichtigt, da in diesen Positionen nicht regelsatzrelevante Ausgaben, z.B. für Sportboote und Segelflugzeuge, enthalten sind. Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für die Gartenpflege werden zu 75 % berücksichtigt, Ausgaben für Rundfunk- und Fernsehgeräte zur Hälfte, da die Beschaffung von Gebrauchsgütern zumutbar ist, und für Computer einschließlich Software zu 40 %. Nicht berücksichtigt sind Ausgaben für Foto- und Filmausrüstungen, Bild- und Tonträger und Haustiere.
10: Bildungswesen	0 %	Unberücksichtigt, weil diese Abteilung insgesamt nicht regelsatzrelevant ist (vgl. BRDrucks 206/04, S. 6).
11: Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	30 %	Berücksichtigt wird nur der Nahrungsmittelanteil.
12: Andere Waren und Dienstleistungen	65 %	Voll berücksichtigt werden Friseurleistungen, andere Dienstleistungen und Geräte für Körperpflege. An Finanz- und sonstigen Dienstleistungen werden Kontoführungsgebühren und Grabpflege, nicht aber Steuerberatungskosten und Geldstrafen berücksichtigt. Ausgaben für Schmuck und Edelmetalle werden nicht berücksichtigt.

60

Als Ergebnis weist die Begründung des Verordnungsgebers für die alten Länder einschließlich Berlin (Ost) gerundet den Betrag von 345 Euro aus. Dieser Betrag wurde dadurch ermittelt, dass der nach dem vorstehenden Verfahren aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 gewonnene Ausgangswert (630,18 DM) entsprechend der Anpassungsregelung des § 4 Regelsatzverordnung aufgrund der Veränderungen des aktuellen Rentenwerts seit dem 1. Juli 1999 fortgeschrieben wurde (vgl. BRDrucks 206/04, S. 13). Der sich daraus ergebende Betrag von 345 Euro wurde auch für die Zeit ab dem 1. Januar 2005 zugrunde gelegt, da im Zeitpunkt der Erstellung des Entwurfs der Regelsatzverordnung 2005 bereits bekannt war, dass aufgrund des Gesetzes über die Aussetzung der Anpassung der Renten zum 1. Juli 2004 (RAAG), das als Art. 2 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Sechsten Buchs Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 27. Dezember 2003 (BGBl I S. 3013) verkündet worden war, zum 1. Juli 2004 keine Erhöhung des aktuellen Rentenwertes stattfinden würde.

61

cc) Die Regelsätze für sonstige Haushaltsangehörige setzte § 3 Abs. 2 Regelsatzverordnung 2005 bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres auf 60 % und ab Vollendung des 14. Lebensjahres auf 80 % des Eckregelsatzes fest. In der Begründung hierzu heißt es (vgl. BRDrucks 206/04, S. 10 f.):

62

„Abs. 2 vereinfacht die Regelsatzstruktur für Haushaltsangehörige gegenüber § 2 Abs. 3 der Regelsatzverordnung vom 20. Juli 1962, indem die bisherigen vier Altersstufen auf zwei Altersstufen reduziert werden. Die gewählten zwei Altersklassen 'bis unter 14 Jahre' bzw. 'ab 14 Jahre' entsprechen international anerkannten wissenschaftlichen Verfahren, z.B. der modifizierten OECD-Skala. Sie entsprechen auch der gesetzlichen Festlegung für das Sozialgeld in § 28 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch. Die neuen Anteile von 60 vom Hundert bzw. 80 vom Hundert des Eckregelsatzes orientieren sich an einer wissenschaftlichen Untersuchung des Statistischen Bundesamtes (Ausgaben für Kinder in Deutschland - Berechnungen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, 12/2002, S. 1080 ff.), wonach 14jährige und ältere Kinder etwa um ein Drittel höhere Kosten als jüngere Kinder verursachen. Mit der Neuregelung wird auch der nach dem bisherigen Regelsatzsystem zu große Unterschied in den Leistungen für kleine und große Kinder sowie die nicht nachvollziehbare Absenkung der Leistungen bei Eintritt der Volljährigkeit beseitigt. Dass unterschiedliches Lebensalter und Lebenssituationen ebenso wie das Geschlecht einzelne Bedarfe besonders prägen, lässt sich bei der gebotenen typisierenden Betrachtungsweise

nicht durch allgemein geltende und praktikable Regelungen abbilden. Da die statistisch belegte Gesamtbetrachtung über die vorgenommenen Stufungen hinaus keine signifikanten Differenzierungen aufzeigten, ist auch davon auszugehen, dass sich insoweit in der Regel unterschiedliche Bedarfe im Wesentlichen wieder ausgleichen."

III.

63

1. Nachdem die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 vorlagen, nahm das Statistische Bundesamt im Auftrag des nunmehr für das Sozialgesetzbuch Zweites Buch und das Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch federführenden Bundesministeriums für Arbeit und Soziales eine erneute Sonderauswertung für das unterste Quintil vor. Den regelsatzrelevanten Verbrauch bestimmte das Bundesministerium jetzt weitgehend anders als in § 2 Abs. 2 Regelsatzverordnung 2005 festgelegt. Zum Einen arbeiteten die Haushaltsbücher bei der Erhebung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 mit mehr einzelnen Ausgabepositionen; damit fielen die Ergebnisse in ihren Abteilungen, insbesondere in den Abteilungen 03 (Bekleidung und Schuhe), Abteilung 07 (Verkehr) und 09 (Freizeit, Unterhaltung und Kultur), differenzierter aus. Zum Anderen sollte bei einzelnen Ausgabepositionen in den Abteilungen 03, 08 (Nachrichtenübermittlung) und 09 auf Abschläge, die auf Schätzungen beruhen, verzichtet werden (vgl. Ausschussdrucksache 16(11)286, S. 1, 9 f., 13 ff.). Nachdem das Bundesministerium den Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages von dem Verfahren und dem Ergebnis der Sonderauswertung unterrichtet hatte (vgl. Ausschussdrucksache 16(11)286), entwarf es auf dieser Grundlage eine Erste Verordnung zur Änderung der Regelsatzverordnung, die nach Zustimmung des Bundesrates unverändert am 20. November 2006 erlassen wurde (BGBl I S. 2657) und am 1. Januar 2007 in Kraft trat (Art. 2 der Verordnung).

64

Die Änderungsverordnung sollte - neben einer mit der Angleichung der Regelsätze in Ost und West einhergehenden Zugrundelegung der gesamtdeutschen Verbrauchsstruktur - einer „weitgehenden Auflösung von normativen Setzungen (Schätzungspositionen und Abschläge) dienen und Änderungen des Verbrauchsverhaltens berücksichtigen“ (vgl. BRDrucks 635/06, S. 4 f.). Vor allem wurde die Zusammensetzung des Eckregelsatzes geändert. Die folgende Tabelle stellt in Spalte 1 und 2 die Zusammensetzung des Eckregelsatzes nach § 2 Abs. 2 Regelsatzverordnung 2007 dar. Spalte 3 fasst stichwortartig die Veränderungen gegenüber der vorangehenden Fassung zusammen (vgl. BRDrucks 635/06, S. 6 bis 8; Ausschussdrucksache 16(11)286, S. 8 ff.):

65

Abteilung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	Regelsatz-relevanter Anteil	Herausnahme oder Absenkung von Einzelpositionen
01 und 02: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und Ähnliches	96 %	Ausgaben für Tabakwaren nur zur Hälfte berücksichtigt.
03: Bekleidung und Schuhe	100 %	Die volle Berücksichtigung beruht auf der Schwierigkeit, einen Abschlag sinnvoll zu beziffern.
04: Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	8 %	Unverändert; der Abschlag von 15 % bei Strom wird jetzt mit dem darin enthaltenen Heizungsstrom begründet.
05: Innenausstattung, Haushaltsgeräte und Haushaltsgegenstände	91 %	Unverändert; die Anhebung erfolgt wegen Veränderungen im Verbraucherverhalten und wegen des Übergangs zur gesamtdeutschen Verbrauchsstruktur (andere Ausgabenbeträge bei den regelsatzrelevanten Positionen).
06: Gesundheitspflege	71 %	Anhebung wegen Veränderungen im Verbraucherverhalten und wegen Übergangs zur gesamtdeutschen Verbrauchsstruktur (andere Ausgabenbeträge bei den regelsatzrelevanten Positionen).
07: Verkehr	26 %	Die Einzelposition „Zubehör für Fahrräder“ wird voll berücksichtigt. Wegen Änderungen im Verbraucherverhalten (Übergang vom ÖPNV zum Individualverkehr) jedoch Absenkung anderer Positionen.
08: Nachrichtenübermittlung	75 %	Die Positionen Kauf von Telefon-, Telefaxgeräten, Anrufbeantwortern etc. und Kommunikationsdienstleistungen werden voll berücksichtigt, jedoch sind Mobilfunkdienstleistungen nicht gleichzeitig neben Festnetzdienstleistungen relevant.

09: Freizeit, Unterhaltung und Kultur	55 %	Die geschätzten Abschläge bei den Positionen Rundfunk-, Fernseh- und Datenverarbeitungsgeräte, Spielwaren u.a. und sonstige Freizeit- und Kulturdienstleistungen entfallen.
10: Bildungswesen	0 %	Unberücksichtigt, weil diese Abteilung insgesamt nicht regelsatzrelevant ist.
11: Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	29 %	Absenkung wegen Veränderungen im Verbraucherverhalten und wegen Übergangs zur gesamtdeutschen Verbrauchsstruktur (andere Ausgabenbeträge bei den regelsatzrelevanten Positionen).
12: Andere Waren und Dienstleistungen	67 %	Anhebung wegen Veränderungen im Verbraucherverhalten und wegen Übergangs zur gesamtdeutschen Verbrauchsstruktur (andere Ausgabenbeträge bei den regelsatzrelevanten Positionen).

66

Die Abteilung 10 (Bildungswesen) blieb weiterhin unberücksichtigt. Die Begründung des Ordnungsgebers weist als Ergebnis der Auswertung erneut gerundet den Betrag von 345 Euro aus. Dieser ergibt sich dieses Mal unmittelbar aus der Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 (BRDrucks 635/06, S. 5; Ausschussdrucksache 16(11)286, S. 1 ff.). Eine Erhöhung der Regelsätze war nach § 28 Abs. 2 Satz 4 SGB XII in der seit dem 7. Dezember 2006 geltenden Fassung des Gesetzes zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 2. Dezember 2006 (BGBl I S. 2670) und nach § 4 Regelsatzverordnung nicht notwendig, da sich zum 1. Juli 2004, 2005 oder 2006 der aktuelle Rentenwert nicht erhöht hatte. Eine Neufestsetzung der Regelleistung nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch unterblieb ebenfalls.

67

2. In Reaktion auf die Kritik aus den Ländern an der Bemessung der Regelleistung und des Sozialgelds für Kinder (vgl. BRDrucks 33/07, 676/07, 906/07 und 329/08) erließ der Bundesgesetzgeber ergänzende Regelungen, die Mitte 2009 in Kraft getreten sind.

68

a) Durch Art. 8 des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 2. März 2009 (BGBl I S. 416) ist mit Wirkung ab dem 1. Juli 2009 (Art. 19 Abs. 3 dieses Gesetzes) § 74 SGB II eingeführt worden. Die Vorschrift lautet:

69

§ 74

70

Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und
Stabilität in Deutschland

71

Abweichend von § 28 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 beträgt die Regelleistung ab Beginn des 7. Lebensjahres bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres in der Zeit vom 1. Juli 2009 bis zum 31. Dezember 2011 70 vom Hundert der nach § 20 Absatz 2 Satz 1 maßgebenden Regelleistung.

72

Seit dem 1. Juli 2009 werden also drei Altersgruppen von Kindern gebildet. Sie erhalten in der neuen Altersgruppe ab Beginn des 7. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres eine Regelleistung von gerundet 251 Euro. In den übrigen beiden Altersgruppen bleibt es bei der bisherigen Regelung des § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II.

73

Die Begründung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zu § 74 SGB II beschränkt sich auf den Hinweis, dass Haushalte von Arbeitslosengeld-II-Beziehern, in denen 6- bis 13-jährige Kinder lebten, in einer konjunkturell kritischen Phase zusätzliches Einkommen erhielten, das für den Konsum zur Verfügung stehe, und verweist im Übrigen auf die Begründung zur entsprechenden Änderung der Regelsatzverordnung (§ 3 Abs. 2 Satz 2 Regelsatzverordnung in der seit dem 1. Juli 2009 geltenden Fassung; vgl. BTDrucks 16/11740, S. 30). Dort wird auf eine erneute Sonderauswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 verwiesen, die am Verbrauch von Paarhaushalten mit einem Kind im untersten Quintil ansetzt. Eine Befristung sei wegen der anstehenden Überprüfung der Regelsatzbemessung nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008, deren Ergebnisse erst 2010 oder 2011 vorlägen, angezeigt (vgl. BTDrucks 16/11740, S. 34 zu Art. 15).

74

Die Bundesregierung hat in ihrer schriftlichen Stellungnahme und in der mündlichen Verhandlung die

Sonderauswertung näher beschrieben. Ein für bereits 1998 entwickelter, wissenschaftlicher Verteilungsschlüssel, der haushaltsbezogene Verbrauchsausgaben auf die einzelnen Haushaltsmitglieder umlegt (vgl. Münnich/Krebs, Ausgaben für Kinder in Deutschland - Berechnungen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998, Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, 12/2002, S. 1080 <1083 ff., 1086>), sei auf die Berechnung von Kinderregelsätzen aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 übertragen worden. Man habe damit nach dem Alter des Kindes ausgehend von Familien mit einem Kind die einzelnen Ausgabepositionen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 (vgl. Ausschussdrucksache 16(11)286, S. 6 f.) in der Sonderauswertung ermittelt. Auf eine Untersuchung auch von Familien mit mehreren Kindern sei verzichtet worden, weil primär eventuell unterschiedlich hohe Ausgaben nach dem Alter von Kindern festgestellt werden sollten und für Familien mit mehreren Kindern noch Aufteilungsschlüssel zwischen den einzelnen Kindern hätten entwickelt werden müssen. Alleinerziehende seien wegen ihrer schlechteren finanziellen Situation ausgeklammert worden, um die Verbrauchsausgaben für Kinder nicht zu unterschätzen. Die Sonderauswertung habe bestätigt, dass die Höhe der Regelsätze für die bisher im Gesetz vorgegebenen beiden Altersstufen mehr als ausreichend sei. Als weiteres Resultat habe sich aber ergeben, dass Kinder von 6 bis 13 Jahren einen höheren Verbrauch aufweisen würden, als ihn die Regelsatzverordnung berücksichtigt. Ursache des ab dem 7. Lebensjahr eintretenden erhöhten Konsums dürfte vor allem der Schulbesuch sein. Daraus ergebe sich ein Verbrauch nach der Regelsatzverordnung für Kinder von 0 bis 5 Jahren in Höhe von 191,23 Euro, für Kinder von 6 bis 13 Jahren ein Umfang von 240 Euro und für Kinder von 14 bis 17 Jahren in Höhe von 257,66 Euro. Der signifikante Unterschied zwischen den Altersstufen 0 bis 5 Jahre und 6 bis 13 Jahre habe den Gesetzgeber zur Einführung einer dritten Altersstufe nach § 74 SGB II veranlasst.

75

b) Durch Art. 3 Nr. 2 des Gesetzes zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (Familienleistungsgesetz - FamLeistG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl I S. 2955) ist mit Wirkung zum 1. August 2009 ein neuer § 24a SGB II eingeführt worden. Er ist durch Art. 16 des Gesetzes zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen (Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung) vom 16. Juli 2009 (BGBl I S. 1959) mit Wirkung zum 31. Juli 2009 (vgl. Art. 19 Abs. 4 Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung) geändert worden. Er lautet nunmehr:

76

§ 24a

77

Zusätzliche Leistung für die Schule

78

Schülerinnen und Schüler, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und die eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen, erhalten eine zusätzliche Leistung für die Schule in Höhe von 100 Euro, wenn sie oder mindestens ein im Haushalt lebender Elternteil am 1. August des jeweiligen Jahres Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach diesem Buch haben. Schülerinnen und Schüler, die nicht im Haushalt ihrer Eltern oder eines Elternteils leben, erhalten unter den Voraussetzungen des § 22 Absatz 2a die Leistung, wenn sie am 1. August des jeweiligen Jahres Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach diesem Buch haben. Die Leistung wird nicht erbracht, wenn ein Anspruch der Schülerin oder des Schülers auf Ausbildungsvergütung besteht. Der zuständige Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende kann im begründeten Einzelfall einen Nachweis über eine zweckentsprechende Verwendung der Leistung verlangen.

79

In der Begründung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zu § 24a SGB II in der Fassung des Familienleistungsgesetzes heißt es (vgl. BTDrucks 16/10809, S. 16 zu Art. 3 Nr. 2):

80

„Mit der Gewährung einer jährlichen Einmalleistung in Höhe von 100 Euro kommt die Bundesregierung ihrem Anliegen zur besonderen Förderung der schulischen Bildung von Kindern und Jugendlichen aus Familien nach, die ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht vollständig aus eigenen Kräften und Mitteln bestreiten können. Anknüpfungspunkt für den Anspruch ist der jährliche Schuljahresbeginn. Deshalb muss Hilfebedürftigkeit zu diesem Zeitpunkt vorliegen. ... Die pauschale Leistung umfasst insbesondere die erforderliche Ausstattung am Schuljahresbeginn. Von dieser Leistung unberührt bleibt die Verantwortung der Länder für die schulische Bildung im Rahmen der föderalen Aufgabenwahrnehmung. Diese Leistung dient insbesondere dem Erwerb von Gegenständen zur persönlichen Ausstattung für die Schule (z. B. Schulanzen, Schulrucksack, Turnzeug, Turnbeutel, Blockflöte) und für Schreib-, Rechen- und Zeichenmaterialien (z. B. Füller einschließlich Tintenpatronen, Kugelschreiber, Bleistifte, Malstifte, Malkästen, Hefte, Blöcke, Papier, Lineale, Buchhüllen, Zirkel, Taschenrechner, Geodreieck).“

81

Die Begründung des Gesetzentwurfs enthält keine Angaben, woraus sich der Betrag von 100 Euro zusammensetzt und wie er ermittelt worden ist. In der Begründung zu der § 24a SGB II entsprechenden Vorschrift im Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (§ 28a SGB XII) wird lediglich ausgeführt, dieser Betrag sei im Hinblick auf das bildungspolitische Ziel der Bundesregierung sozialpolitisch angemessen (vgl. BTDrucks 16/10809, S. 16 zu Art. 4 Nr. 3).

IV.

82

1. a) Die Kläger des Ausgangsverfahrens 1 BvL 1/09 bilden eine dreiköpfige Familie, bestehend aus dem im Jahre 1962 geborenen Kläger zu 1), seiner 1963 geborenen Ehefrau, der Klägerin zu 2), und der gemeinsamen 1994 geborenen Tochter, der Klägerin zu 3). Sie beziehen seit dem 1. Januar 2005 Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Für den streitgegenständlichen Zeitraum vom 1. Januar 2005 bis zum 30. Juni 2005 bewilligte ihnen die Beklagte des Ausgangsverfahrens monatliche Leistungen in Höhe von insgesamt 825 Euro. Die Bewilligung enthielt Leistungen für Unterkunft und Heizung in Höhe von insgesamt 150 Euro, eine Regelleistung für den Kläger zu 1) und die Klägerin zu 2) in Höhe von jeweils 311 Euro und eine Regelleistung in Höhe von 53 Euro für die Klägerin zu 3), die sich ausgehend von der gesetzlichen Regelleistung in Höhe von 207 Euro ergab, weil Kindergeld in Höhe von 154 Euro monatlich angerechnet wurde.

83

b) Nach erfolglosem Widerspruchsverfahren machten die Kläger vor dem Sozialgericht die Gewährung höherer Leistungen mit der Begründung geltend, die gesetzliche Regelleistung reiche zur Sicherung ihres Existenzminimums nicht aus. Das Sozialgericht wies die Klage unter anderem mit dem Hinweis auf das Urteil des Bundessozialgerichts vom 23. November 2006 (B 11b AS 1/06 R, BSGE 97, 265 <275 ff. Rn. 46 ff. >) ab, demzufolge die Regelleistung für Alleinstehende mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

84

Das Hessische Landessozialgericht hat nach Einholung von Sachverständigengutachten zur Frage der Ermittlung, Höhe und Bedarfsgerechtigkeit der Regelleistung das Berufungsverfahren ausgesetzt und dem Bundesverfassungsgericht die Frage zur Entscheidung vorgelegt,

85

ob § 20 Abs. 1 bis 3 und § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch - Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II), in der Fassung von Artikel 1 Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 (BGBl I S. 2954, 2955), vereinbar sind mit dem Grundgesetz (GG) - insbesondere mit Art. 1 Abs. 1 GG, Art. 3 Abs. 1 GG, Art. 6 Abs. 1 und Abs. 2 GG sowie Art. 20 Abs. 1 und 3 GG (Rechts- und Sozialstaatsprinzip).

86

Zur Begründung hat es ausgeführt, die Beklagte habe die bewilligten Leistungen nach § 20 Abs. 2 und Abs. 3 und nach § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II in Verbindung mit § 11 Abs. 1 Satz 3 SGB II zutreffend berechnet. Höhere Leistungen stünden den Klägern weder nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (§§ 21, 23 und 24 SGB II) noch nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch, insbesondere nach § 73 SGB XII, zu; eine extensive verfassungskonforme Auslegung dieser Vorschriften scheide aus. Die mithin entscheidungserheblichen Vorschriften der § 20 Abs. 1 bis 3 und § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II halte der Senat für unvereinbar mit dem Grundgesetz.

87

Hinsichtlich der Klägerin zu 3) habe der Gesetzgeber in § 20 Abs. 1 bis 3 SGB II in Verbindung mit § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II seinen aus dem staatlichen Wächteramt - Art. 6 Abs. 2 Satz 2 GG - und aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG folgenden Auftrag verletzt, ihren existenzminimalen Bedarf zu ermitteln und zu gewährleisten. Die vom Gesetzgeber im Rückgriff auf das Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch und die Regelsatzverordnung übernommene Begründung für das in § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II bei Kindern im Alter von 0 bis 14 Jahren auf 60 % der Regelleistung gemäß § 20 Abs. 2 SGB II, das heißt auf 207 Euro, festgesetzte Sozialgeld sei nicht tragfähig. Die zur Begründung angeführte OECD-Skala diene nicht der Ermittlung existenznotwendigen Bedarfs. Auch die Studie des Statistischen Bundesamtes stütze die Kinderregelsätze nicht, zumal dort nicht zwei, sondern vier Altersgruppen von 0 bis 5, 6 bis 12 und 13 bis 18 Jahren und älter gebildet würden. Die Studie betone Besonderheiten von Haushalten geringen Einkommens mit Kindern; diese seien aber gar nicht berücksichtigt worden. Die fehlende Berücksichtigung des Betreuungs- und Erziehungsbedarfs, welcher nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 10. November 1998 (2 BvR 1057/91, BVerfGE 99, 216, 231 ff.) zum Existenzminimum gehöre, führe ebenfalls zu einer Unterschreitung des Existenzminimums. Es sei mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts unvereinbar, den im Steuerrecht mit 2.160 Euro bezifferten Betrag für das Sozialhilferecht nicht zu übernehmen. Der zusätzliche Betrag für Schulkinder in Höhe von 100 Euro pro Schuljahr nach § 24a SGB II behebe die Unterdeckung nicht.

88

Darüber hinaus sehe der Senat bei Kindern im Alter der Klägerin zu 3) Verstöße gegen den Gleichheitssatz - Art. 3 Abs. 1 GG - in zwei Richtungen: Zum Einen weil das ihnen gewährte Sozialgeld trotz evidenter Unterschiede im Bedarf zu dem von Neugeborenen und Kleinkindern identische Höhe aufweise, zum Anderen weil gleichaltrige Kinder, deren Eltern Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch bezögen, trotz gleichen Bedarfs ohne stichhaltige Begründung besser gestellt würden. So unterscheide sich der Bedarf von Kindern im Alter der Klägerin zu 3) erheblich vom Bedarf von Neugeborenen. Die Studie des Statistischen Bundesamtes zeige die Notwendigkeit einer Differenzierung nach Altersgruppen auf. Kinder, deren Eltern Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch bezögen, würden regional höhere Regelsätze erhalten und von der Öffnungsklausel des § 28 Abs. 1 Satz 2 SGB XII profitieren.

89

Ferner sei der Senat der Auffassung, das besondere Diskriminierungsverbot gegenüber Ehe und Familie - Art. 3 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 GG - werde dadurch verletzt, dass bei der Bemessung der Regelleistung nicht das unterste Fünftel der nach ihrem Nettoeinkommen geschichteten Haushalte, sondern die Gruppe der Einpersonenhaushalte als Referenzgruppe herangezogen worden sei, deren Einkommens- und Verbrauchsdaten erheblich unter dem Niveau von Familienhaushalten lägen. Da dieser Effekt durch Vorteile gemeinsamen Wirtschaftens nicht ausgeglichen werde, würden Familienhaushalte bei der Regelleistungsbemessung benachteiligt.

90

Diese Unterschreitung des existenzminimalen Bedarfs der Klägerin zu 3) sowie die Verletzung des Diskriminierungsverbots verletze zugleich das „Existenzminimum der Familie“ aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 und Art. 6 Abs. 1 GG und somit auch das soziokulturelle Existenzminimum der Kläger zu 1) und 2) durch § 20 Abs. 2 und 3 SGB II.

91

Schließlich verletzen die gesetzlichen Regelungen auch die Verfassungsmaßstäbe der Systemgerechtigkeit, Normenklarheit, Folgerichtigkeit sowie des Willkürverbots aus Art. 3 Abs. 1 GG und Art. 20 Abs. 3 GG. Schon bei der Auswahl der Referenzgruppe habe der Gesetzgeber gegen das Rechtsstaatsprinzip verstoßen, vor allem weil er entgegen seinen eigenen Vorgaben die Haushalte im Bezug von Sozialhilfe nicht konsequent separiert und die „Dunkelziffer“ derjenigen Personen nicht berücksichtigt habe, die Sozialhilfeleistungen nicht in Anspruch nähmen, obwohl sie einen Anspruch hierauf hätten. Zudem trenne die Verordnung in nicht nachvollziehbarer Weise die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in regelsatzrelevante und nicht regelsatzrelevante Teile. Im Hinblick auf die in § 16 und § 27 Abs. 2 SGB XII und § 1 Abs. 1 Satz 4 Nr. 4 SGB II normierte Familien- und Kindergerechtigkeit sei insbesondere die Herausnahme des Bildungswesens (Abteilung 10) nicht folgerichtig. Mit dem Rechtsstaatsprinzip sei es nicht vereinbar, dass Regelleistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch von den Kinderexistenzminima in anderen Rechtsgebieten, zum Beispiel im Unterhaltsrecht, abweichen. Zudem sei die Anpassung der Regelleistung nach der Veränderung des Rentenwerts nach § 20 Abs. 4 SGB II nicht sachgerecht. Ferner widerspreche es dem Rechtsstaatsprinzip, das Existenzminimum im Sozialgesetzbuch Zweites Buch zu beziffern, seine Definition und Ermittlung aber dem Ordnungsgeber zu überlassen. Schließlich sei die Regelleistung des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch bereits vor dem Entwurf der Regelsatzverordnung festgelegt worden, so dass noch nicht einmal der Anschein eines ordnungsgemäßen Verfahrens gewahrt worden sei.

92

2. a) Im Ausgangsverfahren 1 BvL 3/09 klagen ausschließlich die in den Jahren 1991 und 1993 geborenen Kinder der Hilfebedürftigen. Im Streit stehen Leistungen für Januar 2005 und Februar 2005 einschließlich der Kosten für Unterkunft und Heizung.

93

Der aus den Klägern und ihren Eltern bestehenden Bedarfsgemeinschaft bewilligte die beklagte Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Regelleistungen und Leistungen für Unterkunft und Heizung für Januar 2005 in Höhe von insgesamt 842,59 Euro und für Februar 2005 in Höhe von insgesamt 824,89 Euro. Davon entfielen auf die Kläger jeweils 102,56 Euro für Januar 2005 und jeweils 100,41 Euro für Februar 2005. Bei der Berechnung der Leistungen legte die ARGE eine Regelleistung von jeweils 207 Euro für die Kläger und Kosten der Unterkunft in Höhe von insgesamt 588,02 Euro zugrunde und berücksichtigte als leistungsminderndes Einkommen sowohl das für die Kläger gezahlte Kindergeld als auch Erwerbseinkommen der Eltern. Im Ergebnis handelte es sich bei den zugunsten der Kläger bewilligten Leistungen nach § 9 Abs. 2 Satz 3 SGB II und § 19 Satz 2 SGB II a.F. ausschließlich um Leistungen für Unterkunft und Heizung, da das zu berücksichtigende Einkommen den Festbetrag der Regelleistung überstieg.

94

b) Die Kläger machten im Widerspruchsverfahren und im Rechtsstreit vor dem Sozialgericht und dem Landessozialgericht erfolglos die Gewährung höherer Leistungen geltend. Das Bundessozialgericht hat das Revisionsverfahren ausgesetzt und dem Bundesverfassungsgericht folgende Fragen zur Entscheidung vorgelegt:

95

Ist § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II in der Fassung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 (BGBl I S. 2954), in Kraft getreten zum 1. Januar 2005, insoweit mit

96

1. Art. 3 Abs. 1 GG iVm Art. 1, 6 Abs. 2, 20 Abs. 1 GG vereinbar, als die Norm für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres eine Regelleistung in Höhe von lediglich 60 % der nach § 20 Abs. 2 SGB II maßgebenden Regelleistung für Erwachsene vorsieht, ohne dass der für Kinder notwendige Bedarf ermittelt und definiert wurde,

97

2. Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar, als das Sozialgeld für Kinder von Empfängern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II abschließend und bedarfsdeckend sein soll, während Kinder von Sozialhilfeempfängern nach § 28 Abs. 1 Satz 2 SGB XII abweichende Bedarfe geltend machen können,

98

3. Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar, als § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB II die Höhe der Regelleistung für alle Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres einheitlich mit 60 % festsetzt, ohne dabei weitere Altersstufen vorzusehen?

99

Das Bundessozialgericht hält die Verfassungsmäßigkeit der vorgelegten Vorschrift für entscheidungserheblich. Da das Landessozialgericht zu den angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung und den Nebeneinkünften der Eltern der Kläger keine Feststellungen getroffen habe, müsste der Rechtsstreit zwar insoweit an das Landessozialgericht zurückverwiesen werden. Der Senat halte es aus Gründen der Prozessökonomie aber für erforderlich, den Rechtsstreit zunächst nach Art. 100 Abs. 1 GG auszusetzen, weil die Entscheidung der verfassungsrechtlichen Frage zur abschließenden Beurteilung des Falles nach erfolgter Tatsachenaufklärung durch das Landessozialgericht unerlässlich sei, weil den Klägern selbst bei fehlerhafter Berechnung beider Positionen höhere Regelleistungen zustehen könnten.

100

Verfassungsrechtlich bleibt das Bundessozialgericht allerdings weiterhin bei seiner ständigen Rechtsprechung, der Gesetzgeber habe seinen Gestaltungsspielraum eingehalten, als er die Regelleistung für Alleinstehende nach § 20 Abs. 2 SGB II auf 345 Euro festgesetzt habe. Es sei unmöglich, das aus Art. 1 in Verbindung mit Art. 20 GG abgeleitete Recht auf Gewährung des Existenzminimums exakt zu beziffern. Die Regelleistung müsse in einer Gesamtschau mit den übrigen Leistungen, insbesondere den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit nach den §§ 14 ff. SGB II bemessen werden. Bedenken gegen die Methode zur Ermittlung der Regelleistung griffen nicht durch, da es keinen Rechtsanspruch auf ein bestimmtes Verfahren oder auf ein bestimmtes Ergebnis gebe. Weil immer ein Wertungsspielraum bleibe, könne nicht geprüft werden, ob der Gesetzgeber „richtig“ gerechnet habe.

101

Anders als bei der Ermittlung der Regelleistung für Alleinstehende habe der Gesetzgeber jedoch die von ihm selbst statuierte Sachgesetzlichkeit bei der Festsetzung des kinderspezifischen Bedarfs ohne hinreichenden Grund verlassen und sogar ganz auf eine realitätsbezogene Bedarfsermittlung bei Kindern verzichtet. Darin sehe der Senat eine Verletzung von Art. 3 Abs. 1 GG. Nach dem Grundsatz der Folgerichtigkeit hätte es einer eingehenden Begründung und einer realitätsbezogenen Erfassung des Mindestbedarfs von Kindern bedurft. Die Begründung für die Abschläge von 20 % und 40 % von der Regelleistung für Alleinstehende sei im Lichte des Art. 3 Abs. 1 GG nicht ausreichend. Die dafür herangezogene OECD-Skala zielen gar nicht auf eine Bestimmung des Existenzminimums für Kinder. Die genannte Studie des Statistischen Bundesamtes weise ausdrücklich darauf hin, dass die erhobenen Daten nicht mit den Lebenshaltungskosten von Kindern gleichgesetzt werden könnten. Mithin bleibe unklar, wie sich der Betrag von 207 Euro für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres zusammensetze. Insbesondere sei nicht zu erkennen, ob der Gesetzgeber, der die Abteilung 10 (Bildungswesen) der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe schon bei der Bemessung der Regelleistung für Alleinstehende nicht berücksichtigt habe, überhaupt Bildungsausgaben für Kinder und Jugendliche einberechnet habe. Der Gesetzgeber habe weder zu erkennen gegeben, welchen Gestaltungsspielraum er auszufüllen gedenke, noch habe er ihn überhaupt wahrgenommen. Durch die Neuregelungen zum 1. August 2009 (§ 24a SGB II) und zum 1. Juli 2009 (§ 74 SGB II) werde die Ungleichbehandlung zu Beginn des Jahres 2005 nicht geheilt, sondern eher unterstrichen.

102

Es bestehe kein Sachgrund, Kindern von Sozialhilfeempfängern nach § 28 Abs. 1 Satz 2 SGB XII Leistungen für abweichenden Bedarf zuzugestehen, Kindern von Leistungsempfängern nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch aber solche Leistungen zu versagen. Anders als bei erwachsenen Alleinstehenden scheide der Gesichtspunkt der Erwerbsfähigkeit als Rechtfertigung einer Ungleichbehandlung aus.

103

Schließlich verstoße die Festsetzung einer einheitlichen Regelleistung für alle Kinder bis zur Vollendung des 14.

Lebensjahres gegen den Gleichheitssatz. Warum der Gesetzgeber nicht auf die Altersstufen der von ihm selbst angeführten Studie des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen habe, sei nicht nachvollziehbar. Es fehle jegliche Begründung dafür, warum von der bisherigen Differenzierung in § 2 Abs. 3 der Regelsatzverordnung zum Bundessozialhilfegesetz abgewichen und für Kinder ab Vollendung des 7. Lebensjahres eine Kürzung vorgenommen worden sei, obwohl Schulkinder einen höheren Bedarf aufwiesen als Kinder im Vorschulalter, den der Gesetzgeber selbst nunmehr in § 24a SGB II anerkenne. Ob der in § 24a SGB II vorgesehene Einmalbetrag von 100 Euro hierfür ausreiche, könne mangels jeglicher Begründung nicht beurteilt werden.

104

Die von den Klägern gewünschte höhere Regelleistung und die ergänzende Deckung von Bedarf könne nicht im Wege einer verfassungskonformen Auslegung des einfachen Rechts erzielt werden.

105

3. a) Kläger des Ausgangsverfahrens 1 BvL 4/09 sind allein die in den Jahren 1997 und 2000 geborenen Kinder. Für den streitgegenständlichen Zeitraum vom 1. Januar 2005 bis zum 30. April 2005 erhielt die aus den Klägern und ihren Eltern bestehende Bedarfsgemeinschaft insgesamt 716,88 Euro monatlich. Davon entfielen jeweils 104,60 Euro monatlich auf die Kläger. Bei der Berechnung der Leistungen berücksichtigte die im Ausgangsverfahren beklagte ARGE bei den Klägern das gezahlte Kindergeld und das Erwerbseinkommen des Vaters. Den Klägern wurden letztlich nach § 9 Abs. 2 Satz 3 SGB II und § 19 Satz 2 SGB II a.F. ausschließlich Leistungen für Unterkunft und Heizung bewilligt, da das zu berücksichtigende Einkommen die Regelleistung überstieg.

106

b) Ihre nach erfolglosem Widerspruch erhobene Klage auf Gewährung höherer Leistungen blieb vor dem Sozialgericht und dem Landessozialgericht ohne Erfolg. Das Bundessozialgericht hat das Revisionsverfahren nach Art. 100 Abs. 1 GG ausgesetzt und dem Bundesverfassungsgericht die gleiche Frage wie im Vorlageverfahren 1 BvL 3/09 zur Entscheidung vorgelegt. Die Ausführungen des Bundessozialgerichts zur Entscheidungserheblichkeit der Rechtsfrage und zur Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit der maßgeblichen Vorschrift stimmen mit der Begründung der Vorlage 1 BvL 3/09 überein.

V.

107

Zu den Vorlagebeschlüssen haben das Bundesministerium für Arbeit und Soziales namens der Bundesregierung, die Kläger der Ausgangsverfahren 1 BvL 1/09 und 1 BvL 3/09, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Niedersächsische Staatskanzlei, das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, der Diakonie Bundesverband, der Deutsche Sozialgerichtstag, der Sozialverband VdK, der Deutsche Caritasverband und der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge Stellung genommen.

108

1. a) Die Bundesregierung hält die Vorlagen für unzulässig. Das Bundessozialgericht habe die Unerlässlichkeit der Vorlage nicht dargelegt, da es selbst von einer anderen prozessualen Möglichkeit ausgehe, zu höheren Leistungen zu gelangen, nämlich durch Zurückverweisung der Verfahren an das Berufungsgericht und weitere Sachaufklärung. Gründe prozessualer Zweckmäßigkeit könnten eine Vorlage nicht rechtfertigen. In allen Vorlagebeschlüssen würden die verfassungsrechtlichen Maßstäbe nicht deutlich. Die vorlegenden Gerichte hätten sich nicht hinreichend mit anderen Leistungsansprüchen und Hilfsangeboten auseinander gesetzt.

109

b) In jedem Fall seien die Vorlagen unbegründet.

110

aa) Aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip folge die verfassungsrechtliche Pflicht zur Gewährleistung des Existenzminimums, welches sich nicht auf das „nackte Überleben“ beschränken dürfe, sondern auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen müsse. Die Entwicklung des Leistungskonzeptes sei dabei Aufgabe des Gesetzgebers, dem weite Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt seien. Von Verfassungs wegen geboten sei zwar eine dem Leistungskonzept adäquate, realitätsgerechte Bedarfsbemessung, der Gesetzgeber unterliege jedoch keiner Begründungspflicht. Bei der Bestimmung des Existenzminimums sei der Gesetzgeber an Art. 3 Abs. 1 GG in seiner Ausprägung als Gebot der System- und Sachgerechtigkeit gebunden. Schließlich treffe den Gesetzgeber entsprechend dem Gedanken eines „lernenden Systems“ eine Beobachtungs- und Nachbesserungspflicht.

111

bb) Diesen Anforderungen genügten sowohl die Regelleistung nach § 20 Abs. 1 bis 3 SGB II als auch das Sozialgeld nach § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II. Das Leistungskonzept des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch sei in Übereinstimmung mit Art. 1 Abs. 1 GG auf Eigenverantwortung durch Einsatz der Erwerbsfähigkeit orientiert mit dem Ziel, dem Hilfebedürftigen schnell zur Sicherung seiner eigenen Existenz zu verhelfen. Ein Pauschbetrag fördere die Eigenverantwortung bei der Verwendung der Sozialleistung. Das für die Bemessung eingesetzte Statistikmodell bilde

eine vertretbare Methode zur Ermittlung des Existenzminimums. Die Fortschreibung der Regelleistung nach der Preisentwicklung sei nicht verfassungsrechtlich geboten. Vertretbar sei die in § 20 Abs. 2 und 3 SGB II vorgesehene Staffelung der Regelleistung, die typisierend und wertend eine Kostenersparnis bei gemeinsamer Haushaltsführung berücksichtige. Bei der Bedarfsermittlung für das Kinderexistenzminimum nach § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II werde das Statistikmodell mit der Alltagserfahrung verbunden, dass ein gemeinsamer Haushalt die individuellen Aufwendungen reduziere. Zudem habe sich die 60 %-Grenze als angemessener Mittelwert zwischen Verwaltungsvereinfachung und der Vermeidung früherer, fragwürdiger Abgrenzungen erwiesen.

112

Die Konkretisierung des Kinderexistenzminimums halte sich im Rahmen des Art. 3 Abs. 1 GG, denn der Gesetzgeber sei aufgrund der damals verfügbaren Daten, bewährter plausibler Annahmen und wertender Abschläge zu einer vertretbaren Konkretisierung gelangt. Ein Modell zur Ermittlung des spezifischen Kinderbedarfs aus den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sei erst nach Erlass des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch entstanden. Unterschiede zwischen den Regelungen des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch und des Sozialgesetzbuchs Zwölftes Buch, insbesondere das Fehlen einer § 28 Abs. 1 Satz 2 SGB XII entsprechenden Öffnungsklausel im SGB II, seien mit Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar. Die Öffnungsklausel des § 28 Abs. 1 Satz 2 SGB XII werde praktisch nur in wenigen Ausnahmefällen benötigt. Die Unterschiede rechtfertigten sich durch das auf Eigenverantwortung aufbauende Leistungskonzept des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch und die nach Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG zu berücksichtigende Elternverantwortung, weil erwerbsfähige Eltern von Kindern gehalten seien, die Bedarfsdeckung durch Arbeit zu sichern.

113

Der Gesetzgeber sei durch die Anpassung nach § 20 Abs. 4 SGB II und durch die Neuregelungen der §§ 24a und 74 SGB II seiner verfassungsrechtlichen Beobachtungs- und Nachbesserungspflicht nachgekommen. Die Anpassung an den aktuellen Rentenwert zeichne die Wohlfahrtsentwicklung der Gesellschaft nach. Wenn die Preise für den notwendigen Bedarf stärker stiegen als die Renten, träfe den Gesetzgeber zudem eine Pflicht zur Anpassung der Regelleistung unmittelbar aus der Verfassung.

114

2. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Kläger der Ausgangsverfahren 1 BvL 1/09 und 1 BvL 3/09 halten § 20 Abs. 1 bis 3 SGB II und § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II für verfassungswidrig. Es fehle an einer realitätsnahen Ermittlung der Regelleistung von 345 Euro. Es sei versäumt worden, die „verdeckt Armen“ aus der Referenzgruppe herauszurechnen. Die Bestimmung des Verbrauchs durch Abschläge sei nicht nachvollziehbar; einem regional unterschiedlichen Bedarf im Bereich Verkehr sei nicht Rechnung getragen worden. Außerdem bedürfe es einer Öffnungsklausel für atypischen Bedarf. Die unteren 20 % der Einpersonenhaushalte bildeten eine zur Bestimmung eines bedarfsgerechten Regelsatzes für Kinder und Familien ungeeignete Referenzgruppe. Familientypischer und kinderspezifischer Bedarf bleibe unberücksichtigt. Es sei zu bezweifeln, ob die Neuregelungen der §§ 24a und 74 SGB II auf einer sachgerechten Ermittlung beruhen würden. Die Hochrechnung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 nach dem aktuellen Rentenwert trage der Preisentwicklung und anderen Veränderungen nicht Rechnung. Die Kläger der Ausgangsverfahren 1 BvL 1/09 und 1 BvL 3/09 erheben darüber hinaus Einwände gegen die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, gegen ihre Heranziehung für die Bemessung der Leistungen und gegen den Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens.

115

3. Die Niedersächsische Staatskanzlei, das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, der Diakonie Bundesverband, der Deutsche Sozialgerichtstag und der Sozialverband VdK schließen sich der Auffassung der vorlegenden Gerichte zur Verfassungswidrigkeit des Sozialgelds nach § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II an. Die Leistung für Kinder sei nicht nachvollziehbar und folgerichtig ermittelt worden. Ihre Ableitung von der Regelleistung eines Alleinstehenden berücksichtige den entwicklungsbedingten Bedarf für Kinder und Jugendliche nicht, zumal die Abteilung 10 der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (Bildungswesen) und der Bedarf von Kindern für die Mittagsverpflegung in Ganztagschulen und in Tageseinrichtungen nicht erfasst worden seien. Für besonderen Bedarf müsse eine § 28 Abs. 1 Satz 2 SGB XII entsprechende Öffnungsklausel eingeführt werden. Der Deutsche Sozialgerichtstag weist hinsichtlich der mangelnden Differenzierung innerhalb der Gruppe der Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres darauf hin, dass der Gesetzgeber bei anderen bedarfsabhängigen Leistungen (Unterhaltsrecht, Unterhaltsvorschuss und Pflegegeld nach dem Sozialgesetzbuch Achtes Buch) stets einen altersbedingt unterschiedlichen Bedarf von Kindern und Jugendlichen annehme und in drei Altersgruppen differenziere. Der Diakonie Bundesverband trägt vor, es fehle an einer Abgrenzung des Sozialgelds zu den unterschiedlichen Leistungen der Länder und Kommunen für Schule und Freizeit. Wenn der Bundesgesetzgeber im Rahmen seiner konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz nur einen Teil des Bedarfs hätte decken und den Rest den Ländern und Kommunen überlassen wollen, wäre im Sozialgesetzbuch Zweites Buch eine nachvollziehbare Abgrenzung zwischen den unterschiedlichen Bedarfsarten notwendig gewesen.

116

4. Der Deutsche Caritasverband enthält sich einer verfassungsrechtlichen Bewertung, schließt sich jedoch der Kritik am Verfahren der Bemessung der Regelleistung an. Er bemängelt vor allem, dass die Referenzgruppe nicht um verdeckt arme Menschen bereinigt worden sei und dass wegen der Anpassung des Regelsatzes nach der

Rentenentwicklung Preissteigerungen nur unzureichend berücksichtigt würden. Dem Verordnungsgeber sei in Abteilung 07 (Verkehr) der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der Fehler unterlaufen, Aufwendungen für Kraftfahrzeuge nicht zu berücksichtigen, obwohl ein angemessenes Kraftfahrzeug im Sozialgesetzbuch Zweites Buch zum geschützten Vermögen gehöre und viele Haushalte ein Kraftfahrzeug neben öffentlichen Verkehrsmitteln nutzten mit der Folge, dass ihre Ausgaben im öffentlichen Personennahverkehr geringer ausfielen. Eigene Berechnungen des Deutschen Caritasverbandes ohne solche Mängel würden darauf hindeuten, dass das Sozialgeld für Kinder zu niedrig sei; es hätte im Herbst 2008 beispielsweise für Kinder im Alter von 6 bis 13 Jahren 265 Euro statt 211 Euro betragen müssen.

117

5. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge weist darauf hin, dass die Bemessung einer fürsorgerechtlichen Leistung zur Sicherung des Lebensunterhalts so eng mit politischen Anschauungen und Wertungen verbunden sei, dass sich aus der Verfassung selbst kaum ein bestimmter Bezifferungsmaßstab ergeben könne. Er ist der Auffassung, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sei eine geeignete Basis für die Bemessung sozialstaatlicher Mindestleistungen. Das Statistikmodell der Regelsatzverordnung 2005 greife auf das Verbrauchsverhalten der untersten Einkommensgruppe ohne Sozialhilfeempfänger zurück. Durch den Ausschluss von Hilfeempfängern aus dieser Gruppe sei eine taugliche Grundlage für die Regelsatzbemessung vorhanden. Bei der Weiterentwicklung des Statistikmodells sei darauf zu achten, dass Bedarf nicht unterschätzt und ein sachgerechter Fortschreibungsfaktor gefunden werde.

VI.

118

In der mündlichen Verhandlung vom 20. Oktober 2009 hat die Bundesregierung ihren Vortrag vertieft. Das Bundesverfassungsgericht hat darüber hinaus die Kläger der Ausgangsverfahren, den Senat der Freien Hansestadt Bremen, den Deutschen Caritasverband, den Deutschen Gewerkschaftsbund, den Diakonie Bundesverband, den Deutschen Sozialgerichtstag, den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge und das Statistische Bundesamt gehört.

B.

119

Die Vorlagen sind zulässig.

I.

120

1. a) Im Ausgangsverfahren des Hessischen Landessozialgerichts kommt es im Sinne von Art. 100 Abs. 1 Satz 1 GG auf die Gültigkeit von § 20 Abs. 2 1. Halbsatz und Abs. 3 Satz 1 sowie auf § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 1. Alt. SGB II a.F. jeweils in Verbindung mit § 20 Abs. 1 SGB II a.F. an, denn von diesen Vorschriften und ihrer Verfassungsmäßigkeit hängt die Entscheidung des vorlegenden Gerichts ab.

121

aa) § 20 Abs. 3 Satz 1 und § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 1. Alt. SGB II a.F. bestimmen die Höhe der Regelleistung im Streitgegenständlichen Zeitraum. Dem Begehren der Kläger des Ausgangsverfahrens auf Gewährung einer höheren Regelleistung kann nicht entsprochen werden, wenn die Vorschriften mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Der Entscheidungserheblichkeit steht dabei nicht entgegen, dass das Bundesverfassungsgericht bei einer Unvereinbarerklärung die weitere Anwendung des bisherigen Rechts anordnen kann (vgl. BVerfGE 117, 1 <28> m.w.N.).

122

bb) Entscheidungserheblich ist auch die Verfassungsmäßigkeit des § 20 Abs. 2 1. Halbsatz SGB II a.F., denn die Regelleistung von 345 Euro in den alten Ländern bildet die Basis der den Klägern des Ausgangsverfahrens gewährten Regelleistung. Genügt der Betrag von 345 Euro verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht, sind auch die für die Kläger des Ausgangsverfahrens geltenden gesetzlichen Leistungen mit dem Grundgesetz unvereinbar, da sie als prozentuale Anteile von dieser Regelleistung abgeleitet werden.

123

cc) Zu den Regelungen über die Höhe der Regelleistung zählt ferner § 20 Abs. 1 SGB II a.F., weil er den Bedarf definiert, der von ihr gedeckt werden soll. Auch von dieser Bestimmung des Bedarfs hängt die Höhe der Regelleistung ab. Sie ist zudem Grundlage für die Prüfung, ob die Beträge des § 20 Abs. 2 1. Halbsatz und Abs. 3 Satz 1 SGB II a.F. und des § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 1. Alt. SGB II a.F. hinreichend bedarfsdeckend sind.

124

b) aa) Demgegenüber kommt es in dem Ausgangsverfahren nicht auf die Gültigkeit der damals in den neuen Ländern geltenden Regelleistung von 331 Euro (§ 20 Abs. 2 2. Halbsatz SGB II a.F.) und des für Kinder ab Beginn

des 15. Lebensjahres (§ 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 2. Alt. SGB II a.F.) und für sonstige erwerbsfähige Angehörige geltenden Betrages in Höhe von 80 % der Regelleistung (§ 20 Abs. 3 Satz 2 SGB II a.F.) an. Aus der Vorlage des Hessischen Landessozialgerichts ergibt sich, dass diese Regelungen nicht Gegenstand der Normenkontrolle sein sollen. Sie bezieht sich insoweit allein auf § 20 Abs. 2 1. Halbsatz und Abs. 3 Satz 1 SGB II a.F. sowie auf § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 1. Alt. SGB II a.F., jeweils in Verbindung mit § 20 Abs. 1 SGB II a.F.

125

bb) Die Vorlagefrage ist ferner dahingehend einzuschränken, dass nur die Höhe der Regelleistung, das Verfahren ihrer Bemessung und ihre Gestaltung als Festbetrag verfassungsrechtlich zu prüfen sind. Demgegenüber ist nicht zu klären, ob Art. 3 Abs. 1 GG verletzt wird, weil Sozialhilfeempfänger von § 28 Abs. 1 Satz 2 2. Alt. SGB XII besser gestellt werden als Leistungsempfänger nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch. Im Verfahren nach Art. 100 Abs. 1 GG können nur solche Rechtsfragen vorgelegt werden, denen im Ausgangsverfahren rechtliche Bedeutung zukommt (vgl. BVerfGE 117, 272 <291>). Wird die Verfassungswidrigkeit einer Vorschrift mit einem Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG begründet, liegt Entscheidungserheblichkeit nur vor, wenn gerade der Kläger des Ausgangsverfahrens von der gerügten Diskriminierung betroffen wird (vgl. BVerfGE 66, 100 <105 ff.>; 67, 239 <244>). Es ist weder ersichtlich noch vorgetragen, dass die Kläger des Ausgangsverfahrens höhere Leistungen erhalten hätten, wenn sie Ansprüche auf Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch gehabt hätten.

126

2. Das Hessische Landessozialgericht hat nach § 80 Abs. 2 Satz 1 BVerfGG hinreichend dargelegt, inwiefern seine Entscheidung von der Gültigkeit der genannten Vorschriften abhängig ist und mit welcher übergeordneten Rechtsnorm sie unvereinbar sind. Es hat unter Auswertung von Rechtsprechung und Literatur ausgeführt, dass im Ausgangsverfahren keine höheren Leistungen nach den §§ 21, 23, 24 SGB II und § 73 SGB XII in Betracht kommen und es deshalb allein auf die Verfassungsmäßigkeit der Regelleistung ankommt. Darüber hinaus hat es seine Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit der vorgelegten Normen darlegt (vgl. dazu BVerfGE 78, 165 <171 f.>), indem es sich im Einzelnen mit ihrer Entstehungsgeschichte, mit der einschlägigen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts und des Bundesverfassungsgerichts sowie mit der Literatur dazu auseinandergesetzt (vgl. zu diesen Anforderungen BVerfGE 86, 71 <77 f.>; 89, 329 <337>) und seine eigene Auffassung ausführlich begründet hat. Schließlich hat es die Möglichkeit einer vorrangigen verfassungskonformen Auslegung (vgl. BVerfGE 85, 329 <333>; 88, 187 <194>) geprüft und vertretbar verneint.

II.

127

Die Vorlagen des Bundessozialgerichts genügen den Vorgaben von Art. 100 Abs. 1 Satz 1 GG und § 80 Abs. 2 Satz 1 BVerfGG, wobei die Vorlagefragen ebenfalls entsprechend den obigen Ausführungen einzuschränken sind.

128

Die Verfassungsmäßigkeit des § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 1. Alt. SGB II a.F. über das Sozialgeld für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres, auf die sich die Vorlagen beschränken, ist im Verfahren des Bundessozialgerichts entscheidungserheblich.

129

Dem steht nicht entgegen, dass einzelne Elemente des anzurechnenden Elterneinkommens und der Kosten für Unterkunft und Heizung zur Berechnung des Sozialgelds der Kläger noch nicht geklärt sind und das Bundessozialgericht deshalb den Rechtsstreit in jedem Fall zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts und zur endgültigen Entscheidung an das Berufungsgericht zurückverweisen möchte. Für die Beurteilung der Entscheidungserheblichkeit ist zwar grundsätzlich der Tenor der Entscheidung in der jeweiligen Instanz maßgeblich (vgl. BVerfGE 16, 286 <293>; 18, 257 <263>; 24, 119 <133 f.>; 104, 74 <82>) und eine Vorlage nur zulässig, wenn sämtliche erforderlichen Beweiserhebungen durchgeführt sind (vgl. BVerfGE 11, 330 <334 f.>; 50, 108 <113>). Ausnahmsweise kann eine Vorlage auch zulässig sein, wenn zwar nicht sämtliche für die Entscheidung wesentlichen Tatsachen festgestellt sind, sie sich aber unabhängig vom Ausgang der Beweisaufnahme ohnehin nicht vermeiden lässt, d.h. sich die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit einer entscheidungserheblichen Norm in jedem Fall stellt (vgl. BVerfGE 47, 146 <167>).

130

Nach diesen Grundsätzen kommt es für die Entscheidung des Bundessozialgerichts auf die Gültigkeit des § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 1. Alt. SGB II a.F. an, denn der dort festgesetzte Betrag bildet stets die Basis der letztlich zu bewilligenden Leistungen. Trotz des Einkommens in der Bedarfsgemeinschaft, das leistungsmindernd zu berücksichtigen ist, bildet der gesetzlich fixierte Betrag der Regelleistung eine vorgegebene Rechengröße auf der Bedarfsseite. Verändert sie sich, führt dies in Bedarfsgemeinschaften wegen der sich damit verändernden Bedarfsanteile der einzelnen Mitglieder und der Regelung des § 9 Abs. 2 Satz 3 SGB II notwendig dazu, dass die Leistungsansprüche aller ihrer Mitglieder neu berechnet werden müssen. Nach dem Standpunkt des Bundessozialgerichts steht bereits im Revisionsverfahren unabhängig von den nachzuholenden Feststellungen zum Einkommen der Eltern und den Kosten für Unterkunft und Heizung fest, dass sich eine Vorlage an das

Bundesverfassungsgericht nicht vermeiden lässt.

131

2. Die Begründung des Bundessozialgerichts genügt den Anforderungen des § 80 Abs. 2 Satz 1 BVerfGG, weil es in gleicher Weise wie das Hessische Landessozialgericht die Entscheidungserheblichkeit der Vorlagefrage dargelegt und seine Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit der vorgelegten Vorschrift substantiiert begründet hat.

C.

132

§ 20 Abs. 2 1. Halbsatz, Abs. 3 Satz 1 SGB II a.F. und § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 1. Alt. SGB II a.F., jeweils in Verbindung mit § 20 Abs. 1 SGB II a.F., sind mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG unvereinbar.

I.

133

1. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ergibt sich aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG (vgl. BVerfGE 40, 121 <133>; 45, 187 <228>; 82, 60 <85>; 113, 88 <108 f.>; Urteil vom 30. Juni 2009 - 2 BvE 2/08 u.a. -, juris, Rn. 259). Art. 1 Abs. 1 GG begründet diesen Anspruch. Das Sozialstaatsgebot des Art. 20 Abs. 1 GG wiederum erteilt dem Gesetzgeber den Auftrag, jedem ein menschenwürdiges Existenzminimum zu sichern, wobei dem Gesetzgeber ein Gestaltungsspielraum bei den unausweichlichen Wertungen zukommt, die mit der Bestimmung der Höhe des Existenzminimums verbunden sind (vgl. BVerfGE 35, 202 <236>; 45, 376 <387>; 100, 271 <284>). Dieses Grundrecht aus Art. 1 Abs. 1 GG hat als Gewährleistungsrecht in seiner Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG neben dem absolut wirkenden Anspruch aus Art. 1 Abs. 1 GG auf Achtung der Würde jedes Einzelnen eigenständige Bedeutung. Es ist dem Grunde nach unverfügbar und muss eingelöst werden, bedarf aber der Konkretisierung und stetigen Aktualisierung durch den Gesetzgeber, der die zu erbringenden Leistungen an dem jeweiligen Entwicklungsstand des Gemeinwesens und den bestehenden Lebensbedingungen auszurichten hat. Dabei steht ihm ein Gestaltungsspielraum zu.

134

a) Art. 1 Abs. 1 GG erklärt die Würde des Menschen für unantastbar und verpflichtet alle staatliche Gewalt, sie zu achten und zu schützen (vgl. BVerfGE 1, 97 <104>; 115, 118 <152>). Als Grundrecht ist die Norm nicht nur Abwehrrecht gegen Eingriffe des Staates. Der Staat muss die Menschenwürde auch positiv schützen (vgl. BVerfGE 107, 275 <284>; 109, 279 <310>). Wenn einem Menschen die zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins notwendigen materiellen Mittel fehlen, weil er sie weder aus seiner Erwerbstätigkeit, noch aus eigenem Vermögen noch durch Zuwendungen Dritter erhalten kann, ist der Staat im Rahmen seines Auftrages zum Schutz der Menschenwürde und in Ausfüllung seines sozialstaatlichen Gestaltungsauftrages verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die materiellen Voraussetzungen dafür dem Hilfebedürftigen zur Verfügung stehen. Dieser objektiven Verpflichtung aus Art. 1 Abs. 1 GG korrespondiert ein Leistungsanspruch des Grundrechtsträgers, da das Grundrecht die Würde jedes individuellen Menschen schützt (vgl. BVerfGE 87, 209 <228>) und sie in solchen Notlagen nur durch materielle Unterstützung gesichert werden kann.

135

b) Der unmittelbar verfassungsrechtliche Leistungsanspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums erstreckt sich nur auf diejenigen Mittel, die zur Aufrechterhaltung eines menschenwürdigen Daseins unbedingt erforderlich sind. Er gewährleistet das gesamte Existenzminimum durch eine einheitliche grundrechtliche Garantie, die sowohl die physische Existenz des Menschen, also Nahrung, Kleidung, Hausrat, Unterkunft, Heizung, Hygiene und Gesundheit (vgl. BVerfGE 120, 125 <155 f.>), als auch die Sicherung der Möglichkeit zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen und zu einem Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben umfasst, denn der Mensch als Person existiert notwendig in sozialen Bezügen (vgl. BVerfGE 80, 367 <374>; 109, 279 <319>; auch BVerwGE 87, 212 <214>).

136

c) Die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums muss durch einen gesetzlichen Anspruch gesichert sein. Dies verlangt bereits unmittelbar der Schutzgehalt des Art. 1 Abs. 1 GG. Ein Hilfebedürftiger darf nicht auf freiwillige Leistungen des Staates oder Dritter verwiesen werden, deren Erbringung nicht durch ein subjektives Recht des Hilfebedürftigen gewährleistet ist. Die verfassungsrechtliche Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums muss durch ein Parlagamentsgesetz erfolgen, das einen konkreten Leistungsanspruch des Bürgers gegenüber dem zuständigen Leistungsträger enthält. Dies findet auch in weiteren verfassungsrechtlichen Grundsätzen seine Stütze. Schon aus dem Rechtsstaats- und Demokratieprinzip ergibt sich die Pflicht des Gesetzgebers, die für die Grundrechtsverwirklichung maßgeblichen Regelungen selbst zu treffen (vgl. BVerfGE 108, 282 <311> m.w.N.). Dies gilt in besonderem Maße, wenn und soweit es um die Sicherung der Menschenwürde und der menschlichen Existenz geht (vgl. BVerfGE 33, 303 <337>; 40, 237 <249>). Zudem kann sich der von Verfassungs wegen bestehende Gestaltungsspielraum des Parlaments nur im Rahmen eines Gesetzes

entfalten und konkretisieren (vgl. BVerfGE 59, 231 <263>). Schließlich ist die Begründung von Geldleistungsansprüchen auch mit erheblichen finanziellen Auswirkungen für die öffentlichen Haushalte verbunden. Derartige Entscheidungen sind aber dem Gesetzgeber vorbehalten. Dafür reicht das Haushaltsgesetz nicht aus, weil der Bürger aus ihm keine unmittelbaren Ansprüche herleiten kann (vgl. BVerfGE 38, 121 <126>).

137

Der gesetzliche Leistungsanspruch muss so ausgestaltet sein, dass er stets den gesamten existenznotwendigen Bedarf jedes individuellen Grundrechtsträgers deckt (vgl. BVerfGE 87, 153 <172>; 91, 93 <112>; 99, 246 <261>; 120, 125 <155 und 166>). Wenn der Gesetzgeber seiner verfassungsmäßigen Pflicht zur Bestimmung des Existenzminimums nicht hinreichend nachkommt, ist das einfache Recht im Umfang seiner defizitären Gestaltung verfassungswidrig.

138

d) Der Leistungsanspruch aus Art. 1 Abs. 1 GG ist dem Grunde nach von der Verfassung vorgegeben (vgl. BVerfGE 107, 275 <284>). Der Umfang dieses Anspruchs kann im Hinblick auf die Arten des Bedarfs und die dafür erforderlichen Mittel jedoch nicht unmittelbar aus der Verfassung abgeleitet werden (vgl. BVerfGE 91, 93 <111 f.>). Er hängt von den gesellschaftlichen Anschauungen über das für ein menschenwürdiges Dasein Erforderliche, der konkreten Lebenssituation des Hilfebedürftigen sowie den jeweiligen wirtschaftlichen und technischen Gegebenheiten ab und ist danach vom Gesetzgeber konkret zu bestimmen (vgl. BVerfGE 115, 118 <153>). Das Sozialstaatsgebot des Art. 20 Abs. 1 GG hält den Gesetzgeber an, die soziale Wirklichkeit zeit- und realitätsgerecht im Hinblick auf die Gewährleistung des menschenwürdigen Existenzminimums zu erfassen, die sich etwa in einer technisierten Informationsgesellschaft anders als früher darstellt. Die hierbei erforderlichen Wertungen kommen dem parlamentarischen Gesetzgeber zu. Ihm obliegt es, den Leistungsanspruch in Tatbestand und Rechtsfolge zu konkretisieren. Ob er das Existenzminimum durch Geld-, Sach- oder Dienstleistungen sichert, bleibt grundsätzlich ihm überlassen. Ihm kommt zudem Gestaltungsspielraum bei der Bestimmung des Umfangs der Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums zu. Dieser umfasst die Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse ebenso wie die wertende Einschätzung des notwendigen Bedarfs und ist zudem von unterschiedlicher Weite: Er ist enger, soweit der Gesetzgeber das zur Sicherung der physischen Existenz eines Menschen Notwendige konkretisiert, und weiter, wo es um Art und Umfang der Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben geht.

139

e) Zur Konkretisierung des Anspruchs hat der Gesetzgeber alle existenznotwendigen Aufwendungen folgerichtig in einem transparenten und sachgerechten Verfahren nach dem tatsächlichen Bedarf, also realitätsgerecht, zu bemessen (vgl. BVerfGE 66, 214 <223>; 68, 143 <153>; 82, 60 <88>; 99, 246 <260>; 112, 268 <280>; 120, 125 <155>). Hierzu hat er zunächst die Bedarfsarten sowie die dafür aufzuwendenden Kosten zu ermitteln und auf dieser Basis die Höhe des Gesamtbedarfs zu bestimmen. Das Grundgesetz schreibt ihm dafür keine bestimmte Methode vor (ebenso bei grundrechtlichen Schutzpflichten vgl. BVerfGE 46, 160 <164>; 96, 56 <64>; 115, 118 <160>); er darf sie vielmehr im Rahmen der Tauglichkeit und Sachgerechtigkeit selbst auswählen. Abweichungen von der gewählten Methode bedürfen allerdings der sachlichen Rechtfertigung.

140

f) Das dergestalt gefundene Ergebnis ist zudem fortwährend zu überprüfen und weiter zu entwickeln, weil der elementare Lebensbedarf eines Menschen grundsätzlich nur in dem Augenblick befriedigt werden kann, in dem er besteht (vgl. BVerfGE 5, 237 <241>). Der Gesetzgeber hat daher Vorkehrungen zu treffen, auf Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel Preissteigerungen oder Erhöhungen von Verbrauchsteuern, zeitnah zu reagieren, um zu jeder Zeit die Erfüllung des aktuellen Bedarfs sicherzustellen, insbesondere wenn er wie in § 20 Abs. 2 SGB II einen Festbetrag vorsieht.

141

2. a) Dem Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers bei der Bemessung des Existenzminimums entspricht eine zurückhaltende Kontrolle der einfachgesetzlichen Regelung durch das Bundesverfassungsgericht. Da das Grundgesetz selbst keine exakte Bezifferung des Anspruchs erlaubt, beschränkt sich - bezogen auf das Ergebnis - die materielle Kontrolle darauf, ob die Leistungen evident unzureichend sind (vgl. BVerfGE 82, 60 <91 f.>).

142

b) Innerhalb der materiellen Bandbreite, welche diese Evidenzkontrolle belässt, kann das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums keine quantifizierbaren Vorgaben liefern. Es erfordert aber eine Kontrolle der Grundlagen und der Methode der Leistungsbemessung daraufhin, ob sie dem Ziel des Grundrechts gerecht werden. Der Grundrechtsschutz erstreckt sich auch deshalb auf das Verfahren zur Ermittlung des Existenzminimums, weil eine Ergebniskontrolle am Maßstab dieses Grundrechts nur begrenzt möglich ist. Um eine der Bedeutung des Grundrechts angemessene Nachvollziehbarkeit des Umfangs der gesetzlichen Hilfeleistungen sowie deren gerichtliche Kontrolle zu gewährleisten, müssen die Festsetzungen der Leistungen auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und schlüssiger Berechnungsverfahren tragfähig zu rechtfertigen sein.

143

c) Das Bundesverfassungsgericht prüft deshalb, ob der Gesetzgeber das Ziel, ein menschenwürdiges Dasein zu

sichern, in einer Art. 1 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG gerecht werdenden Weise erfasst und umschrieben hat, ob er im Rahmen seines Gestaltungsspielraums ein zur Bemessung des Existenzminimums im Grundsatz taugliches Berechnungsverfahren gewählt hat, ob er die erforderlichen Tatsachen im Wesentlichen vollständig und zutreffend ermittelt und schließlich, ob er sich in allen Berechnungsschritten mit einem nachvollziehbaren Zahlenwerk innerhalb dieses gewählten Verfahrens und dessen Strukturprinzipien im Rahmen des Vertretbaren bewegt hat.

144

d) Zur Ermöglichung dieser verfassungsgerichtlichen Kontrolle besteht für den Gesetzgeber die Obliegenheit, die zur Bestimmung des Existenzminimums im Gesetzgebungsverfahren eingesetzten Methoden und Berechnungsschritte nachvollziehbar offenzulegen. Kommt er ihr nicht hinreichend nach, steht die Ermittlung des Existenzminimums bereits wegen dieser Mängel nicht mehr mit Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG in Einklang.

145

3. Andere Grundrechte, wie zum Beispiel Art. 3 Abs. 1 GG oder Art. 6 Abs. 1 GG, vermögen für die Bemessung des Existenzminimums im Sozialrecht keine weiteren Maßstäbe zu setzen. Entscheidend ist von Verfassungs wegen allein, dass für jede individuelle hilfebedürftige Person das Existenzminimum nach Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG ausreichend erfasst wird; eines Rückgriffs auf weitere Grundrechte bedarf es hier nicht.

II.

146

Nach diesen Grundsätzen genügen die vorgelegten Vorschriften den Vorgaben von Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG nicht. Der Gesetzgeber hat zwar durch die Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch das Ziel, ein menschenwürdiges Existenzminimum zu gewährleisten, dem Grunde nach zutreffend definiert (1.). Es lässt sich nicht feststellen, dass der Gesamtbetrag der in § 20 Abs. 2 1. Halbsatz und Abs. 3 Satz 1 SGB II a.F. sowie in § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 1. Alt. SGB II a.F. festgesetzten Leistungen zur Sicherstellung eines menschenwürdigen Existenzminimums evident unzureichend ist (2.). Der Gesetzgeber hat für die Basisregelleistung nach § 20 Abs. 2 1. Halbsatz SGB II a.F. auch grundsätzlich ein taugliches Berechnungsverfahren zur Bemessung des Existenzminimums gefunden (3.). Bei der Bemessung der Regelleistung von 345 Euro hat er dieses jedoch in verschiedenen Hinsichten verlassen, ohne es durch andere erkennbare oder tragfähige Kriterien zu ersetzen (4.). Dies führt auch zur Verfassungswidrigkeit der abgeleiteten Leistungen nach § 20 Abs. 3 Satz 1 SGB II a.F. (5.) und nach § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 1. Alt. SGB II a.F.; letztere leidet zudem an einem völligen Ermittlungsausfall im Hinblick auf den kinderspezifischen Bedarf (6.).

147

1. Mit den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts als Bestandteil der im Sozialgesetzbuch Zweites Buch geregelten Grundsicherung für Arbeitsuchende hat der Gesetzgeber entsprechend den materiellen Vorgaben des Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG ein subsidiäres System sozialer Sicherung des Existenzminimums geschaffen, das nach seiner Zielrichtung sämtlichen Bedarfslagen, die zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins gedeckt werden müssen, Rechnung tragen soll.

148

a) Die Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts dient nach der Definition in § 20 Abs. 1 Satz 1 SGB II a.F. beziehungsweise in § 20 Abs. 1 SGB II n.F. sowohl dazu, die physische Seite des Existenzminimums sicherzustellen, als auch dazu, dessen soziale Seite abzudecken, denn die Regelleistung umfasst in vertretbarem Umfang auch die Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben. Anderen von der verfassungsrechtlichen Garantie des Existenzminimums umfassten Bedarfslagen wird im Sozialgesetzbuch Zweites Buch durch weitere Ansprüche und Leistungen neben der Regelleistung Rechnung getragen. Die Absicherung gegen die Risiken von Krankheit und Pflegebedürftigkeit wird durch die Einbeziehung von Arbeitslosengeld II- und Sozialgeldempfängern in die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung nach § 5 Abs. 1 Nr. 2a und § 10 SGB V, § 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2a und § 25 SGB XI und die Leistungen zur freiwilligen bzw. privaten Kranken- und Pflegeversicherung nach § 26 SGB II gewährleistet. Besonderer Mehrbedarf wird zum Teil nach § 21 SGB II gedeckt. § 22 Abs. 1 SGB II stellt die Übernahme angemessener Kosten für Unterkunft und Heizung nach dem individuellen Bedarf sicher.

149

b) § 20 Abs. 1 Satz 1 SGB II a.F., auf den § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II a.F. mit der Verweisung in § 28 Abs. 1 Satz 2 SGB II a.F. auf § 19 Satz 1 Nr. 1 SGB II a.F. („Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts“) Bezug nimmt, umfasst grundsätzlich auch alle existentiellen Bedarfslagen von Kindern. Das Fehlen einer § 27 Abs. 2 SGB XII entsprechenden Regelung, wonach der notwendige Lebensunterhalt bei Kindern und Jugendlichen auch den besonderen, insbesondere den durch ihre Entwicklung und ihr Heranwachsen entstehenden Bedarf umfasst, bedeutet nicht, dass kinderspezifische existentielle Bedarfslagen im Sozialgesetzbuch Zweites Buch nicht berücksichtigt werden sollten. Vielmehr lässt sich auch kinderspezifischer Bedarf im Allgemeinen unter die Aufzählung in § 20 Abs. 1 Satz 1 SGB II a.F., insbesondere unter den Teilaspekt der „Bedarfe des täglichen Lebens“, subsumieren.

150

c) Es ist verfassungsrechtlich grundsätzlich nicht zu beanstanden, dass das Sozialgesetzbuch Zweites Buch dazu übergegangen ist, einmaligen Bedarf, der nur in unregelmäßigen Abständen, etwa zur Anschaffung von Winterkleidung, entsteht, durch Anhebung der monatlichen Regelleistungen in der Erwartung zu decken, dass der Hilfebedürftige diesen erhöhten Anteil für den unregelmäßig auftretenden Bedarf zurückhält. Eine verfassungswidrige Unterdeckung einmaligen Bedarfs hat der Gesetzgeber mit § 23 Abs. 1 SGB II zu vermeiden versucht. Danach können Hilfebedürftige ein Darlehen erhalten, wenn ein unvermutet auftretender und unabweisbarer einmaliger Bedarf durch angesparte Mittel nicht gedeckt werden kann. Das Darlehen wird zwar in den nachfolgenden Monaten dadurch getilgt, dass der Grundsicherungsträger 10 % von der Regelleistung einbehält. In Anbetracht der Ansparkonzeption des Gesetzgebers ist diese vorübergehende monatliche Kürzung der Regelleistung jedoch im Grundsatz nicht zu beanstanden.

151

2. Die in den Ausgangsverfahren geltenden Regelleistungen von gerundet 345, 311 und 207 Euro können zur Sicherstellung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht als evident unzureichend erkannt werden.

152

a) Für den Betrag der Regelleistung von 345 Euro nach § 20 Abs. 2 1. Halbsatz SGB II a.F. kann eine evidente Unterschreitung nicht festgestellt werden, weil die Regelleistung zur Sicherung der physischen Seite des Existenzminimums zumindest ausreicht und der Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers bei der sozialen Seite des Existenzminimums weiter ist. So kommt beispielsweise eine Untersuchung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge zu dem Ergebnis, dass die Beträge des § 2 Abs. 2 Regelsatzverordnung für „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ sowie für „Beherbergungsdienstleistungen, Gaststättenbesuche“ die Ernährung eines Alleinstehenden mit Vollkost decken können (vgl. seine Empfehlungen zur Gewährung von Krankenkostzulagen in der Sozialhilfe, 3. Aufl., sub III 2 <Stand 1. Oktober 2008>). Der Ausschluss einer evidenten Unterschreitung findet eine gewisse Bestätigung darin, dass der Betrag der Regelleistung von 345 Euro sich an die Regelsätze des Bundessozialhilfegesetzes anlehnt, die jahrzehntelang von der Verwaltungsgerichtsbarkeit unbeanstandet geblieben sind. Auch die Erhöhung der monatlichen Leistungen zur Deckung einmaligen Bedarfs knüpft an die tatsächlichen Verhältnisse an, die sich unter der Geltung des Bundessozialhilfegesetzes entwickelt hatten. Nach dem Vierten Existenzminimumsbericht der Bundesregierung vom 30. November 2001 waren für einmalige Beihilfen für Alleinstehende durchschnittlich 16 % ihres Regelsatzes anzusetzen (vgl. BTDrucks 14/7765, S. 2); beim Höchstbetrag des damaligen Regelsatzes ergab das gerundet 48 Euro. Dieser Ansatz und das dergestalt ermittelte Ergebnis können nicht als evident fehlerhaft bewertet werden.

153

Der Umstand, dass der Gesetzgeber in anderen Rechtsbereichen, zum Beispiel bei den Einkommensgrenzen im Prozesskostenhilferecht oder bei den Pfändungsfreigrenzen, andere Beträge festgesetzt hat, begründet keine durchgreifenden Zweifel an der Bedarfsgerechtigkeit der Summe von 345 Euro. Der Gesetzgeber kann in anderen Bereichen unterschiedliche Wertungen nach der jeweiligen ratio legis treffen und dabei auch über das hinausgehen, was er von Verfassungs wegen denjenigen zur Verfügung stellen muss, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Aus anderen Rechtsbereichen können daher keine Rückschlüsse auf die notwendige Höhe der Leistungen zur Sicherstellung eines menschenwürdigen Existenzminimums gezogen werden.

154

b) Dies gilt auch für den sich aus § 20 Abs. 3 Satz 1 SGB II a.F. ergebenden Betrag von 311 Euro für erwachsene Partner einer Bedarfsgemeinschaft. Der Gesetzgeber durfte davon ausgehen, dass durch das gemeinsame Wirtschaften Aufwendungen gespart werden und deshalb zwei zusammenlebende Partner einen finanziellen Mindestbedarf haben, der unter dem Doppelten des Bedarfs eines Alleinwirtschaftenden liegt (vgl. BVerfGK 8, 338 <342>). Da aufgrund des Zusammenlebens anzunehmen ist, dass beide Partner „aus einem Topf“ wirtschaften, ist es nicht zu beanstanden, dass der Gesetzgeber für beide Partner einen gleich hohen Bedarf in Ansatz bringt. Eine gleichmäßige Aufteilung des geminderten gemeinschaftlichen Bedarfs trägt jedenfalls, anders als das früher im Sozialhilferecht praktizierte Haushaltsvorstandsprinzip, Art. 3 Abs. 2 GG Rechnung.

155

c) Es kann ebenfalls nicht festgestellt werden, dass der für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres einheitlich geltende Betrag von 207 Euro zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums offensichtlich unzureichend ist.

156

aa) Allerdings ist das Leistungsniveau für Kinder im Alter von 7 Jahren bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres und damit auch für die meisten minderjährigen Kläger der Ausgangsverfahren gegenüber der Rechtslage nach dem Bundessozialhilfegesetz gesunken. Nach § 2 Abs. 3 Regelsatzverordnung 1990 betrug der Regelsatz für Kinder in diesem Alter 65 % des Regelsatzes für den Haushaltsvorstand. Dies ergab mithin am 1. Juli 2003 einen Regelsatz für diese Altersgruppe von gerundet 193 Euro. Nach den statistischen Erhebungen des Vierten Existenzminimumsberichts der Bundesregierung, an die der Referentenentwurf zum Sozialgesetzbuch Zweites Buch anknüpfte, machte der einmalige Bedarf bei Kindern 20 % des jeweiligen Regelsatzes (d.h. ab dem 1. Juli 2003

gerundet monatlich 39 Euro) aus (vgl. BTDrucks 14/7765, S. 2). Eine Aufstockung der Regelsätze um den nunmehr durch monatliche Rücklagen zu deckenden einmaligen Bedarf hätte deshalb zu einer Regelleistung von rund 232 Euro führen müssen.

157

Hieraus kann jedoch noch nicht gefolgert werden, dass der Betrag von 207 Euro für Kinder in der genannten Altersgruppe offensichtlich nicht bedarfsdeckend ist. Ausgehend von den Untersuchungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ist nicht ersichtlich, dass der Betrag von 207 Euro nicht ausreicht, um das physische Existenzminimum, insbesondere den Ernährungsbedarf, von Kindern im Alter von 7 bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres zu decken. In Anbetracht des weiten gesetzgeberischen Gestaltungsspielraums hinsichtlich der Frage, in welchem Umfang Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen müssen, kann deshalb nicht festgestellt werden, dass der Gesamtbetrag von 207 Euro das zur Sicherung des Existenzminimums Notwendige offensichtlich unterschreitet.

158

bb) Die Regelleistung für Kinder in Höhe von 207 Euro ist auch nicht deshalb evident unzureichend, weil dieser Betrag nicht der einkommensteuerlichen Berücksichtigung von Aufwendungen für Kinder nach § 32 Abs. 6 Einkommensteuergesetz (EStG) entspricht. Der steuerliche Abzug derartiger Aufwendungen definiert und berücksichtigt zugleich die unterhaltsrechtlichen Verpflichtungen eines Steuerpflichtigen für seine Kinder; der staatliche Steuerzugriff findet seine verfassungsrechtlichen Leitlinien in Art. 3 Abs. 1 und Art. 6 Abs. 1 und 2 GG. Der Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums beruht hingegen auf Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG, steht jedem Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft - auch Kindern - individuell zu und geht vom absolut notwendigen Bedarf aus. Deswegen können steuerlich zu berücksichtigende Aufwendungen und bedürftigkeitsabhängige Sozialleistungen unterschiedliche Höhe erreichen. Auch können Normen des Einkommensteuerrechts fördernden Charakter aufweisen (vgl. z.B. zum Kindergeld § 31 Satz 2 EStG) oder zusätzliche, nicht existenznotwendige Aufwendungen erfassen.

159

3. Zur Bestimmung der Regelleistung nach § 20 Abs. 2 1. Halbsatz SGB II a.F., welche die Basis für die übrigen Regelleistungsbeträge bildet, hat sich der Gesetzgeber auf ein Verfahren gestützt, das im Grundsatz geeignet ist, die zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums notwendigen Leistungen realitätsgerecht zu bemessen.

160

aa) Die Bemessung der Regelleistung nach § 20 Abs. 2 1. Halbsatz SGB II a.F. folgt dem Verfahren, das für die Bemessung des Eckregelsatzes nach dem Sozialhilferecht gilt. § 28 Abs. 3 SGB XII und § 2 Regelsatzverordnung 2005 bilden damit die Grundlage für die Bemessung der Regelleistung von 345 Euro. Dies ergibt sich aus der in § 20 Abs. 4 Satz 2 SGB II enthaltenen Verweisung auf § 28 Abs. 3 Satz 5 SGB XII und findet seine Bestätigung im Gesetzgebungsverfahren. Der Gesetzentwurf nahm auf eine Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 sowie auf die später erlassene Regelsatzverordnung Bezug (vgl. BTDrucks 15/1516, S. 56). Die Bundesregierung bezeichnete das Verfahren der Regelsatzbemessung als Referenzsystem für die Bestimmung der Regelleistung (vgl. BRDrucks 635/06, S. 5). Dass die Einzelheiten des Verfahrens nicht im Sozialgesetzbuch Zweites Buch selbst geregelt werden, ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Die wesentlichen Entscheidungen dafür hat der Gesetzgeber selbst durch die Festlegung des Betrages von 345 Euro im Sozialgesetzbuch Zweites Buch getroffen.

161

bb) Dass die Regelleistung nach § 20 Abs. 2 1. Halbsatz SGB II a.F. tatsächlich auf dem in § 2 Regelsatzverordnung 2005 konkretisierten Verfahren der Bemessung des sozialhilferechtlichen Eckregelsatzes beruht, wird nicht dadurch in Frage gestellt, dass ein Entwurf der Regelsatzverordnung 2005 mit ausführlicher Begründung erstmals etwa einen Monat nach Erlass des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt den beteiligten Verbänden übersandt und dann erst im März 2004 in der Bundesratsdrucksache 206/04 publiziert wurde. Der zeitliche Ablauf könnte zwar den Eindruck vermitteln, der Gesetzgeber sei schon auf die Endsumme von 345 Euro festgelegt gewesen, weil sie bereits im Referentenentwurf zum Sozialgesetzbuch Zweites Buch vorgesehen war und der Vor-Entwurf zur Regelsatzverordnung zu einem ähnlichen Ergebnis kam. Darauf kommt es jedoch nicht an. Soweit sich die vom Gesetzgeber festgelegten Sätze auf der Grundlage belastbarer Zahlen und vertretbarer Wertungen im Ergebnis verfassungsrechtlich rechtfertigen lassen, sind die entsprechenden Regelungen nicht zu beanstanden. Im Übrigen verwendete der Vor-Entwurf zur Regelsatzverordnung des Bundesministeriums für Gesundheit und soziale Sicherung vom 21. Juli 2003 die Methode, die in § 2 Abs. 2 Regelsatzverordnung 2005 Eingang fand. Dieser Entwurf sowie der Referentenentwurf zum Sozialgesetzbuch Zweites Buch des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit wurden nach den Angaben der Bundesregierung in der mündlichen Verhandlung in einer interministeriellen und interfraktionellen Arbeitsgruppe beraten; dort stimmte man sich über die maßgebliche Methode zur Festlegung des Eckregelsatzes und der Regelleistung ab. In der Sache hat man bereits ein gemeinsames Verfahren zur Bestimmung der Regelleistung angewandt, denn im Zeitpunkt der Verabschiedung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt war man sich insoweit über das eingeschlagene Verfahren der Ermittlung der Regelleistung von 345 Euro einig.

162

b) Das nach § 28 Abs. 3 SGB XII und § 2 Regelsatzverordnung 2005 maßgebliche Statistikmodell ist eine verfassungsrechtlich zulässige, weil vertretbare Methode zur realitätsnahen Bestimmung des Existenzminimums für eine alleinstehende Person.

163

aa) Der Gesetzgeber hat in § 28 Abs. 3 Satz 2 und 3 SGB XII die Grundregeln für das Statistikmodell festgelegt. Die Vorschrift bestimmt:

164

„Die Regelsatzbemessung berücksichtigt Stand und Entwicklung von Nettoeinkommen, Verbraucherverhalten und Lebenshaltungskosten. Grundlage sind die tatsächlichen, statistisch ermittelten Verbrauchsausgaben von Haushalten in unteren Einkommensgruppen.“

165

Maßgeblich für die Festsetzung des Regelsatzes sind also die entscheidenden Faktoren des Existenzminimums: Mit den Lebenshaltungskosten werden die existenznotwendigen Aufwendungen erfasst; die Orientierung am Verbraucherverhalten auf statistischer Basis soll den physischen und soziokulturellen Bedarf auf der Ausgabenseite empirisch abbilden; die Berücksichtigung des Nettoeinkommens stellt den Bezug zu den Erwerbstätigen her. Die Konzentration der Ermittlung auf die Verhältnisse der unteren Einkommensgruppen ist sachlich angemessen, weil in höheren Einkommensgruppen Ausgaben in wachsendem Umfang über das Existenznotwendige hinaus getätigt werden.

166

Das im früheren Sozialhilferecht bis Anfang der 1990er Jahre geltende Warenkorbmodell muss nicht aus verfassungsrechtlichen Gründen dem verbrauchsbezogenen Ansatz des Statistikmodells vorgezogen werden. Die Berechnung des Existenzminimums anhand eines Warenkorbs notwendiger Güter und Dienstleistungen mit anschließender Ermittlung und Bewertung der dafür zu entrichtenden Preise ist in gleicher Weise gerechtfertigt wie der Einsatz einer Statistik- und Verbrauchsmethode unter der Prämisse, dass auch das Ausgabeverhalten unterer Einkommensgruppen der Bevölkerung zu erkennen gibt, welche Aufwendungen für das menschenwürdige Existenzminimum erforderlich sind. Die Statistik- und Verbrauchsmethode hat gegenüber der Warenkorbmethode sogar den Vorteil, dass sie nicht das über die Sicherung des physischen Überlebens hinausgehende Existenzminimum anhand einzelner ausgewählter Bedarfspositionen festsetzt, sondern die neben dem physischen Existenzminimum zusätzlich erforderlichen Aufwendungen zur Gewährleistung eines Minimums an gesellschaftlicher Teilhabe am tatsächlichen Ausgabeverhalten misst.

167

bb) Das geltende Statistikmodell stützt sich auf geeignete empirische Daten. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, aus der sich nach § 28 Abs. 3 Satz 4 SGB XII und § 2 Abs. 1 Satz 1 Regelsatzverordnung der Eckregelsatz ableitet, liefert eine realitätsnahe Ermittlungsgrundlage. Die freiwilligen Eintragungen in den Haushaltsbüchern der befragten Referenzgruppe, welche die Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bilden, werden durch zahlreiche Kontrollfragen verifiziert. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bildet insofern in statistisch zuverlässiger Weise das Verbrauchsverhalten der Bevölkerung ab.

168

Die Auswahl der Referenzgruppe, nach deren Ausgaben der Eckregelsatz bemessen wird, ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Zugrunde zu legen sind nach § 2 Abs. 3 Regelsatzverordnung die Verbrauchsausgaben der untersten 20 % der nach ihrem Nettoeinkommen geschichteten Haushalte (unterstes Quintil). Maßgeblich sind nach der Systematik der Regelsatzverordnung Einpersonenhaushalte. Dies ergibt sich zwar nicht unmittelbar aus dem Wortlaut der Vorschrift, jedoch aus der Definition des Eckregelsatzes als Regelsatz für den Haushaltsvorstand oder einen Alleinstehenden in § 3 Abs. 1 Satz 2 und 3 Regelsatzverordnung (vgl. BRDrucks 206/04, S. 10; Spellbrink, in: Eicher/Spellbrink, SGB II, 2. Aufl. 2008, § 20 Rn. 23). Für die Bestimmung der für einen Alleinstehenden notwendigen Leistungen ist die Beschränkung auf Einpersonenhaushalte sachgerecht. Der Gesetzgeber konnte zudem davon ausgehen, dass die Verbrauchsausgaben dieses untersten Quintils eine geeignete Datengrundlage liefern. Das Bundesverfassungsgericht hat nicht zu prüfen, ob die Wahl einer anderen Referenzgruppe, zum Beispiel des zweiten Zehntels oder Dezils, angemessener gewesen wäre. Denn die Wahl des untersten Quintils beruhte auf der sachgerechten Erwägung, die Referenzgruppe der Bezieher von geringen Einkommen möglichst breit zu fassen, um statistisch zuverlässige Daten zu verwenden. Darüber hinaus vermeidet die erfolgte Herausnahme von Sozialhilfeempfängern Zirkelschlüsse, die entstünden, wenn man das Verbrauchsverhalten von Hilfeempfängern selbst zur Grundlage der Bedarfsermittlung machen würde.

169

Der Gesetzgeber konnte nach dem Ergebnis der mündlichen Verhandlung vertretbar davon ausgehen, dass die bei der Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 zugrunde gelegte Referenzgruppe statistisch zuverlässig über der Sozialhilfeschwelle lag (vgl. zu diesem Kriterium bereits BVerwGE 102, 366 <369>). Die dazu vom Hessischen Landessozialgericht vorgebrachten Bedenken teilt der Senat nicht. Die Einbeziehung von

Sozialhilfeempfängern und von Personen, die ihre Ausgaben nicht nur aus eigenem Einkommen, sondern auch durch Auflösung von Vermögen und Zuwendungen Dritter tätigen („versteckte Armut“) in das unterste Quintil würde in der Tat die Datenbasis verfälschen. Das Statistische Bundesamt hat jedoch in der mündlichen Verhandlung dargelegt, dass diejenigen Personen, die während des Zeitraums von drei Monaten, in denen sie Eintragungen in die Haushaltsbücher vornehmen, ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Leistungen der Sozialhilfe bestritten haben, konsequent ausgeschlossen wurden. Was die Dunkelziffer der „versteckt armen“ Haushalte anbetrifft, konnte auch der Caritasverband, der einen eigenen Vorschlag zur Bemessung der Regelleistung unter Herausrechnung dieser Haushalte unterbreitet hat, keine konkreten Angaben machen. Es ist deshalb vertretbar, dass der Gesetzgeber darauf verzichtet hat, den Anteil „versteckt armer“ Haushalte auf empirisch unsicherer Grundlage zu schätzen und auf diese Weise das monatliche Nettoeinkommen, das den Grenzwert für die Bestimmung der Referenzgruppe bildet, höher festzusetzen. Der Gesetzgeber bleibt freilich entsprechend seiner Pflicht zur Fortentwicklung seines Bedarfsermittlungssystems verpflichtet, bei der Auswertung künftiger Einkommens- und Verbrauchsstichproben darauf zu achten, dass Haushalte, deren Nettoeinkommen unter dem Niveau der Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch und dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch inklusive der Leistungen für Unterkunft und Heizung liegt, aus der Referenzgruppe ausgeschieden werden.

170

cc) Es ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, dass die in den einzelnen Abteilungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erfassten Ausgaben des untersten Quintils nicht vollständig, sondern als regelleistungsrelevanter Verbrauch nur zu einem bestimmten Prozentsatz in die Bemessung der Regelleistung einfließen. Allerdings muss der jeweilige Abschlag sachlich gerechtfertigt sein. So kann das Existenzminimum nicht allein durch die Regelleistung, sondern durch andere soziale Leistungen, zum Beispiel zur Kostendeckung von Unterkunft und Heizung, gesichert werden; dann ist es gerechtfertigt, derartige in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erfasste Ausgaben bei der Regelleistung nicht zu berücksichtigen. Aus dem gleichen Grund können auch solche Ausgaben abgesetzt werden, denen in anderen Gesetzen durch Rechtsansprüche auf Leistungen oder auf Kostenbefreiung hinreichend Rechnung getragen wird.

171

Die wertende Entscheidung, welche Ausgaben zum Existenzminimum zählen, hat der Normgeber sachgerecht und vertretbar zu treffen. Kürzungen von Ausgabepositionen in den Abteilungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bedürfen zu ihrer Rechtfertigung einer empirischen Grundlage. Der Gesetzgeber darf Ausgaben, welche die Referenzgruppe tätigt, nur dann als nicht relevant einstufen, wenn feststeht, dass sie anderweitig gedeckt werden oder zur Sicherung des Existenzminimums nicht notwendig sind. Auch die Höhe einer Kürzung muss sich aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe oder aus einer anderen, zuverlässigen Erhebung ergeben. Eine Schätzung auf fundierter empirischer Grundlage ist dabei nicht ausgeschlossen; Schätzungen „ins Blaue hinein“ laufen jedoch einem Verfahren realitätsgerechter Ermittlung zuwider und verstoßen deshalb gegen Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG. Damit geprüft werden kann, ob die vom Gesetzgeber getroffenen Wertungen und Entscheidungen der verfassungsrechtlichen Garantie eines menschenwürdigen Existenzminimums entsprechen, trifft den Normgeber die Obliegenheit, sie nachvollziehbar zu begründen; das ist vor allem zu fordern, wenn er von seiner selbst gewählten Methode abweicht.

172

Dem Statistikmodell liegt bei der Bildung des regelleistungsrelevanten Verbrauchs die Überlegung zugrunde, dass der individuelle Bedarf eines Hilfebedürftigen in einzelnen Ausgabepositionen vom durchschnittlichen Verbrauch abweichen kann, der Gesamtbetrag der Regelleistung es aber ermöglicht, einen überdurchschnittlichen Bedarf in einer Position durch einen unterdurchschnittlichen Bedarf in einer anderen auszugleichen. Der Gesetzgeber muss deshalb die regelleistungsrelevanten Ausgabepositionen und -beträge so bestimmen, dass ein interner Ausgleich möglich bleibt.

173

4. Die Regelleistung von 345 Euro nach § 20 Abs. 2 1. Halbsatz SGB II a.F. ist nicht in verfassungsgemäßer Weise ermittelt worden, weil von den Strukturprinzipien des Statistikmodells, das der Gesetzgeber selbst gewählt und zur Grundlage seiner Bemessung des notwendigen Existenzminimums gemacht hat, ohne sachliche Rechtfertigung abgewichen worden ist.

174

a) Der in § 2 Abs. 2 Regelsatzverordnung 2005 festgesetzte regelsatz- und damit zugleich regelleistungsrelevante Verbrauch beruht nicht auf einer tragfähigen Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998.

175

aa) In ihren Abteilungen 03 (Bekleidung und Schuhe), 05 (Einrichtungsgegenstände etc.), 08 (Nachrichtenübermittlung), 09 (Freizeit, Unterhaltung und Kultur) und 12 (andere Waren und Dienstleistungen) wurden in einzelnen Ausgabepositionen (Bekleidung; Möbel und Einrichtungsgegenstände; Telefon-, Faxgeräte, Anrufbeantworter; Spiele, Spielzeuge und Hobbywaren; Finanzdienstleistungen) prozentuale Abschläge für nicht regelleistungsrelevante Güter und Dienstleistungen (Pelze und Maßkleidung; Campingmöbel und Kunstgegenstände; Faxgeräte; Sportboote und Segelflugzeuge; Steuerberaterkosten) vorgenommen, ohne dass feststand, ob das

unterste Quintil der Einpersonenhaushalte überhaupt solche Ausgaben getätigt hat. Der Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 konnte man dies, wie die Bundesregierung in der mündlichen Verhandlung eingeräumt hat, nicht entnehmen, da derartige Ausgaben nicht gesondert erfasst wurden. Der Verordnungsgeber hat damit einen Anteil angeblich nicht der Sicherung des Existenzminimums dienender Ausgaben ohne hinreichende Tatsachengrundlage „ins Blaue hinein“ geschätzt und abgezogen, so dass von einer schlüssigen Ermittlung des regelleistungsrelevanten Verbrauchs insoweit keine Rede sein kann.

176

Selbst wenn im Zeitpunkt der Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 keine hinreichenden detaillierten Daten über die einzelnen Verbrauchspositionen vorhanden gewesen sein sollten, wie die Bundesregierung vorgetragen hat, rechtfertigte dies freihändige Schätzungen nicht. Vielmehr hätte eine nicht ausreichende Datengrundlage den Gesetzgeber veranlassen müssen, zur Wahrung der verfassungsrechtlichen Garantie eines menschenwürdigen Existenzminimums auf geschätzte Abschläge insoweit zu verzichten. Diesen Weg hat der Verordnungsgeber später auch bei der Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 eingeschlagen.

177

bb) Die Abschläge in der Abteilung 04 (Wohnen, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe) bei der Ausgabenposition Strom (Kürzung um 15 %) und in der Abteilung 07 (Verkehr) bei der Ausgabenposition Ersatzteile und Zubehör für Privatfahrzeuge (Kürzung um 80 %) sind ebenfalls nicht tragfähig begründet. Zwar lassen sich den Materialien Erwägungen entnehmen, die eine Kürzung dieser Verbrauchsausgaben dem Grunde nach vertretbar erscheinen lassen. Die Abschläge sind jedoch in ihrer Höhe nicht empirisch belegt.

178

So wurden Ausgaben für Strom, wie aus späteren Erläuterungen deutlich wird (vgl. Ausschussdrucksache 16(11)286, S. 10), gekürzt, weil in manchen Haushalten mit Strom auch geheizt, der Bedarf für Heizung jedoch durch Leistungen nach § 22 Abs. 1 SGB II gedeckt wird. Warum aber gerade mit 85 % der Durchschnittsaufwendungen für Strom „bei wirtschaftlichem Verhalten die Kosten für Haushaltsenergie gedeckt werden“ könnten (so die Erläuterungen in Ausschussdrucksache 16(11)286, S. 10), geht aus den Erwägungen nicht hervor.

179

Die Ausgabenposition „Ersatzteile und Zubehör für Privatfahrzeuge“ umfasst Aufwendungen für Kraftfahrzeuge und für Fahrräder. Von ihr wurden 80 % als Aufwand für nicht existenznotwendige Kraftfahrzeuge abgesetzt. Dem liegt die vertretbare Wertung zugrunde, dass ein Kraftfahrzeug zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht erforderlich ist. Ein Wertungswiderspruch zu § 12 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 SGB II, wonach ein angemessenes Kraftfahrzeug als Vermögen nicht zu berücksichtigen ist, liegt darin nicht. Wenn der Gesetzgeber Hilfebedürftigkeit ohne verfassungsrechtliche Verpflichtung auch bei Besitz bestimmter Vermögensgegenstände annimmt, zwingt ihn seine Entscheidung nicht zugleich, die Kosten für deren Unterhaltung bedarfserhöhend zu berücksichtigen. Wenn der Gesetzgeber hingegen den Anteil für Fahrräder berücksichtigen, denjenigen für Kraftfahrzeuge aber ausscheiden will, muss er beide Anteile realitätsgerecht ermitteln. Der Begründung zum Entwurf der Regelsatzverordnung 2005 lässt sich jedoch nicht entnehmen, auf welchen empirischen Daten es beruht, dass die Ausgaben für privat genutzte Kraftfahrzeuge 80 % dieser Ausgabenposition ausmachen. Auch berücksichtigt ein solcher Abschlag nicht, dass bei Einsparung der Kosten eines Kraftfahrzeugs die Kosten des Hilfebedürftigen für den öffentlichen Personenverkehr ansteigen können. Der Abschlag ist daher nicht nachvollziehbar und ungerechtfertigt.

180

cc) Schließlich ist weder aus der Begründung zur Regelsatzverordnung 2005 noch aus anderen Erläuterungen ersichtlich, warum die in der Abteilung 10 (Bildungswesen) in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 erfassten Ausgaben bei der Bildung des regelleistungsrelevanten Verbrauchs vollständig unberücksichtigt blieben. Gleiches gilt für die in der Abteilung 09 (Freizeit, Unterhaltung und Kultur) enthaltene Position „Außerschulischer Unterricht in Sport und musischen Fächern“ (vgl. Ausschussdrucksache 16(11)286, S. 14 f., 22). Dass der Gesetzgeber die Wertungsentscheidung getroffen hätte, diese Ausgaben seien nicht zur Sicherung des Existenzminimums erforderlich, geht weder aus den Materialien noch aus der Einlassung der Bundesregierung im Verfahren hervor. Ebenso wenig ist dokumentiert, dass er davon ausgegangen wäre, der entsprechende Bedarf sei durch Rechtsansprüche von dritter Seite gedeckt. Die Nichtberücksichtigung einer gesamten Abteilung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe weicht aber in einer Weise vom Statistikmodell ab, die einer besonderen Begründung bedurft hätte.

181

Die nachgeschobene Erwägung der Bundesregierung, dass die Bedarfsdeckung insoweit den Ländern obliege, weil diese für das Bildungswesen zuständig seien, ist nicht tragfähig. Durch den Erlass des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch hat der Bundesgesetzgeber von der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz in Art. 74 Abs. 1 Nr. 7 GG abschließend Gebrauch gemacht. Dies folgt aus § 1 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Nr. 2 SGB II, wonach die Grundsicherung für Arbeitsuchende den Lebensunterhalt sichern soll, sowie aus § 3 Abs. 3 Satz 1 2. Halbsatz SGB II in der seit dem 1. August 2006 geltenden Fassung, wonach „die nach diesem Buch vorgesehenen Leistungen den Bedarf der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und der mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen

decken“. Auch § 20 Abs. 1 SGB II, die Vorschriften über die Abgrenzung zu den Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (§ 5 Abs. 2, § 28 Abs. 1 Satz 1 SGB II, § 21 SGB XII) sowie die Entstehungsgeschichte des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch belegen, dass der Bundesgesetzgeber im Sozialgesetzbuch Zweites Buch das Existenzminimum vollständig sichern wollte. Der Bund trägt dementsprechend die Verantwortung für die Sicherstellung des gesamten menschenwürdigen Existenzminimums. Dieser Verantwortung kann er sich nicht durch eine abstrakte Verweisung auf konkurrierende Landeskompetenzen entziehen, die er den Ländern durch sein eigenes Gesetz bereits versperrt hat, und mit dieser Begründung von der Berücksichtigung solcher Ausgaben absehen, die nach seinen eigenen normativen Wertungen zur Sicherstellung eines menschenwürdigen Existenzminimums notwendig sind.

182

Aus Art. 104a Abs. 1 GG folgt nichts anderes. Zwar besitzen die Länder im Schul- und Bildungswesen nicht nur die Gesetzgebungs-, sondern auch die Verwaltungskompetenz, so dass sie nach Art. 104a Abs. 1 GG die Ausgaben dafür zu tragen haben. Die Vorschrift verteilt jedoch zwischen den Gebietskörperschaften des Bundesstaates nur die Ausgabenlast. Die Länder haben ihre Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen zu finanzieren. Aus Art. 104a Abs. 1 GG folgt aber keine fürsorgerechtliche Pflicht, hilfebedürftige Personen, die Schulen besuchen und sonstige Bildungseinrichtungen benutzen, mit den dafür notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten. Zudem würde erst ein anderweitiger gesetzlicher Anspruch auf Leistungen zum Lebensunterhalt die Pflicht des Bundes mindern, weil das menschenwürdige Existenzminimum von Verfassungen wegen durch Rechtsansprüche gewährleistet sein muss. Solche ergänzenden Ansprüche aufgrund von Ländergesetzen sind nicht ersichtlich.

183

b) Sozialgesetzbuch Zweites Buch und Regelsatzverordnung 2005 weichen auch insofern in unverträglicher Weise von den Strukturprinzipien der statistischen Ermittlungsmethode ab, als sie bestimmen, den nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 ermittelten Gesamtbetrag des regelleistungsrelevanten Verbrauchs entsprechend der Steigerung des aktuellen Rentenwerts im Zeitraum vom 1. Juli 1999 bis zum 1. Juli 2003 auf den Stand des 1. Juli 2003 hochzurechnen, so dass aufgrund der unterbliebenen Rentenanpassung zum 1. Juli 2004 Regelsatz und Regelleistung für die Zeit ab dem 1. Januar 2005 nicht heraufgesetzt wurden.

184

aa) Die Orientierung an der Entwicklung des aktuellen Rentenwerts nach § 68 SGB VI stellt einen sachwidrigen Maßstabswechsel dar. Während die statistische Ermittlungsmethode nach § 28 Abs. 3 Satz 2 SGB XII auf Nettoeinkommen, Verbraucherverhalten und Lebenshaltungskosten abstellt, setzt eine Fortschreibung nach dem aktuellen Rentenwert nach § 68 Abs. 1 Satz 3 SGB VI an den Faktoren der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter, des Beitragssatzes zur allgemeinen Rentenversicherung, in der Zeit vom 1. Juli 2005 bis zum 1. Juli 2013 zusätzlich des Altersvorsorgeanteils (§ 255e SGB VI), und an einem Nachhaltigkeitsfaktor an. Bereits diese Faktoren stimmen nicht mit den nach § 28 SGB XII maßgeblichen Richtgrößen des Nettoeinkommens, des Verbrauchs und der Lebenshaltungskosten überein. Der aktuelle Rentenwert dient zudem nicht dazu, die zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums notwendigen Leistungen zu quantifizieren und entsprechend der Veränderung des Bedarfs jährlich fortzuschreiben. Er bezweckt vielmehr die Steuerung und Dämpfung der Rentenzahlungen nach allgemeinen wirtschaftlichen Faktoren, eine Erhaltung der Liquidität der Träger der Rentenversicherung sowie die Rücksichtnahme auf das Verhältnis von aktiven Arbeitnehmern zu den Beziehern von Altersrenten und dient dazu, Teilhabegerechtigkeit in einem Umlagesystem zu gewährleisten. Mit der Anknüpfung des aktuellen Rentenwerts an die Entwicklung der Bruttolöhne wird zwar in gewissem Maße die Wohlfahrtsentwicklung der Gesellschaft nachgezeichnet. Über die Veränderungen des notwendigen Bedarfs zur Deckung des Existenzminimums vermag die Entwicklung der Bruttolöhne jedoch keine Auskunft zu geben. Die in § 68 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 und 3 SGB VI und in § 255e SGB VI genannten Faktoren weisen keinen Bezug zum Existenzminimum auf. Die Faktoren aber, die das für die Bildung der Regelleistung maßgebliche Verbrauchsverhalten des untersten Quintils bestimmen, namentlich das zur Verfügung stehende Nettoeinkommen und die Preisentwicklung, spielen bei der Bestimmung des aktuellen Rentenwerts keine Rolle. Er ist deshalb zur realitätsgerechten Fortschreibung des Existenzminimums nicht tauglich.

185

bb) Weil die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 nur Aufschluss über die zur Deckung des Existenzminimums im Jahre 1998 notwendigen Leistungen gab und die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 im Zeitpunkt der Verabschiedung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt noch nicht vorlagen, war es zwar verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, die Ergebnisse der Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 mittels einer anderen Methode auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch hochzurechnen. Dies rechtfertigt es jedoch nicht, auf die zur Bestimmung des Existenzminimums nicht geeignete Entwicklung des aktuellen Rentenwerts abzustellen. Vielmehr stehen andere, sachgerechtere Anpassungsmechanismen zur Verfügung, welche die Bedarfsentwicklung zwischen zwei Einkommens- und Verbrauchsstichproben in größerer Nähe zu den Kriterien der Regelleistungsfestlegung nachzeichnen können.

186

Mit dem Statistikmodell eher vereinbar wäre beispielsweise eine Hochrechnung anhand der Preisentwicklung in den Ausgabepositionen, aus denen sich der regelleistungsrelevante Verbrauch zusammensetzt. Diese Methode hat der

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge anlässlich der Einführung des Statistikmodells zum 1. Juli 1990 angewandt. Auch wenn dabei die Konzentration auf das tatsächliche Ausgabeverhalten des untersten Quintils verloren geht, wird der Grundgedanke des Statistikmodells insoweit fortgeführt. Denn allgemeine Preissteigerungen bei den Gütern und Dienstleistungen werden dazu führen, dass die Kosten des untersten Quintils der Einkommensbezieher zur Abdeckung ihres Existenzminimums steigen.

187

Aufschluss über statistische Veränderungen des Verbrauchsverhaltens könnten auch die Daten aus den Laufenden Wirtschaftsrechnungen der Statistischen Ämter in Deutschland bringen. Im Rahmen der Laufenden Wirtschaftsrechnungen werden bundesweit 8.000 Haushalte unter anderem zu ihren Einnahmen und Ausgaben befragt; jeweils 2.000 Haushalte führen drei Monate hintereinander ähnlich wie bei der Erhebung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ein Haushaltsbuch. Diese Daten der Laufenden Wirtschaftsrechnungen könnten sogar strukturell der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ähnliche Erkenntnisse zur Fortschreibung der Regelleistung liefern.

188

5. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht genügende Ermittlung der Regelleistung nach § 20 Abs. 2 1. Halbsatz SGB II a.F. wirkt in der abgeleiteten Regelleistung nach § 20 Abs. 3 Satz 1 SGB II a.F. für in Bedarfsgemeinschaft zusammenlebende Partner fort mit der Folge, dass auch dieser Betrag von 311 Euro nicht Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG genügt.

189

Die Annahme des Gesetzgebers, dass der zur Sicherung des Existenzminimums zu deckende Bedarf für zwei Partner insgesamt 180 % des entsprechenden Bedarfs eines Alleinstehenden beträgt, kann sich allerdings auf eine ausreichende empirische Grundlage stützen. Dieser Betrag beruht auf der modifizierten Differenzrechnung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, die der Regelung des § 2 Abs. 3 Regelsatzverordnung 1990 zugrunde lag. Der Deutsche Verein hat diesen Wert ermittelt, indem er als Referenzgruppe Ehegatten ohne Kinder mit einem verfügbaren Nettoeinkommen über der Sozialhilfeschwelle gewählt, für sie den regelleistungsrelevanten Verbrauch entsprechend dem Verfahren wie bei einem Alleinstehenden bestimmt, d.h. nur die einzelnen Ausgabepositionen in den einzelnen Abteilungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe berücksichtigt hat, die auch bei einem Alleinstehenden berücksichtigt wurden, und anschließend die Differenz zwischen den Beträgen für Ehegatten und für Alleinstehende gebildet hat. Diese Methode ist zur Bestimmung des Existenzminimums von in Bedarfsgemeinschaft lebenden Partnern ohne Kinder geeignet.

190

6. Das von der Regelleistung nach § 20 Abs. 2 1. Halbsatz SGB II a.F. abgeleitete Sozialgeld für Kinder nach § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 1. Alt. SGB II a.F. von 207 Euro genügt ebenfalls Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG nicht, weil es von der bereits beanstandeten Regelleistung in Höhe von 345 Euro abgeleitet ist. Darüber hinaus beruht die Vorschrift, dass das Sozialgeld für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 60 % der Regelleistung für einen alleinstehenden Erwachsenen beträgt, auf keiner vertretbaren Methode zur Bestimmung des Existenzminimums eines Kindes im Alter bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres.

191

a) Der Gesetzgeber hat weder für das Sozialgesetzbuch Zweites Buch noch für die Regelsatzverordnung 2005 das Existenzminimum eines minderjährigen Kindes, das mit seinen Eltern in häuslicher Gemeinschaft zusammen lebt, ermittelt, obwohl schon Alltagserfahrungen auf einen besonderen kinder- und altersspezifischen Bedarf hindeuten. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Ihr Bedarf, der zur Sicherstellung eines menschenwürdigen Existenzminimums gedeckt werden muss, hat sich an kindlichen Entwicklungsphasen auszurichten und an dem, was für die Persönlichkeitsentfaltung eines Kindes erforderlich ist. Der Gesetzgeber hat jegliche Ermittlungen hierzu unterlassen. Sein vorgenommener Abschlag von 40 % gegenüber der Regelleistung für einen Alleinstehenden beruht auf einer freihändigen Setzung ohne irgendeine empirische und methodische Fundierung.

192

aa) Ein zusätzlicher Bedarf ist vor allem bei schulpflichtigen Kindern zu erwarten. Notwendige Aufwendungen zur Erfüllung schulischer Pflichten gehören zu ihrem existentiellen Bedarf. Ohne Deckung dieser Kosten droht hilfebedürftigen Kindern der Ausschluss von Lebenschancen, weil sie ohne den Erwerb der notwendigen Schulmaterialien, wie Schulbücher, Schulhefte oder Taschenrechner, die Schule nicht erfolgreich besuchen können. Bei schulpflichtigen Kindern, deren Eltern Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch beziehen, besteht die Gefahr, dass ohne hinreichende staatliche Leistungen ihre Möglichkeiten eingeschränkt werden, später ihren Lebensunterhalt aus eigenen Kräften bestreiten zu können. Dies ist mit Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG nicht vereinbar.

193

bb) Die Verweisung auf die OECD-Skala in der Begründung zur Regelsatzverordnung (vgl. BRDrucks 206/04, S. 10 f.) genügt nicht zur Rechtfertigung, dass das Sozialgesetzbuch Zweites Buch hilfebedürftige Kinder lediglich in zwei Alterstufen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres und von 14 Jahren bis Vollendung des 18. Lebensjahres

einteilt und die Leistungen danach differenziert. Die Altersgruppeneinteilung der OECD-Skala dient lediglich als Aufteilungsschlüssel, um ein Haushaltseinkommen einzelnen Haushaltsangehörigen zuzuordnen und Armutsberechnungen im internationalen Vergleich anzustellen (vgl. Strengmann-Kuhn, ZSR 2006, S. 439 <441 f.>). Über den Bedarf von Kindern unterschiedlicher Altersstufen gibt die OECD-Skala dagegen keine Auskunft. Sie sagt nichts darüber aus, welche Leistungen zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums eines Kindes erforderlich sind, vor allem nicht, warum der Bedarf von Kindern bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres bei 60 % des Bedarfs eines Alleinstehenden liegen soll.

194

cc) Die Verweisung auf die Untersuchung von Münnich/Krebs „Ausgaben für Kinder in Deutschland - Berechnungen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998“ (Wirtschaft und Statistik 2002, S. 1080 ff.) zur Begründung der Anteile von 60 % und 80 % für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres einerseits und bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres andererseits geht aus mehreren Gründen fehl. Zum Einen teilt die Studie selbst Kinder in drei Altersgruppen ein (unter 6 Jahren; 6 bis 12 Jahren; 12 bis 18 Jahren; vgl. Münnich/Krebs, a.a.O., S. 1090 f.). Ihr lässt sich zum Anderen nicht entnehmen, dass Kinder im Alter von 14 Jahren bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres um ein Drittel höhere Ausgaben verursachen als jüngere Kinder. Sogar die allgemeiner gehaltene Aussage, dass ältere Kinder um ein Drittel höhere Ausgaben verursachen als jüngere Kinder, wird von ihr nicht getragen. Sie stellt vielmehr fest, dass sich die Ausgaben für den privaten Konsum eines Kindes generell mit steigendem Lebensalter erhöhen und dass sie im Vergleich zwischen Kindern unter 6 Jahren (1. Altersgruppe) und Kindern zwischen 12 und 18 Jahren (3. Altersgruppe) bei Alleinerziehenden mit einem Kind um mehr als ein Drittel und bei Paaren mit einem Kind fast um die Hälfte wachsen (vgl. Münnich/Krebs, a.a.O., S. 1089, 1091). Die Studie befasst sich darüber hinaus gar nicht mit dem existentiellen Bedarf von Kindern. Sie untersucht die Ausgaben aller Einkommensschichten und hebt hervor, dass höhere Ausgaben in Haushalten mit älteren Kindern auch darauf zurückzuführen sind, dass deren Eltern wegen ihrer längeren Berufstätigkeit regelmäßig höhere Einkommen erzielen als die Eltern von Kleinkindern (vgl. Münnich/Krebs, a.a.O., S. 1092).

195

dd) Der Ansatz eines Wertes von 60 % der Regelleistung beim Sozialgeld für Kinder kann auch nicht mit der Erwägung gerechtfertigt werden, dieser Wert lehne sich an § 2 Abs. 3 Regelsatzverordnung 1990 an, berücksichtige aber die praktischen Erfahrungen aus dessen Anwendung, wonach der Unterschied zwischen den Leistungen für kleinere und größere Kinder als zu erheblich empfunden und der Kostenersparnis durch gemeinsames Wirtschaften in der Vergangenheit nicht ausreichend Rechnung getragen worden sei.

196

Für die Abweichung von § 2 Abs. 3 Regelsatzverordnung 1990, der seinerseits auf der modifizierten Differenzrechnung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge beruhte, konnten sich das Sozialgesetzbuch Zweites Buch und die Regelsatzverordnung 2005 auf keine empirische Grundlage stützen. Eine Untersuchung des Bedarfs von kleineren und größeren Kindern hatte nicht stattgefunden. In besonderem Maße rechtfertigungsbedürftig wäre vor allem die Bildung einer einheitlichen Altersgruppe von Kindern bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres gewesen, da sich der Bedarf eines schulpflichtigen Kindes in der Pubertät offensichtlich von dem Bedarf eines Säuglings oder eines Kleinkindes unterscheidet. Zudem hätte der Umstand, dass der Gesetzgeber beispielsweise im Unterhaltsrecht zwischen Kindern bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres und Kindern ab Beginn des 7. Lebensjahres differenziert (vgl. § 1612a Abs. 1 Satz 3 BGB n.F., § 1612a Abs. 3 Satz 1 BGB a.F. und § 2 Abs. 1 Satz 1 UnterhVG), Anlass gegeben, die Bildung einer einheitlichen Altersgruppe bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres zu hinterfragen.

197

Vor allem ist ein altersspezifischer Bedarf für Kinder einzustellen, welche die Schule besuchen. Wie bereits ausgeführt macht die Zuständigkeit der Länder für das Schul- und Bildungswesen die fürsorgerechtliche Berücksichtigung dieses Bedarfs nicht entbehrlich. Die Zuständigkeit der Länder betrifft überdies den personellen und sachlichen Aufwand für die Institution Schule und nicht den individuellen Bedarf eines hilfebedürftigen Schülers. Der Bundesgesetzgeber könnte erst dann von der Gewährung entsprechender Leistungen absehen, wenn sie durch landesrechtliche Ansprüche substituiert und hilfebedürftigen Kindern gewährt würden. Dann könnte eine einrichtungsbezogene Gewährung von Leistungen durch die Länder, zum Beispiel durch Übernahme der Kosten für die Beschaffung von Lernmitteln oder durch ein kostenloses Angebot von Nachhilfeunterricht, durchaus ein sinnvolles Konzept jugendnaher Hilfeleistung darstellen, das gewährleistet, dass der tatsächliche Bedarf gedeckt wird. Solange und soweit dies jedoch nicht der Fall ist, hat der Bundesgesetzgeber, der mit dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch ein Leistungssystem schaffen wollte, welches das Existenzminimum vollständig gewährleistet, dafür Sorge zu tragen, dass mit dem Sozialgeld dieser zusätzliche Bedarf eines Schulkindes hinreichend abgedeckt ist.

198

Es wäre durchaus möglich gewesen, den existentiellen Bedarf eines Kindes im Zeitpunkt der Schaffung des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch realitätsgerecht zu ermitteln. Die modifizierte Differenzrechnung, die § 2 Abs. 3 Regelsatzverordnung 1990 zugrunde lag, bezog bereits das Verbrauchsverhalten von Ehepaaren mit einem Kind in die Bemessung auf der Grundlage des Statistikmodells ein. Diese Methode hätte weiterentwickelt werden können, um den kinderspezifischen Bedarf zu berücksichtigen. Bei ihrer Anwendung hätte dem Gesetzgeber hinreichend Zeit

zur Verfügung gestanden, seiner Pflicht zur realitätsgerechten Ermittlung des Bedarfs eines Kindes zu genügen. Spätere Entwicklungen belegen, dass eine rasche, realitätsgerechte Ermittlung des kinderspezifischen Bedarfs auf der Grundlage damals verfügbarer Daten und Methoden möglich gewesen wäre. Das federführende Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat zum Beispiel eine Methode zur Bestimmung der Regelleistung für Kinder nach dem Statistikmodell für § 74 SGB II entwickelt. Das Problem, dass die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nur haushaltsbezogene Daten liefert, Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG jedoch eine individuelle Ermittlung der notwendigen Leistungen fordert, hat es dadurch gelöst, dass es die statistischen Haushaltsausgaben, soweit sie als regelleistungsrelevant eingestuft wurden, nach einem schon im Jahre 2002 vorhandenen Verteilungsschlüssel auf Eltern und Kinder verteilt hat. Der Verteilungsschlüssel ist für die Untersuchung „Ausgaben für Kinder in Deutschland - Berechnungen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998“ entwickelt und Ende 2002 veröffentlicht worden (vgl. Münnich/Krebs, Wirtschaft und Statistik 2002, S. 1080 <1083 ff.>). Es ist nicht ersichtlich, warum der Entwurf des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt diesen Verteilungsschlüssel nicht schon zur Bestimmung von Regelsätzen für Kinder aus den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 hätte heranziehen und eine entsprechende Berechnung, wie sie Ende 2008 auf der Grundlage der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 durchgeführt worden ist, vornehmen können. Vor allem die Schnelligkeit, mit der die Sonderauswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 am Ende des Jahres 2008 gelungen ist, belegt, dass sie bereits im Jahre 2003 hätte erfolgen können.

III.

199

Die Verfassungsverstöße sind in der Zwischenzeit weder durch die Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 und die Neubestimmung des regelsatzrelevanten Verbrauchs in § 2 Abs. 2 Regelsatzverordnung 2007 (1.) noch durch die Mitte 2009 in Kraft getretenen §§ 24a und 74 SGB II (2.) beseitigt worden.

200

1. a) Die Regelsatzverordnung 2007 verzichtet zwar nunmehr in den Abteilungen 03 (Bekleidung und Schuhe), 08 (Nachrichtenübermittlung) und 09 (Freizeit, Unterhaltung und Kultur) auf die Kürzung von als regelsatzrelevant bewerteten Ausgabepositionen und berücksichtigt sie zu 100 % (vgl. Ausschussdrucksache 16(11)286, S. 9 f., 13 ff.). „Ins Blaue hinein“ geschätzte Abschläge kommen also nicht mehr vor. Auch macht eine Aufschlüsselung der Ausgaben in der Abteilung 07 (Verkehr) für Fahrräder einerseits und Kraftfahrzeuge andererseits einen geschätzten Abschlag für Ersatzteile und Zubehör von Kraftfahrzeugen entbehrlich (vgl. Ausschussdrucksache 16(11)286, S. 13). Doch der Abschlag bei den Ausgaben für ein Kraftfahrzeug lässt weiterhin außer Acht, dass dadurch Mehrkosten für die Nutzung des öffentlichen Personenverkehrs entstehen, die in der Verbrauchsstichprobe nicht enthalten und damit nicht berücksichtigt sind. Des Weiteren werden die bereits bei der Bestimmung des regelleistungsrelevanten Verbrauchs in § 2 Abs. 2 Regelsatzverordnung 2005 bemängelten Abschläge in den Abteilungen 04 (Wohnung, Energie, Wohnungsinstandhaltung), 05 (Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände) und 12 (andere Waren und Dienstleistungen) (vgl. dazu oben II. 4. a) aa) bis bb)) beibehalten (vgl. Ausschussdrucksache 16(11)286, S. 10 ff., 16), und die Abteilung 10 (Bildungswesen) bleibt weiterhin ohne Begründung gänzlich unberücksichtigt.

201

b) Nach der Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 unterblieb eine Erhöhung des Eckregelsatzes, weil der Ordnungsgeber den aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für das Jahr 2003 ermittelten Betrag von 345 Euro bis zum 30. Juni 2007 mit der Begründung übernahm, seit dem 1. Juli 2003 habe sich der aktuelle Rentenwert nicht erhöht. Damit setzt sich der Strukturfehler in der Fortschreibung des existenznotwendigen Bedarfs fort, der bereits der Regelleistung nach § 20 Abs. 2 1. Halbsatz SGB II a.F. und dem seit dem 1. Januar 2005 geltenden Eckregelsatz anhaftete.

202

2. a) Das zum 1. Juli 2009 durch § 74 SGB II eingeführte Sozialgeld für Kinder ab Beginn des 7. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres in Höhe von 70 % der Regelleistung nach § 20 Abs. 2 Satz 1 SGB II genügt den verfassungsrechtlichen Anforderungen bereits deshalb nicht, weil es sich von der fehlerhaft ermittelten Regelleistung nach § 20 Abs. 2 Satz 1 SGB II ableitet. Zwar dürfte der Gesetzgeber mit der Einführung einer dritten Altersstufe und der § 74 SGB II zugrunde liegenden Bemessungsmethode (siehe oben II. 6. b)) einer realitätsgerechten Ermittlung der notwendigen Leistungen für Kinder im schulpflichtigen Alter näher gekommen sein. Den Anforderungen an die Ermittlung des kinderspezifischen Bedarfs ist er dennoch nicht gerecht geworden, weil die gesetzliche Regelung an den Verbrauch für einen erwachsenen Alleinstehenden anknüpft. Die Befristung des § 74 SGB II bis zum 31. Dezember 2011 deutet darauf hin, dass der Gesetzgeber selbst davon ausging, keine dauerhafte und methodisch konsequente Lösung gefunden zu haben.

203

b) Die Regelung des § 24a SGB II fügt sich methodisch nicht in das Bedarfssystem des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch ein. Diese Leistungen für die Schule setzen voraus, dass entweder das schulpflichtige Kind oder ein

Elternteil Anspruch auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch haben. Der schulische Bedarf selbst kann also Hilfebedürftigkeit nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch nicht auslösen. Wie die Bundesregierung in der mündlichen Verhandlung verdeutlicht hat, liegt § 24a SGB II die Vorstellung zugrunde, der notwendige Schulbedarf gehöre nicht zu dem durch Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch sicherzustellenden Existenzminimum eines Kindes. Dies ist jedoch, wie bereits ausgeführt, mit Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG nicht vereinbar. Zudem hat der Gesetzgeber den notwendigen Schulbedarf eines Kindes bei Erlass des § 24a SGB II nicht empirisch ermittelt. Weder die Begründung des Entwurfs zum Familienleistungsgesetz noch die Stellungnahme der Bundesregierung geben an, wie sich der Betrag von 100 Euro pro Jahr zusammen setzt; er wurde offensichtlich freihändig geschätzt.

IV.

204

Es ist mit Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG zudem unvereinbar, dass im Sozialgesetzbuch Zweites Buch eine Regelung fehlt, die einen Anspruch auf Leistungen zur Sicherstellung eines zur Deckung des menschenwürdigen Existenzminimums unabwiesbaren, laufenden, nicht nur einmaligen, besonderen Bedarfs vorsieht. Ein solcher ist für denjenigen Bedarf erforderlich, der nicht schon von den §§ 20 ff. SGB II abgedeckt wird, weil die Einkommens- und Verbrauchsstatistik, auf der die Regelleistung beruht, allein den Durchschnittsbedarf in üblichen Bedarfssituationen widerspiegelt, nicht aber einen darüber hinausgehenden, besonderen Bedarf aufgrund atypischer Bedarfslagen.

205

1. Die Gewährung einer Regelleistung als Festbetrag ist grundsätzlich zulässig. Bei der Ordnung von Massenerscheinungen darf der Gesetzgeber typisierende und pauschalierende Regelungen treffen (vgl. BVerfGE 87, 234 <255 f.>; 100, 59 <90>; 195 <205>). Dies gilt auch für Leistungen zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Allerdings verlangt Art. 1 Abs. 1 GG, der die Menschenwürde jedes einzelnen Individuums ohne Ausnahme schützt, dass das Existenzminimum in jedem Einzelfall sichergestellt wird. Der Hilfebedürftige, dem ein pauschaler Geldbetrag zur Verfügung gestellt wird, kann über seine Verwendung im Einzelnen selbst bestimmen und einen gegenüber dem statistisch ermittelten Durchschnittsbetrag höheren Bedarf in einem Lebensbereich durch geringere Ausgaben in einem anderen ausgleichen. Dies ist ihm auch zumutbar. Dass sich der Gesamtbetrag aus statistisch erfassten Ausgaben in den einzelnen Abteilungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zusammensetzt, bedeutet nicht, dass jedem Hilfebedürftigen die einzelnen Ausgabenpositionen und -beträge stets uneingeschränkt zur Verfügung stehen müssen. Es ist vielmehr dem Statistikmodell eigen, dass der individuelle Bedarf eines Hilfebedürftigen vom statistischen Durchschnittsfall abweichen kann. Die regelleistungsrelevanten Ausgabepositionen und -beträge sind von vornherein als abstrakte Rechengrößen konzipiert, die nicht bei jedem Hilfebedürftigen exakt zutreffen müssen, sondern erst in ihrer Summe ein menschenwürdiges Existenzminimum gewährleisten sollen. Wenn das Statistikmodell entsprechend den verfassungsrechtlichen Vorgaben angewandt und der Pauschalbetrag insbesondere so bestimmt worden ist, dass ein Ausgleich zwischen verschiedenen Bedarfspositionen möglich ist (vgl. hierzu vor allem II. 3. b) cc)), kann der Hilfebedürftige in der Regel sein individuelles Verbrauchsverhalten so gestalten, dass er mit dem Festbetrag auskommt; vor allem hat er bei besonderem Bedarf zuerst auf das Ansparpotential zurückzugreifen, das in der Regelleistung enthalten ist.

206

2. a) Ein pauschaler Regelleistungsbetrag kann jedoch nach seiner Konzeption nur den durchschnittlichen Bedarf decken. Der nach dem Statistikmodell ermittelte Festbetrag greift auf eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zurück, die nur diejenigen Ausgaben widerspiegelt, die im statistischen Mittel von der Referenzgruppe getätigt werden. Ein in Sonderfällen auftretender Bedarf nicht erfasster Art oder atypischen Umfangs wird von der Statistik nicht aussagekräftig ausgewiesen. Auf ihn kann sich die Regelleistung folglich nicht erstrecken. Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG gebietet jedoch, auch einen unabwiesbaren, laufenden, nicht nur einmaligen, besonderen Bedarf zu decken, wenn dies im Einzelfall für ein menschenwürdiges Existenzminimum erforderlich ist.

207

b) Die Gesamtheit der Regelungen des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch erlaubt allerdings in der Regel auch die Deckung individuellen, besonderen Bedarfs. Sie ist jedoch hierzu nicht ausnahmslos im Stande. Zum Einen erfassen die neben dem Festbetrag im Sozialgesetzbuch Zweites Buch vorgesehenen Leistungen nur begrenzte, nicht aber alle vorkommenden Bedarfslagen, die ihrer Art nach in der Regelleistung nicht berücksichtigt sind. So betrifft § 21 SGB II lediglich bestimmte, abschließend aufgezählte (vgl. BSGE 100, 83 <91 Rn. 43>) Bedarfslagen. Durch die Gewährung eines Darlehens nach § 23 Abs. 1 SGB II wiederum können nur vorübergehende Spitzen besonderen Bedarfs aufgefangen werden. Zur Deckung eines dauerhaften, besonderen Bedarfs ist die Gewährung eines Darlehens hingegen ungeeignet (vgl. auch BSGE 97, 242 <248 f. Rn. 20>). Auch § 73 SGB XII bietet in der Auslegung, die er durch die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts gefunden hat, keine Gewähr, dass sämtliche atypischen Bedarfslagen berücksichtigt werden. Das Bundessozialgericht hat einen solchen Bedarf, der die Anwendung des § 73 SGB XII rechtfertigt, bislang nur für Kosten angenommen, die einem geschiedenen Elternteil zur Wahrnehmung seines Umgangsrechtes mit entfernt lebenden Kindern entstehen (vgl. BSGE 97, 242 <249 ff., Rn. 21 ff.>). Im Übrigen ist in Rechtsprechung und Literatur umstritten, ob und in welchen Fällen zusätzliche

Leistungen nach § 73 SGB XII in Betracht kommen können (vgl. Gerenkamp/Kroker, NZS 2008, S. 28 <29>; Münder, NZS 2008, S. 617 <620>; siehe auch oben A. I. 4. b)). Für einen atypischen Bedarf außerhalb der Regelleistung des § 20 SGB II und der genannten zusätzlichen Hilfen enthält das Sozialgesetzbuch Zweites Buch also keinen Anspruch des Hilfebedürftigen.

208

Zum Anderen vermag die Regelleistung des § 20 SGB II nicht denjenigen besonderen, laufenden, nicht nur einmaligen und unabweisbaren Bedarf zu erfassen, der zwar seiner Art nach berücksichtigt wird, dies jedoch nur in durchschnittlicher Höhe. Tritt in Sondersituationen ein höherer, überdurchschnittlicher Bedarf auf, erweist sich die Regelleistung als unzureichend. Auch hier können einmalige oder kurzfristige Spitzen im Bedarf durch ein Darlehen nach § 23 Abs. 1 SGB II ausgeglichen werden. Bei einem längerfristigen, dauerhaften Bedarf ist das indessen nicht mehr möglich. Deshalb bedarf es neben den in §§ 20 ff. SGB II vorgegebenen Leistungen noch eines zusätzlichen Anspruchs auf Leistungen bei unabweisbarem, laufendem, nicht nur einmaligem und besonderem Bedarf zur Deckung des menschenwürdigen Existenzminimums. Er entsteht erst, wenn der Bedarf so erheblich ist, dass die Gesamtsumme der dem Hilfebedürftigen gewährten Leistungen - einschließlich der Leistungen Dritter und unter Berücksichtigung von Einsparmöglichkeiten des Hilfebedürftigen - das menschenwürdige Existenzminimum nicht mehr gewährleistet. Dieser zusätzliche Anspruch dürfte angesichts seiner engen und strikten Tatbestandsvoraussetzungen nur in seltenen Fällen entstehen.

209

Der Gesetzgeber hat wegen dieser Lücke in der Deckung des lebensnotwendigen Existenzminimums eine Härtefallregelung in Form eines Anspruchs auf Hilfeleistungen zur Deckung dieses besonderen Bedarfs für die nach § 7 SGB II Leistungsberechtigten vorzugeben.

D.

I.

210

1. Die vorgelegten Vorschriften über die Höhe der Regelleistung nach § 20 Abs. 2 1. Halbsatz und Abs. 3 Satz 1 und § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 1. Alt. SGB II a.F. sind mit dem Grundgesetz für unvereinbar zu erklären (vgl. § 82 Abs. 1 i.V.m. § 79 Abs. 1 und § 31 Abs. 2 Satz 2 BVerfGG). Eine Nichtigerklärung (vgl. § 82 Abs. 1 i.V.m. § 78 BVerfGG) würde dazu führen, dass es an der nach Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG erforderlichen gesetzlichen Grundlage für die Gewährung von Leistungen zur Sicherstellung eines menschenwürdigen Existenzminimums völlig fehlen würde und kein Hilfebedürftiger wegen des in § 31 SGB I angeordneten und durch die Verfassung vorgegebenen Gesetzesvorbehalts (vgl. C. I. 1. c)) Leistungen erhalten könnte. Damit würde ein Zustand geschaffen, der von der verfassungsmäßigen Ordnung noch weiter entfernt wäre als der bisherige (vgl. BVerfGE 99, 216 <244>; 119, 331 <382 f.> m.w.N.). Zudem stehen dem Gesetzgeber mehrere Möglichkeiten zur Verfügung, den festgestellten Verstoß gegen Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG zu beseitigen (vgl. BVerfGE 120, 125 <167>; 121, 317 <373>, jeweils m.w.N.).

211

Da nicht festgestellt werden kann, dass die gesetzlich festgesetzten Regelleistungsbeträge evident unzureichend sind, ist der Gesetzgeber nicht unmittelbar von Verfassungs wegen verpflichtet, höhere Leistungen festzusetzen. Er muss vielmehr ein Verfahren zur realitäts- und bedarfsgerechten Ermittlung der zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums notwendigen Leistungen entsprechend den aufgezeigten verfassungsrechtlichen Vorgaben durchführen und dessen Ergebnis im Gesetz als Leistungsanspruch verankern.

212

Wegen des gesetzgeberischen Gestaltungsermessens ist das Bundesverfassungsgericht nicht befugt, aufgrund eigener Einschätzungen und Wertungen gestaltend selbst einen bestimmten Leistungsbetrag festzusetzen. Die verfassungswidrigen Normen bleiben daher bis zu einer Neuregelung durch den Gesetzgeber weiterhin anwendbar.

213

2. a) Die genannten Rechtsfolgen sind im Interesse der Rechtsklarheit nach § 82 Abs. 1 in Verbindung mit § 78 Satz 2 BVerfGG auch für die späteren Fassungen und die Nachfolgeregelungen der vorgelegten Vorschriften auszusprechen (vgl. BVerfGE 99, 202 <216>; 216 <243>; 104, 126 <150>; 120, 125 <166 f.>, jeweils m.w.N.). Die Gründe, die zur Verfassungswidrigkeit von § 20 Abs. 2 1. Halbsatz und Abs. 3 Satz 1 und § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 1. Alt. SGB II a.F. führen, treffen sowohl auf die - lediglich redaktionell geänderten - Vorschriften des § 20 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 SGB II in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze vom 24. März 2006 (BGBl I S. 558) und des § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 1. Alt. SGB II in der Fassung des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 2. März 2009 (BGBl I S. 416), als auch auf die durch das zuletzt genannte Gesetz eingeführte, § 28 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 SGB II n.F. ergänzende Vorschrift des § 74 SGB II zu. Gleiches gilt unabhängig von ihrer Rechtsnatur auch für die Bekanntmachungen über die Höhe der Regelleistungen nach § 20 Abs. 2 SGB II a.F. und § 20 Abs. 2 Satz 1 SGB II vom 1. September 2005 (BGBl I S. 2718), vom 20. Juli 2006 (BGBl I S. 1702), vom 18. Juni 2007 (BGBl I S. 1139), vom 26. Juni 2008 (BGBl

I S. 1102) und vom 17. Juni 2009 (BGBl I S. 1342).

214

b) Die Regelung des § 20 Abs. 4 Satz 1 SGB II über die Anpassung der Regelleistung zwischen den alle fünf Jahre erhobenen Einkommens- und Verbrauchsstichproben nach der Veränderung des aktuellen Rentenwerts (§ 68 SGB VI), auf der die genannten Bekanntmachungen beruhen, ist zwar nicht eigenständiger Gegenstand der Vorlagen. Die Anpassungsregelung ist jedoch nach den Ausführungen zu C. II. 4. b) nicht mit Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG vereinbar. Der Gesetzgeber wird einen anderen Anpassungsmechanismus finden müssen, um seiner aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG folgenden Pflicht zur fortwährenden Überprüfung und Weiterentwicklung der festgesetzten Leistungen bei sich ändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu genügen.

215

3. Obwohl die Definition des durch die Regelleistung abgedeckten Bedarfs in § 20 Abs. 1 SGB II a.F. und in § 20 Abs. 1 SGB II in der Fassung des Gesetzes zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende vom 20. Juli 2006 (BGBl I S. 1706) als solche verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden ist (vgl. C. II. 1.), müssen diese Regelungen in die Erklärung der Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz aufgenommen werden, da sie die in nicht verfassungskonformer Weise ermittelten Regelleistungsbeträge inhaltlich mitbestimmen (vgl. oben B. I. 1. a) cc)).

216

4. a) Der Gesetzgeber hat die Regelleistung in einem verfassungsgemäßen Verfahren bis zum 31. Dezember 2010 neu festzusetzen. Diese Frist muss für die Durchführung eines erneuten Verfahrens zur realitätsgerechten Bemessung der Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums angesichts der lebensbestimmenden Bedeutung der Regelung für eine sehr große Zahl von Menschen ausreichen. Falls der Gesetzgeber am Statistikmodell festhält, kann er auf die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 zurückgreifen, die nach der Auskunft des Statistischen Bundesamtes im Herbst 2010 vollständig vorliegen werden.

217

b) Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG verpflichtet den Gesetzgeber nicht dazu, die Leistungen rückwirkend für die Zeit ab Inkrafttreten des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch am 1. Januar 2005 neu festzusetzen. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts muss der Gesetzgeber einen mit dem Grundgesetz unvereinbaren Rechtszustand nicht rückwirkend beseitigen, wenn dies einer geordneten Finanz- und Haushaltsplanung zuwiderläuft oder die Verfassungsrechtslage bisher nicht hinreichend geklärt war und dem Gesetzgeber aus diesem Grund eine angemessene Frist zur Schaffung einer Neuregelung zu gewähren ist (vgl. BVerfGE 120, 125 <168> m.w.N.). Diese Grundsätze gelten auch für die im Streit stehenden Leistungen zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Nach welchen verfassungsrechtlichen Maßstäben im Einzelnen sich die Bemessung solcher Leistungen richtet, war in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bislang nicht geklärt. Die rückwirkende Neufestsetzung etwaiger höherer Leistungen für den gesamten Zeitraum ab dem 1. Januar 2005 hätte zudem wegen der Regelung des § 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB X unvermeidbare fiskalische Wirkungen. Von einer Rückwirkung der Neuregelung kann der Gesetzgeber absehen, weil im Hinblick auf die beanstandeten Vorschriften eine evidente Unterschreitung des menschenwürdigen Existenzminimums nicht feststellbar ist, sondern diesen allein ein nicht realitätsgerechtes Verfahren der Ermittlung des Existenzminimums zugrunde liegt.

218

Sollte der Gesetzgeber allerdings seiner Pflicht zur Neuregelung bis zum 31. Dezember 2010 nicht nachgekommen sein, wäre ein pflichtwidrig später erlassenes Gesetz schon zum 1. Januar 2011 in Geltung zu setzen.

219

5. Da die bisherigen Regelungen zunächst fortgelten und der Gesetzgeber nur verpflichtet ist, die Regelleistung mit Wirkung für die Zukunft neu festzusetzen, müssen die Ausgangsverfahren nicht bis zur Neuregelung des Gesetzgebers ausgesetzt bleiben. Gleiches gilt für andere Verwaltungsverfahren und sozialgerichtliche Verfahren, in denen die Höhe der gesetzlichen Regelleistung im Streit steht. Es steht vielmehr für alle Leistungszeiträume, die nicht von der gesetzgeberischen Neuregelung erfasst werden, fest, dass die Hilfebedürftigen nicht deshalb (höhere) Leistungen erhalten können, weil die gesetzlichen Vorschriften über die Höhe der Regelleistung mit dem Grundgesetz unvereinbar sind. Die Verfassungswidrigkeit der vorgelegten Vorschriften und ihrer Nachfolgeregelungen ist jedoch bei Kostenentscheidungen zugunsten der klagenden Hilfebedürftigen angemessen zu berücksichtigen, soweit dies die gesetzlichen Bestimmungen ermöglichen.

II.

220

Der Gesetzgeber ist ferner verpflichtet, bis spätestens zum 31. Dezember 2010 eine Regelung im Sozialgesetzbuch Zweites Buch zu schaffen, die sicherstellt, dass besonderer Bedarf nach Maßgabe der Ausführungen zu C. IV. gedeckt wird. Die nach § 7 SGB II Leistungsberechtigten, bei denen ein derartiger besonderer Bedarf vorliegt, müssen aber auch vor der Neuregelung die erforderlichen Sach- oder Geldleistungen

erhalten. Andernfalls läge eine Verletzung von Art. 1 Abs. 1 GG vor, die auch nicht vorübergehend hingenommen werden kann. Zwar bleiben die mit Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG unvereinbaren Vorschriften über die Höhe der gesetzlichen Regelleistung nach den vorstehenden Ausführungen weiterhin anwendbar und müssen nicht rückwirkend ersetzt werden. Hinsichtlich der im Sozialgesetzbuch Zweites Buch gegenwärtig fehlenden Härtefallklausel zur Deckung dieses besonderen Bedarfs ist jedoch eine andere verfassungsrechtliche Bewertung geboten. Die geltenden gesetzlichen Regelleistungsbeträge sind zur Sicherstellung eines menschenwürdigen Existenzminimums zwar im Allgemeinen nicht evident unzureichend; demgegenüber führt die gegenwärtige Rechtslage bei besonderem Bedarf dazu, dass ein solcher auch dann ungedeckt bleibt, wenn er von der verfassungsrechtlichen Garantie eines menschenwürdigen Existenzminimums umfasst ist. Um die Gefahr einer Verletzung von Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG in der Übergangszeit bis zur Einführung einer entsprechenden Härtefallklausel zu vermeiden, muss die verfassungswidrige Lücke für die Zeit ab der Verkündung des Urteils durch eine entsprechende Anordnung des Bundesverfassungsgerichts geschlossen werden. Dieser Anspruch geht nach der Systematik des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch zu Lasten des Bundes, da nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB II die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit Ausnahme der Leistungen nach § 16a, § 22 und § 23 Abs. 3 SGB II (vgl. § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II) von der Bundesagentur für Arbeit erbracht werden, und der Bund nach § 46 Abs. 1 Satz 1 SGB II die Aufwendungen dafür zu tragen hat.

Papier

Hohmann-Dennhardt

Bryde

Gaier

Eichberger

Schluckebier

Kirchhof

Masing